

KDV wie Keiner Darf Vergessen S.17

Arbeiterkampf

Jg. 14, Nr. 249, 27. 8. 84 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E



Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen der 2.Weltkrieg. Das deutsche Kriegsziel war die Ausplünderung Ost- und Südosteuropas, die Versklavung der unterworfenen Völker, die Eroberung von „Lebensraum" in der Ukraine und die Zerschlagung der sozialistischen Sowjetunion. Für dieses Kriegsziel wurden Verbrechen began-gen, die an Grausamkeit und Menschenverachtung allenfalls in barbarischen Zeiten der früheren Geschichte Parallelen finden, in ihrem industriemäßig und bürokratisch organisierten Ausmaß ohne Beispiel sind.

Die Vorgeschichte dieses Krieges wird in diesem AK dargestellt, auf den Seiten 12-16.

Die große Hoffnung Nicaragua

Was in den 20ern die Sowjetunion, in den 60ern Kuba, Algerien und schließlich Vietnam waren, ist heute Nicaragua: d i e Hoffnung der Linken weltweit. Nicht nur der rege Besucher- und Arbeitseinsatzstrom zeugen hiervon, sondern ebenso das rege Interesse, mit dem sich die linken Medien dem Tun und Lassen in diesem Land widmen. Oftmals hat man jedoch den Eindruck, daß sich darin vor allem widerspiegelt, alles in Nicaragua verwirklicht zu sehen, was man hier nicht erreichen konnte und was man sich auch nicht mehr zu erreichen erträumt, und weniger eine realistische Betrachtung der Möglichkeiten eines solchen Landes, einer Gesellschaft unter diesen Bedingungen und einer Partei unter dem gegenwärtigen Druck. Der Prozeß in Nicaragua ist eine „Große Herausforderung" — dies ist auch der Titel eines Buches, in dem das Regierungsmitglied, Jaime Wheelock, gleichzeitig Commandante der Revolution, in einem Interview zu allen Fragen der Entwicklung in Nicaragua Stellung Nimmt. Wir beginnen in diser Ausgabe des ARBEITERKAMPF (S. 38 - 40) mit dem Abdruck dieses Interviews. In diesem Teil wird behandelt: Wer hat die Macht in Nicaragua? Welche Rolle spielt die Bourgeoisie? Welche Bündnisse müssen eingegangen werden? Wie ist die FSLN organisiert?

Störmanöver gegen Störmanöver

„Von den geplanten Manöverbehinderungen abzusehen", das ist die zentrale Forderung eines Prominentenbriefes an die Friedensbewegung, der (von Albertz, Bastian, Böll, Eppler, Lafontaine und Prieß unterzeichnet) am 9.8. beim Bonner Koordinierungsausschuß eintrudelte. Einen Tag später brachte die Presse diese Warnung groß heraus. In dieser Ausgabe des „Arbeiterkampf" ist der Brief sowie eine Reihe von Stellungnahmen dazu zu finden.

Dieser Brief an die Friedensbewegung ist ein seltsames Gemisch aus Verharmlosungen und Unsinnigkeiten; gleichzeitig handelt es sich um den ersten offenen Vorstoß über Prominente, sich ausdrücklich offen von Aktionen des gesamten Friedensbündnisses abzusetzen; weitere könnten folgen.

Im letzten Jahr noch hatten praktisch alle Unterzeichner dieses Briefes zur Blockade in Mutlangen aufgerufen oder sogar selbst an der Prominentenblockade teilgenommen. Während diese Blockade angeblich nicht „den Dienst junger Soldaten erschwert" hätte, würden sich jetzt die Manöverbehinderungen „vor allem gegen die Befehlsempfänger" richten, die im „guten Glauben" ihren Dienst täten, statt ausschließlich an die politisch Verantwortlichen.

Nach dem Polizisten, der selbst dann kein „Gegner" sein darf, wenn er gewaltsam gegen die Friedensbewegung vorgeht, soll nun auch der Soldat nur noch als zu agitierender aber nicht zu belästigender Mensch gesehen werden. Daß auch im 1. und 2. Weltkrieg viele junge Soldaten „in gutem Glauben" und als „Befehlsempfänger" gehandelt haben, steht außer Zweifel, aber selbst „Kriegsspiele" sind nicht bloß eine Ansammlung „junger Soldaten", sondern Vorbereitung auf den nächsten Krieg.

Die NATO-Beschwörungen sind bekannt, daß Osthessen blendend als Panzerrollbahn für die Rote Armee geeignet sei; in NATO-Planspielen würden „zur Abwehr" 141 Atomwaffen eingesetzt. Umgekehrt ist dieser Raum für die NATO schlicht ein „schwieriges Gelände", statt Angriffsbasis, falls man den Briefschreibern Glauben schenken will: „Viele unzutreffende Angaben und Kombinationen" zum Airland-Battle-Konzept seien in den Aufrufen enthalten; dies könne der „Gesamtentwicklung in der NATO und in der WEU nur schaden". Das ist mißverständlich, aber klingt eher wie eine 'Realpolitik' innerhalb dieser Bündnisse, was bisher ein Steckenpferd der SPD war.

Immerhin stehen mit Eppler und Lafontaine zwei SPD-Linke aus dem Vorstand unter der Erklärung, sowie mit Bastian und Prieß zwei (ehemalige) Offiziere der Bundeswehr, die ihren Bezug dahin auch anderweitig nicht ganz verleugnen konnten (Wie Bastian mit seiner Unterstützung für Panzerabwehrhubschrauber und Roland-Raketen, oder wie Prieß, der sich mit dem „Darmstädter Signal" gegen Verweigerungsaufrufe anderer Prominente wandte). Auf jeden Fall ermöglicht ihr Vorstoß eine öffentliche Abwerbung und Isolierungsversuche über die Medien. Innerhalb der Friedensbewegung konnten solche Erfolge direkt bisher nicht erzielt werden; dazu war das Vorgehen wohl auch zu plump geraten. In einem Bonner Gespräch mit dem Koordinierungsausschuß konnte keine gemeinsame Stellungnahme erreicht werden, weil die Vertreter der Erklärung nur dann zustimmen wollten, wenn sich der KOA von Manöverbehinderungen abgrenzen würde. Viel chancenreicher wäre es gewesen, wenn die Autoren sich tatsächlich darauf beschränkt hätten, zu einer Mäßigung auf symbolische Aktionen mit absoluter Gewaltfreiheit aufzurufen. Denn die überwiegende Mehrheit im Bonner KOA will gar keine Manöverbehinderungen, kann sich aber nicht einfach davon distanzieren, weil diese immerhin in den im Mai einhellig beschlossenen Aktionsrahmen der Friedensbewegung für diesen Herbst gehören.

Fortsetzung auf Seite 22

29.9. - 13.10.84:
Bundesweiter Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik

Am 29. September beginnt in München und Westberlin der bundesweite „Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik". Hauptsächlicher Anlaß dieser vom Koordinationsausschuß „Frankfurter Appell" organisierten Aktion ist die von der Bundesregierung geplante Verabschiedung eines noch restriktiveren Ausländergesetzes. Einen Referentenentwurf hierzu will das Bundesinnenministerium nach neuesten Angaben noch im September vorlegen. Allen Unkenrufen und Störmanövern auch aus den eigenen Reihen zum Trotz verspricht der „Marsch ..." zu einer Protestkundgebung gegen die staatliche Ausländerpolitik zu werden, wie es sie in diesem Umfang und mit einer derartigen Beteiligung noch nicht gegeben hat.

Zwei Marschgruppen — eine aus dem Norden (Westberlin/Hamburg), eine aus dem Süden (München) — werden als Autokorso durch die Bundesrepublik über Bonn nach Köln ziehen. Die Gruppen werden zusammengesetzt sein aus direkt Betroffenen, Mitgliedern der Initiativen, „Prominenten" und begleitenden Künstlern und Kulturgruppen. In verschiedenen Städten werden Initiativen und Bündnisse den Marsch mit Aktionen und Veranstaltungen empfangen und den Teilnehmern eine gemeinsam erarbeitete Dokumentation über die Ausländerfeindlichkeit am Ort überreichen. Diese Dossiers stellen die Grundlage dar für eine Anklageschrift gegen die Ausländerpolitik der BRD, die im Rahmen der Kölner Abschlußveranstaltung einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt werden soll.

Der Schwerpunkt der Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit liegt somit auf örtlicher Ebene, während durch die relativ kleinen Marschierergruppen (jeweils 30 - 50 Teilnehmer) sozusagen der bundesweite Aspekt der Aktion herausgestellt werden soll. Eine derartige Aktionsform entspricht offenbar am ehesten den Möglichkeiten der heute gegen die staatliche Ausländerpolitik aktiven Kräfte und ist sicherlich weitaus realistischer, als das im Koordinationsausschuß ebenfalls diskutierte Konzept eines „europaweiten Stafettenmarsches" oder eine bundesweite Großdemonstration, die daher auch als kräftemäßig nicht durchführbar verworfen wurden.

Dennoch waren eine Reihe von Gruppen und Initiativen zunächst recht skeptisch, ob der Marsch angesichts des in der Tat noch recht bescheidenen Potentials von Aktiven, die sich kontinuierlich mit der staatlichen Ausländerpolitik auseinandersetzen, in der geplanten Form auch realisiert werden könne. Diese Skepsis ist in den letzten Wochen allerdings zunehmend verflogen, da die Beteiligung an örtlichen Initiativenbündnissen und regionalen Konferenzen zumeist gezeigt hat, daß mehr Kräfte als ursprünglich angenommen bereit sind, die Aktion tatkräftig zu unterstützen. Außer von den recht zahlreichen lokalen Initiativen und Aktionsbündnissen, die wir an dieser Stelle aus Platzgründen nicht extra aufzählen wollen, wird der Marsch mittlerweile u.a. von folgenden Organisationen unterstützt: Von den türkischen Organisationen FIDEF, DIDF, ATIF, HDF sowie diversen Vereinen von Devrimci Isci, von der kurdischen Organisation Komkar, der Gesellschaft Griechischer Wissenschaftler, dem Marokkanischen Arbeiterbund, der Organisation Iranischer Demokraten im Ausland, DKP, GIM, KB, KPD, Terre des Femmes, SDAJ, SJD - Die Falken, Volksfront, GAL Hamburg, Grüne NRW, Landtagsfraktion der Grünen Ba-Wü, Jusos Westberlin und Hessen-Süd, Landesschülervertretung NRW, SEW, Ausländerbereich der AL Westberlin, VVN u.a.m.

Störmanöver der IAF

Ende Juni, also zu einem Zeitpunkt, als der Koordinationsausschuß bereits seit ca. drei Monaten mit den Marschvorbereitungen beschäftigt war, erklärte der dort ebenfalls vertretene Bundesvorstand der „Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen" (IAF) seinen Rückzug von der Aktion. Der IAF-Bundesvorstand verband seinen Ausstieg mit einem an mehrere hundert Initiativen versandten Rundschreiben, das in seinen wesentlichen Passagen auch Eingang in „taz" und „FR" fand, und in dem in unerwartet aggressiver Weise gegen die Marschunterstützer vom Leder gezogen wurde: Es handele sich hierbei v.a. um „Politfunktionäre", die eigenmächtig im Namen von Basisinitiativen Politik machen würden, ferner sei die Marschunterstützung nicht „breit" und „pluralistisch" genug und dies könne bis zum Herbst auch nicht geändert werden, zumal — so der IAF-BuVo allen Ernstes — es ja auch „keinen konkreten Anlaß gäbe, da eine Verabschiedung des neuen Ausländergesetzes seines Erachtens derzeit nicht anstehe.

Was der IAF-Bundesvorstand stattdessen im Sinne seines „pluralistischen" Konzeptes nicht nur für notwendig, sondern — durch „harte Arbeit vor Ort" — gegenwärtig auch für r e a l i s i e r b a r hält, hat er in einer fiktiven „Marsch-Reportage" dargestellt, in der es u.a. heißt:

„Frankfurt, 17.00
Eine große Marschkolonne aus Wiesbaden mit Teilnehmern aus Rüsselsheim, die unterwegs dazugestoßen waren und eine weitere aus Darmstadt wird bereits mit viel Hallo und Musik am jeweiligen Stadtrand begrüßt. In Sachsenhausen reiht sich eine große Gruppe von Arbeitern aus einem Betrieb der Metallverarbeitenden Industrie mit ihren gelben Helmen ein. Es sind auffällig viele deutsche Arbeiter unter ihnen, aber auch Türken, Marokkaner und Jugoslawen. Der Frankfurter Fanfaren-Chor in bunten Uniformen stellt sich an die Spitze. Er hatte sich in letzter Zeit mehrfach gegen ausländerfeindliche Aktivitäten in Frankfurter Stadtteilen gewandt und ausdrücklich zur Mitarbeit von Ausländern in Frankfurter Musikvereinen aufgerufen.
Auch die Eintracht kommt hinzu! In ihren schwarz-weiß-roten Trikots trippeln die Sportler im Zug mit. (...) Die SPD-Fraktion ..., die Grünen und einige Stadtverordnete der FDP werden Reden halten. Auch der Landesvorsitzende des DGB wird den Freundschaftsmarsch, wie ihn die Veranstalter auch nennen, unterstützen. Später soll auf dem Römerberg ein großes Folklorefestival stattfinden. In der Alten Oper gibt es ein Theaterstück, das eine ausländische Jugendgruppe einstudiert hat.
Trotz heftiger Diskussionen innerhalb ihrer Partei haben sogar CDU-Frauen aus der Römer-Fraktion einen Stand aufgebaut, um die Marschierer mit Essen zu versorgen und sich um die Kinder zu kümmern..."

Soweit die Visionen des IAF-Bundesvorstandes, von denen noch nachzutragen bleibt, daß die „Marschierer" sogar *„von Ministerpräsident Holger Börner und der Landtagsfraktion der Grünen vor dem Landtagsgebäude mit 'großem Bahnhof' empfangen"* werden...

Auch wenn es noch so unwahrscheinlich klingt: Dieses Papier des IAF-Bundesvorstandes gibt es tatsächlich! Es ist klar, daß der Marsch des Koordinationsausschusses dieser Fiktion in keiner Weise wird gerecht werden können, und es ist schon nicht mehr Naivität, sondern bestenfalls Ausdruck einer kaum vorstellbaren Realitätsblindheit und politischen Dummheit, wenn der IAF-Bundesvorstand dies den Marschunterstützern angesichts der herrschenden Ausländerfeindlichkeit in Staat u n d Gesellschaft auch noch zum Vorwurf macht. Zuzustimmen ist insofern der Stellungnahme der Marsch-Vorbereitungsgruppe im Hamburger „Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnis" (DAAB), in der in bezug auf die Veröffentlichungen des IAF-Bundesvorstandes u.a. darauf hingewiesen wurde, *„daß die Gegner der herrschenden Ausländerpolitik nicht nur alle etablierten Parteien, sondern auch eine satte Mehrheit der Bevölkerung gegen sich haben. Wer hieran für die Zukunft etwas ändern will"* — so die DAAB-Vorbereitungsgruppe — *„kommt hier und heute zunächst ein-*

Fortsetzung nächste Seite

Marschstationen und Termine

Marschgruppe Nord:

29.9./1.10.	Westberlin
1.10.	Hamburg
2.10.	Bremen
3.10.	Hannover
4.10.	Bielefeld/Gütersloh/Herford
5.10.	Münster
6.10.	Dortmund
8./9.10.	Witten/Bochum/Gelsenkirchen/Essen
10.10.	Oberhausen/Mülheim/Duisburg
11.10.	Krefeld/Düsseldorf
12.10.	Rhein-Sieg-Kreis

Marschgruppe Süd:

29.9.	München
29./30.9.	Nürnberg
1.10.	Heilbronn
2.10.	Schwäbisch Gmünd
3.10.	Ulm
4.10.	Pforzheim/Karlsruhe
5.10.	Stuttgart
6./7.10.	Mannheim/Heidelberg/Darmstadt
8.10.	Wiesbaden/Mainz
9.10.	Frankfurt
10.10.	Gießen
11.10.	Kassel

Am 12.10. vereinigen sich beide Marschgruppen in B o n n und ziehen danach in den Erftkreis. Am 13.10. werden die Marschierer in Köln-Ehrenfeld empfangen, von wo aus eine regionale Demonstration bis zum Kölner Dom stattfinden wird. Nach einer vielseitigen Nachmittagsveranstaltung (Information, Diskussion, Sport, Spiele usw.) beginnt um 19.30 Uhr in der Kölner Sporthalle die Abschlußveranstaltung des Marsches. Es treten u.a. auf: Theaterkarawane Berlin, Schivan (kurdischer Volkssänger), Melike Demirag, Titti Winterstein, Cem Karaca und BAP.

Dokument

Stellungnahme der GAL-Hamburg zur innergrünen Auseinandersetzung um den für Herbst '84 geplanten „Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik"

(...) Die Bundes-AG qualifiziert den geplanten „Marsch" als eine „nur auf Breite" orientierte „finale Aktion", die geradezu von Übel sei, weil sie nicht als „Teil eines vorwärtsweisenden Gesamtkonzepts" gelten könne. Wer so etwas schreibt und vertritt, hat u.E. mit der Realität nicht mehr viel im Sinn. Tatsächlich sind alle derzeit vorhandenen Aktivitäten gegen die Ausländerfeindlichkeit in Staat und Gesellschaft alles a n d e r e als b r e i t. Dies wird bei der Aktion des „Frankfurter Appell" leider auch nicht anders sein. Breit ist vielmehr die Unterstützung, die die staatliche Ausländerpolitik in der westdeutschen Bevölkerung genießt. Durch zahlreiche Umfragen ist darüber hinaus belegt, daß eine Mehrheit der Bundesbürger eine noch schnellere und umfangreichere Ausländerverdrängung befürwortet, als dies derzeit von Regierungsseite realisiert werden kann und soll.

Die hiergegen aktiven ausländischen und deutschen Initiativen befinden sich dieser Entwicklung gegenüber sozusagen „mit dem Rücken an der Wand", dennoch bemüht bescheidene Voraussetzungen dafür zu schaffen, zumindest längerfristig ein Kristallisationspunkt einer Antidiskriminierungsbewegung zu werden, die diesen Namen auch tatsächlich verdient.

Wie und weshalb dies anstelle von Aktionen und Aktivitäten, die sich konkret mit Vorfällen und Vorhaben der staatlichen Ausländerpolitik beschäftigen, eher durch die Propagierung allgemeinster „Gesamtkonzepte" erreicht werden soll, ist uns leider unverständlich. Im übrigen teilen wir nicht die in der Empfehlung der Bundes-AG enthaltene Unterstellung, daß die am „Frankfurter Appell" beteiligten Kräfte n i c h t über weitergehende Vorstellungen verfügen würden. Freilich ist es doch wohl so, daß nicht die Propagierung eher abstrakter Zukunftsvisionen die Menschen in Bewegung bringt, sondern die unmittelbare Auseinandersetzung mit der alltäglichen Willkür und Menschenverachtung, die Inhalt herrschender Ausländerpolitik ist. Wenn die Bundes-AG **stattdessen** Aktivitäten fordert, die „Immigranten und Deutschen deutlich machen könnte(n), wie eine Gesellschaft, in der Immigranten und Deutsche gleichberechtigt zusammenleben, aussehen könnte", dann ist dies angesichts der real vorhandenen Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung für derartige „Utopien" geradezu grotesk, wenn nicht sogar zynisch. Wenn ein Cemal Kemal Altun aus Verzweiflung über die herrschende Asylpraxis in den Tod springt, wenn Abschiebehäftlinge im Westberliner Polizeiknast unter amtlicher Mithilfe verbrennen, wenn sich Ausländer selbstmorden, selbstverbrennen, wenn Asylbewerber durch „Wertgutscheine" und eigens dafür herausgegebene Sonderausweise stigmatisiert und an jeder Supermarkt- und Kaufhauskasse ihrer Menschenwürde beraubt werden, dann ist dies leider alles offenbar noch nicht abscheulich genug, um die Linken, Grünen, Alternativen, progressiven Liberalen usw., ganz zu schweigen von der breiten Bevölkerungsmasse, zu einem massiven und breiten Proteststurm gegen derartige Praktiken zu beflügeln. Und dies, obwohl schon von der geschichtlichen Erfahrung her eigentlich klar sein müßte, wo die hier betriebene Minderheitenverfolgung, die hierdurch gezüchtete rassistische Mentalität und Zerstörung demokratischer Rechte und Kultur schließlich enden kann. Weil dies alles aber so ist, empfinden wir es um so absurder, wenn die Bundes-AG hier und heute an die deutsch-ausländischen Initiativen den Anspruch stellt, die „breite Masse" durch Zurschaustellung entsprechend geeigneter „globaler Konzepte" gewinnen zu müssen und zu können. Eine solche Auffassung wird nur darauf hinauslaufen können, die schwierige, oftmals zermürbende Unterstützung und Parteinahme für die Menschenrechte ausländischer Bürger und die damit verbundene basisbezogene Auseinandersetzung durch eine Art von visionärer Tätigkeit am grünen Schreibtisch zu ersetzen. (...)

Auszugsweiser Nachdruck der Stellungnahme des GAL-Koordinierungsausschusses vom 3.7.84.

MARSCH

Berlin: Auftaktveranstaltung 22.9.84
Hamburg: Auftakt: 1.10.84
München: Abmarsch 29.9.
Kölner Abschlußtag 13.10.84
AUSLÄNDER und DEUTSCHE GLEICHE RECHTE

GEGEN RASSISMUS UND AUSLÄNDERFEINDLICHE POLITIK!

(Bundesweite Aktion des Koordinationsausschuß „Frankfurter Appell")

Fortsetzung von vorheriger Seite

mal gar nicht umhin, sein Anliegen aus einer krassen Minderheitenposition heraus zu vertreten. Und wieso der Marsch hierzu k e i n geeignetes Mittel sein könnte, ist uns absolut unklar. Die vom IAF-Bundesvorstand vertretene Position läuft dagegen darauf hinaus, derartige öffentliche Aktivitäten prinzipiell auf einen Zeitpunkt zu verschieben, zu dem relevante Teile der Bevölkerung sowie der etablierten Institutionen (Kirche, DGB) und Parteien dies befürworten würden.
Weil derartige Bedingungen heute objektiv aber nicht gegeben sind und auch mittelfristig nicht erreichbar sind, können wir die vom IAF-Bundesvorstand ausgegebene Empfehlung nur als Aufforderung zum politischen Rückzug von einer öffentlichen, auch provokativen Auseinandersetzung um die hierzulande betriebene Ausländerdiskriminierung verstehen.''

Nicht zuletzt weil der IAF-Bundesvorstand hinsichtlich der Aktivitäten für den Herbst keinerlei praktikable Alternativen vorzuweisen hat und natürlich auch, weil so viele Initiativen in Stellungnahmen und Erklärungen energisch gegen die von dort betriebene Demobilisierung protestiert haben, hat sich der daraus erwachsene bündnispolitische Schaden noch in vergleichsweise engen Grenzen gehalten und das Anwachsen des Unterstützerkreises nur marginal beeinträchtigen können.

Grüne Bundes-AG im Abseits

Gleiches läßt sich erfreulicherweise auch von den Auswirkungen einer entsprechenden Empfehlung der ,,Bundesarbeitsgemeinschaft der Grünen zu Immigranten- und Asylfragen'' berichten. Die in der gegen Ausländerfeindlichkeit tätigen Szene bislang weitgehend unbekannte und auch im Koordinationsausschuß ,,Frankfurter Appell'' nicht vertretene Bundes-AG hatte am 24.6.84, u.a. auf Initiative eines ihrer Hamburger Mitarbeiter und offenbar ohne vorherige Rücksprache in den Landesverbänden, eine Empfehlung zur Nichtteilnahme am bundesweiten Marsch beschlossen. Im Gegensatz zum IAF-Bundesvorstand, der seine Ablehnung immerhin noch relativ konsequent mit der angeblich nicht erreichten ,,Breite'' und ,,Pluralität'' des Marsches rechtfertigte, veröffentlichte die Bundes-AG eine insgesamt recht wirre Begründung, in der sie den Marschunterstützern einerseits vorwarf, daß sie (z.B. wegen fehlender Kritik an SPD und DGB) *,,letztlich nur auf Breite''* orientieren, andererseits aber durch Verwendung des Begriffes ,,Rassismus'' im Aufruf große Teile der Bevölkerung *,,ins Lager der Gegenseite''* stellen würden. Ob die Bundes-AG den Marsch deshalb nun

Teile der Bevölkerung *,,ins Lager der Gegenseite''* stellen würden. Ob die Bundes-AG den Marsch deshalb nun

für ,,opportunistisch'' oder für ,,sektiererisch'' oder für beides gleichzeitig hält, haben wir bis heute nicht ermitteln können. Fest zu stehen scheint für die Bundes-AG aber, daß der Marsch nur dann einen Sinn hätte, *,,wenn er Teil eines vorwärtsweisenden Gesamtkonzeptes wäre, das einerseits über die Verabschiedung der geplanten Gesetze hinausweist und andererseits Immigranten und Deutschen deutlich machen könnte, wie eine Gesellschaft, in der Immigranten und Deutsche gleichberechtigt zusammenleben, aussehen könnte.''*

Fürwahr, ein geradezu bescheidener Anspruch, dem der Marsch vermutlich kaum gerecht werden kann, zumal die Bundes-AG ihr erstaunliches Gesamt- bzw. Patentrezept zur Abschaffung der Ausländerdiskriminierung der interessierten Öffentlichkeit bis heute noch nicht vorgestellt hat.

Der Koordinationsausschuß der GAL Hamburg hat hierauf allerdings auch nicht gewartet und entgegen der Bundes-AG-Empfehlung einstimmig die Unterstützung des Marsches beschlossen, seine Vertreter in dieser AG per imperativem Mandat verpflichtet, die Rücknahme der besagten Empfehlung zu erwirken und außerdem eine Erklärung herausgegeben, die sich hiermit auseinandersetzt und die wir nebenstehend auszugsweise dokumentieren.

Der Aufruf mit den Erstunterzeichnern für den ,,Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik'', ein 14-tägig erscheinender Informationsrundbrief sowie weitere Materialien sind unter folgender Adresse erhältlich:

Koordinationsbüro ,,Frankfurter Appell
AG Marschvorbereitung
Kirchplatz 6a
6000 Frankfurt 90
Tel. (069) 70 08 22

AG Ausländer

Datenweitergabe an die CIA

Schweigen im Behördenwald

Einen regen Informations- und Datenaustausch pflegen die Herren der politischen Polizei, des Verfassungsschutzes, der politischen Staatsanwaltschaften, des Bundesnachrichtendienstes und des militärischen Abschirmdienstes untereinander und mit den Dependancen der befreundeten ausländischen Dienste in der Bundesrepublik.

Dies geschieht unter der Aufgabenstellung des Abwehrens von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder der Zusammenarbeit gegen den Terrorismus oder unter sonst einer sicherheitspolitischen Überschrift, selbstverständlich auf der Grundlage von entsprechenden Abkommen, Gesetzen und/oder internen Verordnungen, alles ganz legal.

Soweit sind diese Tatsachen sicher nicht überraschend, aber wer mehr darüber wissen will, muß sich schon selbst bemühen: *,,Detailauskünfte über die Art und Weise der Beschaffung, Verarbeitung und Weitergabe von Informationen beeinträchtigen die Arbeit der Sicherheitsorgane''* und dürfen somit, aus Gründen des ,,Staatswohls'', nicht erteilt werden.

Dies ist das wesentliche Ergebnis mehrerer Anfragen der GAL in der Hamburger Bürgerschaft bezüglich der Weitergabe von Informationsberichten der Hamburger politischen Polizei an die US-Geheimdienste CIA und DIA, den britischen Geheimdienst und an zahlreiche bundesrepublikanische Interessen, die über zwei dem ARBEITERKAMPF zugespielte Informationsberichte der FD 7 im Juni beweiskräftig an die Öffenlichkeit kam (s.a. AK 247 und AK 248). Hatte sich Hamburgs damaliger Innensenator Pawelczyk zu Beginn der Debatte offenherzig gezeigt und die Existenz derartiger Berichte und ihre Weitergabe u.a. an die CIA freimütig verteidigt, endeten weitere parlamentarische Anfragen da, wo sie in so sensiblen Bereichen der Inneren Sicherheit stets enden: An der Schweigemauer des Staatswohls. So wurde der Versuch der GAL, m e h r über die Art und Weise der Datenweitergabe und ihrer Verwertung zu erfahren, ein Lehrstück in Sachen Parlamentarismus und Demokratie.

Innensenator Lummer in Berlin machte es sich von Anfang an einfacher als sein Hamburger Kollege: Er beantwortete die entsprechende Anfrage der Alternativen Liste mit drei schlichten Worten: ,,Nein'', ,,entfällt'', ,,ja'' — und bekannte damit gar nichts, bestritt aber die Existenz von Informationsberichten, in möglicherweise anderer Form als in Hamburg, auch nicht. Die Nachfragen der AL wurden — rationell zusammengefaßt — in einer Antwort abgewiesen: Wegen der ,,Verschlußsacheneigenschaft'' der Angelegenheit gebe es keine Auskünfte. Im Übrigen bedürfe die Weitergabe von Informationsberichten und anderen Informationen und Daten keiner Rechtsgrundlage. So einfach ist das.

Ein klein wenig Spannung bleibt, ob die Anfragen in anderen Bundesländern, die nach Abschluß der Sommerpause bevorstehen, sowie die inzwischen eingereichte Bundestagsanfrage des grünen MdB Reents nach Berliner oder nach Hamburger Manier beantwortet werden.

Schon jetzt kann festgehalten werden: Es gibt die Weitergabe von Informationen und Daten an US-Geheimdienste in der Bundesrepublik. Und dies nicht nur im weltoffenen Hamburg. Was es allerdings, zumindest bis dato, nicht gibt, ist eine öffentliche Debatte, eine hörbare Empörung über diese Tatsache, die zumindest für die bundesrepublikanische Friedensbewegung von einiger Bedeutung ist. Über die Machenschaften der CIA in Mittelamerika und über die Beteiligung der CIA an zahllosen Putschen in aller Welt besteht innerhalb der Linken hierzulande ein Bewußtsein — daß die Bundesrepublik selbst Operationsgebiet und Hinterland der CIA ist, wurde bisher weitaus weniger zum Gegenstand von Überlegungen oder Aktivitäten gemacht. Dabei ist die Bundesrepublik, mit den zahlreichen militärischen Einrichtungen der USA, auch für Geheimdienstoperationen ein idealer Stützpunkt. Über die CIA-Basis in Frankfurt liefen z.B. zur Zeit des Schah-Regimes logistische Absicherungen für Operationen (bestimmt nicht nur) im Iran.

Neben den gut eingeführten Beziehungen zu bundesdeutschen Stellen, (erinnert sei hier nur an die hinlänglich bekannten Aktivitäten der USA beim Aufbau der Bundesdeutschen Geheimdienste nach 1945) sichert die massive Präsenz von US-Personal in der Bundesrepublik Geheimdienstaktivitäten ideal ab.

Es liegt auf der Hand, daß die Kriegsvorbereitungen der USA nicht nur in der Stationierung von Kriegsgerät bestehten, sondern Obversation, Subversion und Propaganda eine Rolle dabei spielen, das Widerstandspotential bei der Entfesselung eines Krieges gering zu halten oder zumindest kalkulierbar zu machen. Die Weitergabe von verschiedensten Informationen der Staatsschutz-Abteilungen der Polizei, des VS, BND oder MAD an die CIA oder ihre militärische Schwester DIA, machen in diesem Zusammenhang einen Sinn als Grundlage für entsprechende CIA-Aktivitäten in der BRD. Dabei ist die Richtung der Informationsweitergabe festgelegt: Bundesdeutsche Stellen beliefern die US-Geheimdienste, leisten Zuträgerarbeit. Aus den 70er Jahren wurden Entwürfe für Geheimverträge der USA mit den Regierungen Dänemarks, Norwegens, Frankreichs, der Niederlande, Luxemburgs, Belgiens, Griechenlands, der Türkei und der Bundesrepublik bekannt, in denen für den ,,Spannungsfall'' den USA das Oberkommando über alle militärischen und zivilen Berichte der jeweiligen Staaten übertragen wird. In diesem Dokument, das seinem Charakter nach kein unterschriftsfähiger Vertrag, sondern ein Diktat ist, ist ein spezieller Abschnitt den Geheimdienstinformationen gewidmet. Er lautet (sinngemäß übersetzt): *,,Im Spannungsfall stellt die Regierung des Landes ... den Streikräften der USA Informationen und Geheimdienstberichte zur Verfügung, die ihnen bei der Erfüllung ihres Auftrages nützlich sind, oder die vom US-Militärkommandanten angefordert werden.''* (Das Dokument ist auszugsweise veröffentlicht in: Neuberger/Oppersalski, CIA in Westeuropa, Lamuv 1982).

Die aufgedeckte Praxis der Berichtweitergabe weist nun aber gerade darauf hin, daß für die BRD ein solcher ,,Spannungsfall'' gar nicht erklärt zu werden braucht — diese Praktiken sind das Normale.

CIA in der BRD

Regelanfragen per Vordruck

Der Hamburger Senat verweigerte die Auskunft darüber, ob und wie Anfragen ausländischer Geheimdienste über einzelne Personen vom bundesdeutschen Staatsschutz bearbeitet werden. Daß es solche Einzel-Anfragen neben den diversen regelmäßigen Informationsberichten bundesdeutscher Stellen an ausländische Geheimdienste, speziell aus den USA, gibt, beweist ein 1979 in Bayern ausgefülltes Formblatt.

Gerichtet an das Bayerische Landeskriminalamt in München wird um Auskunft über eine unter ,,Betreff'' angeführte Person gebeten. Das Formular lautet: *,,Eine US-Dienststelle hat um Auskunft über die obengenannte(n) Person(en) gebeten. Um Antwort wird gebeten, ob dort über die obengenannte(n) Person(en) etwas bekannt ist.''* Absender der Anfrage: die CIA-Dienststelle im Landeskriminalamt (,,OCA/LKA''). Das ,,Office of Coordinator and (Special) Advisor'' ist die offizielle Bezeichnung der CIA-Dienststellen in der Bundesrepublik. An das Hamburger OCA werden die Informationsberichte des Staatsschutzes gesandt.

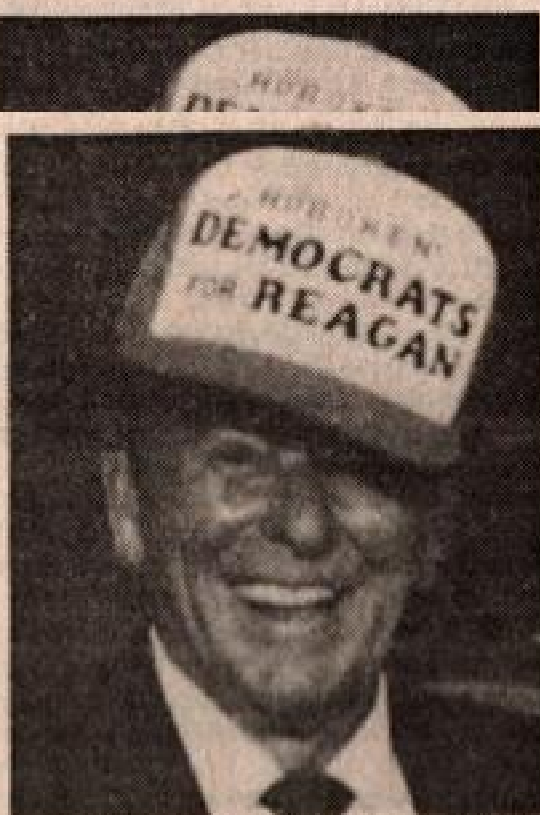
Im vorliegenden Fall wurde das Auskunftsersuchen der CIA an das bayerische Landeskriminalamt anläßlich einer Untersuchung der amerikanischen Ausländerbehörde über einen aus der Bundesrepublik stammenden Journalisten gestellt. Offizieller Dienstweg: Über das Generalkonsulat der USA in München wird die CIA-Dienststelle eingeschaltet, das entsprechende Formblatt geht dem bayerischen LKA zu und wird dort prompt und ausführlich beantwortet. So vermerkten die bayerischen Staatsschützer den einzigen von ihnen notierten, die verdächtigte Person betreffenden Vorfall: zwei vom Zoll geöffnete, an ihn adressierte Pakete, in denen sich verschiedene Papiere und Unterlagen befanden, u.a. Zeitungsausschnitte, Pressemitteilungen, Beschlüsse des Bundesgerichtshofes und Briefe an und von Angeklagten der Stuttgarter Fantasia-Druckerei, sowie Unterlagen über die CIA. *,,Die Unterlagen aus den erwähnten Sendungen sind nicht gerichtsverwertbar!''* — notiert der Berichterstatter. Trotzdem wurden Kopien gefertigt und an das Bundeskriminalamt — Abteilung Terrorismus — und, soweit es sich um Unterlagen über die CIA handelte, an eine SG 721 des Bayerischen Landeskriminalamt weitergeleitet. Gleichzeitig — so vermerkt der Bericht — wurden im Heimatort des Betreffenden bei ,,Vertrauenspersonen'' Nachforschungen angestellt.

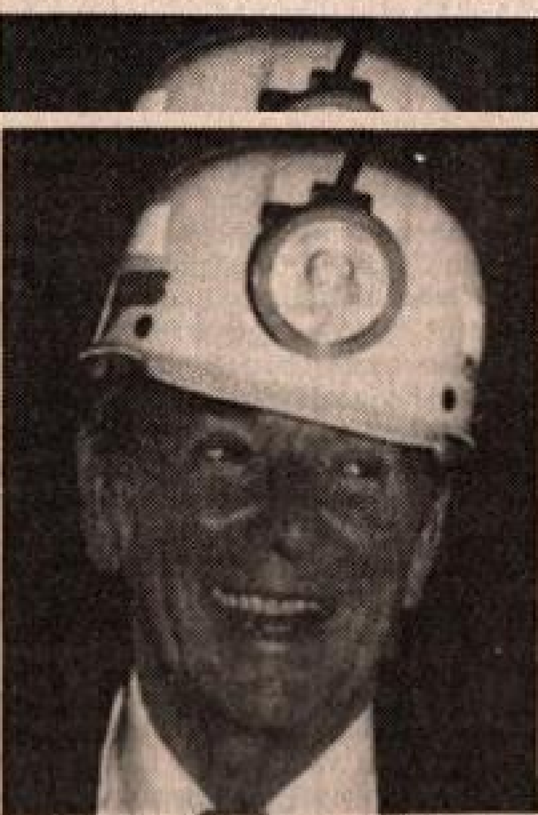
Der gefertigte Bericht ging nun wieder auf den Dienstweg: Eine informelle Übersetzung ins Englische wurde gefertigt und mit einem Vermerk des amerikanischen Vizekonsuls in München, daß das Dossier in keinem Fall dem Betroffenen bekannt werden dür-

amerikanischen Vizekonsuls in München, daß das Dossier in keinem Fall dem Betroffenen bekannt werden dür-

fe, in die USA weitergeleitet. Dort vermerkte der befaßte Untersuchungsbeamte, daß der Betreffende in dem Verdacht steht, Kontakte zu Terroristen zu haben.

Das Dossier des bayerischen Staatsschutzes wurde dem Betroffenen bekannt, als er in den USA eine Anfrage gemäß dem Freedom of Information Act stellte. Unter den ihm daraufhin zugesandten Unterlagen befanden sich auch die von der CIA aus der Bundesrepublik beschafften Auskünfte.







Die republikanische Partei gründet ihre Vision der amerikanischen Zukunft, das Herzstück unseres Parteiprogramms im Jahr 1984, auf die folgende, fundamentale Voraussetzung: Aus der Freiheit ergeben sich (wirtschaftliche) Chancen; aus den Chancen ergibt sich wirtschaftliches Wachstum; aus Wirtschaftswachstum ergibt sich Fortschritt. Der Grundstein unserer Freiheit und der freien Unternehmerwirtschaft ist das Privateigentum. Das Recht auf Eigentum schützt alle anderen Werte der Bürger: ihr Land, ihre Ware, ihr Geld, ihre religiösen Überzeugungen, ihre Sicherheit und Freiheit sowie ihr Recht auf Vertragsfreiheit. Die Republikanische Partei bestätigt dieses gottgegebene und unveränderliche Recht.







Die freie Unternehmerwirtschaft ist die Basis des ,,American Way of Live''. Sie ist untrennbar verbunden mit den sozialen, religiösen, politischen und rechtlichen Institutionen, die das Fundament einer auf individuelle Freiheit und Menschenrechte gegründeten Nation bilden.
(Aus Wahlprogramm 1984 der Republikanischen Partei).

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ,,Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.
Einem Teil dieser Auflage liegt ein Werbeblatt der ,,Frieden jetzt'' bei.

Auf dem Wege zu einer ,,neuen

,,Das Tabu ist gebrochen'' — Gewerkschaften, die meisten Strömungen der Linken und eine Reihe der Medien stimmen darin überein, daß das Durchbrechen eines Tabus die alles entscheidende Bewertung des Tarifabschlusses ausmacht. Demgegenüber verlieren bei dieser Sichtweise negative Aspekte wie etwa Lohnabbau und Flexibilisierung relativ ihre Bedeutung. Was aber hat es mit dem Durchbrechen des Tabus wirklich auf sich?

Tabu gebrochen?

Der ,,Tabu-Katalog'', das ist der ,,Katalog der zu koordinierenden lohn- und tarifpolitischen Fragen'' der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, BDA, in dem diese den Rahmen zukünftig zu behandelnder lohn- und tarifpolitischer Fragen möglichst eng und verbindlich für die eigenen Mitgliedsverbände absteckt. Erstmals 1965 aufgestellt, wurde er 1968, 1975 und 1978 geändert bzw. ergänzt. Die Fassung vom 16.3.78 ist die letzte bekannte. Damit ist allerdings nicht gesagt, daß es sich auch um die letzte Fassung handelt, denn nach dem relativ großen Wirbel, den seine ungewünschte Veröffentlichung im Januar 1979 (nach Beendigung der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche in der Stahlindustrie) verursachte, ist stärkere Geheimhaltung im Unternehmerlager angesagt.

Festgehalten ist in dem 78er Katalog unter anderem das ,Tabu' der 40-Stunden-Woche: ,,*Nachdem bis Ende des Jahres 1974 für mehr als 80% der Arbeitnehmer die 40-Stunden-Woche vereinbart wurde, ist eine weitere Reduzierung des Arbeitsvolumens durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit keinesfalls zu verantworten*'' (Abschnitt III.2).

Dieses nun mit der Einführung der 38,5-Stunden-Woche durchbrochen zu haben, soll angeblich der entscheidende politische Erfolg der Gewerkschaften sein, der ihre Durchsetzungsfähigkeit für die Zukunft bestimmen werde.

Läßt man sich auf die Ebene ein, das Durchbrechen dieses ,Tabus' zum Knackpunkt der diesjährigen Auseinandersetzung zu machen, dann hat die nachfolgende, durchaus mit kritischen Zwischentönen versehene Bewertung des Tarifergebnisses der IGM durch ihren Tarifexperten Hans Janßen einiges für sich: ,,*Ich habe zwar etwas gegen die Flexibilisierung der Arbeitszeit, und sicherlich ist die Flexibilisierung der 38,5-Stunden-Woche in einem Rahmen von 37 Stunden bis 40 Stunden ein Schönheitsfehler. Gleichwohl kam es uns darauf an, eine generelle wöchentliche Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen und das ist ja wohl unbestreitbar gelungen ... Ich bestreite nicht: Das materielle Ergebnis befriedigt uns im Grunde nicht. Materiell ist das sicherlich kein Ergebnis, das zum Jubeln Anlaß gibt. Aber wenn ich dann sehe, daß wir das Tabu der Unternehmer gebrochen haben, dann sind wir sicherlich nicht zweiter Sieger.*'' Die Arbeitgeber ,,*können mit Sicherheit nicht der Sieger sein*'' (1).

Nahezu die gesamte Linke folgt diesem Mythos vom ,durchbrochenen Tabu', demgegenüber die zugestandene materielle Verschlechterung zweitrangig sei. Während den Gewerkschaftsführern das Zugeständnis gemacht werden muß, daß der Rückgriff auf den ,,Tabu-Trick'' verständlich ist angesichts der beschissenen Lage, in der sie zeitweise in der Tarifrunde saßen, fällt diese Linke zum zweiten Mal auf derartiges Geklapper rein. Nachdem Steinkühler und andere schon vor Beginn der Verhandlungen die 35-Stunden-Woche zur Frage ,,Sein oder Nichtsein'' der Gewerkschaften hochgespielt hatten, stimmten nicht wenige Linke begeistert ein und sahen die Morgendämmerung einer neuen Klassenkampforientierung am Gewerkschaftshimmel hereinbrechen. Der Durchbruch scheint dieses ja zu bestätigen.

Nur haben da einige seit 1978 offensichtlich gepennt, denn nicht das 78er ,,Tabu'', sondern der von Janßen zugestandene ,,Schönheitsfehler'' der Flexibilisierung ist mittlerweile zum entscheidenden Knackpunkt der Tarifauseinandersetzungen geworden, und hier ist die Niederlage der Gewerkschaften eindeutig, ist mit den Abschlüssen bei Metall und Druck eine negative Weichenstellung auf lange Sicht hingenommen worden.

Immerhin gibt es auch in den betroffenen Gewerkschaften Stimmen, denen nicht ganz wohl ist bei diesem Abschluß. Detlef Hensche von der IG Druck z.B. stellte hinterher fest: ,,*Der Tabu-Katalog hatte aus der Sicht der Unternehmer die Funktion, Stillstand anzuordnen — und zwar zentralisiert. Das ist sozusagen der defensive Charakter des Katalogs. Aber was sich heute vollzieht und seit anderthalb Jahren im Verein mit der Politik anbahnt, hat eine ganz andere Dimension. Da geht es ja nicht mehr darum, einen bestimmten Fortschritt abzublocken, sondern Widerstandspotentiale zu zerschlagen. Das geht weit über den Tabu-Katalog hinaus.*'' (2). Zumindest in dem Punkt ist ihm zuzustimmen, daß die heutige Entwicklung nicht an diesem 78er Katalog zu messen ist. Denn seitdem ist im Lager der Kapitalisten an einer eigenen, **offensiven Arbeitszeitstrategie** gearbeitet worden, bei der nicht das starre Festhalten an der Zahl vierzig oberste Maxime ist, sondern eine Ausweitung (Flexibilisierung) der Einsatzmöglichkeiten der Arbeitskraft über das bisherige Maß hinaus mit dem Ziel ihrer erhöhten Ausnutzung bei gleichzeitiger Senkung der Kosten. Die verschiedenen, z.T. bereits praktizierten Flexibilisierungs-Modelle belegen, daß dabei aus dem Kapitalistenlager auch Vorschläge zur Senkung der Arbeitszeit gemacht wurden.

Und es war der Verband der Metallindustriellen Baden-Württembergs, der am 1. Juni 1984 ein Verhandlungsangebot an die IGM machte, in dem erstmals für die Gruppe der Schichtarbeiter die 38-Stunden-Woche angeboten wurde, in dem es aber auch hieß: ,,*Die Arbeitszeit soll für alle Arbeitnehmer, insbesondere jedoch im Rahmen von Schichtplänen so verteilt werden können, daß in den Fällen der Arbeitszeitverkürzung keine Kapazitätsverminderung eintritt, ein kontinuierlicher Betriebsmitteleinsatz gewährleistet ist und bei Bedarf die Produktionszeit erweitert werden kann ... Die Pausen für den einzelnen, insbesondere die tarifliche Erholzeit, soll erhalten bleiben; deren Humanisierungseffekt wird nicht gemindert. Jedoch sollen Maschinen und Anlagen weiter im Einsatz sein*''. Hatten die Kapitalisten mit diesem Angebot bereits ihr eigenes ,,Tabu'' durchbrochen, war die Zustimmung zum Leber-Angebot deshalb möglich, weil

- — ein flexibles Modell vorlag, das eine unterschiedliche Behandlung von Gruppen von Beschäftigten ermöglicht,
- — es eine unterschiedliche Verteilung der Wochenarbeitszeit zuläßt, da der Durchschnitt von 38,5 Stunden in zwei Monaten erreicht sein muß,
- — es festhält, daß dabei die ,,*betrieblichen Bedürfnisse zu berücksichtigen*'' sind,
- — es ausdrücklich festschreibt, daß ,,*aus Anlaß der Neufestsetzung der Arbeitszeit ... die Auslastung der betrieblichen Anlagen nicht vermindert*'' werden darf,
- — die Kostenbelastung durch geringe Lohnerhöhung und spätes Anlaufen der Maßnahmen als akzeptabel betrachtet wird,
- — die Schutzfunktion kollektiver Tarifverträge ,,dezentralisiert'' wird zugunsten der Vereinbarung mit Betriebsräten, die bekanntermaßen über das Betriebsverfassungsgesetz und seine einengenden Vorschriften dem Wohl des Unternehmens verpflichtet sind.

Sowohl die Flexibilisierung als auch die Beschneidung der gewerkschaftlichen Funktion als Partner kollektiver Tarifverträge und die noch stärkere Verlagerung der Sozialpartnerschaft auf die betriebliche Ebene sind die entscheidenden Ergebnisse der diesjährigen Auseinandersetzung, nicht aber die ,,magische'' Zahl 40 und ihr Fall.

Flexibilisierung auf allen Ebenen

Es ist Detlef Hensche gewesen, der nachträglich darauf hingewiesen hat, daß das von Regierung und Kapitalisten beklagte ,starre Tarifsystem' der Vergangenheit sich als erstaunlich flexibel erwiesen hat: ,,*Denn beweglich ist die Arbeitszeitverteilung weiß Gott. Der wichtigste Puffer, um unterschiedliche Produktionszeiten auszugleichen, ist die Mehrarbeit. Und die ist in der Bundesrepublik in weiten Grenzen möglich. Das wichtigste Instrument, um Kapazitäten rund um die Uhr auszuweiten, also Betriebs- und Produktionszeit von der vertraglichen Arbeitszeit zu trennen, ist die Schichtarbeit, die zugenommen hat. Die hat sich verdoppelt in den letzten zwanzig Jahren. Das alles unter diesem angeblich so starren Tarifvertragssystem.*'' (2).

Diese bereits bestehenden Flexibilisierungsmöglichkeiten werden nun ausgedehnt, denn so vage der neue Tarifvertrag in einzelnen Passagen bewußt auch gehalten ist, die Kapitalisten wittern vor allem eine Möglichkeit: ,,*Der Tarifvertrag eröffnet ein beachtliches Maß an Gestaltungsfreiheit im Betrieb ... Das entscheidende Ziel der Arbeitgeber, die Arbeitszeit durch mehr Flexibilität den technischen und wirtschaftlichen Erfordernissen besser anpassen zu können, um das wir von Beginn der Auseinandersetzung bemüht waren, konnte zu einem guten Teil verwirklicht werden*'' (4). Sicher erfüllt das ,,Leber-Modell'' und seine drucktypische Variante nicht alles, was im Kapitalistenlager an Wünschen besteht. Aber Leber selber hat in der Begründung für seinen Vorschlag die Zielsetzung deutlich beschrieben: ,,*Die Lösung muß der Tatsache Rechnung tragen, daß unsere Wirtschaft in einem immer schnelleren Tempo Veränderungen unterworfen wird. Sie muß weiter der Tatsache Rechnung tragen, daß die Produktionsmethoden in unserer Wirtschaft immer stärker und immer schneller von neuen technischen Entwicklungen mit revolutionärem Charakter bestimmt werden.*'' Dieses, wie auch die Berücksichtigung ,,*der sozialen Belange der Arbeitnehmer*'' und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ,,*sind meiner Überzeugung nach wichtige Gründe, warum die Gestaltung moderner Arbeitsabläufe anpassungsfähige Arbeitszeitregelungen notwendig macht*'' (5).

Der Optimismus, den verschiedene Unternehmervertreter nach Abschluß zur Schau stellen — sie fühlen sich genau wie die Gewerkschaften als eigentliche Sieger — begründet sich zusätzlich darin, daß die derzeitige Bundesregierung dabei ist, ,,*im Arbeitsrecht durch Tariföffnungsklauseln weitere Anstöße zur Differenzierung zu geben*''. Ihr Arbeitsminister Blüm bestreitet den Tarifabschlüssen einen Kompromiß, ,,*die Lösung im Metalltarifkonflikt liegt nicht auf halbem Wege, sondern in neuer Umgebung*'' (6).

In diese neue Umgebung paßt sein zur Verabschiedung anstehendes ,,Beschäftigungsförderungsgesetz'', nach dem

- — befristete Arbeitsverträge bis hin zu einem Jahr (Kleinbetriebe: zwei) erweitert werden sollen, damit Kündigungsschutz und Mitbestimmung des Betriebsrats entfallen;
- — die Leiharbeit durch verlängerte Fristen (von drei auf sechs Monate) ausgebaut wird — damit reduzierte Stammbelegschaften und unterschiedliche Schutzrechte in den Betrieben zu erwarten sind;
- — das Ausbildungsplatz-Vermittlungsmonopol der Arbeitsämter zugunsten privater Vermittler aufgehoben wird — damit zwar kein einziger Ausbildungsplatz mehr entsteht, wohl aber ein von privaten Sonderinteressen bestimmter Lehrstellenschacher mit der Überzahl der Bewerber möglich ist;
- — die bisherigen Sozialplanregelungen bei Entlassungen zugunsten der Unternehmen verschlechtert werden (insbesondere soll das Kriterium der ,Nichtgefährdung der verbleibenden Arbeitsplätze' zur Bemessungsgrundlage für die Gesamtsumme eines Sozialplans gemacht werden).

Sowohl die tarifvertragliche Öffnung für Ungleichbehandlung in den Betrieben, für Ausdehnung von Schicht- und Samstagsarbeit, für mehr statt weniger Verfügung der Kapitalisten über die Arbeitskraft (damit für gesteigerte Ausbeutung) als auch die parallel laufende gesetzgeberische Öffnung in die gleiche Richtung machen den Unternehmer-Optimismus aus. Die Wirkung ist mit Langzeit-Effekt versehen und kann in einigen Jahren die tarif- und gewerkschaftspolitische Landschaft grundlegend verändern. Das eigentlich Dramatische ist, daß die Gewerkschaften aktuell diese Entwicklung gründlich verdrängen und eine zunehmend blinde, gewerkschaftstreue Linke in vermeintlich kritischer Begeisterung mitzieht.



Unmut bei den Streikenden über das ,,Leber-Modell'' bei der Stuttgarter Tarifkommissionssitzung

Streikbeteiligte und Aussperrungsbetroffene

	Streikende	Ausgesperrte	Kalt Ausgesperrte
Nordwürttemberg/ Nordbaden	24.500	123.000	45.000
Hessen	33.000	32.000	7.500
In den Kampfgebieten	57.500	155.000	52.500
Bundesgebiet außer Nordbaden/Nordwürttemberg			142.500
Bundesgebiet insgesamt	57.500	155.000	195.000
		407.500	

(Quelle: Gew. Monatshefte, 7/84)

Urabstimmungsergebnisse

IGM Nordbaden/Nordwürttemberg
Beteiligte: 88 %
Ja 54,5 %
Nein 32,3 %
(Abstimmung in der Tarifkommission: 87 : 31 für Annahme)

IGM Hessen
Beteiligte 83,52 %
Ja 52,39 %
Nein 30,08 %
(Abstimmung in der Tarifkommission: 52 : 30 für Annahme)

IG Druck und Papier
Abgegebene Stimmen: 42.011
davon mit Ja 25.548 60,8 %
davon mit Nein 16.153 38,4 %
(Abstimmung in der Tarifkommission: 1 Stimme Mehrheit für Annahme)

Anmerkung: Die IGM berechnet ihr Ergebnis auf die Zahl aller Abstimmungsberechtigten, die IG Druck auf die Zahl der abgegebenen Stimmen. Für die Annahme des Ergebnisses reichen 25 % Zustimmung).

,,Die Betriebsräte sind durch die Leber-Tarifverträge aufgewertet worden''

Entgegen den Gewerkschaftsbehauptungen ist nicht die 38,5-Stunden-Woche für alle vereinbart worden, sondern allein ein auf den jeweiligen Betrieb bezogener Durchschnitt, für den ein noch konkret zu vereinbarender Rahmen vorgegeben ist. Ihn auszugestalten, wird zukünftig Sache von Betriebsvereinbarungen sein. Damit aber treten automatisch die Betriebsräte als besondere Partner für die Ausgestaltung auf die Bühne. Von Kapitalseite wird hierin viel Hoffnung gelegt: ,,*Die Notwendigkeit der Ausfüllung des Tarifvertrags durch Betriebsvereinbarungen unterstreicht abermals die Bedeutung einer konstruktiven Zusammenarbeit mit unseren Betriebsräten*'' (7), betont der Vorstandsvorsitzende von Daimler Benz.

Deren Rolle, das hat der zurückliegende Tarifkampf mehrfach gezeigt, ist eng an das jeweilige Interesse des einzelnen Unternehmens gebunden (ganz wie es das Gesetz vorsieht). Damit droht den Gewerkschaften aber eine Entwicklung, die auf Verlust bisheriger Funktionen hinausläuft. Das muß man nicht immer bedauern, im konkreten Fall heißt das aber, daß bisherige gewerkschaftliche, kollektive Schutzfunktionen für die Beschäftigten in noch stärkere Abhängigkeit von der jeweiligen Wirtschaftslage eines Betriebes geraten und je nach Lage aufgeweicht werden. Die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' läßt den Arbeitsrechtler Professor Klaus Adomeit eine

Sozialpartnerschaft''?

denkbare Zukunftsentwicklung zeichnen (8), die sie als heute noch in der Minderheit befindliche Position auch im Unternehmerlager bezeichnet.

Adomeit fragt: „*Sind wir so weit, Streikrecht und Tarifvertrag als überflüssig oder schädlich ganz aufzugeben?*" und antwortet: „*Es gehört zu einer fortschrittlichen Sozialpolitik, daß man auch versteht, ein Instrument, das seinen Dienst getan hat, mit Dankbarkeit zu verabschieden*". Die Zukunft gelte dem „*Einzelvertrag*" zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, „*Wie ‚Stein schleift Schere!', so schleift die günstigere Abmachung den Kollektivvertrag*". Er will einen Kodex schaffen, nach dem ein neu geschaffener Arbeitsplatz das höchste Gut ist, „*ohne Rücksicht auf die vereinbarten Arbeitsbedingungen*". So das „Wolfsprinzip" durchgesetzt, wäre es „*angenehm, ... sich ein buntes Bild ganz verschiedener Arbeitsverhältnisse vorstellen zu dürfen, von hochtechnisierten bis zu handwerklichen, mit jeweils verschiedener Lohnhöhe oder Arbeitszeit, das wäre die Bedingung. Die Freiheit der Entscheidung läge bei den Arbeitnehmern, welchen Arbeitsplatz — denn dann gäbe es Arbeitsplätze — sie vorzögen*".

Mit tiefer Verbeugung vor dem Ex-Gewerkschaftsführer Leber stellt er fest: „*Die Betriebsräte sind durch die Leber-Tarifverträge verdientermaßen aufgewertet worden. Von der Idee her stehen sie neben den Gewerkschaften, werden sie aber eines Tages verdrängen*" und „*die ‚vertrauensvolle Zusammenarbeit' des Betriebsverfassungsgesetzes ist die Maxime, unter der die gesamte Regelung der Arbeitsbedingungen stehen sollte*". Gewerkschaften sind dann zwar nicht ganz überflüssig, aber weitgehend entfunktionalisiert. „*Es ist nicht abwegig, die Gewerkschaften wie Parteien zu sehen: Sie wirken mit bei der Willensbildung der Arbeitnehmerschaft, vor allem durch die Aufstellung von Kandidaten zur Betriebsratswahl, zur Wahl der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, durch Wahlwerbung. Durch ihre gewählten Kandidaten bestimmen sie mit und treffen normative Regelungen.*"

Man muß ja nicht jeden Wunsch des Herrn für Wirklichkeit nehmen. Aber er beschreibt eine durchaus bedrohliche Entwicklungsrichtung, die die jüngsten tarifpolitischen Abschlüsse begünstigen.

Zerschlagung der Gewerkschaften gescheitert?

Zerschlagung der Gewerkschaften gescheitert?

Auch die Behauptung, es wäre in der abgelaufenen Tarifrunde um die Zerschlagung der Gewerkschaften („Sein oder Nichtsein") gegangen, gehört zu den Legenden, die mit dazu beitragen, die Elle Erfolg oder Mißerfolg falsch anzulegen. Es gibt keine Stimme aus Regierungs- und Unternehmerlager, die eine solche Behauptung belegen könnte, nicht einmal der oben zitierte Adomeit begibt sich auf diese Ebene. Die Auseinandersetzungen im Unternehmerlager, wie diese Tarifrunde durchzustehen ist, gingen neben der Durchsetzung der eigenen Interessen immer auch um die zukünftige Rolle, die die Gewerkschaften im marktwirtschaftlichen System spielen sollen. Differenzen gab es um die Frage, ob man Gewerkschaften wie IGM und IG Druck ganz in die Knie zwingen könnte zugunsten anderer Strömungen im DGB oder ob man weiterhin auf Zusammenarbeit setzen kann, indem den Gewerkschaften eine Kompromißbrücke gebaut wird. Als solcher Brückenbauer diente Georg Leber, bewährter Alt-Gewerkschaftsführer bei der Anpassung der Gewerkschaften an die Erfordernisse der kapitalistischen Wirtschaft. Seine „historische Glanzleistung" (so IGM-Mayr) hat genau diese Funktion, und die Gewerkschafter, die trotzig politischen Erfolg mit „Schönheitsfehlern" konstatieren, werden im gewerkschaftspolitischen Alltag schneller als gedacht mit der Wirklichkeit der „Schönheitsfehler" konfrontiert, der „politische Erfolg" dürfte sich weitgehend in den in Vorbereitung befindlichen Dokumentationen wiederfinden.

Auf der Suche nach einer „neuen Sozialpartnerschaft"

In verschiedenen linken Auswertungen wird der politische Erfolg von IGM und IG Druck auch darin gesehen, daß die Front der „Kontras" (die „Fünferbande" aus IG Chemie, IG Bau, IG Bergbau, NGG und Textilgewerkschaft) und „Vorruhestandsregler" im DGB geschwächt ist, u.a. weil die IGM eine solche Vorruhestandsregelung (auf Basis des Blüm'schen Gesetzes und nicht bindend, d.h. nur in gegenseitigem Einvernehmen) noch hinterhergeschmissen bekam. Richtig daran ist nur, daß der „Vorruhestand" nicht zu der Kooperationslinie zwischen konservativer Regierung und Gewerkschaften aufgebaut werden konnte, wie es sich seine Erfinder gewünscht hatten. Falsch ist es aber, daran eine Schwächung der Linie von Döding/Rappe/Schmidt zu konstatieren. Die Realität in Betrieben und Gewerkschaften wird sein, daß Metaller und Drucker nach dieser Tarifrunde keinerlei Beweis antreten können, mit ihren Abschlüssen besser zu fahren als etwa Chemie'ler, Berbau'ler oder NGG'ler. Denn einer der Grundunterschiede, den IGM und IG Druck gegenüber dem Vorruhestand hervorhoben, war: Unsere 35-Stünden-Woche schafft mehr Arbeitsplätze. Dieser Unterschied wird sich aber nicht nachweisen lassen, und der Druck-Vorsitzende Ferlemann mußte nach dem Tarifabschluß zugeben, daß „*keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen würden*" (9). Bei der IG Metall macht man zwar in Optimismus und meldet in der Mitgliederzeitung: „*Tarifvertrag zeigt Wirkung*" (10), um dann eine Reihe Neueinstellungen im Automobilbetrieben aufzuzählen. Was sie nur nicht dabei schreibt: Diese Neueinstellungen in der (noch) expandierenden Automobilindustrie waren vor dem Tarifabschluß geplant und wegen des bevorstehenden Streiks zurückgestellt worden. Die IG Metall-Rechnung, 50% der Arbeitszeitverkürzung durch Neueinstellungen aufzufangen, wird nicht aufgehen, und die großangekündigte „Offensive gegen die Arbeitslosigkeit" wird sich in der Arbeitslosenstatistik nicht niederschlagen. Demgegenüber steht, daß die Vorruhestandsregelung bei NGG und Bau die wenigen, die es betrifft, auf jeden Fall finanziell besser stellt, als dies bei der Metall-Regelung der Fall ist. Was also nicht gehen wird, ist, die „Kontras" als schlechtere Gewerkschaften bezogen auf das materielle Wohl der Beschäftigten und den Abbau der Arbeitslosigkeit in die Defensive zu drängen. IGM und IG Druck vermeiden daher tunlichst, sich in dieser Weise profilieren zu wollen.

her tunlichst, sich in dieser Weise profilieren zu wollen.

Umgekehrt zeigen die Gewerkschaften der „Fünferbande" keinerlei Zurückhaltung. Sie starten zur Zeit neue Vorstöße, das Verhältnis Regierung/Gewerkschaften zu entkrampfen. Mit Stolz wird die IG Chemie auf ihrem Gewerkschaftstag im September Kohl als Redner präsentieren, für November kündigt ihn die IG Bergbau auf ihrem Kongreß an. Nicht unterschlagen wird dabei, daß der Kanzler damit das erste Mal seit seiner Regierungsübernahme auf einem Gewerkschaftskongreß spricht. Und es ist der NGG-Vorsitzende Döding, der durch laute Überlegungen und Appelle zwar keine neue „Konzertierte Aktion" auf den Weg bringen will, sondern nur eine „Kaminrunde" von Spitzen-Kapitalisten und -Gewerkschaftern beim Kanzler im Herbst, was aber nur den gleichen Effekt haben kann: die Bedingungen für einen neuen „Sozialpakt" zu prüfen.

Die Vorstöße der „Kontras" laufen nicht ins Leere. Auch im Lager der Streik-Gewerkschaften wird über politische Schlußfolgerungen nachgedacht. Detlef Hensche stellt dabei eine absolute Ausnahme dar, wenn er feststellt: „*Die neue Qualität* (Anm.: der Unternehmerangriffe) *ist die, daß man nun nach der Wende auch vor flagranten Eingriffen in geheiligte Schutzrechte nicht mehr zurückschreckt. Und das wird so weitergehen, wenn wir es nicht aufhalten. Das ist auch eine Machtfrage und es bedarf eines gewaltigen Einsatzes gewerkschaftlicher Kraft*" (2). Ganz anders die bisherigen Verlautbarungen aus der IG Metall. In den Bewertungen liest man geradezu das befreite Aufnahme, daß alles gutgegangen ist, und es wird hervorgehoben, daß es gelungen ist, die p o t e n t i e l l e Macht der Gewerkschaften zu demonstrieren — ein Pfund, das man bei zukünftiger Sozialpartnerschaft meint in die Waagschale legen zu können. Die Hoffnungen auf die Wiedereroberung seit der „Wende" verlorengegangener Beteiligung der Gewerkschaften an der Macht hat am prägnantesten Hans Janßen formuliert:

„*Ich glaube, ein ganz entscheidendes politisches Ergebnis dieser Auseinandersetzung ist, daß wir auch in wirtschaftlich und politisch schwerer Zeit streiken können — und länger streiken können, als man es uns zugetraut hat. Daß wir Urabstimmungen durchführen und bestehen können,* ***daß wir Einsichten bei unseren Gegnern wecken.*** *Das nächste Mal, wenn es um entscheidende Fragen gehen wird, wissen die Arbeitgeber, daß wir auch in solchen Zeiten durchaus kampffähig sind.*

Was nach meinem Dafürhalten noch wichtiger ist: Das nächste Mal weiß auch der Bundeskanzler und weiß die Regierung, daß die Gewerkschaften in solcher Zeit Leistungen zu erbringen in der Lage sind, die sie uns nicht zugetraut haben. ***Das wird auf das Verhalten sowohl der Arbeitgeber als auch der politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik nicht ohne Wirkung sein. Das wird auch entscheidend sein dafür, daß man am Verhandlungstisch wieder zu anderen Ergebnissen, und mithin zu tarifpolitischen Ergebnissen ohne solche Auseinandersetzungen kommen kann.***" (11; Hervorhebungen vom Verf.).

Der verhalten geführte Streik als Sprungbrett für die Rückkehr der Gewerkschaften in ihre alte Rolle im System der „sozialen" Marktwirtschaft? Die Linken, die bislang alle grundlegenden Bewertungen der Gewerkschaften über die politische Bedeutung dieses Streiks geteilt haben, müßten auch hier mitziehen, selbst wenn sie andere Schlußfolgerungen vorschlagen, denn eine politisch gestärkte Gewerkschaft kann Kapital und Staat gegenüber anders auftrumpfen als eine geschwächte. Nur hat Janßens Auffassung den Haken, daß sowohl das materielle Ergebnis als auch die begleitenden politischen Maßnahmen der Regierung (Blüms neue Gesetze sind nicht einmal Hindernis für besagte „Kaminrunde") die Gewerkschaften in der Defensive sehen. Mißt man politische Erfolge aber nicht mehr am Ergebnis, dann kann aus dieser „neuen Sozialpartnerschaft" n u r die Integration der Gewerkschaften in weiteren Sozialabbau und Abbau der Schutzrechte folgen. Ein anderer „Sozialpakt" ist angesichts der Entwicklung nicht denkbar. Die Vision ist im nachfolgenden Zitat durchaus angelegt, und man sollte die Regierung Kohl nicht für so unfähig halten, daß sie ihr Verhältnis zu solcherart Gewerkschaften nicht auch neu definieren könnte. Immerhin ist Flexibilisierung angesagt, und die Vorteile liegen auf der Hand.

durchaus angelegt, und man sollte die Regierung Kohl nicht für so unfähig halten, daß sie ihr Verhältnis zu solche-

„*Der zentrale Tarifvertrag in der Metallindustrie ist unter dem maßgeblichen Einfluß von Georg Leber zustandegekommen, einem Mann, der als Prototyp für die durchaus erfolgreiche ‚kooperative' Gewerkschaftspolitik der fünfziger und sechziger Jahre gelten kann. Diese Politik schloß keineswegs den Verzicht auf Streik ein und auch der ‚Leber-Kompromiß' hätte ohne Streik nicht erzielt werden können.*



Leber's historische Glanztat

Aber es spricht manches dafür, auch die anderen Elemente jener Politik unter den neuen Bedingungen zu nutzen. Im Rahmen einer solchen Politik hätten auch Regierung und Staat eine wichtige Rolle zu spielen. Sie haben es durch öffentlichen Verbalradikalismus führender Vertreter vorgezogen, sich aus der Szene zu stehlen. Der voreilige Abgang ist nicht dadurch wiedergutzumachen, daß ein neuer Akteur mit dem wohlfeilen Ruf nach ‚konzertierter Aktion' auf die Bühne geschickt wird. Es sieht so aus, als müßten Regierungs- und Staatsrepräsentanten ihre Rollen in diesem Stück von Grund auf neu studieren" (Hans O. Hemmer, Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte" (12).

Die Linke auf „GO"-Kurs

Erstaunlich sind die Entwicklungen in der Linken. Die Bewertung der 35-Stunden-Woche ist überwiegend positiv (Ausnahmen: Gruppe „Revier" und Gruppe „Arbeiterpolitik"). Die Motive der verschiedenen Strömungen, die dabei zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommen, sind sehr unterschiedlich. Bei der DKP ist so etwas nicht neu, sie erkennt: „*Die Sozialpartnerschaftsideologie ist angeschlagen, der Klassengegensatz von Kapital und Arbeit ... sehr plastisch geworden*" und kramt dann ihr

gen, der Klassengegensatz von Kapital und Arbeit ... sehr plastisch geworden" und kramt dann ihr

Wunschprojekt einer Volksfront mit der SPD hervor: „*Tatsache ist, daß die Auseinandersetzung in der SPD-Führung um Sozialpartnerschaft oder Klassenauseinandersetzung noch längst nicht entschieden ist*" (13). Doch nicht nur die DKP hat sich von der Realität verabschiedet. Gruppen wie die „GIM" oder die „KPD" (früher mit „/ML") sind auf ähnlichem Kurs. Für die GIM ist eine neue Wirklichkeit herangebrochen. Seit Wochen erscheint ihre Zeitung „Was tun" (wie alle linken Zeitungen mit verkaufter Kleinauflage) mit kurioser linkspopulistischer Orientierung. Mal werden gute Tips gegeben („Jetzt alle streiken"), mal weist „Anna, Vertrauensfrau" in ihren regelmäßigen Kommentaren den lieben Willy (Brandt) oder den lieben Franz (Steinkühler) auf Fehler hin und erläutert ihnen, was die Kollegen denken, was man besser machen sollte. Die kabarett-reife Politik der GIM steht in völligem Gegensatz zu ihren realen Einflußmöglichkeiten, verzichtet auf jede Analyse der Kräfteverhältnisse und scheint ihrem ew igen Traum der Linksentwicklung der SPD (endlich) vermittelt über den DGB näher denn je.

Verblüffen muß Ähnliches bei der „KPD". Früher stramm auf linkssektiererischem „RGO"-Kurs, wird daraus jetzt der neue „GO"-Kurs, „KPD" auf den Pfaden „gewerkschaftlicher Orientierung". Die Formel ist ganz einfach: Skepsis gegenüber der 35-Stunden-Wochen-Auseinandersetzung sei völlig unangebracht, es reiche, „*die positive und offensive Wirkung dieser Forderung tatkräftig zu unterstützen*" (14), die per se gegen die Richtung der Wende-Politik laufe und daher Sozialpartnerschaft keinen Raum lasse, so hieß es schon vor Beginn der Tarifrunde. Und hinterher konstatiert die „KPD" zwar das Ergebnis als Niederlage, aber „*die Bereitschaft, eine eigenständige Antwort auf die Krise zu eben ... ist auch ein Ergebnis dieser Auseinandersetzung*". „*Die Bedingungen dafür, den Widerstand gegen Kapital und Reaktion zu entfalten, sind nach diesem Kampf besser als*

nis dieser Auseinandersetzung". „Die Bedingungen dafür, den Widerstand gegen Kapital und Reaktion zu entfalten, sind nach diesem Kampf besser als

zuvor" (15). Von einem „*Stimmungsumschwung auf klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik*" ist die Rede. Neu sind solche Sprüche ja nicht, der heutige verbalradikal eingeleitete Rechtsschwenk der „KPD" ist nur die Kehrseite der alten, nicht mehr haltbaren Praxis. Wie früher auch werden einzelne radikale Aktionen im Streik verallgemeinert, wird Vorgängen wie e i n e r einzigen Betriebsbesetzung von e i n e m Tag (bei Filterknecht, wo die Belegschaft gegen die kalte Aussperrung protestierte, weil sie arbeiten wollte) eine überdimensionale Bedeutung und eine eigenwillig interpretierte Absicht verpaßt. Erscheinungen eines solchen Streiks, hohe NEIN-Stimmen-Zahl bei der Urabstimmung — die in der Geschichte der Arbeitskämpfe der BRD überhaupt keine qualitativ neue Besonderheit sind (wobei anzumerken bleibt, daß Aktionen in den Septemberstreiks 1969 und den wilden Streiks 1974 um einiges radikaler waren) — werden einfach so hingebogen, daß sie die eigene nur-gewerkschaftliche Orientierung der „Partei" im Lichte der entscheidenden strategischen Orientierung der Kommunisten ergänzen lassen.

Auf neuen (in der SB-Geschichte allerdings auch schon ausgetretenen Pfaden) wandert der SB-„Express" (GIM, SB und „KPD" waren übrigens auch die Träger des „Info 35", das im Streik regelmäßig erschien und vom Niveau her kaum Unterschiede zur Berichterstattung der „UZ" erkennen ließ). Redakteur Horst Dieter Zahn gibt dabei — ungewollt — zu erkennen, was die Basis für die Einschätzung eines qualitativen Sprungs der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist: „*Ich hatte Schlimmeres befürchtet*". Daher: „*Das Ergebnis ist erstaunlich gut*". Auch er sieht das „*Tabu-Bollwerk*" fallen und die IGM als Gewinner: „*Die IG Metall hat nicht*

11
IG. 6. Juni 1984
10.-

die linke

Mit der IG-Metall
35-Stunden international

Artikel und Bericht S. 7 - 9



Nicht jedes deutsche „Modell" ist für Europa geeignet, auch wenn die österreichische GIM-Schwester ins Schwärmen gerät

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

gewonnen, wenn man das ursprüngliche Ziel als Kriterium nimmt. Sie hat aber gewonnen, weil sie nicht verloren hat", da die Unternehmer sie nicht in die Knie zwingen konnten. Schließlich entdeckt Zahn auch einige „*Schattenseiten*" des Ergebnisses (16).

Eine Bewertung der Bewertung durch die Grünen ist schwierig. Sie haben insbesondere mit dem Gesetzentwurf zum Verbot der Aussperrung weitgehend das getan, was man auf dieser (parlamentarischen) Ebene tun kann. Insbesondere die „Realos" aus Hessen waren um ein konstruktives Verhältnis zum DGB bemüht, ganz auf der Schiene ihrer rot-grünen Zusammenarbeit in Hessen. Entsprechend positiv fiel die Bewertung des hessischen Bundestagsabgeordneten Hubert Kleinert in der „taz" vom 20.7.84 aus. Assistiert wird diese Sichtweise und die Zahns übrigens von der derzeitigen Betriebs- und Gewerkschaftsberichterstattung des „marke" in der „taz" (Kommentar am 2.7.84: „*Es hätte schlimmer kommen können*"). Heftige grüne Kritik mit weitgehend richtigen Ansatzpunkten kommt ausgerechnet aus der ökologischen Ecke (Willi Hoss von „plakat" und Dieter Marcello, ex-„plakat"). Andere grüne Strömungen schweigen bislang. Anders als bei Strömungen wie GIM und „KPD", die von einer anderen Klassenwirklichkeit träumen, ist bei letztgenannten Strömungen damit zu rechnen, daß die realpolitische „Einsicht", daß nicht viel mehr drin war, zu einer politischen Annäherung an linkssozialdemokratische Gewerkschaftspolitik führen wird. Der Teil der Linken, der nüchtern konstatieren muß, daß Gewerkschaften in der BRD sich in dieser Tarifrunde erstaunlich stabil und der Unterstützung ihrer Mitglieder gewiß sein können, der keine neue Qualität von Arbeiterbewegung in der BRD entdeckt, wenngleich er der Meinung ist, alle Ansätze des Aufbrechens des Klassenkonsenses zu unterstützen (wovon es auch in dieser Tarifrunde eine Reihe gegeben hat), wird schmaler. Die Perspektive für eine autonome Politik der Linken in Betrieben und Gewerkschaften ist angesichts der beschriebenen Entwicklungen nicht einfacher geworden.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Anmerkungen:

1) Hans Janßen in einem Interview der GEW-Zeitung „Erziehung und Wissenschaft" 7-8/84. Ähnlich auch in der IGM-Presse: *„Der erreichte Kompromiß ist sicherlich kein Grund zum Jubeln. Aber er ist ein Meilenstein gewerkschaftlicher Durchsetzungsfähigkeit unter äußerst widrigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.*
Grund zum Jubeln. Aber er ist ein Meilenstein gewerkschaftlicher Durchsetzungsfähigkeit unter äußerst widrigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.
Er ist ein Markstein gewerkschaftlicher Kampfkraft, der Streikfähigkeit unserer Mitglieder in mehreren Tarifgebieten, der organisationspolitischen und finanziellen Stabilität unserer Organisation" (Janßen, Leitkommentar in „Der Gewerkschafter" 7/84). *„Wir haben Narben davongetragen. Aber wir sind nicht in die Knie gezwungen worden. Die Metallarbeitgeber haben ihr Ziel nicht erreicht"* (Hans Mayr in „Metall-extra", 2.7.84).
2) Interview in „Konkret" 8/84
3) Dokumentiert in „Gewerkschaftliche Monatshefte 7/84, S.405
4) „Handelsblatt", zitiert nach „Politische Berichte" 14/84
5) Dokumentiert in „Gewerkschaftliche Monatshefte" 7/84, S.406
6) Blüm in „FAZ", 21.7.84
7) „Handelsblatt", 5.7.84
8) Prof. Klaus Adomeit, „In Zukunft neue Mittel für Lohnregelungen?", Aufsatz in „FAZ", 10.8.84
9) Ferlemann laut „FAZ", 12.7.84
10) „Metall" 16, 3.8.84
11) Hans Janßen, Interview in „Erziehung und Wissenschaft" 7-8/84; ähnlich auch Hans Mayr in einem Interview mit der „BILD"-Zeitung vom 2.7.84: *„Ich wünsche, daß die Arbeitgeber aus diesem Streik die Lehre ziehen: Länge bevor 1986 der Vertrag über die 38,5-Stunden-Woche ausläuft, sollten sie sich deshalb mit uns zusammensetzen. Dann müssen wir in aller Ruhe darüber reden, wie weitere Arbeitszeitverkürzungen ohne Arbeitskampf möglich werden. Auch das wäre ein historischer Verdienst dieses Streiks"*.
12) In „Gewerkschaftliche Monatshefte" 7/84, S.390
13) „Das Tabu ist angeknackst", der stellvertretende DKP-Vorsitzende Herrmann Gautier in „DVZ", 3.8.84
14) „Roter Morgen", 23.12.83
15) „Roter Morgen", 10.8.84
16) Horst Dieter Zahn, „Kein großer Sieg, aber auch keine Niederlage — warum alles in allem dieser Abschluß ein Erfolg ist", in „express" 7/84

35-Stunden-Woche:

Was bleibt im Ergebnis?

Über den tatsächlichen Tarifabschluß bei Metall und Druck besteht einige Verwirrung. Das liegt vor allem daran, daß die Abschlüsse einen abgesteckten, aber interpretierbaren Gestaltungsrahmen enthalten, der letzlich erst in Betriebsvereinbarungen ausgefüllt wird. Daher gibt es bislang unterschiedliche Aussagen zum tatsächlichen Ausgang aus Gewerkschafts- und Unternehmerlager, die darauf hinweisen, daß es in einer Reihe Fragen noch Rechtsstreitigkeiten geben wird. Wir wollen den Versuch machen, den bisherigen Stand vorzustellen und zu bewerten.

Metallabschluß: Arbeitszeit

Zur Grundlage haben wir den Manteltarifvertrag in Nordbaden/Nordwürttemberg genommen.

„*§7.1. Die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit ohne Pausen beträgt 38 1/2 Stunden.*
Die Arbeitszeit im Betrieb wird im Rahmen **des Volumens, das sich aus der für den Betrieb festgelegten wöchentlichen Arbeitszeit von 38 1/2 Stunden im Durchschnitt aller Vollbeschäftigten ergibt,** *durch Betriebsvereinbarung geregelt.* **Dabei können für Teile des Betriebes, für einzelne Arbeitnehmer oder für Gruppen von Arbeitnehmern unterschiedliche wöchentliche Arbeitszeiten festgelegt werden".** (Hervorhebungen vom Verf.).

Hier taucht der erste Streitpunkt auf: Die IGM weiß sehr wohl, daß der Tarifvertrag eben keine Verkürzung der Arbeitszeit für jeden einzelnen beinhaltet. Da der Vertrag erst zum 1. April 1985 wirksam wird, empfiehlt die IGM ihren Betriebsräten, vorerst keinerlei Abschlüsse zu machen und die gewerkschaftlichen Schulungen abzuwarten. Den Kurs hierfür hat Klaus Lang in der Augustausgabe des „Gewerkschafter" abgesteckt. Er argumentiert, es könne in der Mehrzahl der Betriebe gelingen, die Arbeitszeitverkürzung für alle abzuschließen, da laut Tarifvertrag 38,5 Stunden die Regel, alles andere die zu vereinbarende Ausnahme sei. Dann, so Lang, „*haben (wir) gute Chancen, uns durchzusetzen, wenn wir in der Organisation einheitlich vorgehen, betriebliche Alleingänge abwehren und die Möglichkeiten des Tarifvertrages wirklich engagiert betrieblich nutzen*" (1). Ein solches Vorgehen wäre allerdings gegen die
heitlich vorgehen, betriebliche Alleingänge abwehren und die Möglichkeiten des Tarifvertrages wirklich engagiert betrieblich nutzen" (1). Ein solches Vorgehen wäre allerdings gegen die
Zielsetzung „größtmöglicher Gestaltungsfreiheit" der Unternehmer gerichtet. Der oben zitierte Tarifvertrag bestätigt vom Wortlaut her eher die Auffassung von Gesamtmetall:„*Wir haben keine generelle Arbeitszeitverkürzung. Nach meiner Auffassung ist das eine partielle Arbeitszeitverkürzung mit dem Ergebnis, daß wir eine* **betriebsdurchschnittliche** *Arbeitszeit von 38,5 Stunden haben*" (2).

Daß eine unterschiedliche Handhabung der Arbeitszeit vom Tarifvertrag gewünscht ist, bestätigt auch der weitere Wortlaut des §7.1.:

„*Die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit kann* **zwischen 37 und 40 Stunden** (Vollzeitbeschäftigte) betragen.

Die Spanne zwischen 37 und 40 Stunden soll angemessen ausgefüllt werden. **Dabei sind die betrieblichen Bedürfnisse zu berücksichtigen."**

Hier baut Lang die zweite Verteidigungslinie der IGM gegen die befürchtete Flexibilisierung auf: Zum einen sei alles, was ein Arbeitnehmer über 38,5 Stunden arbeiten müsse, als Überstunde zu bezahlen, alles was darunter liege mit Lohnausgleich, so daß jede andere Regelung als 38,5 Stunden für die Unternehmen teurer komme. Zusätzlich besteht die IGM darauf, daß wenn schon Flexibilisierung, dann in den Grenzen 37 - 40 Stunden, andere Regelungen — etwas 36 : 41 und unterschiedliche Arbeitszeiten in verschiedenen Wochen seien nicht möglich.

Sowohl die Kostenberechnung als auch die Grenzziehung lehnen die Kapitalisten ab. Sie wollen größtmögliche Flexibilisierung, indem sie zum einen unterschiedliche Gruppen in den Betrieben unterschiedlich behandeln: „*Vor allem werde es nun möglich sein, daß qualifizierte, auf dem Arbeitsmarkt schwer zu bekommende Arbeitnehmer dem Betrieb weiterhin 40 Stunden zur Verfügung stünden, während angelernte Arbeitnehmer, die gleichgerichtete Tätigkeiten ausübten, dafür weniger arbeiten könnten*" (3). Zum anderen wünschen sie drei Ebenen der Flexibilisierung:

— unterschiedliche individuelle Arbeitszeiten zwischen 37 und 40 Stunden, was einzelvertraglich geregelt wird (wobei die 38,5 Stunden dann im Betriebsdurchschnitt zu errechnen sind);

— unterschiedliche, wechselnde tägliche und/oder wöchentliche Arbeitszeit für den einzelnen, bei der 38,5 Stunden im Durchschnitt von zwei Monaten herauskommen (dazu heißt es im § 7.5. des Tarifvertrags:„*Die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit kann* **gleichmäßig oder ungleichmäßig** *auf 5 Werktage in der Woche verteilt werden ... Die wöchentliche Arbeitszeit muß* **im Durchscnitt von zwei Monaten** *erreicht werden*").

— und unterschiedliche Arbeitszeiten zwischen verschiedenen Gruppen im Betrieb (4).

Für die IGM-Festlegungen der Betriebsräte (falls sie überhaupt gelingen) spricht vom Wortlaut des Tarivertrages wenig, für den Streitfall regelt der Tarifvertrag darüberhinaus in § 7.1.:„*Im Falle der Nichteinigung über die Festlegung und Anpassung der individuellen, regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit entscheidet die Einigungsstelle des §76 BetrVG auf Antrag jeder Seite verbindlich,*" d.h. selbst eine starre Haltung kann dann in solchen verbindlichen Sprüchen aufgeknackt werden.

Allein bei der Auslegung, die Arbeitszeit auch über 40 Stunden auszudehnen, scheinen im Kapitalistenlager Befürchtungen zu bestehen, „*jedenfalls würde, setzte sich die Rechtsauffassung der Gewerkschaft durch, ein wesentlicher Vorteil der Flexibilisierung verloren gehen — der Kostenvorteil nämlich — mit dem die Arbeitgeber die Mehrbelastung der Arbeitszeitverkürzung zu kompensieren gehofft hatten*" (4).

Im § 7.6. heißt es:„*Aus Anlaß der Neufestsetzung der Arbeitszeit wird die Auslastung der betrieblichen Anlagen und Einrichtungen nicht vermindert. Bei einer Differenz zwischen Betriebsnutzungszeit und der Arbeitszeit für die einzelnen Arbeitnehmer kann der Zeitausgleich auch in Form von freien Tagen erfolgen.*"

Schon dieser Abschnitt steht in vielen Betrieben gegen die Behauptung, Arbeitszeitverkürzung für alle sei möglich. Zwar behauptet Klaus Lang im
Schon dieser Abschnitt steht in vielen Betrieben gegen die Behauptung, Arbeitszeitverkürzung für alle sei möglich. Zwar behauptet Klaus Lang im
„Gewerkschafter": bleiben wir hart, dann entsteht für die Unternehmer der Zwang zur Neueinstellung, soll die Betriebsnutzungszeit erhalten bleiben. Doch sowohl die vorher zitierten Abschnitte,, besonders aber die Berücksichtigung „betrieblicher Bedürfnisse" bzw. der Gang zur Einigungsstelle stehen dem entgegen. Durchsetzbar wären andere Regelungen nur aufgrund konsequenter Belegschaftsaktionen, denn was Lang als Verteidigungslinien aufbaut, ist ausdrücklich nicht im Tarifvertrag enthalten, der in Geist (speziell auch dem Lebers) und Wortlaut andere Regelungen meint. So verständlich und unterstützenswert es jetzt nach verlorener Auseinandersetzung auch ist, solche Margen zu setzen, sollte man sich dennoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß in betrieblichen Einzelauseinandersetzungen nur in Ausnahmen mehr herauszuholen ist, als dies in der Gesamtauseinandersetzung notwendig gewesen wäre.

Der Tarifabschluß der IGM bei VW, der ja eine Betriebsvereinbarung im Großen ist, setzt dabei bereits negative Vorzeichen: Es wurde die 38,5 Stunden-Woche im **Jahresdurchschnitt** vereinbart, täglich bis zu 8 Stunden. Samstags bis zu 8 Stunden als bezahlte Mehrarbeit oder Freizeitausgleich wird ermöglicht. Damit bleibt die 40 Stunden-Woche erhalten. 9 über das Jahr verteilte Freischichten sollen den Stundendurchschnitt möglich machen. Große Chancen hat der Plan von VW, im Frühjahr mehr inklusive Samstagsarbeit und im Herbst entsprechend weniger arbeiten zu lassen, da zu dieser Zeit traditionell die Produktion sinkt (zeitweise nur an vier Tagen in der Woche," was der „Tabu-Katalog" von 1978 noch ausgeschlossen hatte — Flexibilisierung macht's möglich).

Der Manteltarifvertrag zur Arbeitszeit ist das erstemal zum 1.10.86 kündbar. Eine Aussage zur weiteren Arbeitszeitverkürzung (35-Stunden-Woche) enthält er nicht.

Metallabschluß: Lohn(ausgleich)

Der „volle Lohnausgleich" wird von den Gewerkschaften als weitere Errungenschaft des Abschlusses gewertet. Vereinbart wurde im einzelnen:

— Für April bis Juni 1984 eine einmalige Zahlung von 250 DM;

— Ab 1.7.84 Erhöhung der Löhne um 3,3%;

— Ab 1.4.85 Erhöhung der Löhne um 2%.

Mit dieser niedrigen, langfristig bis April 1986 kalkulierbaren, allgemeinen Lohnerhöhung ist nach den letzten drei Jahren Reallohnabbau der weitere für die Jahre 1984 — 1986 festgelegt. Dieses war die Basis für die Vereinbarung der Ausgleichszahlungen bei weniger Durchschnittsarbeitszeit (Lohnausgleich):

— Ab 1.4.85 wird daher der Stundenlohn um 3,9% als Ausgleich für die 1 1/2 Stunden weniger angehoben;

— Diejenigen, die weniger als 38,5 Stunden arbeiten, erhalten eine Ausgleichszahlung, durch die sie auf einen Lohn von 38,5 Stunden kommen;

— Ab 1.4.86 wird diese Ausgleichszahlung um jährlich 25% bei den anstehenden Tarifverhandlungen reduziert, so daß nach vier Jahren nur noch die effektiv geleistete Stundenzahl bezahlt wird, der Lohnausgleich für diese Beschäftigten damit wegfällt;

— Wer nach dem 1.4.85 ein Arbeitsverhältnis beginnt und zwischen 38,5 und 37 Stunden arbeitet, erhält keine zusätzliche Ausgleichszahlung.

Dies bedeutet daher, daß auch beim Lohn durch unterschiedliche Arbeitszeitfestlegungen eine größere Differenzierung eintreten wird. Das gewerkschaftliche Institut WSI hat in einer Studie zum Abschluß festgestellt, daß unterschiedliche Arbeitszeiten innerhalb einer Lohngruppe Einkommensunterschiede bis zu 7,8% ausmachen können, während sich dieser Unterschied zwischen geringer und höher qualifizierten zusätzlich zu der heute schon bestehenden Lohndifferenz noch einmal um 12% vergrößert! (5).

Druckabschluß: Arbeitszeit

Deutlich kritischer als die IGM wertet die IG Druck und Papier den Tarifabschluß. Zwar wird auch hier das Durchbrechen des „Tabus" als der große Erfolg gesehen, gleichzeitig schreibt der stellvertretende Gewerk-
die IG Druck und Papier den Tarifabschluß. Zwar wird auch hier das Durchbrechen des „Tabus" als der große Erfolg gesehen, gleichzeitig
schreibt der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Hensche:„*Wir haben nicht zu beschönigen. Wir haben die 35-Stunden-Woche nicht erreicht, auch nicht in Etappen. Wir haben unsere Forderungen nach erweiterter Mitbestimmung zum Schutze gegen unsoziale Rationalisierungen nicht durchsetzen können*" (6). Gegenüber dem Metallabschluß sieht er einen wesentlichen Fortschritt:„*Der Erfolg unseres Abschlusses liegt — neben der neuen Lohnstruktur — darin, daß wir die Individualisierung der Arbeitszeit verhindern konnten*" (7). „*Flexible Arbeitszeiten nach dem Muster: der eine 40 Stunden, der andere 37 Stunden (Leber-Modell), konnten wir abwehren*" (6).

Damit hat Hensche zwar recht, nichtsdestotrotz ist der Druckabschluß so flexibel, daß Arbeitgeber-Vorsitzender Beltz-Rübelmann davon schwärmt, „*daß uns für die Druckindustrie die maßgeschneiderte Flexibilisierung gelungen ist*" (8), die er an anderer Stelle so erläutert:„*Dabei kann aber an einem Tag 10, an einem anderen 8 und an einem dritten nur 5 Stunden gearbeitet werden, wenn dies so vereinbart wird. Oder in einer Woche 30 Stunden und in der nächsten 47. Wir haben eine größtmögliche Gestaltungsfreiheit durchgesetzt ... Mit der Anpassung der betrieblichen Organisation der Arbeitszeit an Beschäftigungsschwankungen ist schließlich ein bedeutsamer Kostenstabilisierungseffekt möglich geworden. Wir haben also ein wesentliches Korrektiv gegen Kostensteigerungen infolge Arbeitszeitverkürzung vereinbart*" (9).

Der §3 des Manteltarifvertrages für die Druckindustrie sieht ab 1.4.85 vor:

— 38,5 Stunden für alle auf fünf Tage zu verteilen;

— in Ausnahme mit Betriebsvereinbarung auf 6 Tage („*insbesondere wegen der Standort- und Wettbewerbssituation*"). Diese „Ausnahmen" sind in der Druckindustrie heute schon keine Seltenheit.

Schließlich wird festgelegt:„**Arbeitszeitverteilungspläne über mehrere Wochen sind zulässig".**

Hier liegt die entscheidende Flexibilisierungsmöglichkeit, wie die nachfolgende „Durchführungsbestimmung" des Tarifvertrags belegt (woraus sich auch Beltz-Rübelmanns Optimismus speist), die in weiten Grenzen die bei Metall noch umstrittene unterschiedliche Legung von Arbeitszeiten ermöglicht. Dort heißt es in Absatz (2):

„*Die durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit entstehende Freizeit ist auf der Basis einer Quartals-, Halbjahres- oder Jahresplanung, die jeweils rechtzeitig durch Betriebsvereinbarung zu regeln ist, wie folgt zu verteilen:*
a) Verteilung gleichmäßig (ergibt 38,5 Stunden pro Woche) oder
b) bezahlte Freistellungen in Stunden, verteilt auf die Arbeitswochen des Quartals, Halbjahres oder Jahres oder
c) bezahlte Freistellung in Tagen, verteilt auf die Arbeitswochen des Quartals, Halbjahres oder Jahres oder
d) Kombination aus b) und c).
Bei den Alternativen b — d sind ***die Auftragslage und Beschäftigungssituation des Betriebes vorrangig zu berücksichtigen."***

Wer verwirrt ist, sollte dies den vielfältigen Flexibilisierungsmöglichkeiten anlasten. Auch Beltz-Rübelmanns Vision von täglich wechselnder Arbeitszeit ist berücksichtigt. In Abschnitt (4) der Durchführungsbestimmungen heißt es:

„***Arbeitszeitverteilungspläne mit ungleichmäßiger Verteilung der Tages- oder Wochenarbeitszeit sind aus betrieblichen Gründen zulässig*** *(Betriebsvereinbarung) ... Bei jeder Art der ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeit darf an keinem Tag die Höchstarbeitszeit von 10 Stunden überschritten werden*". (Hervorhebungen vom Verf.).

Schlechter als bei Metall ist auch die Laufzeit, die beim Druck-Vertrag bis zum 31.12.88 geht!

Mit diesen eindeutigen Bestimmungen und dem besonderen Vorrang des Betriebsinteresses dürfte es Betriebsräten und Belegschaften schwer fallen, Dämme gegen die in der Druckindustrie sowieso schon hohe Flexibilisierung und Ausdehnung der Schichtarbeit zu errichten.

Druckabschluß: Lohn(ausgleich)

Druckabschluß: Lohn(ausgleich)

Die tarifliche Lohnerhöhung entspricht der der IG Metall. Die einmalige Zahlung für die Monate April bis Juli 84 liegt mit 150 DM um 100 Mark niedriger. Der Lohnausgleich ist vereinbart, Ausgleichszahlungen wie bei Metall entfallen, da bei Druck Wochenlohn gezahlt wird. Unklar ist noch, wie die vereinbarte neue Lohnstruktur sich auswirken wird. Erste Verlautbarungen aus der IG Druck ergeben ungefähr folgendes Bild:

— erreicht wurde, daß das Auseinanderdriften zwischen hohen und niedrigen Lohngruppen eingeschränkt ist. Die niedrigste macht jetzt 80% vom Ecklohn aus, die bisherigen Lohngruppen mit 74% und 79% sind weggefallen.

Damit kann ein Teil der Hilfsarbeiter bessergestellt werden, in etwa 20% der Fälle rechnet die IG Druck bei Hilfsarbeitern allerdings mit Abgruppierungen. Höhergruppierungen wird es vor allem bei den Facharbeitern geben.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Anmerkungen:

(1) Klaus Lang:„Herausforderung für die gewerkschaftliche Betriebspolitik" in:„Der Gewerkschafter", 8/84
(2) Stihl (Gesamtmetall) in „Handelsblatt", 7.8.84
(3) Stihl in „Handelsblatt", 11.7.84
(4) Vorstellungen der Arbeitgeber lt. „Handelsblatt", 7.8.84
(5) Bislang noch nicht veröffentlichte Studie des WSI „Risiken des Metalltarifabschlusses", zitiert in „Welt der Arbeit", 2.8.84
(6) Hensche, Leitkommentar in „druck + papier", 30.7.84)
(7) Hensche, Interview in „Konkret", 8/84
(8) „Aktiv", 10.7.84, zitiert nach „Politische Berichte" 15/84
(9) „Drucksachen", Informationsdienst der deutschen Druckindustrie, Juli 84

Streiks in Großbritannien:

Regierung Thatcher in Nöten

Stürzt die Thatcher-Regierung? Diese besorgte Frage tauchte in England auf, als nach dem Streik der Bergarbeiter Mitte Juli auch die Hafenarbeiter für vierzehn Tage streikten. Erinnerungen an 1974 wurden wach, als die konservative Regierung Heath nach dreijährigen Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften stürzte. Doch die Regierung Thatcher ist stärker. Zwar hat sie trotz fünfjähriger rigider Einsparungs-, Umverteilungs- und Verarmungspolitik weder die Staatsverschuldung in den Griff bekommen, noch hat die britische Wirtschaft ihren Traum von der Stärke des alten Empire im internationalen Konkurrenzkampf auch nur annähernd erreichen können. Doch die Gegenkräfte sind geschwächt und uneinig. Die Gewerkschaftsbewegung ist tief gespalten über den zukünftigen Weg. Mehr als vier Millionen Arbeitslose, Entsolidarisierung und Verarmung (7 Millionen Menschen, ein siebentel der Bevölkerung, gelten als arm) haben entscheidend die Voraussetzungen für konsequente Gegenwehr gegen die konservative Ausplünderungspolitik verschlechtert. Mit dem Überfall auf die Falkland-Inseln im letzten Jahr schuf Margret Thatcher sich die Voraussetzung für ihren herausragenden Wahlsieg im Juni 1983, die klarste Mehrheit, die je eine Regierung nach 1945 erreichte. Selbst der zunächst unpopuläre Streik der Bergarbeiter im März dieses Jahres schien in der öffentlichen Meinung den Thatcher-Kurs zu bestätigen und in die Isolation zu geraten. Doch mittlerweile lassen sich Stimmungsumschwünge registrieren. Die erbittert kämpfende Bergarbeitergewerkschaft hat gute Chancen, die Isolierung zu überwinden, Docker, Seeleute und Eisenbahner solidarisieren sich und der Kongreß des Gewerkschafts-Dachverbandes TUC Anfang September wird ganz im Zeichen der Auseinandersetzung um die Unterstützung der Bergarbeiter stehen. Auch der Kongreß der Labour-Party im Oktober wird davon nicht un-

Zeichen der Auseinandersetzung um die Unterstützung der Bergarbeiter stehen. Auch der Kongreß der Labour-Party im Oktober wird davon nicht un-

berührt bleiben (immerhin wählen die Gewerkschaften 40 % der Parteitags-Delegierten), nachdem trotz Bergarbeiterstreik Labour bei den Europawahlen erstmals wieder Land sah und seinen Stimmenanteil gegenüber dem Vorjahr um mehr als 7 % steigern konnte, während die Konservativen 4,7 % Wählerstimmen verloren (wobei bei einer Wahlbeteiligung von 32,6 % dieses Ergebnis natürlich nur bedingt als Stimmungsbarometer herhalten kann).

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung steigert die Regierung ihre Angriffe gegen die NUM und den zum Staatsfeind Nummer Eins aufgebauten Gewerkschaftschef Scargill: Waren die Bergarbeiter zunächst Kommunisten und Männer Moskaus („Men of Moscow"), wurden sie dann als Faschisten beschimpft, steigert sich die Demagogie noch, jetzt sind sie schlimmer als die argentinischen Generäle und nach dem Sieg über die „äußeren Feinde", so Thatcher, *„müssen wir nun die Feinde im Inneren besiegen".*

Die streiken nun seit mehr als fünf Monaten unter größten Opfern und einer ihrer Sprecher sagt mit voller Überzeugung: *„Nicht die Regierung, nicht Polizei und Truppen, allein das Ausbleiben von Unterstützung durch die englische Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung kann uns besiegen".*

Eine „Gesellschaft aus lauter Kapitalisten"

Fünf Jahre Konservative haben die englische Gesellschaft gründlich umgekrempelt (Thatcher-Parole: *„Turn Britain round"*): 4 Millionen Arbeitslose, sinkende Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe, Löhne auf dem Niveau von 1975 und kein Ende dieser Entwicklung in Sicht. Die Industrielle Produktion ist heute auf dem Stand von 1975, die Beschäftigung in diesem Bereich macht nur noch 75 % der damaligen Beschäftigtenzahl aus. Rigorose staatliche Sparpolitik im sozialen Bereich geht einher mit der Reprivatisierung staatlicher Unternehmen, um Thatchers Vision einer *„Gesellschaft aus lauter Kapitalisten"* näherzukommen. Als nächstes sollen die Arbeitsämter privatisiert werden, Teile der Gesundheitsversorgung und die Rentenversicherung, die relative Selbständigkeit der Kommunen soll durch Sparen der finanziellen Mittel zerschlagen werden und der kommunale Wohnungsbau noch weiter marktwirtschaftlich funktionieren. Herzstück und Voraussetzung für den Erfolg dieses Kapitalismus in seiner ‚reinsten' Form ist die Gewerkschaftsgesetzgebung zur Zerschlagung der traditionell klassenkämpferisch-reformistischen Gewerkschaftslinie, um darüber kooperativen Gewerkschaften in den Sattel zu helfen. Dabei kann die Regierung einige Erfolge vorweisen. Vor allem bei der Reprivatisierung und Krisenbereinigung in industriellen Kernbereichen wie Kohle, Stahl und Schiffbau (die den Löwenanteil staatlicher Subventionen schlucken). Diese Bereiche sind zugleich auch Kernbereiche der englischen Gewerkschaftsbewegung.

Krise des Reformismus

Die Labour-Regierung scheiterte 1979, nach fünf Jahren Regierungszeit, an der Verwaltung der massiven Krisenentwicklung. Zunehmend trauten ihr auch die traditionellen Arbeiterwähler und Gewerkschafter nicht die Bewältigung der Krise zu. Diese Entwicklung hielt auch bei den Wahlen 1983 an: Nur noch 39 % der Arbeiter wählten Labour (1979: 53 %, in den sechziger Jahren über 70 %), 32 % wählten konservativ. Parallel dazu entwickelte sich die Krise der Gewerkschaften, die bis dahin als Macht, an der nicht vorbeizuregieren war, galten. Doch die ökonomische Entwicklung entzog ihnen zunehmend die materielle Basis. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder sank von 12,2 Millionen 1978 auf heute 10 Millionen. Die Zahl der durch Streiks ausgefallenen Tage sank von 10,2 Millionen (im Durchschnitt der Jahre bis 1981) auf 5,3 Millionen 1982 und 3,6 Millionen 1983. Die Bastionen gewerkschaftlicher Macht beim Aushandeln von Vereinbarungen, die „closed shops" (Betriebe mit Zwangsmitgliedschaft in der Gewerkschaft) und das System der „shop stewards" (gewerkschaftliche Vertrauensleute) ist angeschlagen: 1978 erfaßten „closed shops"-Vereinbarungen noch 5,2 Millionen Arbeiter, 1983 nur noch 4,3 Millionen, die Anzahl der Vereinbarungen nahm von Jahr zu Jahr ab. Sank die Zahl der „shop stewards" in der Industrie in etwa im Verhältnis zum Arbeitsplatzabbau von 130.000 auf 80.000, so erfuhr diese Bewegung bei den Freigestellten eine erhebliche Schwächung. Sie sank im gleichen Zeitraum um die Hälfte auf 2.000.

COAL, THE NATION'S ENERGY FUTURE — SAVE IT WITH THE NUM

VICTORY TO THE MINERS

Use this back page as a poster

Staatliche Anti-Gewerkschaftsgesetze

Krise und schwindender Gewerkschaftseinfluß ermöglichten der konservativen Regierung eine Kette von antigewerkschaftlichen Gesetzen, zynisch „employment acts" (Beschäftigungsgesetze) genannt.

1980 wurde das „secondary picketing" verboten, das Aufstellen von Streikposten in nicht unmittelbar betroffener Industrie. Zusätzlich wurden nur noch 6 Streikposten vor jedem Betriebstor erlaubt.

1982 wurde das System der „closed shops" eingeschränkt. Sie dürfen nur noch eingerichtet werden, wenn eine überwältigende Mehrheit dafür stimmt. Mit dem Lockmittel finanzieller Entschädigung für Leute, die nicht in die Gewerkschaft wollen und in „closed shops" entlassen werden, wird zusätzlich für Nichtorganisierung geworben. Mit der Aufhebung der „Unantastbarkeit" von Gewerkschaftsfunktionären und -vermögen sind Schadensersatzansprüche bei Streiks möglich geworden, die für die Gewerkschaften Streiks nicht bezahlbar machen sollen. Zusätzlich sind Solidaritätsstreiks illegal. 1984 sind neue Gesetze in Vorbereitung: Wahlen von Gewerkschaftsfunktionären (Einführung der Briefwahl) und Urabstimmungen (geheime Wahl) sollen gesetzlich formalisiert und reglementiert werden.

Mit diesen Gesetzen erreichte die Regierung zweierlei: sie erleichterte das staatliche (polizeilich und juristisch) Vorgehen gegen Streiks und trug in die krisengeschüttelten Gewerkschaften den Spaltpilz des sich Arrangierens mit der neuen Legalität hinein.

Kraftprobe gegen die Druckergewerkschaft erfolgreich

Geringer Anlaß — große Wirkung, so läßt sich der Konflikt der Druckergewerkschaft NGA mit den neuen Gesetzen umschreiben.

Der Anlaß: Ein mittelständischer Newcomer unter den Druckereibesitzern, J.S. Shah, weigerte sich Mitte 1983 in seinem neuen Betrieb in Warrington, mit der traditionell starken und durchsetzungsfähigen NGA über „closed shop" zu verhandeln. Daraufhin traten die Gewerkschaftsmitglieder in den Streik: 8 von 120 Beschäftigten im Betrieb. Shah hatte also bereits „sauber" eingestellt. Die Streikenden wurden entlassen. NGA eskalierte und organisierte Streikposten, um den Laden dichtzumachen. Shah zog vor Gericht und erreichte eine Geldstrafe von 50.000 Pfund (knapp 200.000 DM) gegen die Gewerkschaft wegen verbotenem „secondary picketing". NGA weigerte sich zu zahlen und führte seine Aktionen fort. Das Gericht steigerte daraufhin die Strafe auf 175.000 Pfund. Wiederum weigerte sich die Gewerkschaft zu zahlen, woraufhin das Gericht die Beschlagnahme des NGA-Vermögens von 10 Millionen Pfund anordnete. Damit aber war ein Präzedenzfall geschaffen, der die gesamte britische Gewerkschaftsbewegung betraf, die bislang die Gesetze nicht anerkannte.

Die NGA wandte sich an den Dachverband TUC um Unterstützung. Dessen Vorstand drängte auf Deeskalation und veranlaßte die NGA, den Streik auszusetzen und zu verhandeln. Diese Verhandlungen scheiterten und die Gewerkschaft eskalierte ein weiteres Mal: für den 15.12.83 setzte sie einen nationalen Druckerstreik an. In dieser Situation verkündete TUC-Vorsitzender Len Murray einen (nur mit knapper Mehrheit gefaßten) Vorstandsbeschluß: keine Unterstützung für die Drucker. Die NGA war isoliert, der nationale Streiktag wurde abgeblasen und auch die Versuche, im Januar erneut in die Auseinandersetzung zu tre-

Fortsetzung nächste Seite

Geringer Anlaß — große Wirkung, so läßt sich der Konflikt der Druckerge-

Fortsetzung nächste Seite

Bob Light

British Dock Strike

Seit der Wiederwahl Margret Thatchers im letzten Jahr war es ein offenes Geheimnis, daß die Regierung der Konservativen einen Angriff auf die registrierten Hafenarbeiter Britanniens plant.

Im September veröffentlichten die Hafen-Arbeitgeber einen detaillierten Angriffsplan. Im April trank Transportminister Nicholas Ridley anläßlich eines Essens der Hafenarbeitgeber einen kleinen über den Durst und gab zu, daß ein Angriff auf die Sicherheit der Arbeitsplätze der Hafenarbeiter nur eine Frage der Zeit sei.

Doch zunächst wollte die Regierung sich die britischen Bergarbeiter vornehmen und sie schlagen (...) Die Führer der Bergarbeitergewerkschaft appellierten an die Hafenarbeiter, ihnen im Kampf durch die Verweigerung des Umschlags von Kohle und Eisenerz zu helfen. Dies ist in nahezu jedem Hafen des Landes geschehen und die Arbeitgeber fingen an „rot" zu sehen.

Die Zuspitzung der Lage erfolgte in dem kleinen Hafen von Immingham an der Ostküste. Immingham ist ein Hafen ohne kämpferische Tradition, aber die Hafenarbeiter dort boykottierten den Umschlag von Eisenerz und Kohle. Die Arbeitgeber konterten mit dem Einsatz von Streikbrechern, um die Arbeit ausführen zu lassen. Die Hafenarbeiter von Immingham sahen darin eine Provokation und beschlossen zu streiken — und die Transportarbeitergewerkschaft (TWGU) wies a l l e Hafenarbeiter an, ab 10. Juli Mitternacht die Arbeit niederzulegen.

Der Streik wurde so plötzlich ausgerufen, daß er für die meisten Hafenarbeiter völlig überraschend kam; aber das war gar nichts verglichen mit dem Schock, den er bei Regierung und Arbeitgebern verursachte. Über Nacht verlor das Pfund zehn Cents gegenüber dem Dollar und der Zinsfuß wurde um 2 1/2 % erhöht. Die Regierung geriet zum erstenmal in ihrer fünfjährigen Amtszeit in Panik.

Der Streik zeigte ein Bild phantastischer Geschlossenheit. Alle registrierten Hafenarbeiter traten bis auf den letzten Mann in den Streik; die größeren nicht-registrierten Häfen wie Felixstowe beschlossen, den Streik zu unterstützen und die kleineren nicht-registrierten Häfen wurden sämtlichst durch Streikposten lahmgelegt. Und weil wir schließlich immer noch eine Insel sind, gehören die Hafenarbeiter, wenn sie einmal eine derartige Solidarität zeigen, zu den mächtigsten Gruppen der Arbeiter, die es gibt.

Aber unter der Oberfläche gab es (von vornherein) Probleme mit dem Streik. Zunächst einmal war er nicht mit dem Ziel ausgerufen worden, das „Dock Labour Scheme" (siehe Anmerkung) auf alle Hafenarbeiter auszudehnen, sondern nur, um es für jene zu schützen, die schon davon erfaßt sind. Aber das ist verrückt, da es 13.700 registrierte und 19.000 nicht-registrierte Hafenarbeiter gibt. Das bedeutet nämlich, daß Arbeiter in Häfen wie Felixstowe (welches der größte britische Containerhafen ist) und Dover (wo die meiste roll-on- roll-off-Ladung bearbeitet wird) nicht zur Sicherung ihrer eigenen Arbeitsplätze streikten, sondern (nur) zur Verteidigung der Arbeitsplätze anderer. Für sie selbst gab es bei dem Streik überhaupt nichts zu gewinnen.

Zweitens war die TWGU entschlossen, den Streik unter ihrer Kontrolle zu halten. Das letzte, was die Gewerkschaft wollte, waren Massen von Streikposten vor den kleinen, noch-arbeitenden nicht-registrierten Häfen; vor allem, weil das möglicherweise zum Zusammenschluß von Hafen- und Bergarbeitern geführt hätte (denn viele dieser Häfen leisteten im Bergarbeiterstreik Streikbruch bei Kohleimporten). Deshalb gab es nur sehr wenige Versuche, die Hafenarbeiter in die Streikführung einzubeziehen.

Schließlich war von Anfang an die Konpromißbereitschaft der TWGU offensichtlich: alles in allem dauerte der Streik neun Tage und fünf davon verbrachte die Gewerkschaft in Verhandlungen. Und dabei hätte dies der größte Sieg in der Geschichte der Hafenarbeiter werden können.

Die Regierung war von Panik ergriffen, das Pfund am Zusammenbrechen; der überraschend ausgerufene Streik ließ der Industrie keine Vorwarnung, Rohstoffe und Materialien zu horten. Ökonomen sagten voraus, daß die gesamte britische Wirtschaft in vier bis fünf Wochen ächzend zum Stillstand kommen würde; und das größte Schreckensbild für die Regierung, zwei mächtige Gruppen von Arbeitern im Streik, Schulter an Schulter kämpfend!

Wenn die Gewerkschaft in die Offensive gegangen wäre und die Ausdehnung des „Dock Labour Scheme" auf alle Hafenarbeiter gefordert hätte — dann hätten wir gewinnen können, was immer wir gefordert hätten!

Stattdessen wurden Arbeitgeber und Regierung vom Haken gelassen. Nicht-registrierte Arbeiter, besonders in Dover, sahen wenig Sinn darin, einen Streik zu unterstützen, in dem es für sie nichts zu gewinnen gab, und der Streik begann an den Rändern zu bröckeln. Gewerkschaften und Arbeitgeber verbrachten nach neun Tagen die ganze Nacht damit, an einem Kompromiß zu basteln, und der Streik wurde pflichtschuldigst abgeblasen.

Was haben wir also erreicht? Etwas, aber nicht sehr viel. Die Hafenunternehmer haben zugesagt, daß sie in Zukunft nicht mehr mit Vorfällen wie in Immingham an dem „Dock Labour Scheme" herumknapsen werden. Aber die Regierung hat keinerlei verbindliche Garantien dafür gegeben, daß sie uns nicht wieder angreifen wird, sowie die Situation für sie günstig ist — vor allem, falls die Bergarbeiter geschlagen die Arbeit wieder aufnehmen müßten.

So haben die Hafenarbeiter einen Waffenstillstand erreicht. Arbeitgeber und Regierung werden warten, bevor sie uns wieder angreifen. Aber um diesen winzigen Erfolg zu erringen, haben die Führer der Hafenarbeitergewerkschaft die beste Chance, die wir wahrscheinlich jemals haben werden, vertan — die Chance, die Probleme der Hafenarbeiter ein für allemal zu erledigen.

Anmerkung: Das „Dock Labour Scheme" von 1947 ist ein Arbeitsabkommen zum Schutz der Arbeitsplätze in den Häfen mit Arbeitsplatzgarantie (das ist der eigentliche Sinn der mit Gewerkschaftsmitgliedschaft verbundenen Registrierung) und gilt nur in registrierten Häfen.

(Übersetzung dieses Briefes: AK)

Der Streik der englischen Bergarbeiter

„Lieber Monate ohne Geld als Jahre ohne Arbeit"

24 Wochen stehen 80% der Bergarbeiter in England im Streik. Glaubt man den hiesigen Medien, dann tun sie das unter Terror und Diktatur einer Clique von Gewerkschaftsfunktionären. Viele auch, weil sie — so die stets dynamische, unternehmerische „Frankfurter Allgemeine Zeitung" — einfach zu bequem und häuslich sind, und den unternehmenden Zug der Zeit verpaßt haben. Kalkköpfe gegen Fortschritt? Dem von der hiesigen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nichtgerade verwöhnten Beobachter mag der „altmodische" Klassenkampf befremdlich vorkommen — für die Betroffenen geht es um einen erbittert geführten Existenzkampf, der unter sehr großen persönlichen Opfern geführt wird.

Jährlich ein Atomkraftwerk

Der ganze Umfang des brutalen „Thatcherismus", aber auch die Schwierigkeiten bei seiner Umsetzung, widerspiegelt sich im Konflikt um die Kohle. Die verstaatlichte, mit einer Milliarde DM jährlich höchstsubventionierte Kohleindustrie, gilt den Thatcheristen als veraltet und hinderlich bei ihrem Plan der Modernisierung der Volkswirtschaft. Bis zum Ende der siebziger Jahre scheiterten aber alle Versuche, eine qualitative Änderung in der Energiepolitik vorzunehmen. 1974 — unter dem Eindruck der Ölkrise und der Aktionen der Bergarbeiter — einigten sich Regierung und Gewerkschaften sowie der „National Coal Board" (NCB, staatliche Kohlebehörde) auf einen „Plan for coal". Dieser Kohleplan, der einen Anstieg der Kohleförderung auf 135 - 150 Millionen Tonnen jährlich bis 1985 und auf 170 Millionen t bis zum Jahre 2000 vorsah, diesen Kohleplan mußte im Zeichen spontaner Arbeitsniederlegungen im Bergbau auch die konservative Regierung 1979 und noch einmal 1981 bestätigen.

Tatsächlich betrug aber die Kohle-Förderung 1982/83 nur 120 Mio. t bei fallender Tendenz und in den staatlichen Energiebedarfsprognosen wird sogar der Fall auf 100 Mio. t Mitte der 80er, ja bis auf 65 Mio. t bis zum Jahr 2000 prognostiziert (also weniger als 40% der Versprechungen im Kohleplan).

Diese Differenz ist aber kein Zufall, das aktuelle Vorgehen bei Kohle lange geplant. Bereits 1978 veröffentlichte der „Economist" den „Ridley-report" (des heutigen Transportministers Nicholas Ridley), der finanzielle Ziele für die verstaatlichte Industrie und die Vorbereitung auf ihre schrittweise Privatisierung formulierte. Ridley hielt die Kohleindustrie für den entscheidenden Kampfplatz der Durchsetzung und empfahl langfristige Vorbereitung durch:

— Anlage von Kohlevorräten besonders bei Kraftwerken (ist passiert),
— Aufstellung von Eventualplänen für den Kohleimport (ist erfolgt),
— Ermutigung von Spediteuren, nichtgewerkschaftliche Fahrer einzustellen (ist erfolgt),
— Umstellung von Kraftwerken auf alternative Kohle-Öl-Befeuerung (ist teilweise befolgt worden),
— Streichung von Streikunterstützung (Sozialhilfe), damit die Gewerkschaften diese zahlen müssen (ist geschehen),
— Aufstellung einer großen mobilen Polizeitruppe für die Auseinandersetzung mit Streikposten (ist geschehen).

Auch wenn der zur Schau gestellte Optimismus der Regierung über die Dauer, die man die Auseinandersetzung durchstehen könne (NCB-Chef McGregor zum Streik:„*Falls notwendig, sitze ich ihn bis zum Herbst aus*") übertrieben ist, liegt in der Vorbereitung auf solche Maßnahmen der Schlüssel dafür, daß auch nach 24 Streikwochen gravierende Folgen für die Energieversorgung des Landes aufgefangen werden konnten.

Energiepolitisches Ziel der Regierung ist einerseits der eindeutige Vorrang von Kernenergie vor Kohle, andererseits die verstaatlichte Kohleindustrie bis 1987 so geschrumpft zu haben, daß sie wieder schwarze Zahlen schreibt und privatisierungsreif ist. Das erste Ziel sollte nach den ursprünglichen ambitionierten Plänen so aussehen, daß der Anteil der Kernenergie an der Gesamtversorgung von 12 auf 30% bis Ende der 80er Jahre und auf 50% bis 2000 gesteigert wird. Jährlich soll danach ein AKW in Betrieb gehen, das 2,5 Millionen t Kohle und 5000 Arbeitsplätze ersetzen soll. Dieser Plan wird zwar nicht erreicht, in der Grundrichtung aber aufrechterhalten.

Das zweite Ziel soll durch Schließung der „unrentablen" Zechen und Modernisierung der verbliebenen erreicht werden. Der Arbeitsplatzabbau im Bergbau würde angesichts der allgemeinen Krise dramatische, existenziell bedrohliche Formen annehmen.

Beschäftigte im Bergbau:	
1971/72	281.500
1979/80	232.500
1983	207.600
1987	geplant 110.000

COAL, THE NATION'S ENERGY FUTURE
SAVE IT WITH THE NUM
A CLOSED MIND CLOSES MINES

Plakate der Bergarbeitergewerkschaft NUM

Plakate der Bergarbeitergewerkschaft NUM

STOP the police STATE

Gewerkschafter gegen Kernkraft

„*Unnütz — teuer — gefährlich*",unter diesen Stichworten kritisiert die Bergarbeitergewerkschaft NUM die Kernenergie. Die NUM schätzt ein, daß trotz nachweisbarer volkswirtschaftlicher Unsinnigkeit des Nuklear-Programms die Thatcher-Regierung mit ihrer Energiepolitik eindeutige politisch-militärische und besondere ökonomische Interessen der britischen Industrie verfolgt. Zu letzteren gehört insbesondere die Orientierung auf Export von AKWs. Gleichzeitig soll das Programm den Gleichlauf mit den europäischen Konkurrenten in der EG, Frankreich und der BRD ermöglichen. Zudem warnt die NUM:„*Atomkraft ist untrennbar verbunden mit Atomwaffen*" und verweist auf die Plutonium-Produktion für Atombomben.

Hervorgehoben werden auch die Unfallgefahren in AKWs, Emisionsgefahren bei Normalbetrieb und die unkalkulierbaren Gefährdungen durch Atommüll (man stelle sich mal eine solche Stellungnahme der IG Bergbau vor!). Schließlich weist die Gewerkschaft auf die Niederschrift eines Kabinettprotokolls vom 23.10.79 hin, in dem es heißt:„*Ein Nuklear-Programm hätte den Vorteil, einen substanziellen Teil der Energieversorgung von Störungen durch Arbeitskämpfe von Bergarbeitern und Transportarbeitern zu befreien*".

Zwar ist die Gewerkschaft bereit, solchen Zechenschließungen zuzustimmen, in denen die Kohlevorkommen erschöpft sind, bzw. bei denen die Si-

befreien".

Zwar ist die Gewerkschaft bereit, solchen Zechenschließungen zuzustimmen, in denen die Kohlevorkommen

erschöpft sind, bzw. bei denen die Sicherheit der Berschäftigten nicht gewährleistet ist, sie lehnt aber Schließungen „unwirtschaftlicher" Zechen ab, da die eindeutige energiepolitische Prioritätensetzung der Regierung dazu führt, daß Kohlezechen gezielt „unwirtschaftlich" gemacht werden (durch Preismanipulationen und entsprechende Subventionspolitik). An der Nichteinigung über diesen Punkt scheiterten vor vierzehn Tagen die bislang letzten Gespräche zwischen NUM und NCB.

„Butcher" McGregor kommt

Staatlicher Kohlebeauftragter für Thatchers Pläne wurde im letzten Jahr Ian McGregor, von den Bergarbeitern der „Schlächter" genannt. Dieser „Super-Kapitalist" bewährte sich zuletzt bei der Sanierung von British Steel und der Vernichtung von mehr als 80.000 Arbeitsplätzen.Die Bedingungen bei McGregors Antritt waren günstig: Trotz der scharfen Ablehnung durch die NUM wurden von 1981-83 41 Zechen im Lande stillgelegt, ohne daß der Gewerkschaft nennenswerter Widerstand gelang. Zwei Urabstimmungen zum Streik, die der NUM-Vorstand in Süd-Wales und Schottland ansetzte, scheiterten. Der Zeitpunkt, denWiderstand der Bergarbeiter endgültig zu brechen, schien günstig. McGregor kündigte in der ersten Stufe für 1984 die Schließung von weiteren 20 Zechen und die Vernichtung von 20.000 Arbeitsplätzen an. Damit auch gleich jeder weiß, wo's langgeht, sollte diese Operation im kampfstärksten

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ten, scheiterte. Der Streik brach zusammen. NGA mußte insgesamt 2,6 Millionen DM Strafe und Schadensersatz zahlen (bei deren Begleichung der TUC mittlerweile Unterstützung zugesagt hat).

Diese Niederlage hatte für die Gewerkschaftsbewegung weitreichende Folgen. Die NGA, politisch eher dem rechten TUC-Flügel zugehörig, ist entscheidend geschwächt, die Regierung hatte erstmals eines ihrer Kerngesetze erfolgreich gegen eine kampfstarke Gewerkschaft durchgesetzt, ohne das diese Unterstützung von anderen erhielt. Und: Der TUC-Vorstand stetzte sich über bisherige Gewerkschaftsbeschlüsse hinweg, um seinen neuen Kurs der Verhandlungen und Kompromißversuche mit der konservativen Regierung durchzusetzen. Linke Gewerkschafter behaupten, daß die TUC-Entscheidung der Versuch eines Deals mit den Konservativen ist, um sich damit den Rücken freizuhalten für Verhandlungen mit der Regierung, ein in Planung befindliches Gesetz zurückzunehmen, daß die Abführung eines Teils der Ge-

Rücken freizuhalten für Verhandlungen mit der Regierung, ein in Planung befindliches Gesetz zurückzunehmen, daß die Abführung eines Teils der Ge-

werkschaftsbeiträge an die Labour Party verbieten soll.

Noch im April 1982 hatte eine Funktionärskonferenz des TUC in Wembley beschlossen, die „employment acts" der Regierung zu mißachten und, Gewerkschaften, die damit in Konflikt geraten, zu unterstützen. Eigens zu diesem Zweck wurde ein finanzieller Unterstützungsfonds von 750.000 Pfund angelegt. Doch mittlerweile hatten sich die Gewichte im TUC auf dem Kongreß in Blackpool im September 83 nach rechts verschoben. Zwar wurden nicht die Vorjahresbeschlüsse geändert, die Vorstandswahlen brachten aber eine klare rechte Mehrheit.

Ein weiterer konservativer Schlag gegen die Gewerkschaften war das Verbot der Gewerkschaftsorganisierung für Beschäftigte des Geheimdienststützpunkt Cheltenham. Im Januar 1984 erlassen, bot die Regeirung jedem, der aus der Gewerkschaft austrat, 4.000 DM an, alle anderen sollten entlassen werden (150 Beschäftigte haben sich bislang geweigert). Die letzte juristische Instanz entschied jetzt das Verbot als rechtens, aus Gründen der „nationalen Sicherheit". Die letzte Entscheidung hat das Oberhaus, in dem die Konservativen klar in der Mehrheit sind.

Umschwung in der Arbeiterbewegung

In dieser Situation erschien der am 12. März 1984 begonnene Bergarbeiterstreik gegen die Zechenstillegungen nahezu aussichtslos. Doch seitdem hat sich die Landschaft einigermaßen verändert. Die Hoffnungen auf ein schnelles Zusammenbrechen des Streiks haben sich nicht erfüllt, 80 % der Bergarbeiter streiken. Gleichzeitig ist Bewegung in die übrigen Gewerkschaften gekommen. Hafenarbeiter, Seeleute und Eisenbahner haben sich solidarisiert und blockieren Entladung und Transport von Kohle, Eisenerz und Öl. Der neuntägige Hafenarbeiterstreik im Juli hat die Regierung unter Druck gesetzt. Anders als beim Bergarbeiterstreik, dessen Wirkung bislang abgefangen wurde, drohte hier eine tiefe Versorgungskrise für das Land, so daß die Regierung bereits über die Ausrufung nationalen Notstands und den Einsatz von Truppen spekulierte. Zwar konnte ein Kompromiß gefunden werden, jedoch droht ein Neuaufflammen des Konflikts in dem kleinen schottischen Hafen Hunterston. Die dortigen Docker und Schlepperbesatzungen verweigern aus Solidarität mit den Bergarbeitern die Entladung von Kohle für das nahegelegene Stahlwerk Ravenscraig. Das Entladen selbst nehmen — wenn nicht blockiert wird — Stahlarbeiter unter Docker-Aufsicht vor. Nun will British Steel die Kohle auch ohne Docker entladen, was aber einen Bruch bisheriger Abkommen darstellt. Die Hafenarbeiter bestehen auf ihrem Mo-

beiter unter Docker-Aufsicht vor. Nun will British Steel die Kohle auch ohne Docker entladen, was aber einen Bruch bisheriger Abkommen darstellt. Die Hafenarbeiter bestehen auf ihrem Mo-

nopol, nur entladen wird dann trotzdem nicht, da man ja Solidarität mit den Bergarbeitern übt.

War der Docker-Streik auch ein Solidaritätsstreik, wollen die Eisenbahner einen solchen am 12. September mit einem nationalen Streiktag durchführen. Offizieller Anlaß (da Solidaritätsstreiks ja illegal sind): Protest gegen die Einsparung von Arbeitsplätzen.

Thatcher zu stürzen ist mehrfach erklärtes Ziel des NUM-Präsidenten Arthur Scargill. Seine Orientierung auf klassenkämpferische Gegenwehr soll — so hoffen die Linken — auf dem nächsten TUC-Kongreß in wenigen Tagen die Mehrheit bekommen und dann mit nationalen Unterstützungsaktionen für die Bergarbeiter die Zechenstillegungen im Kohlenbergbau zurückschlagen.

Aber auch dann bleibt die Frage: Und wie weiter? Die linken Gewerkschaften haben keine andere Perspektive, daß nach dem Sturz der Konservativen bei Neuwahlen Labour wieder die Mehrheit erhält. Was dann kommt, darüber bestehen kaum Vorstellungen. Und niemand sollte glauben, daß die Aktionen radikalisierter Teile der englischen Gewerkschaftsbewegung bereits mit einer sozialistischen Perspektive verbunden sind. Der traditionelle, klassenkämpferische Reformismus kämpft um sein Überleben und seinen (alten) Platz in einer kapitalistischen Gesellschaft mit ‚staatssozialistischen' Elementen. Massenarbeitslosigkeit, Verarmung immer größerer Teile der Bevölkerung und das bisherige Massenbewußtsein lassen selbst eine solche Perspektive als schwierig erscheinen. Die Fragezeichen bleiben.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Fortsetzung von vorheriger Seite

Bergarbeiterbezirk Yorkshire in der Grube „Coldenwood" beginnen. Die dortige NUM rief sofort die 56.000 Bergarbeiter zum Streik auf, der am 12. März begann. Eine Ausdehnung war unklar, zunächst zogen nur zwei weitere Bezirke — Kent und Durham — mit. Die dann eskalierenden Auseinandersetzungen mit der Polizei und Streikbruchaktionen — bei einer Straßenschlacht in Ollertham am 14. März wurde ein Streikposten getötet — bewirkten aber eine Solidarisierung, und innerhalb von 14 Tagen standen 140.000, 80% aller Bergarbeiter, im Streik. Allein im Bezirk Nottinghamshire beteiligte sich die Mehrheit nicht am Streik, nur 12.500 der 32.000 Bergarbeiter zogen mit. Dieser Bezirk gilt als der kampfschwächste der NUM — die dortigen Zechen sind die modernsten und ergiebigsten, die Löhne die höchsten — und hatte schon 1972 und 1974 nicht mitgestreikt.

Auf diesen Bezirk konzentrierten sich denn auch alle Maßnahmen der Kohlebehörden und der Regierung zum Streikabbruch. Wird von den BRD-Medien vom „verbreiteten Wunsch" nach Wiederaufnahme der Arbeit berichtet, dann gibt es Berichte aus Nottingham. In Yorkshire, Wales, Schottland und Kent muß mal der eine oder andere einzelne Streikbrecher zum „Helden" hochstilisiert werden.

„Flying pickets" und Polizeistaat

Das System der „flying pickets", der beweglichen, im Lande umherreisenden Streikposten, haben die Bergarbeiter insbesondere 1972/74 praktiziert und im jüngsten Streik von Beginn an eingesetzt, wohlwissend, daß sie damit gegen die Gesetze verstoßen. Damit der Streik einigermaßen Wirkung zeigt, werden dabei nicht nur Zechen besucht, sondern auch Häfen, Kraftwerke, Stahlwerke und alle Stellen, in denen Kohle gebraucht wird. Tausende Bergarbeiter sind dabei wochenlang im Außeneinsatz und erhalten hierfür von der Gewerkschaft einzig ein Verpflegungsgeld, während diese gleichzeitig die Einsätze und die Fahrten organisiert. Insbesondere solche beweglichen Aktivitäten versucht die Regierung über ihre Polizeieinsätze zu unterbinden.

gungsgeld, während diese gleichzeitig die Einsätze und die Fahrten organisiert. Insbesondere solche beweglichen Aktivitäten versucht die Regierung über ihre Polizeieinsätze zu unterbinden.

Bergarbeiterbezirke sind seit Wochen besetztes Gebiet. 20.000 Polizisten sind ständig im Einsatz, eine paramilitärische Polizeitruppe von 8.000 Mann wird dabei besonders auf das streikschwächste Gebiet in Nottinghamshire konzentriert. Dabei läßt die Regierung hier bereits im Vorwege das praktizieren, was sie per umstrittenem neuen Polizeigesetz erst in diesem Herbst parlamentarisch verabschieden will: Aufhebung der Regionalisierung der Polizei zugunsten eines nationalen Polizeiwesens, Ausdehnung der Polizeirechte wie grundloses Anhalten und Durchsuchen von Personen auf Strassen, 96 stündige Inhaftierung ohne Anklageerhebung, wobei das Recht auf einen Anwalt für 36 Stunden außer Kraft gesetzt ist. Dazu kommt eine in den letzten Jahren erfolgte zunehmende militärische und Bürgerkriegsausrüstung mit Wasserwerfern, Hunden, Tränengas, Schilden und Visieren, die die 'freundlichen' Bobbies Englands auf das Niveau etwa der BRD-Polizei heben.

Willkürliche Verhaftungen, Straßenstopps etc. haben im Bergarbeiterstreik zu etwa 4.500 Verhaftungen und Inhaftierungen von zum Teil einem Tag bis zu einer Woche geführt. In regelrechten Schlachten zwischen Polizei und Bergarbeitern, die sich massiv zur Wehr setzten, gab es hunderte Verletzte. Zwei tote Streikposten beklagen die Bergarbeiter, der zweite wurde am 15. Juni in Ferrybridge/Yorkshire von einem LKW-Fahrer überfahren.

Die Leitung der ständigen, national zusammengezogenen Polizeitruppe hat — inoffiziell selbstverständlich — der Innenminister, die Zentrale sitzt bei Scotland Yard und steht in ständiger Verbindung mit den 43 regionalen Polizeipräsidenten, die eigentlich regionalen Komitees sind.

Die Bergarbeiter, die ja überwiegend „anständige Bürger" sind, machen in diesem Streik die Erfahrung, wie Kriminelle und „Terroristen" behandelt zu werden. Dieses, wie auch ihre existenzielle Not macht die Erbitterung aus, mit der sie ihren Kampf führen. In der bisher härtesten Auseinandersetzung bei Orgreave/Kent am 18 Juni standen 10.000 Bergarbeiter 3.000 Polizisten gegenüber, die sie am Streikposten-Stehen hindern wollten. Dabei setzten die Bergarbeiter Spieße gegen Polizeipferde ein und bauten Barrikaden.

Gewerkschaftstelefone werden abgehört, Spitzel in die Versammlungen entsandt, Provokateure (von denen viele entlarvt wurden) zetteln Schlägereien an, Autonummern werden im Zentral-Computer gespeichert, wiederholt verhafteten Bergarbeitern drohen hohe Strafen. Festgenommenen werden Fragen vorgelegt wie: Wen würden sie wählen, wenn sie die Alternative hätten zwischen Konservativen und Kommunisten? Wen haben sie bei der letzten Gewerkschaftswahl gewählt, Arthur Scargill oder seinen (gemäßigten) Gegenkandidaten?

Bislang hat die Regierung eine Konfrontation mit der Anwendung des Verbotes von „secondary picketing" vermieden, offensichtlich aus Furcht vor Solidarisierung. Stattdessen läßt sie bis jetzt die Polizei die Drecksarbeit bei der Bewahrung von „Recht und Ordnung" machen. Allerdings gibt es die erste „Privat"klage in Pontyridd (Südwales), bei der die dortige NUM zu 50.000 Pfund Strafe (ca. 200.000 DM) verurteilt wurde. 2000 Bergarbeiter besetzten daraufhin die eigene Gewerkschaftszentrale in Erwartung des Gerichtsvollzugs. Die NUM ist derweil dabei, ihre Konten zu räumen.

Am Rande des Hungers — Frauensolidarität

Wie die meisten Gewerkschaften zahlt auch die NUM kein Streikgeld aus. Die Begründung ist relativ einfach: Mit Streikgeld sei das Ende eines Arbeitskampfes befristet, Streikgeld führt zur Inaktivität und Renovierungsarbeiten im Haus (stolz verweisen NUM-Vertreter darauf, daß etwa 60% der Streikenden aktiv dabei sind, z.T. lange Zeit auf Reisen), eine aktive Solidaritätsarbeit bei solcherart finanzieller Sicherung ist kaum drin. Möglich ist ein solches Verfahren, weil es zum einen in den traditionellen Industrien weitgehend intakte soziale Strukturen gibt und man sich zum anderen auf klassenbewußte Unterstützung anderer Gewerkschaften und Bevölkerungskreise stützen kann.

Die Versorgung der Streikenden läuft über Geld- und Lebensmittelsammlungen sowie über die staatliche Sozialhilfe, die zwar nicht Streikenden, wohl aber ihren Familien zusteht. Doch auch hier greift die staatliche Repression: laut Gesetz wird jede Familie so behandelt, als erhalte sie 15 Pfund Streikgeld die Woche (Grundlage dafür ist ein "Social security"-Gesetz, mit dem den Gewerkschaften Zwangszahlung von Streikgeldern aufgebrummt werden sollte). Wohlwissend, daß dieser Betrag nicht ausbezahlt wurde, wird er von der Sozialhilfe abgezogen. Ein Heer von Spitzeln überprüft zudem, wer Lebensmittelunterstützung erhält und läßt bei Nachweis 4 Pfund Hilfe abziehen. Neuerdings wird nichtgenehmigtes Lebensmittelsammeln als Betteln verboten, Genehmigungen hierfür werden von konservativen Ämtern verweigert.

Eine hervorragende Rolle im Streik spielen die Frauen der Bergarbeiter. Sie nehmen an Streikversammlungen teil und beteiligen sich am Streikpostenstehen. Sie organisieren Unterstützungskomitees für die Verpflegung, sammeln und verteilen Nahrungsmittel (Geld wird in der Regel nicht ausgezahlt, gemeinsame Einkäufe sind billiger), zweimal am Tag findet gemeinsame Kinder-Verpflegung statt. Sie haben Demonstrationen vor und Besetzungen von Sozialbehörden organisiert und am 11. August in London die — wie die NUM stolz berichtet — größte Frauendemonstration Europas zur Unterstützung eines Streiks mit fast 40.000 Frauen und Kindern organisiert.

Um diesen Streik durchzuhalten, nehmen Bergarbeiterfamilien große Opfer auf sich: Autos, Fernseher, Videos und andere Besitztümer werden verkauft, Familien ziehen zusammen, um zu sparen. Sie wollen durchhalten, denn — so ein Gewerkschafter — es geht um unsere Existenz und die Zukunft unserer Kinder. „Lieber Monate ohne Geld, als Jahre ohne Arbeit".

Sie brauchen dringend finanzielle Unterstützung!

Kommission Betrieb und Gewerkschaft und wb/Hamburg



Eine der zahlreichen Frauendemonstrationen zur Unterstützung des Streiks (hier in Kent)



„Ich spiele eine Große Rolle in diesem Streik — es geht um meine Zukunft"

Spenden für die englischen Bergarbeiter und ihre Familien:

Konto der GEW Wuppertal

Raphaela Kruppa
BfG Wuppertal (BLZ) 330 101 11
Konto-Nr.: 2015 1233 00
Vermerk: Bergarbeiter Großbritannien

Die GEW-Wuppertal unterhält außerdem
ein **Koordinationsbüro Britische Bergarbeiter**
c/o GEW
Haarhausstraße 1 a
56 Wuppertal 1
Tel. 0202/30 38 01
(Mo.-Sa. von 10-12 und 15 - 17 Uhr).



Keine Ausnahmeszene aus den belagerten Bergarbeitergebieten: Polizeiangriff auf Streikposten in Orgreave am 18. Juni

Irischer Sonntag

Wieder ein Toter auf dem Konto der britischen Besatzungsmacht

Zwölf Jahre nach dem berüchtigten „bloody sunday" von Derry, als britische Soldaten in eine friedliche Demonstration schossen und dabei 13 unbewaffnete Zivilisten ermordeten, erlebte nun Belfast eine „kleine Neuauflage". Anläßlich einer schon traditionellen SINN FEIN-Demonstration zum Jahrestag der Einführung der Internierung in Nordirland wurde ein 22-jähriger Republikaner von den loyalistischen/protestantischen Polizeikräften mit einem „plastic bullet" erschossen. Weitere 20 Demonstranten erleiden z.T. schwerste Verletzungen. Amerikanische Fernsehteams und britische Tageszeitungen sprechen mit Unverständnis von der äußersten Brutalität, mit der die RUC gegen eine friedliche Ansammlung von mehreren tausend Menschen vorgegangen sei.

Wie 13 Jahre zuvor hatte alles zunächst völlig friedlich begonnen. Am frühen Nachmittag eines sonnigen Sonntages versammelten sich mehrere tausend Demonstranten vor dem SINN FEIN/„AnPhoblacht"-Pressezentrum in der Falls Road, um die ca. 2 Meilen lange Route zum SINN FEIN-Hauptquartier im Westbelfaster Stadtteil Andersonstown hinunter zu marschieren, wo eine Abschlußkundgebung stattfinden soll. Unter den Demonstranten befinden sich auch größere Delegation der britischen „Troops-Out-Movement" und der US-amerikanischen „NORAID", einer Organisation irischstämmiger Nordamerikaner, die die republikanische Bewegung mit erheblichen finanziellen Zuwendungen unterstützt. Ihrem Sprecher, dem New Yorker Rechtsanwalt Martin Galvin, war seitens des britischen Innenministeriums die Einreise nach Nordirland verweigert worden. Bereits seit längerem zeigt sich die britische Regierung in enger Kooperation mit den US-amerikanischen Amtskollegen darum bemüht, die umfangreichen Geld- und Waffenströme aus den USA nach Nordirland zu unterbrechen. Mit den Amtsantritten Thatchers und Reagens sind diese Bemühungen intensiviert worden. Dem Einreiseverbot zum Trotz hatte Galvin öffentlich angekündigt, im Norden zu erscheinen und SINN FEIN-Präsident und Westminster-Abgeordneter Gerry Adams hatte der republikanischen Bevölkerung West-Belfasts „versprochen", Galvin in Andersonstown zu präsentieren. Als sich der Demonstrationszug unter den Klängen republikanischer Musikzüge in der „Lower Falls" in Bewegung setzt, ist die massive Präsenz von Polizei und britischer nischer Musikzüge in der „Lower Falls" in Bewegung setzt, ist die massive Präsenz von Polizei und britischer Armee augenfällig. Hielten sich die „Sicherheitskräfte" in den vergangenen Jahren bei republikanischen Aufmärschen eher etwas abseits der unmittelbaren Szenerie, sind an diesem Tag die Nebenstraßen der „Falls" mit schwerbewaffneten Einheiten von Armee und Polizei geradezu verstopft. Über dem Demonstrationszug kreisen und knattern ständig Hubschrauber der britischen Armee. Über das gesamte „Falls"-Gebiet sind bereits seit Jahren erhöhte Beobachtungsposten der Armee verstreut, Wachtürmen eines Konzentrationslagers gleich, vom benachbarten protestantischen „Shankill" ist die „Falls" durch eine mit EG-Mitteln finanzierte mehrere Meter hohe Mauer getrennt, von der Innenstadt durch Kontrolle der britischen Armee und Stadtteile wie Andersonstown befinden sich ständig im Visier von Armeehubschraubern. Aber an diesem Tag wirkt die „Falls" noch mehr als sonst wie ein einziges großes Konzentrationslager. Als der Zug das SINN FEIN-Quartier in Andersonstown erreicht, vor dem eine provisorische Bühne für die Abschlußkundgebung errichtet worden ist, wird die Menge von den gepanzerten Wagen der RUC vollständig eingekreist. Von kleineren (schon obligatorischen) Geplänkeln zwischen Jugendlichen und der RUC abgesehen, verläuft die Demonstration bis dahin friedlich. Nach dem Auftritt eines „Troops-Out"-Sprechers betritt Gerry Adams die Bühne. Er bittet die Kundgebungsteilnehmer Ruhe und Disziplin zu bewahren sowie sich hinzusetzen, damit die Weltöffentlichkeit sehen könnte, wer nun als Nächster zu ihnen sprechen würde. In diesem Moment erscheint Galvin im Eingang des SINN FEIN-Hauptquartiers. Sekunden später übergibt Adams das Mikrophon an ihn, ohne daß Galvin dann noch die Möglichkeit hat, zu den Anwesenden zu sprechen. Denn nun versucht die RUC zu ihm vorzurücken. Adams und Galvin tauchen in der Menge unter und verschwinden im SINN FEIN-Büro. Die Polizei bahnt sich derweil unter Anwendung brutalster Gewalt ihren Weg durch die Menge. Aus kürzester Entfernung werden gezielt „plastic bullets" verschossen. Unter Beschuß genommen wird das mit Gittern gesicherte Haus und sein Eingang selbst. Die Bilder erinnern an



Foto unten: Einen Augenblick bevor er niedergeschossen wurde, rannte Sean Downes (rechts im Bild) über die Straße, während sein RUC-Mörder kaltblütig auf ihn anlegte.
Foto oben: Sean Downes liegt tödlich verwundet auf der Straße

Szenen, wie sie den westeuropäisschen Fernsehzuschauer wohl sonst nur aus Südamerika geläufig sind. Hunderte von Menschen liegen angstgepeinigt am Boden und suchen vergeblich Schutz vor den Knüppeln und „plastic bullets" der Polizei. Die Armee steht abseits des unmittelbaren Schlachtfel- Schutz vor den Knüppeln und „plastic bullets" der Polizei. Die Armee steht abseits des unmittelbaren Schlachtfel-des und bietet Flankenschutz. Galvin verschwindet, wie er gekommen ist, obwohl das ganze Haus umstellt und Andersonstown von RUC und britischer Armee besetzt ist. Das nächste mal wird er wieder „zu Hause" in den USA gesehen... Aber zurück bleiben ein Toter und zahlreiche z.T. schwer Verletzte. In der Nacht kommt es noch zu schweren Straßenschlachten in West-Belfast. Am Morgen des nächsten Tages zeigt sich die I.R.A. offen und mit Waffen in der „Falls", um vor einer durch die Vorfälle des Vortages aufgeschreckten Weltpresse Macht und Popularität zu demonstrieren. Auf einer Pressekonferenz kündigt SINN FEIN an, im Gedenken an den Toten am Abend noch einmal auf der Route vom Vortage zu marschieren. Am Abend versammeln sich über 15.000 Menschen vor dem SINN FEIN-Pressezentrum zu einem Schweigemarsch. Die Demonstration verläuft ruhig, die desavouierten „Sicherheitskräfte" halten sich merklich zurück. Zu groß war das internationale Echo auf die Vorfälle um den Galvin-Auftritt gewesen. Aber an den folgenden Abenden kommt es immer wieder zu sporadischen „riots" bei denen West-Belfaster Jugendliche die „Sicherheitskräfte" angreifen. Am Mittwoch nach dem „Blutsonntag" stellt die RUC einmal mehr ihren sektiererischen Charakter unter Beweis: Im protestantischen „Shankill" kommt es zu schweren Ausschreitungen, aber nicht zum Einsatz von „plastic bullets". Zeitgleich werden im katholischen/nationalistischen „Divis", dem elendsten aller Belfaster Elendsviertel 'zig Salven verschossen.

Galvin in Dublin

9 Tage nach den Vorfällen von Andersonstown präsentierte SINN FEIN Galvin auf einer Pressekonferenz in Dublin. Galvin eröffnete die Pressekonferenz, die von SINN FEIN Generalsekretär Joe Cahill und „publicy director" Danny Morrison geleitet wurde, mit einem Statement, in dem es u.a. bezüglich des Einreiseverbotes heißt, daß die britische Regierung ihn vor die Alternative gestellt habe, sich dem Bann *„zu unterwerfen, oder aber ihn durch einen Akt zivilen Ungehorsams zu durchbrechen... Jeder, der die Vorfälle miterlebt hat, muß mit mir dahingehend übereinstimmen, daß die Briten die tatsächlichen Terroristen, die tatsächlichen Kriminellen und die tatsächlichen Männer der Gewalt sind. (...) Ich selbst hatte keine Waffe, kein* *die tatsächlichen Kriminellen und die tatsächlichen Männer der Gewalt sind. (...) Ich selbst hatte keine Waffe, kein* *‚plastic-bullet'-Gewehr. Ich beabsichtigte keine Gewaltanwendung gegen irgendwen. Es gab keinen Grund für den Mord und die brutale Attacke. Ich agierte in einem Akt zivilen Ungehorsams.* (Anmerkung: Im Gegensatz zur BRD kann der ‚zivile Ungehorsam' in Irland auf eine lange und auch jüngere Tradition verweisen. Er wird seitens der I.R.A. als Teil ihrer Destabilisierungsstrategie propagiert). *Ich hielt mich lediglich ohne Visum in Nordirland auf. Das ist ein sehr geringes Vergehen. Die Briten ordneten die Attacke an"* („Guardian" v. 22.8.84). Bezüglich amerikanischer Waffenlieferungen an die I.R.A. führte Galvin aus: *„Ich war niemals persönlich in Waffenbeschaffungsmaßnahmen für die I.R.A. involviert, aber ich würde immer den größten Respekt für jederman haben, der in Versuchen involviert ist, die irischen Straßen von britischen Terroristen zu säubern"* (ebenda). Galvin äußerte sich optimistisch bezüglich künftiger Geldsammlungen NORAIDS für die republikanische Bewegung und kündigte an, noch gegen Ende des Jahres dem Norden einen weiteren Besuch abzustatten, gleich ob das Einreiseverbot bis dann aufgehoben worden sei oder nicht. Die südirische Regierung hatte Galvin nach Ankündigung seines Auftrittes in Dublin zur „unwillkommenen Person" erklärt, die verantwortlich sei für „Tod und Zerstörung in Nordirland". Entschuldigend gab sie jedoch in Richtung London zu verstehen, daß sie Galvin an seiner Einreise nicht hindern könne, da dieser über einen irischen Paß verfüge. Wenige Stunden nach dem Galvin-Auftritt debattierten die unionistischen Fraktionen der nordirischen „assembly" über den 12. August und seine Folgen (SINN FEIN und S.D.L.P. nehmen ihre Sitze in der „assembly" nicht wahr). D.U.P. (Paisley) und O.U.P. sorgen sich insbesondere um die aufgrund der Ereignisse erfolgte Diskreditierung der loyalistischen/protestantischen R.U.C., die in den letzten Tagen auch unter Beschuß (im wahrsten Sinne des Wortes) protestantischer Paramilitärs geraten ist, die, provoziert durch ein „paid perjurer" (bezahlte Zeugen)Verfahren gegen ihre eigenen Leute, den Aufstand gegen das protestantische/unionistische Establishment proben.

Erinnerungen an Derry, Januar 1971

Mitte 1971 entfalteten die „Provos" einen umfassenden Guerillakrieg, den die britische Armee nicht zu kontern vermochte. Erst nachdem sie sich personell, organisatiorisch und logistisch vorbereitet hatte, sowie von den Folgen der Spaltung der republikanischen Bewegung erholt hatte, konnte sich die I.R.A. als Verteidigungsarmee der nationalistischen Ghettos von Derry und Belfast etablieren, die während der Unruhen im Spätsommer 1969 mehrfach den Überfällen von loyalistischer Seite schutzlos ausgesetzt waren. Der Erfolg der „Provos" war nicht zuletzt politisch bedingt und wäre allein unter Anwendung militärischer Mittel nicht zu erreichen gewesen. Dieser Einsicht konnte sich die nordirische Regierung nicht öffnen. Im Gegenteil: Am 9. August 1971 begann sie mit der Anwendung des „Special Power Acts". Im großen Stil wurden der I.R.A.-Mitgliedschaft verdächtige Personen ohne Gerichtsverhandlung und -urteil interniert. Die Folgen dieser politischen Fehlentscheidung erwiesen sich für die Londoner Regierung als fatal. Die Entfremdung der katholischen/nationalistischen Minorität vom unionistischen System und von London erreichte ihren Höhepunkt. Die „Provos", deren Mitglieder auf die Internierung vorbereitet waren, entgingen zum Großteil der Verhaftungswelle. Sean McStiofan, der damalige Stabschef der „Provos" schrieb über den Tag der Internierung u.a.: *„Als wir das erste Mal die Namen der Festgenommenen hörten, konnten wir es bei der Mehrzahl überhaupt nicht fassen. Da waren Mitglieder der Bürgerrechtsbewegung dabei, die herumgelaufen waren und gegen die Gewalt gepredigt hatten, Mitglieder von Peoples Democrazy, des gaelischen Sportverbandes, Leute, die kurzerhand anstelle ihrer Verwandten mitgenommen worden waren und Leute, von denen wir noch nie etwas gehört hatten. Von 342 Leuten, die an jenem Montag mitgenommen worden waren, hatten weniger als 60 irgendetwas mit der I.R.A. zu tun (...). Am 9. August begann in Irland eine völlig neue Etappe der Kriegsführung. Die Schwäche der taktischen* *(...). Am 9. August begann in Irland eine völlig neue Etappe der Kriegsführung. Die Schwäche der taktischen* *Zielsetzung läßt sich unschwer erkennen. Vom taktischen Gesichtspunkt aus betrachtet, wäre der richtige Moment einzugreifen sechs Monate früher gewesen, nachdem die I.R.A. den ersten britischen Soldaten getötet hatte. Ein halbes Jahr aber bedeutete für die I.R.A. die Möglichkeit, ihre Basis zu verbreitern"* (McStiofain, Revolutionary in Ireland, 1981). In der Folge der Internierung und des nun nicht mehr gegen einzelne Köpfe der „Bewegung", sondern gegen die republikanische Minorität in ihrer Gesamtheit gerichteten Terrors der britischen Armee avancierten die „Provos" zur „Peoples Army" der katholischen Ghettos von Belfast und Derry. Der Schuß war damit nach hinten losgegangen. Mit dem Näherrücken der Jahreswende wurde die Lage immer explosiver, insbesondere in Derry. Die „Bogside" und „Creggan" bestreikten die Wohnungspolitik, indem sie die Miete für Sozialwohnungen verweigerten. Die Bogside wurde von der RUC nicht mehr betreten und war von Armeeposten umstellt. Ende 1971 waren „Bogside" und „Creggan", die sich selbst verbarrikadierten, praktische Sperrbezirke, die von der nationalistischen Minorität und den „Provos" selbstregiert wurden. Das Blutbad, das britische Fallschirmjäger am 30. Januar 1972 in der „Bogside" anrichteten, desavouierte die britische Armee und London in den Augen der Minorität endgültig als „neutrale Instanz" im Konflikt der beiden „communities".

London diskutiert...

Die Reaktionen des aufgeklärt-konservertiven Flügels der „Torys" und der Labour-Party auf die Ereignisse um Galvin kritisierten insbesondere das (un-)taktische Vorgehen des Nordirland- und des Innenministeriums. Ähnlich wie seinerzeit mit der Internierung und dem „bloody sunday" habe man den „Provos" unnötigerweise einen Propagandacoup ermöglicht. Zudem hätten die Ereignisse den Bemühungen um eine Annäherung zwischen RUC und nationalistischer Minorität einen schweren, wenn nicht gar irreparablen Schaden zugefügt. (In den katholischen Ghettos von Belfast und Derry wird die Polizeigewalt faktisch durch die „Provos" ausgeübt, da die RUC aufgrund ihres sektiererischen Charakters als Autorität nicht akzeptiert wird. Eine seites der SDLP-nahen „Irish News" geschürte öffentliche Diskussion um „punishiment-shootings" nutzte die RUC erst jüngst, um sich den gemäßigten Katholiken als „rechtsstaatliche Alternative" zu den „Provos" anzubiedern, allerdings ohne registrierbaren Erfolg).

Labour gab in einem Statement zu bedenken, daß die Entscheidung von James Prior und Leo Brittain die „Sicherheitskräfte" in eine unmögliche Situation gebracht hätte. Da in Anbetracht der langen und schwer kontrollierbaren Grenze zum „Süden" sowie des bekannten taktischen Geschickes der I.R.A. ein Einreiseverbot überhaupt nicht durchsetzbar war, standen die „Sicherheitskräfte" in Andersonstown vor der Entscheidung, sich von der I.R.A. „vorführen" zu lassen oder aber den Versuch zu starten, unter Hinnahme aller voraussehbarer Konsequenzen Galvin festzunehmen, um ihr Gesicht und die Autorität des Nordirlandministeriums zu wahren. Das Einreiseverbot hätte die „Sicherheitskräfte" unter Entscheidungszwang gesetzt. Der entstandene Schaden wäre erheblich geringer gewesen, hätte man Galvin die Einreise erlaubt. So aber habe nun die I.R.A. einen Propagandasieg davontragen können, während die „Sicherheitskräfte" vor den Augen der Weltöffentlichkeit desavouiert worden seien. Die britische Nordirlandpolitik befände sich nun wieder dort, wo sie schon einmal Anfang der 70er Jahre war. Prior übernahm später die Verantwortung für die Ereignisse und erklärte, das Einreiseverbot für Galvin habe sich als politische Fehlentscheidung erwiesen. Da der frustierte Prior bereits vorher seinen Rücktritt angekündigt hatte, konnte er sich ein derartiges Eingeständnis eigenen Unvermögens leisten und die „Sündenbockrolle" übernehmen.

Mit Prior wird ein weiterer englischer Politiker, der einmal ganz hoch hinaus wollte, nach nur kurzer Amtszeit den Schleudersitz des Nortirlandministeriums verlassen, um in der Versenkung zu verschwinden. Angefangen hatte alles im Herbst 1982, als ein nach ihm benannter Plan einer Beilegung des Konfliktes im britischen Sinne („Prior-Plan") durch einen Wahlerfolg SINN FEIN bei den nordirischen „assembly"-Wahlen bereits im Ansatz konterkariert wurde.

Eine Initiative Tony Benns

Eine Initiative Tony Benns

Am linken Flügel der Labour-Party gibt es grob betrachtet zwei strategische Vorstellungen bezüglich eines britischen Truppenabzuges aus den sechs „Counties" der Provinz Ulster. Während etwa Ken Livingstone einen sofortigen Truppenabzug „ohne wenn und aber" fordert (Livingstone in der August-Ausgabe der südirischen „Spiegel"-ähnlichen Magazins „Magill": *„Ich mach es innerhalb von zehn Tagen"*. Nachfrge der Interviewpartnerin, ob er sich nicht vor dem fürchte, was danach kommen würde. Livingstone: *„Ich bin mit Gerry Adams schon durch Andersonstown spazierengegangen und habe mich dabei sehr sicher gefühlt"*), pflegen Tony Benn u.a. diesen an bestimmte Bedingungen zu knüpfen. Benn hat auch schon einmal die Möglichkeit der Ersetzung der britischen Truppenpräsenz durch „neutrale" UN-Kontigente zur Sprache gebracht, ein Vorschlag der auch in den USA immer wieder Befürworter findet. Benn will nun ein Gesetz, das den britischen Rückzug beinhaltet und regelt vorlegen. Idee und Text existieren schon länger, doch durch den Tod von Sean Downes, so die „Campaign Group" um Benn, sei die Notwenigkeit eines Truppenabzuges noch einmal offenkundig geworden. Es basiert auf jenem Gesetz von 1948, das die britische Herrschaft in Palästina offiziell beendete. Zur Begründung seines Gesetzes führte Benn u.a. aus: *„Die Situation in Nordirland ist heute noch schlechter als 1969 und es ist evident, daß es keine militärische Lösung geben kann. Die Wurzeln für die anhaltende Krise liegen in der Teilung und es kann keine Fortschritte in Richtung Frieden geben, bevor nicht die Teilung beendet ist. Einer der hauptsächlichen Gründe, warum Britannien noch immer in Nordirland ist, ist strategischer Natur, da weder die amtierende britische noch die amtierende US-Regierung die Wiedervereinigung Irlands unter neutralen Vorzeichen akzeptieren wollen. Die britische Bevölkerung hat zu realisieren, daß unsere Truppen nicht primär zum Schutz der Protestanten in Nordirland sind, sondern zum Schutz der NATO" („Guardian" v. 17.8.84).*

Eine ausführlichere Kommentierung der britischen Truppenabzugsdiskussion folgt im nächsten AK.

dsm

Vorbereitungen auf den Tag X im Wendland

Nicht nur die Anti-AKW-Bewegung, sondern auch die Staatsgewalt bereitet sich auf den Tag X vor, die Blockade der ersten Atommülltransporte nach Lüchow-Dannenberg.

Bereits bekannte Methoden wie ständige Verkehrskontrollen, bei denen auch mal die Pistole gezückt wird, sowie das Ableuchten von Höfen und das Notieren von dort abgestellten PKWs werden verstärkt praktiziert und neuerdings ergänzt durch einen Rundumschlag mit dem § 111 StGB (Aufforderung zu Straftaten durch Verbreiten von Schriften). Die Anwendung des § 111, bislang zum einen auf die rechtsradikale Scene für Volksverhetzung angewendet, zum anderen auf die Publizierung von RAF-Texten, soll hier die Vorbereitung von Aktionen, wie sie dutzendfach im Herbst '83 mit den Blockaden von Mutlangen und Bremerhaven und später mit den Schienenblockaden gegen Munitionstransporte in Nordenham durchgeführt wurden, im Ansatz verhindern.

Bestelladressen Flugblätter Tag X

1. Braunschweiger Arbeitskreis gegen AKW, Jasperallee 32, 3300 Braunschweig
3. Göttinger Arbeitskreis, Postfach 1945, 3400 Göttingen
3. BBA-Info-Laden, St. Pauli-Str. 10/11, 2800 Bremen 1
4. Die Grünen, Landesverband Bremen, Am Dobben 92, 2800 Bremen 1
5. Die Grünen, Landesverband Niedersachsen, Voltastr. 35, 3000 Hannover 1
6. Anti-Atom-Büro, Auf dem Ort 10, Diemelstadt-Wethen
7. BBU, Friedrich-Ebert-Allee 120, 5300 Bonn
8. Die Grünen, Regionalbüro Braunschweig, Kaiserstr. 31, 3300 Braunschweig
9. Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen, c/o Grünes Büro, Am Springintgurt 21, 2120 Lüneburg
10. BI Geesthacht, Dorfstr., 2057 Kröpelshagen
11. BI Lüchow-Dannenberg, Drawehner Str. 3, 3130 Lüchow

Ohne Flugblatt keine Aktion

Die Staatsanwaltschaft Lüneburg ermittelt seit dem 19.7. nach § 111 gegen die Verfasser und Hersteller des bundesweit in 10.000er Auflage verbreiteten und in vielen Städten nachgedruckten Tag-X-Flugblattes. Da sie hier ziemlich im Dunkeln tappt, statteten eine Woche darauf einige Herren der Kripo Lüchow dem Büro der BI Lüchow-Dannenberg, der einzigen auf dem Flugblatt angegebenen Bestelladresse, einen Besuch ab. Sie wiesen einen Beschlagnahmebeschluß des Amtsgerichtes Dannenberg für den Aufruf vor, mußten aber mit leeren Händen wieder abziehen, da die erste Auflage bereits vergriffen war. Am 6. August bekam der Pressesprecher der BI eine Vorladung zur Staatsanwaltschaft zugestellt. Gegen ihn wird nach § 111 ermittelt, da er Flugblätter mit strafbarem Inhalt in Lüchow verteilt habe.

Das inkriminierte Flugblatt kann bei allen, die es *„verbreiten oder zur Verbreitung bereithalten"* sowie in Postsendungen, die *„den Empfänger noch nicht erreicht haben"*, beschlagnahmt werden, die Verbreiter sind von Verfahren nach § 111 bedroht. — Das gleiche gilt für die Plakate zum Tag X. Gegen drei Bamberger AKW-Gegner wird ebenfalls nach § 111 ermittelt. Sie hatten das Plakat mit der schlichten Aufschrift: *„Tag X verhindert die Atommülltransporte ins Wendland"* verklebt.

Schreibverbot über Tag X

Anfang August ging bei drei weibli-

Schreibverbot über Tag X

Anfang August ging bei drei weiblichen Mitgliedern des Lüneburger Arbeitskreises gegen Atomanlagen, die in einem Artikel für die Stadtzeitung „Moin" über die von der Aktionskonferenz geplanten Widerstandsaktionen (Großkundgebung am Zwischenlager, bundesweite dezentrale Aktionen) berichtet hatten, ebenfalls eine kriminalpolizeiliche Vorladung nach § 111 zu. — Das gleiche traf die vier presserechtlich Verantwortlichen der in Lüneburg herausgegebenen „Atommüllzeitung". Beanstandet wurde nicht etwa der in der Zeitung abgedruckte Tag X-Aufruf, sondern ein Artikel mit *„Überlegungen"* des Göttinger Arbeitskreises zu den Blockaden sowie *„ergänzenden Vorschlägen"* des Lüneburger Arbeitskreises. Den staatsanwaltlichen Konstruktionen aus den zwei Artikeln zu „Aufforderung zu Straftaten" sehen die Betroffenen mit Spannung entgegen.

Ungewöhnlich ist die Anwendung des § 111 im Vorfeld einer Aktion, die sich quasi noch im Diskussionsstadium befindet. Doch genau um die Verhinderung einer weiteren bundesweiten Mobilisierung und Auseinandersetzung über Aktionsformen gegen die Atommülltransporte geht es der Staatsanwaltschaft offensichtlich. Die Wendlandblockade schuf erstmals für eine Form direkten Widerstandes einen breiten Konsens von regionalen Bürger-BIs bis zu Autonomen aus den Städten. Eine Auseinanderdividierung dieser zwei Pole der Anti-AKW-Bewegung in „Gewaltfreie" und „Gewalttätige" ist für die Blockaden der Atommülltransporte nicht möglich. Ankündigungen für direkte Behinderungsaktionen anläßlich der Atommülltransporte kamen schon von den schadensersatzgebeutelten Landwirten. Die BI machte nach der Wendlandblockade deutlich, daß bei den Blockaden die Menschen im Landkreis nicht zurückstehen werden, die sonst üblichen Auseinandersetzungen zwischen „Einheimischen" und „Auswärtigen" beschränken sich auf Randprobleme. Es zeichnet sich ab, daß der Versuch der Staatsgewalt, ein Mäntelchen des Schweigens über die Atommülleinlagerung zu decken, vergeblich sein wird. Nach der kriminalpolizeilichen Heimsuchung des BI-Büros meldeten sich in Niedersachsen die grüne Landtagsfraktion und Landesvorstand der Grünen mit einer Pressekonferenz zu Wort, in der sie den Aufruf-Text proklamierten und alle grünen Orts-, Kreis- und Landesverbände sowie den Bundesvorstand der Grünen aufforderten: *„Am Tag X — alle ins Wendland"* („FAZ", 8.8.84). Der Aufruf zum Tag X ist in einer Auflage von 15.000 neu aufgelegt, Bestelladressen sind BBU, verschiedene grüne Landesverbände und größere BIs, der Göttinger Arbeitskreis meldete bereits steigende Nachfrage.

KB Gruppe Lüneburg



Wendland-Blockade, 30.4.84

5.000 auf der internationalen Kundgebung in Malville

Ist der Bombenbrüter noch zu stoppen?

Malville am 31.7.77: Über 60.000 AKW-Gegner aus ganz Westeuropa, darunter etwa 2.000 aus der BRD, waren dem Aufruf der örtlichen Malville-Komitees gefolgt. Mit unglaublicher Brutalität verteidigt die französische Bürgerkriegspolizei CRS die Baustelle. Im Hagel der Tränengas- und Offensiv-Granaten werden Vital Michalon getötet und zahlreiche AKW-Gegner verletzt und z.T. verstümmelt. Ein Jahr zuvor, am 4.7.76 war es noch 20.000 Demonstranten aus der Region gelungen, ein großes Loch in den Bauzaun zu reißen und den Platz zu besetzen.

Die Rechnung Giscards von 1977 ging auf. Es dauerte einige Jahre, ehe sich der örtliche Widerstand von dem Schock erholt hatte, den die CRS-Mordkommandos hinterlassen hatten. Es folgte die Mitterand-Wahlkampagne und die Zusage, das Schnelle-Brüter-Programm Giscards zu stoppen. Als Präsident wollte Mitterand hiervon freilich nichts mehr wissen. Es dauerte weitere Jahre, ehe die Enttäuschung über den Verrat der Parti Socialiste (PS) die Breite erreicht hatte, die für den Neubeginn einer nationalen Kampagne gegen Superphénix erforderlich war.

Mittlerweile ist das 1.200-Megawatt-Monstrum (mit der vierfachen Leistung des Kalkar-Brüters) so gut wie fertiggestellt. Seit Juni '84 wird das Kühlmittel Natrium eingepumpt, im Juli '85 sollen Riesenmengen an Plutonium als Brennstoff eingebaut werden, für September '85 ist die Inbetriebnahme vorgesehen.

Auch wenn die Regierung Mitterand sich diesbezüglich bedeckt hält, gilt mittlerweile als sicher, daß dieses extrem unfallträchtige, unrentable und vor dem Hintergrund riesiger Stromüberschüsse auch energiepolitisch sinnlose Kraftwerk als „Zweizweckreaktor" und Lieferant von jährlich 150-300 Tonnen hochwertigen Waffenplutoniums in den Dienst der Force de Frappe gestellt werden soll. Damit aber wird dieser nur zu 51% französische Plutoniumbrüter zum materiellen Kern der westeuropäischen Atomstreitmacht, auf die man seitens CDU/CSU bekanntlich recht scharf ist: 33% des Brüters werden von Italien finanziert, das für die anteilsmäßige Erstbeladung des Brüters mangels ausreichender Eigenbestände Plutonium aus der Schweiz und den Niederlanden aufkaufen mußte. Mit 16% ist die überwiegend bundesdeutsche „Schnellbrüter-Kernkraftwerksgesellschaft" (SBK) in Malville engagiert. Das bedeutet, daß gemäß Zusammensetzung der SBK der bundesdeutsche Stromkonzern RWE zu 11%, die Niederlande und Belgien zu je 2% und Großbritannien zu 1% an der Plu-
sammensetzung der SBK der bundesdeutsche Stromkonzern RWE zu 11%, die Niederlande und Belgien zu je 2% und Großbritannien zu 1% an der Plu-
toniumbeladung und -ausbeute von Superphénix beteiligt sein werden.

Eine Kundgebung am anderen Ufer der Rhone

Etwa 250 italienische und 80-100 schweizerische Antimilitaristen waren unter den knapp 5.000 Teilnehmern der 2-tägigen Beratungsversammlung und Kundgebung.

Initiiert wurde die Kundgebung von einem Lyoner Bündnis bestehend aus CONDENE (s.u.), dem „Kommunistischen Komitee für Selbstbestimmung", einer anarchistischen Gruppe und dem Anti-Malville-Komitee. Die Veranstalter hatten den Verzicht auf jedwede Konfrontation mit der CRS schon durch die Wahl des Versammlungsortes abgesichert: Superphénix blieb außer Sichtweite und auf dem Landweg ca. 20 km entfernt. Eindeutiger Schwerpunkt des Wochenendes war der inhaltliche Austausch und die Perspektivdebatte in Arbeitsgruppen.

Die Veranstaltung rief dennoch einiges Aufsehen in den französischen Massenmedien und sogar eine abwiegelnde Stellungnahme von Kriegsminister Hernu hervor. (Dieser dementierte die geplante militärische Nutzung des Superphénix mit dem Hinweis, dies sei ja schon wegen der Beteiligung Italiens und der BRD nicht anzunehmen und im übrigen gäbe es vernünftigere Methoden für die Herstellung von Waffenplutonium.) Dieses Echo von etablierter Seite dürfte eine Folge der für französische Verhältnisse ungewöhnlich klaren Stoßrichtung des Aufrufes gegen die Force de Frappe sein (vgl. AK 248, S.17). Zudem wurden im Verlauf der sechsmonatigen Mobilisierungskampagne landesweit über 20 Malville-Komitees gegründet und zahlreiche Unterstützer für den Aufruf aus Lyon gewonnen.

So kam es beispielsweise über diesen Aufruf zu einigen Kontroversen in den Führungsetagen von CONDENE (Comité pour le Désarmement Nucléaire en Europe) dem einzigen nationalen Zusammenschluß französischer Friedensgruppen. CONDENE wurde ursprünglich auf der Basis der Reagan'schen Null-Lösung (keine SS 20, keine Cruise Missiles und Pershing II) gegründet und hat seither schrittweise seine Plattform in Sachen Atomwaffenversuche, Modernisierung der Force de Frappe usw. erweitert. Zahlreiche Mitgliedsgruppen, nicht jedoch der Gesamtverband, unterzeichneten nunmehr den Aufruf gegen Malville. Ähnlich sah es bei der PSU aus, die bei CONDENE mitarbeitet und seit der Kabinettsumbildung Mitterands mit der Umweltministerin Huguette Boucherdeau auch in dessen Kabinett vertreten ist. Superphénix wurde nach der Kundgebung erstmals auch von Boucherdeau öffentlich in Frage gestellt („SZ", 6.8.84).

Derartige Fortschritte im Millimetermaßstab geben noch wenig Anlaß zu Optimismus. Daß die „linke" „Liberation" beispielsweise sich sogar strikt weigerte, den Aufruf zur Malville-Kundgebung als bezahlte Anzeige zu veröffentlichen, spricht Bände. Diese Millimeterfortschritte erklären aber vielleicht die Zufriedenheit der Veranstalter mit d i e s e m Mobilisierungsergebnis und die vorherrschende Stimmung, daß es sich um einen Neubeginn gehandelt hat. Für den Sommer 1985 sind mehrwöchige Camps und Blocka-
ergebnis und die vorherrschende Stimmung, daß es sich um einen Neubeginn gehandelt hat. Für den Sommer 1985 sind mehrwöchige Camps und Blocka-
deaktionen gegen die Plutonium-Einladung im Gespräch. Erste Vorbereitungen hierzu sollen Mitte September auf einer Nachbereitungskonferenz in Lyon abgeklärt werden.

Die Lyoner Kerngruppe ist zu erreichen über: **Campagne pour l'Arrêt de Superphénix et de la Filière Surgénératrice, c/o CEP BP 5006, S. Jean 69245, Lyon CEDEX 05, Tel.: (7) 827 29 82.** — Vorläufige Kontaktstelle für bundesdeutsche Unterstützer von Anti-Malville-Aktionen ist der **Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen (LAGA), c/o Sabine Roisch, Sültenweg 57, 2120 Lüneburg, Tel.: 04131/45290.**

AKW-NEIN-Kommission

„Polizeiheerlager" für Baubeginn der WAA in Bayern

Bereits im Juni wurde aus „gut informierten Kreisen aus dem Umfeld der DWK" bekannt, daß der DWK-Aufsichtsrat in seiner letzten Sitzung Anfang Juni die Standortentscheidung für die WAA zugunsten von Wackersdorf bei Schwandorf in der Oberpfalz/Bayern gefällt hat. Sowohl DWK als auch ein Sprecher des bayerischen Ministeriums dementierten umgehend diese Meldung. Inzwischen haben Herren des Innenministeriums und der Polizei BI-Mitgliedern gegenüber diese Informationen bestätigt.

Darüberhinaus gab es aber noch einige wichtige Details: Mitte Oktober soll mit der Standortbekanntgabe wohl auch gleichzeitig Baubeginn sein. Die dazu nötigen Polizeieinsatzpläne liegen bereits fertig und abrufbereit in der Schublade: Man will „jeden Widerstand im Keim ersticken" entsprechend angeblich bewährter bayerischer Praxis (Stichwort: Hausbesetzerbewegung). Die Oberpfalz soll in ein „polizeiliches Heerlager" verwandelt werden, wozu auch bereits große Polizeikräfte aus anderen Bundesländern angefordert wurden. In die einheimischen Polizisten hat man offensichtlich, wie immer in solchen Situationen, nicht genügend Vertrauen — sie könnten ja schließlich nicht martialisch genug vorgehen und vielleicht selbst Angst vor der WAA haben. Klar ist, daß die Standortentscheidung für Bayern einzig und allein eine politische Entscheidung ist:

So hat Albrecht bereits im Juni im niedersächsischen Landtag bei einer Debatte über die WAA erklärt: *„Im Wettbewerb mit Bayern gäbe es nun zugunsten Bayerns das ernsthafte Argument einer breiten gemeinsam zustimmenden politischen Meinung, da die bayerische SPD sich im Gegensatz zur niedersächsischen in dieser Sache nicht nach dem Parteitagsbeschluß richtet"*. (Lüneburger Landeszeitung, 23./24.6.84)

Die SPD in Niedersachsen mit ihrer Haltung gegen die WAA hat zwar entgegen Albrechts Aussage keine Regierungsverantwortung, aber immerhin besteht ja theoretisch die Möglichkeit eines Regierungswechsels in Niedersachsen bei den nächsten Landtagswahlen, während in Bayern die CSU fest im Sattel sitzt. Solange also „nur" an eine WAA gedacht ist, ein echter Standortvorteil für Bayern.

Auf zum Widerstand

Auf einem Aktionstreffen im August, an dem sich ca. 70 BI-Aktivist/inn/en beteiligt haben, wurde außer mehreren kleinen Aktionen auch beschlossen, am zweiten Samstag nach Standortbekanntgabe und dem vermuteten Baubeginn eine große überregionale Demonstration zum Bauplatz mit anschließender symbolischer Bauplatzbesetzung zu machen. Konkrete Planungen für die Umsetzung gibt es noch nicht, ganz im Gegenteil zur DWK, die bereits jetzt schon martialische Baupläne hat: Um die gesamte Anlage soll auf 5 km Länge eine 40 m breite Schneise geschlagen werden. Darauf soll eine Wasserwerferstraße gebaut werden umgeben von einem 1,5 m tiefen Graben und einem 2,5 m hohen Zaun mit diversen Sicherheitseinrichtungen. Die Demovorbereitung wird auf der nächsten Landeskonferenz, am 15. September, 10.00 Uhr in Schwandorf weitergeführt werden

Eine Genossin aus Nürnberg

Zwischen den Weltkriegen (Teil 4)

Zur Vorgeschichte des 2. Weltkriegs und zur Appeasement-Legende



Die Stationen, die zum 2. Weltkrieg führten, sind in groben Zügen allgemein bekannt: Nazi-,,Machtergreifung'' 1933, rasche Aufrüstung Deutschlands, Besetzung des laut Versailler Vertrag entmilitarisierten Rheinlands 1936, ,,Anschluß'' Österreichs und Annektion von Teilen der Tschechoslowakei (Sudeten) 1938, Besetzung des Restes der westlichen Tschechoslowakei und Überfall auf Polen 1939. Mit diesen Situationen verbindet sich die geläufigste Schlußfolgerung: dem nazistischen Deutschland sei durch eine ,,Beschwichtigungspolitik'' (appeasement) der westlichen Großmächte Vorschub geleistet worden. Als Symbol für diese Politik steht die Konferenz von München Ende September 1938, mit der die Vertreter Großbritanniens und Frankreichs ihre Zustimmung zur Annektion des Sudetengebiets gaben. ,,Appeasement'' und ,,München'' gelten als Begriffe für eine Politik, die aus fehlgeleiteter Friedensliebe und übersteigerter Kriegsfurcht die eigene Rüstung sträflich vernachlässigt, während sie expansionistischen Mächten eine Konzession nach der anderen macht, gerade dadurch ihren Appetit aber nur immer weiter steigert und schließlich die Weltkriegskatastrophe, die sie eigentlich verhindern wollte, durch eigene Schwäche und Nachgiebigkeit überhaupt erst herbeiführt. In diesem Kontext steht Geisslers Dummspruch von der Mitverantwortung des Pazifismus für Auschwitz.

Diese Interpretation der Vorgeschichte des 2. Weltkrieges ist jedenfalls sehr zweckdienlich. Geht sie doch davon aus, daß die Welt aus guten und bösen Staaten besteht und daß es die Aufgabe der guten Staaten ist, ständig hochgerüstet und kriegsbereit zu sein, um den bösen Staaten von Vornherein keine Chance zu lassen. Man brauchte also nach 1945 bzw. 1949 die Bundesrepublik Deutschland nur als Teil der guten Staatenwelt zu definieren, um die Legitimation für eine neuerliche Kriegsrüstung bei der Hand zu haben. Auf der anderen Seite mußte man dann nur noch die Sowjetunion — also genau jene Nation, die unter Deutschlands Taten mehr gelitten hat als irgendeine andere — mit dem nazistischen Deutschland gleichsetzen, um vollends zu der heute herrschenden Ideologie zu gelangen: Wichtigste Lehre aus dem 2. Weltkrieg ist für uns, daß wir — die BRD und der Freie Westen — wachsam und kriegsbereit gerüstet sein müssen, um den Diktatoren — der Sowjetunion — jederzeit die Zähne zeigen zu können. Forderungen wie die nach einseitiger Abrüstung oder nach Austritt aus der NATO sind Appeasement-Politik. Diese Art von Analogie-Bildung hat derzeit vor allem in Frankreich eine Hochkunjunktur, wobei die Kamikaze-Forderung von Glucksmann nach deutschen Atomwaffen nur die bisher schrillste Ausdrucksform ist. Diese Analogie-Bildung ist schon im Ansatz falsch: Die NS-Politik zielte auf die permanente Umwälzung des Status Quo in Europa. Die Sowjetunion tut absolut nichts dergleichen, sondern ist im Gegenteil sorgsam auf die Bewahrung des Status Quo bedacht. Die Analogie-Bildung ist aber auch aus dem weiteren Grund falsch, daß sie die Politik des ,,Appeasement'' falsch beschreibt und falsch analysiert. Die für die Appeasement-Politik federführenden Politiker Chamberlain und Daladier waren keine ,,pazifistischen Träumer'', sondern konservative Bürgerliche. (1) Nicht einseitige Abrüstung und Entspannungstaumel bestimmten die Militärpolitik Großbritanniens und Frankreichs, sondern eine forcierte Aufrüstung, die im Endergebnis mit der Deutschlands Schritt hielt. Der Ausverkauf der Tschechoslowakei in München war das Produkt einer Politik, die sich auf Bekämpfung und Isolierung der Sowjetunion aufbaute. Im Rahmen dieser vorgegebenen Politik und des dadurch bedingten Kräfteverhältnisses gab es zu ,,München'' zum konkreten Zeitpunkt keine Alternative. Diese Thesen sollen im weiteren begründet werden. Dazu muß zunächst die Ausgangslage nach dem 1. Weltkrieg betrachtet werden.

Sieger und Besiegte

Daß Deutschland den 1. Weltkrieg verloren hatte, ist den Geschichtsbüchern zu entnehmen. Es gab aber auch einige Faktoren, die eine etwas andere Bilanz zulassen.

1. Deutschland hatte sich im Krieg als stärkste Militärmacht des Kontinents erwiesen. Es gab keinen Staat, nicht einmal die USA, der für sich allein, ohne Allianz mit anderen Großmächten, in der Lage gewesen wäre, Deutschland militärisch zu schlagen.

2. Durch die russische Revolution hatte sich ein wesentlicher potentieller Partner einer imperialistischen Allianzpolitik gegen Deutschland einfach verabschiedet. Das war vor allem für Frankreich schmerzlich, daß mit dem zaristischen Rußland seit 1892 durch einen Militärpakt verbunden gewesen war. Ohne Bündnis mit Rußland hätte die Entente den 1. Weltkrieg höchstwahrscheinlich verloren. Der Versuch Frankreichs nach 1918, den Verlust des großen Partners durch die Allianz mit vielen kleinen (Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien u.a.) wettzumachen, bedeutete zumindest keinen vollwertigen Ersatz und erwies sichletztlich sogar als nutzlos. (2)

3. Auch das Fernbleiben der USA vom 1. Weltkrieg hätte wahrscheinlich zu einer britisch-französischen Niederlage geführt. Daraus ergab sich eine wachsende Abhängigkeit Großbritanniens und Frankreichs von der Politik der USA.

4. Zwei Staaten, die im 1. Weltkrieg auf Seiten der Entente gegen Deutschland gekämpft hatten, standen als Partner nicht mehr zur Verfügung und verbündeten sich schließlich sogar mit dem Gegner; Italien und Japan. Italien hatte im ersten Weltkrieg einen großen Teil der Kampfkraft Österreich-Ungarns gebunden. Indem es sich in der zweiten Hälfte der 30er Jahre mit Deutschland zusammentat, entstand plötzlich für Großbritannien und Frankreich ein Gegner, der die Verbindung zwischen westlichem und östlichen Mittelmeer abzuschneiden drohte. Japan hatte im Weltkrieg, abgesehen von der Eroberung der deutschen China-Kolonie Kiautschau und einiger Archipele im Pazifik keine Rolle gespielt. Es nun allerdings (seit Anfang der 30er Jahre) als aggressiv expandierenden G e g n e r in China und im Pazifik wiederzutreffen, bedeutete für das Britische Empire das Gespenst eines Krieges an mehreren Fronten. (3)

Die Situation war nicht übermäßig problematisch, solange es gelang, Deutschland in den engen Schranken des Versailler Vertrags zu halten, der die deutsche Armee praktisch auf die Rolle eines nur innenpolitisch verwendbaren Instruments reduzierte. Um diesen Vertrag durchzusetzen, hätte es aber einer ständig kriegsbereiten Offensivarmee bedurft, die jeden Vertragsbruch zum Anlaß einer Intervention genommen hätte. Frankreich neigte zunächst einer solchen Politik zu, wie sie mit der Besetzung des Ruhrgebietes 1923 beispielhaft durchgespielt wurde (4) und wie manche französischen Politiker und Militärs sie auch 1936 nach der Remilitarisierung des Rheinlands gern gesehen hätten. Frankreich war aber langfristig nicht in der Lage, eine solche Politik der permanenten Intervention ohne Billigung und Beistand Großbritanniens zu betreiben. London war jedoch abgeneigt, u.a. deshalb, weil es nicht sein Interesse war, sich militärisch fest auf dem Kontinent zu engagieren mit dem praktischen Ergebnis, Frankreich eine totale Dominanz in Mitteleuropa zu sichern. Die britische Regierung neigte mehr dazu, Deutschland den Weg zur vollen außenpolitischen und militärischen ,,Gleichberechtigung'' zu ebnen und es auf diese Weise in die traditionellen diplomatischen Spiele zu integrieren. Dies auch deshalb, um ein partielles Zusammengehen der beiden europäischen ,,underdogs'' Deutschland und Sowjetunion zu verhindern: Das Übereinkommen von Rapallo 1922 (5) und die Zusammenarbeit Reichswehr-Rote Armee in den 20er Jahren (6) hatten im Westen einigen Schrecken verursacht. Für Frankreich blieb, da es militärisch auf Großbritannien angewiesen war, kaum etwas anderes übrig, als sich im Wesentlichen an dessen Politik gegenüber Deutschland anzuschließen.

Gegenüber dem seit 1922 faschistischen Italien waren sowohl Frankreich wie auch Großbritannien von Anfang an um Kompromisse bemüht. Vor allem sollte es, wenn möglich, von Deutschland ferngehalten und gegen dieses ausgespielt werden. Dieser Versuch schien zunächst nicht aussichtslos, da die italienischen Faschisten bis Mitte der 30er Jahre heftige Kontroversen mit den deutschen Nazis hatten.

Ein Hauptkonfliktpunkt war Österreich, dessen diktatorisches Rechtsregime sich zur Abwehr der deutschen ,,Anschluß''-Ambitionen eng an Italien anlehnte. Ein weiterer Konfliktpunkt war Südtirol, dessen rasche ,,Italienisierung'' von den Faschisten betrieben wurde. Zwar waren Deutschland und Italien seit Oktober 1936 durch die ,,Achse'' und seit November 1937 durch den ,,Antikomintern-Pakt'' miteinander verbunden, aber beide Abkommen enthielten keine militärische Beistandspflicht. Ein deutsch-italienischer Militärpakt (der ,,Stahlpakt'') wurde erst am 22.5.1939 abgeschlossen. Und selbst nach diesem Datum blieben im Verhältnis der beiden Staaten Konkurrenz, Mißtrauen und Feindseligkeit sehr stark. (7) Die britisch-französischen Versuche während der 30er Jahre, Italien enger an sich zu ziehen, sollten deshalb nicht als bloße Nachgiebigkeit um des lieben Friedens willen mißverstanden werden. Letztlich hatten diese Bemühungen mit dem separaten Ausstieg Italiens aus dem Krieg im September 1943 sogar einen, wenn auch kleinen und späten, Erfolg zu verbuchen.

Erste Schritte zum Krieg

* Am 14.10.1933 trat Deutschland aus dem Völkerbund aus. Am gleichen Tag zog es sich von der internationalen Abrüstungskonferenz in Genf zurück. Diese Konferenz hatte unter Beteiligung von rund 60 Staaten im Februar 1932 begonnen und brachte keine praktischen Ergebnisse. Als einzige Großmacht hatte die Sowjetunion für eine allgemeine Abrüstung plädiert. Das deutsche Interesse — auch schon vor Hitlers Kanzlerschaft im Januar 1933 — war einzig und allein darauf gerichtet, das Streben nach ,,Gleichberechtigung'', d.h. nach Aufhebung aller Beschränkungen durch den Versailler Vertrag, akzeptieren zu lassen. Der gleichzeitige Rückzug Deutschlands von der Genfer Konferenz und aus dem Völkerbund signalisierte die Absicht, verstärkt und zunehmend offener aufzurüsten, ohne sich um internationale Proteste zu kümmern.

* Am 9.3.1935 gab Hitler offiziell bekannt, daß Deutschland über eine eigene Luftwaffe verfügte. Das war trotz Geheimhaltung zwar schon lange kein Geheimnis mehr, war aber im Versail-
Geheimhaltung zwar schon lange kein Geheimnis mehr, war aber im Versail-ler Vertrag ausdrücklich verboten worden. Am 16.3.1935 wurde die Einführung der Wehrpflicht verkündet, auch dies im Widerspruch zum Versailler Vertrag. Die Friedensstärke der Wehrmacht sollte (zunächst) auf 500.000 angehoben werden. Der Versailler Vertrag erlaubte eine Berufsarmee von maximal 100.000 Mann.

* Am 18.6.1935 wurde ein deutsch-britisches Flottenabkommen abgeschlossen, das die Stärke der deutschen Flotte auf maximal 35% der britischen, bei U-Booten auf 45% festlegte. Praktisch fehlten Deutschland bis zum Krieg die Kapazitäten, um dieses Maximum überhaupt ausschöpfen zu können. Wichtiger war der politische Effekt, nämlich die implizierte britische Zustimmung zu einer weiteren Revision des Versailler Vertrags: dieser hatte für Deutschland U-Boote generell verboten und Kriegsschiffe nur in sehr beschränkter Zahl und Größe erlaubt.

Der Abessinien-Krieg

Italien war — noch mehr als Deutschland — bei der Aufteilung der Welt unter die Großmächte zu spät erschienen und hatte sich nur einen minimalen Anteil sichern können (8). Nach dem 1. Weltkrieg ging es bei der Aufteilung der ehemaligen deutschen Kolonien völlig leer aus. Hoffnungen, sich wenigstens einen Anteil an der Konkursmasse des türkischen Imperiums sichern zu können, scheiterten gleichfalls. So begann Italien im Dezember 1934 mit Übergriffen gegen das letzte Territorium Afrikas, das noch keinen europäischen Kolonialherren gefunden hatte: Äthiopien (Abessinien). Anfang Oktober 1935 ging Italien zum Krieg im großen Stil über, den es nach einigen Rückschlägen erst im Mai 1936 mit dem Einmarsch in Addis Abeba abschließen konnte. Mehrere Appelle Äthiopiens an den Völkerbund brachten außer halbherzigen Sanktionen gegen Italien (Embargo über Waffen und einige Rohstoffe) keine praktischen Ergebnisse. Beschlüsse über weitaus wirkungsvollere Boykott-Maßnahmen gegen den Aggressor — vor allem ein Öl-Embargo — wurden von den Diplomaten Großbritanniens und Frankreichs erst zerredet, dann verschleppt und schließlich endgültig verhindert. Von der naheliegenden wirkungsvollsten Maßnahme — Schließung des Suez-Kanals für den italienischen Kriegsnachschub — mochten Großbritannien und Frankreich unter Verweis auf das Kanal-Statut keinen Gebrauch machen. Ein Versuch der beiden Außenminister Laval (Frankreich) und Hoare (Großbritannien), im Dezember 1935 einen faulen Kompromiß in Form eines freiwilligen Ausverkaufs Äthiopiens zu vermitteln (eine Vorwegnahme von München 1938), endete zu dieser Zeit noch mit einem Riesenskandal. Hoare mußte seinen Platz räumen; Laval treffen wir später als Kollaborateur der Nazis im Vichy-Frankreich wieder.

Nazis im Vichy-Frankreich wieder.

Einmarsch ins Rheinland

Im Rheinland (d.h. einem bis Frankfurt reichenden Streifen an der gesamten deutschen Westgrenze) durften laut Versailler Vertrag nie wieder deutsche Truppen stationiert und Befestigungen gebaut werden. Diese Bestimmung wurde durch das Abkommen von Locarno (16.10.1925) bestätigt, wobei Großbritannien und Italien (!) die Rolle von Garantiemächten für die Einhaltung übernahmen. Am Morgen des 7.3.1936 ließ die deutsche Regierung rund 40.000 Soldaten der Wehrmacht ins Rheinland einmarschieren. Angeblich war diese Aktion auf Skepsis und Widerstand führender deutscher Militärs gestoßen; es soll auch festgelegt worden sein, daß die Truppen wieder abgezogen würden, falls Frankreich militärisch reagieren sollte. Neigung dazu bestand in französischen Führungskreisen durchaus; eine Teilmobilisierung wurde erwogen, aber verworfen. Ausschlaggebend war, daß Großbritannien militärische Sanktionen nicht mitgetragen und mutmaßlich nicht einmal gedeckt hätte. Eine Konferenz der Locarno-Mächte (12.3.36) schob die Entscheidung dem Völkerbund zu, der dann auch prompt einen Bruch der Abkommen von Versailles und Locarno konstatierte (19.3.) … und den Schwarzen Peter schnell wieder an die Locarno-Mächte zurückreichte …

Durch die Remilitarisierung des Rheinlands wurde das Risiko weitgehend ausgeschaltet, daß französische Truppen als Repressalie oder zur Entlastung eines bedrohten Verbündeten weit nach Deutschland hineinmarschieren könnten, ohne auf eine Verteidigungslinie zu treffen. Die militärische Sicherung des Rheinlands war also eine wesentliche Voraussetzung für die riskanten Poker-Partien der kommenden Jahre.

Fortsetzung nächste Seite

Zwischen den Weltkriegen

Fortsetzung von vorheriger Seite

Spanischer Bürgerkrieg

In Spanien hatten die Wahlen am 16.1.1936 eine Mehrheit der im Januar gebildeten Volksfront (Frente Popular) im Parlament gebracht: 258 von 473 Sitzen. Oder in Stimmen: 4,21 Millionen für die Frente Popular gegen 3,78 Millionen der Rechten und 0,7 Millionen des bürgerlichen Zentrums. (9)

Gegen die Mitte März gebildete, sehr gemäßigte FP-Regierung putschte die Rechte. Die konterrevolutionäre Meuterei begann am 18.7.1936 unter den Truppen in Spanisch-Marokko und griff — bereits im Anfangsstadium von Deutschland unterstützt — schnell auf das Festland über: Am 25.7.1936 wurde eine ,,Provisorische Regierung'' der Rechten in Burgos gebildet. Deutsche und italienische Flugzeuge hatten für den schnellen Transport meuternder Truppen von Nordafrika nach Spanien zur Verfügung gestanden, wie auch der gesamte Putsch mutmaßlich von deutschen Dienststellen mitgeplant worden war.

Es soll hier nicht die Geschichte des spanischen Bürgerkriegs erzählt werden. Darum möge als Stichwort genügen, daß er (was die militärische Seite angeht) im wesentlichen in einem zähen Vordringen der Rechten bestand, unterbrochen nur von wenigen und meist geringfügigen Gegenoffensiven der Volksfront. Seit Mitte April 1938 war das republikanische Spanien von den konterrevolutionären Truppen in zwei Teile zerschnitten. Barcelona kapitulierte am 26.1.1939, und der Einzug der Faschisten in Madrid am 28.3.1939 bezeichnete das Ende des Bürgerkriegs.

Entscheidend für den Sieg der Konterrevolution war die umfangreiche militärische und materielle Unterstützung Deutschlands und Italiens. Italien engagierte sich in erster Linie mit einer großen Zahl von Bodentruppen, insgesamt nach unterschiedlichen Quellen zwischen 40.000 und 70.000 Mann. Daneben führte es einen U-Boot-Krieg gegen Schiffe, die Waren und Hilfsmittel für die Republik transportierten.

gegen Schiffe, die Waren und Hilfsmittel für die Republik transportierten.

Deutschland stellte in erster Linie Einheiten der Luftwaffe (,,Legion Condor'') und relativ kleine, aber ausgesuchte Trupps von Spezialisten zur Verfügung; insgesamt 5 - 10.000 Mann. Sowie selbstverständlich, ebenso wie Italien, Waffen in großer Menge. Spanien wurde, wie schon Zeitgenossen zutreffend feststellten, zum Waffen-Testfeld für den 2. Weltkrieg. Dies allerdings im wesentlichen einseitig für die faschistischen Mächte: Großbritannien und Frankreich vertraten eine Politik der strikten Nicht-Intervention, ebenso wie auch die USA. (10) Diese Politik ergab sich in erster Linie aus den Interessen der britischen Kapitalisten, die traditionell gute Beziehungen zur bürgerlichen Rechten in Spanien hatten und für die ein Spanien unter der Diktatur Francos das kleinere Übel war, verglichen mit einem ,,roten Spanien'' als potentieller westlicher Vorposten der Sowjetunion. Man muß sogar zugeben, daß diese Rechnung immerhin insofern aufging, daß für Deutschland und Italien aus dem Sieg in Spanien kein großer politischer Vorteil entstand: Franco ließ sich zwar auf den unverbindlichen Beitritt zum faschistischen Antikomintern-Pakt ein (27.3.39), aber er widerstand allen Anforderungen, an der Seite Deutschlands und Italiens in den Krieg einzutreten. (11)

Lediglich die Sowjetunion und die Arbeiterbewegung gaben der spanischen Republik seit Oktober 1936 Unterstützung. Die Sowjetunion half mit Waffen (selbstproduzierten und im Westen gekauften) und sorgte auch für deren risikoreichen Transport. Insgesamt rund 40.000 Menschen aus aller Welt kämpften in den Reihen der Internationalen Brigaden für die spanische Republik; jedoch betrug die Stärke der Brigaden nie mehr als etwa 20.000. Die mit Abstand größte Gruppe waren die Franzosen. Da die Brigaden in der Regel die schwierigsten und gefährlichsten Kampfaufgaben übernahmen, waren ihre Verluste enorm.

Pläne für den Krieg

Am 24.6.1937 unterzeichnete Kriegsminister Blomberg die ,,Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht''. (12) Das Papier listet mehrere Kriegsplanspiele und Varianten auf. So gibt es hier erstmals den ,,Fall Grün'', d.h. die Option eines überraschenden, mit größtmöglicher Wucht und Schnelligkeit geführten Angriffs auf die Tschechoslowakei (CSR). Ferner erscheinen dort der ,,Sonderfall Otto'' (Militäraktion gegen Österreich), der ,,Sonderfall Richard'' (Einsatz der Kriegsmarine im Krieg um Spanien) sowie der ,,Sonderfall Erweiterung Grün-Rot'', nämlich ein Mehrfronten-Krieg gegen Frankreich, Großbritannien, Polen, CSR und Sowjetunion. Zur Vermeidung von Mißverständnissen: das waren noch keine ausgearbeiteten Planungen, hinter denen bereits k o n k r e t e Angriffsabsichten steckten, sondern Planspiele. So deutet z.B. der ,,Sonderfall Grün-Rot'' (wobei ,,Rot'' nicht etwa für die Sowjetunion steht, sondern für Frankreich) nicht auf die A b s i c h t hin, einen Mehrfrontenkrieg zu führen, sondern enthält die Risikokalkulation, wie die Lage sein könnte, f a l l s sich aus einer deutschen Aggression etwa gegen die CSR ein solcher großer Krieg entwickeln würde.

Am 5. November 1937 fand in der Reichskanzlei eine Konferenz zwischen Hitler und der militärischen Führung statt. Teilnehmer waren Kriegsminister von Blomberg, die Oberkommandierenden der drei Wehrmachtsteile (von Fritsch für die Armee, Raeder für die Marine, Goering für die Luftwaffe), Außenminister von Neurath sowie der Oberst Hossbach, der das überlieferte Protokoll des Treffens verfaßt hat. (13) Im Hauptteil bestand die Konferenz aus einem stundenlangen Monolog Hitlers, der seine schon in ,,Mein Kampf'' (1925) dargestellte Programmatik für die ,,Neuordnung Europas'' aktualisierte: Deutschlands Zukunft hänge ab von der ,,Lösung der Raumnot''. Diese Lösung müsse bestehen in der Gewinnung von landwirtschaftlich nutzbarem, Rohstoffe produzierenden Territorium in Europa. Kolonien in Übersee könnten das ,,Raumproblem'' nicht lösen, da Deutschland ein Kolonialimperium erst dann erobern könne, wenn Großbritannien durch ein starkes, hochgerüstetes Deutschland an die Wand gedrängt wäre — wofür die Expansion in Europa die Voraussetzung sein würde. Die ,,*deutsche Frage*'' (sic!) könne nur mit Gewalt gelöst werden, und das enthalte stets ein gewisses Risiko. Hierbei seien drei Fälle denkbar:

Fall 1. Zeitraum 1943-45. Nach diesem Zeitraum könne sich die Gesamtlage nur noch zu Ungunsten Deutschlands entwickeln. Die deutsche Kriegsrüstung sei ,,annähernd beendet''; ,,bei weiterem Zuwarten'' müsse man befürchten, gegenüber der Aufrüstung anderer Großmächte relativ zurückfallen. Außerdem wäre eine ,,Ernährungskrise'' zu befürchten, ,,*zu deren Behebung ausreichende Devisen nicht verfügbar seien*'' (14). ,,*Sollte der Führer noch am Leben sein, so sei es sein unabänderlicher Entschluß, spätestens 1943/45 die deutsche Raumfrage zu lösen*''.

Fall 2: ,,*Wenn die sozialen Spannungen in Frankreich sich zu einer derartigen innenpolitischen Krise anwachsen sollten, daß durch letztere die französische Armee absorbiert und für eine Kriegsverwendung gegen Deutschland ausgeschaltet würde, sei der Zeitpunkt zum Handeln gegen die Tschechei gekommen*''.

Fall 3: Vorgehen gegen die CSR (und Österreich), wenn Frankreich in einen anderen Krieg so verwickelt ist, daß es nicht gegen Deutschland eingreifen kann. — Dieser Option wurde in Hitlers Vortrag eine besonders hohe Wahrscheinlichkeit gegeben. Gedacht war speziell an einen Konflikt Frankreich-Italien, der sich aus dem spanischen Bürgerkrieg entwickeln könnte. In j e d e m Fall sollte der Überfall auf die CSR ,,blitzartig schnell'' erfolgen.

Das Hossbach-Protokoll vermerkt zu Hitlers Ausführungen Widerspruch von Blomberg, Fritsch und Neurath. Ihre Einwände lassen sich so zusammenfassen, daß sie Zweifel an einem frühen Zeitpunkt für militärische Aktionen gegen Österreich und die CSR hatten. (15) Am 4.2.1938 wurde bekanntgegeben, daß Blomberg und Fritsch ,,aus Gesundheitsgründen'' zurückgetreten sein. Beiden war vorher eine private Affaire angehängt worden: dem einen Homosexualität, dem anderen die Ehe mit einer früheren Prostituierten. Mit gleichem Datum wurde die Ersetzung des Außenministers Neurath durch von Ribbentrop verkündet. In Verbindung mit diesen spektakulären Maßnahmen fand eine umfangreiche ,,Säuberung'' der militärischen Führung statt. Die Neubesetzungen dienten dem unmittelbaren Übergang zur Kriegsfähigkeit. An Stelle des Kriegsministeriums (Blomberg) wurde das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) gebildet, das von General Keitel (bisher Chef des Wehrmachtsamtes im Kriegsministerium) geleitet wurde. Dem OKW wurden die drei Wehrmachtsteile direkt unterstellt. Von Brauchitsch wurde an Stelle von Fritsch Oberbefehlshaber des Heeres. Außerdem wurde bekanntgegeben, daß Hitler sich selbst durch ,,Führererlaß'' die höchste Befehlsgewalt über die gesamte Wehrmacht zugeteilt hatte. Das war, wie sich später herausstellte, durchaus nicht als bloßer Papiertitel gemeint.

Am Hossbach-Protokoll, um noch einmal auf die Sitzung vom November 1937 zurückzukommen, fällt auf, daß zwar in großer Perspektive über ,,die Lösung des Raumproblems'' gesprochen wurde, k o n k r e t aber anscheinend über nicht mehr als Österreich und die CSR gesprochen wurde. In ähnlicher Weise wurde auch 1938/39 und während des Krieges zumeist nur die allernächste Aufgabe vorgeplant. Wie es danach strategisch weitergehen sollte, war weitgehend offen. Das konnte Flexibilität bedeuten, oft aber auch Orientierungslosigkeit und Unfähigkeit zur Strategie-Bildung.



München 1938, das letzte Appeasement vor dem Krieg. Von links: Chamberlain, Daladier, Hitler, Mussolini und sein Außenminister Ciano.

Der „Anschluß" Österreichs

Der Versailler Vertrag hatte einen Zusammenschluß Österreichs mit Deutschland verboten. Als besonders interessiert an der Aufrechterhaltung dieses Zustands zeigte sich zunächst das faschistische Italien. Nachdem im Februar 1934 eine konservative und repressive Diktatur in Österreich etabliert worden war (16), hatte Mussolini geradezu die Rolle eines Protektors der österreichischen Souveränität bekommen. Andererseits stand die ,,Heimführung'' der ,,Ostmark'' ganz oben auf dem Wunschzettel der Nazi-Regierung. Ein erster Versuch im Juli 1934, das Ziel auf kurzem Weg durch einen Nazi-Putsch in Wien zu erreichen, scheiterte so kläglich, daß die deutsche Führung sich nur noch in aller Form distanzieren konnte. Sie sah sich sogar genötigt, im Juli 1936 durch Vertrag die Unabhängigkeit Österreichs anzuerkennen und Nichteinmischung in dessen innere Angelegenheiten zu versprechen.

Anfang 1938 fühlte Deutschland sich stark genug zu einem zweiten Versuch, nachdem in der Zwischenzeit die Beziehungen zu Italien entscheidend verbessert worden waren. (17) Vorbereitet wurde der ,,Anschluß'' durch neue Nazi-Unruhen in Österreich im Januar 1938. Dann wurde Kanzler Schuschnigg zu Hitler nach Berchtesgaden genötigt (13.2.) und dort schließlich unter erpresserischem Druck (andernfalls werde die Wehrmacht einmarschieren) dazu veranlaßt, den Forderungen zuzustimmen: Legalisierung der Nazi-Aktivitäten in Österreich; Ernennung des Nazi-Führers Seyss-Inquart zum Innenminister. Zurückgekehrt sucht Schuschnigg vergeblich Hilfe bei Mussolini, nahm dann sogar Kontakte zur seit 1934 illegalisierten und unterdrückten österreichischen Linken auf und kündigte am 9.3. ein Plebiszit über den Status Österreichs an, das am 13.3. stattfinden sollte. Am 11.3. verlangte Hitler ultimativ die Absetzung des Plebiszits; am selben Abend trat Schuschnigg zurück. An seiner Stelle wurde Seyss-Inquart Kanzler. Als erste Amtshandlung rief er deutsche Truppen nach Österreich, angeblich zur Abwehr eines linken Aufstands. Am 13.3. wurde offiziell der ,,Anschluß'' Österreichs an Deutschland verkündet. Abgesehen vom Zuwachs an Menschen und Ressourcen brachte die Annektion Österreichs dem deutschen Imperialismus auch einen großen strategischen Vorteil: der Westteil der Tschechoslowakei, nächstes Ziel der Expansion, steckte nun von zwei Seiten in der deutschen Zange. Die sehr stark ausgebaute Festungslinie der CSR gegen Deutschland war durch diese Umklammerung ausmanövriert.

Frankreich hatte kurz nach Schuschniggs Besuch in Berchtesgaden versucht, Großbritannien zu einer gemeinsamen Erklärung zu gewinnen. Inhalt: jede weitere Aktion gegen den Status Quo werde auf den festen Widerstand beider Staaten stoßen. Die britische Regierung wollte eine solche Erklärung aber nur abgeben, falls auch Italien mitgezogen hätte — was von vornherein eine irreale Bedingung war.

München 1938

Mehr noch als der Vorgang an sich hatten die rüden Methoden Deutschlands beim ,,Anschluß'' Österreichs in London und Paris für Unruhe gesorgt. Eine erste Reaktion auf der demonstrativ-militärischen Ebene war die Wiederaufnahme der Stabsgespräche zwischen Großbritannien und Frankreich im April 1938. Gegenstand derartiger Gespräche (wie sie auch im April 1936 als Reaktion auf die Remilitarisierung des Rheinlands eingeleitet worden waren) war die Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie und die Koordination der Aktionen für den Kriegsfall.

Daß Deutschland nach dem ,,Anschluß'' als nächsten Programmpunkt die Frage der deutschsprachigen Minderheit in der Tschechoslowakei (CSR) aufrollen würde, war allen direkt und indirekt beteiligten Mächten klar. Die CSR, ein Produkt der Auflösung Österreich-Ungarns und der Pariser Friedensverträge von 1919, hatte in ihren Grenzen 4 Millionen Tschechen, 3 Millionen Slowaken, 3 Millionen Deutschsprachige (,,Sudeten-Deutsche''), ferner auch noch 600.000 Ungarn, 500.000 Ukrainer (Ruthenen) und 70.000 Polen. Die deutschsprachige Minderheit konzentrierte sich im wesentlichen auf relativ geschlossene Gebiete an den Grenzen zu Deutschland und Österreich. Hier war die damals gerade erst gegründete pronazistische Sudetendeutsche Partei Henlein's schon bei den Parlamentswahlen 1935 auf 64% der Stimmen gekommen. Mit ihren 1,23 Millionen Stimmen war sie zur stärksten Partei der CSR überhaupt geworden. Bei den Gemeindewahlen im Mai/Juni 1938 bekam sie sogar 90,9% der deutschen Stimmen. (18)

Nachdem in der Reichskanzlei-Konferenz vom 10.11.37 der Krieg gegen die CSR bereits in allgemeiner Form vorbesprochen worden war, trat die Planung mit der ,,Grundlage zur Studie ‚Grün' '' vom 22.4.38 in das konkrete Stadium. (19) Unter Punkt A (,,Politisch'') wird dort ausgesagt, daß ein ,,*Überfall aus heiterem Himmel*'' nicht in Frage komme, ,,*da Folge: feindliche Weltmeinung, die zu bedenklicher Lage führen kann*''. Stattdessen sei der Krieg zu planen als Schlußpunkt ,,*nach einer Zeit diplomatischer Auseinandersetzungen, die sich allmählich zuspitzen*''. Das eventuelle Eintreten eines ,,Zwischenfalls'' (,,*z.B. Ermordung des deutschen Gesandten im Anschluß an eine deutschfeindliche Demonstration*'') wird als besonders günstiger Vorwand gewertet. — Punkt B der Studie (,,Militärisch'') enthält in groben Zügen den Kriegsplan, der sich an den schon erwähnten Überlegungen vom Juni 1937 zum ,,Fall Grün'' orientiert.

In der Zwischenzeit hatte Henlein bei einem Besuch in Deutschland (Ende März 1938) neue Instruktionen erhalten und drückte auf das Tempo: am 24.4.38 (also nur zwei Tage nach Vorliegen der konkreten Kriegsplanung zum ,,Fall Grün''!) präsentierte er das sog. Karlsbader Programm, bestehend aus 8 Punkten. Neben Forderungen nach ,,Gleichberechtigung'' und innerer Autonomie für die deutschsprachige Minderheit der CSR wird dort die ,,*volle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung*'' verlangt. Gemeint war damit, wie Henlein überflüssigerweise in seiner Rede erläuterte, die volle Freiheit der nazistischen Propaganda und Aktion in der CSR. In dieser Rede sattelte er auf das Karlsbader Programm noch kräftig drauf, indem er es für ,,unerläßlich und notwendig'' erklärte, daß die CSR ,,*eine Revision jener außenpolitischen Stellung vornehmen*'' müsse, ,,*die den Staat bisher in die Reihe der Feinde des deutschen Volkes geführt hat*''. (20).

Nach anfänglicher Ablehnung kam die Prager Regierung, die von der britischen Diplomatie intensiv bearbeitet wurde, den Autonomie-Forderungen schließlich Anfang September sehr weit entgegen. Aber nun wollten Henlein und seine Auftraggeber nicht mehr: ihr Ziel war schließlich nicht eine politische Kompromißlösung, sondern die Provozierung einer militärischen Konfrontation. So wurden nun bewaffnete Aktionen durch ,,Sudetendeutsche Freikorps'' und reichsdeutsche SS-Leute durchgeführt, um Gelegenheit für eine Intervention zu schaffen. (21) Einen Angriffstermin hatte Hitler bereits am 18. Juni fixiert: ,,*Als Nahziel steht die Lösung der tschechischen Frage aus eigenem freien Entschluß im Vordergrund meiner politischen Absichten. Ich bin entschlossen,*

Fortsetzung nächste Seite

Zwischen den Weltkriegen

Fortsetzung von vorheriger Seite

ab 1.10.38 jede günstige politische Gelegenheit zur Verwirklichung dieses Zieles auszunutzen''. (22)

Bei einem deutschen Angriff auf die CSR wäre Frankreich vertraglich zur Hilfeleistung verpflichtet gewesen, und ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland hätte wiederum Großbritannien verpflichtet. Außerdem gab es noch einen Beistandspakt zwischen der CSR und der Sowjetunion von 1935, der aber nur in Kraft treten sollte, wenn auch Frankreich seine Bündnispflicht erfüllte. Der britische Regierungschef Chamberlain gab mehrfach öffentliche Erklärungen ab, daß bei einem deutschen Angriff auf die CSR ,,fast unmittelbar'' auch Großbritannien ,,verwickelt'' werden würde. (23) Insgeheim ließ er der französischen Regierung jedoch mitteilen: alle britischen Beistandserklärungen für Frankreich im Falle eines Krieges, der sich aus französischer Hilfe für die CSR ergeben würde, seien an die deutsche Regierung gerichtet, aber nicht ernstgemeint. Großbritannien würde in diesem Fall n i c h t an der Seite Frankreichs in den Krieg eintreten. (24) In den Besprechungen mit französischen Regierungsvertretern machte Chamberlain deutlich, daß man im Fall eines deutschen Angriffs nichts für die CSR tun könne; daher müsse man die Prager Regierung drängen, sich mit Henlein zu verständigen. Der Versuch, auf Deutschland Druck auszuüben, wäre nur ein Bluff, da Großbritannien und Frankreich nicht die militärische Macht hätten, um mit Deutschland fertigzuwerden. (25)

Frankreich nicht die militärische Macht hätten, um mit Deutschland fertigzuwerden. (25)

Der September 1938 war gefüllt mit Verhandlungen zwischen den Großmächten, während Deutschland und die CSR beiderseits der Grenzen bereits ihre Truppen mobilmachten bzw. in Bereitschaft hielten. Inzwischen ging es um die deutsche Forderung, daß die CSR alle Gebiete abtreten solle, die überwiegend von Deutschsprachigen bewohnt waren. Dabei sollte die Situation vor dem 1. Weltkrieg zugrundegelegt werden. Dadurch würde die CSR nicht nur wichtige Industriegebiete und Produktionsstätten verlieren, sondern auch ihre gesamte groß ausgebaute Verteidigungslinie gegen Deutschland. Nach einer solchen Abtretung war die CSR als politischer und militärischer Faktor erledigt. Deshalb versuchte vor allem Frankreich, eine Reduzierung der abzutretenden Gebiete zu erreichen. Nach hektischem Hin und Her zwischen den Hauptstädten und nachdem Chamberlain bereits bei Hitler in Berchtesgaden (15.9.) und Bad Godesberg (22.9.) Visite gemacht hatte, kam die Münchner Konferenz zustande, zu der sich am 29.9.38 Chamberlain, Hitler, Daladier und Mussolini trafen. Im Endergebnis wurde in den nächtlichen Morgenstunden des 30.9. eine Regelung unterzeichnet, die praktisch vollständig den deutschen Forderungen entsprach. Das Abkommen wurde der Prager Regierung lediglich mitgeteilt, die mit einer Protesterklärung und dem Rücktritt des Präsidenten Benesch (5.10.) reagierte, das Ergebnis aber de facto akzeptierte. Im Anschluß an die Münchner Konferenz gaben Hitler und Chamberlain eine gemeinsame Erklärung ab (30.9.), in der der ,,***Wunsch unserer beiden Völker, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen***'', betont wird. ,,*Wir sind entschlossen, auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultationen zu behandeln und uns weiter zu bemühen, etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens Europas beizutragen.*''

Das Verhalten Chamberlains und Daladiers in München ist als Verrat und Kapitulation, als Ausverkauf der CSR heftig kritisiert worden. Diese Kritik ist zunächst dadurch einzuschränken, daß die französische Regierung eine härtere Politik bevorzugt hätte, diese aber nicht im Alleingang hätte durchsetzen können — es sei denn, als Kamikaze-Aktion. Der e n t s c h e i d e n d e Druck zum Weg von München kam zweifelsfrei von britischer Seite. Dort machte man sich (begrenzte!) Hoffnungen, daß der rabiate deutsche Expansionismus mit der Annektion der Sudeten-Gebiete sein Ende gefunden haben könnte und daß nun eine Stabilisierung zwischen den imperialistischen Mächten erreicht werden könnte. Keineswegs aber setzte die britische Regierung einseitig und ausschließlich auf diese Hoffnung, sondern sie forcierte zugleich (ebenso wie Frankreich) nach München die Aufrüstung in einem Ausmaß, das nun sogar die gleichzeitige deutsche Steigerungsrate weit übertraf. (Dazu später noch).

Von Churchill (26) war schon im Frühjahr 1938, gleich nach dem ,,Anschluß'', gefordert worden, der CSR eine Garantie gegen einen deutschen Angriff zu geben, so wie es ein Jahr später tatsächlich gegenüber Polen geschah. Daß Deutschland dadurch 1938 mehr abgeschreckt worden wäre als 1939 durch die Garantie für Polen, ist eine Spekulation ohne jedes Tatsachen-Indiz. In Kenntnis des Wesens und der Absichten der NS-Politik läßt sich die These, Hitler sei eigentlich nur ein Bluffer gewesen, der angesichts gegnerischer Härte zurückgeschreckt wäre, ins Reich der Fabel verweisen. Die Alternative zu München wäre mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit der Kriegsbeginn 1938, statt erst 1939, gewesen. Ob dieser dann für Großbritannien und Frankreich vorteilhafter verlaufen wäre als die Katastrophe von 1939/40, ist zweifelhaft. **Der wirkliche Verlauf des 2. Weltkriegs spricht für die These, daß es im Herbst 1938 eine sinnvolle Alternative zu München auch nur im Bündnis mit der Sowjetunion gegeben hätte.** Sowjetische Angebote dazu lagen seit dem ,,Anschluß'' reichlich und deutlich vor. Abgesehen von allen sonstigen Widerständen bei den bürgerlichen Politikern in London und Paris wäre aber sofort das praktische Problem aufgetaucht, daß sowjetische Hilfe für die CSR nur über das Territorium Polens und Rumäniens hinweg und von diesem aus zu organisieren gewesen wäre. Beide Staaten lehnten entschieden ab — ein Hindernis, das auch 1939 nicht aus dem Weg geräumt werden konnte.

,,Erledigung der Rest-Tschechei''

,,Erledigung der Rest-Tschechei''

Nach Deutschland beteiligten sich auch noch Ungarn und Polen an der gewaltsamen Zerstückelung der CSR: Ungarn bekam ein großes Stück der südlichen Slowakei, während Polen sich nach einem Ultimatum das kleine, aber durch Industrie attraktive Gebiet von Teschen abtreten ließ. Im verbleibenden Staat bekamen die östlichen Landesteile Slowakei und Karpatho-Ukraine (Ruthenien) weitgehende innere Autonomie-Rechte. Da die führenden rechtskatholischen Kräfte der Slowakei sich stark an Deutschland und am Nazismus orientierten, war von Anfang an ein Hebel vorhanden, mit dem der tschechoslowakische Staat endgültig gesprengt werden konnte. Im übrigen mischte Deutschland sich auch in die Innenpolitik des tschechischen Landesteils gleich nach München kräftig ein: antijüdische Maßnahmen, Verbot der Kommunistischen Partei, Legalisierung nazistischer Aktivitäten wurden der Prager Regierung aufgenötigt.

Auf dem Höhepunkt der Sudeten-Krise hatte Hitler in einer Rede im Sportpalast ausgerufen: ,,***Ich habe ihm*** (Chamberlain) ***versichert und ich wiederhole es hier, daß es — wenn dieses Problem gelöst ist — für Deutschland in Europa kein territoriales Problem mehr gibt.***'' (27) Jedoch, wenige Wochen nach München, am 21.10.38, gab Hitler Anweisung, die ,,*Erledigung der Rest-Tschechei*'' zügig vorzubereiten. (28) ,,*Es muß möglich sein, die Rest-Tschechei jederzeit zerschlagen zu können, wenn sie etwa eine deutschfeindliche Politik betreiben würde*''.

Die passende Situation war da, als Anfang März 1939 die Prager Regierung gegen den pro-nazistischen Separatismus der Slowakei die Flucht nach vorn antrat: Am 5.3.39 erklärte CSR-Präsident Hacha die Regierung der Karpatho-Ukraine für aufgelöst und setzte eine neue ein. Am 10.3.39 löste er das slowakische Parlament auf und setzte die Landesregierung ab. Über die Slowakei wurde das Kriegsrecht verhängt, tschechische Truppen rückten ein. Der slowakische Ministerpräsident Tiso bat in Berlin um deutsche Nachbarschaftshilfe, und selbstverständlich nicht vergeblich: Deutschland erzwang die Rückkehr Tisos und die Wiedereinberufung des slowakischen Parlaments, das am 14.3.39 die völlige Unabhängigkeit der Slowakei proklamierte. Auch die Karpatho-Ukraine erklärte sich für unabhängig, wurde jedoch am folgenden Tag mit deutscher Duldung von Ungarn annektiert. — Noch am 14.3. war Präsident Hacha nach Berlin gereist. In den Morgenstunden des 15.3. war er ,,weichgekocht'' und unterschrieb eine Erklärung, daß er ,,*das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches legt*''.

Schon am Abend des 14.3. hatte der deutsche Einmarsch begonnen; am Morgen des 15.3. waren die ersten deutschen Truppen in Prag. Die Slowakei blieb formal selbständig als deutscher Satellitenstaat. — Mit der Annektion der Tschechei kam eine der besten Rüstungsindustrien der Welt, samt den Beständen der CSR-Armee, in deutsche Hand. In den nächsten Monaten wurden große Mengen tschechischer Waffen zugunsten der deutschen Devisenkasse verkauft, vor allem an Länder Südosteuropas.

Die Wende

Die Annektion der Tschechei war der sprichwörtliche Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Nach München hatte es in Großbritannien, Frankreich und USA schon sehr viel Kritik an diesem Akt von Appeasement gegeben. In manchen politischen Kreisen war ,,München'' bereits zum Synonym für totale Demütigung und für Verrat an einem Verbündeten geworden. Eine Wiederholung des Vorgangs in ähnlichen Formen bei anderer Gelegenheit (z.B. einem Konflikt Deutschland — Polen) war kaum noch vorstellbar. Auf der anderen Seite hatten Chamberlain und Daladier nach München immer noch eine satte Mehrheit der Bevölkerung hinter sich, die ihre Politik als friedenserhaltend begrüßte. Aber seit München war Appeasement nicht mehr die H a u p t form westlicher Politik, sondern stand gleichberechtigt neben der unmittelbaren Vorbereitung auf den großen Krieg. Das antijüdische Pogrom vom 9.11.1938 (,,Kristallnacht'') verstärkte die Einschätzung, daß die deutsche Politik unkalkulierbar barbarisch und nicht mehr integrierbar sei. Die Annektion der Tschechei im März 1939 bedeutete das endgültige ,,Aus'' für die Appeasement-Politik. Die Hauptakzente der britischen und französischen Politik lagen fortan auf Herstellung

deutete das endgültige ,,Aus'' für die Appeasement-Politik. Die Hauptakzente der britischen und französischen Politik lagen fortan auf Herstellung

der Kriegsfähigkeit und Formierung eines Kriegsbündnisses gegen Deutschland. Diese Wendung war besonders dringend geboten, weil seit München ein Trend in den mittel- und südosteuropäischen Staaten deutlich geworden war, sich mit Deutschland als offensichtlich stärkster Kontinentalmacht zu arrangieren. Mit der Zerstückelung der CSR war zudem das Bündnissystem zusammengebrochen, das Frankreich nach dem 1. Weltkrieg aufgebaut hatte und dessen Kernstück gerade die CSR einmal gewesen war. Daß dieser Partner im entscheidenden Moment alleingelassen worden war, wirkte auf andere bisherige Verbündete Frankreichs (Polen, Rumänien, Jugoslawien) nicht gerade ermutigend.

Die Reaktion Großbritanniens und Frankreichs war eine Politik der ,,ungedeckten Blankoschecks'', in Gestalt von einseitigen Garantie-Erklärungen und von Beistandspakten mit einer Reihe von Ländern. Im Ergebnis lief es darauf hinaus, daß der nächste deutsche Versuch, den Status Quo gewaltsam zu verändern, zum 2. Weltkrieg führen mußte. ,,Blankoschecks'' waren diese Garantie-Erklärungen und Beistandspakte, weil sie es (zumindest dem Wortlaut nach) den Partnerstaaten überließen, den Bündnisfall zu definieren. In der traditionellen Diplomatie waren Beistandsverträge in der Regel mit der Klausel vom ,,u n p r o v o z i e r t e n Angriff'' versehen worden, um dem nicht direkt beteiligten, eventuell beistandspflichtigen Partner einen Spielraum zu wahren und ihn nicht Alleingängen seines Verbündeten auszuliefern. Die 1939 von Großbritannien und Frankreich abgegebenen Garantie-Erklärungen enthielten keine Klauseln dieser Art. Der Bündnisfall sollte gegeben sein, sobald der Partner der Meinung war, sich gegen eine Bedrohung seiner Unabhängigkeit militärisch wehren zu müssen.

Zugleich waren diese Schecks aber auch u n g e d e c k t, weil vorerst weder die militärischen Mittel noch die Absicht vorhanden waren, einem Angegriffenen tatsächlich zur Hilfe zu kommen. Es war ein Bluff — geboren aus der Not, der deutschen Expansion entgegentreten zu wollen und zu müssen, ohne dazu zum gegebenen Zeitpunkt bereit zu sein. Der britische und der französische Generalstab waren sich einig, daß sie keinem der garantierten Staaten ernstlich direkte Hilfe würden leisten können (29). Das wußte auch die deutsche Führung, aber sie zog daraus den falschen Schluß, daß es zum Weltkrieg wegen Polen höchstwahrscheinlich nicht kommen würde.

Die erste Garantie-Erklärung gab Großbritannien am 31. März für Polen ab (30). Dies war erklärtermaßen ein Provisorium angesichts der Notlage, daß man einen von britischer Seite gewünschten Beistandspakt (der auch eine gegenseitige Garantie zwischen Polen und Rumänien einschließen sollte) noch nicht zustande gebracht hatte, aber so schnell wie möglich einen deutlichen öffentlichen Schritt machen wollte. Wenige Tage später (6.4.) wurde anläßlich des Besuchs des polnischen Außenministers Beck in London die Absichtserklärung für einen britisch-polnischen Beistandspakt veröffentlicht (31).

Am 7. — 8.4.1939 besetzten italienische Truppen Albanien, das schon seit den 20er Jahren mehr und mehr zu einem Vasallenstaat Italiens geworden war. Es gab Gerüchte, daß Italien als nächstes auch die griechische Insel Korfu besetzen würde, auf die Großbritannien selbst aus militärischen Gründen schon ein Auge geworfen hatte. Auch von Kriegsabsichten gegen Griechenland war die Rede. Die britische Regierung verkündete daraufhin am 13.4. eine Garantie-Erklärung für Griechenland und Rumänien; letzteres wurde vor allem wegen seines Erdöls als eines der nächsten deutschen Ziele angesehen (32). Frankreich schloß sich der Erklärung an.

Es folgte zur Abrundung eine britisch-türkische Erklärung über gegenseitigen Beistand am 12.5., der Frankreich sich ebenfalls anschloß (33). Diese Erklärung wurde kurz nach Kriegsbeginn, am 19.10.39, in einen förmlichen Beistandspakt umgewandelt (34).

Nur kurz sei an dieser Stelle erwähnt, daß seit der Annektion der Tschechei zunächst sehr zögerlich und halbherzig, später aber recht zielstrebig britisch-französische Bemühungen um einen Beistandspakt mit der Sowjetunion in Gang gekommen waren. Diese Verhandlungen verdichteten sich Ende Juli/Anfang August bis zum Vorliegen eines fast unterschriftsreifen Vertragstextes und zur Aufnahme von Gesprächen über militärische Kooperation. Diese Gespräche scheiterten letztlich vor allem aus zwei Gründen: 1. Spätestens in den Militärgesprächen wurde der sowjetischen Führung klar, daß Großbritannien und Frankreich vorerst nicht zu einer o f f e n s i v e n Kriegsführung gegen Deutschland bereit und in der Lage waren. Die Sowjetunion wäre demnach durch einen Beistandspakt wahrscheinlich in die Situation gekommen, a l l e i n die deutschen Hauptkräfte auf sich zu ziehen. 2. Polen weigerte sich gegen jede Einbeziehung in einen Militärpakt mit der Sowjetunion. Zum einen wollte Polen — so jedenfalls das Argument — Deutschland nicht ,,unnötig reizen''; zum anderen bestand ein großes Mißtrauen gegen die Sowjetunion. Diese ihrerseits wollte keinen Vertrag mit Großbritannien und Frankreich abschließen, in dem nicht auch das sowjetische Durchmarschrecht durch Polen (und Rumänien) im Fall einer deutschen Aggression geregelt wäre.

So gab die Sowjetunion schließlich dem Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Deutschland (23.8.1939) den Vorzug (ausführlich dazu im AK 250). Eine Reaktion auf diesen allgemein überraschenden Vorgang war der hastige Abschluß des seit Monaten in der Luft hängenden britisch-polnischen Beistandspaktes am 25.8. (35).

Krieg gegen Polen

Mit Polen hatte Deutschland am 26.1.1934 einen Nichtangriffspakt abgeschlossen, der zunächst für 10 Jahre gelten sollte. Der Zeitpunkt sei gekommen, so heißt es da, ,,*um durch eine unmittelbare Verständigung von Staat zu Staat eine neue Phase in den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einzuleiten*''. Eventuell noch entstehende Streitfragen sollten ,,*auf Grund gegenseitigen Einvernehmens*'' friedlich gelöst werden. ,,*Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten.*''

Die deutsch-polnischen Beziehungen waren von 1934 bis 1939 zwar niemals besonders freundschaftlich, wurden aber von beiden Seiten unterhalb der Ebene von offener Feindschaft und Konfrontation gehalten. Streitpunkte waren aus deutscher Sicht:

1) Der Status von Danzig. Die Stadt war durch den Versailler Vertrag 1919 von Deutschland getrennt und zum Freistaat (mit Sonderrechten Polens) erklärt worden. Die Bevölkerung von Danzig war ganz überwiegend deutsch und pro-nazistisch; seit Mai 1933 gab es eine nazistische Stadtverwaltung.

2) Die deutsche Minderheit in Polen, vor allem in den durch den Versailler Vertrag an Polen abgetretenen Gebieten. Da die Rechtsregierung Polens ganz allgemein eine repressive und diskriminierende Politik gegen die zahlreichen Angehörigen nationaler Minderheiten betrieb (36), wäre die Situation der deutschen Minderheit in Polen warscheinlich auch ohne eine Nazi-Regierung in Berlin problematisch gewesen. Nun kam hinzu, daß die NSDAP und die reichsdeutsche Propaganda gezielte Aufhetzung, Rekrutierung und Provokation in Polen betrieben.

3) Der sog. Korridor. Durch den Versailler Vertrag hatte Polen einen Zugang zur Ostsee erhalten. Dieses Gebiet, der ,,Korridor'', trennte Ostpreußen vom übrigen Deutschland ab.

Gleich nachdem die Annektion der Sudeten-Gebiete im wesentlichen abgeschlossen war, am 24.10.38, machte die deutsche Regierung Polen den Vorschlag einer ,,*Generalbereinigung aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten*'' (37). Danzig sollte zu Deutschland ,,zurückkehren''. Durch den Korridor sollte eine exterritoriale, unter deutscher Kontrolle stehende Transitautobahn nach Ostpreußen und ebenso eine mehrgleisige Bahnstrecke angelegt werden. Auf dieser Basis wolle Deutschland im übrigen die 1919 gezogene polnische Westgrenze anerkennen und

Vom Sinn des Krieges

,,Heute weiß jeder deutsche Soldat, Arbeiter und Bauer, wofür wir kämpfen und arbeiten. Das ist kein Krieg für Thron und Altar; es ist ein Krieg für Getreide und Brot, für einen vollgedeckten Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch, ein Krieg für die Erringung

kämpfen und arbeiten. Das ist kein Krieg für Thron und Altar; es ist ein Krieg für Getreide und Brot, für einen vollgedeckten Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch, ein Krieg für die Erringung

der materiellen Voraussetzungen zur Lösung der sozialen Frage, der Frage des Wohnungs- und Straßenbaues, des Baues einer Kriegs-, Handels- und Reiseflotte, des Baues von Volkswagen und Traktoren, von Theatern und Kinos für das Volk bis ins letzte Dorf hinein, ein Krieg um die Rohstoffe, um Gummi, um Eisen und Erze, kurzum, es ist ein Krieg um ein menschenwürdiges nationales Dasein, das wir als verschämte Arme bisher zu führen nicht in der Lage waren....Neben all dem anderen, was uns als Nation in diesem gigantischen Ringen bewegt, ist die Sehnsucht nach Glück und Frieden, nach Wohlstand und gesichertem Dasein einer der Hauptantriebe unseres Willens zum Siege und unserer zähen Beharrlichkeit in der Verfolgung dieses Zieles... Wir sehen dann im Geiste ein glückliches Volk vor Augen, in einem Lande voll von blühender Schönheit, von den Silberbändern breiter Straßen durchzogen, die auch für das bescheidene Auto des kleinen Mannes freistehen. An ihren Rändern liegen schmucke Dörfer und breitgelagerte Städte mit sauberen und geräumigen Häusern, in denen kinderreiche Familien wohnen, weil sie ihnen ausreichend Platz bieten. Auf den unübersehbaren Feldern des Ostens wogt das gelbe Getreide, genug und übergenug, um unser Volk und ganz Europa zu ernähren. Die Arbeit wird uns wieder eine Freude sein, und sie wird sich die Hand reichen mit einer Fülle der Lebensbejahung, die ihren Ausdruck in rauschenden Festen und besinnlichem Frieden findet. Die Theater und Musiksäle, die Kinos und Gemeinschaftsräume in Stadt und Land füllen sich allabendlich mit fröhlich gestimmten Menschen. Die Kunst geht zum Volke, und das Volk geht zur Kunst. Nicht nur unsere Kinder sollen in den Genuß dieses schöneren Lebens kommen; wir wollen es auch für uns selbst erobern und in seinem Glücke den geschichtlichen Lohn für über ein Vierteljahrhundert Kampf, Sorge, Arbeit und Plage finden...Das ist unser Kriegsziel. Es geht uns alle an. Wir können gar nichts verlieren als nur die Enge unseres Lebens, die die Ursache unserer nationalen und völkischen Not ist. Fragt man uns also, wofür wir kämpfen, so brauchen wir darauf nicht mit Phrasen zu antworten. Wir sagen klar und deutlich und ohne Umschweife: für ein Leben, das wert ist, von hundert Millionen gelebt zu werden.''

(Propagandaminister Goebbels am 31.5.1942 in der Zeitung ,,Das Reich'')

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

den Nichtangriffspakt um 10 — 25 Jahre verlängern.

Die polnische Antwort war ausweichend, jedoch wurde grundsätzliche Bereitschaft zu Verhandlungen bekundet.

Hitler und Außenminister Ribbentrop kamen auf das Thema zurück, als der polnische Außenminister Beck Anfang Januar 1939 Berlin besuchte (38). Hitler sprach von seinem grundsätzlichen Interesse an der Erhaltung eines starken, nationalistischen Polen; Polens Zugang zur Ostsee werde nicht in Frage gestellt; was Danzig angehe, werde es auf keinen Fall ein deutsches fait accompli (vollendete Tatsache) geben. Ribbentrop wurde konkreter: zuerst wiederholte er die bekannten Vorschläge (Danzig, Korridor). Dann kam er auf die Perspektive einer gemeinsamen Politik gegenüber der Sowjetunion zu sprechen. Ohne direkt von einem gemeinsamen militärischen Vorgehen zu sprechen, erklärte Ribbentrop, daß Deutschland an der Ukraine — traditioneller Gegenstand polnischer Ambitionen (39) — desinteressiert sei. Er könne sich vorstellen, daß im Rahmen einer ,,Generalbereinigung'' Polen auf deutsche Unterstützung bei der ,,Lösung der ukrainischen Frage'' rechnen könnte. In diesem Zusammenhang fragte Ribbentrop, ob Polen nicht irgendwann dem Antikomintern-Pakt beitreten wolle. Als Ribbentrop Ende Januar Warschau besuchte, wiederholte er diese Vorschläge (40). Die polnische Antwort war diplomatisch-ablehnend: Polen wolle kein Bündnis gegen die Sowjetunion schließen, sondern sei aufgrund seiner besonderen Lage an korrekten Beziehungen zu beiden benachbarten Großmächten interessiert. Damit war das Thema vom Tisch. **Nachdem die Option gescheitert war, den Raubzug auf ,,Lebensraum im Osten'' in einer Art von Bündnis mit Polen starten zu können, trat die Ausschaltung Polens als nächster Schritt in den Vordergrund.** Am 21.3.1939, eine Woche nach Annektion der Tschechei, ließ Ribbentrop in Polen eine Note übergeben, die eigentlich nur noch einmal die bekannten Forderungen zu Danzig und den Transitwegen wiederholte. Vor dem Hintergrund des jüngsten Gewaltakts hatte sie allerdings einen eindeutig drohenden Charakter, zumal genau zur gleichen Zeit durch ein Ultimatum die Abtretung des Memelgebiets von Litauen erzwungen wurde (41). Polen reagierte den Umständen entsprechend mit einer umfangreichen Teilmobilisierung seiner Streitkräfte und (am 26.3.) mit einer zwar entgegenkommenden, aber im Kern ablehnenden Antwort.

Das waren die Voraussetzungen, unter denen die britische Regierung am 31.3. ihre Garantie-Erklärung für Polen abgab. Bereits am 25.3. hatte Hitler den OKW-Chef Keitel angewiesen, einen Kriegsplan für die ,,Lösung der polnischen Frage'' ausarbeiten zu lassen (42). Am 3.4. legte Keitel die Studie für den ,,Fall Weiß'', den Angriff auf Polen, vor (43). Dieses Papier wurde polnischen Frage'' ausarbeiten zu lassen (42). Am 3.4. legte Keitel die Studie für den ,,Fall Weiß'', den Angriff auf Polen, vor (43). Dieses Papier wurde durch Hitlers Unterschrift am 11.4. zum ,,Führerbefehl''. Das Anschreiben Keitels vom 3.4. enthält den interessanten Hinweis, daß ab 1.9.39 der ,,Fall Weiß'' jederzeit durchführbar sein solle. In der späteren Planung wurde der September zum letztmöglichen Datum für einen Krieg, da danach die Wolkendecke den Einsatz der Luftwaffe drastisch reduziere und der Boden sich in einen zähen Schlamm verwandele, was vor allem den Vorstoß der Panzer sehr behindern würde.

Am 28. April kündigte die deutsche Regierung den Nichtangriffsvertrag mit Polen von 1934 und das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935 auf (44). Am 23. Mai erläuterte Hitler vor der obersten Militärführung wieder einmal seine weitreichenden Absichten: **,,Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung sowie die Lösung des Baltikum-Problems''** (45). Das war tatsächlich der Kern der Sache. Hätte sich die polnische Regierung gegenüber dem deutschen Werben um eine Allianz gegen die Sowjetunion entgegenkommender gezeigt, hätte sich wahrscheinlich das hochgekochte ,,Problem'' Danzig ähnlich konfliktfrei regeln lassen wie die Südtirol-Frage mit Italien.(46). Die üblichen sowjetischen und prosowjetischen Darstellungen, die von einer antisowjetischen Komplizenschaft Deutschland-Polen ausgehen, schießen demnach weit über das Ziel hinaus: Gerade weil Polen sich einer Allianz gegen die Sowjetunion verweigert hatte, wurde es zum nächsten Ziel der deutschen Aggression.

Mit der überraschenden Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes am 23.8. (es sei nochmals auf die ausführliche Darstellung im nächsten AK verwiesen), war der tangriffspaktes am 23.8. (es sei nochmals auf die ausführliche Darstellung im nächsten AK verwiesen), war der Kriegsbeginn in allernächste Nähe gerückt. Alle Beteiligten waren sich über diese Bedeutung des Vertragsabschlusses im Klaren. Am 24.8. gab die britische Regierung eine Erklärung ab, daß ihre Verpflichtung gegenüber Polen und anderen Ländern trotz des deutsch-sowjetischen Abkommens eingehalten würden. Hitler ließ daraufhin den schon für den 26.8. gegebenen Angriffsbefehl stoppen und trat an die britische Regierung am 25.8. mit einem, wie er es nannte, ,,großen umfassenden Angebot'' heran: Großbritannien möge ihm freie Hand bei der ,,Lösung des deutsch-polnischen Problems'' geben. Dann wäre Deutschland im Gegenzug bereit, *,,mit England Abmachungen zu treffen, die ... nicht nur die Existenz des Britischen Weltreiches unter allen Umständen deutscherseits garantieren würden, sondern auch, wenn es nötig wäre, dem Britischen Reich die deutsche Hilfe sicherten, ganz gleich, wo immer eine derartige Hilfe erforderlich sein sollte.''* Außer der ,,Lösung der polnischen Frage'' nannte Hitler noch drei weitere Bedingungen für ein solches globales Übereinkommen: 1. Erfüllung der deutschen kolonialen Forderungen (die er nicht nannte, sondern nur vage als ,,begrenzt'' bezeichnete); 2. Die deutschen ,,Verpflichtungen Italien gegenüber'' dürften ,,nicht tangiert'' werden; 3. Großbritannien müsse *,,den unverrückbaren Entschluß Deutschlands''* respektieren, *,,nie mehr mit Rußland in einen Konflikt einzutreten''* (47).

Die britische Antwort auf dieses ,,Angebot'' lag in Berlin am Abend des 28.8. vor: Sie signalisierte ebenso allgemeine wie unverbindliche Zustimmung zum Vorschlag einer deutsch-britischen Globalverständigung — die jedoch keinesfalls auf Kosten Polens gehen dürfe. Voraussetzung sei ,,eine britischen Globalverständigung — die jedoch keinesfalls auf Kosten Polens gehen dürfe. Voraussetzung sei ,,eine *vernünftige Lösung der Differenzen zwischen Deutschland und Polen''*. Um das zu erreichen, sollten *,,als nächster Schritt direkte Verhandlungen zwischen der deutschen und polnischen Regierung eingeleitet werden''*. Polen habe bereits ,,eine definitive Zusicherung'' gegeben, hierzu bereit zu sein (48).

Die deutsche Antwortnote (29.8.) wiederholte das Interesse an einer Globalverständigung mit Großbritannien, listete allerlei Vorwürfe und Beschimpfungen gegen Polen auf und kam schließlich zur Sache: *,,Trotz ihrer skeptischen Beurteilung der Aussichten solcher direkter Besprechungen''* wolle die deutsche Regierung den britischen Vorschlag akzeptieren, Gespräche mit Polen aufzunehmen. Sie erwarte nun die *,,Entsendung einer mit solchen Vollmachten versehenen polnischen Persönlichkeit nach Berlin''*... und zwar gleich am folgenden Tag, dem 30.8.! (49)

Diese Forderung mit deutlich ultimativem Unterton (daß es ein Ultimatum sei, wurde bestritten) erinnerte so offensichtlich an die Behandlung von Schuschnigg und Hacha in Berlin, daß an der Provokation nicht zu zweifeln war und die britische Regierung den ,,Vorschlag'' überhaupt erst mit mehr als 24 Stunden Verspätung an Polen weitergab, in der Nacht vom 30. auf den 31.8. Eine Antwort Polens auf den deutschen ,,Vorschlag'' gab es nicht mehr. Um Mitternacht 30./31.8. erfolgte die polnische Generalmobilmachung. Am Morgen des 1. September 1939 um 4.45 Uhr begann der deutsche Überfall auf Polen. Im Laufe des Tages übergaben Großbritannien und Frankreich in Berlin gleichlautende Erklärungen, daß beide Staaten *,,ohne Zögern ihre Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllen''* würden, falls nicht alle Angriffshandlungen einge- Zögern ihre Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllen'' würden, falls nicht alle Angriffshandlungen einge- stellt und die deutschen Truppen ,,unverzüglich'' aus Polen zurückgezogen würden (50). Am 3.9. morgens stellte die britische Regierung ein auf zwei Stunden, bis 11 Uhr, befristetes Ultimatum mit gleichem Inhalt, nach dessen Ablauf sich Großbritannien im Krieg mit Deutschland befand. Am Nachmittag des 3.9. schloß sich Frankreich der Kriegserklärung an (51).

Zu wenig Rüstung?

Die deutsche Armee überrannte Polen in vier Wochen, Frankreich im Mai/Juni 1940 in fünf Wochen. Das leistete der Legende Vorschub, die auf Pazifismus und Gutgläubigkeit gestimmten westlichen Demokratien hätten sich vom totalitären Nazismus einseifen lassen und hätten aus einer Mischung von Friedfertigkeit und Feigheit ihre Rüstung krass vernachlässigt. (Ein Bild, das vor allem dazu benutzt wird, den angeblichen Fehler von damals heute durch besonders scharfe Rüstungspropaganda gegen die Sowjetunion wettmachen zu wollen). Die Fakten hingegen sehen so aus: Im Krieg gegen Polen hatte die Wehrmacht ein deutliches zahlenmäßiges Übergewicht, das auf der qualitativen Ebene noch weitaus größer war. (52) Im Krieg an der ,,Westfront'' 1940 hingegen bestand zahlenmäßig und auch qualitativ ein ungefähres Gleichgewicht, wenn man die Streitkräfte Frankreichs, der Niederlande, Belgiens und Großbritanniens (soweit sie zu diesem Zeitpunkt auf dem Kontinent stationiert waren) zusammenrechnet. Zahlenmäßig waren die Alliierten leicht überlegen bei der Truppenstärke und bei der Zahl der Panzer, sehr deutlich überlegen bei Artilleriegeschützen (2:1). Ein deutsches Übergewicht bestand bei den Kampfflugzeugen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß Großbritannien einen Teil seiner Luftwaffe nicht auf dem Kontinent stationiert hatte (nur die dort stationierten Maschinen tauchen in der Rechnung auf), aber die Maschinen z.T. auch von Großbritannien aus in die Kämpfe eingriffen. Bei Jagdflugzeugen bestand ein leichtes Übergewicht der Alliierten, während bei Bombenflugzeugen die deutsche Luftwaffe 2:1 überlegen war. Die wichtigste materielle deutsche Überlegenheit ergab sich aus der Existenz von einigen hundert Sturzkampfflugzeugen (Stuka), denen die Alliierten zu dieser Zeit nichts Vergleichbares entgegenzusetzen hatten. (53)

Bei einem solchen Vergleich muß weiter berücksichtigt werden, daß Frankreich für den Fall eines längeren Krieges über mehr ausgebildete Reservisten verfügte als Deutschland, und daß man es bis 1938 selbstverständlich gewohnt war, den Streitkräften Frankreichs und Großbritanniens noch die recht starken und im Fall der CSR auch vorzüglich ausgerüsteten Armeen Polens und der CSR hinzuzuaddieren. Ferner die Tatsache, daß Frankreich an der Grenze zu Deutschland mit der für rund 1 Milliarde US-Dollar gebauten Maginot-Linie über eine Befestigungsanlage verfügte, die nicht nur als die beste der Welt, sondern geradezu als unüberwindlich galt.

Vergleicht man nun die Rüstungsausgaben im Zeitraum 1933-38, so ergeben sich für Deutschland 3,54 Milliarden, für Frankreich und Großbritannien 2,29 Milliarden britische Pfund. (54) Ein erheblicher Vorsprung also, aber nicht ein so ungeheurer, wie man aufgrund der Legende erwarten sollte. (Wobei zu beachten ist, daß die deutsche Rüstung 1933 auf einem sehr viel niedrigeren zahlenmäßigen Niveau aufbaute als die Frankreichs und Großbritanniens). Bereits 1935/36 waren etwa gleichzeitig in Großbritannien und Frankreich die ersten umfangreichen Aufrüstungsprogramme beschlossen und eingeleitet worden. In Frankreich war dies eine der ersten Maßnahmen der Volksfrontregierung im Herbst 1936. Verbunden damit war, ebenfalls 1936, die Verstaatlichung von Teilen der Rüstungsindustrie, vor allem der Flugzeugproduktion. Dabei ging es weniger um ideologische Prämissen, sondern um Erreichung von mehr Koordination und Effektivität. Negativ wirkte sich aus, daß sich die französische Flugzeugproduktion aufgrund der eingeleiteten Strukturreformen bei Kriegsbeginn 1939/40 noch in einem Übergangsstadium befand.

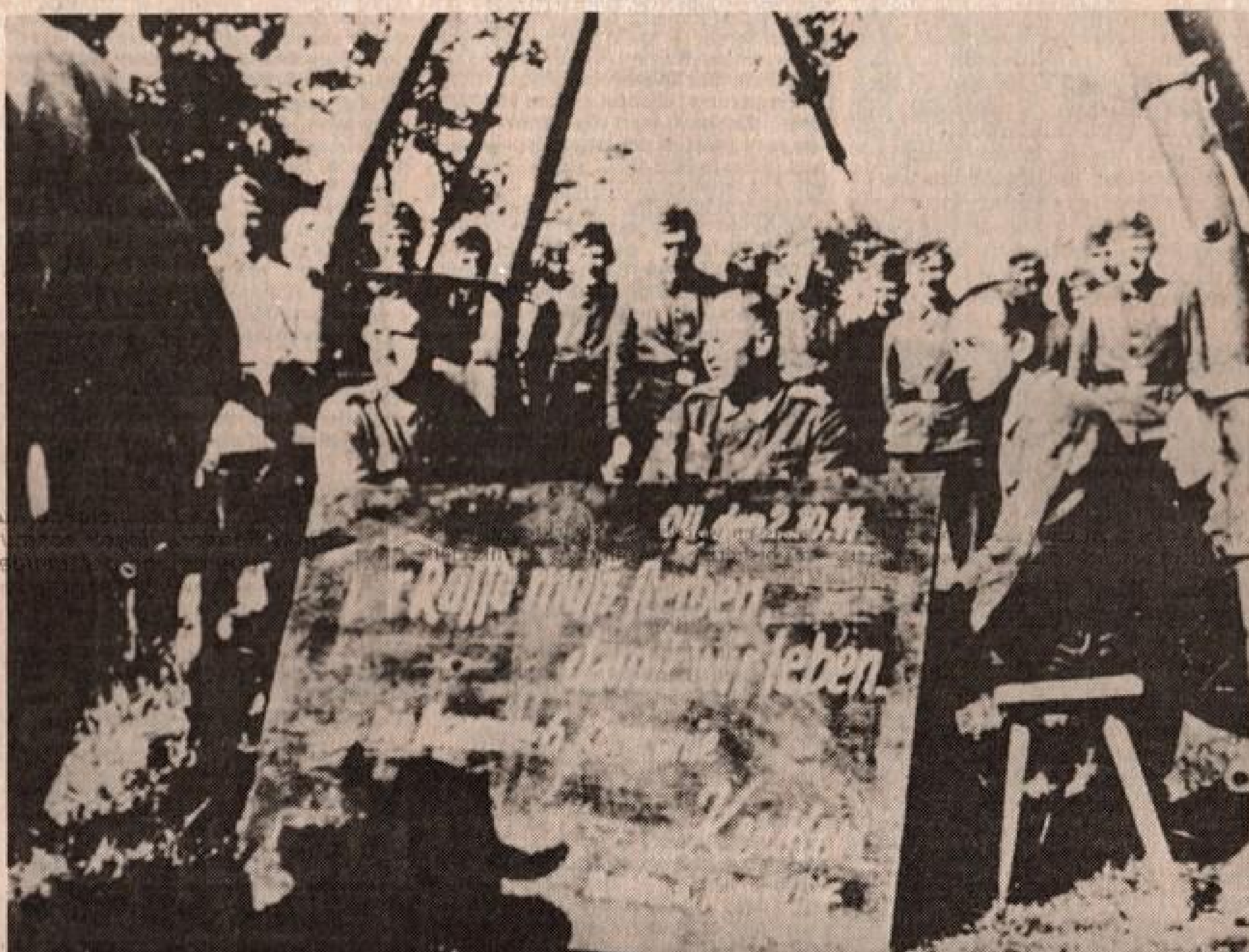
Von 1935 bis 1939 verfünffachten sich die britischen Rüstungsausgaben; im gleichen Zeitraum verneunfachten sich die französischen Ausgaben. Von 15% (1935) stieg der Anteil der britischen Rüstungsausgaben an den gesamten Staatsausgaben auf 38% (1938) und schließlich 48% (1939). Besonders nach München folgte ein enormer Rüstungsschub, sodaß die Steigerungsrate und schließlich 48% (1939). Besonders nach München folgte ein enormer Rüstungsschub, sodaß die Steigerungsrate von 1938 auf 1939 so aussah: Deutschland plus 74,4%, Großbritannien plus 175%, Frankreich plus 226,4%.

Ein spezielles Problem Frankreichs war, daß das Land erst in der zweiten Hälfte der 30er Jahre von der schweren weltweiten Wirtschaftskrise voll erfaßt wurde, die die meisten anderen kapitalistischen Großmächte zu dieser Zeit schon überwunden hatten. Das schränkte von vornherein die Finanzmittel für die Rüstung ein und hatte eine weitgehende Überalterung von Industrieanlagen als Begleiterscheinung. Hinzu kam, daß die Arbeiterbewegung sich in den Jahren 1936/37, unter einer Volksfront-Regierung, einiges erkämpft hatte, wie die 40-Stunden-Woche und Lohnerhöhungen, was Mittel und Ressourcen für eine noch stärkere Aufrüstung zusätzlich einengte. Diese Errungenschaften der Arbeiterbewegung gehörten denn auch 1938 zu den ersten Opfern einer forcierten Rüstung.

In Großbritannien waren die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu dieser Zeit günstiger. Dennoch stieß auch hier die Aufrüstung bereits an die Grenzen des wirtschaftlich Zweckmäßigen und Verkraftbaren. Eines der wichtigsten Argumente Chamberlains, der nicht zufällig Finanzfachmann war und bis 1937 Schatzminister gewesen war, gegen die Befürworter einer noch umfangreicheren Aufrüstung lautete sinngemäß: Aufgrund seiner Lage, Situation und Geschichte sei es Großbritanniens Stärke, einen Krieg durch den ,,längeren Atem'' zu gewinnen. Daher sei mindestens ebenso wichtig wie die zählbare Präsenzstärke der britischen Streitkräfte die Erhaltung einer gesun-



Von der Parole (,,Kriegerdenkmal'' am Dammtor in Hamburg) zur mörderischen Tat (Soldaten im Krieg mit einem Schild ,,Der Russe muß sterben, damit wir leben'')



Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

den, solide strukturierten Wirtschaft; diese dürfe darum nicht durch maßlose Rüstungsausgaben überstrapaziert werden. Für dieses Argument spricht die Tatsache, daß die britische Wirtschaft bereits im zweiten Kriegsjahr 1941 in der Lage war, die deutsche Rüstungsproduktion zu übertreffen.

Eine Besonderheit der britischen Militärpolitik war, daß das Land es immer vermieden hatte, sich mit großen Landstreitkräften auf dem Kontinent zu engagieren, und stattdessen seine kolonialen Ressourcen und seine weit überlegene Kriegsflotte benutzt hatte, um Konflikte zu seinen Gunsten zu entscheiden. Von dieser Regel war Großbritannien im 1. Weltkrieg erstmals abgegangen, mit furchtbaren Verlusten. Daraus hatte sich in den 20er und 30er Jahren die Doktrin entwickelt, daß man am besten gar keine oder nur sehr geringe Streitkräfte im Kriegsfall auf den Kontinent schicken sollte. Das traf zusammen mit der aufgrund der Erfahrungen des Schützengraben-Krieges 1914-18 entstandenen These von der prinzipiellen Überlegenheit der Defensive über die Offensive: Wenn sowieso Verteidigung Trumpf war, so war Großbritannien an seinen Küsten sehr viel günstiger zu verteidigen als in der Champagne und in Flandern. Dieses isolationistische Konzept vertrug sich allerdings schlecht mit der immer deutlicher werdenden Notwendigkeit, dem aggressiv expandierenden Deutschland auf weit entfernten Schauplätzen in Osteuropa den Weg zu verlegen. So wurde nach der Annektion der Tschechei, Ende März die Planung für die Verlegung britischer Truppen auf den Kontinent im Kriegsfall sprunghaft aufgestockt von ursprünglich 2 auf schließlich sogar 32 Divisionen. Wohlgemerkt: als Planung; zur Realisierung war die Zeit schließlich allzu kurz. Verbunden mit dieser Umorientierung war die Einführung der Wehrpflicht Ende April 1939: ein eigentlich nur logischer Schritt, dessen Signalfunktion sich aber daraus ergab, daß der Verzicht auf die Wehrpflicht in Friedenszeiten zu den britischen Standards gehörte wie der Nachmittagstee und der Linksverkehr.

Zusammenfassend läßt sich feststellen:

1. Großbritannien und Frankreich betrieben bis 1938 gegenüber Deutschland und Italien eine Politik des Appeasement; es wurde versucht, die beiden aggressiv gegen den Status quo angehenden Staaten durch Zugeständnisse und internationale Konferenzen zu integrieren und in einen europäischen Mächteblock einzubeziehen, der u.a. durch Isolierung der Sowjetunion und Eindämmung sozialer Revolten gekennzeichnet sein sollte.

2. Diese Methode der Politik stieß an ihre Grenzen, sobald der Machtzuwachs insbesondere Deutschlands einen Punkt erreicht hatte, wo die Position Großbritanniens und Frankreichs als Großmächte auf dem europäischen Kontinent zusammenzubrechen droh-

2. Diese Methode der Politik stieß an ihre Grenzen, sobald der Machtzuwachs insbesondere Deutschlands einen Punkt erreicht hatte, wo die Position Großbritanniens und Frankreichs als Großmächte auf dem europäischen Kontinent zusammenzubrechen droh-

te. Die Konferenz von München war in diesem Sinn der Endpunkt der möglichen Zugeständnisse, die Annektion der Tschechei im März 1939 der politische Wendepunkt zu einer Politik der direkten Kriegsvorbereitung.

3. Die Rüstung Großbritanniens und Frankreichs in den Jahren 1933-39 blieb zwar hinter der deutschen deutlich zurück, schöpfte aber dennoch weitgehend das Maß des wirtschaftlich Vertretbaren aus. Außerdem wurde die Differenz bis zum Herbst 1938 kompensiert durch die starken Streitkräfte der CSR und Polens, sowie durch den Rüstungsvorsprung, den die Westmächte 1933 auf Grund der Beschränkungen des Versailler Vertrages gegenüber Deutschland hatten. Die Ursachen für die Niederlagen von 1939/40 lagen im Wesentlichen nicht auf der materiellen Ebene.

4. Großbritannien und Frankreich waren allerdings, nachdem die deutsche Aufrüstung erst einmal ein gewisses Niveau erreicht hatte, nicht in der Lage, der deutschen Expansion nach Mittel- und Osteuropa lediglich aus eigener Kraft militärisch entgegenzutreten. Um dies zu tun, hätten sie eine überlegene Offensivarmee zur Verfügung haben müssen, die zu einem schnellen Entlastungsangriff nach Deutschland hinein imstande gewesen wäre. Davon waren sie weit entfernt. Nur ein Zusammengehen mit der Sowjetunion hätte eine entscheidende Veränderung des Kräfteverhältnisses bewirken können. Gerade diese Blockbildung wurde aber von den Regierenden der Westmächte bis zum Frühjahr 1939 offen abgelehnt.

Zu kurz für ein Fazit

Abgesehen von der unbestreitbaren Tatsache, daß Deutschland unter der Nazi-Regierung seit 1933 die permanente Veränderung des Status quo in Europa mit zunehmend gewalttätigen Mitteln betrieb und daß das strategische Hauptziel dieser Politik, ungeachtet zeitweiser Schwankungen und Umwege, die Eroberung von „Lebensraum im Osten", in erster Linie auf dem Gebiet der Sowjetunion war, abgesehen also von diesen einfachen Tatsachen, läßt die Vorgeschichte des 2. Weltkrieges viele Fragen für die Diskussion offen. Dabei steht, aus der Sicht einer linken Zeitschrift und Organisation, natürlich an erster Stelle die Frage nach den Reaktionen und Optionen der Linken und der Arbeiterbewegung. Für die gesamte Linke war es selbstverständlich von Anfang an nicht strittig, daß die Nazi-Herrschaft — und folglich auch Deutschland, soweit es sich mit dieser identifizierte — vorrangig zu bekämpfen war. Es war auch — bis zum deutsch-sowjetischen Pakt im August 1939 — kaum strittig, daß für diesen Kampf die bürgerlichen Regierungen der anderen Großmächte tendenziell Verbündete waren, daß also (traditionell ausgedrückt) die zwischenimperialistischen Widersprüche auszunutzen waren und daß der deutsche Imperialismus der Hauptfeind war. Die allgemeine Kritik der Linken richtete sich gerade dagegen, daß in den außenpolitischen Auseinandersetzungen von den westlichen Großmächten nicht entschlossen und hart genug gegen die deutsche Politik Front gemacht wurde. Im Kern war dies — falls man es zuende dachte, was aber oft gar nicht geschah — auch eine Kritik an mangelnder Risikobereitschaft der Großmächte angesichts der Gefahr eines Weltkrieges. Dieses Dilemma wurde in der Regel durch die Fiktion gemeistert, daß es bei genügend Härte gegenüber Nazi-Deutschland gar nicht erst zum Krieg kommen würde, da Hitler erstens nur ein Bluffer sei und zweitens von den Generälen und der bürgerlichen Opposition gestürzt werden würde, falls er versuchen sollte, Deutschland in ein Kriegsabenteuer zu stürzen. Mit diesem Vorbeigemogel am eigentlichen Problem war aber die Frage noch nicht beantwortet, wie sich die Linke zu der real stattfindenden Kriegsrüstung der mit Deutschland konkurrierenden imperialistischen Mächte verhalten sollte. Logisch betrachtet war klar, daß größere Bereitschaft zum Kriegsrisiko auch ein Mehr an Kriegsmitteln voraussetzte. In der Praxis hatte die Linke allerdings, und die radikale Linke erst recht, große Probleme damit, der forcierten Kriegsrüstung ihrer Regierungen zu applaudieren, zumal dann, wenn diese Rüstung so offensichtlich auf Kosten der Arbeiterklasse finanziert wurde wie etwa in Frankreich. Auch die Aussicht, für eine herrschende Klasse in den Krieg zu ziehen, die zwar der spanischen Republik jede Hilfe verweigert hatte und bis Ende 1938 die Isolierung der Sowjetunion betrieben hatte, dafür aber ein reaktionäres Unterdrückerregime wie das polnische mit einem Bei-

für eine herrschende Klasse in den Krieg zu ziehen, die zwar der spanischen Republik jede Hilfe verweigert hatte und bis Ende 1938 die Isolierung der Sowjetunion betrieben hatte, dafür aber ein reaktionäres Unterdrückerregime wie das polnische mit einem Bei-

standspakt stützte, mußte widersprüchliche Gefühle hervorrufen.

Die Probleme wurden nicht einfacher durch den deutsch-sowjetischen Pakt 1939, der die Linke und die Arbeiterbewegung in zwei Lager teilte: während für die Sozialdemokratie die britische und französische Kriegserklärung an Deutschland nichts als positive Aspekte haben konnte, sprachen die Parteien der Komintern von einem imperialistischen Krieg, an dem sie zudem nicht einmal Deutschland, sondern Großbritannien und Frankreich die Hauptschuld gaben. Erst der deutsche Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 „erlaubte" es, wieder zu klaren und widerspruchsfreien Ansichten und Aussagen über den Charakter des 2. Weltkriegs zu kommen: der Krieg gegen Deutschland und seine Verbündeten war gerecht, die große Einheit aller Friedenskräfte der Welt (einschließlich der Großkapitalisten in den westlichen Metropolen) ein unbedingtes Muß. Verdrängt wurde dabei, daß der Weltkrieg auch nach dem 22. Juni 1941 im Sinn der klassischen sozialistischen Definition zum Teil ein ‚imperialistischer Krieg' blieb (soweit er eben ein Krieg zwischen imperialistischen Staaten war), und nur zu einem Teil (soweit es um die Verteidigung der Sowjetunion ging) ein ‚gerechter Krieg' war. Das ergibt sich aus der klassischen Definition eindeutig. Es bleibt demnach die Frage, wieweit diese Definition für die praktische Politik taugte und taugt, wenn es um derart extrem aggressive und barbarische Staaten wie Deutschland unter der Nazi-Herrschaft ging/geht.

Kt., Hamburg

Anmerkungen

1.) Chamberlain, Premierminister seit Mai 1937, gehörte der Konservativen Partei an. Er mußte am 10.5.1940, dem Beginn des deutschen ‚Westfeldzugs' zurücktreten, nachdem es kurz vorher zu schweren alliierten Mißerfolgen in Norwegen gekommen war. Daladier gehörte der Radikalsozialistischen Partei an, die im Gegensatz zu ihrem Namen eine Partei der bürgerlichen Mitte war, jedoch Teil der seit Juni 1936 regierenden Volksfront war. Daladier war seit dem ersten Volksfront-Kabinett Kriegsminister, außerdem Ministerpräsident seit April 1938. In dieser Funktion betrieb er den Abbau aller unter der Volksfront erkämpften sozialen Verbesserungen (40 Stunden-Woche u.a.) und regierte schließlich nur noch gestützt auf die Stimmen der rechten Parteien, die in Opposition zur Volksfront standen. Bei der außenpolitischen Vertrauensabstimmung nach der Münchner Konferenz (6.10.38) stimmten einzig und allein die Kommunisten gegen Daladier; die Sozialisten enthielten sich. Die Regierung Daladier endete im März 1940; danach war Daladier noch Kriegsminister in der folgenden Regierung bis zum 16.6.1940, als die Niederlage Frankreichs feststand.

2.) Hauptstück des auf Frankreich orientierten Bündnissystems war die „Kleine Entente", bestehend aus der Tschechoslowakei (CSR), Jugoslawien und Rumänien. Sie wurde 1920/21 gebildet und hielt regelmäßige Treffen auf Generalstabsebene ab, die sich allerdings in der Hauptsache mit der interessanten Frage befaßten, wie man bei passender Gelegenheit „präventiv" gemeinsam über Ungarn herfallen könnte. Über Rumänien und Jugoslawien war die „Kleine Entente" eng mit dem 1934 gegründeten Balkan-Pakt verbunden, dem außerdem noch Griechenland und die Türkei angehörten. Seit 1921 gab es einen Beistandspakt zwischen Rumänien und Polen. Frankreich war durch zweiseitige Bündnis- und Freundschaftsverträge mit Polen (seit 1921), der CSR (1924), Rumänien (1926) und Jugoslawien (1932) verbunden. Außerdem wurde am 2.5. 1935 ein Beistandspakt zwischen Frankreich und der Sowjetunion abgeschlossen, der aber aufgrund von französischem Desinteresse kaum praktische Bedeutung bekam. Dieses Netz von Pakten nahm sich rein rechnerisch (Gesamtsumme der verfügbaren Divisionen usw.) recht hübsch aus. Es scheiterte aber daran, daß die beteiligten Staaten mittlerer Größe in der Realität gar nicht daran dachten, einander gegen einen weit stärkeren Gegner (Deutschland) zu Hilfe zu kommen.

3.) Japan unternahm in den 30er Jahren den Versuch, ganz China militä-

usw.) recht hübsch aus. Es scheiterte aber daran, daß die beteiligten Staaten mittlerer Größe in der Realität gar nicht daran dachten, einander gegen einen weit stärkeren Gegner (Deutschland) zu Hilfe zu kommen.
3.) Japan unternahm in den 30er Jahren den Versuch, ganz China militä-

risch zu unterwerfen und damit die britischen und US-amerikanischen Konkurrenten hinauszuwerfen. Diese Expansion begann im September 1931 mit dem Angriff auf die Mandschurei, die von Japan besetzt und im Februar 1932 zum Satelliten-Staat Manchuko erklärt wurde. Unterbrochen von z.T. längeren Pausen rückten die japanischen Truppen stetig ins Innere Chinas vor. Im Juli 1937 wurde Peking erobert, im Dezember 1937 Nanking, im Oktober 1938 Kanton, im Februar 1939 die südchinesische Insel Hainan. Damit waren nicht mehr nur die Positionen der westlichen Großmächte in China bedroht, sondern auch das französische Indochina und das britische Burma sowie Hongkong. Seit dem 25.11. 1936 war Japan mit Deutschland durch den Antikomintern-Pakt verbunden, der (ohne militärische Verbindlichkeiten) den gemeinsamen Kampf gegen den Kommunismus zum Inhalt hatte.

4.) Am 11.1. 1923 rückten französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet ein. Der Grund war ein deutscher Rückstand bei der Lieferung von Kohle, zu der Deutschland durch den Versailler Vertrag im Rahmen der Kriegsentschädigung verpflichtet worden war. Großbritannien distanzierte sich von der Ruhr-Besetzung. Der Konflikt endete mit einer Zwischenlösung für die deutschen Reparations- und Finanzprobleme (Dawes-Plan, April 1924) und einer umfassenden außenpolitischen Verständigung in Form des Locarno-Abkommens (Oktober 1925). Das besetzte Ruhrgebiet wurde im Juli/August 1925 geräumt. Es war die letzte derartige Intervention Frankreichs.

5.) 16.4. 1922. Der Vertrag enthält die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, den gegenseitigen Verzicht auf Kriegsentschädigungen und den deutschen Verzicht auf Besitzansprüche in der sowjetischen Wirtschaft. Die spezielle Signalfunktion von Rapallo lag darin, daß Deutschland die e r s t e Goßmacht war, die die Sowjetunion diplomatisch anerkannte. Großbritannien, Frankreich und Italien folgten erst 1924, die USA erst 1933.

6.) Erste vorsichtige Kontakte zwischen Reichswehr und Roter Armee wurden schon 1921 angeknüpft. Auf sowjetischer Seite stand das Interesse an deutscher Rüstungstechnologie und militärischem Know How; die Reichswehr suchte Gelegenheiten, die Beschränkungen von Versailles zu unterlaufen und die heimliche Aufrüstung voranzutreiben. So entstand 1924 ein deutsches Flugzentrum und 1926 eine Panzerschule in der Sowjetunion (laut Versailler Vertrag durfte die Reichswehr weder Flugzeuge noch Panzer haben). Auch lieferte die Sowjetunion heimlich Artilleriemunition nach Deutschland, was 1926 zu einem internationalen Skandal führte. Die Be-

1924 ein deutsches Flugzentrum und 1926 eine Panzerschule in der Sowjetunion (laut Versailler Vertrag durfte die Reichswehr weder Flugzeuge noch Panzer haben). Auch lieferte die Sowjetunion heimlich Artilleriemunition nach Deutschland, was 1926 zu einem internationalen Skandal führte. Die Be-

ziehungen flauten Anfang der 30er Jahre ab und wurden von der Nazi-Regierung schließlich im Sommer-Herbst 1933 vollständig abgebrochen (vgl. Handbuch zur Militärgeschichte, Bd. 3, S. 233-240 sowie Bd. 4, S.111-113, 501,503 und 512-513. Frankf./M. 1968-1978).

7.) Z.B. war die italienische Führung im Herbst 1939 gegen den deutschen Kriegskurs und trat erst im Juni 1940 in den Krieg ein, um an der Ausplünderung des bereits besiegten Frankreichs teilzunehmen. Umgekehrt sah die deutsche Führung die italienische Kriegführung auf dem Balkan 1940 mit Skepsis und Mißvergnügen. Außerdem stand die italienische Armee seit ihrem Auftreten im Spanischen Bürgerkrieg bei der deutschen Führung in einer sehr geringen Wertschätzung. Bezeichnend ist auch, daß an den meisten entscheidenden Punkten keine Konsultation, nicht einmal Information zwischen Berlin und Rom stattfand.

8.) Eritrea und die Somali-Kolonie seit 1885-1887. Dazu erst 1912 Libyen nach einem Krieg gegen die Türkei.

9.) Die stärksten Parteien in der Frente Popular nach der Wahl waren die Sozialisten mit 90 und die Unabhängigen Republikaner mit 80 Abgeordneten. Die Kommunisten stellten nur 16 Abgeordnete. Dieses Kräfteverhältnis wird bei politischen Bewertungen gern übersehen. (Zahlen nach Keesings Archiv der Gegenwart, Jg. 1936, S. 2522).

10.) Die französische Volksfront-Regierung hatte der spanischen Republik auf deren Bitten hin zunächst militärische und andere Unterstützung zugesagt. Der Beschluß wurde rückgängig gemacht, nachdem Ministerpräsident Blum nach London gefahren war, wo zum Teil offen mit den spanischen Rechten sympathisiert wurde, auf jeden Fall die vorherrschende Stimmung stramm gegen Hilfe für die Republik war. Auch hier empfiehlt sich im übrigen ein Blick auf das Kräfteverhältnis: Die französische Volksfront wurde faktisch dominiert von den sog. Radikalsozialisten, die in Wahrheit der bürgerlichen Mitte zuzurechnen waren. Zwar hatten diese nur 116 Abgeordnete, während die Sozialisten 146 hatten, aber die Radikalsozialisten waren angesichts der Verhältnisse im Parlament in der Lage, auch mit der rechten Opposition zusammenzugehen und beherrschten damit die Szenerie. Demgegenüber waren die Kommunisten mit 72 Abgeordneten auf Regierungsebene nahezu bedeutungslos.

11.) Franco hatte bereits Ende September 1938 (in der heißesten Phase der Sudeten-Krise) erklärt, daß seine Regierung bei einem Krieg zwischen den Großmächten neutral bleiben würde. Wäre es Deutschland gelungen, Spanien in den 2. Weltkrieg hineinzuziehen (was vor allem in der zweiten Hälfte 1940 geplant und versucht wur-

tember 1938 (in der heißesten Phase der Sudeten-Krise) erklärt, daß seine Regierung bei einem Krieg zwischen den Großmächten neutral bleiben würde. Wäre es Deutschland gelungen, Spanien in den 2. Weltkrieg hineinzuziehen (was vor allem in der zweiten Hälfte 1940 geplant und versucht wur-

de), so wäre wahrscheinlich der britische Stützpunkt Gibraltar nicht mehr

Fortsetzung nächste Seite

Im nächsten AK:

Der „Hitler-Stalin-Pakt"

Am 23.8.1939 wurde zwischen Deutschland und der Sowjetunion ein Nichtangriffspakt abgeschlossen, der in einem geheimen Zusatzprotokoll die Teilung Polens und die Absteckung von „Einflußsphären" in Osteuropa vorsah. Bestandteil des Vertragspakets war außerdem ein Handelsabkommen, auf dessen Basis die Sowjetunion an Deutschland kriegswichtige Rohstoffe lieferte, die gegen deutsche Lieferungen rüstungswirtschaftlicher Waren an die Sowjetunion verrechnet wurden. Im Juli 1940 begann die deutsche Kriegsplanung gegen die Sowjetunion; am 22. Juni 1941 trat die größte Armee, die jemals in der Geschichte aufgestellt worden war, zum Angriff auf die Sowjetunion an. Fakten und Hintergründe zu dem deutsch-sowjetischen Pakt, zu den vorhergehenden Bündnisverhandlungen der Sowjetunion mit den Westmächten und zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1939-41 im AK 250.

Das hatten wir vergessen

Beim Text über den 1. Weltkrieg in AK 238 wurden zwei Tabellen vergessen, die für die Darstellung wichtig sind. Hier kommen sie nun. Entnommen aus Helmut Otto, Der Erste Weltkrieg/ Militärhistorischer Abriß, Berlin/DDR 1977.

Tabelle 56: Gesamtzahl der in den wichtigsten kriegführenden Ländern Mobilisierten und deren Verluste

Staat	Gesamtzahl der Mobilisierten	Mobilisierung auf 1000 Einwohner	Tote (in Mill.)	Tote auf 1000 Eingezogene	Verwundete (in Mill.)
Deutschland	13200000	19,7	1,9	14	4,2
Österreich-Ungarn	9000000	17,3	1,1	12	3,6
Frankreich	7891000[1]	17,2	1,327	17	3
Großbritannien	5704000[1]	10,8	0,715	8	2,1
Rußland	15798000	10,5	1,811	15	4,9
Italien	5615000	15,5	0,578	9	0,9
USA	4273000	3,8	0,125	2,5	0,2

[1] ohne Kolonien

Tabelle 57: Produktion von Waffen und Kampfmitteln 1914–1918 (in tausend Stück)

Art der Waffen und Kampfmittel	Deutschland	Österreich-Ungarn	Frankreich	Großbritannien	Rußland	Italien	USA	Insgesamt
Gewehre (in	8547	3500	2500	3854	3300	2400	3500	27601
Maschinengewehre (tsd.)	280,0	40,5	312,0	239,0	28,0	101,0	75,0	1075,5
Geschütze (tsd.)	64,0	11,6	23,2	26,4	11,7	6,5	4,0	145,4
Panzer (tsd.)	0,1		5,3	2,8			1,0	9,2
Flugzeuge (tsd.)	47,3	5,4	52,1	47,8	3,5	12,0	13,8	181,9
Granaten (Mill.)	306,0	80,0	290,0	218,0	67,0	70,0	20,0	1051,0
Patronen (Mrd.)	8,2	4,0	6,3	8,6	13,5	3,6	3,5	47,7
Lastkraftwagen (tsd.)	65,0		110,0	87,0	20,0	28,0	30,0	340,0

Fortsetzung von vorheriger Seite

zu halten gewesen. Großbritannien hätte damit den Zugang zum westlichen Mittelmeer verloren, wodurch auch seine Position in Ägypten (Suez-Kanal!) kritisch geworden wäre. Spanien war also ein wichtiger geostrategischer Faktor.

12.) Dokumentiert (engl.) in: Nazi Conspiracy and Aggression, Bd. VI, S. 1006-1011; Washington 1946. (Sammlung von Beweismaterial für das Internationale Militärtribunal in Nürnberg.) Zusammenfassung in: „Handbuch zur Militärgeschichte", Bd. 4, S. 174-177.

13.) Dokumentiert in: Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des 2. Weltkrieges. Frankf./M. 1983 (Moskau 1981). S. 25-35.

14.) Gemeint ist, daß der ständig wachsende Lebensmittelbedarf immer weniger „autark", also innerhalb der deutschen Staatsgrenzen, abzudecken sei. Eine weitere Steigerung der Produktion durch intensivere Bewirtschaftung sei „kaum noch möglich". Andererseits standen schon 1937 Devisen für den Import von Lebensmitteln und Rohstoffen immer weniger zur Verfügung, da die Ausrichtung der gesamten Volkswirtschaft auf Rüstung und Krieg die deutschen Reserven an Gold und Devisen nahezu gegen Null heruntergewirtschaftet hatte. Dadurch traten bereits zu dieser Zeit ernsthafte Engpässe auf. Das heißt, Probleme, die überhaupt erst durch die rüstungsorientierte Deformierung der Volkswirtschaft produziert worden waren, wurden nunmehr als Argumente für die Unvermeidlichkeit einer kriegerischen Eroberungspolitik ins Feld geführt.

15.) Verwiesen wurde auf die Stärke der CSR. Selbst ein Krieg gegen Italien würde Frankreich nicht daran hindern, eine überlegene Streitmacht gegen Deutschland aufbieten zu können. Außenminister Neurath bezweifelte darüberhinaus die Wahrscheinlichkeit eines Krieges Italien-Frankreich.

16.) Der christlich-soziale Kanzler Dollfuss hatte am 4.3. 1933 das Parlament aufgelöst, Demonstrationen verboten und die Pressefreiheit eingeschränkt. Im Mai 1933 ließ er die KPÖ verbieten. Seine Diktatur, die sich auch gegen die Nazis richtete, stützte sich auf die selbst rechtsradikalen und fanatisch anti-linken „Heimatschutzbünde"/„Heimwehren". Massive Polizei-Aktionen gegen die Sozialdemokratie und die Stützpunkte der Arbeiterbewegung provozierten im Februar 1934 einen bewaffneten Aufstand in Wien, der mit Hilfe der „Heimwehren" und hemmungslosem Terror niedergeschlagen wurde. Noch während der Kämpfe wurde die SPÖ verboten. Eine Ende April 1934 verkündete neue Verfassung segnete die Diktatur Dollfuss vollends ab und hatte manche faschistischen Züge. Dabei blieb Dollfuss jedoch ein Gegner des deutschen Nazismus. Bei einem mißglückten Nazi-Putsch im Juli 1934 wurde er ermordet. Sein System überlebte ihn.

17.) Am 25.10. 1936 wurde die „Achse" Berlin-Rom verkündet, was zwar wenig konkreten Inhalt, aber einigen Signalwert hatte. Im November 1937 trat Italien dem Antikomintern-Pakt bei.

18.) Zahlen nach Keesings Archiv der Gegenwart, Jg. 1935, S. 2053 und Jg. 1938, S. 3597; Weltgeschichte in Daten, Berlin/DDR 1973.

19.) Dok. in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie D, Bd. II, Nr. 133. Diese umfangreiche Dokumentenreihe wurde am Ende der 40er Jahre von den US-Behörden auf englisch, kurz darauf auch von deutscher Seite im Original herausgegeben.

20.) Forderungen und Henleins Rede dok. in: Keesings Archiv der Gegenwart, Jg. 1938, S. 3528.

21.) Darstellung und Aussagen Beteiligter in: Nazi Conspiray and Aggression, Bd. I, S. 552-557.

22.) ADAP, D II, Nr. 282.

23.) So sagte Chamberlain z.B. am 24.3.38 in einer Rede, daß „the inexorable pressure of events might well prove more powerful than formal pronouncements, and in that event it would be well within the bounds of probability that other countries beside those which were parties to the original dispute would almost immediately (!) become involved. This is especially true in the case of two countries like Great Britain and France with long associations of friendship, with interests closely interwoven, devoted to the same ideals of democratic liberty and determined to uphold them*. (zit. in: Arthur H. Furnia, The Diplomacy of Appeasement ... 1931-1938, Washington 1960.)

24.) ebenda. Furnia zitiert Botschaften Chamberlains vom 12.5. und 22.5. 1938.

25.) Bei britisch-französischen Regierungsgesprächen am 28.4.38; *nach Furnia.

26.) Churchill, anfangs Liberaler, dann Konservativer, war während des 1. Weltkriegs Marineminister (1911-1915), dann Munitionsminister (1917). Er war maßgeblich beteiligt an der Entscheidung, im russischen Bürgerkrieg zu intervenieren und die Konterrevolution zu unterstützen. Seit 1932 warnte er vor einem Wiedererstarken Deutschlands. In den späten 30er Jahren war er Sprecher der oppositionellen Minderheit in der Konservativen Partei, die die Appeasement-Politik schärfstens kritisierte. Er trat am 3.9.1939, dem Tag der britischen Kriegserklärung, als Marineminister in die Regierung Chamberlain ein. Am 10.5. 1940 wurde er selbst Premierminister und übernahm zugleich den Posten des Kriegsministers. Nachdem der Sieg über Deutschland gesichert war, ließ er ab 1944 seiner Feindschaft gegen die Sowjetunion wieder freien Lauf. Ihm wird der Spruch zugeschrieben, man habe vielleicht „das falsche Schwein geschlachtet".

27.) Am 26.9.38. Text in: Keesings Archiv der Gegenwart, Jg. 1938, S. 3736.

28.) ADAP, D IV, Nr. 81.

29.) Julian Campbell Doherty, Das Ende des Appeasement..., Berlin 1973; S. 124. — Reinhold W. Weber (Die Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin-Paktes 1939, Frankf./M. 1980) erwähnt ein Gutachten der britischen Stabschefs vom 28.3.39: Rumänien würde schnell und Polen spätestens nach einigen Monaten überrannt werden. „Die Westmächte seien nicht in der Lage, sie direkt zu unterstützen; eine Lieferung von Rüstungsmaterial sei aufgrund der Produktionslage nicht möglich und beide Länder seien in dieser Hinsicht auf Lieferungen aus der Sowjetunion angewiesen."

30.) in: Documents on International Affairs, 1939-1946, Bd. I, S. 126; London 1951. Die Erklärung, von Chamberlain im Parlament abgegeben, enthält die Zusage, daß „in the event of any action which clearly threatened Polish independence, and which the Polish Government accordingly considered it vital to resist with their national forces, His Majesty's Government" (Großbritannien) „would feel themselves bound at once to lend the Polish Government all support in their power." — Es ist also nicht ausdrücklich von einem A n g r i f f die Rede. Im Kern ging es darum, daß Polen nunmehr eine deutsche Aktion in Danzig (z.B. Einmarsch deutscher Truppen) als „Bedrohung seiner Unabhängigkeit" interpretieren und damit den Bündnisfall herbeiführen konnte.

31.) Die einseitige Garantie sollte durch eine gegenseitige Beistandspflicht ersetzt werden. Bis zum Zustandekommen eines solchen Vertrages übernahm Polen im gemeinsamen Kommunique vom 6.4. aber schon die gleichen Verpflichtungen gegenüber Großbritannien, die dieses mit seiner Garantie-Erklärung eingegangen war. Documents ..., Bd. I, S. 129.

32.) Die Garantie-Erklärung ist für beide Staaten gemeinsam und enthält im entscheidenden Satz wörtlich die gleiche Formulierung wie die Garantie für Polen. Zum Zweck der Garantie heißt es, es solle jeder Veränderung des Status Quo im Mittelmeer und auf dem Balkan durch Gewalt oder Gewaltandrohung vorgebeugt werden. Documents..., Bd. I, S. 201-202.

33.) Documents..., Bd. I, S. 202-204.

34.) Nouveau Recueil Géneral de Traites, III. Serie, T. 38; Greifswald 1941. Abgesehen von der Beistandspflicht im Fall eines Angriffs auf einen der drei Partner soll der Bündnisfall auch gegeben sein, wenn der Angriff „einer europäischen Macht" auf irgendeinen anderen Staat dazu führt, daß einer der drei Partner „verwickelt" wird. Konkret übernahm damit die Türkei Beistandspflicht auch für Griechenland und Rumänien.

35.) Documents on International Affairs, 1939-1946, Bd. I, S. 469-471. Die Beistandspflicht soll auch gelten „in the event of any action by a European Power which clearly threatened, directly or indirectly, the independence of one of the Contracting Parties, and was of such a nature that the Party in question considered it vital to resist it with its armed forces". Der Pakt sah ferner auch gegenseitige Unterstützung vor, falls „eine europäische Macht" versuchen würde, „to undermine the independence of one of the Contracting Parties by processes of economic penetration or in any other way". — Ein geheimes Zusatzprotokoll vom gleichen Tag legte einige Definitionen fest: Unter „eine europäische Macht" sei ausschließlich Deutschland zu verstehen. Sollte hingegen ein a n d e r e r Staat eine feindselige Aktion im Sinne des Vertrages begehen, so bestand keine Beistands-, sondern nur eine Konsultationspflicht. (Das wurde relevant, als die Sowjetunion Mitte September 1939 ins östliche Polen einmarschierte.) Weiter grenzt das Zusatzprotokoll ein, daß mit den im offiziellen Abkommen so vage definierten „Aktionen" Übergriffe gegen Danzig, Littauen, Belgien und die Niederlande gemeint seien. In die Garantie sei ferner auch Rumänien einbezogen, mit dem Großbritannien und Polen schon bilaterale Vereinbarungen hatten. Und schließlich wurde noch die Einbeziehung von Lettland und Estland in den Geltungsbereich des britisch-polnischen Abkommens in Aussicht gestellt. (Documents on International Affairs, 1939-1946, Bd. I, S. 471.)

36.) Laut Volkszählung von 1921 lebten in Polen neben 18,8 Millionen Polen (rund 70 % der Gesamtbevölkerung): 3,88 Mio. Ukrainer und Ruthenen; 2,12 Mio. Juden; 1,1 Mio. Weißrussen; 1,04 Mio. Deutsche. (Encyklopedja Powszechna, 1937).

37.) ADAP, D V, Nr. 81.

38.) ADAP, D V, Nr. 119 und 120.

39.) Das polnische Imperium hatte im 14./15. Jh. u.a. große Teile Weißrußlands und der Ukraine umfaßt; es reichte vorübergehend bis ans Schwarze Meer. Die Erinnerung daran wurde in nationalistischen Kreisen gepflegt. Im Krieg gegen die Sowjetunion 1920 waren polnische Truppen noch einmal weit nach Weißrußland und bis in die Ukraine vorgestoßen; u.a. hatten sie Kiew besetzt.

40.) ADAP, D V, Nr. 126.

41.) Die Stadt Memel samt angrenzendem Gebiet war 1919 durch den Versailler Vertrag von Deutschland getrennt und 1921 von Littauen annektiert worden. Seit 1935 hatte Memel eine nazistische Stadtverwaltung. Die ‚Rückgabe' Memels wurde am 20.3.1939 bei einem Besuch des littauischen Außenministers in ultimativer Weise gefordert; Littauens Regierung stimmte in der Nacht vom 21. auf den 22.3. zu.

42.) ADAP, D VI, Nr. 99

43.) ADAP, D VI, Nr. 149

44.) Note an Polen: ADAP, D VI, Nr. 276. Note an Großbritannien: ebenda, Nr. 277. Die Kündigungen wurden mit den britisch-polnischen Beistandsvereinbarungen begründet.

45.) ADAP, D VI, Nr. 433.

46.) Südtirol war durch den Versailler Vertrag zu Italien gekommen und eines der Lieblingsobjekte des deutschen/österreichischen Nationalismus. Hitler teilte Mussolini am 11.3. 1938, während der „Anschluß"-Krise, mit, daß Deutschland die Brenner-Grenze respektiere und niemals Anspruch auf Südtirol erheben werde. Auf dieses „italienische Modell" war zunächst bei den deutsch-polnischen Gesprächen im Winter 1938/39 direkt Bezug genommen worden.

47.) ADAP, D VII, Nr. 265.

48.) ADAP, D VII, Nr. 384 Anlage.

49.) ADAP, D VII, Nr. 421.

50.) ADAP, D VII, Nr. 513 und 515.

51.) ADAP, D VII, Nr. 560 und 563 Anlage.

52.) 1,6 : 1 bei der Zahl der Soldaten; 3,5 : 1 bei den Panzern; 1 : 0,7 bei den Geschützen; 5 : 1 bei den Kampfflugzeugen. nach: Geschichte des 2. Weltkrieges, Bd. 3, S. 30; Moskau 1974/Berlin (DDR) 1976.

53.) ebenda, S. 112. Weitgehend übereinstimmende Angaben in: Das Deutsche Reich und der 2. Weltkrieg, Bd. 2; Stuttgart 1979. Letztere Quelle gibt das Verhältnis bei den Kampfflugzeugen mit 4 : 3 zugunsten Deutschlands an, während erstere (unter Hinzurechnung der in Großbritannien stationierten Maschinen) einen absoluten Gleichstand angibt.

54.) Zahlen hier und im folgenden nach a)Survey of International Affairs, The World in March 1939, S. 454; London u.a. 1952. b) A. Adamthwaite: France and the Coming of the Second World War, S. 164; London 1977. c) R.P. Shay: British Rearmament in the Thirtys. Politics and profits, S. 297; Priceton 1977.



Nachtrag: Warum endete der Krieg in Frankreich trotz der skizzierten materiellen Gleichwertigkeit der Streitkräfte beider Seiten mit einem relativ raschen deutschen Erfolg?

Im allgemeinen wird das vor allem der Tatsache zugeschrieben, daß die Wehrmacht im Unterschied zu den Kräften der Alliierten ihre Panzereinheiten zweckmäßiger und „moderner" organisiert und geführt hatte. Hinzu kam ein schwerwiegender strategischer Fehler der Alliierten: sie hatten einen Großteil der britischen und französischen Kräfte nach Belgien vorrücken lassen. Dort wurden sie durch den in dieser Form nicht erwarteten und bis dahin in der Militärgeschichte beispiellosen Durchbruch deutscher Panzerdivisionen aus den Ardennen (die man auf alliierter Seite irrtümlich als extrem panzerhinderliches Gelände angesehen hatte) an die Kanalküste abgeschnitten. Mehr als 300.000 alliierte Soldaten mußten schließlich aus dem auf den Raum um Dünkirchen zusammengedrängten Kessel evakuiert werden. Diese Vorgänge kosteten die Alliierten ein rundes Drittel ihrer Kräfte und riesige Mengen an zurückgelassenem Material.

KDV wie Keiner Darf Vergessen

Die Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V. (Bremen) und ihr Vorsitzender Pastor Ulrich Finckh erhielten 1984 zwei (genauer: anderthalb) Preise: Am 27.5.1984 wurde der Zentralstelle der vom SPD-Vorstand ausgeschriebene Gustav-Heinemann-Bürgerpreis zur Hälfte verliehen — die andere Hälfte diese Doppelbeschlusses traf den Darmstädter Major der Bundeswehr, Helmut Prieß und sein „Darmstädter Signal"(1). Am 23.6.1984 bekam Pastor Finckh dann einen „vollen" Preis von der Humanistischen Union, den Fritz-Bauer-Preis(2). U.a. sollte damit „sein Einsatz für die Belange der sogenannten Totalverweigerer und gegen ihre Mehrfachverurteilungen durch Gerichte"(3) gewürdigt werden. Als betroffene Verweigerer wollten wir bei der Preisverleihung nicht nur „körperlich" anwesend sein, sondern auch den Preisträger durch einen Redebeitrag auf unsere Art würdigen. Bisher war es wohl nicht üblich, daß bei HU-Preisverleihungen Dritte zu Wort kamen.

Das Thema der Rede drängte sich sozusagen von selber auf, da der Redner seit dem 6. März 1983 genervt ist durch die anhaltenden interessierten Profilierungsversuch der SPD und ihr nahestehender Organisationen in Friedens-, Grund- und Menschenrechtsfragen: hier galt (und gilt!) es, Widerspruch einzulegen in Form von Befragung der Geschichte!

Vorgetragen anläßlich der Verleihung des Fritz-Bauer-Preises der Humanistischen Union an den Vorsitzenden der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen e.V., Pastor Ulrich Finckh, in Bremen am 23. Juni 1984

Es interessiert mich bei solchen Veranstaltungen immer, wieviele Menschen, die sich Vorträge über Kriegsdienstverweigerung anhören, tatsächlich auch selber betroffen sind in dem Sinne, daß sie Kriegsdienstverweiger sind; deshalb würde ich eigentlich ganz gern mal fragen, wer von Ihnen unter den Anwesenden denn tatsächlich den Kriegsdienst verweigert hat? (Männliche Stimme aus dem Publikum: „Ich würde mich ja gerne melden, aber das fällt auf, wenn ich das jetzt mache..." Allgemeine Erheiterung im Publikum)

Ich bemerke, daß ich hier unter 'Experten' und 'Sachverständigen' bin...

Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, daß heute einige unter uns sind, die demnächst ins Gefängnis müssen: der Hubert(1) zum Beispiel (der sitzt dahinten), und der Christoph(2) ist vor kurzem wieder verurteilt worden und da sitzen noch zwei, die demnächst ihre Prozesse haben werden — zwei Verweigerer aus Bremen — der Klaus und der Hans(3). In meinen Fall muß ich leider damit rechnen, daß ich demnächst eine Einberufung bekommen werde vom Bundesamt für den Zivildienst. Meine Bewährungsstrafe ist kürzlich abgelaufen — ich bin verurteilt worden, weil ich 1980 den Zivildienst verweigert habe. Ich vermute, daß es in nächster Zeit einigen so gehen wird...



KDV — die Abkürzung für Kriegsdienstverweigerung ist für mich eigentlich immer das Initial gewesen für den Spruch: Keiner darf Vergessen. Ich denke, so kann man sich auch immer merken, was mit Kriegsdienstverweigerung eigentlich verbunden ist.

Ich möchte heute eigentlich an etwas anknüpfen, was man von mir vielleicht nicht erwartet: Ich möchte über eine Verhandlung im Parlamentarischen Rat — von 1948 — kurz referieren und möchte vorher noch etwas sagen zu einem Erlaß des derzeitigen Kriegsministers, Herrn W. — ich möchte den Namen nicht weiter aussprechen —, der einen Erlaß gegen Totalverweigerung und Totalverweigerer gemacht hat, die bei der Bundeswehr verweigern(4). Dieser Erlaß besagt, daß kein totaler Kriegsdienstverweiger aus der Bundeswehr entlassen wird, bevor nicht sichergestellt ist, daß der Verweigerer mindestens zwölf–Monate Gefängnis 'auf dem Buckel' hat. Daß die Exekutive sich hier Entscheidungen anmaßt, welche das Prinzip der Gewaltenteilung untergraben am Ende, ist, auf deutsch gesagt, eine Sauererei! Unter Hinweis auf diesen Sachverhalt melden wir hiermit große Zweifel an der Verfassungstreue des Herrn Kriegsministers an.

Wir möchten allerdings heute nicht weiter gegen diesen Sachverhalt Stellung nehmen; zum einen deshalb nicht, weil schon im Januar dieses Jahres kein Proteststurm sich erhob, als die Frankfurter Rundschau darüber berichtete, andererseits auch deshalb nicht, weil wir uns immer noch der Zeiten erinnern, wo andere Regierungsverantwortung sich Vergleichbares gestattete.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe anwesenden Radieschen,

Das Elend der Kriegsdienstverweigerung und der KDV-er begann gewissermaßen auch mit einem Doppelbeschluß: Ich meine den Art. 4 Absatz 3 des Grundgesetzes, der da lautet: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz."

Schon vor dem Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 gab es in einigen Bundesländern landesrechtliche Normierungen zur Kriegsdienstverweigerung, welche zumeist auf außerparlamentarischen Druck von Einzelpersonen, Gewerkschaftsorganisationen, Jugendverbänden, Frauen-und Friedensorganisationen in die jeweilige Landesverfassung gebracht wurden. — Das ist eigentlich ziemlich unbekannt in diesem Land — vor allem, wenn man sich die Dokumente ansieht! —, daß es in der damaligen Zeit viele Zeitungsumfragen gab, die größtenteils für eine Normierung der Kriegsdienstverweigerung votierten.—(5)

Diese Normen waren in der Mehrzahl in der Aussage sehr eindeutig; etwa im Land Baden hieß es im Artikel 3: „Kein badischer Staatsbürger darf zur Leistung militärischer Dienste gezwungen werden."(6)

Weit weniger eindeutig fiel die Formulierung im Land Württemberg-Baden aus; die Entwicklungsgeschichte jenes „Gesetzes Nr. 1007 vom 28. April 1948" kann hier aus naheliegenden Gründen nicht nachgezeichnet werden, aber es sei erwähnt, daß der alte Adam schon damals wieder fröhliche Urständ feierte, sodaß die Forderung der außerparlamentarischen Bewegung, daß niemand durch Gesetz zum Kriegsdienst gezwungen werden dürfe, am Schluß der üblen Debatte parlamentarisch umgebogen ward in ein „Niemand darf zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden."

Diese Abstimmung ist übrigens nur von der Hälfte der damals ca. 100 Parlamentarier überhaupt besucht worden. Der Rest war demonstrativ nicht da. Die Empörung dagegen war groß, wurde aber wie auch nachmalig von den Volksvertretern einfach ausgesessen.(7)

Die Geschichte des späteren Artikels 4 Absatz 3 GG beginnt mit der 15. Sitzung des Ausschusses für Grundsatzfragen am 27.10.1948. In diesem Ausschuß wurden Eingaben aus der Bevölkerung behandelt, u.a. auch zur Kriegsdienstverweigerung. Bis zum 27.10.48 lagen dem Ausschuß ca. 13 Eingaben zur KDV vor. Die Abgeordnete Weber (CDU) leitet das Thema mit folgenden Worten ein: „In einer weiteren Eingabe (...) wird nicht mehr bloß um Frieden gebeten, sondern das

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

selbstverständliche Recht jedes Staatsbürgers auf Kriegsdienstverweigerung herausgestellt. In mehreren Eingaben wird betont, daß ein Paragraph über Kriegsdienstverweigerung in die Verfassung aufgenommen werden sollte."(8)

Der FDP-Abgeordnete Heuß (der nachmalige Bundespräsident) machte sofort deutlich, was er davon hielt: „Im Württembergischen Landtag hatten wir eine große Verhandlung darüber und haben ein Gesetz gemacht, das zustandekam, als ich nicht da war. Ich hätte einen großen Krach gemacht."(9)

Der SPD-Abgeordnete Wunderlich gibt eine Unterscheidung zwischen individueller Kriegsdienstverweigerung und genereller Kriegsächtung zum Besten und der Ausschußvorsitzende v. Mangoldt (CDU) macht sich Gedanken über die Polizei: „Eine Polizei wird man unbedingt haben müssen. Diese Polizei, die für die innere Ordnung sorgt, kann auch bei irgendwelchen Einfällen von außen eine Rolle spielen. Wenn man das Recht zur Verweigerung des Dienstes mit der Waffe überhaupt aufnimmt, kann man keine Polizei unterhalten. Da gibt es Übergänge, die zu außerordentlichen Schwierigkeiten führen."(10)

Wunderlich (SPD) hebt das Problem dann auf die religiöse Ebene, indem er das Schicksal der ernsten Bibelforscher, das er miterlebt zu haben vorgibt, anführt, und der Abgeordnete Zinn (SPD), weiß sofort, daß „der Kreis derjenigen, die sich moralisch wirklich darauf berufen können, tatsächlich sehr klein ist; der Kreis derjenigen, die sich nur darauf berufen, um sich zu drücken, sehr groß sein wird."(11)

Wir wüßten natürlich auch gerne, welche Erfahrungen Zinn zu solch fundierten Aussagen bewegten; Deutschland kann er ja wohl nicht gemeint haben! Allerdings weiß Zinn, daß KDV nur „in einem sehr vorsichtig gehaltenen Gesetz" zu gewähren sei und weiß weiterhin zu ergänzen „In England ist der Kreis derjenigen, die dieses Privileg in Anspruch nehmen können, tatsächlich durch eine Art Prüfungsverfahren sehr eng gehalten worden."(12)

Lassen Sie sich nun folgenden Dialog zwischen den beiden SPD-lern Zinn und Wunderlich auf der Zuge zergehen:

Zinn: „Ich billige keinem das Recht zur Drückebergerei zu, es sei denn, daß er sich auf eine innere moralische Berechtigung berufen kann. Ich würde mich wehren, wenn es sein muß."

Wunderlich: „Es ist ganz selbstverständlich, daß ich es nicht wahllos will."(13)

Meine Damen und Herren, Sie müssen zugeben, dieser Dialog ist nahe daran, den Olymp des höheren Blödsinns zu erobern, daneben verblaßt so-

sen zugeben, dieser Dialog ist nahe daran, den Olymp des höheren Blödsinns zu erobern, daneben verblaßt so-gar Heinz Erhardt. (Große Erheiterung im Publikum)

Theodor Heuss (FDP) hat schnell erkannt, daß Zinn an diesem Tag zu allem fähig ist und stößt nach, wobei er Zinn noch etwas um den Bart geht, indem er vorgibt, „ganz der Auffassung des Herrn Kollegen Zinn" zu sein — dann aber attackiert „Früher hat man nach meiner Kenntnis die Mennoniten zu Sanitätern gemacht, sie brauchten nicht mit der Waffe zu kämpfen. Das Gesetz der Mennoniten verbot, Menschen zu töten. Und deshalb hat man sie zu den Sanitätern gesteckt, wo sie sich auch bewährt haben... Aber das Problem ist nur gesetzgeberisch und nicht verfassungsmäßig zu regeln."(14)

Zinn läßt sich nicht lumpen und macht einen konstruktiven Vorschlag: „Man könnte nur sagen: 'Das Recht



der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ist durch Bundesgesetz zu regeln.' Das ist das Weitestgehende. Es bedeutet eine grundsätzliche Anerkennung."(15)

Hier irrte Zinn bekanntlich, denn es gab ja noch etwas Weitergehendes! Heuss versucht es andersherum: „Das Problem des Kampfes mit der Waffe usw. ist heute im Grunde völlig obsolet geworden, weil das Herstellen von Bomben oder die Arbeit an Panzerwagen in viel höherem Maße eine Kriegsdienstleistung ist, als wenn einer mit einer Knarre an der Brücke herumsteht. Der erstere hat auf die Kriegsführung einen viel größeren Einfluß."(16) Aber die SPD-Vertreter schalten diesmal noch nicht und so wird diese erste Auseinandersetzung beendet mit einem Vermerk an den Hauptausschuß, sich in der Sache nicht entschließen zu können, sie in den Grundrechtsteil in der Verfassung aufnehmen zu können.(17)

Wenn Sie genau hingehört haben bei den zitierten Dialogstellen, dann dürften Ihnen schwerlich die Schlüsselstellen entgangen sein, welche schon damals das Werkzeug darstellten zur Demontage der Kriegsdienstverweigerung: Ich zähle sie nochmals auf, in der Reihenfolge ihres Auftritts: Individuelle Kriegsdienstverweigerung; Verweigerung des Dienstes mit der Waffe; religiöse Ebene (ernste Bibelforscher); Kreis der wirklichen KDV ist klein, Kreis der Drückeberger groß; KDV ist Privileg; KDV durch Prüfungsverfahren eng halten; KDV heißt; nicht töten können; KDV sollen sich im Nicht-Waffendienst bewähren; Sanitätsdienst ist zumutbar; Gewissensgründe; KDV durch Bundesgesetz und nicht durch eindeutige Verfassungsnorm regeln! Der SPD-Abgeordnete Zinn spricht es in seiner schon zitierten Fehlleistung aus: Kriegsdienstverweigerung ist „das Recht zur Drückebergerei"!

Die *Informationsstelle* für *Totale Kriegsdienstverweigerung* wurde im Sommer 1983 gegründet, um dem Informationsbedarf unter den Verweigerern abzuhelfe. Die ITK versucht, die einschlägige Literatur u.a. Materialien bereitzuhalten und auf Anfrage zu versenden. Ein zweiter Schwerpunkt ist die Beratung von Verweigerern (die zur Verweigerung entschlossen sind!). So weit die Kräfte reichen, versuchen die Mitarbeiter der ITK, Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Vielleicht haben sie auch irgendwann mal genug Zeit, um aus sich selbst was zu machen!

Kontakt/Materialliste: ITK c/o graswurzelrevolution, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

Das ganze Ausmaß des gigantischen Betrugs, welcher da am 27.10.1984 im Grundsatzausschuß des Parlamentarischen Rates sich den Grundstein legte, wird aber erst deutlich, wenn ich darauf hinweise, daß gerade zwei von den dem Ausschuß zugesandten 13 Eingaben überhaupt einer Verweigerung aus Gewissensgründen das Wort reden: Es waren dies die Gruppe Aachen der Internationale der Kriegsdienstgegner und der Kreisverband der Esperantisten Mönchen-Gladbach/Rheydt-Viersen mit Schreiben vom 10.9. bzw. 10.10.1948.(18)

Die restlichen elf Eingaben lassen sich dem Inhalt nach auf folgende Formel bringen: **Kein Deutscher darf zum Kriegsdienst gezwungen werden und aus der Inanspruchnahme dieses Rechtes darf weder dem Verweigerer noch seinen Angehörigen ein Nachteil eintstehen!**(19)

Die weitere Nachzeichnung der Entstehungsgeschichte des Artikels 4 Absatz 3 GG möchte ich mir und Ihnen hier ersparen — es wäre nur eine Wiederholung dessen, was sich in der ersten Debatte im Ausschuß für Grundsatzfragen schon als Ergebnis abzeichnete.(20)

Zwei Abgeordnete der SPD brachten — sicherlich auch zur Zufriedenheit der bürgerlichen Fraktionen! — in der 43. Sitzung des Hauptausschusses(21) auf den Begriff, was unter dem sogenannten Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung tatsächlich zu verstehen sei; der Abgeordnete Carlo Schmid sagte es für uns Heutige ganz klar: „Ich glaube, daß in einem künftigen Krieg die Gefahren auf die Kombattanten und die Nichtkombattanten ziemlich gleichmäßig verteilt sein werden. Vielleicht werden die letzteren sogar noch bitterer für die Torheit der Staatsmänner büßen müssen, die einen Krieg verschuldet haben könnten. Es handelt sich vielmehr darum, daß jemand, der es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, auch

könnten. Es handelt sich vielmehr darum, daß jemand, der es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, auch im Falle eines Krieges einen anderen zu töten — darum handelt es sich in erster Linie —, die Möglichkeit haben soll, zu sagen: Ich will in dieser Not meines Vaterlandes meinen Dienst auf andere Weise tun können als auf diese Weise. Dafür sollten wir die rechtliche Möglichkeit schaffen."(22)

Der in schlecht recherchierter Literatur über KDV immer als Kronzeuge für die Sache der Kriegsdienstverweigerer ins Feld geführte SPD-Abgeordnete Fritz Eberhard war sich in derselben Sitzung vom 18.1.1949 nicht zu schade, die Feigheit der Fraktion nochmals zu bekräftigen, indem er darauf hinwies, daß der Art. 4 Abs. 3 „eine große pädagogische Wirkung haben" kann und fährt fort: „... wir hoffen, er wird sie haben. Denn es wird durch ihn in die Gewissensentscheidung des Einzelnen gelegt, ob er einen solchen Befehl (zum Töten, Anm. v. mir) für sich gelten lassen will oder, wie Herr Kollege Dr. Schmid sagt, in anderer Weise dem Lande dienen will."(23)

In dieser Situation war es nur zu logisch, daß der Abgeordnete der KPD, Renner, die Ersetzung des KDV-Artikels durch den Satz „Der Krieg ist geächtet."(24) forderte — was ihm die Logik der Doppelbeschlüssler im Verein mit den Bürgerlichen verweigerte: ein Antrag wurde mit 19 zu 1 Stimmen abgeschmettert!(25)

Vom Inkrafttreten des Grundgesetzes bis zur offenen Remilitarisierung — Herr Finckh hat das erwähnt: daß man schon zu der Zeit im Parlamentarischen Rat (hinter verschlossenen Türen) durchaus wußte, was kommen wird!(26) — waren es dann nur noch wenige Jahre; die Aufrüstung nach innen wurde auf der Grundgesetz-Ebene mit dem 17. Ergänzungsgesetz, der sogenannten Notstandsverfassung, abgeschlossen.(27) Auch die Überführung des zivilen Ersatzdienstes für anerkannte Kriegsdienstverweigerer vom Artikel 12 GG in das Herzstück der Notstandsverfassung, den Art. 12a GG, folgt nur der Logik der totalen Erfassung und Integration(28), der Logik der Gesamtverteidigung(29), welche tatsächliche Kriegsdienstverweigerung nicht hinnehmen kann.

Gegen die Logik und das Vorhaben des totalen Krieges kann es für uns deshalb nur eine Verhaltensweise geben: die Totale Verweigerung der drohenden Kriegsdienst — seien sie mit oder ohne Waffen!(30) (Beifall)

Ich möchte noch kurz etwas erklären: ich habe, wie Sie sicherlich bemerkt haben, in meiner Anrede gesagt „Liebe anwesende Radieschen". Ich habe mich da bezogen auf ein Gedicht von Kurt Tucholsky, von 1926, das „Feldfrüchte" heißt(31). Das war damals nicht auf Kohl bezogen, sondern auf Radieschen. Tucholsky hat festgestellt, daß Radieschen eine bemerkenswerte Eigenschaft haben — Sie werden bemerkt haben, es ging mir hier um die SPD! —:die sind nämlich außen rot und innen weiß! — Daß sie auch ein bißchen Grün dran haben, das hat Tucholsky natürlich 1926 noch nicht ahnen können! (Erheiterung, Beifall)

Marut G. Perle
c/o Informationsstelle für Totale Kriegsdienstverweigerer über: graswurzelrevolution, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

Anmerkungen zur Einleitung

1 Vgl. FR v. 7.6.1984, wo die Rede in den Hauptzügen veröffentlicht wurde (FR-Dokumentation) — der Gesamttext nebst Anhang ist bei der Zentralstelle, Donandtstr. 4, 2800 Bremen 1 zu bestellen!

2 Die Humanistische Union ist eine Bürgerrechtsorganisation, die sich um die 'Liberalität' der Grundrechte engagiert. Juristen und Juristinnen arbeiten zahlreich mit, viele Mitgliedschaften in der SPD bzw. Nähe

um die 'Liberalität' der Grundrechte engagiert. Juristen und Juristinnen arbeiten zahlreich mit, viele Mitgliedschaften in der SPD bzw. Nähe zu ihr sind zu erkennen. Der Fritz-Bauer-Preis ist nach dem hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer benannt, welcher durch seine Arbeit in NS-Verfahren wie auch durch sein Bemühen um die „Humanisierung, Liberalisierung und Demokratisierung des Rechtswesens" (HU-Text) besonders herausgeragt haben soll. Die Rede von Pastor Ulrich Finckh geht sehr ausführlich auf die derzeitige Situation von Totalen KDV ein; durch den Arbeitskampf in der Druckindustrie konnte sie keine große Öffentlichkeit erreichen. Der Text kann auch bei der Zentralstelle angefordert werden (siehe Anm. (1)).

3 Einladung der HU zum 23.6.1984

Anmerkungen zum Redetext:

1 Hubert Kappelhoff (Münster) — mehrfach verurteilt wegen Totaler KDV bei der Bundeswehr. (Weitere Informationen über Informationsstelle für Totale Kriegsdienstverweigerer —ITK— in Hamburg) — siehe Kasten! —

2 Christopf Bausenwein (Nürnberg) — mehrfach verurteilt wegen Zivildienst-Verweigerung. Neben Oswald Böhm und Thomas Schindowki gehört er zu den „Opfern" des in Bayern seit den KOMM-Prozessen exekutierten sog. „Nürnberger Landrechts". (Weitere Informationen über ITK)

3 Klaus P. und Hans C. verweigern beide den Zivildienst. (Weitere Informationen über ITK)

4 siehe auch FR vom 9.1.1984

5 fast alle nachfolgenden Angaben und Zitate sind der ausgezeichneten Arbeit von Heinz Janning entnommen: Untersuchungen zur Entstehungsgeschichte der Kriegsdienstverweigerung 2 Bd., Worpshausen 1980/Lilienthal 1981. Band 1: Die Auseinandersetzung um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in einzelnen westdeutschen Ländern 1946 bis 1948, Lilienthal 1981 (Weiter zitiert als Janning I); Band 2: Dokumente und Materialien — Zur Entstehungsgeschichte des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung 1945 - 1949, Worpshausen 1980 (weiter zitiert als: Janning II)
Anm. (5): vgl. Janning I, S. 26ff. bzw. Janning II, S. A 183ff.

6 Janning I, S. 26

7 Janning I, S. 81ff.; zum Abstimmungsverhalten der Abgeordneten siehe S. 97ff. bzw. Janning II, S. A 107 und S. A 141ff.

8 Janning II, S. A 200f.

9 a.a.O., S. A 202

10 a.a.O., S. A 203

11 a.a.O., S. A 204

12 a.a.O., S. A 204

13 a.a.O., S. A 205

14 a.a.O., S. A 205

15 a.a.O., S. A 205

16 a.a.O., S. A 206

17 a.a.O., S. A 206ff.

18 a.a.O., S. A 257 (10.9.1948) und S. A 260 (10.10.1948)

19 a.a.O., S. A 229

20 in der Sitzung vom 27.10.1948

21 vom 18.1.1949

22 Janning II, S. A 233f.

23 a.a.O., S. A 235

24 a.a.O., S. A 243

25 a.a.O., S. A 244

26 vgl. hierzu: Arnulf Baring, Im Anfang war Adenauer — Die Entstehung der Kanzlerdemokratie, München 1971, insbesondere S. 30ff. Kap. I,3 — Der verteidigungspolitische Apparat des Bundeskanzleramtes: Vom Büro Schwerin zum Amt Blank

27 vgl. hierzu: Ernst Benda, Die Notstandsverfassung, München/Wien 1968

28 vgl. hierzu: Roderich Wahsner, Erfassung und Integration als System — Militärische und zivile Dienstpflichten in der BRD, Köln 1972. (Eigentlich eine arbeitsrechtliche Studie, ist dieses Buch seit Jahren unerreicht in der Art, wie Wahsner die

gentlich eine arbeitsrechtliche Studie, ist dieses Buch seit Jahren unerreicht in der Art, wie Wahsner die Geschichte der Kriegsdienste seit der Jahrhundertwende verfolgt und verständlich macht. Hauptgegenstand der Arbeit ist der Art. 12a GG bzw. die Auswirkungen der Notstandsverfassung auf das Arbeitsrecht bzw. die Gesellschaft der BRD insgesamt. Leider ist sein Buch noch zu unbekannt und wird zudem nicht mehr verkauft im Buchhandel. In Bibliotheken ist es meistens leicht angestaubt zu entleihen! Ich hoffe, daß Wahsner sich doch noch eine Überarbeitung der in Teilen überholten Arbeit vornimmt und der Verlag ausreichend dafür wirbt!)

29 Und diese Logik ist unerbittlich im Fortschreiten begriffen: Erinnert Euch der Auseinandersetzung um das sog. „Gesundheitssicherstellungsgesetz" oder neuerdings um das „Zivilschutzgesetz"! Für Menschen mit großem Durchhaltevermögen empfehle ich die monatliche Lektüre des „Zivilschutz-Magazins", hrsg. vom Bundesverband für Selbstschutz (gibts in allen Bibliotheken!)

31 Wer gerade nicht weiß, wie es geht:

FELDFRÜCHTE

Sinnend geh ich durch den Garten,
still gedeiht er hinterm Haus;
Suppenkräuter, hundert Arten,
Bauernblumen, bunter Strauß.
Petersilie und Tomaten,
eine Bohnengalerie,
ganz besonders ist geraten
der beliebte Sellerie.
Ja, und hier—? Ein kleines Wieschen?
Da wächst in der Erde leis
das bescheidene Radieschen:
außen rot und innen weiß
Sinnend geh ich durch den Garten
unsrer deutschen Politik;
Suppenkohl in allen Arten
im Kompost der Republik.
Bonzen, Brillen, Gehberockte,
Parlamentsroutinendreh ...
Ja, und hier —? Die ganz verbockte
liebe gute SPD
Hermann Müller, Hilferlieschen
blühn so harmlos, doof und leis
wie bescheidene Radieschen:
außen rot und innen weiß.

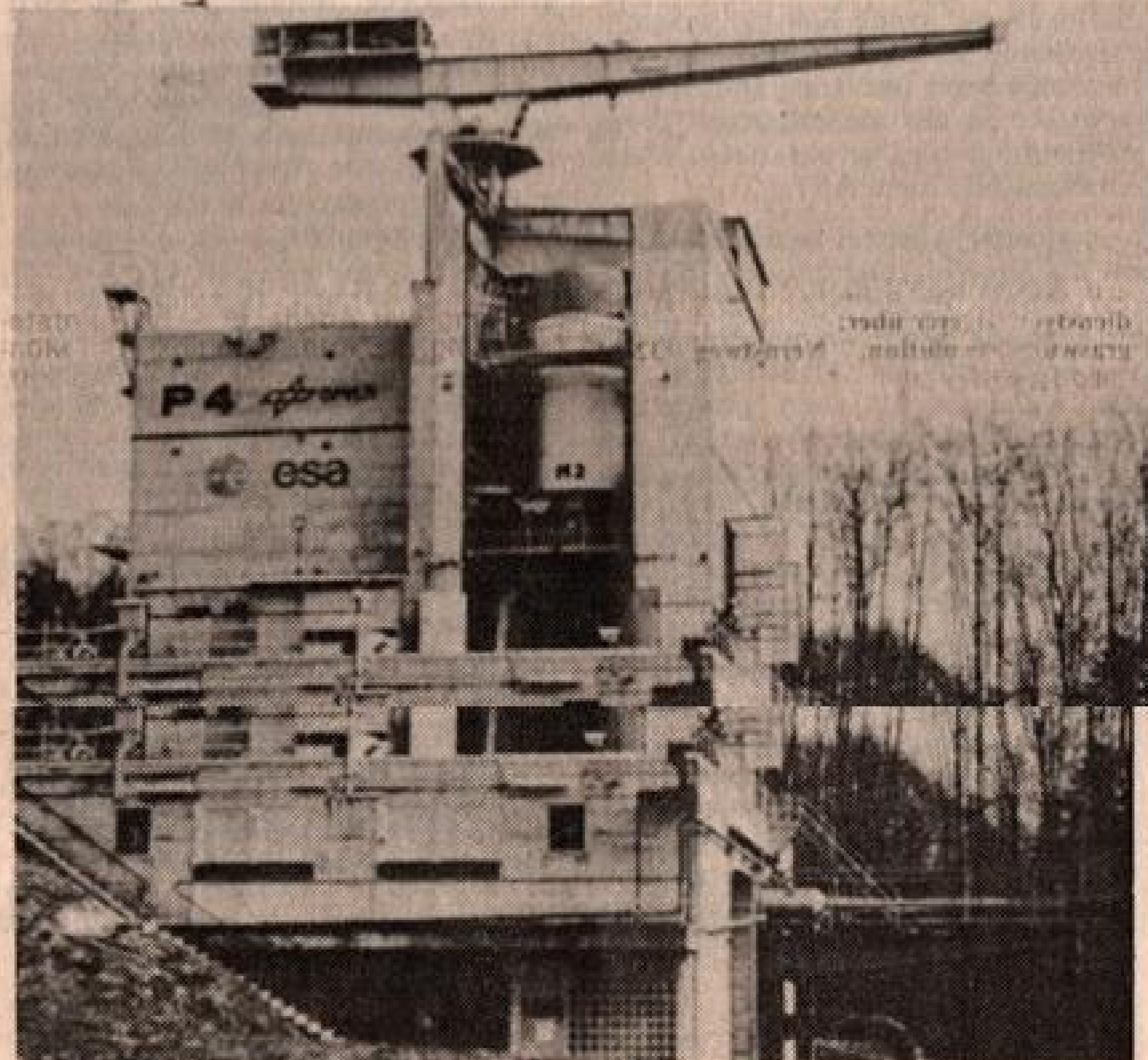


40 Jahre nach V1 und V2:
Bonn will Fernraketen

Am 27. Juni 1984 haben die wichtigsten westeuropäischen NATO-Verbündeten, zusammengefaßt im WEU-Rat, der Bundesregierung grünes Licht für den Bau von strategischen Raketenwaffen gegeben. Während Bonn dies als rein ,,juristische Selbstbefriedigung'' ohne rüstungspolitischen Hintergrund darstellt, liegen uns gegenteilige Informationen vor.

Die WEU-Verträge

Die Westeuropäische Union (WEU) war in den 50er Jahren gegründet worden und wird heute im Sinne eines ,,europäischen Pfeilers'' der NATO reaktiviert. Zu ihrer Enstehungszeit war sie auch mit der Wachsamkeit gegenüber dem deutschen Militarismus begründet worden, und hatte deshalb eine Reihe von Rüstungsbeschränkungen für die BRD erlassen (lt. Vertrag vom 23.10.1954). Diese Rüstungsbeschränkungen waren in der Vergangenheit Zug um Zug aufgehoben worden. Übrig geblieben war das Verbot ,,Flugkörper großer Reichweite und Lenkflugkörper'' herzustellen, ,,einschließlich der während des letzten Krieges entwickelten Waffen der V-Bauart und ihrer späteren Modifikation''. Taktische Raketen-Waffen mit einer Reichweite von unter 70 km waren ausgenommen. Die Bundesregierung hatte jetzt die Aufhebung dieser Bestimmung im WEU-Rat angekündigt. Möllemann als zuständiger Staatsminister erklärte dazu: ,,*Eine Beseitigung dieser anachronistischen Verbote ist* (...) *ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu einer aktiven deutschen Mitwirkung um eine Belebung der WEU.*''



Die 2. Stufe der Weltraumrakete ARIANE

Gleichzeitig erklärte er: ,,*Der Antrag der Bundesregierung steht in keinem Zusammenhang mit konkreten Rüstungsvorhaben. Die Bundesregierung beabsichtigt nicht die Produktion strategischer Bomber und Raketen.*'' (Erklärung vom 8. Juni 84)

Die GRÜNEN wollten sich nicht damit zufriedengeben. Sie reichten am 15. Juni im Bundestag einen Antrag ein, der die Regierung auffordert, eine Aufhebung der WEU-Rüstungsbeschränkung **nicht** anzustreben. Der Antrag sollte noch vor der Sommerpause im ,,Hohen Hause'' beraten werden.

Daraufhin geschah etwas eigenartiges: Die Bundesregierung, die ursprünglich mit ihrem Anliegen erst im Herbst bei der WEU vorstellig werden wollte, schickte noch am selben Tag (15.6.) ihren Aufhebungsantrag an die WEU. Darin drängte sie darauf, daß die WEU unbedingt am 27. Juni darüber entscheiden solle — also genau einen Tag vor der Bundestagsdebatte über die Resolutin der Grünen.

Die ungewöhnliche Eile interpretieren die Grünen — sicher nicht zu Unrecht — ,,*nicht nur als gröbe Mißachtung des Parlaments, sondern auch als eine offensichtliche Scheu vor einer öffentlichen Diskussion über die Aufhebung dieser Rüstungsbeschränkungen*''.

,,Kein Zusammenhang mit konkreten Rüstungsvorhaben''?

Die beschwichtigenden Worte von Möllemann nehmen sich vor diesem Hintergrund als verbale Pflichtübung aus. Hinzu kommt, daß CDU-Kollege Todtenhöfer erst vor kurzem eine ,,europäische Atomstreitmacht unter deutscher Beteiligung'' gefordert hat (Welt, 17.4.). Hinzu kommt, daß Dregger und Mertes in der ,,Zeit'' ähnlich argumentiert haben, hinzu kommt ein Artikel in der offiziösen ,,Europäischen Wehrkunde'' (1/84), der ebenfalls deutsche Atombewaffnung propagiert. Der Kreis schließt sich, wenn die Aufhebung der WEU-Klauseln als ,,Beseitigung eines anachronistischen Verbotes'' (Möllemann) gefeiert wird. Was liegt näher, als nun das letzte ,,anachronistische Verbot'' anzugehen, den Nichtbesitz bzw. die Nicht-Verfügung der BRD über Atomwaffen?

Wem diese Äußerungen und diese Geisteshaltung nicht genügen, dem können vielleicht harte Fakten überzeugen. Es ist das Verdienst des grünen MdB Jürgen Reents, diese Fakten auch im Bundestag zur Sprache gebracht zu haben (wobei — das darf man an dieser Stelle ruhig sagen — unter anderem Recherchen aus dieser Zeitung möglicherweise nützlich waren). Wir haben seine Aufstellung aus eigenen Untersuchungen weiter ergänzt:

Westdeutsche Raketenvorhaben

(1) Die **,,Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt'' (DFVLR)** entwickelt auf ihrem Raketenversuchungsgelände in Lampolshausen (Württemberg) einen ,,Marschflugkörper großer Transportleistung''. Die offiziellen Jahres- und Ergebnisberichte erwähnen ein Projekt unter diesem Titel, das eine 2,3-fache Schallgeschwindigkeit durch die Verbrennung von Borverbindungen in Staustrahltriebwerken erreicht. Die Entwicklung läuft u.a. in Zusammenarbeit im MBB und Rheinmetall. (1)

(2) MBB seinerseits scheint diese Forschungsergebnisse schon weiterzuverwenden. In Zusammenarbeit mit dem französichen Rüstungskonzern Aerospetiale sind für 1985/86 erste Versuchsschüsse eines **Seezielflugkörpers ANS** geplant. Diese Lenkwaffe hat eine Reichweite von 200 km und — oh Wunder! — dieselbe Geschwindigkeit und Triebwerksstruktur wie die DFVLR-Entwicklung (2). Reents erwähnt Informationen, wonach für die Beschaffung dieser Rakete ab Mitte der 90er Jahre bereits jetzt rund 2,8 Mio. Mark vorausberechnet sind.

(3) Die Entwicklung einer **Abstandsrakete für Langstreckeneinsatz (LR-SOM)**. Noch in diesem Jahr soll ein ,,Memorandum of understanding'' zwischen den Regierungen der BRD, der USA und Großbritanniens unterzeichnet werden, das dieses gemeinsame Projekt ankurbelt. Diese Rakete soll unter anderem an den TORNADO angehängt werden. Rühle vom ,,Verteidiungungs''-Ministerium erklärte dazu:

,,*Wir müssen diese weitreichenden Abstandsraketen haben oder unsere gesamten operationellen Konzepte für den Tornado ändern.*''(3)

Schon jetzt konkurrieren zwei Konsortien um den lukrativen Auftrag: Einseits Boeing/MBB/Britisch Aerospace und andererseits Dornier/General Dynamics/Hunting. Reents führt an, daß für 500 dieser Raketen in den 90er Jahren schon jetzt 1,5 Milliarden vorausberechnet wurden.

Für die Reichweite dieses LR-SOM gibt Dornier ,,bis höchstens 600 km'' bei Unterschallgeschwindigkeit an. (4)



(4) **Kampfdrohnen.** ,,Drohnen'' sind unbemannte Aufklärungsflugzeuge, die tief ins gegnerische Gebiet eindringen und die notwendigen Daten für den ,,deep strike'' gegen die 2. Welle des Warschauer Pakts liefern sollen.

Zur Zeit im Einsatz bei der Bundeswehr ist die Drohne CL-89 von Candair (Kanada) mit einer Reichweite von 140 km. An dem verbesserten Modell CL-289 wird zur Zeit von Candair, KHD und Dornier gearbeitet. Die Bundeswehr hat von dieser Neuerung für 1988 11 Systeme bestellt, insgesamt sollen es mehrere hundert werden. Im Unterschied zu diesen ,,Aufklärungsdrohnen'' sind die ,,Kampfdrohnen'' auch zur eigenständigen Bekämpfung von Bodenzielen in der Lage, insbesondere von Radaranlagen und Panzerverbänden. An entsprechenden Entwicklungen mit einer Reichweite von 200 km wird sowohl von MBB/Bremen, als auch von Dornier gearbeitet.

(5) SPD-Abgeordneter Gansel erwähnte im Bundestag Verhandlungen zwischen der Dynamit Nobel AG und ägyptischen Offizieren über die Entwicklung einer **Langstreckenrakete vom Typ LORM.** Die Bundesregierung ließ dazu über Möllemann das Pseudo-Dementi abgeben, daß ihr keine Anträge auf Genehmigung von Raketenexporten nach Ägypten vorlägen. (6)

(6) **Die Firma OTRAG** hat Mitte der 70er Jahre Mittelstreckenraketen und Cruise Missiles auf einem Versuchsgelände in Zaïre erprobt. Nach eigenen Angaben besaßen die Geschosse eine Reichweite von bis zu 1000 km. Danach war es noch zu Kooperationen mit Libyen, Ägypten und Pakistan gekommen. Seit der Trennung von ihrem Chef Kayser gilt OTRAG wieder als
mit Libyen, Ägypten und Pakistan gekommen. Seit der Trennung von ihrem Chef Kayser gilt OTRAG wieder als
,,sauber'', d.h. man nahm ihr die Bekenntnisse ab, sie würde ja nur Höhenforschungsraketen bauen. Seither darf sie sogar den offiziellen Abschußplatz der Europäischen Weltraumorganisation ESA in Kiruna/Schweden benutzen. Was allerdings aktuell mißtrauisch stimmt: Gearbeitet wird an der zweistufigen Rakete 3-6 P2, die ,,vergleichbar mit der aus der militärischen Aries-Rakete abgeleiteten Minuteman'' sein soll (7). Die ,,Minuteman'' hat eine interkontinentale Reichweite von über 10 000 km... Das hat offensichtlich einigen Ärger auf diplomatis her Ebene ausgelöst, so daß die OTRAG vorläufig in Kiruna nicht mehr starten darf, und auch keine logistische Unterstützung durch die DFVLR mehr erhält (wie es bis vor kurzem noch der Fall war).

Der neue OTRAG-Chef Wukasch hat jetzt Helmut Kohl als Vermittler angerufen. ,,Sollte er damit keinen Erfolg haben, will er seine Aktivitäten wieder ins Ausland verlegen. (...) Nicht wieder Zaïre oder Libyen, dafür aber Schwellenländer in Südamerika oder im asiatischen Raum sind im Gespräch.'' (7)

Interessant ist weiterhin die Unterstützung von OTRAG durch den Staat und Großfinanziers: Während das Grundkapital weiterhin lächerliche 1 Million DM beträgt, belaufen sich die Zuwendungen ,,atypischer stiller Gesellschafter'' auf 173 Mio. DM! Aber auch diese Summe deckt nur ,,*nur zu 30 bis 50 Prozent*'' das derzeitige Betriebskapital. ,,*Die restliche Finanzierung erfolgt offenbar ohne große Schwierigkeiten über Banken und Finanzinstitute.*'' Die Bundesregierung ihrerseits hat 90% der OTRAG-Startkosten im Jahre 1983 getragen.

Verdächtig auch die Struktur der OTRAG: In der OTRAG-Zentrale in München-Garching ,,*sind erstaunlich wenig feste Angestellte beschäftigt. Sämtliche Fertigungsarbeiten werden nach außen vergeben.*'' Immer mehr drängt sich der Eindruck auf, daß die OTRAG eine reine Briefkastenfirma ist, die von Rüstungskonzernen und vom Staat finanziert und zur Deckung heikler Unternehmungen gebraucht wird. (8)

Die Haltung der SPD

Die Haltung der SPD

Bei der Bundestagsdebatte spielte die SPD, vertreten durch Norbert Gansel, wieder die abgriffene ,,Ja, aber''-Karte aus.

Einerseits wurde erklärt, daß die Produktion weitreichender konventioneller Waffen **zusätzlich** zu den schon stationierten ABC-Waffen abzulehnen sei.

Andereseits wurde ausgeführt, daß für die Schaffung einer ,,Defensivstruktur im Sinne einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit'' (...) ,,weitreichende Abstandswaffen durchaus notwendig seien''.

Einerseits wird erklärt, daß man Waffen ablehne, ,,die die Sowjetunion erreichen können'' (Gansel). Anderseits geht es bei den z.Z. laufenden Vorhaben (siehe oben) ja ,,nur'' um Geschosse, die tief in das Gebiet der DDR, der CSSR und Polens hineinreichen — und das reicht ja auch für ,,airland battle''. Schlußendlich forderte Gansel gar noch eine verstärkte Diskussion um ,,die Bedeutung der WEU für eine europäische Friedensordnung''. Nicht verwunderlich ist es daher, daß die SPD — trotzt vorheriger Ankündigung — sich schließlich doch nicht dazu ,,durchringen konnte'', dem Grünen-Antrag auf eine verbindliche Erklärung der Bundesregierung, keine Herstellung von strategischen Waffen in der BRD zuzulassen, sofort zuzustimmen. Stattdessen unterstützte sie den Regierungsvorschlag, das Thema durch Vertagung in die Ausschüsse auf die lange Bank zu schieben.

Jürgen Reents interpretierte die Windeleien damit, daß die SPD es sich ,,weder mit den neuen NATO-Konzepten (Airland-Battle und Rogers-Plan) grundsätzlich verderben will, noch mit der deutschen Rüstungsindustrie''.

Auf weitere Versuche, die ,,strukturelle Nichtangriffsfähigkeit'' mit Waffen für den ,,deep strike'' zu verbinden, darf man gespannt sein. Jeder blamiert sich so gut, wie er kann — das gilt auch für die SPD.

Jürgen/Stuttgart

Anmerkungen/Literatur
1 s. dazu ausfühlich in AK 244, 12.3.84
2 Wehrtechnik 2/84
3 Aviation Week & Space Technolo-
1 s. dazu ausführlich in AK 244, 12.3.84
2 Wehrtechnik 2/84
3 Aviation Week & Space Technolo-
gy, 21.5.84
4 Dornier Post, 4/80 und Wehrtechnik 2/83
5 Interavia 5/84
6 Protokoll der Bundestagsdebatte vom 28.6.84
7 Flugrevue 3/84
8 Alle Zitate und Zahlen in Interavia 4/84

Die Zitate von Jürgen Reents stammten aus der Bundestagsdebatte bzw. seiner nachfolgenden Presseerklärung.

Eine Materialmappe zu der Bundestagsdebatte ist erhältlich bei Jürgen Reents, Bundeshaus, 5300 Bonn

Sowjetunion warnt Bonn vor dem Bau strategischer Waffen

Bundesregierung weist Kreml-Memorandum als nicht akzeptable Einmischung zurück

Von unseren Korrespondenten

St.Z., 13.7.84

ue/en. MOSKAU/BONN. Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion ist eine Kontroverse um den Bau konventioneller strategischer Waffen entbrannt. Anlaß dazu ist der Beschluß der Westeuropäischen Union (WEU), die Bundesrepublik betreffende Beschränkungen für die Produktion solcher Waffen aufzuheben. In einem Memorandum, das der Bundesregierung bereits am Dienstag übergeben worden war, warnte Moskau die Bundesrepublik vor den politischen Folgen der Produktion weitreichender Angriffswaffen, welche „die Sicherheit nicht nur benachbarter, sondern der Bundesrepublik räumlich weit entfernter Staaten" bedrohen könnten. Die Bundesregierung wies die Moskauer Warnung am Donnerstag entschieden zurück. Das Auswärtige Amt betonte, die sowjetischen Vorwürfe seien eine nicht akzeptable Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland und in die Angelegenheiten der europäischen Partner der Westeuropäischen Union.

Die Aufhebung der Produktionsbeschränkungen, die der WEU-Vertrag von 1954 enthielt, war von einer Bonner Ankündigung begleitet worden, die Bundesrepublik wolle von den neuen Rechten keinen Gebrauch machen. Auf einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz, auf welcher der Text des Moskauer Memorandums vorgelegt wurde, zog ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums diese Absichtserklärung gestern in Zweifel. Es sei eine „berechtigte und logische Frage", weshalb Bonn als Initiator für die Beseitigung der noch bestehenden Einschränkungen aktiv geworden sei, um sodann zu erklären, das Ergebnis dieser Bemühungen nicht nutzen zu wollen. In Übereinstimmung mit dem Text des Memorandums machte der Sprecher außerdem geltend, daß die Bundesrepublik bisher alle Phasen der schrittweisen Lockerung des WEU-Vertrages zur Verstärkung ihres militärischen Potentials genutzt habe.

Hinweise auf die Bonner Erklärung wies der Sprecher außerdem mit dem Einwand zurück, die Aufhebung der bisherigen Beschränkungen sei an sich schon „alarmierend, destabilisierend und destruktiv" und stehe im Widerspruch zu Bonner Absichtserklärungen über eine Politik der Stabilität und Abrüstung. Auch das Moskauer Memorandum vom Dienstag hatte die Frage nach der allgemeinen Ausrichtung der Bonner Politik angeschnitten und auf „Geist und Buchstaben" des Potsdamer Abkommens von 1945, des deutsch-sowjetischen Vertrages von 1970 und der Schlußakte von Helsinki verwiesen. Diese Vertragswerke verpflichteten, wie es hieß, die Bundesrepublik, „nicht zur Verschärfung, sondern zur Verminderung der militärischen Konfrontation in Europa beizutragen, nicht zum Wettrüsten, sondern zur Abrüstung, nicht zur Untergrabung der Sicherheit, sondern zur Stabilität und zur Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten".

Wladimir Lomejko, der neue Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, kündigte an, Moskau werde seine – nicht näher bezeichneten – Reaktionen auf den WEU-Beschluß vom 27. Juni von der „tatsächlichen Entwicklung" und nicht von „Worten" abhängig machen. Moskau erwarte deutliche Stellungnahmen nicht nur von Bonn, sondern auch von den anderen Beteiligten. Entsprechende Vorstellungen hat Moskau auch gegenüber den USA sowie den übrigen Mitgliedsstaaten der WEU formuliert, zu der neben der Bundesrepublik, Frankreich und England noch die Beneluxländer und Italien zählen. (Fortsetzung auf Seite 2.)

Störmanöver der Friedensbewegung

Chance für die ,,unberechenbaren Chaoten''

Alles wie im letzten Jahr — bloß im kleineren Format, das gilt für die Friedensversammlung am 20.10.84 (wie am 22.10.83): Wie ,,Volksversammlungen'' in Bonn und Hamburg wird es auch diesmal ,,Friedensversammlungen'' in Stuttgart und Hamburg geben, bloß die Menschenkette ist vom Süden in den Westen (vom Hunsrück bis Duisburg) gerückt. Auch die Berufsoptimisten in der Friedensbewegung gehen davon aus, daß es nicht mehr als die Hälfte vom letzten Jahr werden dürfte.

Ganz anders und auf dem ersten Blick völlig offen erscheint die Frage, was aus den geplanten Manöverbehinderungen in diesem Jahr wird (vom 19. bis 22.9. im Raum Hildesheim, vom 22. bis 29.9. im Fulda GAP). Werden diese Demonstrationen verboten oder versucht der Staat, sie zu unterlaufen? Einen Moment mußte man sich fragen, ob die Friedensbewegung an dieser Frage gespalten wird oder nicht. Der kürzliche Anlauf von Bastian u. a. ging in dieser Hinsicht allerdings daneben (s. dazu an anderer Stelle in diesem AK).

Bleiben die linken Kräfte im diesjährigen tiefen Sommerloch stecken oder gehen sie an dieser Frage in die Offensive?

Sicherlich, manches davon wird erst im Verlauf der nächsten vier Wochen bis zu den Aktionen zu beantworten sein, doch ganz so offen ist es nicht, wozu hier einiges gesagt werden soll.

,,Die Bundesregierung wird diesem Treiben nicht einfach zusehen. Dort, wo es erforderlich sein wird, werden Manövergebiete zu militärischen Sicherheitsbereichen erklärt, in denen dann den ,Un-Friedensfreunden' entsprechend begegnet werden kann'', kündigte der ,,Bayernkurier'' am 21.7.84 an. Auch wenn das entscheidende Wörtchen ,,entsprechend'' nicht näher erläutert wird, die Drohung ist unüberhörbar. Mit Billigung der ,,Gewaltfreien'' solle *,,zum Schlag gegen die NATO-Truppen''* ausgeholt werden, *,,Sabotage und Spionageaktionen''* seien in Planung. *,,Auch in diesem Herbst werden, so ist zu befürchten, wieder Kommunisten, Jusos, Grüne und Linksextremisten in gemeinsamer Front gegen diejenigen marschieren, die Freiheit und Sicherheit verteidigen''*, heißt es in Franz-Josefs Hauspostille. Das signalisiert zunächst einmal, daß dort die angekündigten Behinderungsaktionen gegen die Herbstmanöver sehr ernst (erheblich ernster als in Teilen der Friedensbewegung) genommen werden und auf eventuelle harte Maßnahmen des Staates vorbereitet wird. Auch von seiten der britischen Rundfunkgesellschaft gibt es inzwischen eine besorgte Anfrage, was denn mit ,,ihren Jungs'' dort passieren

schen Rundfunkgesellschaft gibt es in-
zwischen eine besorgte Anfrage, was denn mit ,,ihren Jungs'' dort passieren

werde.

Etwas anders klang es beim Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums, Oberst Prayon; seinem Ministerium seien *,,detaillierte Informationen der ,autonomen' Friedenskämpfer in die Hände gefallen''*, wonach es sich *,,nicht um militante Leute''* handele, sondern um Demonstranten, die *,,innerhalb unserer Demokratie ihr Recht auf Meinungsäußerung wahrnähmen und man werde einander auszuhalten haben''*. Man träfe *,,Vorbereitungen dafür, daß ein ,Überreagieren' der Truppe bei Konfrontationen mit Demonstranten vermieden werde''*, allerdings könne man *,,von dem einfachen amerikanischen ,Landser' ''* (das hat er wohl verwechselt?) *,,nicht immer dieselbe Toleranz erwarten''* (nach ,,Hannoversche Allgemeine'', 26.7.84).

Zwar gehört es zu den Manöver-Richtlinien, daß nicht die Soldaten im Manöver in ,,Friedenszeiten'' (im Gegensatz zu Spannungs- und Kriegszeiten) zu Konfrontationen mit der Bevölkerung kommen sollen, was die Polizei zu erledigen hat, trotzdem klingt es so, als wolle man solche Aktionen in gewissem Umfang tolerieren und nur zum Teil direkt von Seiten des Staates eingreifen.

Um hier etwas genauere Angaben machen zu können, muß man einiges sagen, worin die mögliche Sprengkraft solcher Manöveraktionen der Friedensbewegung liegen kann.

Manöver sind Kriegsvorbereitung

Die verbalen Bekundungen innerhalb der Friedensbewegung, daß Widerstand und Protest nicht ausschließlich auf die atomaren Mittelstreckenraketen beschränkt werden dürfe, bekommen hier erstmals direkte praktische Auswirkungen, wo neue Kriegsvorbereitungsplanungen direkt nachweisbar werden. *,,Mit neuen Waffen zur größten Invasion seit 1945 auf dem Kontinent: Angehörige der britischen Rheinarmee''*, *,,London läßt seine Rheinarmee eine Kriegstechnologie erproben''* (Hannoversche Neue Presse'', 4.7.84). Diese Titelzeilen kennzeichnen sehr gut das Programm dieser Herbstmanöver.

Nachweisbar wächst das Ausmaß des in den Herbstmanövern eingesetzten Materials und Personals rapide an, die Kennzeichnung als ,,größtes seit dem zweiten Weltkrieg'' findet sich nebenbei für eine ganze Reihe der diesjährigen Manöver. Neben dem delikaten Hinweis auf den letzten großen ,,Ernstfall'' läßt sich also festhalten, daß die Teilnehmerzahlen schrittweise einer realen Mobilmachung angenähert werden. Unterstrichen wird dies zusätzlich dadurch, daß z.B. die Britische Armee in bislang nie gekanntem Umfang Reservisten zum Herbsteinsatz einrücken läßt. Zum anderen deutet sich an, daß dieses Jahr erstmals in größerem Umfang Übungen nach Konzepten des Air Land Battle stattfinden werden, also die Offensive nach Osten geprobt wird. Unter ,,neuen Technologien'' wird im o.g. Artikel z.B. nicht nur der neue britische Panzer ,,Challenger'' erwähnt, sondern auch der brandneue MLRS-(Multiple Launch Rocket System)Raketenwerfer, eines der neuen Waffensysteme für das Air Land Battle Konzept. Hinzu kommt noch ein ,,Kommunikationspaket'' ... eines der größten jemals im Vereinigten Königreich geplanten Militärprojekte ,,Neue Beweglichkeit, verbesserte Feuerkraft, neue Technologien, offensive Vorstöße ins Hinterland des Gegners'' und dergleichen mehr wird in den Herstmanövern nachweisbare, vom Reißbrett aufs Schlachtfeld gereifte Realität werden. Wenn die NATO-Manöver in der Presse gemeinhin kommentiert werden, die NATO ,,spiele Krieg'' — der Versuch, dem Ganzen seine reale Bedrohlichkeit zu nehmen, wird bei genauerer Beschäftigung mit dem Thema nur zu deutlich — so bieten die geplanten Aktionen die Möglichkeit, diese Fiktion aufzudecken und anhand nachweisbarer Fakten deutlich zu machen, daß es eben kein Spiel ist, sondern bitterer Ernst. Was dort in großräumigen Trainingslagern von Bundeswehr und ihren Bündnispartnern trainiert wird, ist der Ablauf eines Krieges in Europa, und zwar eines vom Westen als Angriff geführten Krieges.

Wenn es der Friedensbewegung gelingt, in einer guten Aufklärungsarbeit auch nur einen Teil dessen zu vermitteln und zu dokuzmentieren, was sich

im Herbst zwischen Hannover, Hildes-
auch nur einen Teil dessen zu vermitteln und zu dokuzmentieren, was sich

im Herbst zwischen Hannover, Hildesheim und Braunschweig abspielt, wäre das ein wesentlicher Beitrag zur inhaltlichen Stärkung des genauso weitverbreiteten wie oft nur allzu unfundierten Friedenswillens. Vom Argumentationsmaterial her jedenfalls gibt es im Grunde nur die Steigerung, die wir ja eben verhindern wollen: den Krieg.

Wie reagiert der Staat auf die Störmanöver?

Das zweite Politikum liegt in der Ankündigung und Planung, solchen Manövern in ihrem Ablauf in die Quere kommen zu wollen. Für den ,,Bayernkurier'' jedenfalls ist die Sache klar: *,,Der Manöverherbst wird heiß. Militante ,Friedensfreunde', die die Zerstörung des inneren Friedens bedenkenlos hinnehmen, blasen zum Sturm ... wurde die Planung von Sabotage- und Spionageaktionen für den Herbst vorgenommen. Dabei ist es nicht nur ein Skandal, daß diese politisch motivierten Extremisten ihre Attentate gegen die Bundeswehr und der in ihr dienenden Soldaten ungehindert vorbereiten können ...''* Kurzum, hier wird die Parole: ,,Dazwischenhalten'' ausgegeben.

Natürlich sieht es praktisch nicht so aus, wie der ,,Bayernkurier'' das zur Einstimmung schreibt, natürlich gibt es für den Staat die Möglichkeit, solche Aktionen ohne Konfrontation ablaufen zu lassen, natürlich könnte dem Fernsehen ein Bild angeboten werden, wo ein Oberst einen Dialog mit Friedensbewegten führt, seine Gulaschkanone zur Verfügung stellt oder an sein Revers die Blume eines Gewaltfreien steckt. Natürlich ist es für den Staat bzw. die Manöverleitung keineswegs einfach unkalkulierbar, welche Störungen zu erwarten sind, wenn im Manövergebiet im Fuldaer Raum bzw. bei Hildesheim einige tausend Leute für einige Tage Aktionen durchführen werden, eine Menschenkette als Abschluß im Fuldaer Raum für einigee Stunden auf bekannten Routen für Verkehrsruhe sorgt und am 22.9. im Raum Hildesheim für einige Stunden die Blockade von einigen Militäreinrichtungen und Manöverstellungen in größerem Stil ansteht. Will der Staat die Eskalation vermeiden, so setzt es aber nicht nur die Bereitschaft der Militärs voraus, die Manöversoldaten dafür auf ein freundliches Grinsen einzustellen, wie es der Oberst Prayon sagt, sondern auch die Bereitschaft, die Manöverbewegungen durch Demonstrationen einschränken zu lassen.

Daß dies bei entsprechendem Willen möglich wäre, ist einfach zu erläutern. Auch bei starkem Regen müssen zumindest die Manöverübungen auf freiem Feld eingeschränkt werden, weil ansonsten die schon eh starken Manöverschäden in vollkommen astronomische Höhen wachsen würden und damit gleichzeitig die schon vorhandene Wut der ansässigen Bevölkerung. Schon jetzt befürchtet der Oberkreisdirektor im Kreis Hildesheim bei einem Gespräch mit Vertretern der Landwirtschaft, daß *,,sich unsere Landwirte''* zu den Aktionen *,,der schlimmsten Chaoten und Kommunisten während des Manövers''* gesellen könnten (,,Hannoversche Allgemeine Zeitung'', 12.7.84).

Ob aber auch gegen Demonstranten solche Rücksichten vom Militär genommen werden sollen, ist zumindest zweifelhaft, denn immerhin müßte man ihnen den Erfolg zubilligen, solche Manöver tatsächlich behindern zu können, auch wenn man es anders verkauft. Da müßte denn auch das NATO-Bündnis mitspielen, die über die politische Vorgabe für die Polizeiaktion mitentscheiden. Vor allem jenseits des großen Teiches dürfte solch Bonner Anliegen (dies einmal vorausgesetzt) sicher nicht auf Begeisterung stoßen. Insofern müssen die propagandistischen Warnungen aus dem ,,Bayernkurier'' schon ernst genommen werden.

Wie stark ist das Friedensbündnis?

Ein weiterer Punkt betrifft den inneren Zustand des Friedensbündnisses, bzw. die Trägerschaft für diese Aktionen. Schon einmal, 1980, gab es Störmanöveraktionen im Raum Hildesheim, die wesentlich von Autonomen und antiimperialistischen Kreisen allein getragen worden waren. Neben einigen Sabotageversuchen kam es dann zu einer Demonstration in Hildesheim mit rund 2.000 Teilnehmern, die derartig von einem gewaltig aufgefahrenen Polizeiaufgebot bedrängt wurden, daß sie ,,froh'' sein konnten, ohne größere Konfrontationen eine Demonstration durchführen zu können. Zu Beginn dieses Jahres entstand dann in Osthessen und dann für Hildesheim erneut die Idee zu solchen Störmanövern. Auf der Kölner Aktionskonferenz Anfang Mai wurden dann solche Behinderungsaktionen sogar ins Programm aller Friedenskräfte aufgenommen. Sozialdemokratische Kräfte und DKP-Kreise wollten natürlich keine Behinderungsaktionen, aber der unabhängige Flügel hätte diese Aktionen trotzdem auch alleine gemacht, so daß sie schlecht aus einem gemeinsamen Katalog zu verbannen gewesen wären. Immerhin hatten eine ganze Reihe von Gruppen aus dem kirchlichen Spektrum, der BBU, das Komitee für Grundrechte sogar überlegt, Fulda zu d e r zentralen Aktion zu machen, wenn auf den Teil der Manöverbehinderungsaktionen verzichtet worden wäre.

Selbst einmal unterstellt, es wollten zahlreiche Kräfte aus diesem Bündnis heraus, so ginge das aus der inneren Logik des Friedensbündnisses heraus nur, wenn ganz offen zur Spaltung geschritten würde. Zweifellos hat diese Situation eine erhebliche Schutzfunktion für die geplanten Aktionen und und es ist auf jeden Fall ein wesentlicher Grund dafür, daß der Vorstoß von Bastian, Eppler und anderen Sozialdemokraten in der vorgetragenen Form nicht zur Spaltung geführt hat (s. anderen Ortes in diesem AK).

Andererseits ist für den Staatsapparat die Situation nicht mit der im letzten Herbst vergleichbar. Im letzten Jahr wurde zwar vollmundig gerade von Staatsseite der ,,heiße Herbst'' an die Wand gemalt, von großartigen Propaganda-Kampagnen gegen die Friedensbewegung geschwätzt, aber niemand war dumm genug, um solche Ankündigungen gegen Bündnisaktionen der Friedensbewegung wahrmachen zu wollen, denn jedes scharfe Vorgehen gegen die Friedensbewegung hätte unweigerlich die bestehende Polarisierung verstärkt. Der Rückgang des politischen Einflusses der Friedensbewegung nach Stationierungsbeginn könnte solche Rücksichtnahmen den staatlichen Planern überflüssig erscheinen lassen.

Wie wird und kann es nun weitergehen?!

Für die Vorbereitung und Planung der Fulda-Aktion hat die Initiative Volksbegehren in Hessen mit in ihrer Zeitung ,,Frieden jetzt'' in Absprache mit Fuldaern ein Mobilisierungsblatt in einer Auflage von 250.000 Exemplaren herausgebracht. Wir legen diese Zeitung der Ausgabe dieses AK bei.

Für die Aktionsvorbereitungen in Hildesheim ergibt sich folgender Stand: Vom 19. bis 21. September sollen von mehreren Camps aus Stör- und Behinderungsaktionen durchgeführt, Bevölkerungsagitation gemacht und die Manöverstellungen und -bewegungen ausgekundschaftet werden. **Zu den technischen Details der Hildesheim-Aktionen wird Anfang September vom Störmanöverbüro ein Info erstellt, Adresse: Büro Störmanöver, im Stadtteilladen, Edenstr. 38, 3000 Hannover 1, Tel.: 0511/663435; hier sind auch Aufrufe, Plakate, Broschüren und ein Bevölkerungsflugblatt erhältlich.**

Am Samstag, dem 22.9., soll dann eine Großaktion mit behinderndem Charakter im Manövergebiet stattfinden. Aus den norddeutschen Städten soll mit gut organisierten Autokonvois in das Gebiet gefahren werden (die Aktionen sollen spätestens um 8 Uhr morgens beginnen), was alleine schon den Manöverablauf behindern kann. Im ,,Gelände'' sollen dann ausgekundschaftete Stellungen, Depots, Kreuzungen, Brücken, Straßen usw. blockiert werden, ,,Sabotage''-Aktionen gegen Funkkabel, Aludrachen und dergleichen Dinge mehr gehören ebenfalls zum Programm. Ab 15 Uhr wird in Hildesheim eine Abschlußkundgebung mit Kulturprogramm stattfinden.

Soweit zumindest die Planungen. Ein kleines Problem gibt es allerdings noch zu erwähnen. Aus der Sicht der zur Zeit noch relativ geringen Kräfte, die voll in der Vorbereitung engagiert sind, ist derzeit noch gar nicht absehbar, wieweit insbesondere das linke, das unabhängige Spektrum bereit und gewillt ist, eine solche Aktion in größeren Teilen mitzutragen und vor allem organisiert vorzubereiten bzw. als eine Möglichkeit aufzugreifen, hier ein wenig politisch in die Offensive zu gehen. Jedenfalls meint der (bereits zitierte) ,,Bayernkurier'': ***,,Was die unberechenbaren Chaoten sich noch alles ausdenken, ist unabsehbar''***.

Antimil-Kommission KB-Göttingen/HH

Im Geiste der Offensive

NATO-Manöver und Übungen

In der bürgerlichen Berichterstattung heißt es gemeinhin über Bundeswehr- oder NATO-Manöver, es werde ,,Krieg gespielt'', wobei die Betonung natürlich auf ,,Spiel'' liegt. Ein kurzer, unvollständiger Blick auf frühere Manöver verdeutlicht eigentlich sehr schnell und überzeugend, daß diese ,,Spiele'' äußerst realistisch ablaufen und natürlich genau dem entsprechen, was sich Militärs und Politiker vorstellen, wie der nächste Krieg ablaufen wird/soll.

NATO-Stabsrahmenübung FALLEX 66

Die Übung fand im Herbst 66 statt. Sie wurde auf der Grundlage der wegen einiger Bedenken der SPD zu Einzelpunkten noch nicht verabschiedeten Notstandsgesetzesvorlage des damaligen Innenministers Lücke von den Militärs geplant und durchgeführt. An ihr nahmen auch jene SPD-Spitzenparlamentarier teil, die von ihrer Fraktion in den nach den Lücke-Plänen für den Notstand als Ersatz- und Miniparlament vorgesehenen ,,gemeinsamen Ausschuß'' gewählt worden waren. Mit dieser Übung versuchten die Generäle den Parlamentariern klarzumachen, wie sich die Militärs eine Anwendung der Notstandsgesetze vorstellen und welche Rolle dabei den Parlamentariern als Scheinlegitimatoren für die Beschlüsse der Regierung und der Generäle zugedacht war.

,,FUCHSJAGD'' 67

Ein halbes Jahr bevor die Notstandsgesetze durchgesetzt wurden, praktizierte die Bundeswehr bereits den inneren Notstand in einem Planspiel mit dem Namen ,,Fuchsjagd''. Lehrer der Bundeswehrhochschule für ,,psychologische Kampfführung'' reisten von Garnison zu Garnison, um die Offiziere in der Kunst zu unterweisen, mit militärischen Mitteln gegen zivile Demonstranten vorzugehen. Konkret übten die Offiziere bei ihrer Fuchsjagd den Einsatz einer Bundeswehreinheit zusammen mit dem Bundesgrenzschutz und der Polizei gegen 'Banden', den taktisch richtigen Einsatz eines Panzergrenadierzuges mit Schützenpanzerwagen gegen Demonstranten, die ein Kreiswehrersatzamt gestürmt haben sollen und schließlich Maßnahmen gegen Demonstranten, die vor einer Kaserne durch Sitzstreiks die Ausfahrt blockieren. (Vergleich: Spiegel, 4.12. 67)

Von den britischen Truppen ist ebenso wie vom bundesdeutschen Grenzschutz bekannt, daß das Training im Straßenkampf zur Standardausbildung gehört.

NATO-Stabsrahmenübung HILEX 75

,,Geübt und geprüft werden aber auch die Möglichkeiten, die 'Constraints' also die sich selbst auferlegte Zurückhaltung, langsam, abzubauen, etwa wo NATO-Truppen eine Grenze überschreiten können, ohne daß der Warschauer Pakt sofort mit einem Atomschlag antworten wird.'' (,,Spiegel'', 29/75)

HERBST 68 — MANÖVER ,,SCHWARZER LÖWE''

Wie schnell Planspiele und Manöver zum Ernstfall werden könnten, zeigten die Vorgänge im Zusammenhang mit der Krise in der CSSR im Sommer 1968. Im Sommer 1968 wurde das Manöver ,,Schwarzer Löwe'' im Bayerischen Wald an der Grenze zur CSSR angesetzt.

Die ,,Westdeutsche Allgemeine Zeitung'' berichtet über das ganze Ausmaß des Manövers und seines besonders aggressiven Charakters: *,,40.000*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Soldaten, 12.000 Radfahrzeuge, 120 Heereshubschrauber und starke Kampfverbände der Luftwaffe werden beteiligt sein... Auch hinsichtlich der Teilnahme verbündeter Truppen werden die Journalisten noch um Zurückhaltung gebeten, bis der ,,Schwarze Löwe'' läuft... Kampfverbände der Bundesluftwaffe werden... auch einen scharfen Einsatz mit Napalmbomben fliegen. Dieser Einsatz erfolgt im Rahmen der Angriffsübung einer gepanzerten Kampftruppe, ohne daß den scharf schießenden Angreifern ,,feindliche'' Manövertruppen gegenüberstehen'' (WAZ, 12.9.1968).

Erst aufgrund massiver Proteste der Sowjetunion bei den Westalliierten wurde Ende Juli das Manöver auf den 15. September verschoben und um 150 km von der Grenze zurückgenommen.

Die ,,Bonner Rundschau'' vom 26. Juli 1968 offenbarte die strategischen Überlegungen des deutschen und US-Imperialismus: ,,*Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu erkennen, was das Ausscheren Prags aus diesem Dreieck* (die Länder Polen, CSSR und DDR — d.V.) *bedeuten würde. Die Südflanke der Zone* (die DDR — d.V.) *und Polens wäre nicht mehr gedeckt, ein Vorstoß über die sowjetische Grenze wäre denkbar (!). Das Dreieck hätte seinen Wert, der Warschauer Pakt sein Herzstück verloren.''*

GLOBAL SHIELD 79

Im Herbst 79 kündigten die USA das ,,*umfassendste Manöver der letzten Zeit''* an: die Erprobung eines nuklearen Überraschungsangriffs gegen die Sowjetunion. Geplanter Manöverablauf: die strategischen Bomber der USA nehmen, ohne Atomwaffen an Bord zu haben, Kurs auf die SU, feuern möglicherweise sogar Raketen ohne Sprengköpfe und drehen erst unmittelbar vor der sowjetischen Grenze ab. Mit der Übung soll die Fähigkeit überprüft werden, ,,*Alarmmaßnahmen durchzuführen, wenn die Abschreckung versagt''*, so ein Sprecher des SAC. Den genauen Termin nennt das Oberkommando nicht, das Manöver soll für die SAC-Einheiten — wie im Ernstfall — völlig überraschend kommen. Die Sowjets, so der SAC-Sprecher, würden wohl rechtzeitig informiert. (Vergleich: ,,Spiegel'', 30.4.79)

WINTEX — CIMEX 79

Im gleichen Jahr gibt die ehemalige NATO-Sekretärin Ursel Lorenzen in einem Interview im DDR-Fernsehen an: ,,*Ich weiß, daß heute keine einzige Übung mehr stattfindet, ohne daß in ihrer Planung Atomwaffen gegen die sozialistischen Staaten eingesetzt werden.''* Der ,,Spiegel'' 12/79 schreibt dazu: Die Agentin zielt damit auf die zur Zeit laufende NATO-Planungsübung Wintex-Cimex 79, bei der Kommandoverfahren durchgespielt werden, die auch die Freigabe von Atomwaffen vorsehen.

,,*Das größte Herbstmanöver findet in diesem Jahr zwischen Hannover und Northeim statt... Es ist nach Angabe der Offiziere im britischen Hauptquartier in Mönchengladbach für die Engländer die größte und umfangreichste Übung seit Anfang der 50er Jahre. Neben den 55.000 Soldaten der in der BRD stationierten Rheinarmee werden mindestens 25.000 von der britischen Insel nach Niedersachsen geflogen. Das Verteidigungsministerium in London hat aus diesem Grund 20.000 Reservisten einberufen... 17.000 Soldaten aus den USA verstärken die amerikanische Brigade aus Garlstedt. Am 18.9. springen mehrere hundert Fallschirmjäger über dem Gebiet ab. Sie gehören zu der 82. Division, die Teil der Weltweiten Eingreifreserve ist, mit deren Aufbau die USA seit den Vorgängen im Nahen Osten fieberhaft beschäftigt sind... Vom 19. -25.9. werden von der Rheinarmee die derzeit modernsten britischen Kampfhubschrauber eingesetzt''.* (,,Göttinger Tageblatt'', 18.8. und 22.9.80)

GLOBAL SHIELD 81

400 Flugzeuge der Atombomberflotte üben ,,*einen Angriff auf gegnerische Stellungen''*. (,,Spiegel'', 2.2.81)

HERBSTMANÖVER 83

,,*Beim Herbstmanöver übten amerikanische Soldaten erstmals das Ausheben von Massengräbern. Zum ersten Mal auf deutschem Boden, verkündete ein Sprecher des V. US-Corps, probte die Army die Bestattung von massenhaft anfallenden Leichen — ganz so, als sei das eine besondere Attraktion... Schulter an Schulter und in Reihen, so ist es vorgesehen, sollen die Opfer verscharrt werden, massenweise eben, 'je nach Bedarf' (ein US-Kommandeur). Wie viele Gefallene ins Massengrab passen, wird anhand der Meßdaten hochgerechnet''.* (,,Spiegel'', 3.10.83)

WINTEX 83

Die ,,Sunday Times'', 13.3.83, schildert die Stabsübung wie folgt: Eine Krise entsteht. Östlich des Eisernen Vorhangs äußert sich dies in einem alarmierenden Anstieg der Militärmanöver. Als Antwort werden die 2,5 Millionen Mann der NATO in Bereitschaft versetzt. Alle Heimfahrten untersagt, alle Kommandoposten rund um die Uhr in Bereitschaft gehalten. Die Spannung und die Aggressivität steigen weiter an. Der Bereitschaftszustand der NATO steigert sich zum Alarmzustand und dann zum ,erhöhten Alarmzustand'. In allen 16 NATO-Staaten wird die Reserve mobil gemacht, Kriegsschiffe und U-Boote laufen aus, auf den Stützpunkten von Großbritannien bis zur Türkei wird die Luftwaffe mit scharfen — wenn auch bis jetzt nur konventionellen — Waffen bestückt.

Fazit der Übung:
Mit immer mehr Nachdruck fordern die NATO-Kommandierenden mehr und bessere konventionelle Waffen, um das zu korrigieren, was General Rogers 'das wachsende Ungleichgewicht zwischen uns' genannt hat — und um es der NATO zu ermöglichen, einen konventionellen Krieg in Europa zu führen und zu gewinnen... Der Befehl für einen nuklearen Schlag gegen den Warschauer Pakt wird gegeben. Der Umfang des Schlages sowie die ausgewählten Ziele sind ein streng gehütetes Geheimnis.



CONFIDENT ENTERPRISE 1983

An dieser Gefechtsübung der US-Army im Fulda-Gap nahmen 61.000 GI's teil. Geübt wurden Elemente des Air-Land-Battle. Im Schiedsrichterhandbuch heißt es u.a.: ,,*Alle Aspekte der nuklearen, chemischen und biologischen Operation (= NBC-Strike) werden in die Gesamtübung integriert.''*

Die Herbstmanöver 84

An den diesjährigen Herbstmanövern werden über 250.000 Soldaten teilnehmen. ,,*Die Übungen, die sich vom Nordkap bis zum Mittelmeer erstrecken, beinhalten unter anderem die größte Truppenlandung seit dem 6. Juni 1944, hieß es am Wochenende von seiten des NATO-Hauptquartiers für Europa (SHAPE) im belgischen Casteau.*

,Automn Forge' ist in 26 Heeres-, Marine- und Luftwaffenübungen untergliedert. Hauptschauplatz der Manöver sind die Bundesrepublik und die Benelux-Länder, wo rund 200.000 Mann zum Einsatz kommen sollen. Übungen werden jedoch auch in Norwegen, Dänemark, Italien und der Türkei stattfinden. Einer der Höhepunkte in diesem Jahr ist die Landung von 131.000 britischen Soldaten an den belgischen und niederländischen Küsten. Die Truppen sollen anschließend zu den ,,Kampfgebieten'' in Niedersachsen vorstoßen. Codename der Übung ist ,Lionheart'.'' (nach ,,taz'', 20.8.)

Die Britische Regierung hat erstmalig auch 5.000 gediente Reservisten einberufen, sowie eine große Anzahl Jumbo Jets und Kanalfähren für den Transport gechartert. (,,Gött. Tageblatt'', 27.1.) Insgesamt sind das 20.000 britische Soldaten mehr als noch vor vier Jahren. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Meldung, daß Großbritannien erstmals vor 4 Jahren seine Rheinarmee auf Kriegsstärke brachte. (HAZ,11.5.)

Genauso wie die US-Army dieses Jahr zum ersten Mal ihren neuen ABRAMS-Panzer mit nach Europa bringen wird, üben auch die Briten mit ihrem neuesten Gerät: Unter dem bezeichnenden Titel ,,*London läßt seine Rheinarmee eine neue Kriegstechnologie erproben''* beschreibt die ,,Neue Hannoversche Presse'':

,,*Die... Rheinarmee wird jetzt ihrer umfassendsten Modernisierung seit Jahrzehnten unterzogen — vom ultramodernen Panzer über neue Stahlhelme bis hin zu wetterfester Kleidung... Ein Kernstück ist die Einführung des ,,Challenger'' (Herausforderer), des ersten britischen Panzers mit einer neuen, schwer verwundbaren Panzerung ... Rund 320 Stück dieses Typs... sollen für neue Beweglichkeit sorgen... Eine fast dramatische Verbesserung ihrer Feuerkraft versprechen sich die Briten zudem von dem Mehrfach-Raketenabschußsystem MLRS (Multiple Launch Rocket System). Dabei handelt es sich um ein amerikanisches Modell mit 35 Kilometern Reichweite, das die USA gemeinsam mit Großbritannien, der Bundesrepublik und Frankreich produzieren wollen. Das einfachste MLRS-System feuert nach Angaben von Experten innerhalb von 13 Sekunden soviel Munition ab, wie sechs gegenwärtig verwendete 107-mm-Kanonen in 13 Minuten. MLRS kommt mit unbemannten Miniatur-Flugzeugen des Typs 'Phoenix' zum Einsatz (sogenanten 'Drohnen')...*

Ergänzt wird die bis Ende der achtziger Jahre angelegte Modernisierung noch durch ein 'Kommunikationspaket'.. eines der größten jemals im Vereinigten Königreich geplanten Militärprojekte der Elektronikindustrie.'' (4.7.84)

Bestandteil der Herbstmanöver ist auch die Übung REFORGER, in der 17.000 US-Soldaten in pausenlosem Einsatz nach Europa eingeflogen werden. Ein Gutteil des für diese Verstärkung benötigten Materials wird in Zukunft direkt am Einsatzort, also in zahlreichen Munitionsdepots in Grenznähe zur DDR eingelagert (POMCUS-Programm).

In der Luftwaffenübung COLDFI-
RE üben Luftstreitkräfte der BRD.

Programm).

In der Luftwaffenübung COLDFIRE üben Luftstreitkräfte der BRD, USA, Niederlande und Belgien.

Generell ist zu sagen, daß eine der wichtigsten Komponenten der Herbstmanöver die Abstimmung der verschiedenen Armeen untereinander ist (parallel dazu laufen umfangreiche Bemühungen zur Standardisierung des Geräts innerhalb der NATO), d.h. geprobt wird der Bündnisfall. Manöverschwerpunkte sind in diesem Jahr v.a. Niedersachsen, aber auch Bayern. Im Fulda-Gap finden lediglich zwei kleinere Übungen von Bundeswehr und US-Army statt.

Antimilitarismus-Kommission, KB/Göttingen

Airland Battle: Üben, üben, üben...

Um den diversen Spekulationen, die gegenwärtig verbreitet werden, ob die NATO-Truppen bereits nach der neuen Doktrin trainieren, etwas zu entgegnen, einige Passagen aus dem Airland Battle Konzept, aus denen klar hervorgeht, das s c h o n j e t z t intensives Training unbedingt erforderlich ist. Gerade w e i l für alle Kräfte im Friedensbündnis die Airland-Battle-Konzepte als Kriegsführungsvorbereitung gelten, werden gern einmal beide Augen zugedrückt, wenn es darum geht, eindeutig festzustellen, wie weit diese Konzeption längst Bestandteil der Planung und Erprobung. Das wird dann nicht nur von Bastian & Mitunterzeichner in ihrer Erklärung gegen die Herbstmanöver gemacht, sondern passiert auch schon einmal in der taz, die ansonsten recht intensiv das Airland-Battle-Konzept auf's Korn nimmt.

Es heißt beispielsweise im Airland-Battle-Konzept: ,,*Das Airland-Battle Konzept soll kein futuristischer Traum bleiben, bis alle neuen Systeme eingeführt sind. Korps und Divisionen können und müssen beispielsweise mit kleinen Änderungen jetzt — 1981 — beginnen, die Führung des Airland-Battle zu lernen und zu üben. Der Nutzen für die Kampfbereitschaft wird enorm sein und die Ausführung des Konzepts schon heute bedeutet, daß wir den Rahmen entwickeln, in den jedes neue System sofort eingepaßt und so die Anlaufzeit bis zur vollen Einsatzbereitschaft vermindert werden kann''*.

Und an anderer Stelle unter der Überschrift: ,,*Angriff auf nachrückende Staffeln: um eine solche Teilung der Interessen- und Einflußbereiche in Kriegszeiten effektiv zu gestalten, muß sie in Friedenszeiten häufig geübt werden... Aber nur durch ständiges Üben werden wir in der Lage sein diese Verwundbarkeiten auszunutzen. Wir müssen jetzt — in Friedenszeiten — üben, Einheiten des Warschauer Paktes zu erfassen und als Ziele zu analysieren. So werden wir darauf vorbereitet sein, sie anzugreifen, wenn es nötig ist. Zusätzlich können wir eine sorgfältige Vorbereitung des Schlachtfeldes durch Aufklärung betreiben und so darauf vorbereitet sein, hochwertige Ziele wie feste Brücken und mobile Stellungen anzugreifen...''*

Und nochmals: ,,*Da die Konsequenz in Form des Schlachtausgangs andernfalls zu schwerwiegend sein könnte, um bis 1986 mit er Übernahme des 'Airland-Battle'-Konzeptes zu warten, muß unser Heer jetzt damit beginnen zu ermitteln, wie wir aus unseren gegenwärtigen Potentialen das meiste herausholen können.''*

...,,*Und wie in allen Bereichen unseres Berufes müssen wir jetzt üben, was wir im Krieg zu tun beabsichtigen. Wir müssen üben, wie wir kämpfen werden.''*

In der Art der neuen anzuschaffenden Zielwaffen und der elektronischen und integrierten Erfassung gibt es auch gar keine grundsätzlichen Unterschiede im Bündnis, was bleibt, ist der Streit um die Rolle von atomaren und chemischen Waffen und der ewige Streit um die Frage offensiver oder mehr defensiver Kriegsführung, den schließlich der ,,Ernstfall'' entscheidet. Wer es u n s trotzdem nicht glaubt, daß Airland-Battle Konzeptionen auch bei der Bundeswehr geprobt werden, der glaubt vielleicht der ,,Österreichischen Militär-Zeitschrift'' (4/83), die über die Korpsgefechtsübung ,,Starke Wehr'' der B u n d e s w e h r im letzten Jahr schrieb:

,,*Das neueingeführte Gerät, etwa der Fliegerabwehrpanzer Gepard, das Waffensystem Roland, war von der Truppe gefechtsmäßig zu bewältigen. Somit bestimmte die durch die Heeresstruktur eingeleitete operativ-taktische Weiterentwicklung Übungsanlage und -verlauf, wobei die Einbeziehung der Luftstreitkräfte im Sinne etwa des von den amerikanischen Streitkräften vertretenen zukünftigen Konzepts des 'Airland-battle' als zusätzliche bestimmende Komponente einzubeziehen war.''*

Offener Brief norddeutscher Friedensgruppen

Es ist unserer Recht und unsere Pflicht, konkrete Kriegsvorbereitungen zu behindern

Ihr habt die Friedensbewegung öffentlich aufgefordert, von den geplanten Aktionen gegen die Herbstmanöver Abstand zu nehmen. Dieser Vorstoß erfolgt just zu der Zeit, wo die öffentliche Mobilisierung für die Aktionen gegen die Herbstmanöver im Raum Fulda und im Raum Hildesheim anläuft. In der gesamten Zeit der Vordiskussion und Planung dazu war von Euch nichts zu hören. Auch vor 3 Monaten, als dann die Beschlußfassung über die Herbstaktionen der Friedensbewegung auf einer bundesweiten Aktionskonferenz (Anfang Mai) folgte, die die Aktionen in Hildesheim und Fulda einschloß, war nichts dergleichen zu vernehmen.

Eine solche Kritik jetzt dann gleich über die Presse (in der Frankfurter Allgemeinen am 10.8. und in der Frankfurter Rundschau am 11.8.) vorzutragen, dürfte zumindest für das Bild der Friedensbewegung in einer breiteren Öffentlichkeit verheerende Folgen haben: Eine Diskussion wird in diesen Medien nicht möglich sein, es wäre fast ein Wunder, wenn z.B. unsere Antwort (immerhin von Mitverantwortlichen und Trägern der Aktion) dort berücksichtigt würde. Ihr seid zwar keine Sprecher der Friedensbewegung, aber Ihr werdet in der Öffentlichkeit solcher Medien zwangsläufig so angesehen, nachdem Eure so wichtige Unterstützung bisheriger Aktionen der Friedensbewegung dort schon in den Mittelpunkt gestellt worden ist. Eine solche Stellung sollte nicht mißbraucht werden, vor allem wenn man weiß, daß schon frühere Auseinandersetzungen gerade über solche Medien zu Spaltun-

den, vor allem wenn man weiß, daß schon frühere Auseinandersetzungen gerade über solche Medien zu Spaltun-

gen in ,,Gute'' und ,,Schlechte'', in ,,Vernünftige'' und ,,Chaoten'' hochgespielt wurden.

In einem Punkt können wir Euch gleich beruhigen: nicht nur bei den von Euch geringer in ihrer Bedeutung eingeschätzten Manövern im Fuldaer Raum sind Aktionen geplant, sondern genauso für die im Raum Hildesheim, die Ihr zu den bedeutenden zählt. Vielleicht hattet Ihr es übersehen, daß die Aufforderung dazu gleichzeitig in die Planungen für diesen Herbst beschlossen worden ist.

Ihr sagt, das Fulda-GAP sei nicht d i e Ausgangsposition für Offensivplanungen der NATO, es sei dafür keine geeignete Region. Richtig ist, daß bald die gesamte Bundesrepublik, speziell die Frontlinie als Ausgangspunkt gelten muß, ebenso kann die Interventionspolitik der NATO und insbesondere der USA etwa im Nahen und Mittleren Osten oder Nicaragua zu einem Auslöser eines Weltkrieges werden. Daß aber auch Osthessen ein solcher Ausgangspunkt ist, hat ja nicht die Friedensbewegung erfunden. Dies ist zu weltweiter trauriger Berühmtheit gelangt, nachdem entsprechende Kriegsplanungen für das Fulda-GAP veröffentlicht worden sind.

Ihr sagt, die Behinderung von Manövern treffe Soldaten und somit die falschen Addressaten. Es geht aber gar nicht darum, Soldaten in ihren persönlichen Belangen zu treffen. Von Euch positiv hervorgehobene Blockaden vor Kasernen könnten das viel eher, weil damit auch die Freizeitgestaltung von Soldaten getroffen werden kann. Warum sich ein Soldat — vor allem wenn er für die Sache des Friedens engagiert ist — persönlich angegriffen fühlen sollte, wenn Manöverbewegungen eingeschränkt werden, ist uns völlig unbegreiflich. Das Prinzip einer ungestörten Pflichtausübung durch Soldaten können wir nicht akzeptieren. Zwar nur selten in Manöverplanungen aber auf jeden Fall für den Notstands- und Kriegsfall gehört dazu sogar das Vorgehen gegen die Zivilisten. Bald jeder kennt die frühere Rede von Helmut Schmidt dazu: Geweint hätten die Generäle, als sie in Stabsmanövern geprobt hatten, die Straßen mit militärischen Mitteln von Zivilisten freizuräumen, d.h. freizuschießen und freizubomben. Hoffentlich kennen auch die einfachen Soldaten die Aufträge, die für sie vorgesehen sind.

Ihr sprecht von den Gefahren, die in Manövern beispielsweise von übermüdeten Panzerfahrern ausgehen. Das sehen wir auch. Regelmäßig bedeutet ein Manöver die Zerstörung von Äckern, Früchten und Umwelt, Unfälle und auch tödliche Unfälle sind an der Tagesordnung. Gerd Bastian und Helmut Prieß werden es genauer wissen, wo die Unverantwortlichkeiten für solche Manöverpraktiken liegen. Jahr für Jahr trifft dies die dort ansässige Bevölkerung, die Proteste dagegen sind ebenso zahlreich, wie die Abweisungen durch die Militärbehörden. Die Gefährdung für die vielen Menschen vor Ort, die dort während der gesamte Dauer der Manöver wohnen und sich nicht jeweils öffentlich vorher ankündigen können, ist ungleich größer als die für eine öffentlich geplante und angekündigte Demonstration. Wir ziehen daraus nicht den Schluß, nach dem St. Floriansprinzip die Bevölkerung dort allein dieser Gefährdung zu überlassen und unseren Protest an ,,sichere Orte'' zu verlegen. Natürlich wollen und müssen wir darauf achten, die Gefährdung im einzelnen durch entsprechende Pla-

zu verlegen. Natürlich wollen und müssen wir darauf achten, die Gefährdung im einzelnen durch entsprechende Pla-

nungen so gering wie möglich zu halten. Es ging Euch aber ja nicht um konkrete Hinweise dazu. Ein anderes Problem wäre es auch, wenn tatsächlich Militärbehörden und -stäbe einen rücksichtslosen Einsatz gegen Zivile und Bewohner planen sollten, aber davon war bei Euch nicht die Rede.

Und noch etwas: die für die Aufrüstung Verantwortlichen haben sich bisher in der Praxis taub für die Anliegen der Friedensbewegung gestellt, selbst dann, wenn eine Mehrheit in der Bevölkerung für solche Anliegen eingestellt war. Da ist es selbstverständlich unser Recht und unsere Pflicht, auch auf konkrete Kriegsvorbereitungen (z.B. solche Manöver) aufmerksam zu machen und auch unser Recht, diese zu behindern zu versuchen. Vermutlich läßt sich über den Sinn solcher Aktionen im einzelnen trefflich streiten. Selbstverständlich sollten aber alle gemeinsam für die Berechtigung solcher Aktionen eintreten, keine Ausgrenzungsversuche unternehmen und Solidarität gegen Versuche der Kriminalisierung von staatlicher Seite üben, selbst wenn man einzelne Aktionen anders beurteilt oder nicht mitzutragen bereit ist.

Trotz unserer Kritik möchten wir Euch nicht wünschen, daß dieser Fehler von Euch dahin führt, daß man jetzt Euch in den Medien zu Sprechern gegen die Friedensbewegung, gegen ihre Aktionen zu machen versucht.

Wir bleiben dabei und rufen alle auf, mit uns gemeinsam Aktionen gegen die Herbstmanöver durchzuführen, die auch Behinderungsaktionen einschließen. Mit über 200.000 Soldaten soll im Raum Hildesheim

— der reibungslose Aufmarsch für den Kriegsfall
— entgegen den Beteuerungen von ,,Verteidigungs''-Minister Wörner das Airland-Battle Konzept, ein Blitzkriegsangriffskonzept nach Osten
— und der Einsatz atomarer und chemischer Waffen geprobt werden.

Im letzten Herbst erregten US-Truppen auch deshalb besonderes Aufsehen, als sie dabei gleich ,,probeweise'' Massengräber aushoben. Britische Truppen sind daran beteiligt, die derzeit im Einsatz gegen die Bevölkerung in Irland stehen und die schon wiederholt in der Bundesrepublik den Straßenkampf probten.

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.

Arbeitsgruppe Frieden der GAL, Hamburger Friedenskoordination, Hamburger Blockadeplenum, Frauen gegen Krieg und Militarismus Hamburg, Hildesheim-Plenum Westberlin, Landesvorstand der Grünen Schleswig-Holstein, Hildesheim-Plenum Göttingen

KONTAKT : Hamburger Friedenskoordination, c/o Bernd Kruse, Jungfrauenthal 16, 2000 Hamburg 13, Tel : 040/476321

Dokument

Alfred Mechtersheimer:

Manöverbehinderungen sind sachgerecht und legitim

...ich danke Euch für den Brief mit den Bedenken gegen die geplanten Manöverbehinderungen im Fulda Gap. Diese Bedenken gab es von Anfang an, aber ein intensiver Diskussionsprozeß in der Friedensbewegung hat zu der allgemein akzeptierten Position geführt, daß Manöverbehinderungen mit Risiken behaftet sind, die wegen der Risiken aus der wachsenden Atomkriegsgefahr getragen werden müssen.

Es gibt sicher abwegige Vorstellungen über ,,Manöverbehinderungen'', die Eure Befürchtungen voll bestätigen. Prinzipiell jedoch sind gewaltfreie Aktivitäten im unmittelbaren Zusammenhang mit Manövern sachgerecht und angesichts der neuen Kriegsführungsstrategien voll legitimiert. Die Manöver sind eine Chance, den jungen Soldaten in der konkreten Manöversituation bewußt zu machen, daß ihr Auftrag, das Land zu verteidigen, durch NATO-Strategie und Bewaffnung zu einem Vernichtungsauftrag pervertiert ist. Wenn Anhänger der Friedensbewegung beispielsweise übende Truppen am Vormarsch hindern, dann machen sie die Manöver realistischer, weil diese Friedensgruppen für die Millionen Flüchtlinge stehen, die in der dicht besiedelten Bundesrepublik im Kriege die Straßen blockieren würden. Gewaltfreie Behinderung von Manövern ist nicht zuletzt eine pädagogische Aktion, um der Bundeswehr und den anderen NATO-Armeen den Widerspruch zwischen Verteidigungsauftrag und Vernichtungseinsatz vor Augen zu führen.

Eure Zweifel, ob das Fulda Gap für die Aktivitäten der Friedensbewegung geeignet ist, verstehe ich überhaupt nicht. Wenn dort, was wohl richtig ist, keine großen Manöver stattfinden, dann müßte dies doch Euren Bedenken entgegenkommen. Dessen ungeachtet ist das Fulda Gap jene Region in der Bundesrepublik, die der intensivsten Militarisierung ausgesetzt ist. Die dort in vollem Gange befindliche Verstärkung der militärischen Infrastruktur (Vorneverlegungen, Bau von Munitionsdepots u.a.) stehen im unmittelbaren Zusammenhang mit der neuen offensiven US-Kriegsführungsstrategie. Und es war hier, wo die US-Armee im vergangenen Jahr das Ausheben von Massengräbern übte. Die Bevölkerung wird mit Eurem Hinweis auf den Thüringer Wald als Angriffshindernis wenig anfangen können, wenn sie erfährt, daß in ihrer Heimat nach Planspielen der US-Armee 141 Kernsprengsätze detonieren sollen. (...).

Dokument

Heinrich Albertz, Gert Bastian, Heinrich Böll, Erhard Eppler, Oskar Lafontain und Helmut Prieß

Wir warnen davor, die NATO-Manöver zu stören

Wir wenden uns mit diesem gemeinsamen Brief an Euch, weil wir befürchten, daß der nach den Koordinationskonferenzen vom Frühsommer 1984 laut gewordene und seitdem von vielen Aktionsgruppen wie auch von den Grünen in Presseerklärungen und Broschüren unterstützte Aufruf zur ,,Manöverbehinderung'' vor allem in Hessen, unseren berechtigten Protest gegen Aufrüstung und wachsende Kriegsgefahr in eine falsche Richtung lenkt und damit schwächt.

Gerade weil die aggressive Vorwärtsstrategie der USA in Verbindung mit einer neuentwickelten nuklearen Kriegsführungsdoktrin und der Aufrüstung Westeuropas mit offensiven, eurostrategischen Nuklearwaffen, deren provozierendste Systeme allein in unserem Land in Stellung gebracht werden, uns alle herausfordert, immer mehr Mitbürger ohne und in Uniform zum Protest gegen diesen sicherheitspolitischen Irrweg zu mobilisieren, muß dieser Protest allein gegen die für den Irrweg Verantwortlichen gerichtet werden und in seinen Begründungen glaubwürdig bleiben.

Mit den Manöverbehinderungen der jetzt in Aktionskatalogen propagierten Art wird dies jedoch ebenso wenig erreicht wie mit der unzutreffenden Behauptung, besonders die militärische Infrastruktur in Hessen könne als Indiz für den offensiven Charakter der neuen amerikanischen Konzepte gelten.

Manöverbehinderungen jedweder Art treffen in erster Linie die jungen Soldaten der konventionellen Landstreitkräfte und ihre kaum älteren Vorgesetzten auf den untersten Führungsebenen von Gruppe, Zug und Kompanie. Soldaten also, die ihren Dienst zumeist in gutem Glauben leisten und von uns nicht als ,,Gegner'', sondern als Mitmenschen angesehen werden sollten, die es aufzuklären und vor dem drohenden Mißbrauch ihrer Dienstbereitschaft zu bewahren gilt.

In diesem Aufklärungsprozeß ist bereits viel erreicht worden, wie zum Beispiel die Unterzeichnung des ,,Darmstädter Signals'' gegen die nukleare Aufrüstung durch eine stetig wachsende Anzahl aktiver Bundeswehrsoldaten beweist. Dem friedenspolitischen Engagement dieser Unterzeichner würde jedoch ein schlechter Dienst erwiesen und der notwendige Aufklärungsprozeß innerhalb der Bundeswehr erschwert werden, wenn sich die Aktionen der Friedensbewegung im kommenden Herbst vor allem gegen die Befehlsempfänger, anstatt allein gegen die verantwortlichen Befehlsgeber richten sollten.

Bei den symbolischen Blockaden von Kasernen, in denen die neuen Mittelstreckenwaffen stationiert werden, war das zwar scheinbar auch der Fall. Aber eben nur scheinbar, denn tatsächlich ging es bei diesen auch von uns unterstützten Aktionen nicht darum, den Dienst junger Soldaten zu erschweren. Vielmehr kam es darauf an, Mitbürger und Soldaten auf die heraufbeschworenen Gefahren hinzuweisen und unseren Protest gegen diesen Wahnwitz gerade auch an den Stationierungsorten zum Ausdruck zu bringen.

Bei den geplanten Manöverbehinderungen der Übungstätigkeit konventioneller Truppen kann von einer solchen Absicht dagegen nicht die Rede sein. Auch deshalb nicht, weil die meist unter dem Stichwort ,,Fulda Gap'' von verschiedenen Aktionsgruppen und von den Grünen verfaßten Begründungen viele unzutreffende Angaben und Kombinationen im Zusammenhang mit dem amerikanischen Air Land Battle-Konzept enthalten und leider auch in manch unhaltbarer Behauptung gipfeln, was der Glaubwürdigkeit unserer berechtigten Kritik an diesem Konzept, sowie an der Gesamtentwicklung in der NATO und der WEU nur schaden kann.

So ist es zum Beispiel abwegig, ausgerechnet den geländemäßig schwierigen osthessischen Raum als künftigen Ausgangspunkt einer weitreichenden Offensive im Rahmen der neuen amerikanischen Vorwärtsstrategie zu bezeichnen, obwohl doch schon der gegenüberliegende Thüringer Wald eine solche Planung an dieser Stelle wenig wahrscheinlich macht und andere Regionen der Bundesrepublik weit günstigere Voraussetzungen für geplante Angriffsoperationen bieten.

Genauso unzutreffend ist die ständig wiederkehrende Behauptung, die größten und wichtigsten Herbstmanöver in der Bundesrepublik würden in diesem Herbst in Hessen stattfinden. Tatsächlich finden die größten Herbstmanöver 1984 im Korpsrahmen durch Briten und Belgier in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen statt, wobei lediglich die belgische Übung auch Nordhessen streift, während Amerikaner und Bundeswehr ihre großen Übungen in Bayern planen. In Hessen kommt es lediglich zu kleineren Übungen der Bundeswehr im Divisions- und Brigaderahmen, sowie zu Übungen amerikanischer Verbände auf noch niedrigerer Ebene. Von amerikanisch-deutschen Großübungen in Hessen zu sprechen, deren Ziel das Einüben einer Operationsführung nach dem Air Land Battle-Konzept sein soll, ist unrichtig und macht es unseren Kritikern zu leicht, der Friedensbewegung Falschmeldungen vorzuwerfen.

Auch mit dem von allen Aktionsgruppen und von den Grünen unterstrichenen Prinzip der absoluten Gewaltfreiheit sind Manöverbehinderungen nicht vereinbar. Im Gegensatz zu Blockaden, deren Auswirkungen kalkulierbar bleiben, würde z.B. schon ein Versuch, Truppenbewegungen zu behindern, unkalkulierbare Gefahren für Demonstranten wie Soldaten zur Folge haben. Es muß ja nicht erst ein Demonstrant zerquetscht werden, oder ein Panzer beim Ausweichmanöver des übermüdeten Fahrers über die Böschung stürzen, um das zu beweisen. Nicht minder gefahrenträchtig wären auch Versuche, Flugverkehr zu behindern und Störungen von Fernmeldeverbindungen, zumal gerade deren Funktionieren immer auch der Unfallverhütung und der schnellen Lebensrettung nach Unglücksfällen dient.

Wir bitten Euch deshalb dringend, von den geplanten Manöverbehinderungen abzusehen und unseren Protest gegen die zum Unsicherheitsfaktor mißratene Sicherheitspolitik der Bundesregierung, gegen die nukleare Aufrüstung bei uns und unseren Nachbarn in West und Ost, gegen die offensive Einkreisungspolitik und Kriegsführungsstrategie der USA und gegen den Mißbrauch Mitteleuropas als Knautschzone der beiden Supermächte so würdig und überzeugend wie bisher gegen die für alles das Verantwortlichen zu richten.

Die geplanten Friedenscamps, Menschenansammlungen und Diskussionen bieten dazu bei sachgerechter Argumentation viele Möglichkeiten. Sie sind besser als ,,Manöverbehinderungen'' geeignet, immer mehr Menschen von der Notwendigkeit einer radikalen Kursänderung zu überzeugen, die für eine solche Kursänderung erforderliche Mehrheit zu bilden und dabei gerade auch in den Streitkräften durch sachliche Diskussionen mit den Soldaten einen Bewußtseinswandel einzuleiten.

Störmanöver gegen Störmanöver

Fortsetzung von Seite 1

Die Verfasser des Briefes meldeten sich auch reichlich spät, nämlich acht Monate nach Beginn der Diskussionen um die Herbstmanöver, bzw. drei Monate nach den Beschlüssen dazu. Heinrich Albertz, Mitglied im Vorstand des Komitees für Grundrechte, hatte es offenbar sogar vergessen, sich dort zu erkundigen, weil auch diese Gruppierung die Aktionen im Raum Fulda bisher öffentlich unterstützt hat. So setzten sich der Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa, zahlreiche namhafte Vertreter aus Organisationen des Bonner Koordinationsausschusses, die Grünen und die unabhängigen Kräfte von diesem Vorstoß ab. Allerdings sollte dennoch die Wirkung des Briefes nicht unterschätzt werden: Neben der öffentlichen Propaganda gegen und zur Isolierung dieser Aktionen ist dies vor allem ein Warnschuß gegen sozialdemokratische Kräfte im Friedensbündnis. Wenn ein verstärkter Druck von staatlicher Seite hinzukommt, kann dieser Ball jederzeit wieder aufgenommen werden.

Dokument

Die Arbeitsgruppe Herbst antwortet:

Wir wehren uns gegen Kriegsvorbereitung

Mit Erstaunen haben wir Euer Schreiben im Zusammenhang mit den Herbstaktionen der Friedensbewegung in Osthessen zur Kenntnis genommen. Überrascht sind wird deshalb, weil sowohl die ,,Manöverbehinderung'' als auch das ,,Menschennetz'' am 29. September, das Ihr in Euren Ausführungen ja leider völlig ignoriert, bereits seit Januar in den Friedensinitiativen in der Diskussion sind. Ihr hättet also wahrlich Zeit gehabt, Euch zu einem Zeitpunkt in die Diskussion einzuschalten, der nicht in die Schlußphase der Mobilisierungsarbeit fällt.

Zum Inhalt: Eure Einschätzung, Kriegsführungsdoktrinen, eurostrategische Nuklearwaffen, aggressive Vorwärtsstrategie als ,,Irrweg'' zu verstehen, können wir nicht nachvollziehen. Ebensowenig sind wir bereit, die Sicherheitspolitik der Bundesregierung als eine ,,zum Unsicherheitsfaktor mißratene'' zu verstehen. Bei Airland-Battle und den dazugehörigen Maßnahmen handelt es sich um langfristige und konsequente Entwicklungen, die dem erklärten Ziel dienen, eine Kriegsführungsfähigkeit zu erlangen und eine westliche Weltvorherrschaft sowohl ökonomisch als auch militärisch abzusichern. Es geht u.E. auch nicht um den ,,Mißbrauch'' Mitteleuropas durch ominöse Supermächte, sondern um knallharte westliche Militärmacht- und Wirtschaftsinteressen, entsprechend auch unsere unterschiedlichen Vorstellungen von Protest und Widerstand.

Wo Ihr den Protest ,,allein gegen die für den Irrweg Verantwortlichen gerichtet'' sehen wollt, protestieren und wehren wir uns gegen diese Form der Kriegsvorbereitung. Wir sehen natürlich in dem Soldaten in erster Linie den ,,Mitmenschen'', aber auch den Mittätigen und Mitverantwortlichen für das, woran er beteiligt ist. Unser Interesse kann natürlich nicht sein, den Dienst junger Soldaten zu erschweren — die größte Erschwernis für Soldaten (...) ist das Manöver selbst —, sondern das, was sich da tut und was da vorbereitet wird. (...). Ihr unterschlagt völlig, daß jedes Jahr zahlreiche Verletzte und auch Tote im Zusammenhang mit Manövern zu beklagen sind. Unfälle, die nicht das geringste mit der Friedensbewegung, aber umso mehr mit bestimmten Erscheinungsformen des Militärs zu tun haben. Es ist unfair und falsch, den gewaltfreien Aktionsgruppen, die die Manöverbehinderungen vorbereiten, vorzuwerfen, derartige Vorhaben seien leichtfertig und unverantwortlich. (...)

In den Rundbriefen und Veröffentlichungen der ,,AG Herbst'' ist von Anfang an klargestellt worden, welche Aktionen wegen der möglichen Gefährdung Beteiligter nicht durchgeführt werden sollten. Im Aktionsrahmen der Manöverbehinderungen ist verbindlich und unmißverständlich formuliert: ,,Die Aktionen müssen so angelegt sein, daß menschengefährdende Gewalt ausgeschlossen ist'', und ,,Aktionen, die soweit eskalieren, daß menschengefährdende Gewalt nicht mehr auszuschließen ist, müssen abgebrochen werden''. Dazu handelt es sich bei den Mitgliedern gewaltfreier Aktionsgruppen immer um Personen, (...) für die die Nicht-Gefährdung von Menschen oberstes Gebot ist, und die ihre Verhaltensweisen im Einzelfall immer an diesen Maßstäben ausrichten werden. Soweit Überlegungen bezüglich des Luftverkehrs bzw. der militärischen Kommunikation vorhanden sind, ist es selbstverständlich, daß Aktionen in dieser Richtung immer unter der Maßgabe der Nicht-Gefährdung durchgeführt werden. Um einiges klarzustellen: Wir haben nie behauptet, ,,die größten und wichtigsten Herbstmanöver in der BRD'' würden in diesem Herbst in Hessen stattfinden. Das ist auch in keiner unserer Publikationen nachzulesen. Allerdings haben wir anhand der Beobachtungen von bald zehn Jahren festgestellt, daß in Osthessen im Herbst jeden Jahres Großmanöver stattfinden.

Daß nach den bisherigen Informationen dieses Jahr wahrscheinlich eine Reduzierung der Herbstmanöver in Osthessen vorgenommen wird, mag sogar ein bescheidener Erfolg unserer Aktivitäten sein.

Wir behaupten auch nach wie vor, daß in Hessen (aber keineswegs nur hier) amerikanische und zum kleiner Fall auch deutsch-amerikanische Großübungen durchgeführt werden, deren Ziel das Einüben einer Operationsführung nach dem ALB-Konzept ist. Und wir glauben, das auch belegen zu können anhand von konkreten Manöverbeobachtungen, von Aussagen von US-Militärs, anhand des Schiedsrichterhandbuches von Confident Enterprise (Herbst Großmanöver 83 in Osthessen) und auch von Artikeln in US-Militärzeitschriften. So wurde beispielsweise während der Herbstmanöver 83 die Simulation von Atomexplosionen beobachtet, wurden Markierungen gefunden, mit denen Gebiete als gasverseucht gekennzeichnet wurden. In dem dazugehörigen Schiedsrichterhandbuch ,,Reforger 83 Umpire Handbook'' wird der integrierte Einsatz von ABC-Waffen ganz klar festgelegt. In der US-Militärzeitschrift ,,Military Review'' vom September 83 beschreiben Colonel Lynch und Captain Bloxham, wie die 8. US-Infanteriedivision, stationiert in Bad Kreuznach, in der BRD nach ALB ausgebildet und trainiert wird. Belege dieser Art gibt es noch mehr, sie alle lassen die Behauptung zu, daß in der BRD bei Manövern die Operationsführung nach ALB eingeübt wird.

Entsprechend geht es auch nicht um die ,,Übungstätigkeit konventioneller Truppen'', was auch immer damit gemeint sein mag, sondern um Übungstätigkeit im konventionellen, chemischen, atomaren und elektronischen Bereich. Zur militärischen Infrastruktur Osthessens: Wir gehen davon aus, daß die militärischen Maßnahmen wie der Aus- und Neubau von Munitionslagern im konventionellen, chemischen und atomaren Bereich, der Neu- und Ausbau von Flugplätzen für Düsenflugzeuge und Kampfhubschrauber, die massenhafte grenznahe Truppenverlegung und der Ausbau der zivilen militärischen Infrastruktur (Straßenbau unter militärischen Vorgaben, Schnellbahntunnel etc.) im Rahmen der Kriegsführungsstrategien und mit Unterstützung der Bundesregierung erfolgt. (...)

Warum also nicht die Frage aufwerfen, inwieweit Osthessen zu einer Aufmarschachse in den Osten ausgebaut werden soll, wo die Indizien eine derartige Vermutung zumindest nahelegen? Unklar ist uns vor allem, welche ,,unzutreffenden Angaben und Kombinationen'', welche ,,unhaltbaren Behauptungen'' Ihr meint, uns vorhalten zu müssen. Gerade über diesen Punkt scheint uns eine Auseinandersetzung sinnvoll, allerdings dann auf der Grundlage von konkreten Untersuchungsergebnissen. (...)

Diese öffentliche Auseinandersetzung könnte z.B. im Rahmen einer Veranstaltung in Fulda stattfinden.

Stimmen zum Brief gegen die Störmanöver

,,Deutsche Volkszeitung''

Als ,,*eine Antwort an jene, die mit großer Liebe zum Detail Formen der 'Manöverbehinderung' im Herbst erörtern*'', bezeichnet Karl Deiritz in der ,,Deutschen Volkszeitung'' vom 17.8. den Brief von Albertz, Bastian etc. Teile des autonomen Spektrums würden der *Illusion erliegen*'', ,,*mit ein bißchen Sand im Getriebe der Manöver die NATO tatsächlich aus den Angeln heben zu können*''.

Bei den großen Medien würden sich ,,genügend Bluthunde finden'', die die ,,vermeintliche Militanz'' als Vorwand benutzen, um die gesamte Friedensbewegung als ,,gewalttätig'' zu diffamieren. Die Diskussion über die ,,politische Qualität verschiedener Aktionsformen'' im gemeinsamen Konzept (sprich: den Manöverbehinderungsaktionen) sei ,,nicht beendet''. ,,*Als einen Beitrag zu dieser Diskussion verstehen wir den Brief von Albertz u.a. — Aus dem Büro des Koordinationsausschusses in Bonn verlautet, man sei mit den Verfassern des Briefes im Gespräch*''. (Aus dem schöpferischen Beitrag für die ,,Qualität der Aktionen'' wurde dann bekanntlich nichts).

DFU - Hamburg

Als ,,*weder nützlich noch hilfreich*'' betrachtet es die Hamburger DFU in ihrer Erklärung, ,,*wenn Böll u.a. öffentlich die Aktionen der Friedensbewegung in 'gute' und 'schlechte' auseinanderdividieren. Fatal wäre allerdings ebenso, wenn die angesprochenen Gruppen nun ihrerseits mit Ausgrenzung reagierten*''.

fentlich die Aktionen der Friedensbewegung in 'gute' und 'schlechte' aus-

Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa

Die Aktionen in Fulda seien eine ,,konsequente Fortführung'' der Blockade-Aktionen vor US-Raketenbasen im letzten Herbst. An die Briefschreiber stellt der ''Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa'' die Frage, ob gemeint sei, daß künftig nur noch vor dem Kanzlerbungalow in Bonn oder dem Weißen Haus in Washington demonstriert werden dürfe. Es wird die ,,zweifelhafte Unterscheidung zwischen Befehlsempfängern und verantwortlichen Befehlsgebern'' kritisiert. Eine solche Argumentation sei nach den ,,millionenfachen Morden im 3. Reich'', die durch Befehlsnotstand gerechtfertigt wurden, einfach unmöglich (lt. ,,taz'' v. 17.8.84).

Eiertanz um eine Antwort

Rechtzeitig vor der Regionalkonferenz Nord (am 18.8.) bemühten sich Vertreter von Friedenskoordination und GAL, eine gemeinsame Stellungnahme zum Brief von Bastian und anderen herbeizuführen. Bei Jusos, DKP und DFU herrschte aber die Meinung vor, daß man bloß auf diesen Vorstoß ,,hereinfallen'' würde, wenn man die Auseinandersetzung aufnehmen würde. Während i n t e r n darüber gejammert wurde, wie großen Anklang dieser Brief gefunden habe, wie wenig in ihrem Spektrum die Hildesheim-Aktionen noch verankert seien, wurde dann öffentlich auf der Regionalkonferenz von ihren Sprechern der Kraftmeier herausgekehrt: ,,Wir lassen uns nicht von irgendwelchen Prominenten vorschreiben, was wir tun wollen'', meinte der Juso; ,,die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter'', hieß es von seiten der DKP.

Trotzdem unterstützten immerhin noch ca. ein Drittel der Anwesenden den von GAL und Friedenskoordination eingebrachten Offenen Brief (S. Faksimile).

Dokument

Die Grünen im Bundestag:

Gefahr eines Atomkriegs rechtfertigt Manöverbehinderungen

Die aggressive Vorwärtsstrategie der USA in Verbindung mit einer neu entwickelten nuklearen Kriegsführungsdoktrin und der Aufrüstung Westeuropas mit offensiven eurostrategischen Nuklearwaffen (nach den Plänen der von den USA entwickelten neuen NATO-Strategie Air-Land-Battle) lassen den Atomkrieg immer wahrscheinlicher werden. Die Vermutung wird zur Gewißheit, wenn man sich genauer ansieht, wie und was die NATO in ihren Manövern sowohl in Hessen als auch in Niedersachsen probt:

— geübt wird der Transport zehntausender US-Soldaten ,,an die Front'', das Gerät für diese Einheiten wird in Depots in der Bundesrepublik, möglichst nahe am kommenden Kriegsschauplatz gelagert. Zahlreiche solcher Depots werden in unmittelbarer Nähe zur DDR-Grenze neu gebaut.

— Geübt wird der Einsatz von Militär gegen die Zivilbevölkerung für den Fall von Streiks und Widerstand gegen den Krieg.

— Geübt wird das Air-Land-Battle-Konzept: Dieses Konzept sieht unter anderem schnelle und frühzeitige Vorstöße weit ins Hinterland des Warschauer Pakts vor, ist also eine ausgesprochen aggressive Offensiv-Strategie. In einem ,,integrierten'' Einsatz von atomaren, chemischen und konventionellen Waffen soll der Gegner, der Warschauer Pakt, in einem Blitzkrieg vernichtet werden.

— Geübt wird auch der Ersteinsatz atomarer und chemischer Waffen, d.h. auch die neuen Mittelstreckenraketen werden ihren Platz im Manövergeschehen haben.

— Geübt wird die Groß-Evakuierung der Angehörigen der US-Truppen und das Anlegen von Massengräbern, denn für die deutsche Bevölkerung sehen die Konzepte keine Evakuierung vor, sondern das ,,stay put'' (bleibt wo du bist).

Angesichts dieser Fakten genügt es nicht, lediglich an die Verantwortlichen zu appellieren. Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, daß trotz der vielen Demonstrationen, Reden und Briefe an die Führer der Supermächte und die Verantwortlichen in unserem Lande gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung Pershing II und Cruise Missiles stationiert werden.

Wir werden weiter Appelle an die Verantwortlichen richten, müssen aber unsere Forderungen an sie unterstreichen durch vielfältige kreative Aktionen des zivilen Ungehorsams. Dabei sollen die Aktionen so angelegt sein, daß sie die Manöver behindern, menschengefährdende Gewalt jedoch ausschließen.

Uns ist bewußt, daß die Soldaten, die an den Manövern teilnehmen, die aggressiven, offensiven Militärkonzepte nicht ausgearbeitet haben. Sie werden jedoch — gewollt oder ungewollt — zu willfährigen Helfern, denn ohne sie sind diese Konzepte nicht umzusetzen.

Es ist bedauerlich, daß die Absender des vorgenannten Briefes mit ihrem Schreiben die Bestrebungen der Staatsmacht unterstützen, die Friedensbewegung in sogenannte ,,Gemäßigte'' und ,,Radikale'' (und damit zu Kriminalisierende) auseinanderzudividieren. Wir bekräftigen unseren Aufruf zur Behinderung der Herbstmanöver, denn: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.

Ich fordere hiermit Verteidigungsminister Wörner auf (wie bereits mit Schreiben vom 6.8.84 geschehen) sich für das Absagen der in unserem Lande geplanten Kriegsvorbereitungen und Natur- und Lebensraum zerstörenden Herbstmanöver einzusetzen.

Dokument

Inge Ammon, Helmut Gollwitzer, Gerd Greune, Erich Küchenhoff, Alfred Mechtersheimer, Wilhelm Meinberg, Dorothee Sölle, Hermann Schäufele, Dieter Schöffmann, Mariele Schulze-Berndt, Klaus Vack, Andreas Zumach

Wir werden uns an Aktionen im Fulda Gap beteiligen

Liebe Freunde, wir sind unzufrieden über Euren Brief zu den,,Fulda Gap''-Aktionen. Einerseits geht Ihr von einigen falschen Voraussetzungen aus, und andererseits meldet Ihr Euch reichlich spät zu Wort, denn den Aktionsvorbereitungen, die bereits seit Monaten laufen, sind lange Diskussionen in der Friedensbewegung vorausgegangen.

Wir persönlich und, wie uns bekannt ist, viele Mitglieder unserer in der Friedensbewegung verankerten Organisationen werden uns an den Aktionen anläßlich der Herbstmanöver '84 im ,,Fulda Gap'' beteiligen, weil in der Tat insbesondere in Osthessen im Rahmen der amerikanischen Angriffsdoktrin (FM-100/5, Air Land Battle) derzeit die größte Truppen- und Waffenkonzentration in unserem Lande vorbereitet wird und das US-Szenario für den Beginn eines dritten Weltkrieges das ,,Fulda Gap'' vorsieht. Es gilt hier zu handeln. (...)

Wir sehen keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einerseits den gewaltfreien Blockaden der letzten Jahre, den bereits vielfach stattgefundenen Behinderungen von Munitionstransporten, Niedersitzen zur Störung des Fahrzeugverkehrs bei militärischen Einrichtungen und besonders den Behinderungen von Pershing-2-Transporten in Mutlangen und andererseits den geplanten Manöverbehinderungen im ,,Fulda Gap''. Diese Aktionen richten sich nicht gegen einzelne Soldaten, sondern gegen eine Aufrüstungspolitik und militärische Strategie, die die Kriegsgefahren steigern.

Wir wissen, daß die neuen US-amerikanischen atomaren Mittelstreckenraketen derzeit die extremste Gefahrenquelle für den Frieden in Europa darstellen, aber wir übersehen auch nicht die forcierte Militarisierung in anderen Bereichen. Daß überall im Lande und nicht zuletzt in Osthessen Manöver, Waffentransporte, Tiefflüge, militärische Einrichtungen etc. Ziele von Protesten bereits von breiteren Bevölkerungskreisen geworden sind, zeigt die gewachsene Sensibilität gegenüber der Gefahr. Nicht zuletzt durch Aktionen des zivilen Ungehorsams wird der Bevölkerung Einsicht in die Ernsthaftigkeit der Friedensbewegung und in die allseitige Militarisierung unseres Landes vermittelt.

Wir können verstehen, daß nicht alle Anhänger der Friedensbewegung bereit sind, militärische Einrichtungen zu blockieren oder sich vor Militärfahrzeuge zu setzen. Auch für uns sind ziviler Ungehorsam und gewaltfreier Widerstand nur eine Aktionsform gegen die Verschleuderung von Milliarden für Rüstung, gegen Militarismus und Kriegsvorbereitung. Es wäre jedoch falsch, die verschiedenen Demonstrationsformen, sofern sie grundsätzlich gewaltfrei und friedlich angelegt sind, gegeneinander auszuspielen. Durch Aufklärungsveranstaltungen, Unterschriftensammlungen, Schweigekreise, Kundgebungen etc. und durch die tagtägliche friedenspolitische Basisarbeit vor Ort gilt es immer mehr Bürgerinnen und Bürgern aufzuklären und für die Sache des Friedens zu aktivieren. Gleichzeitig aber sind der zivile Ungehorsam und sind Akte der Verweigerung legitime Widerstandsformen gegenüber einer Politik des atomaren Holocaust, der Umweltzerstörung, der Militarisierung der Gesellschaft und der Verelendung der Dritten Welt. (...)

Formierung einer Strömung

Leute aus dem In- und Ausland haben eine „Erklärung für den Frieden in Europa" veröffentlicht. Sieht man sich die bundesdeutschen Beteiligten an, so lassen sich drei Gruppen unterscheiden: sattsamst bekannte Prominenz aus dem Sozialistischen Büro (SB) und dessen Umkreis, grüne Parlamentarier von der streng blockübergreifenden Konfession, sowie zwei bekannte Vertreter der trotzkistischen Vierten Internationalen. Ein Unternehmen also, das es an Pluralität, Repräsentativität und Breite ohne weiteres mit der ‚Friedensliste' aufnehmen kann. Gleichwertig mit der ‚Friedensliste' ist auch die Transparenz des Unternehmens: nur bei den grünen Unterzeichnern des Aufrufs ist die politische Zugehörigkeit angegeben.

Fügt heute jemand den Wagenladungen von Proklamationen, Selbstverständnisdefinitionen und Programmpapieren aus der Friedensbewegung eine weitere Erklärung hinzu, so darf, falls nicht einfach gedankenlose Umwelt-Vermüllung betrieben werden soll, eine bestimmte politische Absicht vermutet werden. Diese Absicht läßt sich in der Regel aus d e n Punkten erschließen, durch die sich die neue Erklärung von den vielen bisherigen schon vorliegenden unterscheidet. Ein Vergleich lenkt die Aufmerksamkeit auf folgende Punkte:

— „Überwindung der Teilung Europas" als Voraussetzung für die Friedenssicherung. Daß mit dieser abgedroschenen Phrase etwas anderes gemeint wäre als die friedliche Öffnung Osteuropas für die politische, soziale und ökonomische Eindringen des Freien Westens, wird aus dem Text der Erklärung nicht ersichtlich. Die Formel von der „Hegemonie der Supermächte" über Europa zwischen den „eigenständigen Interessen" der europäischen Völker einerseits, den „hegemonialen und Machtinteressen der Supermächte" andererseits ist so schamlos aus älteren Jahrgängen der „Peking Rundschau" abgeschrieben, daß man sich nur noch wundern kann. Hier wird einem Euro-Nationalismus so demagogisch das Wort geredet, daß man ziemlich sicher sein darf, es sei von den Unterzeichnern gar nicht so böse gemeint. Wie aber dann? **Und, Hand aufs Herz, wer ist als Autor für diesen Stuß verantwortlich?**

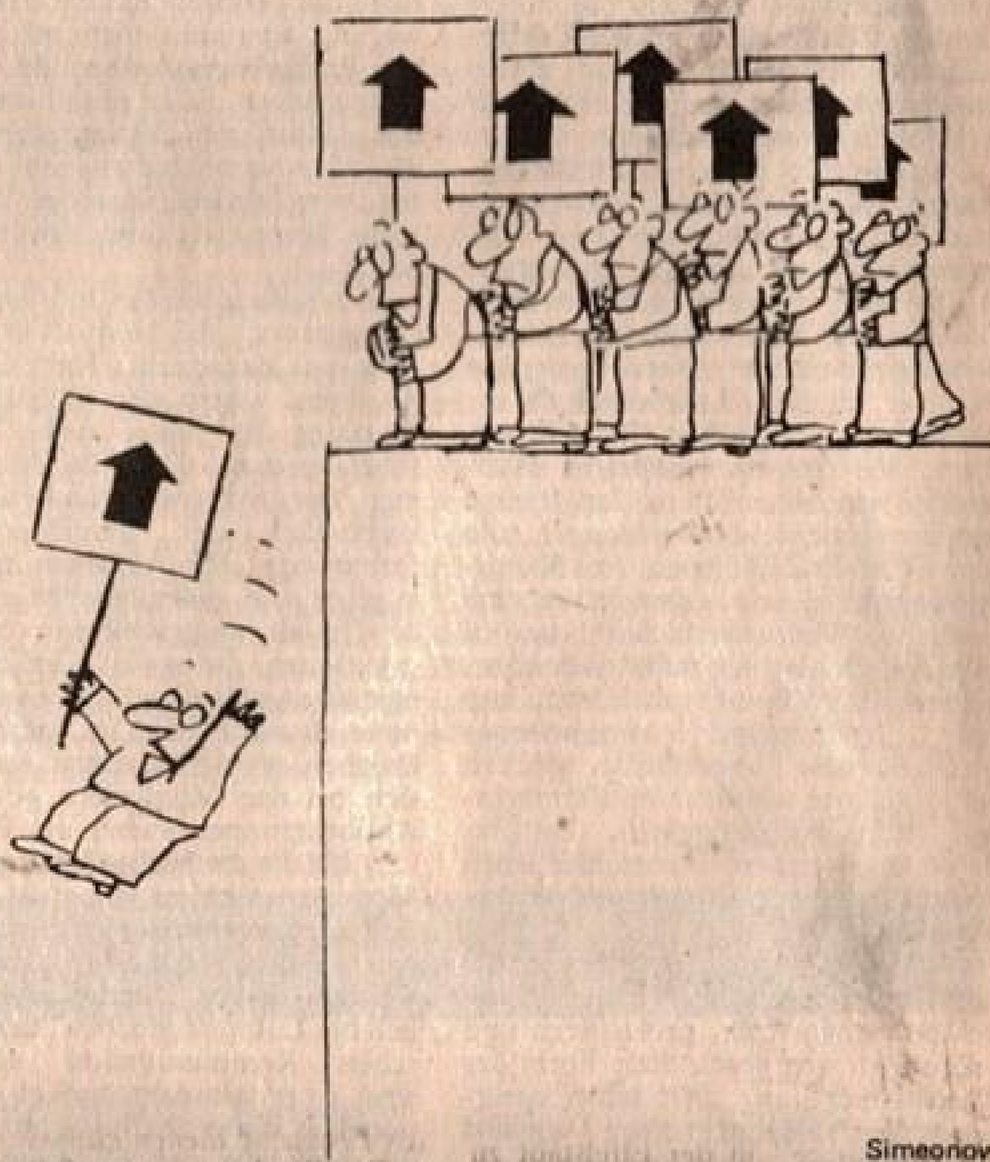
— Nicht zu finden ist in der Erklärung die Forderung nach Austritt der BRD aus der Nato, zu der sich verbal die Grüne Partei immerhin bisher noch bekennt. S t a t t d e s s e n, so muß man wohl sagen, ist nur von der „schrittweisen Auflösung der beiden Blocksystem" die Rede. Dabei hat sich doch mittlerweile herumgesprochen, daß diese Forderung ähnlich brisant und aufregend ist wie die Forderung nacht totaler Abrüstung in Ost und West: jeder kann problemlos dafür sein, keiner braucht praktische Konsequenzen zu ziehen. Da sind selbst linke Sozialdemokraten mitunter schon ein paar Schritte weiter.

— Statt einem atomwaffenfreien Europa bis an die Grenzen der Sowjetunion wird Atomwaffenfreiheit bis zum Ural gefordert. Solange man innerhalb der Logik der atomaren Abschreckung bleibt, wird man zugeben müssen, daß diese Parole auf eine enorme Benachteiligung der Sowjetunion gegenüber ihrem Hauptgegner, den USA, hinausläuft: der eine soll (unter gigantischen Kosten!) seine Atomwaffen im eigenen Land total umgruppieren, der andere kann alles so lassen, wie es ist. So zu rechnen, mag unsinnig sein, aber sowjetische Politiker und Militärs, das weiß man doch, denken nun einmal so. Für sie ist es völlig unannehmbar, ihre westliche Landeshälfte völlig von Atomwaffen zu räumen, ohne daß für die USA vergleichbare Verpflichtungen auf deren eigenem Territiorium gelten. Die Formel „...bis zu Ural" ist also, abgesehen von ihrem üblem euronationalistischen Beigeschmack, nur dazu geeignet, ein atomwaffenfreies Europa zu blockieren und der Sowjetunion dafür die Verantwortung anzulasten.

— In der Erklärung wird zwecks „Überwindung der Teilung Europas" eine Reihe von „vertrauensbildenden Schritten" vorgeschlagen. Genauer gesagt: es heißt zwar „Wir schlagen vor", aber gemeint ist vernehmbar „Wir fordern!". Denn einen V o r s c h l a g zu machen, setzt voraus, daß man den Adressaten davon zu überzeugen vermag oder zumindest versucht, daß das Vorgeschlagene auch für ihn selbst nicht ganz unvorteilhaft ist. Dieser Überzeugungsversuch findet in der Erklärung nicht statt und k a n n auch gar nicht stattfinden, weil alles, was da „vorgeschlagen" wird, einseitig zu Lasten der in Osteuropa Herrschenden gehen würde. Daß die Forderungen dezidiert genau diesen Charakter haben, wird dadurch kaschiert, daß man wieder einmal von „Ost und West" spricht, als seien beide gleichermaßen gemeint. Aber ist es etwa im Westen ein Problem, „regelmäßige Treffen und Konferenzen" zu organisieren? Ist im W e s t e n die Veröffentlichung von Diskussionspapieren ein Problem? Wer ist konkret gemeint, wenn gegen „Wehrkunde in den Schulen und Universitäten" und gegen „paramilitärische Ausbildung" polemisiert wird? Wen meinen die Unterzeichner denn, wenn „regelmäßige öffentliche Informationen über die Militärausgaben" gefordert werden!

Man kann alles das selbstverständlich von den Herrschenden Osteuropas fordern, m u ß es vielleicht sogar. Aber man sollte doch nicht übersehen, daß diese Regierungen aus einer Reihe von Gründen, die in erster Linie durch ihre eigene Schwäche bedingt sind, solchen Forderungen in absehbarer Zeit nicht nachkommen werden. Solche Forderungen mit sonstigen Äußerungen der Friedensbewegung zu vermanschen und zu verpanschen, kann deshalb nur heißen, dem Osten an einem bestimmten Punkt den Schwarzen Peter zuzuschieben, dem Westen implizit Pluspunkte zu verleihen (denn er kann mit den Forderungen nach „vertrauensbildenden Maßnahmen" nun einmal besser und leichter umgehen als die Gegenseite) und im Endergebnis abzulenken von d en Dingen, auf die es eigentlich ankommen müßte: eine Politik, die sich gegen die Kriegsrüstung und die Kriegsvorbereitungen der NATO und unserer e i g e n e n Obrigkeit in allererster Linie wendet. Es ist vermutlich kein Zufall, daß in der „Erklärung für den Frieden in Europa" die einseitige Abrüstung der Bundeswehr nicht vorkommt, daß der Austritt aus der NATO nicht vorkommt, daß die Kritik an den USA und der gesamten NATO als Hauptkriegstreiber nicht vorkommt bzw. durch eine phrasenhafte Gleichsetzung von Ost und West direkt dementiert wird. Das Wort „blockübergreifend" als vornehmer Titel für die Abschwächung der Kritik am e i g e n e n, dem westlichen, kapitalistischen System, das ist zwar mutmaßlich nicht das von den Unterzeichnern gemeinte, aber doch das feststellbare Ergebnis. Daß Reagan und Kohl sich angesichts solcher Differenzierungen in der Friedensbewegung ins Fäustchen lachen, wäre zuviel behauptet: dazu sind beide wirklich zu blöd.

Kt., Hamburg


Simeonow

Dokument

Erklärung für den Frieden in Europa

aus: taz, 7.8.84

Initiative Ost-West-Dialog, Berlin

Wir leben in der gefährlichsten Periode der Geschichte der Menschheit. Ein dritter Weltkrieg ist nicht nur möglich, er wird immer wahrscheinlicher. Tiefgreifende ökonomische und soziale Krisen in den entwickelten Industrieländern, die erneut sich verschärfende Konfrontation zwischen den Supermächten, der explosive Nord-Süd-Konflikt und Kriege in der Dritten Welt bilden die Grundlage politischer Spannungen und heizen einen wahnwitzigen Rüstungswettlauf an.

Seit über 25 Jahren verfügen die Militärmächte der NATO und des Warschauer Vertrages über genügend Waffen, um sich gegenseitig zu vernichten und gleichzeitig die Grundlagen des zivilisierten Lebens zu zerstören. Doch Jahr für Jahr hat das Wettrüsten die Zahl dieser Waffen weiter vermehrt. In Europa, dem geographischen Hauptschauplatz der Ost-West-Konfrontation, werden gegenwärtig neue Waffensysteme in Stellung gebracht, die einen atomaren Krieg führbar und gewinnbar machen sollen.

Angesichts dieser Situation sind die Völker Europas aufgerufen, sich über die System- und Blockgrenzen hinweg ihrer Verantwortung für den Frieden und die Zukunft dieses Kontinents bewußt zu werden. Das wachsende Engagement von Menschen in den Friedensbewegungen ist ein sichtbarer Ausdruck dieser Verantwortung. Der gemeinsame Kampf gegen die bedrohliche Aufrüstungs- und Konfrontationsdynamik findet in den einzelnen Ländern Ost- und Westeuropas unter jeweils spezifischen Bedingungen und mit entsprechend unterschiedlichen Schwerpunkten statt.

Als Europäer in Ost und West und als Mitglieder von Parteien, Gewerkschaften und Kirchen sowie von unabhängigen Initiativen und Bewegungen erklären wir unseren Willen zur Zusammenarbeit für einen wirklichen und selbstbestimmten Frieden auf diesem Kontinent. Dabei sind für uns die folgenden Grundsätze und Ziele untrennbar miteinander verbunden.

1. Beendigung des Wettrüstens und Durchsetzung von Abrüstungsschritten

Wesentliche Voraussetzung für einen Stopp des Wettrüstens ist die Überwindung des Abschreckungssystems und des militärischen Gleichgewichtsdenkens. Für den Schrecken gibt es kein Gleichgewicht, es gibt nur eine Spirale des Schreckens. Die atomare Abschreckung droht das zu zerstören, was sie zu verteidigen vorgibt. Wir verweigern uns den Rechtfertigungen, die beide Militärblöcke für ihre jeweiligen „Nachrüstungen" und „Nach-Nachrüstungen" geben. Wir werden weiter - mit allen uns zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln - Widerstand leisten gegen jede neue Rakete, die im Westen oder Osten Europas stationiert wird. Darüber hinaus treten wir ein für effektive Abrüstungsschritte im atomaren, chemischen, bakteriologischen und konventionellen Bereich, für atomwaffenfreie Zonen und für einen rüstungsverdünnten Gürtel an der Grenze zwischen den beiden Blöcken. Unser Ziel ist ein atomwaffenfreies Europa vom Ural bis Portugal.

2. Der Frieden ist unteilbar

Unser Eintreten für den Frieden muß zuallererst auf die jeweils konkrete Situation des Landes gerichtet sein, in dem wir leben. Zugleich aber muß unser friedenspolitisches Handeln grenz- und blockübergreifend sein - in Europa und über Europa hinaus. Deshalb treten wir ein für die Beendigung jeglicher militärischer Einmischung der Supermächte und der europäischen Staaten in der Dritten Welt, für den Abzug aller ausländischen Truppen aus allen Ländern und für das nationale Selbstbestimmungsrecht aller Völker. Unsere aktive Friedenssolidarität bezieht alle Teile der Welt ein, wo militärische Gewalt herrscht oder wo Völker von militärischer Gewalt bedroht werden - das gilt für die internationalen Beziehungen ebenso wie für die Verhältnisse im Inneren der Gesellschaften. Die Friedensfähigkeit einer Gesellschaft beweist sich auch in ihrer Fähigkeit zum inneren Frieden.

3. Die volle Respektierung der Menschenrechte

Für uns bedeutet Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg. Deshalb beschränkt sich unser Friedensengagement auch nicht auf die Frage der Abrüstung. Frieden umfaßt für uns zugleich auch die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung, die ungehinderte Organisations- und Reisefreiheit und die umfassende Wahrnehmung demokratischer Rechte auf politischer und gewerkschaftlicher Ebene. Jede Verletzung der Menschenrechte, wo immer sie geschieht, gefährdet den Frieden - auch dann, wenn die Waffen schweigen.

4. Eine neudefinierte Entspannungspolitik

Wir treten ein für die Entspannungspolitik, die nicht nur den politischen, ökonomischen und kulturellen, sondern vor allem auch den militärischen Bereich umfaßt. Eine Entspannungspolitik, die nicht mehr nur oder vorrangig das diplomatische Geschäft der Regierungen, sondern vor allem eine Sache der Völker selbst und insbesondere der sozialemanzipatorischen Bewegungen in Ost und West ist. Eine Entspannungspolitik, die basiert auf vielfältigen Kontakten zwischen Individuen und sozialen bzw. Berufsgruppen, auf dem Abbau von Feindbildern, auf einem intensiven Erfahrungs- und Meinungsaustausch über alle den Frieden und die Zukunft Europas betreffenden Fragen und auf lebendigen Friedenspartnerschaften in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir brauchen den Dialog und die Verständigung auf allen Ebenen, und wir brauchen vor allem eine Entspannungsdynamik von unten.

5. Die Überwindung der Teilung Europas

In Europa wird es solange keine wirkliche Sicherheit und keine stabile Friedensordnung geben, wie dieser Kontinent geteilt und der Hegemonie der beiden Supermächte unterworfen bleibt. Die Blockteilung Europas nährt nicht nur die Konfrontation und das Wettrüsten, sie begrenzt zugleich auch die Souveränität und die Handlungsmöglichkeiten der Gesellschaften in Ost und West. Die eigenständigen Interessen der Völker in beiden Teilen dieses Kontinents stehen in immer stärkerem Widerspruch zu den hegemonialen und Machtinteressen der Supermächte. Deshalb bildet die schrittweise Auflösung der beiden Blocksysteme für uns eine zentrale Leitlinie und Aufgabe von Friedenspolitik. Im Sinne der hier genannten Grundsätze und Ziele und als vertrauensbildende Schritte in Richtung auf ihre Verwirklichung schlagen wir vor:

- Niemand darf für sein Friedensengagement diskriminiert oder verfolgt werden, auch wenn seine Auffassungen nicht mit denen der Regierung, der herrschenden Parteien oder offiziellen Friedensinstitutionen seines Landes übereinstimmen.
- Den freien Austausch von Informationen und Meinungen zwischen Ost und West über alle den Frieden und die Zukunft Europas betreffenden Fragen.
- Regelmäßige Treffen und Konferenzen in Ost- und Westeuropa, an denen alle für die Sache des Friedens engagierten Personen und Gruppen teilnehmen können.
- Veröffentlichung aller Diskussionspapiere und Dokumente solcher Friedensveranstaltungen in Ost- und Westeuropa.
- Reisefreiheit für alle Menschen überall in Europa.
- Initiativen in Ost und West gegen alle Formen des Militarismus im Inneren der Gesellschaften, insbesondere gegen Wehrkunde in den Schulen und Universitäten, gegen paramilitärische Ausbildung, für eine umfassende Friedenserziehung und eine unabhängige Friedensforschung.
- Persönliche Friedensverträge, Friedenspartnerschaften zwischen Gruppen, Institutionen und Städten in Ost und West und blockübergreifende Initiativen für atomwaffenfreie Zonen.
- Regelmäßige öffentliche Informationen über die Militärausgaben der Länder Ost- und Westeuropas sowie über ihre Beiträge innerhalb der jeweiligen militärischen Paktsysteme.

Diese vertrauensbildenden Schritte bewegen sich im Rahmen der Vereinbarungen der KSZE-Konferenz von Helsinki. Ihre Verwirklichung in der Praxis ist nicht nur ein Gebot der Vertragstreue, sondern v.a. der politischen Vernunft im Dienste der Entspannung und Kooperation für den Frieden.

Diese Erklärung wurde ausgearbeitet von der „Initiative Ost-West-Dialog" in Berlin.

Erstunterzeichner der Erklärung:

Belgien: Prof. Ernest Mandel (Ökonom).
BRD: Prof. Dr. Ulrich Albrecht (Friedensforscher), Prof. Elmar Altvater (Ökonom), Gert Bastian (MdB), Wolf Biermann (Liedermacher), Hans-Christoph Buch (Schriftsteller), Dieter Esche (Die Grünen-MdEP-Nachrükker), Joschka Fischer (Die Grünen-MdB), Jürgen Fuchs (Schriftsteller), Milan Horacek (Die Grünen-MdB), Petra Kelly (Die Grünen-MdB), Dr. Alfred Mechtersheimer (Friedensforscher), Jakob Moneta (Gewerkschafter), Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr (Politologe), Prof. Dr. Oskar Negt (Soziologe), Prof. Horst-Eberhard Richter (Psychoanalytiker), Klaus Vack (Sekretär des „Komitee für Grundrechte und Demokratie").

Frankreich: CODENE (Koordination für die Denuklearisierung Europas), Françoise Galland (Föderation für eine alternative Linke), Victor Leduc (Chefredakteur von 'Critique Socialiste'), Maurice Najman (Journalist), Ginette Skandrani (Parti Vert/ Grüne Partei).

Griechenland: Michel Triadafillides (AKE - Unabhängige Friedensbewegung Griechenlands).

Großbritannien: Jan Kavan (Direktor von Palach-Press).

Italien: Alexander Langer (Alternative Liste für ein anderes Südtirol), Rossana Rossanda (Journalistin), Enrico Testa (Präsident der Lega per l'ambiente).
Österreich: Matthias Reichl (Unabhängige Friedensinitiativen Österreichs).
Schweiz: Schweizerischer Friedensrat.
CSSR: Ladislav Hejdanek, Jaroslav Sabata, Petr Uhl, Anna Marvanova (alle Mitglieder der Charta 77).
Ungarn: György Dalos (Schriftsteller), Janos Kis (Philosoph), György Konrad (Schriftsteller), Mihaly Vajda (Soziologe).
Aus der **Listy-Gruppe** (tschechoslowakische sozialistische Opposition): Dr. Zdenek Heizlar (Politologe), Prof. Zdenek Mlynar (Politologe), Jiri Pelikan (MdEP).
In der BRD lebende Friedensaktivisten aus der **DDR:** Roland Jahn, Andrea Kreibich.
Polen: Wlodek Goldkorn (KOS - Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung/Polen), Lew Kopelew (Schriftsteller), Raissa Orlowa-Kopelewa (Schriftstellerin), Zbigniew Kowalewski (früherer Vorsitzender von Solidarność in Lodz).

Bitburger Blockade:

Die Justiz schlägt zu

Fast ein Jahr nach der Blockade einer Zufahrtsstraße zur US-Air Base Bitburg werden jetzt Strafbefehle an die damals Festgenommenen verschickt.

Der Bitburger Stützpunkt *,,gilt als modernste Basis der US-Luftwaffe in Europa''* (,,Trierischer Volksfreund'', 22.1.83). Außerhalb der USA wurden die jeweils modernsten US-Flugzeuge stets zuerst in Bitburg stationiert, so z.B. die F-4 ,,Phantom'' oder die F-15 ,,Eagle''. Momentan stehen dort etwa 90 F-15 bereit. Am 9.3.84 hatte Bitburg einen besonderen Jahrestag zu verzeichnen — vor genau 30 Jahren nämlich wurden hier die ersten atomaren Mittelstreckenraketen der USA in Europa aufgestellt.

Im Zusammenhang mit der NATO-,,Nachrüstung'' war Wüschheim bei Bitburg als möglicher Stationierungsort für Cruise Missile-Marschflugkörper im Gespräch (,,Stern'', 10.9.82), was die regionale Friedensbewegung veranlaßte, im Vorfeld der Herbstaktivitäten ,,Aktions- und Kulturtage'' in der Eifelstadt zu veranstalten. Vorgesehen war ein Sternmarsch auf Bitburg sowie die Blockade einer oder mehrerer Zufahrten zur Air Base. In langwierigen Auseinandersetzungen über die Gestaltung der Blockadeaktion einigten sich die beteiligten Friedensgruppen auf ein ,,offenes Bezugsgruppensystem'' und beschlossen, keinerlei Absprachen mit Polizei und sonstigen Behörden zu treffen, weder vor noch während der Aktion.

Am Freitag, den 2.9.83, setzten sich ca. 600 Menschen in Bewegung, um die wichtige Verbindungsstraße zwischen Housing und Air Base zu besetzen, an der entlang jedoch eine dichte Polizistenkette mit Hunden Aufstellung genommen hatte, im Hintergrund Wasserwerfer und Gefangenentransporter. Die ursprünglich geplante 24-stündige Dauerblockade konnte aufgrund des massiven Vorgehens der Polizei (Wegtragen, Wasserwerfereinsatz, Gefangennahmen) nicht durchgeführt werden. Stattdessen fanden während der zweitägigen Aktion — an der sich schließlich an die tausend Menschen beteiligten — mehrere Einzelblockaden statt.

Insgesamt wurden 305 Personen verhaftet, die Personalien wurden festgestellt und Photographien angefertigt. Per Gefangenentransporter ging es zur Bitburger Feuerwache, wo die Leute für einige Stunden festgehalten wurden. Gegen 283 Festgenommene, darunter fünf Mitglieder des Bundestages, leiteten die Behörden Ermittlungsverfahren wegen des ,,Verdachts der Nötigung'' ein.

Augenblicklich ergehen Strafbefehle an die Betroffenen. Mit Summen zwischen 600 und 4.000 DM, bzw. Tagessätzen zwischen 30 und 80 Tagen, liegen die Strafen empfindlich hoch. Hiermit wird die durch den damaligen Polizeieinsatz vorgezeichnete Linie fortgeführt.

Es besteht die Gefahr — sollte es zur Durchsetzung der Strafbefehle bzw. zu massiven Verurteilungen abseits des ,,Publikumsinteresses'' kommen —, daß der in einer politisch unterentwickelten Region entstandene Widerstandswille auf Jahre hinaus gebrochen wird.

KB-Gruppe Trier

Rechtshilfefonds Bitburg:
Konto-Nr.: 296 921, Stadtsparkasse Trier, BLZ 585 500 80
Stichwort ,,Rechtshilfe''

Das Mittelmeer - Die Karibik der EG

Betrachtungen zur Süderweiterung der EG

Auf der Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der zehn EG-Staaten in Fontainebleau (25./26. Juni) wurde bekräftigt, daß die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal so rechtzeitig abgeschlossen werden sollen, daß die Erweiterung der EG zum 1.1.86 gewährleistet werden kann. Außer Irland werden dann elf EG-Staaten zugleich Mitglied in der NATO sein.

Da es vor allem die politisch-militärischen Erwägungen gewesen sind, die die Pläne zur Erweiterung der EG bestimmten, stehen jene am Anfang dieses Artikels, während wir im zweiten Teil auf die wirtschaftliche Situation der Beitrittskandidaten, den Stand der Verhandlungen und die möglichen Auswirkungen des Beitritts für diese Länder eingehen werden.



Das Mittelmeer: Karibik der EG

In NATO- und EG-Kreisen wird übereinstimmend die Mittelmeerregion als Gebiet mit den ,,größten Sicherheitsrisiken'' oder gar als zukünftiges ,,Krisengebiet Nummer Eins'' (NATO-Studie 1980) betrachtet. Immerhin werden in und von diesem Raum aus wichtige Ziele verfolgt:

- die Bedrohung der Sowjetunion von der Südflanke her;
- der ständige militärische Druck auf die Golf-Staaten auch von Norden her;
- das Verhindern einer sozialistischen Revolution in einem der südeuropäischen Länder.

Speziell für die EG wird *,,als häufigster (Grund für eine verstärkte Zusammenarbeit) — besonders seit der Erdölkrise 1973 — die Komplementarität der beiden Regionen angeführt. Der Begriff wird durch die Überlegung gerechtfertigt, daß sich die EG-Mitgliedsstaaten durch eine hochentwickelte Industrie- und Wirtschaftsstruktur auszeichnen, die umfangreiche Rohstoffmengen benötigt, während die Mittelmeerländer für ihre Industrialisierungspläne technisches know-how und Produktionsstätten bedürfen, die zur Milderung ihrer sozialen Probleme dienen können ...*

Die Wachstumsraten fast aller Mittelmeerländer liegen bei höherem Ausgangsniveau im allgemeinen über denen des Durchschnitts der Entwicklungsländer. In den Erdölförderländern hat sie sich sogar überporportional beschleunigt'' (van Well in:,,Integration'' 1/79, S. 4). So bilden denn die Staaten der Arabischen Liga den größten Handelspartner der EG (vgl. ,,Informationen für die Außenwirtschaft'', 4/84). Politisch wird den Mittelmeerländern darüber hinaus eine bedeutsame Rolle *,,als Brücke zwischen der EG und den Ländern Afrikas''* (van Well) zugewiesen.

,,Das Mitelmeer (nimmt) in den Vorstellungen europäischer Strategen eine ähnliche S o n d e r s t e l l u n g (ein) wie der karibische Raum'' für die USA (Wallace u.a. in:,,Europa-Archiv'' 19/77, S.627). Dies gilt insbesondere wegen der westeuropäischen Abhängigkeit vom Golf-Öl, die trotz erheblicher Steigerungen des Selbstversorgungsgrades der EG weiterbesteht. Dabei ist augenfällig, daß langfristig die U S A als H a u p t k o n k u r r e n t am Golf betrachtet werden (vgl. Ruehl in ,,EA'' 2/78; Hager).

Derzeit aber haben wir es im Mittelmeerraum mit einer gut aufeinander abgestimmten Arbeitsteilung zwischen EG, USA und NATO zu tun. Die NATO unterhält in Südeuropa die zahlenmäßig stärkste strategische Gruppierung des Obersten Kommandobereiches Europa.. Neben den strategischen Hauptstoßkräften des 16. US-Raketen-U-Boot-Geschwaders und der 6.US-Flotte sind dort rund 1,1 Millionen Soldaten , 3000 Kampfpanzer und 1000 Flugzeuge stationiert. Die Flotten Frankreichs, Italiens und Englands operieren ständig, die anderer NATO-Staate, darunter die BRD, zeitweilig im Mittelmeer. Mit der Stationierung US-amerikanischer, französischer und italienischer Truppen im Libanon fand der erste gemeinsame Einsatz von NATO-Truppen außerhalb des Geltungsbereiches seit 1978 (Zaire) in der Mittelmeerregion statt.

Durch den spanischen NATO-Beitritt im Mai 1982 gelang es, *,,die gesamte iberische Halbinsel sowie die angrenzenden Gebiete des Atlantik und des Mittelmeeres ... als rückwärtiges Gebiet für den zentraleuropäischen Kriegsschauplatz der NATO nutzbar''* zu machen (Jahrbuch Internationale Politik und Wirtschaft 1983, S.126) und eine weitere ,,Transitstation nach dem Nahen Osten (und eine) vorgeschobene Plattform Richtung Afrika'' zu erschließen (Europäische Zeitung'' 3/79 in: Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, Krisenprozesse in der kapitalistischen Weltwirtschaft, S.333).

An ihrer europäischen Südflanke verfügt die NATO nun über eine Kette von der Türkei (Frontstaat zur SU und Flankenstellung zum Nahen Osten), Griechenland, den ,,unentbehrlichen Stützpunktträger'' Italien, Frankreich bis hin zu Spanien und Portugal (Operationsbasis bei ,,Big-Lift''-Aktionen).

Einige der genannten Staaten wären aus eigener Kraft gar nicht in der Lage, ihre Streitkräfte gemäß der NATO-Richtlinien zu unterhalten. Unter den Hauptfinanziers auswärtiger Militärhilfe befindet sich auch die BRD, deren Anleihen es dem portugiesischen Imperialismus lange Zeit ermöglichten, seine Kolonialkriege im südlichen Afrika fortzusetzen. Ebenso wurden der Ausbau der portugiesischen Flugzeugindustrie und das Aufstellen der ersten NATO-Brigade Portugals mit westdeutscher Hilfe vorangetrieben. Zur Zeit zahlt die BRD an Portugal alle 18 Monate eine Militärhilfe von 45 Mio. Mark. Ebenfalls in den Genuß westdeutscher Militärhilfe kommt Griechenland (267 Mio. DM von 1964-79), und mit der spanischen Regierung verhandelte Kriegsminister Wörner erst kürzlich über die Belieferung mit dem Kampfpanzer ,,Leopard II'' und eine verstärkte Rüstungskooperation (vgl. ,,Weser-Kurier'', 29.2.84). Hingewiesen sei an dieser Stelle ebenfalls auf die umfangreiche politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung, die der türkischen Militärdiktatur seit Jahren von der BRD gewährt wird.

Zu keinem Zeitpunkt war die EG gewillt, ihre Interessen in der Mittelmeerregion lediglich mit den Mitteln der wirtschaftlichen Durchdringung abzusichern:*,,Die europäischen Kräfte sollten daher zweckmäßigerweise die Verteidigung eher auf anderen Wegen (als denen einer Seestreitmacht) stärken: durch ein hocheffizientes Überachungssystem mit den neuesten elektronischen Möglichkeiten, durch Raketenstützpunkte an der Küste, Unterseeboote und U-Boot-Abwehrflugzeuge und alle sonstigen Mittel zur Abwehr von Seestreitkräften. Ganz besonderer Wert sollte dabei auf die Luftstreitkräfte gelegt werden, zu deren Entfaltung das Mittelmeer ideale Bedingungen bietet. Europa hat zahlreiche Luftstützpunkte, und Luftstreitkräfte kann man in Konfliktsituationen viel besser steuern als Kanonen oder Raketen: Sie können drohen, ohne zu schießen, sie können Ziele mit viel größerer Sicherheit ausmachen und sie können — im Gegensatz zu einer Rakete — nach dem Start auch weider zurückgerufen werden. Natürlich müßten solche Streitkräfte von Europa finanziert werden und eventuel aus speziell hierfür gemeinsam entwickelten Flugzeugen bestehen''* (Hager, S.259 f.).

Verknüpfung von NATO- und EG-Mitgliedschaft

Aufgrund der strategischen Bedeutung der Mittelmeerländer und der zunächst höchst instabilen bürgerlich-demokratischen Regierungen, die Mitte der 70er Jahre in diesen Staaten eingesetzt wurden, wurde das Eingreifen der EG jeweils als Mittel zur Stabilisierung der bürgerlichen Herrschaft gegen Linksentwicklungen genutzt und die positive Bearbeitung der Anträge auf EG-Mitgliedschaft mit Verbleib oder Einbindung in die NATO verknüpft.

Griechenland (seit 1981 EG-Mitglied) war 1974 nach Ablösung der Obristen-Diktatur teilweise aus der militärischen Struktur der NATO ausgetreten. Es war der westdeutsche Kanzler Schmidt, der 1975 die griechische EG-Vollmitgliedschaft von der Wiedereingliederung in die NATO-Südost-Flanke abhängig machte. Tatsächlich unterstellte Griechenland kurz vor dem EG-Beitritt seine Streitkräfte wieder dem NATO-Oberbefehl.

—Innenpolitisch sahen die Parteigänger der Regierung Karamanlis in der EG-Mitgliedschaft ein nützliches Mittel, ,,um dem Erstarken der Linken Einhalt zu gebieten'', die, darunter die PASOK des heutigen Ministerpräsidenten Papandreou, einen Beitritt zur EG ablehnten (EA 19/77).

In **Spanien** hält die ,,sozialistische'' Regierung von Ministerpräsident Gonzales zwar nichts mehr von einem NATO-Austritt, aber immerhin will sie ihr Wahlkampfversprechen, in dieser Legislaturperiode eine nicht-verbindliche Volksabstimmung über den Verbleib in der NATO durchzuführen, einlösen. Dabei muß sich die sozialistische PSOE mit einer Anti-NATO-Massenbewegung auseinandersetzen, an der sich die sozialistische Gewerkschaft UGT und einige große PSOE-Regionalverbände beteiligen; erst kürzlich demonstrierten in Barcelona mit über 100.000 und in Madrid mit mehreren zehntausend Menschen die NATO-Gegner ihre Stärke (vgl. Artikel im letzten AK).

Über das politische Eingreifen der PSOE in die Kampagne im Vorfeld der Abstimmung soll ein Parteitag im Dezember 84 entscheiden. Ministerpräsident Gonzales, der eine Loslösung vom Westen für ,,absurd'' hält, versucht, die Interessen der EG-Imperialisten am Verbleib Spaniens in der NATO dahingehend auszunutzen, ,,akzeptable Bedingungen'' für die EG-Mitgliedschaft zu erhalten und wirft zu diesem Zweck den Köder aus, daß wohl *,,die in die EG aufgenommenen Spanier gar nicht mehr so viel gegen das atlantische Verteidigungsbündnis einzuwenden hätten''*(,,FAZ'', 23.5.84). Gleichzeitig versuchte die spanische Regierung, durch Nicht-Unterstützung nebensächlicher Punkte der Abschlußerklärung der NATO-Außenminister ihre spanischen Kritiker davon zu überzeugen, daß NATO-Mitgliedschaft keinen Verzicht auf einen eigenständigen Kurs bedeuten müsse, (vgl. ,,taz'', 2.6.84).

Die heftigsten Klassenkämpfe nach dem Sturz einer Militärdiktatur fanden bekanntlich in **Portugal** statt. Die Befürchtungen der Imperialisten, in Portugal könne eine Volksregierung gebildet werden, waren nicht gering. Entsprechend massiv und vielseitig war die Einmischung der Imperialisten in die portugiesischen Kämpfe. Am Beispiel Portugal läßt sich der imperialistische Zugriff, allen voran die BRD, nachzeichnen.

In den Jahren vor der Befreiung waren die Investitionen des BRD-Kapitals so erheblich gesteigert worden, daß sie den Einfluß des britischen und US-Kapitals übertrafen. Die Kolonialkriege in Afrika und der Ausbau der Armee wären den portugiesischen Diktatoren ohne die westdeutsche Finanzhilfe nicht möglich gewesen. Nach der Befreiung wurde von westdeutscher Seite sofort mit Wirtschaftsblockade und Investitionsstop reagiert, die mit Erpressungen gegenüber der neuen Regierung gekoppelt wurden. Franz-Josef Strauß brachte die Ziele dieser Politik auf den Punkt: *,,Wenn die Grundsätze vernünftiger Wirtschaftspolitik, privater Initiative, privaten Eigentums an Produktionsmitteln, wenn dies nicht gewährleistet wird, wenn diese sinnlose Verstaatlichung der Gesellschaft, der Industrie und der Landwirtschaft in Portugal beibehalten wird, dann hat es keinen Sinn, diesem Land wirtschaftliche Hilfe zu geben. Wenn man aber bereit ist, auf den Weg wirtschaftlicher Vernunft zurückzukehren, dann sollten wir dafür Hilfe leisten''.* (nach:IPW 1/78).

Eine Hilfe von 1,5 Mio. Mark an gesellschaftspolitische Organisationen sollte durch Stiftungen der drei Bundestagsparteien gewährt werden, im Klartext: Portugiesische Parteien wurden dafür bezahlt, daß sie westdeutsche Interessen in Portugal vertraten. Die SPD ,,kümmerte'' sich um die PSP (Sozialistische Partei Portugals), von der sie das Abrücken jeglichen Paktierens mit den Kommunisten forderte. Wahlkampfunterstützung und Hilfe beim Aufbau des Parteiapparats winkten der PSP als Gegenleistung. Der linke Flügel war allerdings damit nicht zu kaufen. Planmäßig wurde die PSP von den Parteirechten gespalten. — In ähnlicher Weise verfuhren die CDU und der DGB bei der Unterstützung ihhen nahestehender Organisationen.

Ohne auf Details des portugiesischen Klassenkampfes in jenen Jahren eingehen zu wollen, muß darauf hingewiesen werden, daß die PSP eine wesentliche Rolle beim Bremsen des revolutionären Prozesses und bei der Vorbereitung des Rechtsputsches im November 1975 spielte.

Unmittelbar nach dem Rechtsputsch gewährte die SPD-geführte Bundesregierung einen ersten Kredit in Höhe von 70 Mio. Mark. Mit einem weiteren Kredit von 250 Mio. US-Dollar wurde Portugal eng an die BRD gekettet. Neben der kurzen Laufzeit des Kredites von anderthalb Jahren wurde vereinbart, daß das Geld zum Kauf westdeutscher Investitionsgüter genutzt werden mußte und BRD-Investitionen in Portugal besonders abzusichern seien.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die portugiesische Wirtschaft

Die portugiesische Wirtschaft gehört zu den am wenigsten produktiven Westeuropas:,,*Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf erreicht nur 17 Prozent der entsprechenden Kennziffer der BRD, 21 Prozent der von Frankreich und 54 Prozent der von Griechenland''*(IPW 9/83). Verglichen mit der EG weist die Verteilung der Lohnabhängigen ein erhebliches Übergewicht der landwirtschaftlichen Beschäftigten auf, die jedoch aufgrund der geringen Produktivität nur einen kleinen Anteil am Bruttosozialprodukt (12,7%) herstellen.

Die Nahrungsgüter-, Textil-, Bekleidung- und chemische Industrie sind die wesentlichen Industriezweige, in denen fast 50 Prozent des Bruttoproduktionswertes der verarbeitenden Industrie produziert werden. Gerade in diesen ausfuhrorientierten Sparten ging seit 1980 die Nachfrage zurück, wodurch die Krise der portugiesischen Wirtschaft beschleunigt wurde. Diese Konzentration auf im Niedergang begriffene Sektoren, verbunden mit dem hohen Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen und einer landesdurchschnittlichen Unterauslastung der Kapazitäten (weniger als 70 Prozent) sowie die vom IWF (Internationaler Währungsfonds) 1978 und 1983 auferlegte restriktive Kreditpolitik führten seit der 2. Hälfte 1982 zu einem fast totalen Investitionsstop. Die Veraltung der industriellen Anlagen nimmt zu; die portugiesische Industrie wird in den kommenden Jahren eher an Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Besonders tief wirkt die Krise auf die Lage der Lohnabhängigen, deren Reallohn bei einer Inflationsrate von 31,8 Prozent (EG 6,7%) stetig sinkt. Rund ein Fünftel der Portugiesen lebt am Rande des Existenzminimums. Selbst die ,,FAZ'' kommt nicht umhin, die offizielle Arbeitslosenzahl von 12% als geschönt zu bezeichnen; real dürfte sie bei über 18 Prozent liegen.

Haupthandelspartner Portugals sind Großbritannien, die BRD und die USA. Insgesamt geht über die Hälfte der Ausfuhren in die EG, aus der mehr als ein Drittel der Importe kommt. Das Handelsbilanzdefizit ist zwar 1983 leicht gesunken, jedoch ist wegen der hohen Nahrungsgüter- und Energieeinfuhren mit weiteren Verbesserungen kaum zu rechnen.

Die Auslandsverschuldung und damit die Abhängigkeit vom Ausland und internationalen Organisationen (IWF) hat sich in den vergangenen sechs Jahren fast verdreifachtund betrug 1983 13 Mrd. Dollar. Als Billiglohnland blieb Portugal aber weiter attraktiv: Die jährlichen Direktinvestitionen aus dem Ausland stiegen von 1977 bis 1981 um das Fünffache auf zuletzt 2 Mrd. DM pro Jahr; weitere Erleichterungen für Auslandsinvestoren wurden in den Beitrittsverhandlun-
traktiv: Die jährlichen Direktinvestitionen aus dem Ausland stiegen von 1977 bis 1981 um das Fünffache auf zuletzt 2 Mrd. DM pro Jahr; weitere Erleichterungen für Auslandsinvestoren wurden in den Beitrittsverhandlun-
gen mit der EG bereits beschlossen. (Vgl. zu diesem Abschnitt: IPW 9/83; ,,EI'' 58/82; ,,FAZ'' 30.3.84; ,,Handelsblatt'' 9.3.84 und ,,Neue Zürcher Zeitung'' 15.6.84).

Für die BRD sind die Wirtschaftsbeziehungen zu Portugal nur von untergeordneter Bedeutung. Portugal nimmt ganze 0,62 Prozent der BRD-Exporte auf (,,Leistung in Zahlen'' 1982). 1981 betrugen die gesamten Direktinvestitionen der BRD in Portugal 327 Mio. Mark, wodurch in 89 Unternehmen (ohne Holding) 18.000 Menschen ausgebeutet wurden; an den Welt-Direktinvestitionen der BRD macht dies lediglich einen Anteil von 0,37 Prozent aus (vgl. Monatsberichte der Bundesbank 5/83).



Sie — die Arbeiterinnen und Arbeiter in Spanien und Portugal — werden die Zeiche des EG-Beitritts bezahlen

Spanien: ,,Strukturwandel auf den Knochen der Arbeiter''

Mit diesen Worten charakterisiert die ,,Wirtschaftswoche'', 16.2.83, die Versuche der sozialistischen Regierung unter Ministerpräsident Gonzales, die Krise zu bewältigen und die spanische Wirtschaft auf den Konkurrenzdruck in der EG vorzubereiten. Spanien, zwölftgrößte Industrienation der Erde, wurde 1974/75 von der Weltwirtschaftskrise erfaßt und hat seitdem Wachstumsraten wie in den 60ern und frühen 70ern nicht mehr erreicht. Die lange Zeit mit protektionistischen Maßnahmen gepflegte Wirtschaftsstruktur erwies sich nun in mehrfacher Hinsicht als Hindernis. Fast 30 Prozent der spanischen Industrieproduktion werden in den besonders krisengeschüttelten Sektoren Eisen und Stahl (1983 Verluste von 530 Mio. DM), Schiffbau (Verluste 795 Mio. DM) sowie Textil- und Bekleidungsindustrie hergestellt. Viele kleine Unternehmen mit geringer Kapitalausstattung und überalteten Anlagen, ausgeprägte regionale Ungleichgewichte und eine mangelhafte Infrastruktur führen dazu, daß die spanische Wirtschaft nur halb so produktiv ist wie die EG-Wirtschaft.

Zivile Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 1980
Land | Landwirtschaft | Industrie | Dienstleistungen

Zivile Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 1980

Land	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen
Portugal	28,6	36,1	35,3
Spanien	18,8	36,1	45,1
EG 10	8,0	38,3	53,6

Quelle: Eurostrat nach: ,,Europa Information'' 58/82

Angetreten mit dem Versprechen, bis 1987 800.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, hat die Regierung Gonzales von Beginn an auf die Karte der Senkung von Masseneinkommen und Vernichtung von Arbeitsplätzen gesetzt. 2,4 Mio. Menschen sind in Spanien ohne Arbeit, nur 23% von ihnen erhalten Arbeitslosengeld, doch die ,,Sozialisten'' erhöhten die Preise u.a. bei Energieträgern, Strom und Tabak. Bei einer Inflationsrate von 12,2% 1983 und optimistisch geschätzten 8% in diesem Jahr gelang es mit Hilfe der ,,sozialistischen'' Gewerkschaft UGT, den Lohnabbau durchzusetzen und die Lohnerhöhungen auf rund 6,5 Prozent zu begrenzen. Mit Bedauern dagegen stellt die ,,FAZ'', 9.7.84, fest, daß heftige Proteste der Betroffenen z.T. Stillegungen unrentabler Betriebe durch erkämpfte Unterstützungszahlungen unvertretbar verteuert hätten. Werden die Pläne der ,,sozialistischen'' Regierung in die Wirklichkeit umgesetzt, werden bis 1986 mindestens 60.000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Diese Entwicklung soll nach den Wünschen der Verantwortlichen durch den EG-Beitritt beschleunigt werden:,,*Spanien braucht den EG-Schock''*, verkündete Finanz- und Wirtschaftsminister Boyer, um über den Konkurrenzdruck innerhalb der EG die notwendige Modernisierung der Produktionsstrukturen zu forcieren.

Einen Eindruck von Spaniens zukünftiger Stellung innerhalb der EG liefern Vergleichszahlen der Wirtschaftsleistung 1983. Danach produzierte die BRD mehr als viermal so viel (1.665 Mrd. DM), auch Italien mehr als das Doppelte (906 Mrd. DM); mit einer Leistung im Wert von 404 Mrd. DM liegt Spanien jedoch noch weit vor dem Neu-Mitglied Griechenland (90 Mrd. DM) und dem EG-Kandidaten Portugal (53 Mrd. DM).

Spanien ist in seinen Handelsbeziehungen längst auf das engste mit der EG verknüpft, in die bis zu 60% der Ausfuhren und aus der 40% der Einfuhren kommen; die Haupthandelspartner sind die BRD, USA und Frankreich. Das Defizit in der Handelsbilanz wurde von 1982 auf 1983 um fast 2 Mrd. US-Dollar abgebaut, betrug aber noch 7,3 Mrd. Dollar. Bei einer Auslandsverschuldung von 30 Mrd. Dollar, was 18,5% des Bruttoinlandsproduktes entspricht, verschlang der Schuldendienst (Zins- und Tilgungszahlungen) 20 Prozent der Exporteinnahmen. (Vgl. zu diesem Abschnitt: ,,FR'', 23.1. u. 10.2.84; IPW 4/83; ,,HB'', 1.3., 13.6. u.5.7.84; ,,FAZ'', 13.3.84).

Abschließend ein kurzer Blick auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Spanien und der BRD: Während die BRD-Imperialisten als Handelspartner und Geldgeber von großer Bedeutung sind (mit einem Anteil von 18% stehen westdeutsche Investoren an der Spitze), handelt es sich in umgekehrter Richtung um wesentlich geringere Anteile, denn nur 1,7 Prozent der BRD-Exporte fließen nach Spanien und 1,5 Prozent der Importe kommen von dort (,,FAZ'', 23.3.84). Bis 1981 waren westdeutsche Direktinvestitionen in Spanien auf 3,08 Mrd. DM angewachsen; das sind zwar nur 3,5 Prozent aller westdeutschen Auslandsinvestitionen, doch werden damit immerhin 553 Unternehmen kontrolliert und 94.000 Menschen ausgebeutet (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 5/83).

Die Auswirkungen der Süderweiterung

Den Verhandlungen um die Süderweiterung der EG war seitens der Kernstaaten von Anfang an mit einigen Vorbehalten hinsichtlich wirschafts- und haushaltspolitscher Fragen begegnet worden. Ein wesentlicher Teil des Bruttoinlandprodukts in Spanien und Portugal wird in den Sektoren Stahl, Schiffbau und Textil sowie in der Landwirtschaft und Fischerei erwirtschaftet. Bei den genannten Industriesektoren handelt es sich gerade um solche, in denen die EG dabei ist, Überkapazitäten in rasantem Tempo abzubauen. Die EG-Kommission hat in ihren Stellungnahmen und während der Verhandlungen deutlich gemacht, daß
che, in denen die EG dabei ist, Überkapazitäten in rasantem Tempo abzubauen. Die EG-Kommission hat in ihren Stellungnahmen und während der Verhandlungen deutlich gemacht, daß
nicht im geringsten daran gedacht ist, irgendwelche Rücksichten auf Spanien und Portugal zu nehmen, sondern diese sollten ,,*zusichern, für bestimmte, gemeinsam festgelegte Bereiche sich einer Disziplin im Sinne einer für die erweiterte Gemeinschaft angestrebten Kohärenz schon v o r d e m B e i t r i t t u n t e r z u o r d n e n''*(EI 134/83).

Während die EG beim Druck, der auf die Industrie der Beitrittskandidaten ausgeübt wird, einheitlich vorgeht, gab und gibt es unterschiedliche Auffassungen über den Umgang mit der landwirtschaftlichen Mehrproduktion. Die Mittelmeerländer Frankreich, Italien und Griechenland sehen durch die Zunahme des ,,Selbstversorgungsgrades'' bei Obst, Gemüse und Mittelmeerprodukten ihre Landwirtschaft verschärfter Konkurrenz ausgesetzt. Es gelang den genannten Ländern bereits, im Oktober 1983 eine Reform der Agrarpolitik für Mittelmeerprodukte durchzusetzen, durch die teilweise ein Garantiepreissystem und der verstärkte Schutz vor Importen aus Nicht-EG-Ländern eingeführt wurden (vgl. AK 246). Im Interese der BRD und der anderen Nordländer liegt es dagegen, sich den Zugriff auf möglichst billige Obst- und Gemüsegärten zu verschaffen. Das erste Angebot der EG an Spanien betreffs landwirtschaftlicher Produkte trug stark die Handschrift der EG-Südländer, doch haben inzwischen die Nordländer ein zweites, stärker ihren Interessen entsprechendes Angebot durchsetzen können. (,,NZZ'', 21.6.84). Auf der Strecke bleiben werden so oder so die Kleinbauern; diese werden, weil ,,*die Landwirtschaft auf der Iberischen Halbinsel noch wesentlich intensiviert werden kann''*(,,Süddeutsche Zeitung'', 9.3.83 nach: BWK, Zur Politik des BRD-Kapitals: Kein Mandat für die Neuordnung Europas und die Neuaufteilung der Welt), in großer Zahl auf den Arbeitsmarkt geschleudert werden und den Druck auf die Löhne weiter erhöhen.

Ein weiteres Problem für die Beitrittskandidaten, weniger für die EG, denn die ,,*hat den Beitritts-Schock zum größten Teil schon hinter sich''*(EI 134/83), wird die Integration in die Zollunion darstellen. Beide Länder haben in der Vergangenheit durch Zölle und außertarifliche Handelshemmnisse wenigstens z.T. ihre Märkte gegen die erheblich produktivere EG-Industrie schützen können, sind mit dem Beitritt aber gefordert, zügig ihre Zollschranken gegenüber der EG abzubauen (vgl. ,,HB'', 4.7.84). Die Wirkungen der Marktöffnung werden in den ,,Kommunistischen Heften'' Nr. 7 (Hrsg.: KPD) am Beispiel Griechenlands, das eine ähnliche Wirtschaftsstruktur wie die iberischen Staaten aufweist, beschrieben:,,*In beiden Bereichen (Industrie und Landwirtschaft) ist die griechische Wirtschaft der Konkurrenz aus den EG-Kernländern hoffnungslos unterlegen. Das wird sich dann voll auswirken, wenn Griechenland nach der vereinbarten Übergangszeit von fünf Jahren voll in die Zollunion und den gemeinsamen Agrarmarkt integriert sein wird. Die negativen Auswirkungen der EG-Mitgliedschaft sind jedoch bereits jetzt zu spüren. So sind die griechischen Importe von Agrarprodukten aus der EG in den ersten beiden Jahren der Mitgliedschaft sprunghaft um 180 Prozent angestiegen. Noch 1980 hatte Griechenland im Agrarhandel mit den übrigen neun EG-Staaten eine positive Bilanz von 6,6 Mrd. Drachmen (228 Mio. DM). 1981 dagegen wies diese Bilanz ein Defizit von 11 Mrd. Drachmen auf, das sich im vergangenen Jahr weiter auf ca. 20 Mrd. Drachmen vergrößert hat. Daß die mit weit höherer Produktivität produzierenden landwirtschaftlichen Betriebe des Nordens gewill sind, auch in die letzten Winkel des griechischen Marktes vorzudringen, zeigt das folgende Beispiel: In holländischen, dänischen und westdeutschen Molkereien wird gegenwärtig die griechische Spezialität Feta (ein Schafskäse) produziert, speziell für den griechischen Markt, wo man mit niedrigeren Preisen die heimischen Anbieter ausstechen will.*

Die jetzt bereits anrollende Welle von billiger produzierten Waren auf die griechischen Märkte wird verheerende Folgen nach sich ziehen. Unter dem Ansturm der Konkurrenz aus den anderen EG-Ländern werden nach Berechnungen der Weltbank 35 Prozent der städtischen Handwerksbetriebe zusammenbrechen und bis zu 40 Prozent aller Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren gehen'' (S.70 f.).

Ein wichtiger Faktor bei der Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen ist die vorläufige Einigung über EG-Haushaltsfragen, die auf dem Fontainebleau-Gipfel erreicht wurde. Einerseits gelang es, über die Beitragsrückführungen an Großbritannien eine Klärung herbeizuführen (zu den Hin-
gen ist die vorläufige Einigung über EG-Haushaltsfragen, die auf dem Fontainebleau-Gipfel erreicht wurde. Einerseits gelang es, über die Beitragsrückführungen an Großbritannien eine Klärung herbeizuführen (zu den Hin-
tergründen vgl. AK 246) und zweitens eine Erhöhung des EG-Mehrwertsteuersatzes von 1% auf 1,4% ab 1.1.86 festzulegen. Diese Anhebung ist notwendig geworden, weil bereits 1981 bei einem Haushalt zu zwölft die EG-Eigenmittel nicht ausgereicht hätten, die Zahlungen an Portugal und Spanien aus den Agrar-, Regional- und Sozialfonds zu finanzieren. Außerdem sollen die zusätzlichen Mittel dazu verwendet werden, die industrielle und technologische Kapazität der EG zu stärken.

Gerade nach der Europa-Wahl ist viel davon die Rede gewesen, nun das ,,Europa der Bürger'' zu gestalten. Bei der Süderweiterung allerdings zeigt die EG ihr wahres Gesicht: Ausweitung ihrer militärstrategischen Operationsmöglichkeiten, Absicherung kapitalistischer Verhältnisse in den neuen Mitgliedsländern und Eroberung weiterer Absatzmärkte sowie neuer Kapitalanlageplätze.

fo.

Quellen:

EG-Kommission (Hrsg.): Portugal und die Europäische Gemeinschaft (Europa Information 58/82)
dies.: Spanien und die EG (EI 69/83)
dies.: Erweiterungsprobleme — Bestandsaufnahme und Vorschläge (EI 134/83)
Institut für Internationale Politik und Wirtschaft: IPW-Berichte 1/78, 2/79, 4/83, 9/83
Europa-Archiv 19/77, 2/78
Integration (Beilage zur Europäischen Zeitung) 1/79
W. Kohnstamm, W. Hager (Hrsg.): Zivilmacht Europa — Supermacht oder Partner?; Ffm. 1973
,,KPD'' (Hrsg.): EG — Europa der Monopole (Kommunistische Hefte Nr. 7)

IG Metall entläßt Hermann Gaßmann


Hermann Gaßmann

Dem in einem äußerst umstrittenen Prozeß wegen ,,geheimdienstlicher Agententätigkeit'' für die DDR verurteiltenHamburger IG Metall-Sekretär Hermann Gaßmann ist, nachdem er aufgrund eines Gnadenerlasses vorzeitig aus der Haft entlassen worden ist, von der IG Metall gekündigt worden. Damit setzte sich der Vorstand der IG Metall über die außerordentlich breite Solidarität in der Hamburger Verwaltungsstelle mit dem Kollegen Gaßmann hinweg. Eine besonders traurige Rolle bei dieser Kündigung spielten die Mitglieder der Hamburger Ortsverwaltung. In der entscheidenden Sitzung am 20. Juni fand sich keine Stimme gegen die Kündigung; auch die der Linken innerhalb der IGM verpflichteten Ortsverwaltungsmitglieder verzichteten auf ein entsprechendes Votum.

Seit der Verhaftung Hermann Gaßmanns am 28.3.1981 hatte sich in Hamburg eine beispiellose Solidarität entwickelt, getragen vor allem von ,,Basis-Funktionären'', also Betriebsräten und Vertrauensleuten aus Hamburger Metallbetrieben und Kollegen aus der Bildungsarbeit der Hamburger IGM (zur Entwicklung der Auseinandersetzung siehe auch AK 247). Zuletzt hatte die Vertreterversammlung, das höchste beschlußfassende Organ der Verwaltungsstelle, am 21.5. erneut mit Mehrheit die Weiterbeschäftigung von Hermann gefordert. Erst auf der Ortsverwaltungssitzung am 20. Juni konnte die Entlassung durchgesetzt werden, freilich unter bemerkenswerten Umständen. Die Geschäftsführer eröffneten den ehrenamtlichen Ortsverwaltungsmitgliedern, daß der Vorstand die Entlassung Hermanns angwiesen habe, und über eine Anweisung des Vorstands könne es keine Abstimmung geben. Wer damit nicht einverstanden sei, könne dies nur persönlich zu Protokoll geben und müsse eventuell mit einem Verfahren nach § 11 der Satzung (gewerkschaftsschädigendes Verhalten) rechnen. Keines der anwesenden Mitglieder der Ortsverwaltung, auch nicht die der Linken zugerechneten Kollegen, hielt daraufhin seinen Widerstand gegen die Entlassung aufrecht, trotz des eindeutigen Auftrags der Vertreterversammlung. Noch am gleichen Tag erhielt Hermann die fristgemäße Kündigung zum 31. Dezember, verbunden mit einer sofortigen Beurlaubung. Die Kündigung ist unterschrieben von den Hamburger Geschäftsführern. Damit sind die Möglichkeiten, innerhalb der IG Metall Hermanns Weiterbeschäftigung durchzusetzen, ausgeschöpft. Hermann hat Kündigungsschutzklage eingereicht.

Mit dem Verhalten der Ortsverwaltung hatte sich die Vertreterversammlung der Hamburger IG Metall am 20. August auseinanderzusetzen. Wie zu erwarten, vertrat der 1. Bevollmächtigte Müllner in seinem Tätigkeitsbericht die Position des Vorstands. Insbesondere der 2. Bevollmächtigte Engelmann legte sich gegen die ,,Treuepflichtsverletzung'' seitens Hermann Gaßmanns ins Zeug. Er übernahm damit — nicht gerade zähneknirschend — die offizielle Sprachregelung des Vorstandes, die dieser wiederum aus dem Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg bezieht.

In der Diskussion gab es einen Streit um die Frage, ob es, wie in einem ,,Info-Brief Nr. 3'', der vor der Versammlung von Freunden Hermanns verteilt worden war, geschrieben stand, während der Sitzung der Ortsverwaltung tatsächlich zu der Drohung mit dem § 11 gekommen war. Diese Frage wurde nicht restlos aufgeklärt.

Da es auch keinerlei Anträge zur Bewertung des Verhaltens der Ortsverwaltung gab, kam auch kein eindeutiges Meinungsbild zustande. Wohl aber gab es ein überraschend deutliches Stimmungsbild: Als einer der Geschäftsführer, mit Empörung in der Stimme, mitteilte, daß Hermann, um seinen Arbeitsplatz zu erhalten, ,,seine eigene Organisation'' verklage, gab es, wohlgemerkt für diesen Schritt Hermanns, lebhaften Beifall.

Kommentar

Allemal: Der Kampf hat sich gelohnt!

„Das hätte ich mir nicht träumen lassen, daß ich mal gegen meine Organisation vor Gericht ziehen müßte." Hermann Gaßmanns Kommentar, nachdem sein Anwalt Kündigungsschutzklage gegen seinen Arbeitgeber, die IG Metall, eingereicht hatte. Hermann mußte viel lernen in diesen dreieinhalb Jahren, seitdem ihn BKA-Beamte unter der Anschuldigung der „geheimdienstlichen Agententätigkeit" für die DDR verhafteten. Mehr als einmal schlugen die Kollegen, die die Solidaritätsarbeit für ihn organisierten, die Hände über dem Kopf zusammen angesichts seines unverbrüchlichen — man muß es so nennen: oftmals naiven — Vertrauens in „seine Organisation". Aber genau dies gehört dazu. Diese Utopie des Gewerkschafters jenseits des Funktionärs. „Ich bin Funktionär, ich habe zu funktionieren." In diese Worte faßte Hermanns Arbeitgeber, der Hamburger IGM-Bevollmächtigte Johannes Müllner seine Philosophie zusammen. Wir bleiben dabei: Hermann taugt nicht zum Agenten.

Untersuchungshaft, Isolation, monatelange Verhöre. Das war vielleicht die schwerste Zeit für Hermann. Er hat sie überstanden. Prozeß, Urteil, wieder Knast, schließlich Begnadigung. Immerhin war Licht zu sehen am Ende des Tunnels. Und es gab Kollegen, Freunde, die ihn erwarteten. Dieses Stück Gewerkschaft, für das er steht.

Doch da gibt es noch andere Funktionäre. Und die funktionieren. Und die wollen diesen Nicht-Funktionär Hermann Gaßmann loswerden. Auf die Art, wie es halt in diesem Lande in aller Regel funktioniert, mit Geld. Das muß man Hans Mayr lassen: das angebotene Zuckerbrot war nicht geizig bemessen. Für, über den Daumen, die Monatsbeiträge von 20.000 (in Worten: zwanzigtausend) Facharbeitern hätte Hermann sich zur Ruhe setzen können, und ein Lob auf die Solidarität der IG Metall hätte man da wohl auch erwarten dürfen.

So funktioniert das eben: wer das Zuckerbrot nicht will, bekommt die Peitsche zu spüren. Denn wer rechtskräftig verurteilt ist in diesem unseren Lande, der ist eben schuldig. Und wenn das Gericht noch so reaktionär ist und die Beweise noch so dürftig ...! Schon dem Hohen Gericht war es verdächtig gewesen, daß dieser „Gesinnungstäter" sich offenbar aus Geld nicht viel machte. So einem Mann muß doch gekündigt werden, was soll sonst die schweigende Mehrheit der „Bild"-Leser denken, und die SPD hat ihn schließlich auch rausgeworfen.

Viel erreicht!

Von Anfang an war eine der Hauptforderungen der Kollegen, die sich für Hermann einsetzten, daß sich die IG Metall politisch vor ihn stellen solle, daß sie sich zu dem Kollegen, der durch Denunziation, Geheimdienste und reaktionäre Richter in Not geraten war, bekennen solle. Dies konnte letztlich nicht durchgesetzt werden. Vielmehr machte der Vorstand und „seine" Funktionäre vor Ort Politik — auf ihre Weise.

Hermanns Unterstützer konnten nicht verhindern, daß z.B. der frühere IGM-Vorsitzende Eugen Loderer, ohne auch nur eine Tatsache beisteuern zu können, vor Gericht Hermann als fristlos zu entlassen hinstellte. Sie konnten auch nicht durchsetzen, daß die Bundesausgabe der IGM-Zeitung „metall" auch nur ein Wort in Sachen Gaßmann veröffentlichte, nicht einmal einen der zahlreichen Leserbriefe. Eben genau darin bestand die Politik dieser Frankfurter Spitzenfunktionäre, sich möglichst nie der (gewerkschafts-)öffentlichen Diskussion zu stellen, hinter den Kulissen aber umso heftiger gegen Hermann die Fäden zu ziehen.

Journalisten, die sich für den Fall Gaßmann interessierten, verloren plötzlich ihr Interesse oder bekamen ihre Artikel nicht ins Blatt. Der „außerordentlich großzügige Rechtsschutz", so versuchen sich bestimmte Spitzenfunktionäre ständig penetrant selbst zu loben, war zumindest in der ersten Zeit nach Hermanns Verhaftung nichts anderes als politische Kontrolle und Abschirmung Hermanns durch ein bewährtes rechts-SPD-treues Anwaltsbüro, bis Hermann diese Anwälte rausschmiß. Alles verpackt unter dem Deckmantel der vielbeschworenen Solidarität. „Wohlverstandene Solidarität" war es natürlich auch, mit der jegliche öffentliche Erörterung der Angelegenheit durch IGM-Mitglieder unterbunden werden sollte, was freilich den 2. Hamburger Bevollmächtigten Engelmann nicht hinderte, auf einer Betriebsversammlung hinterhältig gegen Hermann zu hetzen: Die IGM vertraue auf die zuständigen staatlichen Instanzen. Schließlich werde in unserem Land gegen niemanden grundlos ermittelt ...

Gegen alle diese Widerstände schaffte es der Freundes- und Kollegenkreis, der Hermann unterstützte, zumindest in Hamburg eine außergewöhnlich breite Öffentlichkeit herzustellen und immer wieder gut besuchte Veranstaltungen, Demonstrationen und andere Aktionen zu organisieren. Schon die Tatsache, diese Bewegung über mehr als drei Jahre am Leben zu halten, ist bemerkenswert. Doch mehr noch: Diese Bewegung der IGM-Linken hat sich, zumindest in dieser einen Frage, als mehrheitsfähig in Hamburg erwiesen, wie die Beschlüsse der Vertreterversammlung und vieler anderer Gremien zeigen. Dieser von unten nach oben durchgesetzten innerorganisatorischen Lage konnte sich zeitweilig auch die Ortsverwaltung nicht völlig entziehen, sodaß bis zum Machtwort des Vorstandes Hermanns Arbeitsplatz freigehalten werden konnte. Allerdings fehlt es, das zeigte die letzte entscheidende Ortsverwaltungssitzung, an entsprechend starken Repräsentanten der Linken in der Ortsverwaltung. Doch innergewerkschaftliche Demokratie ist wieder zum Thema der Hamburger IGM geworden, und das wird nachwirken.

-si

Geißlers Angriffe auf Pro Familia

Nicht das Gesetz, die Frauen sind gemeint

Mitten in der Sommerpause versuchte Bundesfamilienminister Heiner Geißler einen Ausfall in Sachen § 218. Er forderte die Landesregierungen auf, den Pro Familia-Beratungsstellen die Anerkennung und damit die Gelder zu entziehen, weil diese ihren gesetzlichen Auftrag nicht erfüllen würden.

Die Pro Familia hatte eine recht scharfe Kritik an Geißlers Bundesstiftung ,,Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens'' geäußert und es abgelehnt, die mit zu verteilen.

Geißlers Sanktionsversuch ist vorerst fehlgeschlagen. Stattdessen trug er dazu bei, daß die Kritik an der Stiftung breit in der Öffentlichkeit erläutert werden konnte. Gleichzeitig hat er aber auch deutlich gemacht, daß die CDU/CSU die Möglichkeiten des legalen Schwangerschaftsabbruchs weiter einschränken will.

Ende 83 stellte die Bundesregierung den Bericht einer interministeriellen Arbeitsgruppe zur Bevölkerungsentwicklung in der BRD vor und kündigte eine Kampagne gegen den ,,Mißbrauch des § 218'' an. Denn, oh Graus: **,,die Deutschen sterben aus''**. Angedroht wurde eine ,,große Kampagne'' zur ,,Bewußtseinsveränderung in der Bevölkerung'' (FR, 10.12.83).

Als erste Maßnahme angesichts des alarmierenden Berichts (die Deutschen heiraten spät oder gar nicht mehr, kriegen oft nur noch ein Kind oder auch gar keins — gegenüber den Ausländern in der BRD, die immer mehr kriegen — es wurde auch von ,,Übervölkerung'' geredet) stellte Familienminister Geißler seine Bundesstiftung ,,Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens'' vor. Seitdem ist eine stetige Zuspitzung der § 218-Debatte zu verspüren. Die Sorge um das ungeborene Leben scheint für so manchen CDU/CSU-Politiker zum Hauptproblem zu werden.

Und dabei wird Geißler nicht müde zu betonen, daß er den § 218 nicht verändern will, was anfangs auch Empörung in den eigenen Reihen hervorrief. Auch er will eine ,,Bewußtseinsveränderung'', während die Rechtsgrundlage des § 218 angeblich unangetastet bleiben soll.

Tatsächlich sind vorerst Versuche, die über den gesetzlichen Hebel den § 218 verändern wollten, abgeblockt worden. So z.B. die Gesetzesinitiative von 74 CDUlern oder die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, beides gegen die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen. Allerdings wurden diese Versuche wirklich nur abgeblockt, denn in beiden Fällen wurde inhaltlich nicht entschieden: für die Gesetzesinitiative war der Bundestag nicht beschlußfähig, und die BVG-Klage wurde nicht zugelassen, weil sie von einer Privatperson kam.

Es liegt nahe, anzunehmen, daß zur Zeit ein anderer Weg favorisiert wird. Mit der Bundesstiftung, die den Schwangerschaftsabbruch auf ein finanzielles Problem reduziert, und mit dem geplanten Mutterschaftsgeld wird eine ideologische Schiene gefahren, die die ,,wahre Bestimmung der Frau'' deutlich machen soll. Frauen arbeiten mit oder kriegen ihre Kinder nicht, weil's Geld nicht reicht, und das wird ihnen jetzt angeboten. (Daß es zu wenig Geld ist und daß gleichzeitig an anderen Stellen in viel größerem Maße weggekürzt wird, soll hier außen vor bleiben). 20.000 Abtreibungen weniger im Jahr will Geißler allein durch die Stiftung erreichen. Wie ernst es ihm ist, wurde deutlich an der Auseinandersetzung mit Pro Familia.

Kritiker mundtot machen

Während Wohlfahrtsverbände und evangelische Einrichtungen, die § 218-Beratungen durchführen, nur sekundäre Einwände machten (die Geldmittel seien zu gering; sie seien nicht vorher gehört worden), führte die Pro Familia von Anfang an eine scharfe Kritik und lehnte eine Verteilung der Stiftungsgelder in ihren Beratungsstellen ab. Die 2.500 bis höchstens 5.000 DM, die eine Frau vielleicht bekommen kann, wurden als Almosen und Gebärprämie bezeichnet.

Diese Haltung von Pro Familia führte zu Diskussionen in anderen Beratungseinrichtungen, sodaß inzwischen mehrere AWO (Arbeiterwohlfahrt)-Beratungsstellen die Verteilung der Stiftungsgelder ebenfalls ablehnten.

Das wollte Geißler nicht dulden. Kurz vor der Debatte im Bundesrat und dem Inkrafttreten der Stiftung startete er seinen Gegenangriff (passend auch im Anschluß an den Katholischen Kirchentag): Die Landesregierungen sollten den Pro Familia-Beratungsstellen Anerkennung und Gelder entziehen, weil hier nicht nach dem Gesetz beraten werde, sondern lediglich Adressen abtreibungswilliger Ärzte verteilt würden.

Eine wahre Solidaritätswelle

Die Pro Familia wehrte sich und bekam Unterstützung von den Grünen bis hin zur Jungen Union. Besonders legte sich die SPD ins Zeug. Klar, daß dabei wahlpolitisches Kalkül im Spiel war, vor allem der Angriff auf eine SPD-Reform gewittert wurde. Und es ist auch komisch, wenn der sonst gar nicht frauenfreundliche nordrhein-westfälische Sozialminister Farthmann von einem ,,neuen Kulturkampf'' um den § 218 warnt, oder wenn Bremens Gesundheitssenator Brückner Geißler im Bundesrat angreift, er habe mit der Kritik an Pro Familia die Aussprache über die Stiftung ,,auf unerträgliche Weise belastet''. Die ,,politisch motivierte Kritik'' und die Aufforderung an die Landesregierungen, Beratungsstellen die Anerkennung zu entziehen, grenze an einen ,,Aufruf zum Gesetzesbruch''. Der selbe Brückner, der sich in Bremen weigert, der Pro Familia ihre § 218-Beratungen vollständig zu finanzieren!

Dennoch, durch die schnelle, breitgestreute empörte Reaktion auf Geißlers Angriff war die Bundesstiftung tagelang Thema heftiger Auseinandersetzung, mit dem Erfolg, daß der Versuch, die Pro Familia in die Knie zu zwingen vorerst fehlgeschlagen ist.

Einen kleinen Haken hat die Diskussion allerdings gehabt: Sie bewegte sich ausschließlich auf der Ebene der Beratungssituation, die zwar durchaus als Zwangsberatung bezeichnet wurde, in der man Frauen nicht zum Kind überreden kann und will. Frauen wurde zugetraut, sehr gut selbst einschätzen zu können, ob sie die Belastung einer ungewollten Schwangerschaft auf sich nehmen können oder wollen.

Bis hierher wurde der Pro Familia von allen, die sich mit ihr solidarisch erklärten, bescheinigt, daß korrekt und nach dem Gesetz gehandelt würde. Ausgespart blieb aber der Schwangerschaftsabbruch selbst, obwohl er doch das eigentliche Ziel der CDU/CSU-Kampagne ist. Und immerhin gibt es Pro Familia-Zentren, in denen neben der Beratung auch der Schwangerschaftsabbruch durchgeführt wird, in Bremen und in Hamburg. Am Ende der Auseinandersetzung, als Geißler bereits seinen Rückzieher machen mußte, zeichnete sich ab, daß hier die Linie für weitere Angriffe gezogen wird. Diesmal war es der Bundesverband der Frauenärzte, der sich einmischte: Die Angriffe Geißlers gegen die Pro Familia seien in der geäußerten Form ,,sicherlich falsch''; *,,zwar gebe es etwa in Bremen Zustände, wo außer der Beratung bei der Organisation gleich die Abtreibung vorgenommen werde. Im Prinzip aber werde bei Pro Familia nach dem Buchstaben des Gesetzes und richtig beraten.''* (FR, 16.7.84)

Nun ist eine solche Aussage dieser Herren sicherlich durch Eigennutz geprägt, aber wenige Tage später griff der CSU-Familienpolitiker Stoiber das Stichwort auf: in Bremen und Hamburg würde ein **,,Mißbrauch der sozialen Indikation''** betrieben; es sei eine ,,Schweinerei'', daß alles unter einem Dach stattfinde (Beratung, Indikation, Abbruch). (,,Weser-Kurier'', 20. u. 23.7.84)

Es bleibt abzuwarten, ob auf dieser Ebene des Angriffs eine ähnlich breite Solidarisierungswelle möglich ist, denn es ist nicht zu verkennen, daß das Klima bezüglich Abtreibungen rauher geworden ist. Der Begriff ,,Mord'' oder ,,Tötung von ungeborenem Leben'' taucht fast täglich in den Medien auf, ein Gewöhnungsprozeß. Die Positionen katholischer Würdenträger werden ständig in Schlagzeilen wiedergegeben. Sie sind nicht neu; neu ist die Bedeutung, die sie dadurch erhalten. Neu ist auch, daß Politiker sie nachbeten.

Deshalb ist es auch nicht mehr zu ignorieren, wenn z.B. der letzte Katholische Kirchentag den ,,Schutz des werdenden Lebens'' zum Hauptthema machte. Und deshalb sind auch derartige Hetztiraden ernstzunehmen:

,,Man rettet Robbenbabys, und es scheint, als ob die Grünen vor jedem Tümpel mit Froschlaich eine Mahnwache aufstellen wollten. Nur die Menschenkinder dürfen ohne weiteres im Mutterleib abgeschlachtet werden, um in Plastikeimern in den Müll zu wandern. Wer das Leben, das Gott gewollt und geschaffen hat, vernichtet, zieht den Fluch Gottes auf sich. Das gilt für die einzelnen, das gilt auch für die Gesellschaft und für ein Volk, das solche Praktiken annimmt.'' Das sagte der Erzbischof von Fulda, Dyba, in einem Interview mit dem Südwestfunk. (,,Bremer Nachrichten'', 6.8.84)

Der Vergleich mit den Robben wurde auch von Geißler schon strapaziert

KB-Gruppe Bremen

Vor über zehn Jahren wurde der Student Ulrich Schmücker im Berliner Grunewald erschossen aufgefunden. Ein „Kommando Schwarzer Juni der Bewegung 2. Juni" übernahm in einem „Kommuniqué über Verrat" die Verantwortung für die Tat. Schmücker hatte nach seiner Verhaftung 1972 andere belastet und Kenntnisse über die „Bewegung 2. Juni" preisgegeben. Er selbst ist dann ziemlich milde u.a. wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu zweieinhalb Jahren verurteilt worden. Schon während der Haft hatte er Kontakt zu einem Beamten des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Berlin mit dem Alias-Namen „Rühl". Nach seiner Haftentlassung 1973 leistete Schmücker Informationsdienste für den Berliner Verfassungsschutz und hatte weiterhin mit „Rühl" zu tun.

Im Oktober 1974 wurden Jürgen Bodeux und die fünf jetzt Angeklagten als mutmaßliche Täter verhaftet. Bodeux belastete die Gruppe, die zur Zeit der Tat in einer Wolfsburger Wohngemeinschaft gewohnt hatte. Indizien oder Zeugen, die Bodeux's Version bestätigen, gab und gibt es nicht.

Bodeux — ein Kronzeuge besonderer Art

Im bundesdeutschen Strafrecht gibt es — außer im Betäubungsmittelbereich — keinen „Kronzeugen". D.h. es gibt keine gesetzliche Regelung, die jemandem, der durch seine Aussage seine (angeblichen) Mittäter belastet, Vorteile gewährt.

In den siebziger Jahren, zur Zeit der „Terroristengesetze", wurde erwogen, eine solche Kronzeugenregelung in „Terroristenprozessen" einzuführen. Die Vorteile für die Strafverfolgungsbehörden liegen auf der Hand; die „Reuigen" aus dem italienischen Untergrund sind dafür ein beredtes Beispiel. Aus „rechtsstaatlichen Erwägungen" ist jedoch damals von einer solchen gesetzlichen Regelung Abstand genommen worden.

Doch — Gott sei Dank — gibt es bei uns ja die Gewaltenteilung, und was den Gesetzgeber hindert, braucht die Justiz noch lange nicht zu stören. Jedem/r Zeitungsleser/in ist bekannt, daß es in politischen Prozessen immer wieder Zeugen gegeben hat und gibt, die gegen ihre (angeblichen) ehemaligen Mittäter aussagen. Sie treten immer dann auf, wenn es sonst keine oder zumindest keine ausreichenden Beweise gibt.

Daraus folgt, daß in Prozessen dieser Art der Dreh- und Angelpunkt die Frage der Glaubwürdigkeit dieses Zeugen ist. Nicht ganz unwesentlich kommt es dabei darauf an, ob dem Zeugen für seine belastenden Aussagen Versprechungen gemacht worden sind — denn dann hätten wir den klassischen Kronzeugen vor uns, den der Gesetzgeber für „rechtsstaatlich bedenklich" hielt. Die Kronzeugen-Problematik liegt nämlich darin, daß durch die Hoffnung auf eigene Vorteile auch falsche Anschuldigungen be-
— denn dann hätten wir den klassischen Kronzeugen vor uns, den der Gesetzgeber für „rechtsstaatlich bedenklich" hielt. Die Kronzeugen-Problematik liegt nämlich darin, daß durch die Hoffnung auf eigene Vorteile auch falsche Anschuldigungen be-
günstigt werden.

Gleichzeitig entledigen sich die Ermittlungsbehörden aber auch des Problems, anhand einer Beweisführung mit objektiven Beweismitteln die Beschuldigten überführen zu müssen. Das wesentliche Merkmal von Kronzeugen-Prozessen besteht somit in der **Umkehrung der Beweislast:** Nicht die Staatsanwaltschaft muß die Beweise für die Täterschaft der Angeklagten so lückenlos vorlegen, daß sie für eine Verurteilung ausreichen, sondern sie braucht bloß ihren Kronzeugen zu präsentieren. Jetzt ist es der Part der Verteidigung, dessen Glaubwürdigkeit zu erschüttern.

Im Schmücker-Prozeß ist diese Beweislast auf die Spitze getrieben worden — denn: Bodeux ist kein gewöhnlicher Kronzeuge.

Die Verteidigung war natürlich zunächst daran interessiert, wie Bodeux's belastende Aussagen zustandegekommen sind, um etwaige Versprechungen der Ermittlungsbehörden an Bodeux aufzudecken. Auf der Suche nach solchen Anhaltspunkten verstärkte sich immer mehr der Verdacht, daß Bodeux nicht erst nach seiner Festnahme durch Versprechungen zum Reden gebracht worden ist, sondern schon vor der Tat vom 4. Juni 1974, für den Verfassungsschutz bzw. andere Staatsschutzbehörden gearbeitet hat.

Für das Problem der Beweislastumkehr ergibt sich daraus folgende Konsequenz: Es reicht nicht aus, daß es der Verteidigung gelingt, Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Kronzeugen zu begründen, sondern sie muß dessen Unglaubwürdigkeit **positiv beweisen**. Denn die Glaubwürdigkeit von Bodeux steht und fällt mit der Behauptung, kein Agent von Staatsschutzbehörden gewesen zu sein.

Schnitzeljagd

Erfahrungen aus einem Geheimdienstprozeß

Der dritte Durchgang des sogenannten Schmücker-Prozesses geht seinem Ende zu. Bereits zweimal sind die dort Angeklagten des Mordes an Ulrich Schmücker für schuldig befunden worden — zweimal wurde das Urteil vom Bundesgerichtshof wieder aufgehoben. Seit April 1981 — also seit über dreieinhalb Jahren — findet nun in Berlin der dritte Durchgang dieses mit insgesamt über 400 Verhandlungstagen wohl längsten Strafprozesses in der Justizgeschichte der BRD statt. Worum es in diesem Prozeß hauptsächlich geht, ist längst nicht mehr Aufklärung eines Mordfalles, sondern die justizmäßige Bewältigung eines Geheimdienstskandals. In diesem Artikel soll denn auch nicht versucht werden, die Ergebnisse der Beweisaufnahme, die für die Frage von Schuld oder Unschuld der Angeklagten maßgeblich sind, mit all ihren Widersprüchen und Wendungen darzustellen (1). Sondern es soll gezeigt werden, mit welchen Mitteln es den Behörden bisher gelungen ist, die Aufdeckung ihrer Verwicklungen in den Mordfall Schmücker zu verhindern, und v.a. welche Rolle die Gerichte dabei spielen. Diese Erfahrungen können an keinem Fall so gut studiert werden, wie am Beispiel dieses Prozesses. Zugleich leistet diese Darstellung damit einen Beitrag für die vieldiskutierte Frage, inwieweit die Arbeit von Polizei und Geheimdiensten in dem „Rechtsstaat" BRD überhaupt noch kontrollierbar ist.



Jürgen Bodeux

Wenn es sonst bei Kronzeugen darum geht, ihre Glaubwürdigkeit entweder anhand von Indizien, die ihrer Version entgegenstehen, oder aber anhand
Wenn es sonst bei Kronzeugen darum geht, ihre Glaubwürdigkeit entweder anhand von Indizien, die ihrer Version entgegenstehen, oder aber anhand
von plausibel vorgetragenen unlauteren Motiven für die belastende Aussage zu erschüttern, so steht dabei allein **die Person des Kronzeugen** — und die auf ihn gestützte Anklage natürlich — auf dem Spiel. Bei dieser Sachlage können bereits Zweifel an der Glaubwürdigkeit dazu führen, die Anklage schleunigst fallen zu lassen. Denn die Kronzeugen werden von der Justiz zwar gebraucht, aber nicht unbedingt auch geliebt, so daß sie gegebenenfalls schon mal abserviert werden. Als Beispiel sei an den Kronzeugen Hochstein erinnert, der im 2. Juni-Prozeß, nachdem bereits die Peinlichkeit mit Fritz Teufels Alibi die Anklage schwer ins Wanken gebracht hatte, vom Kammergericht Berlin für unglaubwürdig befunden wurde, so daß alle Angeklagten vom Vorwurf des Drenkmann-Mordes freigesprochen werden mußten. Auch Bodeux ist dieses Schicksal bereits zweimal widerfahren: im Prozeß gegen den Hamburger Rechtsanwalt Wolf-Dieter Reinhard und im Prozeß gegen Brigitte Heinrich. Beide Gerichte hielten Bodeux's Anschuldigungen für unglaubhaft.

Anders verhält es sich aber im Schmücker-Prozeß. Wenn die Glaubwürdigkeit von Bodeux hier daran hängt, ob er als Agent für den Verfassungsschutz gearbeitete hat, so steht damit vor allem das Ansehen des Staates auf dem Spiel. Das Gericht hat mit der Entscheidung über die Glaubwürdigkeit von Bodeux gleichzeitig darüber zu entscheiden, ob es diesem Staat zutraut, durch einen Agenten an einem Mordkomplott beteiligt gewesen zu sein. „Im Zweifel für den Angeklagten" würde hier also heißen, diese Möglichkeit offenzulassen. Und dazu wird kein Gericht bereit sein.

Der Verteidigung müßte es also — da der „in dubio pro reo"-Grundsatz (im Zweifel für den Angeklagten) bei dieser Sachlage außer Kraft gesetzt ist — gelingen, Bodeux's Agententätigkeit so zwingend nachzuweisen, daß das Gericht daran nicht mehr deuteln kann.

Dieses Thema ist inzwischen zum Hauptgegenstand des Schmücker-Prozesses geworden. Schon die Rolle der Prozeßbeteiligten macht das Ausmaß dieser Beweislastumkehr deutlich: In den über 250 Verhandlungstagen, die der dritte Schmücker-Prozeß schon gekostet hat, hat die Staatsanwaltschaft fast überhaupt keinen, die Verteidigung dagegen hunderte von Beweisanträgen gestellt.

Auf der „Gegenseite" herrscht aber keineswegs bloß schlichte Untätigkeit, denn dort besteht das dringende Interesse, das Gelingen dieser Beweisführung hinsichtlich Bodeux's Agententätigkeit zu verhindern.

Diese Interessenlage ist die Grundlage dessen, was den Schmücker-Prozeß heute auszeichnet: Von offizieller Seite wird wie in keinem anderen Prozeß mit allen möglichen legalen und illegalen Mitteln und Wegen die Wahrheitsfindung boykottiert. Wie dieses Tauziehen zwischen Behörden, Gerichten und Verteidigung letztlich ausgeht, wird
heute auszeichnet: Von offizieller Seite wird wie in keinem anderen Prozeß mit allen möglichen legalen und illegalen Mitteln und Wegen die Wahrheitsfindung boykottiert. Wie dieses Tauziehen zwischen Behörden, Gerichten und Verteidigung letztlich ausgeht, wird
nicht nur das Ergebnis dieses Strafverfahrens bestimmen, sondern hierbei werden grundsätzliche Fragen entschieden, Weichen gestellt und Wege geebnet.

Das Gericht deckt den Kronzeugen

Noch ziemlich plump war die Methode, mit der im ersten Prozeß 1976 die Verteidigung bei ihrem Versuch, die Glaubwürdigkeit Bodeux's zu erschüttern, behindert worden ist. In diesem Verfahren war Bodeux noch selbst Angeklagter und konnte sich so prinzipiell auf sein Aussageverweigerungsrecht berufen, was die anderen Angeklagten ja auch durchgängig taten und bis heute tun. Das bedeutet, daß er nicht wie ein Zeuge z.B. durch Beugehaft zur Aussage gezwungen werden darf.

Bodeux aber hat gezielt geschwiegen — bzw. gezielt ausgesagt. Er hat auf alle Fragen, die die Verteidiger der anderen Angeklagten an ihn gestellt haben, die Aussage verweigert. Das war sein gutes Recht. Dagegen hätte das Gericht nichts machen können. Es hätte aber dieses gezielte Schweigen bei der Beurteilung von Bodeux's Glaubwürdigkeit verwerten dürfen, ja müssen. Denn nur dem Beschuldigten, der durchgängig schweigt, dürfen daraus — nach dem Buchstaben des Gesetzes — keine Nachteile erwachsen.

Selbstverständlich kam es den anderen Angeklagten darauf an, durch Fragen an Bodeux nach dem Zustandekommen seiner belastenden Aussagen, nach den Motiven für seinen „Sinneswandel" usw. seine Glaubwürdigkeit zu erschüttern — und sei es, daß er durch sein gezieltes Schweigen zeigt, daß er hier noch etwas zu verbergen hat.

Doch das Gericht hat sich in einmaliger Art und Weise schützend vor den „Zeugen der Anklage" gestellt: Nachdem klar war, daß Bodeux auf Fragen der Verteidiger nicht antworten wird, **erklärte das Gericht pauschal alle weiteren Fragen der Anwälte an ihn für unzulässig. Eine Vorschrift in der Strafprozeßordnung, die dies vorsieht, existiert nicht; die Rechtsgrundlage für diese Maßnahme war frei erfunden.** Selbst bei den Beratungen über die zahlreichen Strafrechtsänderungsgesetze, die im Zuge der „Terrorismusbekämpfung" erlassen worden sind oder die jetzt von der CDU-Regierung geplant sind, ist eine solche Maßnahme niemals in Erwägung gezogen worden. Sogar Rebmanns Steckenpferd, die Einführung einer allgemeinen „Mißbrauchsklausel" (1a), würde diesen konkreten Fall nicht decken können.

Jedenfalls wurde in einer Situation, wo die Beweislast ohnehin schon bei der Verteidigung lag, ihr damit auch noch die wichtigste Handlungsmöglichkeit restlos genommen. In Folge dessen war der Prozeß dann auch schnell zu Ende — mit dem bekannten Ergebnis.

Die Effektivität dieser Maßnahme war zwar durchschlagend, aber von kurzer Dauer. **Das Gericht hatte zu offen selbst die Rolle übernommen, den Kronzeugen und die mit ihm verbundenen staatlichen Interessen zu decken und das Mittel zu diesem Zweck war zu offensichtlich illegal.** Die Prinzipien von der „Unabhängigkeit des Richters" und von der „Bindung staatlicher Gewalt an Recht und Gesetz" durften aber nicht all zu unglaubwürdig werden. Also hob der Bundesgerichtshof das Urteil auf.

Geheimhaltung amtlicher Beweismittel

Als besser geeignet zur Bewältigung der Schwierigkeit, wie die Verwicklungen des Verfassungsschutzes in den Mordfall verdeckt zu halten seien, erwiesen sich die Verweigerung von Aussagegenehmigungen und die Sperrung von Aktenmaterial. Diese Methoden sind im Schmücker-Prozeß in bislang einmaligem Ausmaß angewendet worden.

Es liegt auf der Hand, daß in einem Strafverfahren, wo sowohl auf Seiten des Opfers als auch auf Seiten des — angeblichen — Täters der Verfassungsschutz seine Finger im Spiel hat, gerade Beamte und Aktenvorgänge dieser Dienststellen einigen Aufschluß über den Fall geben könnten.

Grundsätzlich muß aber jeder Beamte, der als Zeuge vor Gericht aussagen soll, dafür eine Aussagegenehmigung von seinem obersten Dienstvorgesetzten haben. Diese darf verweigert werden, wenn durch die Aussage *„das Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes"* gefährdet wäre (§ 62 Bundesbeamtengesetz). Das gleiche gilt für Akten, die das Gericht von einer Behörde anfordert, weil sich daraus mög-
werden, wenn durch die Aussage *„das Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes"* gefährdet wäre (§ 62 Bundesbeamtengesetz). Das gleiche gilt für Akten, die das Gericht von einer Behörde anfordert, weil sich daraus mög-
licherweise Erkenntnisse für das Strafverfahren ergeben.

Beispiel Nr.1: der „beste Mann"

Bereits im ersten Schmücker-Prozeß sollte der LfV-Beamte „Rühl" als Zeuge über seine Kontakte zu Schmücker gehört werden. Möglicherweise hätte er u.a. sagen können, mit wem Schmücker sich für den Abend des 4. Juni 1974 (an dem er erschossen wurde) verabredet hatte, denn Schmücker hatte noch an diesem Tag mit dem LfV telefoniert. Doch „Rühl" erhielt keine Aussagegenehmigung. Er dürfe als *„bester Mann"* im Bereich der Terrorismusbekämpfung nicht enttarnt werden. Stattdessen wurde als „Ersatzzeuge" der Chef des LfV-Berlin, Natusch, geschickt. Zu den meisten Fragen konnte er sich dann auf seine Unkenntnis als bloßer Zeuge vom Hörensagen berufen. Immerhin sagte er aber aus, daß Schmücker sich von zwei Personen bedroht gefühlt und um eine Waffe gebeten habe. Noch an seinem Todestage habe er im LfV angerufen, um die Namen der zwei Personen durchzugeben. Diese Namen zu nennen, lasse seine beschränkte Aussagegenehmigung aber nicht zu. Allerdings seien es nicht die Namen der Angeklagten — soviel könne er sagen.

Das war ein Skandal: Deckte das LfV unter dem Vorwand, das „Wohl des Landes" zu schützen möglicherweise die wahren Täter? — Doch was konnte die Verteidigung dagegen tun?

Vom Gesetz her ist die Sache gut eingerichtet: Der schwarze Peter liegt jetzt nämlich nicht mehr beim Strafgericht, sondern bei der Behörde, die für die Aussagegenehmigung zuständig ist. Das Gericht kann zwar beschließen, den Zeugen hören zu wollen und ihm auch diese oder jene Frage stellen — kommt er aber nicht, wie „Rühl", oder antwortet er nicht, wie Natusch, so ist das Gericht machtlos. Es darf bestenfalls nochmal an den obersten Dienstherrn schreiben und ihn bitten, seine Entscheidung doch noch einmal sorgfältig abzuwägen ...

So tat es dann auch die 9. Strafkammer im zweiten Durchgang des Schmücker-Prozesses. Der damalige Innensenator von Berlin wog ab und teilte dem Gericht mit: „Rühl" erhält keine Aussagegenehmigung. *„Im übrigen lassen Sie mich versichern, daß ich mir keine Situation vorstellen kann, in der ich oder ein anderer verantwortlicher Politiker die Interessen des Landes Berlin auch dann höherwertig ansehen würde, wenn dadurch auch nur im entferntesten der Verdacht der Verurteilung eines Unschuldigen entstehen könnte"* (2). Eine sehr bemerkenswerte Begründung: Weil der Innensenator die Angeklagten für schuldig hält, braucht „Rühl" nicht auszusagen. Wozu brauchen wir überhaupt noch Strafgerichte, die in aufwendigen Verfahren Schuld und Unschuld feststellen sollen, wenn doch der Innensenator längst weiß, wer die Schuldigen sind?

Jedenfalls blieb der Zeuge „Rühl" für das Gericht „unerreichbar". Zumindest vorläufig. Denn die Verteidiger der Angeklagten versuchten von Anfang an von sich aus gegen die Entscheidung des Innensenators gerichtlich vorzugehen. Sie klagten vor dem Verwaltungsgericht auf Erteilung einer Aussagegenehmigung. Die Konstruktion, daß das Strafgericht an die Entscheidung der Behörde gebunden ist, bürdet den Angeklagten also zu der Last, durch Benennung der Beweismittel ihre Unschuld darlegen zu müssen, zusätzlich die Last auf, auch noch für die Beibringung dieser Beweismittel zu sorgen. Sie tragen damit das volle Prozeß- und Kostenrisiko, obwohl die Durchführung des Strafprozesses, derentwegen die Klage auf Erteilung der Aussagegenehmigung ja erhoben wurde, schließlich nicht ihr Interesse, sondern das des Staates ist. Noch dazu war völlig offen, ob sie mit ihren Klagen eine Chance haben würden, denn die damit zusammenhängenden Rechtsfragen waren fast sämtlich ungeklärt — und sind es z.T. noch bis heute.

Unklar war zunächst, ob das Strafgericht den Ausgang des Verwaltungsgerichtsverfahrens abwarten, d.h. das Strafverfahren solange aussetzen muß. Denn solange ein Zeuge nur vorläufig „unerreichbar" ist, darf das Gericht nicht einfach auf ihn verzichten. Endgültig „unerreichbar" wäre der Zeuge aber erst, wenn die Verweigerung der Aussagegenehmigung durch ein rechtskräftiges Urteil bestätigt worden wäre. Doch bereits im ersten Schmücker-Prozeß lehnte die Strafkammer eine Aussetzung des Verfahrens ab, verhandelte weiter und sprach eine Woche später das Urteil. Damit wären dann eigentlich auch die Klagen vor dem Verwaltungsgericht gegenstandslos geworden, wenn nicht der BGH dieses
Prozeß lehnte die Strafkammer eine Aussetzung des Verfahrens ab, verhandelte weiter und sprach eine Woche später das Urteil. Damit wären dann eigentlich auch die Klagen vor dem Verwaltungsgericht gegenstandslos geworden, wenn nicht der BGH dieses
Urteil — aus anderen Gründen — aufgehoben hätte. So konnte der Wettlauf mit der Zeit weitergehen.

Die zweite Unklarheit bestand darin, ob die Verwaltungsgerichte für Klagen auf Erteilung einer Aussagegenehmigung überhaupt zuständig sind.

Im Laufe des zweiten Durchgangs des Schmücker-Prozesses entschied das Verwaltungsgericht Berlin. Es hielt sich zwar für zuständig, lehnte die Klage aber ab, weil „Rühl" vor einer Enttarnung geschützt werden müsse. Die Angeklagten legten Berufung beim Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin ein. Auch diese wäre gegenstandslos geworden, wenn der BGH nicht auch das zweite Urteil im Schmücker-Prozeß vom Juli 1979 aufgehoben hätte. So kam die Sache schließlich im Februar 1981 vor das OVG, noch bevor der dritte Durchgang des Schmücker-Prozesses begonnen hatte.

Inzwischen ist „Rühl" enttarnt worden. „Konkret" hatte im Mai 1980 ein Foto des **LfV-Beamten Grünhagen** veröffentlicht, auf dem er von mehreren Personen als „Rühl" wiedererkannt wurde. Das Foto ist anschließend mit Namensnennung millionenfach durch „Stern", „Spiegel", Panorama-Sendung usw. veröffentlicht worden. Trotzdem blieb der Innensenator dabei: „Rühl"/Grünhagen bekommt keine Aussagegenehmigung, weil er nicht enttarnt werden dürfe.

In der Öffentlichkeit begann sich langsam Unmut zu regen. Schon zwei Gerichte hatten mit Freisprüchen reagiert, weil ihnen eben jener Grünhagen als Zeuge vorenthalten worden ist:

Fortsetzung nächste Seite

Astrid Proll ist vom Landesgericht Frankfurt vom Vorwurf des versuchten Mordes freigesprochen worden, nachdem der einzige Belastungszeuge Grünhagen nicht vor Gericht erschienen war; das Kammergericht Berlin hat die Angeklagten im 2. Juni-Prozeß vom Vorwurf des Drenkmann-Mordes freigesprochen, weil die Glaubwürdigkeit des Zeugen Hochstein ohne Grünhagen nicht hatte geklärt werden können. „Bleibt ein weiterer Mord ungesühnt?" — wurde nun im Hinblick auf den Schmücker-Prozeß gefragt.

Vor diesem Hintergrund wußte das OVG offenbar nicht aus noch ein, zumal der Innensenator es dem Gericht mit seiner bescheuerten Begründung, „Rühl"/Grünhagen müsse vor Enttarnung geschützt werden, nicht gerade leicht machte, ihm Recht zu geben. Also versuchte das OVG zunächst, überhaupt um eine Entscheidung herumzukommen, indem es der Verteidigung vorschlug, **die Sache für erledigt zu erklären!**

Das hatte folgende Bewandnis: In einem ähnlichen Fall hatte der BGH entschieden, daß ein Zeuge, wenn er andernfalls aus Gründen seiner persönlichen Sicherheit gar nicht gehört werden kann, auch kommissarisch und unter Ausschluß der Angeklagten und der Verteidiger vernommen werden darf (3). Diese Rechtsprechung ist inzwischen überholt (4). Jedenfalls hatte der Innensenator von Berlin unter Hinweis auf die damalige Entscheidung eine Aussagegenehmigung für „Rühl"/Grünhagen in Aussicht gestellt, falls die Verteidiger an der Vernehmung nicht teilnehmen. Die Verteidigung lehnte dieses Ansinnen selbstverständlich ab, ihr Anliegen hatte sich keinesfalls „erledigt".

Die nun folgende Entscheidung des OVG war einigermaßen sensationell: **Ob die Verwaltungsgerichte überhaupt für die Entscheidung solcher Klagen zuständig seien, könne offen bleiben. Denn auf jeden Fall hätten die Angeklagten gar kein Rechtsschutzinteresse, weil derzeit kein Gericht vorhanden sei, demgegenüber eine Aussagegenehmigung für „Rühl"/Grünhagen erteilt werden könnte.** (5)

Ein grandioser Einfall: Das OVG machte sich die **Zufälligkeit** der gerichtlichen Terminierung zunutze, um an einer Sachentscheidung vorbeizukommen. Daß es dabei den Kardinal-
richtlichen Terminierung zunutze, um an einer Sachentscheidung vorbeizukommen. Daß es dabei den Kardinal-
fehler beging, bei dem jeder Jurastudent mit Pauken und Trompeten durchfallen würde, nämlich die stets vorrangige Frage der Zuständigkeit des angerufenen Gerichts einfach offen zu lassen, störte das OVG offenbar wenig.

Nun mußten die Angeklagten gegen diese Entscheidung Revision beim Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) einlegen. Inzwischen forderte die Strafkammer im dritten Schmücker-Prozeß eine Aussagegenehmigung für „Rühl"/Grünhagen an, die thematisch sogar über das hinausging, was die Verteidigung beantragt hatte. Angesichts der Tatsache, daß die Begründung, mit der bislang eine Aussagegenehmigung abgelehnt worden war, kaum mehr aufrecht erhalten werden konnte und daß andererseits der Schmücker-Prozeß zu platzen drohte, wenn „Rühl"/Grünhagen nicht gehört werden könnte, wurde die Aussagegenehmigung schließlich im April 1982 erteilt. Ein Ausschluß der Verteidiger von der kommissarischen Vernehmung wurde nicht mehr gefordert. Als das BVerwG endlich einen Termin anberaumte, mußte die Sache **nach 6-jährigem Rechtsstreit** für erledigt erklärt werden. Erstmals wurde dabei aber endgültig festgestellt, daß die Verwaltungsgerichte im Prinzip zuständig sind. Die Angeklagten müssen nun die Hälfte der Kosten für alle drei Instanzen tragen.

„Rühl"/Grünhagen konnte dann im September 1982 acht Tage lang vernommen werden. Damit, so könnte mensch meinen, habe sich der Fall letztlich ja doch zu Gunsten der Angeklagten geregelt. Doch — die unendliche Geschichte geht weiter: **Grünhagen verweigerte unter Berufung auf seine beschränkte Aussagegenehmigung auf 35 z.T. sehr wesentliche Fragen die Antwort!**

Mit dem Instrument der Aussagegenehmigung verhält es sich wie in der Sisyphus-Sage mit dem Fluch: Da sich das Thema, zu dem ein Zeuge aussagen soll, immer nur ungefähr angeben läßt, kann die Aussagegenehmigung inhaltlich auf genau diese Fragen beschränkt werden. Logischerweise ergeben sich aus der Befragung eines Zeugen, d.h. aus seinen Antworten, neue Fragen. Diese sind dann natürlich nicht von der Aussagegenehmigung umfaßt. Eine neue Aussagegenehmigung zu den neuen Fragen muß angefordert und ggf. eingeklagt werden, usw. usf. Und so



Michael Grunhagen alias „Peter Rühl", 1980

haben die Verteidiger im Schmücker-Prozeß jetzt wieder vor dem Verwaltungsgericht Berlin Klage erhoben mit dem Ziel, auch auf die unbeantworteten 35 Fragen irgendwann einmal eine Antwort zu bekommen ...

Das Sisyphus-Prinzip ist aber nur eine Methode, die Bemühungen der Verteidigung ins Leere laufen zu lassen. Parallel zu dem Tauziehen um „Rühl"/Grünhagens Aussagegenehmigung ging es ja immer noch um die Weigerung des „Ersatzzeugen" Natusch, die Namen der Personen zu nennen, von denen Schmücker sich bedroht gefühlt haben soll. Da Grünha-
nen, von denen Schmücker sich bedroht gefühlt haben soll. Da Grünha-
gen im dritten Prozeß nun selber aussagen mußte, wurde er danach gefragt. Antwort: **Natusch müsse sich da geirrt haben. Schmücker habe zwar zwei Namen genannt, von diesen Personen habe er sich aber nicht bedroht gefühlt, sondern über sie habe er Informationen anbieten wollen.** Natusch, nunmehr dazu befragt, erklärte lapidar: **Ja, ja, da habe er sich wohl geirrt ...**

Kaum zu glauben, daß sechs Jahre eine vollständige Aussagegenehmigung für Natusch verweigert wurde und niemand diesen angeblichen Irrtum bemerkt hat. Zumindest Grünhagen müßte — unterstellt, er liest Zeitung — spätestens im zweiten Prozeß 1978/79 aufgefallen sein, daß sein Vorgesetzter und „Ersatzzeuge" Natusch „irrtümlich" etwas falsches ausgesagt hat, denn gerade die Natusch-Aussage hatte für einige Aufregung in der Öffentlichkeit gesorgt. Aber das wird wohl zum „Wohle des Landes" für immer ein Geheimnis bleiben.

Beispiel Nr.2: Wie gewonnen, so zerronnen

Das Spiel mit verteilten Rollen zwischen Behörden, Verwaltungsgerichten und dem Strafgericht bietet noch weitere, ungeahnte Möglichkeiten.

In einem der über ein Dutzend Verwaltungsgerichtsverfahren, die im Laufe der Zeit von der Verteidigung angestrengt worden sind, ist ein positives Urteil rechtskräftig geworden. Dabei ging es um Aussagegenehmigungen für LfV-Beamte, die Schmücker bei einem angeblichen Treffen mit einigen der Angeklagten drei Wochen vor der Tat observiert haben sollen, und für die Beamtin, die noch am 4. Juni 1974 zwei Telefongespräche mit Schmücker geführt hat. Diesen Beamten war — genau wie bei „Rühl"/Grünhagen — die Aussagegenehmigung mit dem Standard-Argument verweigert worden, daß sie immer noch im „Terrorismusbereich" konspirativ eingesetzt würden und daher nicht enttarnt werden dürften.

Die Problematik dieser Argumentationsweise ist offenbar selbst dem OVG, das in zweiter Instanz über die Klage zu entscheiden hatte, nicht verborgen geblieben. Denn eigentlich dient die Klausel vom *„Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes"* nicht dem Identitätsschutz einzelner Behördenmitarbeiter, sondern dem Geheimhaltungsinteresse im Hinblick auf bestimmte Vorkommnisse. Sind diese Vorkommnisse als solche aber bereits bekannt — so wie hier die Tatsache, daß Schmücker observiert worden ist und daß er an seinem Todestag mit dem LfV telefoniert hat — so können sie als möglicherweise geheimhaltungsbedürftig die Versagung der Aussagegenehmigung nicht mehr rechtfertigen. Wenn die Behörde jetzt auf eine angebliche Enttarnungsgefahr der betreffenden Beamten ausweicht, so ist dies natürlich in keiner Weise mehr überprüfbar. **Die Behörden können in jedem Fall durch die bloße Behauptung, der jeweilige Beamte sei weiterhin konspirativ tätig, selbst die sowieso schon eingeschränkte gerichtliche Nachprüfbarkeit ihrer Entscheidung noch unterlaufen.** Das Verwaltungsgericht kann hier nicht noch einmal so tun, als ob es die Rechtmäßigkeit der Behördenentscheidung beurteilen könnte.

Um dieser Konsequenz, d.h. dem Eingeständnis, daß die verfassungsmäßig verankerte Rechtsweggarantie hier versagt, auszuweichen, hatte das OVG Berlin dann einen salomonischen Einfall: Es sei *„einer Lösung der Vorzug zu geben (...), die einerseits die Aussage ermöglicht, zum anderen aber auch den schutzwürdigen Sicherheitsinteressen des Beklagten* (d.h. des Landes Berlin, Anm. AK) *Rechnung trägt. Diese hat der Senat* (d.h. das OVG, Anm. AK) *darin gesehen, daß er unter Verpflichtung des Beklagten, den Beamten die Aussage zu gestatten, diesem anheimgestellt hat, die Maßnahmen zur Geheimhaltung der Identität der Beamten zu treffen, die er für notwendig hält. Die Entscheidung, ob die vom Beklagten für erforderlich gehaltenen Sicherheitsvorkehrungen mit den strafprozessualen Erfordernissen für die Durchführung der Beweisaufnahme in Einklang zu bringen sind, muß den hierzu allein berufenen Strafgerichten vorbehalten bleiben".* (6)

Das klingt logisch. Das Verwaltungsgericht entscheidet nur darüber, ob eine Aussagegenehmigung zu erteilen ist — und bejaht dieses. Wie die Zeugenvernehmung vor sich gehen soll, geht nur das Strafgericht an. Aber lesen wir weiter: *„Dies schließt auch die Möglichkeit ein, daß unter Umständen wegen der vom Beklagten geforderten Vorkehrungen eine Vernehmung der Zeugen, weil in dieser Form nach den strafprozessualen Vorschriften nicht zulässig, ganz unterbleiben muß."*

Aha, das ist also die „Lösung": Das Land Berlin wird dazu verurteilt, **entweder** — nicht „einerseits" — die Aussagen zu ermöglichen, **oder** — nicht „andererseits" — den „schutzwürdigen Sicherheitsinteressen" des Landes Berlin Rechnung zu tragen. Mit anderen Worten: dieses Urteil ist gar kein Urteil, weil daraus gerade nicht hervorgeht, was denn nun zu geschehen hat. Mensch stelle sich beispielsweise ein Urteil mit folgendem Tenor vor: Der Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 100 DM zu zahlen oder es zu lassen ...

So kam es denn auch wie es kommen mußte. Bis heute sind diese Zeugen im Schmücker-Prozeß nicht gehört worden, obwohl der Innensenator ja „eigentlich" verpflichtet worden ist, Aussagegenehmigungen zu erteilen. Denn er hat selbstverständlich von der ihm großzügig überlassenen Möglichkeit Gebrauch gemacht und eine Vernehmung unter Ausschluß der Verteidiger verlangt — was unzulässig ist. Ein Antrag der Verteidigung, den Senator im Wege der Zwangsvollstreckung zur Erteilung der Aussagegenehmigung unter zulässigen Bedingungen zu veranlassen, ist vom Verwaltungsgericht logischerweise abgelehnt worden.

Beispiel Nr.3: Akte D/F 2066 — Ergebnis einer „Schnitzeljagd"

Die Akte D/F 2066 des hessischen Landeskriminalamtes (LKA) enthält wissenswertes über den Kronzeugen Bodeux — so viel steht fest. Der genaue Inhalt ist unbekannt, weil diese Akte vom hessischen Innenministerium zum „Wohle des Landes" gesperrt worden ist.

Wie diese Akte aus Hessen überhaupt zum Gegenstand des Schmücker-Prozesses geworden ist, beleuchtet beispielhaft das Zusammenspiel zwischen Zufall und (Verschleierungs-) Methode.

Am Ende des zweiten Schmücker-Prozesses veröffentlichte der Journalist Stefan Aust in „Panorama" geheime Dokumente des BKA und des hessi-
Prozesses veröffentlichte der Journalist Stefan Aust in „Panorama" geheime Dokumente des BKA und des hessi-
schen LKA aus dem Jahr 1974, aus denen eindeutig hervorging, daß Bodeux als Agent für das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) gearbeitet hat (7). BKA, BfV und LKA dementiereten sofort und bezeichneten die Dokumente als Fälschungen. Ein Beamter des hessischen LKA sagte unter Eid vor Gericht aus, daß es beim LKA keine Akten über Bodeux gäbe. Damit war der Fall für die damals befaßte 9. Strafkammer erledigt. Die Beweisaufnahme wurde geschlossen und die Angeklagten wegen Mordes an Schmücker verurteilt.

Nun trat der „Spiegel" in Aktion. Er recherchierte, von wem Aust das brisante Material zugespielt bekommen hatte und wer ggf. als Fälscher in Frage kommt. Als Informant von Aust wurde der Ex-BKA-Mann Frank P. Heigl ermittelt, der maßgeblich an der Aufdeckung der Langemann-Affäre beteiligt gewesen ist.

Jetzt schaltete sich die Staatsanwaltschaft Frankfurt ein. Es wurde ein Ermittlungsverfahren gegen Heigl wegen Verdachts der Urkundenfälschung eingeleitet, das inzwischen eingestellt werden mußte. Wohl allerdings etwas zu spät — denn der eifrige Staatsanwalt hatte einiges zu Tage gefördert: Als die Ermittlungsakte ./. Heigl im dritten Schmücker-Prozeß beigezogen wurde, fand sich darin u.a. ein Hinweis auf eine „Kriminalakte Jürgen Bodeux" beim hessischen LKA — entgegen der Aussage des Beamten im zweiten Prozeß. Als nun diese Akte vom Gericht beigezogen wurde, stellte sich jener Beamte sogar als deren Bearbeiter heraus. Eine von der Verteidigung gestellte Strafanzeige wegen Meineides ist von der Staatsanwaltschaft vorläufig eingestellt worden, bis der Schmücker-Prozeß rechtskräftig abgeschlossen ist! Jedenfalls befindet sich in dieser Kriminalakte neben einigen irrelevanten Vorgängen der Vermerk: *„Weitere Vorgänge in der Akte D/F 2066"*. Und deren Herausgabe wird nun vom hessischen Innenminister verweigert.

An der Geschichte dieser „Schnitzeljagd" wird deutlich, daß die Behörden auch vor eindeutig illegalen Methoden nicht zurückschrecken, wenn es darum geht, Nebel um die Beziehungen zwischen Bodeux und gewissen Ämtern zu verbreiten. Zu diesen Methoden gehört der Meineid genauso wie das Inverkehrbringen von — wahrscheinlich zumindest z.T. — gefälschten Dokumenten. Denn unabhängig davon, ob die Aktenvermerke teilweise *„in der Sache richtig"* sind — wie ein Kölner Kripo-Mann gegenüber dem „Spiegel" zugegeben hat — ist durch das Verwirrspiel um die angeblichen oder tatsächlichen Fälschungen in der Öffentlichkeit der Eindruck hängen geblieben, daß mensch gar nicht mehr weiß, was mensch denn nun glauben könne, denn offenbar werde hier ja von allen Seiten gemogelt. *„Es gibt nur eine Seite, die an dem unfruchtbaren Streit über die Echtheit der Papiere (...) Interesse hat: der Verfassungsschutz, der sich nach Kräften bemüht, den Fall zu verschleiern. Verwunderlich wäre es nicht, wenn das BKA im Zuge der ‚Amtshilfe' für einen ‚befreundeten Dienst' dem Verfassungsschutz hilfreich zur Seite gestanden hätte"* — war damals die Einschätzung der Schmücker-Prozeß-Initiative (8). Woher die Dokumente tatsächlich stammen, d.h. wer sie an Heigl gegeben hat, ist bis heute ungeklärt. Die Spuren weisen in der Tat ins BKA.

Aber immerhin hat es der Zufall gewollt, daß in der Sache gegen Heigl ein offenbar nicht sehr weitblickender Staatsanwalt ermittelt hat, so daß die ganze Affäre neue und v.a. real existierende Akten zum Vorschein gebracht hat.

Hier setzt nun wieder die bewährte Methode der Sperrung zum „Wohle des Landes" ein. Die Verteidiger beantragten beim Verwaltungsgericht Wiesbaden, Hessens Innenminister zur Herausgabe der Akte D/F 2066 zu verurteilen. Und erstmals in den zahlreichen Verfahren um Aktenfreigabe entschied ein Gericht positiv.

Dabei durfte es aus der Sicht der Geheimniskrämer auf keinen Fall bleiben. Denn im Gegensatz zu Zeugenaussagen, die, wenn es nicht mehr anders geht, schließlich durch eine Aussagegenehmigung ermöglicht werden müssen, sind Akten weniger leicht manipulierbar. Andererseits ist bei Akten das Geheimhaltungsbedürfnis schwerer zu begründen, weil hier auf jeden Fall inhaltlich und nicht mit einem angeblichen Identitätsschutz argumentiert werden muß.

Also ließ sich das hessische Innenministerium was einfallen: Obwohl für Klagen auf Aussagegenehmigung bereits obergerichtlich entschieden worden ist, daß die Verwaltungsgerichte zuständig sind, wurde dieses nun für Klagen auf Aktenvorlage erneut bestritten. Und man ging, um die Sache
zuständig sind, wurde dieses nun für Klagen auf Aktenvorlage erneut bestritten. Und man ging, um die Sache
zu verzögern, auch nicht gleich mit der sog. Sprungrevision zum BVerwG — obwohl dies ausdrücklich vom VG Wiesbaden zugelassen worden war —, sondern erstmal zum hessischen Verwaltungsgerichtshof (VGH). Dieses Gericht verneinte dann auch prompt seine Zuständigkeit. Erst auf weiteres Betreiben der Verteidiger entschied das BVerwG schließlich doch wieder anders und verwies die Klage zur Sachentscheidung zurück an den VGH. Daß es dort noch vor Ende des Schmücker-Prozesses zu einem Termin kommt, ist unwahrscheinlich.

Beweismittel verschwinden

Selbst die weitgehenden Geheimhaltungsmöglichkeiten, die das Gesetz mit der Klausel vom „Wohle des Landes" den Ämtern bietet, erweisen sich gelegentlich als lückenhaft. Dann muß — diesmal eben ohne Rechtsgrundlage — zu radikaleren Maßnahmen gegriffen werden: Die fraglichen Beweismittel werden nicht bloß zurückgehalten, sondern ganz beiseite geschafft.

Dies ist im Schmücker-Prozeß nicht nur einmal vorgekommen. Ein handgeschriebener Brief, der auf Schmückers Leiche gelegen hat, als sie gefunden wurde, ist spurlos verschwunden. Das gleiche passierte mit zwei Zetteln, die Schmücker an seinem Arbeitsplatz hinterlassen hatte und die bereits einen Tag nach seinem Tod der Kripo übergeben worden sind.

Der neueste Fall dieser Art läßt sich nun beim besten Willen nicht mehr mit „Schlampigkeit" bei den Ermittlungsbehörden erklären: Bereits im zweiten Durchgang des Schmücker-Prozesses stieß die Verteidigung auf eine Ermittlungsakte zu einem Raubmordfall in Porz vom Dezember 1973. Bodeux wird darin als einer der Tatverdächtigen genannt. Dieser Fall ist nie aufgeklärt worden. Bodeux bestreitet, damit etwas zu tun zu haben.

Jedenfalls fiel der Verteidigung jetzt ein Vermerk aus dieser Ermittlungsakte auf, wonach ein Finderabdruckabgleich zwischen den dortigen Tatverdächtigen und einer Fingerspur gemacht werden sollte. Dieser Abgleich ist für Bodeux nicht erfolgt, weil es damals — angeblich — keine erkennungsdienstlichen Unterlagen über Bodeux gab. Für die anderen Tatverdächtigen verlief der Abgleich ergebnislos.

Freiheit für Ilse Schwipper!

Ilse Schwipper wurde im Sommer 1974 zusammen mit Jürgen Bodeux wegen Verdachts der Gründung einer kriminellen Vereinigung verhaftet. Aufgrund von Aussagen Jürgen Bodeux' erwirkte die Berliner Staatsanwaltschaft gegen sie und vier andere (siehe Artikel) einen Haftbefehl wegen Verdachts der Beteiligung an der Erschießung Ulrich Schmückers. Diejenigen, die Ilse aus früheren Zeiten kennen, wissen, daß sie mit scheinbar nicht endenden Kräften die ersten beiden Prozesse verfolgte, wach und aufmerksam für alles war, was dort geschah und immer dabei, wenn es um ihre Verteidigung ging. In den ersten beiden Verfahren wurde sie zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Wer sie am Beginn des 3. Prozesses gesehen hat, mußte eine andere Ilse kennenlernen: kraftlos, fast hoffnungslos. Wenn man mit ihr sprechen konnte, was oft nicht ging, weil sie nur weinte, so erzählte sie, wie sie ihre Nächte strickend hinter sich brachte. Sie konnte selten schlafen, mußte sich von quälenden Selbstmordgedanken ablenken.

Auch die Rückverlegung in den sogenannten Normalvollzug der Frauenhaftanstalt Lehrter Straße konnte diesen Prozeß nicht aufhalten. Ihre Anwälte, Freundinnen und Freunde versuchten alles Erdenkliche, um die Öffentlichkeit auf Ilses Zustand aufmerksam zu machen. Endlich, nach acht Jahren Untersuchungshaft, davon 3 1/2 Jahre Isolation im Trakt Moabit, nach etlichen Haftverschonungsanträgen, ärztlichen Gutachten, die auf Ilses Entlassung drängten, nach einem Jahr Prozeß im 3. Verfahren, das unter diesen Umständen nicht mehr weitergeführt werden konnte, mußte Ilse im Mai 82 wegen schwerer Depressionen und anderer Haftschäden entlassen werden. Heute, nach zwei Jahren und zwei Monaten intensiver Therapie, hat sich Ilse soweit stabilisiert, daß sie in Ansätzen wieder Kraft für die alltägliche Lebensbewältigung entwickelt.

Sie durch eine erneute Verurteilung aus diesen Anfängen herauszureißen, käme einem Todesurteil gleich.

Schmücker-Prozeß Initiative Westberlin (aus „taz", 31.7.84)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Da inzwischen Fingerabdrücke von Bodeux genommen worden sind, beantragte die Verteidigung, diesen seinerzeit unterbliebenen Ermittlungsvorgang nachzuholen. Denn zum einen ist der Raubmord noch nicht verjährt, zum anderen wäre Bodeux's Glaubwürdigkeit mehr als zweifelhaft, wenn er sich doch als Täter erweisen sollte. Dennoch lehnte das Gericht diesen Antrag ab.

Nun forderte aber die Staatsanwaltschaft im Schmücker-Prozeß von sich aus bei der StA Köln die Akte mit der gesicherten Spur an. Dabei stellte sich heraus, daß die Spur nicht direkt aus dem Raubmordfall stammt, sondern aus einem ebenfalls unaufgeklärten Raub, der sich einige Monate vorher ereignet hatte. Die Kripo vermutete aufgrund von Parallelen dieselben Täter. Daher wurde der Fingerabdruck aus dem Raubfall damals zu der Raubmordsache in Porz hinzugezogen. Nach ergebnislosem Verlauf des Fingerabdruckabgleichs wurde die Spur wieder zurückgegeben zu dem ursprünglichen Vorgang. **Diese Akte ist** — so die Auskunft der Kölner StA gegenüber den Berliner Staatsanwälten — **samt gesicherter Spur inzwischen vernichtet worden!**

Wie die Erkundigungen der Verteidigung ergaben, hat dieser Vernichtungsvorgang im Juli 1981 stattgefunden — zu einem Zeitpunkt also, als der Porzer Raubmord zum Gegenstand des Ermittlungsverfahrens gegen Heigl geworden ist.

Weder der Raubmord noch der Raub sind verjährt. Bei unaufgeklärten Fällen dürfen die Akten bei der StA aber nicht vor Ablauf der Verjährungsfristen vernichtet werden. **Es handelt sich hier also um einen eindeutigen Fall illegaler Urkundenvernichtung, möglicherweise in Verbindung mit Strafvereitelung im Amt.**

Konsequenzen

Aus dem zuletzt geschilderten Vorgang werden die Richter im Schmücker-Prozeß mit Sicherheit keine Konsequenzen ziehen, denn sie hatten ja ohnehin die Beiziehung der Fingerspur zum Zwecke der Überprüfung von Bodeux's Glaubwürdigkeit abgelehnt.

Ansonsten ergeben sich aus der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen Strafverfahren einerseits und Verwaltungsgerichtsprozessen andererseits folgende Konsequenzen:

Auf Seiten der Verwaltungsgerichte setzen Klagen auf Erteilung einer Aussagegenehmigung bzw. Herausgabe von Akten voraus, daß das Strafgericht beschlossen hat, den betreffenden Zeugen zu hören bzw. die Akte sehen zu wollen. Sobald das Strafverfahren

sagegenehmigung bzw. Herausgabe von Akten voraus, daß das Strafgericht beschlossen hat, den betreffenden Zeugen zu hören bzw. die Akte sehen zu wollen. Sobald das Strafverfahren

rechtskräftig abgeschlossen ist — egal mit welchem Ergebnis — können daher keine Klagen mehr erhoben oder weiterverfolgt werden. Die Prozesse werden gegenstandslos (9). Wenn es den Behörden also gelingt, die Verwaltungsprozesse so lange zu verzögern — z.B. durch Einlegen von Rechtsmitteln, „Erledigungsangebote" usw. — bis das Strafverfahren endgültig abgeschlossen ist, kann nie mehr überprüft werden, ob ihre Geheimhaltungsmaßnahme rechtmäßig war. Dies zu erreichen ist nicht schwer. Die Verfahren, die in Sachen Schmücker-Prozeß bis zum BVerwG gelangt sind, haben dafür 6 Jahre gebraucht. So lange dauert fast kein Strafprozeß. Es ist dem äußerst seltenen Umstand, daß das Urteil zweimal aufgehoben worden ist und der dritte Durchgang schon über dreieinhalb Jahre dauert, zu verdanken, daß es im Schmücker-Verfahren überhaupt schon zu einigen rechtskräftigen Urteilen der Verwaltungsgerichte gekommen ist. **Normalerweise ist ein Rechtsschutz gegenüber Sperrmaßnahmen „zum Wohle des Landes" praktisch nicht gegeben. Da die Behörden dies wissen, ist einem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet.** Die Fälle „Rühl"/Grünhagen und Natusch haben das bewiesen.

Auf Seiten des Strafprozesses ist die Rechtslage nicht eindeutig — was sich meistens zum Nachteil der Angeklagten auswirkt. Da die Strafgerichte nicht verpflichtet sind, das Strafverfahren bis zum Abschluß der Verwaltungsgerichtsprozesse auszusetzen, müssen sie zu einem Ergebnis kommen, obwohl einige der von ihnen selbst für relevant gehaltenen Beweise nicht erhoben werden konnten. Die Verteidigung im Schmücker-Prozeß hat im Hinblick auf die massiven Einmischungen der Behörden x-mal beantragt, das Verfahren einzustellen, weil der Fall einfach nicht aufklärbar ist. Das ist stets abgelehnt worden mit dem Argument, daß sich am Ende der Beweisaufnahme zeigen müsse, ob die vorhandenen Beweismittel zur Überzeugungsbildung des Gerichts ausreichen oder nicht. **Aber wie die Richter dann letzten Endes das Verhalten der Behörden werten, bleibt eben ihrer „freien Beweiswürdigung" überlassen.** Sie müssen lediglich nach dem allgemeinen Grundsatz „im Zweifel für den Angeklagten" verfahren.

Daß dies für die Angeklagten keine ausreichende Beruhigung sein kann, haben die Urteile in den vergangenen zwei Durchgängen des Schmücker-Prozesses gezeigt. Und so ganz überzeugt davon, daß behördliche Geheimhaltungsmaßnahmen im Strafprozeß nicht auch zu Lasten der Angeklagten gehen können, sind ja selbst die Verwaltungsgerichte nicht, wenn sie grundsätzlich die Klagebefugnis von Angeklagten gegen Sperrvermerke und Aussageverweigerungen anerkennen. Denn die Klagebefugnis setzt voraus, daß der Kläger einen rechtlichen Nachteil geltend machen kann.

Es fehlt hier also eine klare gesetzliche Regelung, die die Angeklagten in solchen Fällen vor den Unsicherheiten der „freien Beweiswürdigung" schützt, die auch revisionsrechtlich kaum überprüfbar ist. Z.B. könnte das Gericht verpflichtet werden, entlastende Beweisanträge als wahr zu unterstellen, wenn der Beweis deswegen nicht erhoben werden kann, weil eine Behörde die Aussagegenehmigung versagt bzw. das Aktenmaterial zurückhält. Wenn es schon praktisch nicht durchsetzbar ist, daß die Behörden ihre Karten auf den Tisch legen müssen, dann muß wenigstens gewährleistet sein, daß die Angeklagten dabei nicht auch noch die Dummen sind.

Weil es eine solche Regelung bisher nicht gibt, müssen die Angeklagten im Schmücker-Prozeß wieder mit einer Verurteilung rechnen. Die Staatsanwaltschaft plädierte am 9. August auf Verurteilung wegen gemeinschaftlichen Mordes und forderte für die Hauptangeklagte Ilse Schwipper lebenslange Haft.

E., Anti-Repressionskommission Hamburg

Anmerkungen:

1) vgl. dazu „taz" v. 31.7.84
1a) Eine absichtsvoll pauschal formulierte Klausel, vermittels derer dem Verteidiger das Frage-, Antrags- bzw. Erklärungsrecht entzogen werden kann, wenn er dies „mißbraucht".
2) Schreiben vom 22.6.1979 zu AZ.509-95/77
3) sog. „Stiller-Urteil" v. 28.5.1980
4) Urteil des Großen Senats v. 17.10.1983
5) OVG 4B 50/79 Urteil v. 17.2.1981
6) OVG 4B 31/83 Urteil v. 13.9.1983
7) vgl. Stefan Aust: „Kennwort Hundert Blumen", S. 272 ff
8) „Ein Toter von Amts wegen?", 2. Auflage, Schmücker-Prozeß-Initiative, S. 42
9) BVerwG 2C 72/81 Beschl. v. 24.6.1982

Hannover:

Das „gesunde Volksempfinden": vom Staat praktiziert

Für den 4.8. hatten verschiedene Gruppen traditionell zu einem Treffen antifaschistischer Punks in Hannover eingladen.

Was die Stadt den ca. 1.500 - 2.000 zum Chaostag angereisten Punks zu bieten hatte waren: freigelegte Heimplätze, leergeräumte Polizeipferdeställe, Prügel, Tränengas, Wasserwerfer und das Außerkraftsetzen von Bürgerrechten.

Nicht die ca. 150 Skinheads und ANSler schafften es, ihre Drohung wahrzumachen: „Wir werden die Punk-Schweine in Hannover weder tolerieren noch ignorieren, wir werden sie zerschlagen und verjagen" (so in ihrem Aufrufflugblatt).

Das erledigte die niedersächsische Polizei, unterstützt von „schwarzen Sheriffs":

Eine „Masseninternierung im JZ-Glocksee" in bisher nicht gekanntem Ausmaß bildete den Höhepunkt der polizeilichen Provokationsstrategie. Ihr Ziel: Einen Denkzettel für die Punks, und ein für allemal den „Chaos-Tag" aus Hannover rauszuprügeln.



Selten bekam auch ein 'stolzer Deutscher' Gas in die Augen

Skins 'grüßen' die Punk-Demo — die Polizei zeigt 'halb' den Rücken

Skins 'grüßen' die Punk-Demo — die Polizei zeigt 'halb' den Rücken

Der Bulle kniet auf dem 'erlegten Tier'

- 1984 -

Das Jahr des Datenschutzes?

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz 83 vom 15.3.83 wurde stürmisch gefeiert. Als ,,*Markstein des Persönlichkeitsschutzes*'' (Ruth Leutze — Datenschutzbeauftragte Ba-Wü), ,,*sensationell weitgehend*'' (Sebastian Cobler und W. Steinmüller) mit ,,*weitreichenden Folgen für zukünftige datenschutzbezogene Entscheidungen*'' (Bundesdatenschutzbeauftragter Baumann) wurde das Urteil eingeschätzt. Auch für die andere Seite war etwas dabei: Anlaß zur Freude hatte Egon Hölder, Präsident des Bundesamtes für Statistik, der mit dem Urteil eine Grundlage geschaffen sieht, aufgrund derer ,,*derjenige, der die Volkszählung jetzt bekämpft, nicht auf dem Boden dieser Rechtsordnung steht*''. Klare Verhältnisse also. Nun — ein gutes halbes Jahr nach der Urteilsverkündung — stellt sich die Frage nach den tatsächlichen Auswirkungen des Urteils, zumal der Presse in Sachen Datenschutz hektische Betriebsamkeit zu entnehmen ist. Entwickelt sich 1984 nun zum Jahr des Datenschutzes oder war der Enthusiasmus verfrüht?

Das Urteil

Kernpunkt des Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zum Volkszählungsgesetz 1983 (im folgenden: VZ-Urteil) ist das neu kreierte Recht auf informationelle Selbstbestimmung: ,,*Unter den Bedingungen der modernen Datenverarbeitung wird der Schutz des einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten von dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Art. 2 Abs. I in Verbindung mit Art. 1 Abs. I GG (Grundgesetz) umfaßt. Das Grundrecht gewährleistet insoweit die Befug-*



*Schutz des einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten von dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Art. 2 Abs. I in Verbindung mit Art. 1 Abs. I GG (Grundgesetz) umfaßt. Das Grundrecht gewährleistet insoweit die Befug-**nis des einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.*'' (1)

Das BVerfG argumentierte damit, daß Wert und Würde der Person in Gefahr sind, weil mit elektronischer Datenverarbeitung persönliche und sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbaren Person unbegrenzt speicherbar und jederzeit abrufbar seien. Bei der Kombination verschiedener Informationssysteme könne ein teilweises oder vollständiges Persönlichkeitsbild konstruiert werden, dessen Richtigkeit oder Verwendung vom Betroffenen nicht kontrolliert werden könne. Damit seien Möglichkeiten der Einsicht und Einflußnahme extrem erweitert. ,,*Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wären eine Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichende Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß. Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen. Wer damit rechnet, daß etwa die Teilnahme an einer Versammlung oder einer Bürgerinitiative behördlich registriert wird und daß ihm dadurch Risiken entstehen können, wird möglicherweise auf eine Ausübung seiner entsprechenden Grundrechte (Art. 8,9 GG) verzichten. Dies würde nicht nur die individuellen Entfaltungschancen beeinträchtigen, sondern auch das Gemeinwohl, weil Selbstbestimmung eine elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungs- und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens ist.*'' (2)

Dieses Recht wird natürlich nicht schrankenlos gewährt: ,,*Der einzelne hat nicht ein Recht im Sinne einer absoluten, uneinschränkbaren Herrschaft über ,seine' Daten; er ist vielmehr eine sich innerhalb der sozialen Gemeinschaft entfaltende, auf Kommunikation angewiesene Persönlichkeit. Information, auch soweit sie personenbezogen ist, stellt ein Abbild sozialer Realität dar, das nicht ausschließlich dem Betroffenen allein zugeordnet werden kann ... Grundsätzlich muß daher der einzelne Einschränkungen seines Rechts auf informationelle Selbstbestimmung im überwiegenden Allgemeininteresse hinnehmen.*'' (3) Diese Einschränkungen haben — so das BVerfG — auf einer verfassungsgemäßen, gesetzlichen Grundlage zu beruhen.

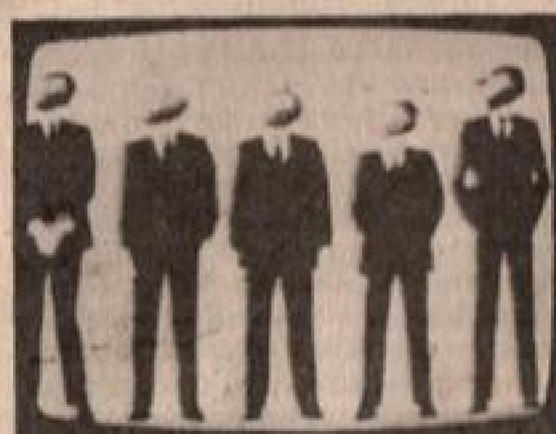
Das einzige Volkszählungsvorhaben, das vom BVerfG als unvereinbar mit dem neuen Recht auf informationelle Selbstbestimmung erklärt wurde, waren die Übermittlungsregelungen, insbesondere der sog. Melderegisterabgleich. Hier konstatierte das BVerfG eine unzulässige Verknüpfung von Statistik und Verwaltungsvollzug, da diese Regelung ,,*tendenziell Unvereinbares*,

dem neuen Recht auf informationelle Selbstbestimmung erklärt wurde, waren die Übermittlungsregelungen, insbesondere der sog. Melderegisterabgleich. Hier konstatierte das BVerfG eine unzulässige Verknüpfung von Statistik und Verwaltungsvollzug, da diese Regelung ,,*tendenziell Unvereinbares*,

miteinander verbindet, deshalb zur Erreichung der angestrebten Zwecke ungeeignet, in ihrem Inhalt unklar und in ihrer Tragweite für den Bürger unverständlich ist.'' (4)

Auswertung des Urteils durch die Datenschutzbeauftragten

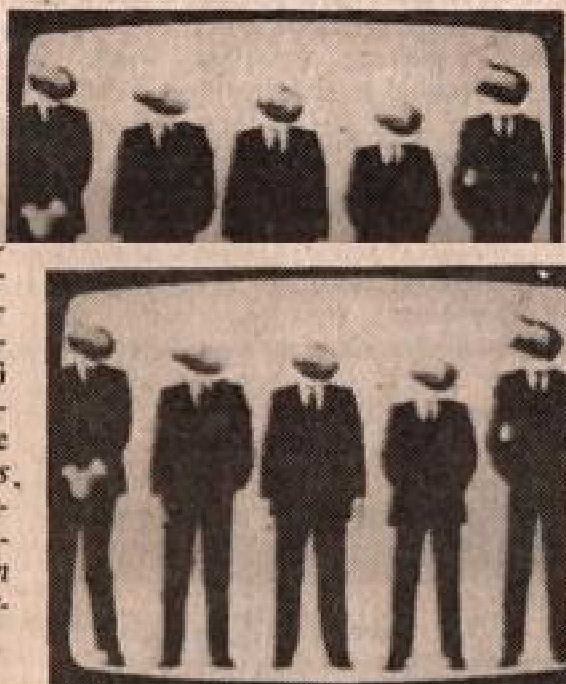
Nach der allseits enthusiastischen Begrüßung des Urteils ließ eine detaillierte Auswertung durch die Datenschutzbeauftragten einige Zeit auf sich warten. Im April '84 fand dann eine Konferenz der Datenschützer statt, auf der eine Entschließung vorgelegt wurde, die das Urteil bewertete und daraus zu ziehende Konsequenzen forderte. Zudem legte der Bundesdatenschutzbeauftragte Baumann am 25.4.84 dem Innenausschuß des Bundestags eine fast 90-seitige Stellungnahme zu den Auswirkungen des Urteils vor.



Die Datenschützer begrüßten vor allem einen durch das Urteil modifizierten Datenschutzbegriff. ,,*Durch die verfassungsrechtliche Verpflichtung des Gesetzgebers, für jede Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, ist klargestellt, daß das Datenschutzrecht sich nicht allein auf den Schutz vor Mißbrauch von Daten beschränkt, sondern die Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe personenbezogener Daten ohne Rücksicht darauf zu regeln hat, ob ein Mißbrauch zu befürchten ist. Damit bestätigt das Bundesverfassungsgericht das — bislang nicht unbestrittene — Datenschutzverständnis, daß Gegenstand des Datenschutzes der rechtmäßige Umgang mit personenbezogenen Daten ist und nicht nur die Verhinderung vorwerfbaren Fehlverhaltens.*'' (5)

Als ,,*Höhepunkt eines Entwicklungsprozesses*'' betrachtet Willi Birkelbach, der erste hessische Datenschutzbeauftragte, daß ,,*mit dem Spruch des BVerfG auch die Institution des Datenschutzbeauftragten verfassungskräftig untermauert wurde.*'' (6) So stellte das Gericht fest, daß für den Schutz des neuen Grundrechts ,,*wegen der für den Bürger bestehenden Undurchsichtigkeit der Speicherung und Verwendung von Daten unter den Bedingungen der automatischen Datenverarbeitung und auch im Interesse eines vorgezogenen Rechtsschutzes durch rechtzeitige Vorkehrungen die Beteiligung unabhängiger Datenschutzbeauftragter von erheblicher Bedeutung*'' sei. (7)

Hiervon erwarten die Datenschützer, daß ihren Vorschlägen und Forderungen in Zukunft seitens des Gesetzgebers und der Behörden mehr Gewicht beigemessen wird, aber auch weniger Behinderung bei ihren Verlangen nach Einsicht in Dateien. Diese Institutionalisierung wurde ihnen schon immer streitig gemacht, insbesondere von CDU/CSU und Wirtschaftsverbänden.

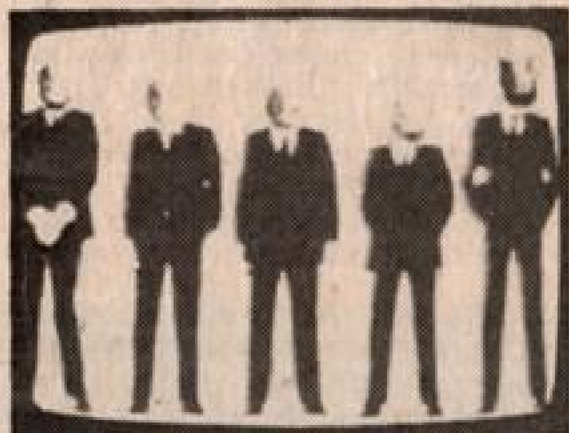


Auch der Deutsche Beamtenbund hatte die Einführung unabhängiger Datenschutzkontrolle 1974 bei einer Anhörung zum Bundesdatenschutzgesetz-Entwurf mit folgender Argumentation abgelehnt: ,,*Es wird dem Ansehen des Staates nicht sehr dienlich sein, wenn dieser es offenbar selbst für nötig hält, umfängliche, zusätzliche Kontrollstationen einzubauen, um zu verhindern, daß dem Bürger Unrecht geschieht. Darin käme nämlich allzu deutlich zum Ausdruck, daß der Staat selbst der Auffassung wäre, dem Rechtsstaat ein gutes Stück fern zu sein.*'' (8)

Vorbehalte gegen die jetzige Verankerung der Datenschutzkontrolle gibt es freilich auch nach dem VZ-Urteil: In der ,,FAZ'' werden die Datenschutzbeauftragten als ,,Modeerscheinung'' bezeichnet: ,,*Sie bieten ein erhebliches Stück Bürokratisierung, die angeblich doch abgebaut werden soll ... und entwickeln sich auf merkwürdige Weise von den Klage-Briefkästen, die sie eigentlich hatten sein sollen, mit einer Befugnis zu mahnen, zu Oberkontrolleuren der Verwaltung, zu Revisoren, deren bevorstehende Ankunft ungefähr die panische Angst bei den Behörden weckt, die bei Gogols ,Ein Revisor kommt' beschrieben ist.*'' (9)

Für die Zukunft entscheidend sind die Einschränkungsmöglichkeiten des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Dabei hat sich herauszustellen, wann ein überwiegendes Allgemeininteresse gegeben ist, das eine Einschränkung rechtfertigt. Hierzu stellt Baumann fest, daß das VZ-Urteil in diesem Punkt durchaus widersprüchlich ist: Laut BVerfG kann ein überwiegendes Allgemeininteresse nur an Daten mit Sozialbezug bestehen. Hingegen könne man laut Baumann schwerlich bestreiten, daß sich dieses Allgemeininteresse sehr wohl auch auf Daten anwenden läßt, die insbesondere in polizeilichen Dateien gespeichert sind. Es sei nicht zu leugnen, daß ,,*an derartigen Daten der Staat beispielsweise unter dem Gesichtspunkt öffentlicher Fürsorge oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ein überwiegendes Allgemeininteresse haben kann. Der Widerspruch läßt sich indessen in der Weise auflösen, daß für derartige Angaben ein besonders strenger Maßstab bei der Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips anzulegen sein wird.*'' (10)

In der Entschließung der Datenschützer vom April 1984 werden abgesehen von grundsätzlichen datenschutzrechtlichen Erfordernissen (z.B. präzise Bestimmung des Verwendungszweckes von Daten, amtshilfefester Schutz gegen Zweckentfremdung, Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes, im Falle der Datenerhebung unter Zwang eine ,,*Beschränkung auf das zur Erreichung des festgelegten Zwecks notwendige Minimum, ein möglichst wenig belastendes*



Erhebungsverfahren, keine Erhebung von unzumutbaren Intimangaben und Selbstbezichtigungen'' (11) vordringlich zu regelnde Bereiche genannt: Hierzu gehören das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), die polizeiliche Informationsverarbeitung und das Personalausweisgesetz, Das Meldewesen, Statistik, Sozial- und Gesundheitswesen und der sog. Arbeitnehmer-Datenschutz. Für das **Meldewesen** wurde festgestellt: ,,*Das Meldewesen darf nicht die Funktion einer potentiell unbegrenzten Informationssammlung oder -bereitstellung für Aufgaben anderer Behörden übernehmen.*'' (12) So fordern die Datenschützer einige Änderungen am Melderechtsrahmengesetz; es handelt sich dabei vor allem um Versuche, Übermittlungen einzugrenzen, die Zwecke des Datenaustausches präziser festzulegen etc.

Das Verbot des Melderegisterabgleichs mit den Volkszählungsdaten hatte die Pläne der Bundesregierung bezüglich des Meldewesens einigermaßen getroffen. Dadurch sollte nämlich eine Aktualisierung der Datenbestände bei den Meldebehörden erfolgen. Für Zimmermann ist die diesbezügliche

gleichs mit den Volkszählungsdaten hatte die Pläne der Bundesregierung bezüglich des Meldewesens einigermaßen getroffen. Dadurch sollte nämlich eine Aktualisierung der Datenbestände bei den Meldebehörden erfolgen. Für Zimmermann ist die diesbezügliche

Entscheidung des BVerfG ärgerlich: Den Melderegisterabgleich ,,*müßten nun die Länder auf ihre Weise erledigen.*'' (13). Auch die ,,FAZ'' bedauert: ,,*Gescheitert ist das Gesetz, was den Versuch angeht, einige Kerndaten aus der Volkszählung dazu zu verwenden, die bis zu 30% Abweichung aufweisenden Melderegister der Gemeinden in Ordnung zu bringen. Das wäre praktisch gewesen und billig, aber soll nun nicht sein, weil da Aufgaben vermischt worden wären.*'' (14) Allerdings haben das neue MRRG und die entsprechenden Länder-Ausführungsgesetze mit entsprechenden Regelungen für eine Aktualisierung bereits gesorgt.

Hinsichtlich des **BDSG** erwarten die Datenschutzbeauftragten, daß ,,*die Bundesregierung alsbald einen neuen Entwurf zur Novellierung des BDSG vorlegt, der den Anforderungen des BVerfG gerecht wird.*'' (15) Die SPD fordert, daß die ,,*Belange des Arbeitnehmer-Datenschutzes stärkere Berücksichtigung finden. Insbesondere soll die Mitbestimmung des Betriebsrates bei Einführung und Ausbau von Personalinformationssystemen und bei der Erhebung ,arbeitnehmerrelevanter Daten' verstärkt werden.*'' (16) Außerdem soll im BDSG ein Anspruch auf Schadenersatz ,,*unabhängig von Verschulden gegeben sein und auch für immaterielle Schäden gelten.*'' (17)

Für die **Sozial- und Gesundheitsverwaltung** werden ebenfalls ergänzende gesetzliche Regelungen gefordert. So kritisieren die Datenschutzbeauftragten u.a.: ,,*In zunehmendem Maße erhalten die Sozialversicherungsnummer, aber auch andere Kennzeichnungen (wie z.B. Betriebs-Nr. und Institutions-Nr.) die Funktion von Surrogaten eines Personenkennzeichens. Deshalb müssen künftig dem Datenaustausch auch innerhalb der Sozialverwaltung klarere Grenzen gezogen werden.*'' Auch die ,,*Aufgaben und Befugnisse des Amtsarztes gegenüber den Bürgern und seine Zusammenarbeit mit anderen Stellen*'' müssen festgelegt werden. (18)

Maschinenlesbarer Personalausweis

Eine der ersten konkreten Konsequenzen zeitigte das VZ-Urteil für den vorgesehenen maschinenlesbaren Personalausweis.

Der Personalausweis (PA), dessen Ausgabe für November 84 geplant war, soll die Funktion eines Schlüssels zu dem seit Jahren konzipierten Melde-, Fahndungs- und Überwachungssystem erhalten. Das sog. Ordnungsmerkmal in der maschinenlesbaren Zone des PA (Name, Geburtsdatum, Seriennr.) haben im Prinzip dieselbe Funktion wie das 1976 vom Bundestag als verfassungswidrig verworfene Personenkennzeichen. Eine Vereinheitlichung auch der Melderegister auf dieses Merkmal und die schon erfolgte Ausweitung der polizeilichen Kompetenzen zur Ausweiskontrolle — dies alles im Zusammenhang führt zu einer effektivierten Zentralisierung des Überwachungsapparates. Nun haben bereits im November 79, erneut am 13.9.83, also vor dem VZ-Urteil, die Datenschutzbeauftragten auf ihrer Konferenz u.a. folgende Anforderungen an das PA-Gesetz formuliert: So dürfe keine personenbezogene Protokollierung von Anfragen anläßlich von Ausweiskontrollen erfolgen, ,,*damit insbesondere keine Bewegungsbilder entstehen können.*'' Die Seriennummer dürfe nicht von der Polizei verwendet werden. Überhaupt seien bei Einführung des PA ,,*gesetzliche Grundlagen für die Informationsverarbeitung der Polizei, insbesondere für die polizeiliche Beobachtung und die Identitätsfeststellung zu schaffen.*'' (19)

Nach dem VZ-Urteil beharrte Innenminister Zimmermann zunächst darauf, den PA termingerecht vom 1. Nov. 84 an ausgeben zu lassen. Allerdings wurde die Kritik an dem Gesetz aufgrund der Unvereinbarkeit mit dem Urteil noch lauter. Ende Februar 84 fiel schließlich der Kabinettsbeschluß, die Einführung des Ausweises nicht vor November 85 durchzuführen und zunächst die Auswertung des Urteils durch die Datenschutzbeauftragten abzuwarten. Zwar hatte das ,,*Innenministerium versucht, selbst Konsequenzen aus dem Volkszählungsurteil zu ziehen. Dieses Eilverfahren, bei dem die Stellungnahme des Bundesdatenschutzbeauftragten nicht mehr berücksichtigt worden wäre*'' (20), konnte Zimmermann nun wohl doch nicht mehr durchsetzen. Klar hieß es jedoch aus CDU-Kreisen, daß der PA ,,*sicherheitspolitisch weiterhin geboten*'' sei.

Auf der Konferenz der Datenschutzbeauftragten im April 84 wurde gefordert, die Notwendigkeit der Maschi-

Zimmermann nun wohl doch nicht mehr durchsetzen. Klar hieß es jedoch aus CDU-Kreisen, daß der PA ,,*sicherheitspolitisch weiterhin geboten*'' sei.

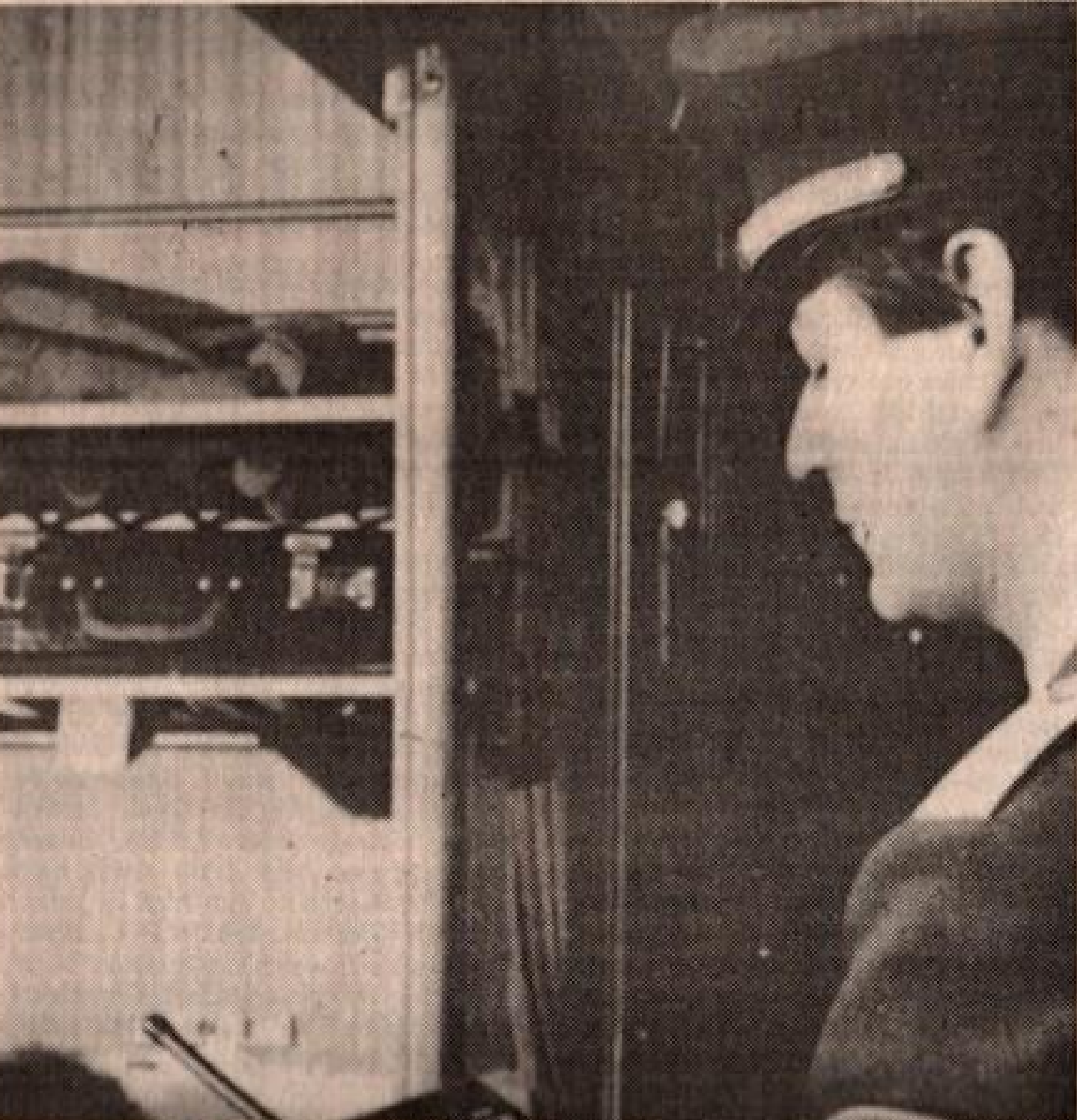
Auf der Konferenz der Datenschutzbeauftragten im April 84 wurde gefordert, die Notwendigkeit der Maschi-nenlesbarkeit des PA noch einmal zu überprüfen: ,,*Ob es im überwiegenden Allgemeininteresse geboten ist, den Personalausweis maschinenlesbar zu gestalten, wird inzwischen von vielen Experten bezweifelt. Insbesondere ist es fraglich, ob ein mit der Maschinenlesbarkeit möglicherweise erreichbarer Sicherheitsgewinn neue Risiken für das Persönlichkeitsrecht rechtfertigt.*'' Im Falle der Einführung seien ,,gesetzliche Regelungen des Bundes und der Länder sowie im Strafverfahrensrecht von Verfassungs wegen unerläßlich'' (21).

Baumann ging ins Detail: Hinsichtlich der Maschinenlesbarkeit soll deren Notwendigkeit auch unter Berücksichtigung einer ,,*zu befürchtenden Verunsicherung der Bervölkerung*'' noch einmal überprüft werden.(22) Würde auf die Nutzung der Maschinenlesbarkeit nicht verzichtet werden, so müßten Vorschriften des Gesetzes rechtsstaatlichen Grundsätzen angepaßt werden. Daher müsse der Gesetzgeber ,,*die Vorraussetzung für polizeiliche Personenkontrolle und Identitätsfeststellungen präzise bestimmen.*''(23) Im einzelnen werden eine Flut von Gesetzesänderungen vorgeschlagen, die vor allem klarer bestimmen sollen, wann und wie der Ausweis zur polizeilichen Kontrolle verwendet werden soll, was die Fahndung betrifft oder die Pflicht des Bürgers zum Vorzeigen des Ausweises.

Inzwischen hat Zimmermann einen **neuen Entwurf für ein PA-Gesetz** vorgelegt (es ist bereits der fünfte Versuch). Bei dem neuerlichen Anlauf sind einige Abweichungen festzustellen, wie wohl teilweise auf die Kritik der Datenschützer zurückgehen, den Kern des ganzen aber kaum berühren: So wurde zwar von der Pflicht (für alle ab dem 16. Lebensjahr), sich eine solche Computerkarte zulegen zu müssen,

insoweit Abstand genommen, als sich nun Paßbesitzer auch mit diesem ausweisen dürfen. Diese Änderung hat ihre Ursache darin, daß der Paß nun auch maschinenlesbar werden soll. An der maschinenlesbaren Zone ändert sich nichts, trotz heftiger Kritik. Die Personalausweisregister erhalten ihre gesetzliche Grundlage, wie sich's gehört. Zudem wird nun der Abgleich der Personalausweisdaten mit den Melderegistern erlaubt, ,,zur Berichtigung des jeweiligen andern Registers''(24), Dazu W. Steinmüller: ,,*Diese Personalausweisdateien dienen anstelle der Volkszählungsdaten zum Melderegisterabgleich, d.h. zur Automationsgerechtmachung des Melderegisters durch die Einführung eines 'objektiven', maschinell herstellbaren und verarbeitbaren Wohnsitzes.*''(25) Die Wirtschaft darf sich nun nach dem neuen Gesetzentwurf nicht mehr der automatischen Verwendung des PA's bedienen.

Zudem wird der Bereich, bei dem eine Kontrolle der Berechtigung des Datenabrufenden nicht erfolgen kann, ausgeweitet: ,,*Nicht nur die Meldebehörden, sondern auch die nicht immer gleichen Personalausweisbehörden können nach dem Gesetzentwurf nicht mehr nachprüfen, ob der datenabrufende Geheimbereich zum Abruf berichtigt ist. Dieser Geheimabruf umfaßt das gesamte überörtliche Landesregister mit seinen Erweiterungen. ... Der Geheimbereich, also der Bereich dieser Nachrichtensperre gegenüber Bürgern und Datenschutzbeauftragten, wird über die Polizei hinaus erweitert auf alle Sicherheitsbehörden (Finanzamt, Gesundheitsamt, Bauamt usw ...)*'' (26)





Die Mehrheit der Länderinnenminister hat dem Entwurf bereits zugestimmt, Hamburg und Hessen lehnen ihn ab und fordern einen Verzicht auf die Einführung. Die SPD hat in einem Hearing ebenfalls Ablehnung bekundet. Auch einige FDP-Abgeordnete haben Bedenken angemeldet; es wird wohl damit gerechnet, daß das Gesetz in diesem Jahr nicht mehr zur Verabschiedung kommt. Bei der Einführung des PA stellt sich nun ein weiteres Problem: der **Abbau der Grenzkontrollen** in den EG-Ländern. Der Abteilungsleiter für Innere Sicherheit im Innenministerium Heuer sprach von einem ,,*Zielkonflikt*''. So war doch die effektivere Grenzkontrolle ein Hauptargument für die Einführung des maschinenlesbaren PA. Schon Herold hatte angekündigt: ,,*Wenn wir einen solchen Ausweis schaffen, ist es konsequent und logisch, seine Benutzung häufig vorzusehen.*'' (27)

Für die Lösung dieses Konflikts fordert nun das BKA länderübergreifende Polizeibefugnisse: ,,*Erst wenn ein international geprägtes und entsprechend ausgestaltetes Instrumentarium für die Gewährleistung der Sicherheit vor kriminellen Handlungen und ihrer wirksamen Verfolgung zur Verfügung steht, würde ein Verzicht auf grenzpolizeiliche Kontrollen nicht zu Sicherheitsdefiziten in den beteiligten Staaten führen. Die Schaffung eines übernationalen Fahndungssystems allein, d.h. ohne entsprechende rechtliche und sonstige Maßnahmen, würde Grenzkontrollen nicht ersetzen können.*'' (29).

Polizeiliche Informationsverarbeitung

In der Entschließung der Datenschützer vom April 84 gilt dieser Bereich als vordringlich zu regeln. ,,Aus dem Urteil des BVerfG läßt sich ableiten, daß die gesamte Informationsverarbeitung im Bereich der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung sowie die Tätigkeit der Nachrichtendienste präzise geregelt werden müssen. Deshalb sind die Strafprozeßordnung sowie die Polizeigesetze und die Verfassungsschutzgesetze des Bundes und der Länder zu novellieren. Für den Militärischen Abschirmdienst und den Bundesnachrichtendienst sind gesetzliche Grundlagen zu schaffen.'' (30)

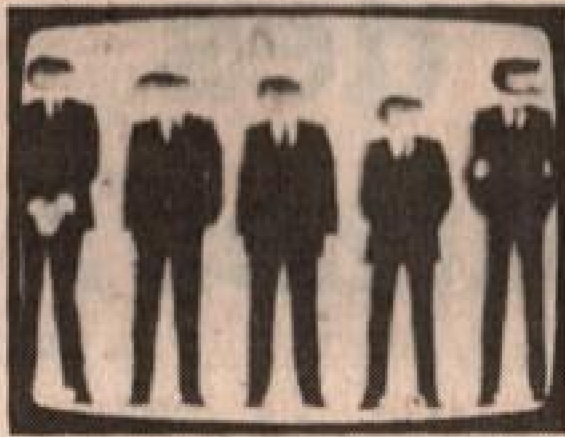
Konkret geregelt werden sollen
- Voraussetzungen und Grenzen der polizeilichen Beobachtung,
- der Abgleich polizeilicher Dateien mit anderen Datenbeständen,
- Identitätsfeststellungen,
- Kriterien und Verfahren der erkennungsdienstlichen Behandlung.

Außerdem soll die Amtshilfe zwischen Polizei und Nachrichtendiensten beschränkt werden, die Bereiche sollen klar voneinander getrennt werden — so die Wünsche der Datenschützer.

Wie zu erwarten, beißen sie jedoch im polizeilichen Bereich auf Granit. Im Gegenteil werden die Möglichkeiten der Polizei, an mehr Dateien heranzukommen insbesondere durch Zimmermannsche Aktivitäten tendenziell erweitert.

Ausdehnung der Amtshilfe

So hat Anfang Januar 84 der zuständige Abteilungsleiter Heuer ein Papier an die Länder-Innenminister verschickt, das eine rigorose Ausdehnung der Amtshilfe zwischen Grenzschutz, Zoll und Verfassungsschutz zum Inhalt hat. Diese ausufernde Amtshilfe hatte es zu Zeiten der SPD/FDP-Regierung bereits gegeben. Damals war Grundlage die ,,Sonderanweisung Grenzkontrolle'', aufgrund derer der Bundesgrenzschutz gewonnene Erkenntnisse über Grenzüberschreitungen laufend an den VS zu übermitteln hatte. Diese Sonderanweisung wurde dann von dem damaligen Innenminister G. Baum dahingehend eingeschränkt, daß ,,*Meldungen über Personen nur noch erfolgen sollten, wenn ,tatsächliche Anhaltspunkte' für extremistische, terroristische oder geheimdienstliche Tätigkei-*



ten vorliegen.'' (31)

Die CDU/CSU war für die Beibehaltung der pauschalisierten Amtshilfe, was nun mit dem Heuer-Papier erreicht werden soll. Danach erhalten die Grenzpolizisten ein erweitertes Fragerecht gegenüber Reisenden. Insbesondere sollen DDR-Reisende stärker überwacht und gemeldet werden; kurz, es soll alles gemeldet werden, bei dem die Grenzpolizisten ,,*Anhaltspunkte erkennen, die für nachrichtendienstliche Zusammenhänge bedeutsam sein können*''. (32) Ebenso sollen Zöllner Meldungen an die Nachrichtendienste weitergeben. Zwar lehnen die Datenschützer diesen neuen Vorschlag rundweg ab, mit einer bereitwilligen Aufnahme der datenschutzrechtlichen Forderungen ist hier jedoch kaum zu rechnen.

Direkter Zugriff auf ZEVIS

Eine andere Erweiterung polizeilicher und nachrichtendienstlicher Datenerhebung stellt die Änderung des Straßenverkehrsgesetzes (STVG) dar; hiermit sollen sämtliche Polizeidienststellen sowie Geheimdienste direkten Zugriff auf die Flensburger Kfz-Datei erhalten — auf gesetzlicher, verfassungsgemäßer Grundlage natürlich. Das gerade ausgebaute ,,Zentrale Verkehrs-Informationssystem'' (ZEVIS) enthält Daten von über 32 Millionen KFZ und deren Haltern. Vorgesehen ist auch, daß das ,,*BKA die bei ihm gesammelten ,Suchvermerke und Steckbriefe' (Aktueller Bestand 52.000) auf einem eigenen Magnetband in Flensburg lagern darf, um jederzeit den eigenen Fahnungsbestand mit den Daten von ZEVIS vergleichen zu können. ,Bedenken', so die Texter des Gesetzentwurfs, die Flensburger Daten in die Fahndung einzubeziehen, bestehen nicht, da schutzwürdige Belange von Personen, die per Haftbefehl gesucht werden, nicht ersichtlich sind'* '' (33).

Legalisierung von

Legalisierung von Störerdateien

Im CDU-regierten Rheinland-Pfalz liegt inzwischen ein Gesetzentwurf vor, nach dem die Polizei eine weitreichende Vollmacht zur Sammlung von Daten erhalten soll. Nach diesem Entwurf erhalten eine ,,Aktion Gitternetz'', bei der im letzten ,,heißen Herbst'' 75.000 Autofahrer heimlich erfaßt wurden oder die Einrichtung von sog. Störer-Dateien ihre gesetzliche Grundlage.

Auch in Niedersachsen reagierte die Polizei ablehnend auf die Forderungen der Datenschützer. ,,*Sie sehe sich bei Ermittlungen blockiert, weil zum Beispiel Geldinstitute nicht mehr mit wünschenswerter Selbstverständlichkeit zu Auskünften bereit seien, Arbeitsämter erst in mühsamen Gesprächen überzeugt und andere Behörden gar durch Gerichtsbeschlüsse zu Auskünften gezwungen werden müßten — und das, obwohl doch ,die Polizei immer sensibel mit Daten umgegangen' sei.*'' (34)

In Frankfurt holte sich das Hessische Landeskriminalamt (LKA) vor dem Verwaltungsgericht eine Schlappe, nachdem es sich ein ,,*dreistes Bubenstück*'' (so Rechtsanwalt Sebastian Cobler) geleistet hatte. Und zwar hatten fünf Frankfurter Anwälte und eine Frau gegenüber dem LKA von ihrem Recht auf Auskunft Gebrauch gemacht, das in den ,,Richtlinien über kriminalpolizeiliche Sammlungen'' (KPS-Richtlinien) festgeschrieben ist. Sie hatten entsprechende Schreiben an das LKA geschickt und erwarteten Auskunft über die über sie gespeicherten Daten. Diese wurde ihnen verweigert, da ,,*das öffentliche Interesse an der Geheimhaltung höher als die privaten Interessen der Anfragenden zu bewerten*'' sei (35). Nach akribischen Recherchen über die sechs Personen vermuteten die LKA-Beamten, ihre Behörde solle ausgeforscht werden, was sie z.B. aus der Tatsache schlossen, daß die Schreiben fast wortgleich seien und teilweise dieselbe Schreibmaschinenschrift (IBM-Kugelkopf Courier 10) verwendet worden sei. Ausschlaggebend war für die Auskunftsverweigerung, daß die Frau seinerzeit ,,*wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vor Gericht gestanden hatte*'' (36). Sie war freigesprochen worden, was die Beamten nicht daran hinderte, einen entsprechenden Zusammenhang zwischen allen sechs Personen zu konstruieren, der ihre Weigerung rechtfertigen sollte. Die Anwälte zogen vor Gericht und hatten Erfolg. Das Verwaltungsgericht stellte fest, daß es für das Sammeln personenbezogener Daten im ,,präventiv-polizeilichen'' Bereich, also bei der sog. vorbeugenden Verbrechensbekämpfung, keinerlei gesetzliche Ermächtigungsgrundlage gebe. Daher müsse dem Auskunftsanspruch stattgegeben werden, um ihnen ,,*die Möglichkeit zu gewähren, sich gegen die zu Unrecht gespeicherten personenbezogenen Daten rechtlich wehren zu können.*'' (37)

Mikrozensus

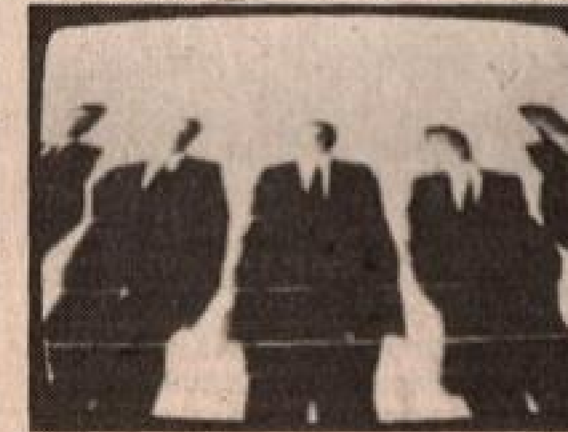
Ihre Ursache im VZ-Urteil hatte auch die Verschiebung des für Mai 84 geplanten Mikrozensus. Bei der jährlich durchgeführten ,,kleinen Volkszählung'' sollen zwischen ,,*60.000 und 600.000 Haushalte repräsentativ nach Urlaubszielen, Erwerbstätigkeit, Wohnverhältnissen und vielem mehr befragt werden.*'' (38) Auch Fragen nach dem Lebensunterhalt, Versicherungsschutz und Krankheiten werden gestellt; der Fragenkatalog geht also weit über den der Volkszählung hinaus. Die Beantwortung ist Pflicht, Verweigerung wird mit Bußgeldbescheiden und Zwangsgeldern bestraft; eine Frankfurter Totalverweigerin sollte sogar in Erzwingungshaft genommen werden, die dann aber angesichts des VZ-Urteils ausgesetzt wurde (39).

Im März 84 wurde die Kritik an dem Mikrozensus lauter. Der hessische Datenschutzbeauftragte Simitis wies darauf hin, daß auch hinsichtlich des Mikrozensus der Gesetzgeber zu überprüfen habe, ,,*ob und in welchem Umfange die herkömmlichen Methoden der Informationsgewinnung und -verarbeitung noch beibehalten werden könnten.*'' (40) Zudem sei die Auskunftspflicht zu vermeiden. Der Tatsache einer gewachsenen Sensibilisierung der Bürger gegen staatliche Aushorchung müsse mit ,,*frühzeitiger Aufklärung über den Zweck solcher Befragungen*'' begegnet werden. Die Beantwortung könne nur auf dem ,,*Prinzip der Freiwilligkeit*'' beruhen (41). Mit den Bedenken der Datenschützer geriet die Bundesregierung insofern in die Klemme, als bei einer Durchführung des Mikrozensus mit nur leichten verfahrensrechtlichen Korrekturen ,,eine weitere Abmahnung aus Karlsruhe'' (42) drohte. So wurde auch diese Be-

fahrensrechtlichen Korrekturen ,,eine weitere Abmahnung aus Karlsruhe'' (42) drohte. So wurde auch diese Be-fragung verschoben.

Inzwischen gelang es der Bundesregierung jedoch, das Dilemma mehr oder weniger klammheimlich zu umgehen, zumindest hinsichtlich des wichtigsten Teils des Mikrozensus, nämlich der repräsentativen Datenerhebung zum Erwerbsleben.

Der EG-Rat hat am 31.1.84 eine Verordnung 276/84 verabschiedet, die Grundlage ist für eine ,,*Arbeitskräfte-*

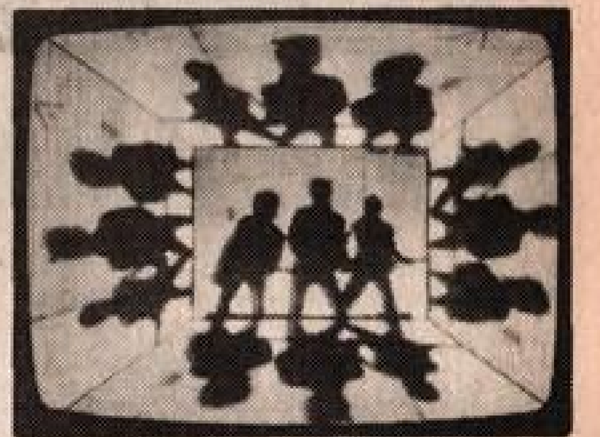


stichprobe, bei der Informationen über die Erwerbs- und Ausbildungssituation sowie über Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit und persönliche Daten erhoben'' (43) werden sollten. In der Verordnung wurde allerdings offengelassen, ob die EG-Mitgliedsländer die Befragung mit einer Auskunftspflicht für die Befragten durchsetzen wollen. Das Bundesinnenministerium hat sich natürlich für eine zwangsweise Befragung entschieden, die Verweigerung der Beantwortung kann bis zu DM 10.000 kosten. Pikanterweise wurde dies genau zu dem Zeitpunkt beschlossen, als der bundesdeutsche Mikrozensus verschoben wurde — u.a. wegen er problematisierten Auskunftspflicht.

Zwar hatte Simitis im April 84 erklärt: ,,*Die EG-Verordnung entspricht nicht den verfassungsrechtlichen Kriterien des VZ-Urteils*'' (44). Daraufhin erfolgten wohl noch einige Änderungen am Fragenkatalog, aber die Auskunftspflicht blieb. Argumentiert wurde vom Bundesinnenministerium und dem Bundesamt für Statistik mit der ,,Ergebnisqualität'', die bei einer freiwilligen Beantwortung unzureichend sei. Nun ist die Befragung gelaufen, die Ergebnisse der weitgehend abgeschlossenen Befragung seien dank der ,,*pflichtgemäßen Auskunft hervorragend*'', es habe auch kaum ,,*Erhebungswiderstände*'' gegeben. (45) In der EG-Verordnung ist nichts geregelt hinsichtlich der Speicherung und Löschung der erhobenen Daten für die einzelnen Staaten. Damit hat die Bundesregierung ihren Mikrozensus durchgeführt.

Der Eindruck hektischer Betriebsamkeit in Sachen Datenschutz ist sicher richtig; allerdings handelt es sich nicht um ein Zurückweichen vor den Argumenten der Volkszählungsgegner, sondern vielmehr um eine Art Konsolidierung der informationstechnologischen Praxis. Man will das ganze rechtstaatlich in den Griff bekommen, das kostet auch einige Zugeständnisse. Die offensichtlichen Widersprüche — hier Verschiebung von PA und Mikrozensus, dort Amtshilfeerweiterung etc. — ergeben sich aus dem festen Entschluß, die neuen Technologien und daraus resultierende Probleme zu integrieren. Deutlich wird das insbesondere im Bereich der polizeilichen Informationsverarbeitung, wo zwar eine Flut datenschutzrechtlicher Regelungen ins Haus steht, die Zugriffsmöglichkeiten der Polizeibehörden auf Daten aber tatsächlich ausgeweitet werden. Der Überwachungsapparat wird nicht eingedämmt durch den Datenschutz, sondern die polizeiliche Praxis erhält ihre gesetzliche, verfassungsgemäße Grundlage — ganz im Sinne des VZ-Urteils. Insofern hat das Urteil nichts ,,sensationell Weitgehendes'' an sich, sondern die Zeit war reif für eine Zäsur: Staatliche wie auch private Informationsverarbeitung erhalten nun ihr rechtsstaatliches Gewand mit allen Finessen, die dazu gehören. Die derzeitige datenschutzrechtliche Entwicklung stellt daher einen ganz normalen Vorgang bürgerlich-demokratischer Herrschaft dar.

A., Nürnberg



Anmerkungen

1) FR 5.1.84, 1. Leitsatz des VZ-Urteils

1) FR 5.1.84, 1. Leitsatz des VZ-Urteils
2) VZ-Urteil, FR 7.1.84
3) ebd.
4) ebd.
5) Entschließung der Datenschutzbeauftragten vom April 84, S. 1
6) FR 31.3.84
7) aus dem Urteil, zitiert nach FR 7.1.84
8) FR 31.3.84
9) FAZ 17.12.83
10) Stellungnahme zum VZ-Urteil vom Bundesbeauftragten für Datenschutz R. Baumann, S. 12
11) Entschließung S. 3/4
12) Entschließung S. 10
13) FAZ 21.3.83
14) FAZ 17.12.83
15) Entschließung S. 7
16) FAZ 14.5.84
17) NN 28.3.84
18) Entschließung S. 15
19) FR 16.9.84
20) FR 24.2.84
21) Entschließung S. 9
22) Baumann S. 55
23) ebd.
24) TAZ 3.7.84
25) ebd.
26) ebd.
27) Spiegel vom 18.4.83 S. 25
28) FAZ 17.7.84
29) TAZ 12.6.84
30) Entschließung S. 8
31) FR 7.4.84
32) ebd.
33) FR 28.7.84
34) FR 7.7.84
35) FR 19.7.84
36) FR 17.7.84
37) ebd.
38) TAZ 30.3.84
39) FR 24.1.84
40) FR 21.3.84
41) ebd.
42) FR 21.3.84
43) FR 1.8.84
44) ebd.
45) ebd.

TODO PARA LOS FRENTES DE GUERRA!
TODO PARA LOS COMBATIENTES!

Am 5.Jahrestag der Revolution in Managua

Keine Aufhebung des Notstandes ohne Aussetzung der Aggression

In den frühen Morgenstunden des 19. Julis fahren wir durch die Straßen Managuas Richtung auf den Plaza Carlos Fonseca im Zentrum der Stadt. Immer wieder stoßen wir auf Demonstrationszüge mit dem gleichen Ziel. Sie kommen aus den Barrios. An vielen Straßenkreuzungen die Reste verbrannter Autoreifen, eine Erinnerung an die Kämpfe vor fünf Jahren. Je näher wir dem Zentrum kommen, desto verstärkter die Präsenz bewaffneter Sandinisten. Keine Straßenkreuzung ohne Wachtposten, kein Häuserdach. Alle wichtigen Zufahrtsstraßen, Brücken und alle öffentlichen Gebäude in Managua stehen unter bewaffnetem Schutz. Ein riesiger Kräfteaufwand, den die Sandinisten hier aufbringen. Das Risiko ist hoch. Als warnendes Beispiel weiß der FSLN, daß auch in Grenada bei einer Massenveranstaltung, der die gesamte revolutionäre Führung beiwohnte, eine Bombe unter der Rednertribüne gezündet wurde. (1)

Anders als in den vergangenen Jahren wurde diesmal keine Massenmobilisierung aus den Regionen durchgeführt. Es kommen Delegationen. Dennoch ist der Platz eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung voll — 300.000 Leute — aus den Lautsprechern Musik von der Atlantikküste, die die Menschen in Stimmung bringt. Auffallend viele tragen ein olivgrünes Kleidungs-

von der Atlantikküste, die die Menschen in Stimmung bringt. Auffallend viele tragen ein olivgrünes Kleidungs-

stück, ein Zeichen dafür, daß sie in den unterschiedlichen Verteidigungsstrukturen aktiv sind/waren. Das Motto des 4. Jahrestages der Revolution „Todas las armas al Pueblo! Todo el Pueblo a la Defensa!" (Alle Waffen dem Volk! Das ganze Volk in die Verteidigung!) ist sichtbare Realität. Hinter uns auf dem Platz steht ein händchenhaltendes Pärchen aus dem sandinistischen Volksheer. Dort erklärt ein Milizionär einer Frau das Magazin seiner alten Knarre.

„Todo para los frentes de guerra! Todo para los combatientes!" (Alles für die Fronten des Krieges! Alles für die Kämpfer!) Das ist die Parole unter der dieser 5. Jahrestag steht. Und sie ist eine Antwort auf die Situation in der Nicaragua heute steht.

Die Musik wird leiser. Ein Band läuft: Carlos Fonseca verliest die 15 Punkte des historischen Programms des FSLN. Gegen Ende beginnen die sieben, am Rande des Managua-Sees postierten Haubitzen mit dem Salut. Nach dem ersten Schreckmoment bricht Jubel aus: No Pasarán! Sie kommen nicht durch!

Commandante Jaime Wheelock, Landwirtschaftsminister übergibt auf der Tribüne Landtitel an die Campesinos der ersten von Augusto C. Sandino gegründeten Kooperative. Sie mußten ihre Ländereien am Rio Coco verlassen, da sie Ende letzten Jahres von der Contra angegriffen wurden, wobei 14 Campesinos ermordet wurden. Demonstrativ stehen sie in Milizuniform und alle unter Waffen.

Die Menge auf dem Platz unterstützt die Landvergabe mit Sprechchören: Queremos la Paz! Wir wollen Frieden!

Die Bühne wird jetzt in Besitz genommen von einer Gruppe mit Tänzen der Atlantikküste. Ein weiterer symbolischer Akt dieser Veranstaltung. Nun wird angekündigt: Commandante der Revolution und gerade gewählter Präsidentschaftskandidat des FSLN, Daniel Ortega. Er steht hinter dem Rednerpult und winkt mit einem rotschwarzen Tuch. Die Menge antwortet ihm mit ihren Fahnen. Er bedankt sich bei den Arbeitern, die den Platz für diesen Festakt hergerichtet haben, begrüßt die Staatsgäste aus Surinam und Ghana und beginnt: *„Wir glauben, daß diese Worte überflüssig sind, weil das Volk mit der Poder Popular (Volksmacht) diese Rede zum 5. Jahrestag unserer Revolution bereits gehalten hat."* (2)

Ortega greift in seiner Rede die Reagan-Administration heftig an, die Nicaragua zur Aufrechterhaltung des nationalen Notstandes zwingt. *„Wir möchten am liebsten, daß der Notstand bereits aufgehoben wäre ... Denn Aufhebung des Notstandes heißt zuallererst Aufhebung der Aggression gegen Nicaragua, heißt es ermöglichen, das tausende von Jugendlichen zurückkehren können zu ihren Familien*

gegen Nicaragua, heißt es ermöglichen, das tausende von Jugendlichen zurückkehren können zu ihren Familien,

Schulen, Arbeitsplätzen. Aufhebung des Notstandes heißt Heilung der gebrochenen Herzen der Mütter ... heißt Konzentration auf die Arbeit in der Produktion." (3) Die Ankündigung, daß der Notstand auf den 20.10.84 verlängert wird, beantwortet die Menge mit Applaus und Parolen. Gleich darauf gibt Ortega die Entscheidung der Nationalen Führung bekannt, den politischen Parteien, die am Wahlprozeß teilnehmen, weitgehende Rechte zuzugestehen und das Amnestieangebot für Oppositionelle im Ausland bis Februar zu verlängern.

Der nächste Punkt seiner Rede war das leidige aber notwendige Thema der Kirche. (Unter den Priestern „gibt es solche, die sich in den Tempeln verkrochen haben und sich die Ohren mit Egoismus verstopfen") (4). Ortega stellte die Ernennung des Priesters Fernando Cardenal zum neuen Erziehungsminister dem Volk zur Abstimmung. *„Damit keine Zweifel bleiben: Wer einverstanden ist, der hebe den Arm."* (5) Und keine Hand blieb unten. (Man stelle sich einmal vor, Kohl würde Zimmermann so zur Akklamation stellen (6)).

Der Jubel für Cardenal mündet in Sprechchöre: Wir wollen Frieden! Ortega schloß seine Rede: *„Sandino sagte einmal, wenn ich eines Tages sterbe, werden die Ameisen zu mir kommen und mir erzählen, daß Nicaragua frei ist. Sandino, hier stehen deine Ameisen! Hier ist dein Volk!"* (7)



Der 5. Jahrestag wurde in Managua mit Tanz ...

Das ganze Land Kriegsgebiet!

Nicaragua libre feiert seinen 5. Jahrestag, während der Krieg bereits alle Bereiche des Lebens in diesem Land erfaßt hat. Ein Krieg, mit dem Ziel, die Wirtschaft immer weiter in die Abnutzung zu treiben, die Produktionsmöglichkeiten immer mehr einzuschränken, den demokratischen Gehalt des politischen Lebens in Abrede zu stellen und dem Wahlprozeß die Legitimation zu entziehen, Nicaragua diplomatisch zu isolieren und Opposition und Widerstand im Inneren zu schüren. Gegen diesen Krieg hat der FSLN eine Strategie der „defensa integral" (8) der integrierten Verteidigung entwickelt, um auf allen Ebenen den Angriffen entgegnen zu können. Der Krieg trägt die Gefahr in sich, daß er als Abnutzungs- und Zermürbungskrieg mit hohen Folgekosten den Bestand der nicaraguanischen Revolution in Frage stellen kann. Der nationalen Verteidigung ist heute in Nicaragua alles untergeordnet: Todo para los frentes de guerra!

Im Folgenden möchten wir die drei „Standbeine" (9) der integrierten Verteidigung näher beleuchten.



... politischen Aufmärschen ...

... politischen Aufmärschen ...

Der militärische Bereich

Der militärische Bereich

Welche andere politische Kraft außer dem FSLN mobilisiert für die Verteidigung?

Die mittlerweile auch offiziell zusammengeschlossenen Truppen der Contra (ARDE und FDN (10)) führen ihre Anfang des Jahres begonnene Offensive weiter, obwohl sie zum Teil empfindliche Schläge einstecken mußten. Ihre Attacken richten sich besonders gegen wichtige Produktionsstätten und Infrastruktureinrichtungen. Nach wie vor ist ihr erklärtes Ziel die Einnahme einer größeren Stadt in der Nordregionen um sie dann als „befreites Gebiet" proklamieren zu können. Die ARDE versuchte dies Ostern in San Juan del Norte, die FDN am 1. Juni, als ein Kontingent von 1.000 Contras die Stadt Ocotal angriff, einer Gruppe es sogar gelang in die Stadt einzudringen und den Radiosender zu zerstören, 50 Contras, 12 Sandinisten fielen.

Eines der jüngsten Beispiele dieser Taktik ist die Zerstörung der Kooperative Oro Verde und zweier Complejos der Staatlichen Finka Tayacan in Miraflores, in der Nähe der Stadt Esteli am 13.7.84. Zwei Finkas, auf denen noch im Dezember bundesdeutsche Arbeitsbrigaden Kaffee pflückten. Die verantwortlichen Sandinisten vermuten, daß die Contras einen Angriff auf Esteli erwogen hatten. Erst als durch einen unvorhergesehenen Zusammenstoß mit der sandinistischen Polizei, bei dem der Polizeichef von Esteli getötet wurde, die massive Präsenz der Contra (etwa 3.000) aufgedeckt wurde, disponierten sie um. Diese Aktionen können die Contras nur durchführen, da die CIA nach den schweren Niederlagen der Contra im März, eine Umstrukturierung und Reorganisierung der Contra in Regionalkommandos vorgenommen hat, die mit modernsten Fernmelde- und Funkeinrichtungen ihre Aktionen nun effektiver koordinieren können.

Die Contra hat es verstanden, die Taktik des FSLN aus dem Befreiungskrieg für ihre Ziele zu nutzen und begann mit der politischen Arbeit unter den Campesinos in den Bergen um sich so eine soziale Basis im Land zu verschaffen. Sie entführen bevorzugt junge Campesinos, um sie nach entsprechender „Behandlung" in die eigenen Reihen eingliedern zu können. Neben der Angst vor Repression spielen auch ideologische Gründe eine Rolle. Besonders in den Gebieten, in denen die Sandinisten noch nicht über eigene politische Strukturen verfügen, versuchen die Contras eine sog. „frente interno", eine innere Front aufzubauen.

Ideologische Ansatzpunkte sind dabei: Die Horrorpropaganda gegen den SMP (Servicio Militar Patriótico = 2jährige Wehrpflicht, in der Praxis z.Zt. noch weitgehend auf freiwilliger Basis). Die Contra bietet sich als Alternative zum SMP an. Auch die katholische Kirche hat von Anfang an versucht, Widerstand gegen den SMP zu mobilisieren. Die Religion bzw. die von der Contra den Sandinisten nachgesagte Antireligiosität und Antikirchlichkeit ist der zweite Ansatzpunkt zur Ideologischen Arbeit an der „frente interno" (11). Diese Taktik der Contras wird seitens der Sandinisten mit einer Gegenoffensive beantwortet, die sich nicht nur auf den militärischen Bereich beschränkt. In den Kriegszonen, die zu priorisierten Regionen erklärt wurden, wird die wirtschaftliche und soziale Entwicklung forciert vorangetrieben und die politische Präsenz des FSLN als Organisationen verstärkt. Um dies zu garantieren, hat die Nationale Leitung des FSLN einige der neuen Mitglieder als oberste Verantwortliche direkt in diese Konfliktzone delegiert.

Paralell dazu läuft eine massierte Mobilisierung in den SMP. Tausende von Jugendlichen, Schülern und Studenten gehen dieser Tage an die Fronten. Bislang haben die Sandinisten es vermocht, die neue Offensive der Contra weitgehend zu neutralisieren. Ihr Ziel ist nun, die Offensive zu zerschlagen und die Truppen der Contra endgültig aus dem Land zu treiben. Humberto Ortega analysierte am 5. Juni in einer Rede an das nicaraguanische Volk die Contra-Offensive als Vorbereitung einer US-amerikanischen Intervention:

„Militärisch gesehen handelt es sich um eine Strategie der Intervention. Das sandinistische Heer soll desorganisiert, zerstreut und zermürbt, der Aufbau einer umfassenden Landesverteidigung behindert werden. Der Feind plant die Einnahme des Pazifik-Gebietes von Nicaragua, wo auch Managua liegt, durch massive Angriffe durch Truppen der Yankees. Im globalen Plan einer Intervention fällt der Konterrevolution die Aufgabe zu, unsere Kräfte abzulenken und zu zerstreuen, damit den Interventionstruppen die Angriffe auf strategische Ziele im Land erleichtert wird." (12)

Im Plan des FSLN ist die „militärische Verteidigung Aufgabe des Volkes" (13). Die Verteidigung ist organisiert im EPS, dem sandinistischen Volksheer, dem angegliedert der SMP, ferner die Reservebatallione BIR und die Volksmilizen MPS. Besonders die Juventud Sandinista (sandinistische Jugend) spielt eine wichtige Rolle bei der augenblicklichen Mobilisierung für den SMP. Der „Plan de Pomares y Fonseca", der von Mai bis November durchgeführt wird, beinhaltet eine Reorganisation des Volksheeres, eine Reaktivierung der Brigaden und eine Mobilisierung von 50% der Juventud Sandinista in den SMP. (14)

Keine andere politische Kraft in Nicaragua außer dem FSLN mobilisiert ihre Anhänger für die Verteidigung. Die Sandinisten geben als einzige eine Antwort auf die Aggression. *„Die Kräfte der Rechten scheinen, für ihren Teil, die Existenz der Aggression ignorieren zu wollen."* (15)

In Kursen zur zivilen Verteidigung werden große Teile der Bevölkerung in Unis, Schulen, Barrios und Produktionsstätten auf eine Intervention vorbereitet. In einigen Städten wurden Evakuierungen geprobt (bspw. Corinto).

Ziel der FSLN ist es, Nicaragua nicht zu einem zweiten Grenada werden zu lassen *„Das ganze Volk ist vorbereitet ... um dem Plan der USA die Stirn zu bieten, damit es nicht einen Flecken in diesem Land gibt, den ein Invasorenstiefel betreten kann, ohne daß ihn eine revolutionäre Kugel trifft."* (16)

Der wirtschaftliche Bereich

Die Sandinisten spielen mit offenen Karten: „Wir versuchen den Mangel gerechter zu verteilen"

Die enormen Folgekosten des Krieges und die Schäden, die die Contra verursachen, werden zunehmend zum Hauptproblem der ohnehin schwachen nicaraguanischen Wirtschaft. *„Die materiellen Schäden im Jahr 1983 erreichten 128,1 Mill. Dollar. Das entspricht 31% unserer Exporterlöse ... Von Januar bis März 1984 beliefen sich die Zerstörungen auf 149,8 Mill. Cordobas ... Die Verminung der Häfen allein kostet uns ... 9,1 Mill. Dollar."* (18)

25% aller Schäden durch Contra-Attacken im Jahre 1983 liegen im Bereich produktiver Infrastruktur (19). Offiziell wendet Nicaragua 25% des Haushaltes für Verteidigungszwecke auf, mit zunehmender Tendenz.

Die Produktion geht ständig zurück. In den Kriegszonen kann nur unter erschwerten Bedingungen produziert werden. Der Devisenmangel führt zu

Fortsetzung nächste Seite



und der Demonstration militärischer Wachsamkeit begangen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

unzureichenden Rohstoffimporten, was zur Schließung vieler Betriebe führte. Außerdem wird die Versorgung erheblich durch das grassierende Spekulantentum behindert (s. AK 248). Die Sandinisten versuchen das Problem auf drei Ebenen in den Griff zu bekommen.

a) Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungssituation:
Um die Produktion der wichtigen

a) Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungssituation:
Um die Produktion der wichtigen

Grundnahrungsmittel (v.a. Mais und schwarze Bohnen) zu stimulieren, die zu 90% in den Händen kleiner und mittlerer Bauern liegt, wurden die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte erhöht. Gleichzeitig beschloß die sandinistische Regierung, die höheren Preise nicht mehr durch Subventionen zu kompensieren (außer Milch und Zucker), sondern die Produzentenpreise direkt auf die Konsumenten umzulegen. Die den Staatshaushalt belastende Subventionspolitik wurde ohnehin zum Faß ohne Boden: Spekulanten kauften die billigen Produkte in den Staatsläden auf, verursachten Warenknappheit und setzten sie zu Wucherpreisen auf den Märkten wieder ab. Auf der anderen Seite erschien es vielen Bauern günstiger, den billigen Mais zu kaufen, als ihn selber anzubauen: So wurden aus den Produzenten zunehmend Konsumenten. Eine weitere Maßnahme ist die Einleitung einer progressiven Kontrolle über die Herstellung und Verteilung der wichtigsten Güter. Das Binnenhandelsministerium MICOIN wurde beauftragt, ein flächendeckendes effektives Verteilungsnetz aufzubauen, um die Basisversorgung der Bevölkerung nach und nach zu nationalisieren. Da von seiten der Spekulanten massiver Widerstand zu erwarten ist, wurde am 1. Juni 84 im Staatsrat das „Gesetz zum Schutz der Konsumenten" (ley de protección a los consumidores) verabschiedet, das MICION eine strikte Kontrolle über *„Ankauf, Verkauf, Verteilung und Transport jedes Produktes oder jeder Ware wann immer es für notwendig erachtet wird ..."* (Art. 5) ermöglicht. (20)

Das Gesetz sieht für Spekulanten teilweise empfindliche Strafen vor. Die Sandinisten sind sich der Nachteile dieser Wirtschaftspolitik bewußt: „Nebenbei" bewirkt das Gesetz eine nicht unerhebliche Preissteigerung, d.h. eine Real-Lohnsenkung, die sich durch notwendig gewordene Lohnanhebungen inflationär auswirkt. Außerdem leben

Real-Lohnsenkung, die sich durch notwendig gewordene Lohnanhebungen inflationär auswirkt. Außerdem leben

ganze „Ameisenheere" von Klein- und Straßenhändlern von der Spekulation, denen mit diesem Gesetz die Existenzgrundlage droht entzogen zu werden. Versorgungssicherheit wird dadurch nicht erreicht, vielmehr soll der Mangel gerechter verteilt werden.

Die Verwirklichung der Maßnahmen ist nur eine aktive Mitarbeit der organisierten Bevölkerung möglich. Zu dieser Mobilisierung ist eine breite Bewußtseinsarbeit notwendig: *„Wer über das Phänomen der militärischen Aggression befragt wird, ist größtenteils bereit zur Verteidigung der nationalen Souveränität. Aber nur wenige haben bislang begriffen, daß die militärischen Folgekosten des Krieges, die schon letztes Jahr mehr und mehr Konsumgüter zum Verschwinden brachten, in den zivilen Bereich hineinragen."* (21)

b) Die Ausweitung der Agrarreform:
Allein im Mai 84 wurden 95.000 Hektar Land an Familien und Kooperativen vergeben. Bis zum 19. Juli begünstigte die Agrarreform 45.000 Familien. 20% des kultivierbaren Landes sind mittlerweile an die es bebauenden Campesinos übergeben worden (22). Mit der Verstärkung der Landreform — vor allem in den Konfliktgebieten — soll seitens der Sandinisten reagiert werden auf die Knappheit von Kulturland in Händen der Kleinbauern und die Horrorpropaganda der Contra, die Sandinisten wollten alles verstaatlichen und ihnen das Land wegnehmen. Gekoppelt ist die Landvergabe immer auch mit der Bewaffnung der neuen Besitzer und dem ganz klaren Auftrag, die Verteidigung ihres neuen Landes selbst zu übernehmen.

c) Die dritte Ebene, auf der die Sandinisten auf wirtschaftliche Probleme reagieren, ist das Vorantreiben kleinerer Projekte, z.T. Pilotprojekte, zur Nutzung eigener Ressourcen um die Abhängigkeit von außen zu verringern, z.B. Leder aus Haifischhäuten, Schuhe aus Stoff (23) und Toiletten-Papier aus „LaPrensa" etc.

Die militärischen Aktionen können zu einem „Hungerkrieg" führen. Die ideologischen Auswirkungen einer Nahrungsmittelknappheit können von reaktionären Sektoren aufgegriffen werden und für die innenpolitische Opposition kanalisiert werden. „Die Reaktion der Regierung gründet zunächst auf einer ‚Politik der Wahrheit', d.h. sie erklärt in aller Offenheit, im direkten Kontakt mit der Bevölkerung, die Probleme. Und sie sucht ... nach Lösungen, die die Kriegslast auf alle verteilen." (24)

Die Wahlen sind integraler Bestandteil der Verteidigung

(25)

Der politische Bereich in Nicaragua ist gegenwärtig dominiert vom laufenden Wahlprozeß. Die Sandinisten sagen in aller Offenheit, daß der Grund für die Vorverlegung der Wahlen ihnen von außen aufgezwungen worden ist (26). Der Tatbestand, daß gewählt wird ist jedoch seit 1979 klar. Dazu Bayardo Arce: *„Die ganze Welt weiß, daß Reagan, seit er an die Macht kam, einen nicht erklärten Krieg gegen Nicaragua führt. Jetzt erwartet er seine Wiederwahl, unter der Losung das zu beenden, was er begonnen hat."* (27). Am 17.7. gab der FSLN als erste kandidierende Partei seine Präsidentschaftskandidaten Daniel Ortega und Sergio Ramirez bekannt. Wahlen im Krieg sind eine enorme Belastung für die Sandinisten. Der Staat zahlt den Wahlkampf aller teilnehmenden Parteien, Transportmöglichkeiten müssen gestellt werden und militärischer Schutz. Tausende von Menschen müssen für

kampf aller teilnehmenden Parteien, Transportmöglichkeiten müssen gestellt werden und militärischer Schutz. Tausende von Menschen müssen für

den Wahlvorgang bereitstehen (30.000 Wahlhelfer in 5.000 Wahllokalen). Wie bei der Alphabetisierungskampagne mobilisiert der FSLN die Bevölkerung, insbesondere die Juventud Sandinista, für die Durchführungen der Wahlvorbereitungen. Zur Zeit läuft eine breite Kampagne zur Einschreibung in die Wahlregister (27.-30.7.). Wie bei der Mobilisierung für die Verteidigung ist der FSLN der einzige Träger der Kampagne. Die Wahlen gelten als integraler Bestandteil der Verteidigung: *„Die defensa integral endet nicht an den Fronten des Krieges. Trotz der großen Bereitschaft des Volkes gegen den Aggressor zu kämpfen, können nicht alle an den Fronten stehen. Wenn wir von Verteidigung reden, denken wir nicht nur an die Jugend im SMP, an die BIR oder MPS, sondern wir reden von den Frauen, den Alten, oder die Kinder, die an der defensa civil teilnehmen und ein Stück der integrierten Verteidigung darstellen. Deshalb bedeutet die Teilnahme der Nicaraguaner an den Wahlen, mit ihrer Stimme ihre Unterstützung des revolutionären Prozesses zu dokumentieren, eine Form an diesem Kampf teilzunehmen, den der FSLN entwickelt hat, um die Aggression zu besiegen, der wir unterworfen sind."* (28) *Sowohl die USA als auch die Rechtskräfte Nicaraguas haben einen „strategischen Irrtum" begangen. „Sie haben die demokratische Bereitschaft der Revolution unterschätzt, sie sind von Überraschung getroffen".* (29)

Die Rechtsparteien beginnen einen „Prozeß der historischen Selbstnegation" (30). Vor den Wahlen schrieen sie nach Demokratisierung und dem Urnengang, in der Einschätzung, das Versprechen der Sandinisten, Wahlen durchzuführen sei ein taktisches Manöver um Zeit zu gewinnen. Heute schreien sie, alles ginge zu schnell, sie hätten keine Zeit zur Vorbereitung. Sie hatten viele Jahre mehr Zeit als der FSLN zur politischen Entfaltung. Während des Somozismus hatten sie übergenug Zeit ihre Programme zu entfalten. Der FSLN arbeitet erst seit 5 Jahren in der Legalität. (31)

Eines der Hauptargumente für die bürgerliche Opposition, sich dem Wahlprozeß Nicaraguas gegenüber abstinent zu verhalten, war der Ausnahmezustand. Am 19. Juli hat Daniel Ortega bekanntgegeben, daß dieser bis zum 20. Oktober verlängert wird. Für die politischen Parteien, die am Wahlprozeß teilnehmen, ist er jedoch in entscheidenden Punkten für die Zeit des Wahlkampfes gelockert:

Garantiert wird das Recht auf freie Bewegung im Land, das Recht auf Versammlungen und Demonstrationen drinnen wie draußen und auf öffentlichen Plätzen, das Recht auf freie Meinungäußerung, außer bei Informationen, die die Verteidigung betreffen. (32)

Ein weiterer Grund für die Abstinenz der bürgerlichen Opposition ist der vom Führer der Coordinadora Arturo Cruz oftmals geforderte Dialog mit den Contras als Vorbedingung der Wahlen, zuletzt in einem „9-Punkte Papier" das Cruz der Revolutionsregierung vor dem Einschreibe-Datum vorlegte. Die Zurückweisung dieses Papiers war letztlich der offizielle Ablehnungsgrund für Cruz sich nicht an den Wahlen zu beteiligen. Während nun Cruz Eden Pastora als „Patriot, Held" und seinen besten Freund feiert und mit ihm auf Europa-Reise geht (33), erhält Cruz die politische Unterstützung der vereinigten Contra. Ein weiteres Mosaik der „inneren Front", oder der Angelpunkt für Reagan, die nicaraguanischen Wahlen als totalitär und undemokratisch denunzieren zu können, also ein möglicher Interventionsgrund?

Noch hat der Wahlkampf nicht begonnen. Die Kampagne zur Einschreibung wird eine erste Probe ob die Bevölkerung das Projekt des FSLN trägt. Auch das Programm des FSLN ist noch nicht veröffentlicht. Eine Reihe von Personen, fast die Hälfte der Kandidaten (34), auf den Kandidatenlisten des FSLN sind keine Mitglieder der Frente, sondern Persönlichkeiten aus allen gesellschaftlichen Bereichen, Kleinunternehmertum, Kirche, Berufsverbände etc. Klare Intention des FSLN damit ist, seine Politik der nationalen Einheit zu unterstreichen. *„Der FSLN, der sich stützt auf die jungen Arbeiter und Bauern und verläßlich deren Interessen vertritt, hat die Fähigkeit unter Beweis gestellt, daß er auch die Interessen der ganzen Nation vertreten kann."* (35)

Was allerdings die Repräsentanz der Frauen in den sandinistischen Wahllisten angeht, scheinen die Bemühungen des FSLN noch etwas unterentwickelt.

Neben den Wahlen versucht der FSLN in einer außenpolitischen Offensive eine breite Unterstützung für den Wahlvorgang in Nicaragua zu gewinnen. Allein zwei Comandantes waren in den vergangenen zwei Monaten auf langen Auslandsreisen. Bayardo Arce und Daniel Ortega in Europa und das Mitglied der Regierungsjunta Sergio Ramirez in Lateinamerika (36). Besondere Interessen und Erwartungen richten sich auf die „Blockfreien Staaten". Cmdte Arce zur internationalen Unterstützung: *„Bis zum jetzigen Zeitpunkt hat alleine ein Land, das uns unterstützt, seine Hilfe gekürzt: Die Bundesrepublik Deutschland. Und das weil es einen Regierungswechsel zugunsten der Konservativen gab, denn wir haben enge Verbindungen mit den deutschen Sozialdemokraten."* (37)

Buena base

Buena base



„Gut, als Wahlplattform gar nicht schlecht" (Barricada, 25.7.1984)

Hasta la victoria siempre

Der Wahlausgang in Nicaragua scheint so gut wie sicher. Das Volk steht hinter den Wahlen und damit hinter dem FSLN. Nicht so sicher ist, wie die Zeit des Wahlprozesses verlaufen wird. Die militärischen Aktivitäten werden zunehmen. Die Contra wird alles daran setzen die Situation, in der die Wahlen stattfinden, möglichst zu erschweren. Unserer Einschätzung nach suchen die Sandinisten in den nächsten Monaten noch vor den Wahlen eine Entscheidung herbeizuführen. Die Vollmobilisierung zeigt, daß es der FSLN ernst meint mit dem Versuch die Contra aus dem Land zu werfen. Es bleibt ihnen kaum eine Alternative. Eine Ausdehnung des Abnutzungskrieges auf unabsehbare Zeit hält das Land nur schwer durch. Nach der möglichen Wiederwahl Reagans ist die Intervention jederzeit möglich. Der einzige Trumpf, den der FSLN hat, ist den Zeitpunkt der Konfrontation selbst zu wählen. Und ein laufender Wahlprozeß, sowohl in Nicaragua, wie auch in den USA, ist für eine US-amerikanische Intervention der denkbar schlechteste Zeitpunkt. Der militärische und der politische Preis, den die Yankees für eine Intervention so zu zahlen hätten, wäre enorm hoch.

Ab August sind wieder Manöver in Honduras. Die Sandinisten fordern die Yankees heraus!
Todo para los frentes de guerra!
Todo para los combatientes!
No pasarán!

U./U. León Nicaragua libre, 27.7.84

Anmerkungen:

1. Am 19. Juni 1980 wurde im Queens-Park von St. George ein Attentat auf die revolutionäre Führung von Grenada verübt. Es mißlang.
2. Rede von Daniel Ortega am 5. Jahrestag der Revolution „Que cese la agresión para suspender la emergencia" in BARRICADA, 20.7.84
3. ebd.
4. ebd.
5. ebd.
6. Obwohl man fürchten müßte, daß dieses deutsche (bundesdeutsche, tschuldigung) Volk den Arm tatsächlich hebt.
7. Ortega, BARRICADA, 20.7.84
8. Interview mit Cmdte Bayardo Arce: „Las elecciones son parte integral de la defensa" in BARRICADA, 21.7.84
9. ebd.
10. BARRICADA, 26.7.84
11. BARRICADA, 20.6.84
12. zit. nach envio 6/84
13. Arce, BARRICADA, 21.7.84
14. BARRICADA, 24.7.84
15. Arce, BARRICADA, 21.7.84
16. ebd.
17. siehe hierzu auch AK 248, BARRICADA, 2.7.84
18. zit. nach envio 6/84
19. ebd.
20. Ley de defensa de los consumidores, S.5
21. zit. nach envio 6/84
22. BARRICADA, 4.7.84
23. BARRICADA, 2.7.84
24. zit. nach envio 6/84
25. Arce, BARRICADA, 21.7.84
26. ebd.
27. ebd.
28. ebd.
29. BARRICADA, Kommentar 21.7.84
30. Arce, BARRICADA, 21.7.84
31. ebd.
32. Ortega, BARRICADA, 20.7.84
33. BARRICADA, 16.7.84
34. BARRICADA, 24.7.84
35. Arce, BARRICADA, 21.7.84
36. BARRICADA, 20.6.84
37. Arce, BARRICADA, 21.7.84

Nicaragua ist nicht Grenada, aber:

Alles in Erwartung einer Intervention noch vor den Wahlen

Seit der sandinistischen Revolution ist es das erklärte Ziel der US-Regierung, ,,den Krebs des Sandinismus auszumerzen'', und seit dieser Zeit versucht sie, dieses Ziel mit politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln zu erreichen. Immer wieder wurde in diesem Zusammenhang auch eine direkte Intervention der USA ins Spiel gebracht, und die sandinistische Regierung rechnete schon mehrfach mit einer bevorstehenden Landung von US-Truppen. Und es mehren sich die Anzeichen, daß diese Gefahr aktueller wird. Ende Juni erklärte Reagan in einer Pressekonferenz, daß Nicaragua von der Sowjetunion als eine ihrer Basen angesehen würde, *,,und ich glaube, daß unsere Regierung die Verpflichtung hat, dem nicaraguanischen Volk zu helfen, daß die Sowjets Nicaragua nicht einnehmen''* (,,El Pais'', 26.7.84). Daniel Ortega wies richtig darauf hin, daß mit dem gleichen Argument die Invasion Grenadas begründet worden war. Ein zweites Indiz, auf das auch Ortega hinwies, ist die Weigerung der Opposition, sich an den Wahlen zu beteiligen. Ortega bezeichnete dies als einen möglichen *,,Teil eines nordamerikanischen Planes für eine Invasion Nicaraguas''* (FR, 27.7.84).

Die in der Coordinadora zusammengeschlossene Rechtsopposition stellte unter anderem die Forderung nach einem ,,nationalen Dialog'' mit den Contras, was von der Regierung mit dem Hinweis abgelehnt wurde, daß man mit Leuten, die ständig Mord und Terror unter der Bevölkerung verbreiten, nicht verhandeln könne. Daraufhin erklärte der Spitzenkandidat dieser Parteien, Arturo Cruz, den Boykott der Wahlen. Nachdem verschiedene Notstands- und Zensurmaßnahmen aufgehoben wurden, scheint die sozialdemokratische Partei aus der Coordinadora auszuscheren, und doch noch zu kandidieren. Demnach würden 8 Parteien zur Wahl stehen, und ganze zwei Parteien nicht teilnehmen. Daß dies von der Bevölkerung offenbar als erste freie Wahlen in Nicaragua aufgefaßt wird, zeigt sich
rung offenbar als erste freie Wahlen in Nicaragua aufgefaßt wird, zeigt sich
daran, daß innerhalb sehr kurzer Zeit ca. 95% der Wahlberechtigten sich in die Wahllisten eintragen ließ.

Dennoch wird in der bundesdeutschen und US-Rechtspresse schon jetzt über die ,,unfreien'' Wahlen lamentiert. Eden Pastora und Arturo Cruz werden zur Stützung dieser Legende eine Europa- und US-Tournee unternehmen.

Zusätzlich gibt es zahlreiche weitere Indizien für eine Zuspitzung der Situation:

— Die USA ziehen auf der pazifischen und atlantischen Seite laufend mehr und mehr Flottenverbände zusammen.

— Im Rahmen der Bewilligung einer US-Hilfe für Duarte in Höhe von 117 Millionen wurden gezielt Berichte über Waffenlieferungen von Nicaragua an die FMLN lanciert. Zudem würde in der Nähe von Managua ein militärischer Flughafen gebaut, auf dem sowjetische Bomber landen könnten, was eine Bedrohung der USA darstelle. Bekanntlich wurde auch die Invasion Grenadas mit einem Flughafenbau publizistisch vorbereitet.

Der demokratische Präsidentschaftskandidat Jesse Jackson äußerte, daß Reagan aus wahltaktischen Gründen noch vor den Wahlen in den USA in Mittelamerika einmarschieren wolle. Nach dem Überfall auf Grenada habe er einen 10%igen Popularitätsgewinn verbuchen können, so daß er darauf spekulieren könne, dies für den Wahlkampf zu wiederholen.

Die US-Wirtschaftsblockade

Wesentlicher Bestandteil der Vorbereitungen für einen gewaltsamen Sturz der sandinistischen Regierung ist ein Wirtschaftskrieg und eine fast vollständige Blockade Nicaraguas von Seiten der USA. Nachdem es noch viele Jahre nach der Revolution über kleinere Firmen oder Niederlassungen in Costa Rica und Panamá möglich war, Produkte aus den USA nach Nicaragua zu importieren, hat sich diese Situation im letzten halben Jahr drastisch verschlechtert. Es ist bis zu kleinsten Firmen kaum noch möglich, wichtige Ersatzteile oder Maschinen, die in der Wirtschaft gebraucht werden, aus den USA zu bekommen. Dies führt laufend dazu, daß Firmen dicht machen oder ihre Produktion einschränken müssen. Doch kann der US-Boykott nicht verhindern, daß sowohl Frankreich als auch Schweden entweder eigene Maschinen liefern oder Experten schicken, die prüfen sollten, wieweit schwedische oder französische Ersatzteile eingesetzt werden können. Ebenso liefert Japan, zwar nicht direkt, aber über den Umweg von Panamá oder Costa Rica, vor allem Kraftfahrzeuge nach Nicaragua. Zudem kommen aus den RGW-Staaten erhebliche Mengen an unterschiedlichen Produkten. Um dieses Unterlaufen des US-Wirtschaftsboykottes zu stoppen, wurden von der CIA ca. 600 Minen vor den Häfen Nicaraguas plaziert, aber auch dieses konnte nicht verhindern, daß, zwar unter riesigen Kosten und Zeitverlusten, viele Waren über Panamá und Costa Rica weiter eingeführt werden.

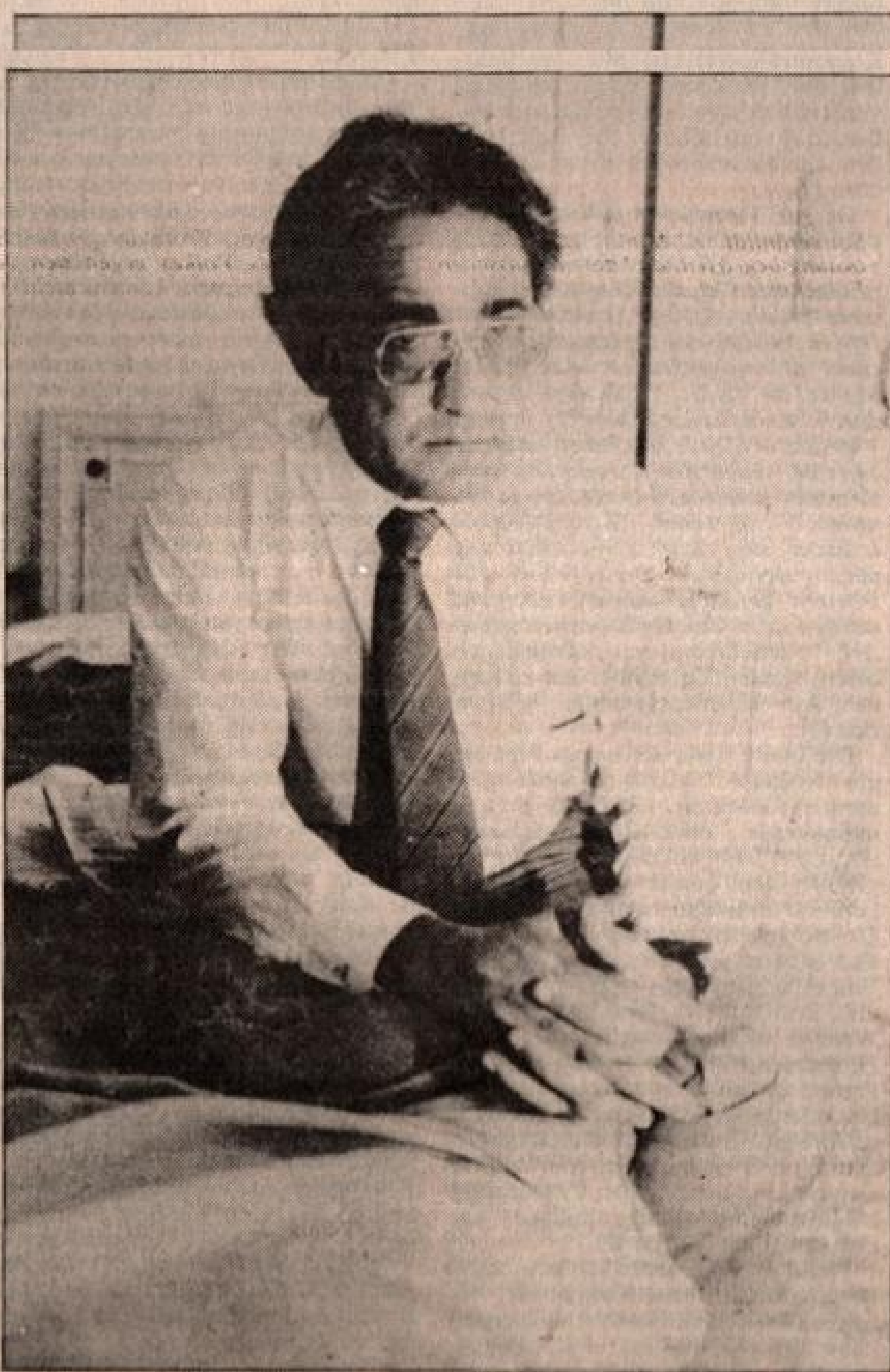
Nachdem die USA den Import von Zucker aus Nicaragua bis auf 6.000 Tonnen (von 59.000 T) reduziert haben, konnte sich Nicaragua in Algerien und dem Iran neue Absatzmärkte sichern. Es bekommt hier zwar nicht den Vorzugspreis, sondern nur die Hälfte oder gar ein Drittel, doch die USA konnten den Zuckerexport nicht abwürgen. Auch andere Produkte, die bisher in die USA exportiert wurden, gehen aktuell nach Nordafrika oder in den Nahen Osten. Im Gegenzug zum US-Boykott erhöhten auch andere Länder ihre Einfuhren nach Nicaragua erheblich. Vor allem Frankreich und Spanien verstärkten ihre Exporte. Aktuell kommt beispielsweise 80% des Trockenmilchpulvers aus Frankreich, das aufgrund der Ausfälle in der Milchproduktion dringend benötigt wird (s.a. AK 248). Mexico exportierte 1983 für 100 Millionen Dollar Waren nach Nicaragua und plant für 84 einen Export von insgesamt 125 Millionen Dollar. Mexico hätte damit die USA
Export von insgesamt 125 Millionen Dollar. Mexico hätte damit die USA
als wichtigsten Handelspartner abgelöst. Trotz einer fast vollständigen Infiltration und Durchsetzung der mexikanischen Ölgesellschaft PEMEX mit CIA-Vertrauensleuten, konnte die US-Regierung es jedoch noch nicht verhindern, daß Mexico bis zum heutigen Tag den gesamten Ölimport für Nicaragua bestreitet, zu Preisen, die unter denen des Marktes liegen und finanziert werden durch langfristige Kreditvereinbarungen.

Die unterschiedliche Politik von Seiten der Staaten, in deren Regierungen Parteien sitzen, die der Sozialistischen Internationale angehören, wie Frankreich, Schweden, Mexiko und Spanien, resultieren aus einer Taktik der Sozialistischen Internationale, die hofft, mit Methoden der wirtschaftlichen Einbindung der nicaraguanischen Revolution die Spitze zu nehmen. Aktuell führt dies zu einer direkten Konfrontation mit der US-Politik. Am effektivsten im Sinne des Wirtschaftskrieges waren bisher die Angriffe und Terroranschläge der Contras, die der Wirtschaft mittlerweile Verluste von ca. 225 Millionen Dollar verursacht haben. Darüberhinaus hat Nicaragua natürlich erhebliche Verluste an Exporteinnahmen hinnehmen müssen, die sowohl durch den US-Wirtschaftsboykott, die Verminung der Häfen und die fallenden Preise für die agrarischen Exportprodukte hervorgerufen werden. Trotzdem steht Nicaragua wirtschaftlich heute besser da als alle seine mittelamerikanischen Nachbarstaaten. Von einem Aufstand des nicaraguanischen Volkes aufgrund einer zerrütteten Wirtschaft ist bisher nichts zu sehen. Diese Rechnung der US-Politik ging nicht auf. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind nirgendwo so groß, daß sie zu einer Neutralisierung großer Teile der Bevölkerung im Falle einer Invasion führen könnten.

Die politische und militärische Einkreisung Nicaraguas

Um die militärischen Voraussetzungen für eine Intervention zu schaffen, ist es seit der Revolution das erklärte Ziel der USA, verschiedene mittelamerikanische Staaten zu einem Militärpakt zusammenzuschließen und insbesondere Honduras und Costa Rica zu militärischen Ausgangsbasen umzuformen. Was Honduras betrifft, ist diese Entwicklung als weitgehend abgeschlossen zu bezeichnen. Unter dem Verlust seiner nationalen Souveränität wurde Honduras an der nicaraguanischen und salvadorenischen Grenze zu einer Plattform für ein direktes Eingreifen von US-Truppen ausgebaut. Neben Flugplätzen, Munitionsdepots und der Stationierung von Truppen unter dem Deckmantel von Manövern, wurden alle notwendigen Infrastrukturmaßnahmen für einen modernen Angriffskrieg geschaffen. Auch die kürzlich erfolgte Ankündigung des honduranischen Außenministers, sich nicht mehr als Spielball der US-Außenpolitik mißbrauchen zu lassen und den Contras die Operationen von honduranischem Gebiet zu untersagen, konnten an der faktischen Besetzung Honduras durch die USA nichts mehr ändern und blieben bekanntlich völlig wirkungslos. Dagegen liegen in Costa Rica die Verhältnisse völlig anders. Dieses einzige mittelamerikanische Land ohne Armee verfolgt offiziell einen strikten Kurs der Neutralität. Doch wird in Costa Rica seit mehreren Monaten ein erbitterter Kampf um diese Neutralität geführt. Nach Berichten der New York Times haben die CIA an mehrere hohe Regierungsfunktionäre Bestechungsgelder bezahlt, um einen Schwenk in der costaricanischen Außenpolitik herbeizuführen. Der Vizepräsident Armando Cruz führte schon Gespräche mit dem Oberbefehlshaber der US-Truppen in der Panamakanalzone, Paul Gorman, zur Stationierung von US-Truppen im Land. Teile der Guardia Civil unterstützen offen die Contras von Edén Pastora und gewähren ihnen Unterschlupf sowie logistische Unterstützung. Im Norden Costa Ricas wird auf Initiative der US-Regierung durch eine israelische Firma ein Landerschließungsprogramm durchgeführt, das letztendlich die Infrastruktur für Truppenbewegungen schafft. Auf der anderen Seite fordern die Gewerkschaften, Studentenverbände und Jugendorganisationen der PLI die Regierung zur Neutralität auf. Costa Rica unterzeichnete offiziell ein Abkommen mit Nicaragua über die Kontrolle der gemeinsamen Grenze, um Attacken der Contras zu verhindern. Regierungsloyale Teile der Guardia Civil durchsuchten schon häufig Lager der Contras und vereitelten Angriffe. Costa Rica hat bisher auch alle Angebote der USA, Mitglieder der Guardia Civil auf US-Basen in Honduras ausbilden zu lassen, an Karibik-Manövern teilzunehmen oder dem CONDECA Pakt beizutreten, abgelehnt. Über eine eventuelle Stationierung von US-Truppen müßte das costaricanische Parlament entscheiden, das sich bisher strikt weigert. Insgesamt hat Costa Rica bisher einer ,,Hondurenisierung'' widerstanden, und es kann keinesfalls davon gesprochen werden, daß die USA bei einer Invasion Costa Rica als Sprungbrett benutzen könnten.

Mitte August versuchte die US-Regierung, Druck auf die Regierung Costa Ricas auszuüben, die diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua abzubrechen. Im Rahmen eines Streiks auf den Bananenplantagen wurden sogar Staatsstreich-Gerüchte laut. Da die Polizei in die bestreikten Regionen abkommandiert war, wurde der Notstand erklärt und Teile der Miliz wurden mobilisiert, die in die leeren Polizeiposten in der Hauptstadt einzogen. Unter den Milizen haben die Rechten eine starke Anhängerschaft, und es ist bekannt, daß vor allem die großen US-Bananengesellschaften in Costa Rica zusammen mit dem Unternehmerverband die ,,Hondurenisierung'' verfolgen. Da diese bisher nicht gelang, scheint von seiten der USA ein Putsch favorisiert zu werden (,,El Pais'', 10.7.84).



Eden Pastora in neuer Mission, auf seiner Reise durch Westeuropa

Insgesamt gab es bei den Bemühungen der US-Regierung, alle mittelamerikanischen Staaten auf einen Aggressionskurs gegen Nicaraua einzuschwören und zur Unterstützung im Kampf gegen die FMLN in El Savador zu bewegen, bisher mehr Pleiten als Erfolge. Die Versuche, Elitetruppen der salvadorenischen Armee in den USA oder in den US-Basen von Honduras auszubilden, schlugen weitgehend fehl. Bei den ersten Kontakten mit der FMLN wurden diese aufgerieben oder desertierten im großen Stil. Durch Zwangsrekrutierungen, sehr kurze Ausbildungszeiten und ständige eigene hohe Verluste in Kämpfen mit der FMLN ist die salvadorenische Armee trotz massivster US-Hilfe in einem desolaten Zustand. Wie hoch die Kampfkraft von der US-Regierung eingeschätzt wird, machte der Kissinger Bericht deutlich, der forderte, daß ein Verhältnis von 10:1, salvadorenischer Truppen und Guerilla, hergestellt werden müsse, um überhaupt eine Chance zu haben, diese jemals militärisch besiegen zu können. Demnach wären allein in El Salvador 120 000 Soldaten notwendig, um den Krieg zu gewinnen; dies ist ohne ausländische Truppen eine Unmöglichkeit. Aktuell steht die salvadorenische Armee vor einer Niederlage, und es ist vollkommen klar, daß bei einer Invasion in Nicaragua keinerlei salvadorenische Truppen abzuziehen wären.

Eine entscheidende Rolle spielt in den Interventionsplänen der USA die aktuelle Situation in El Salvador. Nachdem bisher die FMLN militärisch nicht zu schlagen ist, versucht die salvadorenische Armee der Guerilla das Wasser mit massivem Bombenterror in den befreiten Gebieten abzugraben. Die FMLN kann diesen Angriffen, die mit Aufklärungs- und Bombenflugzeugen von Honduras, Salvador und Panama gestartet werden, nichts entgegensetzen. Ebenso könnte bei einem Einmarsch der USA in El Salvador, nach Einschätzung der FMLN, innerhalb eines Monats die Bewegungsfähigkeit der Guerilla unmöglich geworden sein. Daher geht auch die FMLN von der Möglichkeit einer Intervention im Oktober aus, der danach ein Überfall auf Nicaragua folgen soll, da kurzfristig ein ,,Erfolg'' in El Salvador Reagans Wiederwahl fördern könnte, und zudem ein Klima geschaffen würde, in dem es möglich erscheint, einen ebenso erfolgreichen Überfall auf Nicaragua starten zu können.

Die Wiederbelebung des Condeca Paktes

Seit dem Amtsantritt von Reagan versuchen die USA, den CONDECA Pakt
Seit dem Amtsantritt von Reagan versuchen die USA, den CONDECA Pakt
wiederzubeleben, der in den sechziger Jahren als Antwort auf die cubanische Revolution gegründet wurde. Die Gründungsmitglieder waren damals Nicaragua, Guatemala, Honduras und El Salvador, und das erklärte Ziel dieses Bündnisses war die Bekämpfung der ,,kommunistischen Subversion''. In den Wiederbelebungsversuchen für diesen Pakt, in den nun, statt Nicaragua, Costa Rica einbezogen werden sollte, stießen die USA auf erhebliche Schwierigkeiten. Die guatemaltekischen Militärs weigern sich bisher, ihre auf Antiguerilla-Kämpfe spezialisierten Truppen gegen die Armee von Nicaragua antreten zu lassen. Unterstützung für die salvadorenische Armee verweigern sie mit dem Argument, daß ein Kontakt ihrer Truppen mit denen El Salvadors diese völlig demoralisieren könnten. Aus diesem Grunde nahm Guatemala auch nicht an den Manövern Granadero I in Honduras teil. Zudem ist durch den Bürgerkrieg in El Salvador die ausgezeichnete Situation für die guatemaltekische Bourgeoisie entstanden, große Teile der Exportmärkte El Salvadors übernehmen zu können. Aus diesem Grunde hat Guatemala gar kein Interesse, dem salvadorenischen Regime aus der Bedrängnis zu helfen. Aktuell wären bei einer Invasion in El Salvador oder Nicaragua im Rahmen des CONDECA Paktes nur hondurenische Truppen einzusetzen. So gesehen müssen die Versuche der USA, die Truppen der CONDECA Staaten als ,,Menschenmaterial'' für einen Überfall einzusetzen, als gescheitert angesehen werden. Diese Situation würde sich erst dann ändern, wenn Costa Rica dem US-Druck nachgeben und sich ähnlich besetzen und manipulieren lassen würde wie Honduras. Denn wenn Costa Rica auch keine Armee besitzt, existiert doch eine 5000 Mann starke Bürgerkriegsarmee in der Form der Guardia Civil und eine Miliz von ca. 10.000 Mitgliedern. Wieweit diese sich aber in einem Krieg gegen Nicaragua einsetzen ließen, ist bisher mehr als ungewiß.

Die Vorbereitungen Nicaraguas und die Funktion der Contras für eine Invasion

Die Vorbereitungen auf eine Invasion durch US-Truppen laufen in Nicaragua seit Beginn dieses Jahres auf Hochtouren. Ausgehend von der Devise, daß die intensivste Vorbereitung den besten Schutz gegen einen Überfall darstellt, werden soviel Menschen wie nur möglich in der Armee, der Miliz und den CDS (Komitees zur Verteidi-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

gung der sandinistischen Revolution) an Waffen ausgebildet. Anfang Juni gab Verteidigungsminister Humberto Ortega einen groben Abriß der militärischen Lage im Lande und der notwendigen politischen und militärischen Maßnahmen, die auf der Einschätzung aufbauen, daß es vor den Wahlen oder direkt danach zu einer Invasion kommen kann. Er vertrat die Ansicht, daß sich die Aktivitäten der Contras bis gegen Ende des Jahres weiter verstärken werden. Die Contras hätten mittlerweile eine militärische Qualität erreicht, die einer modernen Armee gleichkomme, die fest in die logistischen Strukturen der hondurenischen und US-Armee eingebettet ist. Von den ca. 20 Basen in Honduras und Costa Rica operieren mittlerweile ca. 15.000 Contras im Land mit dem Ziel, das nicaraguanische Heer möglichst weit im Land zu zerstreuen, damit die Interventionstruppen an den stretegischen Punkten des Landes nur mit einer geringen Verteidigung zu rechnen haben. Auf der Ebene der Sabotage und des Terrors konzentrieren sich die Aktivitäten aktuell auf wirtschaftlich bedeutsame Einrichtungen, Anschläge gegen die revolutionäre Führung und die Vorbereitung der Wahlen. Die Konsequenz ist seit Juni ein Rotationssystem in den Streitkräften, um möglichst viele Menschen zu mobilisieren und gleichzeitig die Wirtschaft nicht zusammenbrechen zu lassen, da natürlich all die, die an die Front gehen, in den Fabriken und in der Landwirtschaft fehlen. Das Ziel ist es, ,,*eine maximale Einbeziehung des ganzen Volkes in den aktuellen Kampf zu erreichen ebenso eine permanente Verteidigungsbereitschaft unseres Landes sicherzustellen, um jederzeit in der Lage zu sein, eine eventuelle Intervention aufzuhalten und zunichte zu machen.*'' (,,Nuevo Diario'', 9.6.84). Entscheidend ist, daß nicht davon ausgegangen wird, eine Landung und Invasion von Interventionstruppen verhindern zu können, aber diese zu stoppen. Hinein kommen die US-Truppen, aber wie kommen sie wieder heraus? Durch die umfassende Mobilisierung der Bevölkerung werden es die US-Truppen mit einem Gegner zu tun haben, der für sie kaum greifbar, aber allgegenwärtig sein wird. Das bedeutet, daß eine Intervention für die US-Truppen nur unter großen Verlusten möglich sein kann.

Grenada das Vorbild?

Grenada das Vorbild?

Der Überfall auf Grenada, der für die US-Truppen in einer Blitzaktion zu bewältigen war und wenig Verluste verursachte, brachte für Reagan einen Popularitätsgewinn. Der Anschlag auf das Hauptquartier der US-Truppen im Libanon mit 250 Toten, brächte in den USA eine Stimmung auf, die mit dazubeitrug, daß sich die USA aus dem Libanon vorerst zurückzogen. Bei einem Überfall auf Nicaragua ebenso wie auf El Salvador können die USA nicht damit rechnen, einen Spaziergang à la Grenada vor sich zu haben. Nach einer kurzen Phase des erfolgreichen Einmarsches, wird er zu einem Krieg werden, der ein zweites Vietnam für die USA bedeuten kann. Darum ist die Zeit vor der Wahl Reagans so gefährlich für Mittelamerika. Kurzfristig wird Reagan sicherlich Kapital aus solch einem Krieg ziehen können, doch die längerfristigen Folgen sind offensichtlich auch für die USA mit erheblichen Unsicherheitsfaktoren belastet. Das Scheitern der Versuche, den CONDECA Pakt wiederzubeleben, und die Situation in El Salvador hat zur Folge, daß nur US- und hondurenische Truppen einsetzbar sind. Die Existenz der Contadora Staaten wird zwar auf der militärischen Ebene keinerlei Wirkung einer Verhinderung der Invasion haben, doch ist vollkommen klar, daß keiner dieser Staaten für ein Eingreifen auf Seiten der USA zu bewegen wäre. Auch die 1982 kurzfristig angestrebte Verstärkung der salvadorenischen Truppen durch argentinische Soldaten ist seit dem Malvinen-Krieg unmöglich geworden.

Die aktuell erstarkenden Oppositionsbewegungen Lateinamerikas setzen die USA unter Erfolgszwang. Eine Invasion, die nicht innerhalb kurzer Zeit erfolgreich ist, könnte sich zu einem gefährlichen Rohrkrepierer für die US-Lateinamerikapolitik entwickeln. Aufgrund der Geschichte Lateinamerikas zweifelt niemand an der Bereitschaft und dem Willen der USA, militärisch zu intervenieren. Aber bei einem Überfall auf El Salvador und Nicaragua würden US-Truppen zum ersten Mal auf amerikanischem Boden eine Niederlage erleiden können.

Imperialismus-Kommission

Die Revolution und die Miskitos

Die neuen Freunde der Miskitos

Am 24. Mai dieses Jahres gab der französische Journalist Denis Reichle nach einem längeren Aufenthalt in Nicaragua eine Pressekonferenz — ausgerechnet in Washington. Bei dieser Gelegenheit erhob er schwere Vorwürfe gegen die sandinistische Regierung: ,,*Die Sandinisten haben nach meinem Augenschein in den letzten Jahren 15.000 Miskitos umgebracht, 30.000 leben in Zwangs- und Arbeitslagern in Nicaragua, 5.000 in Gefängnissen. In Sperrgebieten an der Atlantikküste vegetieren sie nur noch in Lumpen. Die Sandinisten haben ihnen alles weggenommen, Ackergerät, Fischnetze, und selbst die Kokosbäume haben sie ihnen gefällt.*'' (1) Reichle gibt an, vier Monate in Nicaragua gewesen zu sein, illegal, versteht sich. ,,*Ich bin mit den Miskitos 180 km durch Sumpfgebiete marschiert, bin von sandinistischen Soldaten beschossen worden und einmal mit den Miskitos zehn Tage eingekreist gewesen. Wir sind nur knapp entkommen.*'' Unterstützt wird Reichle von dem bundesdeutschen Filmemacher Werner Herzog, der ihn fünf Wochen lang bei seiner Nicaraguatour begleitete und der das von Reichle in Nicaragua produzierte Videomaterial als Fernsehfilm herausbringen will (1).

Vorwürfe gegen die Sandinisten, wie sie Herzog und Reichle vorbrachten, sind nicht neu: Am 9. Mai behauptete Ronald Reagan in einer Rede zum Thema Zentralamerika: ,,*Man hat versucht, eine Kultur, nämlich die der Miskito-Indianer, vollständig auszulöschen; man brachte sie um oder steckte sie in Konzentrationslager, wo sie verhungern und gequält werden. Ihre Dörfer, ihre Kirchen und Ernten wurden niedergebrannt*'' (2).

Im ,,National Catholic Register'' erschien am 8.1.84 ein Artikel, der auf einem Interview mit Jim Stieglitz fußt, einem Arzt und ehemaligen Mitglied der ,,Green Barrets''. Es wird von Konzentrationslagern mit Zwangsarbeit und Pockenepidemien berichtet, von Tigerkäfigen und von Zufahrtstraßen, die von Soldaten bewacht würden, die ausschließlich Russisch sprächen (2).

Der US-Geographieprofessor Bernhard Nietschmann berichtete im Oktober 1983 vor der Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS): ,,*In vielen Dörfern habe ich mit Personen gesprochen, die Augenzeugen willkürlicher Morde an zivilen Miskitoindiandern durch sandinistische Militärs waren. Viele dieser Morde geschahen während einer der vielen Besetzungen und militärischen Invasionen durch die Sandinisten.*'' Und weiter. ,,*Zivile Miskito-Indianer sind laut meiner Meinung nach zuverlässigen Berichten in den Dörfern gefoltert worden, ebenfalls wurden sie in den Gefängnissen gefoltert.*'' Nietschmann war allerdings nie bereit, Namen, Orte und Daten zu nennen. Aus Sicherheitsgründen, versteht sich (3).

Die bunte Liste der neuen Freunde der Indianer Nicaraguas ließe sich munter fortsetzen. Über den Freund indianischer Völker Ronald Reagan, mit seiner wohlwollenden Haltung gegenüber dem guatemaltekischen Völkermord an Indianern und seiner weniger wohlwollenden Haltung, was die Respektierung der Rechte indianischer Völker in den USA angeht, braucht man kein weiteres Wort zu verlieren. Weniger bekannt ist vielleicht, daß der Filmemacher Werner Herzog auch ein Freund indianischer Völker von ganz besonderer Art ist. Als er vor vier Jahren in Peru seinen Film ,,Fitzcarraldo'' drehte, ließ er Indianer vom Militär zwingen, ein Schiff einen Urwaldhang hinaufzuziehen. Einige Indianer kamen dabei ums Leben (2).

Wenn die US-amerikanische UN-Botschafterin, Jeane Kirkpatrick, behauptet, die sandinistische Regierung habe 250.000 Miskitos in Konzentrationslager gesteckt (5) — also mehr Miskitos, als in Nicaragua leben —, dann wird offensichtlich, daß hier eine Kampagne läuft nach dem Motto: Egal, ob's wahr ist oder nicht, irgend etwas wird schon hängenbleiben, man muß den Vorwurf nur oft genug wiederholen.

Angesichts der ,,Glaubwürdigkeit'' der oben genannten Zeugen will ich mich bei der weiteren Untersuchung des Verhältnisses der sandinistischen Revolution zu den Miskitos seriöseren Quellen zuwenden.

Die Menschenrechtsverletzungen der sandinistischen Revolution

Wenn auch alle mit dem Miskitoproblem befaßten Menschenrechtsorganisationen — wie amnesty international, Gesellschaft für bedrohte Völker, Americas Watch und Council on Hemispheric Affairs — die Anschuldigungen wegen Massenmordes etc. gegen Nicaragua zurückgewiesen haben, so erheben sie doch alle Vorwürfe wegen Verletzungen der Menschenrechte der Miskitos in Nicaragua. Americas Watch gibt die Zahl der bisher getöteten Miskitos mit ungefähr einhundert an, hinzu kämen ca. 70 Vermißte und einige, die im Kampf gegen die Sandinisten gefallen seien (6).

Die Gesellschaft für bedrohte Völker erklärt in ihrer Ablehnungserklärung zu den Vorwürfen Reichles: ,,*Gleichwohl ist ein Massaker belegt, das das sandinistische Heer im Dezember 1981 an mehreren dutzend Miskito-Indianern begangen hat, und das Verschwinden von 70 Miskito-Indianern im Jahre 1982 — Vorfälle, die die Regierung bis heute nicht aufgeklärt hat. Gleichwohl sind uns auch Behauptungen bekannt. wonach die sandinistische Luftwaffe in den vergangenen Monaten gemeinsam nach Honduras ziehende indianische Guerilla-Trupps und Flüchtlinge angegriffen hat. Gleichwohl befürchten wir schließlich eine Hungerkatastrophe in den indianischen Dorfgemeinschaften, die im militärischen Sperrgebiet liegen — wegen unzureichender Ressourcen und Transportmöglichkeiten der Sandinisten, aber auch, weil das sandinistische Heer zeitweise Indianer nicht auf ihre Felder läßt.*'' (7)

Die interessanteste Untersuchung zu Menschenrechtsverletzungen gegen die Miskitos kommt aus Nicaragua selbst: Offizielle Stellen in Nicaragua beauftragten das ,,Zentrum zur Erforschung der Atlantikküste'' (CIDCA). Das Institut ist formal unabhängig, wird jedoch von der Regierung finanziert. Unter der Überschrift ,,Folterungen'' ist im Bericht zu lesen: ,,*Man hörte von 27 Fällen, in denen es zu physischen Übergriffen gekommen war und von acht Fällen, die man wirklich als Folterungen bezeichnen kann (meist bestand diese darin, daß der Kopf eines Gefangenen unter Wasser gehalten wurde, damit er Informationen bekanntgab). In den anderen 19 Fällen wurde angegeben, daß die Gefangenen auf dem Weg von ihrer Gemeinde nach Puerto Cabezas oder während ihres Gefängnisaufenthaltes in der Stadt mit Gewehrkolben geschlagen oder getrieben worden waren. Es gibt keine Informationen darüber, daß es bei den Verhören, die man in den Siedlungen selbst durchführte, zu Mißhandlungen kam. In fünf der angegebenen 17 Fälle, so scheint es, sind die Gefangenen wirklich geschlagen worden.*''

Weiterhin wird über sechs Vergewaltigungen berichtet und darüber, daß die Armee den Gemeinden Vieh gestohlen habe. Hierzu hat die Regierung inzwischen erklärt, daß der Bevölkerung alle Verluste ersetzt werden, die ihr durch den Krieg entstehen.

Als schwere Verletzung der Religionsfreiheit weist der Bericht die Benutzung der Kirchen in einigen Miskitogemeinden durch die Armee aus, die entweder dort Quartier bezog oder Verhöre durchführte. Derartige Praktiken sollen inzwischen unterbunden worden sein. Über die Bestrafung von Verantwortlichen für Übergriffe gegen die Miskito-Bevölkerung gibt der Bericht an: ,,*Einige führende Militärs, die für solche Übergriffe verantwortlich waren, zog man bereits 1982 aus der Region ab. Auch wurden einige Soldaten aus dem Grunde in Haft genommen; allerdings erhielten wir über die Anzahl der Betroffenen und über die gegen sie gefällten Urteile nur wenige Informationen. Als Beispiel für Bestrafungen kann man die Fälle zweier Soldaten anführen, die eingesperrt wurden, weil sie 1983 in Sandy Bay einen älteren Mann geschlagen hatten, und den Fall eines Leutnants, der mit 18 Jahren Gefängnis bestraft wurde für die Beschädigung an den Einrichtungen eines Marktes, Festnahme von Personen innerhalb der Kirche, Tötung von Vieh, und weil er die Einwohner von Lapás mißhandelt hatte*'' (2).

So weitgehend und informativ der CIDCA-Bericht auch ist, sein schwächster Punkt ist ausgerechnet der Passus über den Tod von Zivilisten, in dem z. B. keinerlei Zahlen von Opfern genannt werden, und in dem nicht auf das von den Menschenrechtsorganisationen angezeigte Massaker von Leimus eingegangen wird. Ganz lapidar heißt es in dem Bericht: ,,*Wir erhielten verschiedene Ausssagen, laut derer Personen vermutlich außerhalb von Gefechten ums Leben gekommen sind. Die Mehrheit dieser Vorfälle spielte sich 1982 in den Gemeinden von Sisin, Wiwas, Sukatpin, Kukalaya, Sangnilaya und Butara im Norden der Atlantikküste und in KaKabila, Laguna de Perlas, Karawala, La Barra und Tasbapouni im Süden ab.*'' (2) Anzumerken bleibt noch, daß die Prozesse gegen die Verantwortlichen für Übergriffe auf die Bevölkerung bisher fast ausschließlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden.

Um die Ursachen des Konfliktes zwischen Sandinisten und Miskitos zu erkennen, die schließlich sogar zu Menschenrechtsverletzungen führten, ist es notwendig, sich mit der Geschichte der Miskitos zu befassen.

Wer sind eigentlich die Miskitos?

Obwohl schon Columbus 1502 die Miskitoküste befahren hat, konnten sich die Bewohner immer mit Erfolg einer Eroberung durch die Iberier zur Wehr setzen. 1667 stellen die Engländer das Gebiet unter ihren ,,Schutz''. Seitdem streiten sich die beiden Kolonialmächte England und Spanien (die Spanier eroberten die Pazifikküste) um das Gebiet des heutigen Nicaragua. Vorteil für die Indianer der Atlantikküste: Während die Spanier alle Indianer ausrotteten, konnten sie überleben. Von den drei Indianergruppen der Atlantikküste — Sumus, Ramas und Miskitos — wurden letztere von den Engländern nach dem Prinzip ,,Teile und herrsche'' unterstützt.

Die Engländer setzten 1687 einen Miskitokönig ein, der selbstverständlich keinerlei Machtbefugnisse besaß und vollständig von England abhängig war. Bis 1860, als England den Verzicht auf das Gebiet erklärte, blieb das ,,Königreich der Moquitos'' englisches Protektorat (8). Die Engländer lehrten die Miskitos, die Spanier zu hassen, wie es umgekehrt auf spanischer Seite ausgemachte Sache war, daß Miskitos dumm und primitiv sind. Von den Engländern erhielten die Miskitos Gewehre, die ebenso gegen die Spanier eingesetzt wurden, wie gegen ihr indianisches Brudervolk, die Sumus. Geschickt hatten es die Engländer verstanden, sich alte Widersprüche zwischen Miskitos und Sumus zunutze zu machen. Die Miskitos jagten Sumus, um sie den Weißen als Sklaven zu verkaufen, und forderten den Sumus Tribute ab. Die schwächeren Sumus zogen sich vor den Miskitos nach Westen ins Landesinnere zurück (9).

Nach dem Abzug der Engländer wurde das Gebiet ,,Reservat'' mit dem Recht auf Selbstverwaltung, war aber abhängig von Nicaragua. Zur Anlage von Großplantagen wurden von den karibischen Inseln schwarze Sklaven an die Miskitoküste gebracht, die sich mit den Miskito-Indianern vermischten. Die Sumus und Ramas dagegen blieben weitgehend rein indianische Völker.

1849 landeten Missionare der protestantischen Herrenhuter Kirche an der Miskitoküste. Heute gehören 80 % der Miskitos dieser Kirche an, was auch auf religiösem Gebiet einen Gegensatz zur katholischen Bevölkerung an der Pazifikküste bedeutet. Die Missionare führten neue Sozialbeziehungen und Siedlungsformen ein. Lebten die Miskitos bis dahin unter nomandenähnlichen Bedingungen von der Jagd, dem Fischfang und Wanderackerbau in lockeren Familienverbänden, so wurden sie unter dem Einfluß der Missionare mit der bürgerlichen Familienform vertraut gemacht.

Präsident Zelaya (1893 - 1903) öffnete ausländischen Investoren (hauptsächlich US-amerikanischen und kanadischen Firmen) die Miskitoküste. Damit war dann die Tragödie an der Miskitoküste perfekt. Die Edelhölzer des Regenwaldes wurden gefällt, bis fast keine mehr vorhanden waren, mit allen ökologischen Folgen. Die Miskitos wurden veranlaßt, ihr kollektiv genutztes Land an die Konzerne zu verpachten, und verdingten sich als Lohnarbeiter.

Die Konzerne beuteten unter traumhaften Steuerbedingungen die Gold- und Silberminen aus, bis der Abbau nicht mehr rentabel war. Die Miskitos mußten unter menschenunwürdigen Bedingungen in den Minen arbeiten. 60 % der Minenarbeiter erkrankten an Silikose, etliche an Tuberkulose. Die Fisch- und Krabbenbestände der Küste wurden ausgebeutet, bis für die einheimische Bevölkerung, deren traditionelle Nahrung aus diesen Produkten bestand, fast nichts mehr übrig war —, mit ernsten Konsequenzen für die Ernährungslage. Damals gab es keinen US-Präsidenten, der sich den Kopf über die Lage der Miskitos zerbrach.

Als die sandinistische Revolution siegte, nahmen die flüchtenden US-Firmen alles mit, was nicht niet- und nagelfest war. Nur ein paar schrottreife Fischkutter und Maschinen ließen sie dem Volk an der Miskitoküste, um das sie sich jetzt so sehr sorgen. Mit der Romantik eines naturverbundenen, sanftmütigen, indianischen Volkes haben die Miskitos von heute nichts, aber auch gar nichts gemein. Es ist ein Volk, das der Imperialismus bei einem Zug um die Erde keineswegs vergessen hat, und das blutige Erfahrungen mit ihm gemacht hat, wie z. B. bei der Niederschlagung des Streiks vom September 1925, als ein Massaker unter für bessere Arbeitsbedingungen streikenden Bananenarbeitern angerichtet wurde (9).

Die Ablehnung jeglicher Indianerromantik bedeutet nicht zu vergessen, daß die Miskitos, Sumus und Ramas Völker sind mit eigener Tradition, Sprache und Kultur sind, die zu respektieren ist. Daß die Sandinisten dies nicht immer getan haben, ist offensichtlich; daß es hierfür auch historische Ursachen gab, habe ich schon ausgeführt. Warum aber hat sich der Konflikt zwischen Sandinisten und Miskitos so dramatisch weiterentwickelt?

Miskitos und Sandinisten — Chronologie eines Konfliktes

Die ersten Erfahrungen machten die Miskitos mit den Sandinisten schon in den 20er und 30er Jahren, als der General Augusto Cesar Sandino mit seinem Heer Angriffe auf Niederlassungen von US-Konzernen auch im Miskitogebiet durchführten. Die Angriffe stießen auf Ablehnung bei der Bevölkerung, weil sie deren Möglichkeit zur Lohnarbeit einschränkten. Die Sandinisten waren für die Miskitos also zunächst die, die ihnen die Arbeitsplätze zerstörten. Die Somoza-Diktatur nutzte dies bei ihrer antikommunistischen Hetze bei den Miskitos.

Die Sandinistische Revolution spielte sich fern von den Miskios im Landesteil der ,,Spaniards'' ab, wie die Miskitos die spanischsprachige Bevölkerung nennen. Die Revolution wurde weitgehend nur als ein Konflikt zwischen zwei Fraktionen der ,,Spanier'' begriffen. Trotzdem versuchten die Sandinisten von Anfang an, auch die Miskitos an den Errungenschaften der Revolution teilhaben zu lassen (Gesundheitsversorgung, Alphabetisierung, Aufbau einer Infrastruktur etc.).

Zeichen des guten Willens zur Zusammenarbeit ist auch die Gründung der Organisation MISURASATA (MIskito, SUmu, RAma, Sandinista Alsa TAkanka = Miskito, Sumu, Rama und Saninisten gemeinsam). Diese Form der Organisation stellt einen Kompromiß dar; den Sandinisten wäre eine sandinistische Indianderorganisation lieber gewesen, die Indianer wären lieber organisatorisch unabhängig gewesen. MISURASATA fordert: Sicherung aller ethnischen Kulturen, Sprachen und Traditionen; Garantie eines Territoriums als unveräußerlicher kollektiver Besitz der Indianergemeinschaften, das groß genug ist, sie zu ernähren, auch bei Bevölkerungswachstum; Beteiligung am politischen Geschehen. MISURASATA erhält einen Sitz im Staatsrat, zum Vertreter wird Steadman Fagoth Muller gewählt.

Zum ersten ernsteren Konflikt kommt es, als von März bis August 1980 im ganzen Land die Alphabetisierungskampagne durchgeführt wird. Einerseits aus Gedankenlosigkeit und aus einem eigenartigen Verständnis von ,,Indianerintegration'', andererseits auch aus objektiven Schwierigkeiten heraus (fehlende Lehrer, die Englisch bzw. Miskito sprechen; fehlendes Lehr- und Lernmaterial in den Indianersprachen), sollte die Alphabetisierung auch an der Miskitoküste in Spanisch durchgeführt werden. Wen wundert es, daß die Miskitos dies als einen Angriff auf ihre kulturelle Eigenständigkeit auffaßten und die Kampagne boykottierten. Die Regierung mußte

Fortsetzung nächste Seite

ihren Fehler korrigieren. Von Oktober 1980 bis Februar 1981 wurde eine neue Alphabetisierung gemeinsam von Erziehungsministerium und MISURASATA durchgeführt, diesmal in Miskito, Sumu und Englisch. Auf Initiative von MISURASATA tritt noch im Dezember 1980 ein Gesetz in Kraft, das die Einführung des zweisprachigen Primarschulunterrichts an der Atlantikküste vorsieht. Eingeführt ist er bis heute nicht.

Noch schwerwiegender war er Konflikt zwischen MISURASATA und FSLN um die Landfrage. Gleich nach dem Sieg verstaatlichte die FSLN alle Ländereien, für die keine privaten Eigentumstitel vorlagen. Darunter fiel auch das von den Indianern an der Atlantikküste bewohnte und genutzte Land. Diese Maßnahme schuf noch mehr Mißtrauen, obwohl sie für ganz andere Zwecke gedacht war, als die Miskitos von ihrem Land zu vertreiben. Als die Regierung wenig später auch noch damit begann, Edelhölzer in diesem Gebiet auszubeuten, stiegt die Erregung. Hinzu kommt die Nichteinhaltung des Abkommens „zur Festlegung des Holzschlages" durch die Regierung, das den indianischen Dorfgemeinschaften, in deren Gebiet der Holzschlag stattfindet, 80 % der Einnahmen zugesteht, die für Dorfentwicklungsprojekte benutzt werden müssen.

Zu dem für März 1981 festgelegten Termin für die Landforderung der MISURASATA kommt es nicht, weil die Staatssicherheit vorher die gesamte Führungsmannschaft von MISURASATA festnehmen läßt. Anlaß dafür waren die von der Organisation angekündigten Massendemonstrationen und -aktionen zur Durchsetzung der Landforderungen, sowie die Forderung nach fünf Sitzen im Staatsrat und einem in der Regierungsjunta. Als während einer Abschlußfeier einer Alphabetisierungskampagne ein weiterer MISURASATA-Führer festgenommen werden soll, kommt es zu blutigen Auseinandersetzungen. Vier Miskitos und vier sandinistische Soldaten kommen dabei ums Leben. Nach ca. drei Wochen werden alle wieder aus der Haft entlassen mit Ausnahme von Fagoth, dem eine ehemalige Tätigkeit für den Somoza-Geheimdienst nachgewiesen wurde.

Wochenlange Massendemonstrationen für seine Freilassung werden von den Sandinisten schließlich gewaltsam aufgelöst. Aus Furcht vor einer neuen Verhaftungswelle fliehen 3.000 Miskitos über den Rio Coco nach Honduras. Im Mai wird Fagoth freigelassen unter der Bedingung, einen längeren Studienaufenthalt in Bulgarien anzutreten. Aber auch er verschwindet über den Rio Coco nach Honduras, wo er gemeinsam mit ehemaligen Nationalgardisten bewaffnete Banden gegen Nicaragua zusammenstellt. Er erhält die Erlaubnis, die Radiostation „Radio 15. September" zu benutzen, um seine Hetzreden zu verbreiten.

Zum endgültigen Bruch kommt es, als MISURASATA Ende Juli 1981 ihren „Vorschlag zum Landbesitz" vorlegt. Sie fordert das Recht auf das gesamte Territorium, auf dem Indianer traditionell leben und die Verfügungsgewalt über alle Reichtümer dieses Gebietes. Die Regierung lehnt empört ab und erklärt MISURASATA für gescheitert. Nicaragua ist wohl ökonomisch auch nicht in der Lage, auf die Ressourcen in diesem Gebiet zu verzichten. Ebensowenig ist es heute in der Lage, auf ein Drittel seines Staatsgebietes zu Gunsten der Miskitos zu verzichten.

Es scheint, als sei dieser Vorschlag auch schon nicht mehr als ernsthafte Verhandlungsgrundlage gedacht, sondern als Provokation.

Es bleibt natürlich trotzdem die Frage, ob die Sandinisten mit der Verhaftung der gesamten Führung von MISURASATA angemessen reagiert haben. Sicherlich haben sie mit Fagoth den richtighen ins Gefängnis gesteckt. Nur: Nicht alle Miglieder der MISURASATA-Führung sind Contras und die Widersprüche gerade an der Landfrage, die ja tatsächlich ein berechtigtes Anliegen der Miskitos ist, hochzukochen, ist mehr als unklug.

Im September 1981 geht ein zweiter Führer der MISURASATA, Brooklyn Rivera, zunächst nach Honduras, dann nach Costa Rica, wo er sich den Banden Eden Pastoras anschließt. Zunächst finden nur kleinere Aktionen gegen Nicaragua statt. Im Dezember 1981 verstärken sich die konterrevolutionären Aktivitäten. Dann wird auch der Plan „Rote Weihnacht" aufgedeckt, nach dem die Atlantikküste von der Contra militärisch besetzt werden soll. Die Sandinisten entschließen sich zur Umsiedlung von 25.000 Miskitos. 8.000 werden nach Tasba Pri (Freies Land) umgesiedelt, etliche flüchten nach Honduras, viele ziehen zu Verwandten überall im Land. Ende November 1982 findet eine zweite Umsiedlung von 7.410 Miskitos und Sumus statt, die auf staatliche Produktionseinheiten verteilt werden.

Als Gründe für die Umsiedlungen geben die Sandinisten an:
— die ständigen Überfälle,
— Schutz vor Kollaboration mit den Contras,
— Verringerung der Distanzen zwischen den Dörfern,
— Aufbau eines sozialen Netzes und medizinischer Versorgung,
— Schaffung einer neutralen Zone.

Die Aussagen widersprechen sich, ob die Umsiedlungen angekündigt waren, oder ob die Menschen völlig überraschend ihre Dörfer verlassen mußten. Sehr wenig Einfühlungsvermögen zeigten die Sandinisten, als sie die Hütten vor den Augen der abziehenden Miskitos niederbrannten und deren Vieh schlachteten, um der Contra nichts zu hinterlassen, womit sie noch etwas anfangen kann. Die Lebensbedingungen der Miskitos, insbesondere derjenigen, die jetzt in staatlichen Produktionseinheiten arbeiten, haben sich sehr stark verändert. Haben sie früher vom Fischfang gelebt und waren Fische und Krabben ihre Hauptnahrung, so arbeiten sie jetzt in der Kaffee-Ernte in den Bergen von Matagalpa und essen Maisfladen, schwarze Bohnen und Reis. Fast alle, die von den bundesdeutschen Kaffee-Ernte-Brigadisten befragt wurden, sagten, daß es ihnen auf den Produktionseinheiten nicht schlecht gehe, aber, daß sie doch hoffen, der Krieg möge schnell ein Ende finden, damit sie wieder an die ihnen vertrauten Flüsse zurückkehren können, um zu fischen.

Bisher hat die FSLN im Umgang mit den indianischen Völkern keine sehr gute Figur gemacht. Sie sieht das selbstkritisch ähnlich und ist bemüht, Fehler zu korrigieren. Leider hat sie sich immer noch nicht dazu durchgerungen, Nicaragua als das zu betrachten, was es ist: ein Vielvölkerstaat. Das zeigt auch die Erklärung der Botschaft Nicaraguas zu den Vorwürfen Reichles: *„Die Regierung Nicaraguas betrachtet die Miskitos als mit allen Rechten ausgestattete Nicaraguaner und nicht als ‚ethnische Minderheit', da sowohl ‚ethnisch' als auch ‚Minderheit' eine Diskriminierung darstellen."*

Die Formel: „Wir sind alle Nicaraguaner" ist sicher so kurz wie richtig, nur geht sie an der Tatsache vorbei, daß es zwei kulturell und ethnisch völlig verschiedene Nicaraguas gibt: das der Pazifikküste und das der Atlantikküste. Natürlich muß man bei jeder Beurteilung des Miskito/Sandinisten-Konfliktes die gegenwärtige Kriegssituation mit einbeziehen. Die FSLN ist durch den Krieg zu einer schwierigen Gratwanderung gezwungen zwischen der Sicherung der Revolution und der Gewährung der Rechte der Miskitos.

Wie wir gesehen haben, waren die Gräben zwischen Miskitos und Pazifikküstenbewohnern historisch bedingt. Bisher haben sowohl die FSLN als auch die Miskitos diese Gräben noch weiter aufgerissen. Eines aber ist klar: Die Chance der Miskitos auf ein menschenwürdiges Leben unter Wahrung ihrer Kultur liegt ausschließlich in einem Zusammengehen mit der sandinistischen Revolution. Die Alternative Solidarität mit den Miskitos oder mit den Sandinisten steht so nicht.

Es sollen hier aber nicht die positiven Entwicklungsansätze verschwiegen werden, die es in letzter Zeit gegeben hat und die Hoffnung aufkommen lassen. Erste positive Auswirkungen zeigt die allmähliche Einbeziehung der Miskitos in die Kampagne „Die Waffen dem Volk". Natürlich haben auch die Miskitos wenig Lust, sich von der Contra überfallen bzw. sich die eh knappen Lebensmittel stehlen zu lassen. So wurde am 17. April dieses Jahres ein Angriff von 300 Contras auf Sumubila — ein Siedlungsteil von Tasba Pri — von den zur Selbstverteidigung organisierten Milizen der Gemeinden zurückgeschlagen. In anderen Miskitogemeinden scheint es ähnliche Tendenzen zu geben.

Ein weiterer Lichtblick: Seit dem 22. Juli gibt es wieder eine legale Organisation der Miskitos: MISATAN („Miskitu Asla Takanka Nicaragua" — „Unsere Organisation der Miskito in Nicaragua"). Die Organisation fordert das Recht, am Aufbau der neuen nicaraguanischen Gesellschaft beteiligt zu werden. Allerdings fehlt die Forderung nach Regierungsbeteiligung. Gefordert wird weiterhin: Unterricht in Miskito und Spanisch, Anerkennung des Miskito als zweiter Landessprache, Klärung der Eigentumsfrage an Grund und Boden, Zusammenführung der auseinandergerissenen Familien. (4). Dieser letzte Punkt wird am schwierigsten zu verwirklichen sein. Zwar hat die Regierung eine Amnestie für alle Miskitos (mit Ausnahme bestimmter Contra-Führer wie Fagoth) erlassen, auch für die, die sich in Honduras befinden und zurückkehren wollen, doch haben bisher nur ca. 200 Miskitos dieses Angebot genutzt, was bei ca. 12.000 nicaraguanischen Miskitos in Honduras sehr wenig ist. Einerseits ist wohl das Mißtrauen den Sandinisten gegenüber zu groß, andererseits wurden am 6. Januar 1984 200 Miskitos von hondurensischen Regierungssoldaten ermordet, um sie an der Rückkehr nach Nicaragua zu hindern.

Natürlich besteht von Honduras aus nicht das geringste Interesse an einem Ausgleich zwischen Sandinisten und Miskitos. Inwieweit die neue Organisation MISATAN diesen Ausgleich fördern kann, wird im wesentlichen von ihrer Verankerug unter den Miskitos abhängen. Dazu kann im Augenblick aufgrund fehlender Informationen keine Einschätzung gegeben werden.





Am 17.4.84 überfielen Misura-Contras, Contra-Einheiten aus Miskitos, das Miskito-Dorf Sumubila. Sieben Menschen wurden ermordet und das Dorf wurde weitgehend zerstört.

Westdeutsche Solidaritätsbewegung — zwischen Indianerromantik und Ignoranz

In der Solidaritätsbewegung gibt es zwei sich diametral gegenüberstehende Extrempositionen zum Verhältnis Sandinisten/Miskitos.

Für die einen ist das Recht prinzipiell auf Seiten der Miskitos, die als bedrohtes Volk zwischen zwei Fronten (USA und Sandinisten) dargestellt werden, dem geholfen werden muß. Natürlich kommt noch ein ordentlicher Schuß Indianerromantik dazu und es wird einfach übersehen, daß die Miskitos keine Unschuldslämmer sind. Die Tatsache, daß ein Teil der Miskitos mit der Contra kollaborierte und zwei ihrer wichtigsten Führer sich zu deren Instrument machen ließen, kommt bei dieser Position als Faktor nicht vor. Vertreten wird dieser Standpunkt z. B. von der Gesellschaft für bedrohte Völker. So heißt es in dem Artikel: „Miskito-Indianer zwischen den Fronten" von Robin Schneider (Gesellschaft für bedrohte Völker), der im letzten „Arbeiterkampf" abgedruckt war: *„Wenn die Indianer für das sandinistische Nicaragua zum Problem geworden sind, dann im Grunde, weil sie sich deren Strategie von wirtschaftlicher Entwicklung und militärischer Absicherung nicht unterordnen wollen und können: weil sie an ihrer nichtkapitalistischen Produktionsweise festhalten, vor allem kaum zu Lohnarbeit bereit sind ..."*. Wie ich anfangs beschrieben habe, haben derartige Vorstellungen sehr wenig mit der Realität der Miskitos heute zu tun.

Die Gegenposition verteidigt alles, was die Sandinisten an der Atlantikküste machen und verbannt insbesondere Kritiken an den Menschenrechtsverletzungen auf das Gebiet konterrevolutionärer Verleumdung. Da wird die Umsiedlung als eine von den Miskitos akzeptierte Notwendigkeit dargestellt. „BRD und Dritte Welt" schreibt hierzu treffend: *„Ihe Vertreter sind sozusagen sandinistischer als die Sandinisten: Während die FSLN ihr Vorgehen bei der Alphabetisierung inzwischen selbst kritisiert hat, heißt es im Antiimperialistischen Informationsbulletin (AIB): ‚Ein beliebter Mythos ist, daß die Sandinisten den Miskitos die spanische Sprache aufgezwungen hätten, während die Alphabetisierungskampagne von 1980 dort in Wirklichkeit in der Miskito-Sprache durchgeführt und ein Gesetz verabschiedet wurde, das den Schulunterricht in allen Fächern in der Muttersprache der Gemeinschaften vorschreibt.' Diese Position verkehrt die realen Tatsachen: Erst im Oktober 1980, einige Monate nach Abschluß der Alphabetisierungskampagne in ganz Nicaragua (an der Atlantikküste erntete sie heftigen Protest), beginnt die Alphabetisierung in den Indianersprachen. Erst auf Initiative von MISURASATA tritt das neue Gesetz in Kraft, nach dem neben den Indianersprachen weiterhin Spanisch gelehrt werden muß."* (8)

Wir können es uns nicht leisten, über die Beteiligung auch von Miskitos an den Contrabanden vorbeizusehen. Dies würde bedeuten, die Miskitos nicht verantwortlich zu machen, d. h. sie nicht ernst zu nehmen, was eine Form von Rassismus wäre. Machten wir die Sandinisten nicht verantwortlich für ihre Fehler und die Übergriffe auf Miskitos, müßten wir uns den berechtigten Vorwurf gefallen lassen, bei unseren politischen Freunden selbst Menschenrechtsverletzungen zu dulden. Bei allem darf man die Kriegssituation und die über Jahrhunderte gewachsene Distanz und Abneigung zwischen beiden Völkern nicht vergessen.

Es ist nicht abzuleugnen, daß die FSLN hier in letzter Zeit etliche Versuche gemacht hat, ein anderes Verständnis zu erreichen. Inwieweit diese Versuche von Erfolg gekrönt sein werden, wird die Zukunft zeigen müssen, da sie noch zu jung sind, um sie jetzt schon beurteilen zu können. Immerhin zeigt die teilweise Bewaffnung der Miskitos durch die Sandinistische Regierung ein gewachsenes Vertrauen, das erste Früchte trägt. Unzureichend scheint mir die Position der Sandinisten immer noch an der grundsätzlichen Frage nach dem Status der indianischen Völker in Nicaragua zu sein, wo die Betonung seitens der Sandinisten immer noch zu sehr auf dem „nicaraguanisch" und weniger auf dem „indianisch" liegt und die Sandinisten weit davon entfernt sind, Nicaragua als Vielvölkerstaat zu bezeichnen. Viel Verantwortung trägt auch die neue Miskito-Organisation MISATAN. Wenn es ihr gelingt, eine Basisverankerung zu erreichen, die ihr einerseits ein selbstbewußtes Auftreten den Sandinisten gegenüber ermöglicht, um die Forderungen der Miskitos zu vertreten und andererseits eine ganz klare Abgrenzung zur Contra jeglicher Schattierung zu manifestieren, könnte MISATAN zu einer Lösung des Konfliktes entscheidend beitragen. Voraussetzung hierfür ist auch, daß die Sandinistische Regierung der neuen Organisation einen relativ großen politischen Spielraum gewährt. Willkürliche Verhaftungen der gesamten Führung wegen angekündigter Aktionen und Demonstrationen z. B. zur Landfrage scheiden in Zukunft aus.

Die Miskito-Frage ist sicherlich nicht, wie Robin Schneider schreibt, der schwächste Punkt, durch den die sandinistische Revolution zu Fall gebracht werden kann. Das ist der militärische und wirtschaftliche Druck, der auf Nicaragua ausgeübt wird. Aber mit der Lösung des Miskito-Problems ist die Frage der Glaubwürdigkeit der Nicaraguanischen Revolution und ihrer Humanität eng verbunden.

M., Lateinamerika-Kommission

Quellen:
(1) „Frankfurter Rundschau", 25.5.84, „Statt Sozialismus Deportation und Konzentrationslager"
(2) Envio, Ausgabe 36, Juni 1984, „Atlantikküste: Werden die Miskitos ausgerottet?"
(3) Mittelamerika-Magazin, Juli/August 1984, Nr. 39/40, „Wo liegt die Wahrheit, wo die Lüge?"
(4) „taz", 25.7.84, „Miskitokongreß in Nicaragua"
(5) AIB, Sonderheft 4/84, „Miskitofrage — eine Desinformationskampagne"
(6) „taz", 15.6.84, „Falsche Zahlen"
(7) „taz", 4.6.84, „Gesellschaft für bedrohte Völker zum Miskitoproblem: Der Vorwurf eines Massenmordes ist unhaltbar"
(8) BRD und 3. Welt 20, Magazin-Verlag Kiel
(9) Ein Gigant erwacht — an der Atlantikküste Nicaraguas, Mittelamerika-Heft 7, Magazin-Verlag Kiel

Die Große Herausforderung

Interview mit Commandante Jaime Wheelock

El GRAN DESAFIO — Die große Herausforderung — so lautet der Titel eines Buches, das im Herbst letzten Jahres in Nicaragua erschien. Es enthält ein ausführliches Interview mit Commandante Jaime Wheelock, das die heute in Kuba lebende chilenische Journalistin Marta Harnecker gemacht hat.

Wir haben uns entschlossen, diesen Text zu übersetzen und ihn vollständig im ARBEITERKAMPF abzudrucken, da es auf dem westdeutschen Bücher-Broschüren- und Zeitschriftenmarkt nichts Vergleichbares gibt: Eine gründliche Analyse aller wesentlichen Probleme der nicaraguanischen Revolution von jemandem, der den revolutionären Prozeß nicht aus diesem oder jenem Grund (um-)interpretiert, sondern ihn an entscheidender Stelle mit vorantreibt.

Jaime Wheelock ist Mitglied der Nationalen Direktion der FSLN und Minister für Agrarreform. Er gilt als führender Theoretiker der FSLN.

Wheelock äußert sich in dem Interview zu folgenden Themen:

— Arbeitsweise der Nationalen Leitung der FSLN
— Wer hat die Macht in Nicaragua?
— Die Rolle der Bourgeosie im revolutionären Prozeß
— Die Kirche
— Die Presse in Nicaragua und ihre Freiheit
— Die Furcht des Imperialismus vor der nicaraguanischen Revolution
— Die Bedeutung der Wahlen in diesem Jahr
— Die Agrarreform
— Die sandinistische Wirtschaftspolitik
— Die Integration des Kleinbürgertums in den revolutionären Prozeß
— Die imperialistische Aggression gegen Nicaragua.

Der gesamte Text wird in mehreren Folgen im AK abgedruckt.



Demonstration zum Abschluß der Alphabetisierungskampagne

1. Die Nationale Leitung der FSLN

Was die revolutionäre Führung anbelangt, habt ihr eine weltweit einzigartige Erfahrung, nämlich die, daß es — wenigstens bis zum jetzigen Moment — keinen alleinigen Führer gibt, der die anderen Mitglieder der Nationalen Direktion überragt und vom Volk gleichzeitig als wichtigste Führerpersönlichkeit anerkannt wird. Auf welche Umstände führst du dieses Phänomen zurück? Wäre die Situation anders, wenn Carlos Fonseca noch leben würde

Ich glaube, daß hier einige historische Faktoren hineinspielen, die mit unserem Entwicklungsprozeß zu tun haben sowie andere Faktoren mehr praktischer Art, die etwas mit der Eigenart des Kampfes zu tun haben, der sich in Nicaragua entwickelte. Und ich glaube, auch die Art und Weise, wie sich die Nationale Direktion der FRENTE SANDINISTA in den letzten Etappen in den Kampf integrierte, spielt eine Rolle.

Es gibt Beispiele aus den Anfängen

SANDINISTA in den letzten Etappen in den Kampf integrierte, spielt eine Rolle.

Es gibt Beispiele aus den Anfängen

des Sandinismus. Die Sandinisten nannten sich Brüder und praktizierten ein Leben, das sich auf Respekt und Gleichheit gründete. Sandino wurde geliebt, nicht gefürchtet.

Carlos Fonseca half ebenfalls, eine bestimmte Art von Gegen-Führer-Kult (anti-caudillismo) und Gleichheit zwischen uns zu schaffen. Carlos war der Schmied (forjador) der sandinistischen Front, ihr Künstler im wahrsten Sinne des Wortes. Seine Autorität vermittelte er der Organisation auf eine Weise und mit einer Tiefe, daß die Kämpfer Autorität von Anfang an als etwas Organisches, nicht an Personen Gebundenes begriffen haben. Carlos lebte in der ständigen Sorge um die Kontinuität der FSLN, des Kampfes. Ich glaube, daß er die Gefahr seines möglichen Verschwindens voraussah, und das beeinflußte ihn natürlich.

Die Leitung, die Carlos schon frühzeitig übernahm, war das Resultat seiner Führungseigenschaften, die er von Beginn an zusammen mit seinem vorbildlichen Verhalten und der unermüdlichen Erfüllung seiner Arbeit zeigte.

Nach der Gründung der FRENTE SANDINISTA und in der ersten Zeit des Bestehens der FRENTE SANDINISTA gab es in dem Sinne keine nur aus einer Person bestehenden Führung. Die FSLN begann sich vielmehr nach demokratischen Konzeptionen einer kollektiven Führung, die jeden Führerkult ablehnte, zu organisieren, und sie lehnte auch den Stil der oligarchischen politischen Parteien ab.

Auf der anderen Seite spielten auch einige Faktoren praktischer Art eine Rolle. Der Kampf, den die FSLN führte, war ein bewaffneter Untergrundkampf. Die Kämpfer lebten nur kurze Zeit, und die personelle Zusammensetzung der Führungsgruppen wechselten aus diesem Grund häufig. Der größte Teil der Gründungsmitglieder und Verantwortlichen der FSLN fiel im Laufe der Zeit. Sehr oft setzte sich die operative Leitung (direcion operativa) der FRENTE SANDINISTA aus den Kadern zusammen, die im Land am Leben blieben. Um die Kontinuität des Kampfes zu bewahren und die Erfahrungen der Organisation zu verarbeiten, war die Leitung einige Male gezwungen, für einige Zeit ins Ausland zu gehen, während hier mittlere Kader die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Offensive vorbereiteten; in der Praxis übernahmen sie die Leitung. Auf der anderen Seite war die Situation der Kommandos ein Sonderfall. Es gab keine obersten Leitungen, sondern eine politische Direktion, die sich normalerweise aus neuen Kadern zusammensetzte. Aber für die damalige Situation können wir nicht sagen, daß innerhalb der FSLN eine komplette und perfekte Führungsstruktur funktioniert hätte, weil die harten Bedingungen des Kampfes dazu führten, daß nicht alle Führungskader das Land betreten konnten. Für lange Zeit existierte keinerlei Kontakt zwischen der Führung und der operativen Leitung.

nicht alle Führungskader das Land betreten konnten. Für lange Zeit existierte keinerlei Kontakt zwischen der Führung und der operativen Leitung.

Nun, die Praxis im Inneren der FSLN war kollektiv. Von 1969 bis 1975 arbeiteten im Land Kommissionen. Zum Beispiel die Politische Kommission der Stadt, die Politische Kommission der Berge. In jeder Kommission bildeten drei Genossen die interne Direktion im Land. Natürlich gab es in jeder Kommission Verantwortliche, aber die übernahmen nicht die Funktion der obersten Führung. Man muß auch sehen, daß der Tod Carlos Fonsecas und der Tod der wichtigsten Führer der FRENTE SANDINISTA zur Folge hatte, daß in dem Moment, als sich die FSLN wieder vereinigte, keine Ein-Mann-Führung existierte, die über den anderen stand. Man muß daran erinnern, daß im Jahre 1975 in der FSLN eine politisch-militärische Diskussion stattfand, die für eine gewisse Zeit zur Trennung einiger Strukturen führte, die praktisch wie Fraktionen agierten, obwohl die Idee von der FSLN als einer einheitlichen Organisation immer bestehen blieb. Wir waren alle Mitglieder der FRENTE SANDINISTA, aber in getrennten Strukturen. Und während dieser Periode entwickelten sich in diesen Strukturen keine einzelnen Führer, sondern kollektive Führungen.

In der GPP fungierten als Führer Henry Ruiz, Bayardo Arce und Thomas Borge. Dasselbe passierte in der Tendencia Insurrecional oder der Tercerista, wo die Brüder Ortega und Viktor Tirado denselben Rang hatten. Und bei den „proletariuos" war es dasselbe, es gab keinen Hauptverantwortlichen (Anmerkung 1). Als dann die Vereinheitlichung der Fraktionen auf der Tagesordnung stand, standen wir vor der Situation, daß die FRENTE SANANDINISTA neun Verantwortliche hatte, ohne daß es möglich gewesen wäre, aus dem einen oder anderen Grund einen einzelnen Führer herauszustellen — und das ist eine besondere Eigenschaft des Sandinismus.

Diese Besonderheit des Fehlens eines einzelnen Führers bildete sich unter konkreten historischen Bedingungen. Damit will ich sagen, daß es sich nicht um ein bewußtes Prinzip der Organisation handelt. Wenn Carlos Fonseca noch leben würde, wäre er ohne Zweifel der unangefochtene Chef. Wir sagen selbst, daß Carlos der Chef der sandinistischen Revolution ist. Heute wird die Nationale Direktion vom Volk aufgrund unserer Kampferfahrung als unangefochtene Führung anerkannt.

Kannst Du mir erklären, wie eure Leitung konkret funktioniert?

Wir haben eine kollektive Arbeitsweise, in der die Nationale Direktion die Führung darstellt. Innerhalb der Leitung hat jeder dieselbe Bedeutung. Das soll nicht heißen, daß es im weiteren Entwicklungsprozeß nicht zu einer Institutionalisierung einer einzelnen Führungspersönlichkeit kommen kann, aber es wäre in diesem Fall eine organische Führung, nicht Produkt bestimmter subjektiver Bedingungen, die einen der Mitglieder über den anderen hinausheben würden. Es wäre die Nationale Direktion selbst, die aus funktionalen Gründen damit beginnen würde, eines ihrer Mitglieder im Vergleich zum Rest rangmäßig herauszustellen. Ich wollte dir zeigen, daß die Situation der kollektiven Führung, die aus der Praxis entstanden ist, uns positiv erscheint. Und deshalb glauben wir, daß, solange wir als kollektive Führung zusammenarbeiten können, wir es tun sollten.

Welches sind diese positiven Aspekte?

Einer der positivsten Aspekte ist, daß, wenn wir in der Nationalen Direktion irgendein beliebiges Thema diskutieren, wir dies auf der Grundlage absoluter Gleichheit und Initiative tun (desde un plano de absoluta igualdas y iniciativa). Alle äußern ihre Meinung zu dem Thema, was sehr positiv ist, weil es in hohem Maße die Fähigkeit zur Analyse entwickelt.

Aus dem selben Grund ist es nicht möglich, daß sich eine Position durch äußeren Druck, durch das Gewicht, das die Meinung eines Führers haben könnte, durchsetzt, sondern nur durch ihre eigene Logik. Wir greifen die besten Meinungen auf und verbessern sie,

das die Meinung eines Führers haben könnte, durchsetzt, sondern nur durch ihre eigene Logik. Wir greifen die besten Meinungen auf und verbessern sie,

bis wir einen kollektiven Standpunkt entwickelt haben. Unsere Meinungen bilden sich kollektiv. Auf diese Weise ist es schwerer, sich zu irren.

Und was passiert, wenn eine Gruppe in der Direktion in der Minderheit bleibt?

Die Erfahrung, die wir aus den ganzen Jahren haben, ist, daß die Nationale Direktion — von sehr seltenen Ausnahmen abgesehen — immer zu einem Konsens kommt. Abstimmungen waren ein außergewöhnlicher Vorgang, und wenn wir bei einigen seltenen Gelegenheiten zu einer Abstimmung von 5 zu 4 kamen, waren wir der Meinung, daß es keine Übereinstimmung gibt und haben das Problem erneut diskutiert.

Kann eine solche Leitung die notwendige Flexibilität haben, um sich einem revolutionären Prozeß, der so komplex und dynamisch ist, zu stellen, einem Prozeß mit so vielen Problemen, die sich durch die von Mal zu Mal offenere Intervention des Imperialismus ständig weiter verschärfen? Sind eure Antworten schnell genug?

Wir haben eine sehr dynamische Leitung. Auf der einen Seite haben wir die Nationale Direktion, die als Entscheidungskollektiv fungiert. Wir versammeln uns einmal in der Woche, um nach einer vorbereiteten Tagesordnung die wichtigsten Themen der Regierungsarbeit zu disktutieren: Über die Verteidigung oder über Probleme, die die politischen Parteien betreffen. Aber das bedeutet nicht, daß wir nicht eine alltägliche, dynamische Arbeitsweise hätten. Dafür haben wir in erster Linie die Politische Kommission. Sie besteht aus vier Verantwortlichen (ejecutivos) der Frente, die zwischen den Zusammenkünften der Direktion deren Beschlüsse ausführen und auch einige Beschlüsse fassen, die später ratifiziert werden. Taucht ein Problem großer Wichtigkeit auf, wird eine außerordentliche Versammlung der Nationalen Direktion einberufen.

Und wie setzt sich die Politische Kommission zusammen?

Sie ist kein von der Nationalen Direktion getrenntes Organ. Wenn wir es graphisch darstellen würden, wäre es ein Kreis innerhalb eines anderen Kreises. Die Nationale Direktion stellt drei companeros dafür ab, die sich um die Probleme der Regierung, der Verteidigung und der Partei kümmern.

Ist die Politische Kommission immer noch dieselbe seit Beginn der Revolution oder hat die Besetzung gewechselt?

Sie muß jedes Jahr bestätigt oder ausgewechselt werden. Seit dem Triumph der Revolution haben wir zwei gehabt. Die letzte arbeitet seit drei Jahren. Neun gleichberechtigte Mitglieder zu sein, hat Vorteile. Wir teilen uns die Durchführung von internationalen Missionen und Propagandaaufgaben

Neun gleichberechtigte Mitglieder zu sein, hat Vorteile. Wir teilen uns die Durchführung von internationalen Missionen und Propagandaaufgaben

im Inneren auf und stehen gemeinsam an der Spitze der verschiedenen Bereiche des nationalen Lebens.

Jedes einzelne Mitglied der Nationalen Direktion der Frente hat an den strategischen Aufgaben, die sich seit dem 19. Juli stellen, mitgearbeitet, um den Aufbau der wesentlichen Eckpfeiler der Macht im revolutionären Staat zu sichern: die Organisation des Volkes, der Aufbau der bewaffneten Kräfte, die Organisation einer neuen Exekutive und die Organisation der FSLN als Avantgarde, die in der Lage ist, das Volk auf dem Weg in die neue Gesellschaft zu führen.

2. Wer hat die Macht in Nicaragua

Die FSLN ist unter anderem dank der Entwicklung einer breiten sowohl nationalen als auch internationalen Bündnispolitik an die Macht gekommen. Nichtsdestotrotz ist das Spektrum der Bündnispartner heute geschrumpft, vielleicht mehr im Inneren als im Ausland. Hattet ihr damit gerechnet, daß die Entscheidung einiger nationaler Sektoren, gemeinsam mit der FSLN zu kämpfen, nur von so kurzer Dauer sein würde?

Diese Frage läßt sich nur auf dem Hintergrund der Geschichte beantworten. Es gab im Kampf gegen den Imperialismus einen Moment, und zwar im Jahr 1927, als Sandino praktisch allein blieb. Das war zu dem Zeitpunkt, als der Bürgerkrieg mit dem Verrat von Moncado im Vertrag von Espino Negro zuende ging. Die Yankees boten den Soldaten an, ihnen ihre Gewehre für 10 Dollar abzukaufen (2). Sandino beschloß, die Waffen nicht zu übergeben und den Kampf zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit weiterzuführen. Aber der ganze Generalstab setzte sich ab und akzeptierte die Kapitulation, die die herrschenden Gruppen von Kapital und Bourgeosie vereinbart hatten. Sandinos Heer reduzierte sich von 600 Mann auf 60. Einige Tage später, als die Kämpfer, die bei Sandino geblieben waren, feststellten, daß der Kampf, den Sandino plante, ein Kampf gegen das nordamerikanische Heer war, setzten sich die meisten ab, und ihm blieben nur 21 Männer, fast die gleiche Gruppe, die mit Sandino den Aufstand im Bergwerk gemacht hat; mit anderen Worten, fast alle waren Arbeiter. (3).

Ausgehend von einer Entscheidung, einem festen Willen und einer gerechten Sache, begann Sandino dann, mit sehr ungleichen Kräften den Kampf und die ersten Aktionen zu entwickeln. Seine Entschiedenheit und die Richtigkeit seiner Linie hatten zur Folge, daß die Reihen seines Heeres zu wachsen begannen. Das begann bei den ärmsten Sektoren und endet mit der Vertreibung der nordamerikanischen Armee von nicaraguanischem Territorium.

Wir haben diese Lektion gelernt. Wir begannen mit einem sehr kleinen Kern von Kämpfern und unter sehr ungünstigen Bedingungen mit dem revo-

Wir haben diese Lektion gelernt. Wir begannen mit einem sehr kleinen Kern von Kämpfern und unter sehr ungünstigen Bedingungen mit dem revo-

lutionären Kampf. Die Frente Sandinista formierte sich in Verbindung mit den unteren Klassen des Volkes, nicht nur aus praktischen, sondern auch aus ideologischen und historischen Gründen: wir mußten eine moderne Version von Sandinos Heer zur Verteidigung der nationalen Souveränität schaffen, und aus demselben Grund bauten wir keine Partei, sondern ein Heer auf. Wir bemühten uns, Sandinos Kampf wiederaufzunehmen, indem wir unseren Kampf darauf ausrichteten, die hiesige Form amerikanischer Herrschaft — denn nicht anderes war die somozistische Diktatur — zu vertreiben.

Im Verlauf vieler Jahre gelang es der FS unter großen Opfern, sich politisch Gehör zu verschaffen. Zuerst mußte sie handeln, um bemerkt zu werden, danach, um sich Glaubwürdigkeit zu verschaffen und schließlich, um zu einer Hoffnung zu werden. Ich kann dir versichern, daß, als ich mich 1969 der FS anschloß, ich niemals geglaubt hätte, daß es eine so kleine Organisation sei. Meine Überraschung war sehr groß, als ich merkte, daß es wirklich nur ein Dutzend Kämpfer war. Der Rest war in der Mehrzahl getötet worden. Aber die Resonanz war auf nationaler Ebene schon sehr groß. Die FSLN gewann an Boden in einem Land, das bis dahin von den sogenannten „Historischen Parallelen"(paralelas historicas) der beiden traditionellen Parteien monopolisiert und von einer militärischen, ideologischen und politischen Diktatur beherrscht worden war.

Anfang der 70er Jahre war die FS schon eine Kraft, die sich als die wichtigste Alternative gegen die Diktatur stellte und damit die traditionellen politischen Parteien an den Rand drängte, die in Wirklichkeit gar nicht opposi-

tionell waren, sondern mit dem System und seiner Machtstruktur unter einer Decke steckten.

Von 1970 an begann der Kampf sich zu entwickeln und auszubreiten, und die FS, die als kleine militärische Kraft angefangen hatte, verwandelte sich in eine organische und in den Massen verankerte Kraft. Diese Kampfkraft der Massen schlug sich in einer wachsenden militärischen Stärke nieder. Innerhalb der FSLN entwickelten sich allmählich die politisch militärischen Fähigkeiten und — im Verlaufe einer mehr oder weniger langen Periode — jene unverzichtbaren Faktoren, die notwendig waren, damit sich die FA als Alternative präsentieren konnte: Kühnheit, Disziplin, Opferbereitschaft, Heroismus, konspirative Geschicklichkeit etc.

Diese erworbenen Fähigkeiten zeigten sich in der Aktion vom 27. Dezember 1974: die Einnahme des Hauses von Chema Castillo, um die Freilassung der politischen Gefangenen durchzusetzen. (4). Diese Aktion gegen die Diktatur wurde von den Massen breit unterstützt. Ihre wesentliche Bedeutung war nicht militärisch, sondern politisch: Eine konsequente revolutionäre Organisation war in der Lage gewesen, in einer kühnen Aktion die Armee der Diktatur und die Diktatur selbst militärisch herauszufordern. Der erfolgreiche Abschluß dieser Aktion wurde in ganz Nicaragua gefeiert. Und das haben Somoza und jeder andere auch gespürt.

Die politische Krise der somozistischen Diktatur begann schon 1976 spürbar zu werden. Die herrschenden Klassen begannen klar und mit Sorge zu sehen, wie das politische Instrument (die somozistische Diktatur, d.Ü.), das ihnen so lange Zeit nützlich gewesen war, um ihre ökonomische Macht zu sichern, sich verschliß, und sie machten sich daran, einen Ersatz zu suchen. Diese Suche nach Ersatz erschien in den Augen eines Sektors des Volkes wie ein Kampf gegen den Somozismus, während es in Wirklichkeit eine Hilfestellung für den Somozismus war, ein Versuch, den Somozismus ohne Somoza zu erhalten, natürlich ungeachtet dessen, was Somoza wollte. Die Bourgeoisie gründete die Oppositionsfront UDEL (Union Democratica de Liberacion, Demokratische Union für die Befreiung), die von der Konservativen Partei (Partido Conservador), der Sozialchristlichen Partei (Partido Socialcristiano) und einigen Gewerkschaftsorganisationen des mittleren und rechten Spektrums gebildet wurde.



In dem Maße, wie die politische Krise weiter wuchs und die Konfrontation der FS mit dem Somozismus von Ende 1977 ständig zunimmt, versuchte die Bourgeoisie, den Charakter der FSLN als konsequente Avantgarde zu leugnen. Tatsächlich traten wir in Konkurrenz zu ihr.

„Die nicaraguanische Bourgeoisie hat als politische Klasse praktisch nicht existiert."

Was ich dir damit sagen will ist, daß die Achse unserer Bündnispolitik nicht die Bourgeoisie, sondern das Volk war — und das ist kein demagogisches Gerede, so war es wirklich. Unser Programm und unsere Kraft beruhten auf einer konkreten Realität: daß wir die Waffen in der Hand und das Volk auf unserer Seite hatten. Es war ein antiimperialistisches, antidiktatorisches und revolutionäres Volksbündnis.

Die Bourgeosie dagegen war von der Tatsache erschreckt, daß in diesem Konflikt die Kontrahenten das Volk mit der FS als seiner Avantgarde und die somozistische Diktatur als Avantgarde der Yankees waren. Sie versuchten, die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, die Unterstützung für Somoza — der sich zu einer Art Krebsgeschwür für die imperialistische Herrschaft entwickelt hatte— aufzugeben und sie (die UDEL, d.Ü.) zu unterstützen. Aber es war schon zu spät. Somoza wollte nicht gehen, und die Bourgeoisie hatte zu diesem Zeitpunkt nicht die Kraft, sich zu erholen und ihre Dynamik und ihre Legitimität im Volk wiederzugewinnen.

Dieses Zögern hat auch etwas mit dem besonderen Charakter der nicaraguanischen Bourgeoisie zu tun, die als politische Klasse praktisch gar nicht existierte. Der Versuch, hier eine nationale Bougeoisie zu bilden, wurde von den Vereinigten Staaten durch den Sturz der progressiven bürgerlichen Regierung Zelayas gebremst. (5). Dieser Sturz fiel mit einer ökonomischen Krise zusammen, in der alle verarmten, was eine Akkumulation von nationalem Kapital verunmöglichte. Und als sich die Wirtschaft etwas zu erholen begann, waren die Somozisten schon an der Macht; aber nicht als Bevollmächtigte der Bourgeoisie, sondern als Sachverwalter der Yankees , die über der Bourgeoisie standen.

Somoza benutzte die Macht, um ein Vermögen anzuhäufen, das er sich mit einigen wenigen Familien teilte. So hatten wir also an der Spitze eine Oligarchie, die aus einigen wenigen Familien zusammengesetzt war, und eine kaum ausgebildete, stark nordamerikanisierte Bourgeoisie, die ohne ausländisches Kapital nicht überleben konnte. Aus diesem Grund hatte sie keine nationalen Interessen zu verteidigen: es war eine entnationalisierte Bourgeoisie und darüberhinaus eine schwache Bourgeoisie. Sie einzigen kämpfenden Kräfte waren also die somozisitische Diktatur und die sandinistische Front. Die Bourgeoisie hatte es sehr schwer, politisches Terrain zu gewinnen.

Es ist wohl wahr, daß sie, besonders nach dem Erdbeben (6) an wirtschaftlicher Kraft gewann, und ich denke sogar, daß zu diesem Zeitpunkt die Einführung eines Modells bürgerlich-kapitalistischer Entwicklung möglich gewesen wäre. Aber zu diesem Zeitpunkt waren die Volksmassen und die Frente Sandinista nicht mehr aufzuhalten. Deshalb können wir sagen, daß die Krise der Diktatur in erster Linie durch die Revolution hervorgerufen worden ist, und erst in zweiter Linie wurde sie von der Revolution genutzt.

Später versuchte die Bourgeoisie eine Kraft zu organisieren, die sie FAO nannte (Frente amplieo de oposicion — breite Front der Opposition), und die ihre eigenen Vorstellungen hatte und in Kontinuität der UDEL einen Somozismus ohne Somoza wollte. Einige Monate später bot die FSLN die Teilnahme an der FAO an, während sich gleichzeitig die Bewegung des Vereinigten Volkes bildete (Movimento Pueblo Unido — MPU). Die MPU vereinigte mehr als 20 kämpferische Volksorganisationen , die FS und alle Parteien der Linken einschließlich der Liberalen Unabhängigen Partei (Partido Liberal Independiente — PLI) und einem Sektor der Sozialistischen Partei, während die FAO die Parteien der Rechten und die inkonsequente (rechte) Fraktion der Sozialistischen Partei umfaßte.

Das Angebot der FS, an der FAO teilzunehmen, bedeutete kein Zurückweichen vor der Bourgeoisie, auch nicht die Bereitschaft zu Konzessionen, sondern war ein Versuch, zu verhindern, daß die Krise der Diktatur von den Fraktionen der Bourgeoisie und der Kleinbourgeoisie, die sich für den Imperialismus in eine Alternative zu Somoza verwandeln wollten, ausgenutzt wird.

Wir hätten die Macht ohne dieses Bündnis erringen können, aber wir unternahmen den Versuch einer Annäherung an diese Kräfte, indem wir die Gründung der Patriotischen Nationalen Front vorschlugen. Aufgrund dieses Vorschlages zogen sich einige Kräfte aus der FAO zurück und schlossen sich der Patriotischen Front an, während die anderen im FAO verblieben.

Die Sektoren, die zur FPN überwechselten, waren Kleinbürger; Parteien der Berufstätigen, Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler, Handwerker, wie die Liberale Unabhängige Partei (Partido liberal independiente) und die Christlich-Soziale Volkspartei (Partido popular social-cristiano). Praktisch waren es diese beiden Parteien, die zur FPN überwechselten. Die restliche FAO existierte so vor sich hin. Als wir am 20. Juli unseren Triumph auf dem Platz (der Revolution, d.Ü.) feierten, waren sie in Venezuela, um dort ihre Vorstellungen, die andere als die der Revolutionäre waren, zu verkaufen. — Dies zu den Bündnissen vor dem Triumph der Revolution.

Unsere Absicht war nun der Aufbau einer neuen Gesellschaft unter breiter Beteiligung und mit dem Ziel, alle Sektoren der Nation unter einer revolutionären Hegemonie zu vereinigen. Dabei gingen wir davon aus, daß wir einen Prozeß der demokratischen Transformation zu entwickeln hatten. Darum sind wir jetzt dabei, eine Staatsgewalt zu schaffen, die auf die Organisationen, die die FPN gebildet haben, verteilt ist. Wir stellen mit ihnen zusammen den Statrat, sie haben Leute in den verschiedenen Ministerien. Der Arbeitsminister ist der Präsident der PLI. Es gibt Vizeminister, die der Sozialistischen Partei angehören. Im Obersten Gerichtshof gibt es Leute der Liberalen Partei; andere sind von der Christlich-Sozialen Volkspartei: mit anderen Worten, es ist eine Regierung der Patriotischen Front.

Wer hat sich denn also nuh zurückgezogen? — Die, die nie auf unserer Seite waren und die, die aufgrund der Großzügigkeit der Frente Sandinista und der sehr weitgehenden Integrationsvorschläge, die wir gemacht haben, es schafften, sich in letzter Minute — nach dem 20. Juli — dem Prozeß anzuschließen. Sogar die, die bis zum 20. Juli noch gegen uns arbeiteten, wurden noch integriert. Wir hatten alle Kräfte der Nation zusammengerufen, aber verpflichtet hatten wir uns nur den unteren Klassen. Es ist logisch, daß die Leute, die unser Vorhaben vor dem Triumph nicht teilten, es danach nicht in die Praxis umsetzen würden. In der Tat, in kurzer Zeit verließen sie das Land und demonstrierten damit ihre Inkonsequenz.

Soll das heißen, daß die Revolution nicht an Unterstützung verloren hat?

Ich denke, man kann nicht sagen, daß wir eine Unterstützung verloren haben, die wir nie hatten. Oder sagen wir, wenn diese Leute in einer bestimmten Situation am revolutionären Prozeß teilnehmen, dann erstens, weil sie eine Schlacht verloren haben und zweitens, um den revolutionären Prozeß zu beeinflussen, um ihn abzulenken. Aber als sie dann unsere Standfestigkeit sahen, haben sie Abstand davon genommen. Es ist also nicht so, daß sie die Unterstützung der revolutionären Sache aufgegeben haben, sondern sie erneuern nur ihre Arbeit gegen diese Sache.

3. Die Rolle der Bourgeoisie im revolutionären Prozeß

Um auf das Thema der Bourgeoisie zurückzukommen: Glaubst Du, daß es ein Bündnis mit der Bourgeoisie in einer Gesellschft geben kann, in der eine eindeutige Hegemonie der Kräfte des Volkes besteht?

Da wir strikt nationale Interessen verfolgen, haben wir mit der Entwicklung eines Projekts begonnen, das versucht, das Land wirklich aufzubauen. Erstens durch die Garantie der Souveränität, zweitens indem seine Ressourcen im nationalen Interesse ausgebeutet werden und nicht im ausländischen Interesse. Wir reden hier wirklich über tiefgreifende Dinge, weil es sich um das wesentliche dessen handelt, was die Revolution für Nicaragua bedeutet: Nicaragua sein zu können, ein nicaraguanisches Nicaragua und kein nordamerikanisches, wirklich als Nicaragua existieren zu können, das als souveräner Staat vorher nicht existierte. Um diesen Plan herum haben wir allmählich die Bevölkerung organisiert, und zwar in Formen, die ihr bessere Lebensbedingungen erlauben und gleichzeitig dem Land Stabilität und dauerhaften Frieden.

Wir haben es hier mit einer Bauernschaft zu tun, die eine extrem arme Bauernschaft war, mit einem Proletariat, das ein Halbproletariat war; Klassen die nicht voll ausgebildet waren, einschließlich der Bourgeoisie, die ebenfalls nicht vollständig entwickelt war. Wir haben es hier mit einem nicht vollständig ausgebildeten, ungleichmäßigen, schlecht aufgebauten kapitalistischen System zu tun — mit einem System, das uns nicht mehr von Nutzen war. Wir wollen in Nicaragua ein echtes und wirkliches soziales System schaffen und vollenden. In gewisser Weise beginnen wir damit, nach dem Besten zu suchen, was an natürlichen

Weise beginnen wir damit, nach dem Besten zu suchen, was an natürlichen

und sozialen Tendenzen in der Gesellschaft existiert, was man nehmen und in eine Form bringen kann, damit es in Zukunft mit den nationalen Interessen in Einklang steht.

Wir denken, daß die Bauernschaft organisiert werden muß; die Arbeiterklasse muß wirklich in eine Arbeiterklasse mit spezifischen Interessen verwandelt werden, die koexistierenden Sektoren der Bourgeoisie müssen eine Chance bekommen; aber so, daß sie zwar innerhalb der gesetzten Grenzen ihr Eigentum an Produktionsmitteln behalten, diese aber nicht in Instrumente verwandeln können, die unseren Prozeß infrage stellen oder unvereinbar wären mit unserem Programm des Aufbaus einer neuen Gesellschaft.

Um was geht es also? Letztendlich hatte sich hier ein soziales System mit kapitalistischem Charakter herausgebildet, indem die Bourgeoisie nur scheinbar die herrschende Klasse war. Tatsächlich aber herrschte sie nicht, weil diese Bourgeoisie niemals die Zentren der Rationalität und der Logik des Systems in den Händen hatte. Diese waren in den Händen des Imperialismus und seines lokalen Statthalters, des Somozismus. Beide repräsentierten eine Macht, die die Interessen der lokalen Bourgeoisie verteidigte, aber es war nicht die Macht der Bourgeoisie. In gewisser Weise war auch Somoza ein großer Bourgeois.

Er war eines der ersten Probleme, auf das wir bei dem Versuch stießen, die Bourgeoisie miteinzubeziehen, die Tatsache, daß die Macht, die wir aufbauen und die eine revolutionäre Macht ist, mit der früheren sozialen Struktur bricht.

Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist also folgende: Ist die Existenz einer Bourgeoisie als solche oder eines bürgerlichen Systems gemeinsam mit einer revolutionären Macht möglich? Ich glaube, daß ist nicht möglich, weil das fundamentale und charakteristische Element der kapitalistischen Gesellschaft die (politische) Macht der Bourgeoisie ist, die militärische Macht der Bourgeoisie; sozusagen die Macht, zu tun, was sie tun muß und dabei auch alle Regeln des Spiels zu brechen, wenn es notwendig ist.

Hier stellt sich die theoretische Frage, ob es möglich ist, daß die Bourgeoisie nur produziert, ohne die politische Macht zu besitzen, ob sie sich als Klasse auf ihre produktive Rolle selbstbeschränken kann, also darauf, ihr Produktionsmittel zu gebrauchen und diese Mittel zu benutzen, um zu leben und nicht als Instrumente der Macht und des Zwanges.

Ich glaube, daß das in Nicaragua möglich ist. Wir haben ein Land mit einem nicht ausgereiften Kapitalismus und einer nicht vollständig ausgebildeten kapitalistischen Klasse übernommen, die außerdem auch nicht direkt die politische Macht hatte.

Aber die Revolution hat mit der Logik imperialistischer Dominanz in einem lateinamerikanischen Land gebrochen; und mit dieser Logik sind auch andere sehr wichtige Faktoren zerbrochen, die Psychologie der Sicherheit, zum Beispiel. Die Bourgeoisie war gewohnt, die streitlustige und dominierende Kraft in ideologischen, kulturellen und sozialen Fragen zu sein, aber heute dominieren sie nicht mehr. Die heute hier den Ton angeben sind die Arbeiter und Bauern, die studentischen Führer, die Gewerkschaftsführer, die ATC (Landarbeitergewerkschaft), die CST (Sandinistische Arbeitergewerkschaft), die Frente Sandinista — und keiner von ihnen repräsentiert die Bourgeoisie.

„Wir konservieren kapitalistische Produktionsverhältnisse, die nicht dominant, sondern untergeordnet sind."

Es ist ein komplexes Problem. Aber wir haben nicht aufgegeben, nach Formen zu suchen, mit welchen wir die mehr oder weniger großen Privatproduzenten, die im heutigen Nicaragua existieren, in ein soziales System, das von Revolutionären dominiert wird, integrieren können. Ich glaube, daß unter den Bedingungen, die in den Ländern der Dritten Welt existieren, wo die soziale Struktur in gewisser Weise ungewöhnlich ist und wo sich die Möglichkeiten, eine Gesellschaft zu entwickeln, nicht aus dem extremen Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen ergeben, sondern Produkte anderer Umstände sind, die sehr oft etwas mit der nationalen Befreiuung des Landes zu tun haben, — daß es unter diesen Verhältnissen möglich ist, Wege zu finden, auf denen eine soziale Organisation unter revolutionärer Hegemonie Produktionsformen, Gruppen kapitalistischer Produktionsverhältnisse konservieren kann, die nicht domi-

pitalistischer Produktionsverhältnisse konservieren kann, die nicht domi-

nant, sondern untergeordnet sind. Im Moment existiert dies in Nicaragua — aber ohne Einverständnis von Teilen der Bourgeoisie. Auf jeden Fall strebt unser Programm des sozialen Aufbaus einen friedlichen Weg an, auf dem wir mit den Mitteln der Überzeugung versuchen, alle diesen Sektoren in die nationale Produktion, in das nationale Leben zu integrieren.

Welcher ungefähre Prozentsatz der existierenden bürgerlichen Sektoren ist im Land geblieben und arbeitet?

Die Finanzbourgeoisie, die den Rest der ökonomischen Strukturen beherrschte, wurde an den Wurzeln gekappt (fue cortada de raiz).

Du meinst, daß das, was gewöhnlich als Oligarchie bezeichnet wird, verschwunden ist?

Ja, sie ist verschwunden. Was geblieben ist, sind unorganisierte Sektoren der Agrarbourgeoisie, die lokalen Charakter haben: Die Baumwollpflanzer von Chinandega, die von Leon, die Kaffeepflanzer von Matagalpa, die Sorgumpflanzer von Granada, die Reispflanzer von Nandaime. Ich würde sagen, daß der große Teil der direkten landwirtschaftlichen Produzenten, d.h. der Privatproduzenten, die 100 oder 200 Manzanas Baumwollfelder haben — so um die 160 Hektar —, daß die in ihrer großen Mehrheit im Land geblieben sind.

Die Baumwolle ist der dynamischste Sektor unserer Agrarproduktion, und der große und mittlere Privatproduzent dominiert in diesem Bereich. Dieses Jahr zeigen die Produzenten eine große Begeisterung bei der Produktion und bei der Ausweitung der Anbauflächen, weil das letzte Jahr ein gutes Jahr war. Darüberhinaus hat die Regierung Anreize gegeben, und wir haben ihre Schulden getilgt. Wir wollen in diesem Jahr die Baumwollproduktion steigern.

Unsere Wirtschaftspolitik versucht, diesen Produzenten Anreize und die Sicherheit für ihr Eigentum zu geben, indem sie es nicht in willkürlicher Weise angreift. Ihr Eigentum wird nur nach strikt logischen und technischen Überlegungen enteignet. Aus diesem

Grund gibt es eine gewisse Verständigung. Wären die Spielregeln nicht eingehalten worden, wäre die Produktion gefallen, und der Staat hätte nicht die notwendigen Kapazitäten zur Verfügung gehabt, um den Ausfall innerhalb kurzer Zeit zu ersetzen. Es geht also nicht darum, sie zu ersetzen, sondern nach Formen der Zusammenarbeit und Integration zu suchen. Wir möchten, daß sie für ein Projekt arbeiten können, daß ihnen und ihren Kindern auf lange Sicht Stabilität und Sicherheit gibt, — aber innerhalb einer anderen Logik, die von den Kräften der Revolution bestimmt wird. Wir haben gerade in diesem Moment die Gründung einiger gemischter Gesellschaften abgeschlossen, in denen sich der Staat mit Privatproduzenten zusammenschließt. Zum Beispiel betreiben wir eine Firma zur Schachtabteufelung, deren Ausrüstung zur einen Hälfte dem Staat und zur anderen Hälfte Privatbesitzern gehört. Wir wollen diese Art von Unternehmen fördern. Anstatt daß z.B. im Baumwollanbau auf der einen Seite der Staat eine Parzelle und der Privatbauer seine auf der anderen Seite hat, haben wir vor, die Parzellen zusammenzulegen und gemischte landwirtschaftliche Gesellschaften zu gründen. Dabei kommt uns ihre Erfahrung zugute und ihnen unser Kapital in Form von Land.

Alles in allem waren sie eine Minderheit, in gewisser Weise schwach, die alte Gesellschaft war nicht ihre (no era de ellos la sociedad). Jetzt geben wir ihnen die Möglichkeit, wirkliche Nicaraguaner, nationale Produzenten zu sein, keine ,,Dollar-Sauger'', solche Pro-Jankees, die ihr Herz in Miami und ihre Peitsche in Nicaragua haben. Wir haben der Bourgeoisie einen Handlungsspielraum eröffnet — in Cordobas. Wenn sie das akzeptieren, kann ihnen dieser Raum unbegrenzt offen bleiben.

Und wie löst sich das Problem der Arbeiter, die bei diesen Kapitalisten arbeiten?

Die Arbeiterklasse arbeitet hier unter der Perspektive eines nationalen Programms. Vor kurzem kamen die Arbeiter der Zuckerraffinerie San Antonio in das Ministerium für landwirtschaftliche Entwicklung und schenkten mir den letzten Sack der Produktion. Sie wollten damit zeigen, daß sie für die Revolution gearbeitet haben. Sie sagten zu mir: ,,Wir arbeiten in einem Privatunternehmen, aber wir sind nicht Privatbesitz. Wir sind Arbeiter der Revolution, und wir arbeiten in diesen Produktionseinheiten mit der Überzeugung, damit die Revolution zu stärken.'' In dieser Raffinerie hat es seit zwei Jahren keinen Streik mehr gegeben. Und diese private Zuckerraffinerie ist für uns ein nationales Erbe (un patrimonio nacional), denn sie produziert einen großen Teil des Zuckers, den wir exportieren. Wir unterstützen sie durch die Subventionierung ihrer Produktionskosten, die höher sind als der Weltmarktpreis für Zucker. Andererseits unterliegt die Rentabilität des Unternehmens durch die Kredit-.

sie durch die Subventionierung ihrer Produktionskosten, die höher sind als der Weltmarktpreis für Zucker. Andererseits unterliegt die Rentabilität des Unternehmens durch die Kredit-.

Steuer- und Preispolitik, die die Revolution absteckt, einer beachtlichen Kontrolle.

Vom ökonomischen Standpunkt aus betrachtet bedeutet die Zuckerraffinerie San Antonio für uns keinen großen Verlust an Kontrolle; vielmehr dient sie als wichtige Quelle zirkulierenden Kapitals. Mehr noch, im Augenblick sind wir dabei, über eine Ausweitung der Raffinerie zu verhandeln. Dasselbe passiert in anderen Industriezweigen. Das Wichtigste ist, daß die Arbeiterklasse sich ihres Handelns bewußt ist.

„Privatbesitzer werden enteignet, nicht weil sie Privatbesitzer sind, sondern wenn sie Konterrevolutionäre sind."

Ich glaube, wenn man eine revolutionäre Regierung hat, die weiß, wie man vorankommt und eine entsprechende Wirtschaftspolitik, dann können die sozialen Strukturen leicht verändert werden, ohne immer zur Enteignung der Produktionsmittel zu greifen. Das soll nicht heißen, daß es nicht auch Produzenten gibt, die ihr Kapital abziehen, vor allem, wenn es sich um abgelegene Produktionseinheiten handelt, die die Arbeiter gegen die Revolution aufbringen. Wenn das passiert, enteignen wir diesen Besitzer, aber nicht, weil er Privatbesitzer ist, sondern weil er Konterrevolutionär ist.

Stammt diese Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie aus der Anfangszeit der Revolution oder hat sie sich in den letzten Jahren ergeben?

Ich glaube nicht, daß man sagen kann, daß die Bourgeoisie mit dem revolutionären Prozeß kollaboriert. Das wichtigste ist, daß sie dem nationalen Aufbau nicht feindlich gegenüberstehen. Sie arbeiten im Rahmen der Nation, in dem sie produzieren, und das ist es letztlich, was sie interessiert.

Wenn sie ihre Gewinne nicht aus dem Land schaffen können, wenn sie keine Möglichkeiten haben, um ins Ausland zu reisen, wenn ihr Kauf von Devisen beschränkt wird, — wird das alles sie nicht entmutigen?

Ja, ganz offensichtlich. Deshalb haben wir von Beginn des letzten Jahres an ihnen für nützliche Vorhaben und sogar, mit gewissen Einschränkungen, für Vergnügungszwecke einen Zugang zu den Devisen geschaffen.

Heißt das, daß es einen Wechsel in der Politik gegenüber der Bourgeoisie gegeben hat?

Im Jahre 1980/81 hatten wir eine akzeptable landwirtschaftliche Produktion angesichts der Zerstörungen. Wir verzeichneten eine beschleunigte Erholung. Die Agrarproduktion stieg um 37%. Es war das Jahr der Enteignung Somozas. Wir haben den ganzen Sektor reorganisiert; den Rest der landwirtschaftlichen Produzenten haben wir nicht angerührt. Im Jahr 1981/82 gab es einen gewissen Rückgang der Produktion, denn in dieser Zeit existierte schon eine gewisse Unsicherheit. Wir hatten schon nach 1980 begonnen, gegen Großgrundbesitzer vorzugehen und Nicht-Somozisten zu enteignen. Es war ein Jahr der ökonomischen Krise, ein Jahr, in dem die internationalen Preise fielen. Es gab also Ungewißheiten, Reibungen und einen Kampf zwischen uns und der Bourgeoisie auf der politischen Ebene: Ein Kampf zwischen den Vereinigungen der Bourgeoisie und uns, eine Auseinandersetzung, in der es darum ging, ob sie produzieren oder nicht. In diesem Zusammenhang entschieden wir uns, ein Gesetz zu verabschieden, das festlegt, daß alle die, die nicht produzieren, enteignet werden.

Du meinst, daß die Drohung, das Eigentum zu verlieren, schwerer wiegt als die Unzufriedenheit, die die anderen Umstände geschaffen hat?

Genau. 1982/83 begannen die Anreize zu wirken: Die Produktion versprach eine Gewinnspanne, Effizienz wurde belohnt, gewisse Zugänge zu Devisen wurden geschaffen. Im landwirtschaftlichen Bereich, der stark von den Marktgesetzen beeinflußt ist, haben wir die Profite praktisch gesichert. Ich glaube, niemand hat ein Interesse daran, Baumwolle zu produzieren, wenn er weiß, daß er dabei verliert. Es war ein gutes Jahr, was die Aussaat betrifft, aber ein schlechtes Jahr hinsichtlich des Klimas und der agrarökologischen Bedingungen. Insofern kann das Niveau der Produktion in jenem Jahr nicht als Maßstab genommen werden.

ökologischen Bedingungen. Insofern kann das Niveau der Produktion in jenem Jahr nicht als Maßstab genommen werden.

Ich denke, positiv war, daß wir eine Wirtschaftspolitik entwickelt haben, die die negativen Tendenzen der Privatproduktion eindämmt. Dank dieser Politik können wir unter dem Strich ein Ergebnis registrieren. das mehr Positives als Negatives aufweist, trotz aller Probleme, die es gegeben hat (keine Stimulation, Probleme auf dem Land, Unsicherheit).

Die nationale Produktion ist gestiegen und nicht gefallen. Gleichzeitig haben wir große Kräfte in den staatlichen Bereich gesteckt, in die Produktion der Kooperativen und in die Bauernschaft. Wir haben uns auf die vier Sektoren gestützt, die zusammen die Agrarproduktion als der Basis des Landes ausmachen: das Staatseigentum, der Sektor der Kooperativen, das große Privateigentum und der Kleinbesitz.

Gut, einige Produzenten, z.B. Baumwollproduzenten haben das Land verlassen, weil sie es nicht akzeptieren, unter diesen Bedingungen zu leben. Der Baumwollproduzent war in Nicaragua einer der dynamischsten Unternehmer, mit viel Geld, der reich wurde und nicht investierte, sondern konsumierte. Er hatte Jachten, kaufte sich jedes Jahr teure Wagen, verreiste mit der ganzen Familie, lebte ausschweifend, kaufte sich Häuser ... Einige von ihnen konnten deshalb die etwas bescheidenere Rolle nicht akzeptieren, die sie in der neuen Gesellschaft spielen sollten — eine eher untergeordnete Rolle — und sind gegangen. Aber da es hier viele gibt, die Erfahrungen mit der Baumwollkultur haben, wurden sie sofort ersetzt. Der Boden ist ausgezeichnet und eine gewisse Erfahrung reicht aus, denn die Ausrüstung ist hier im Land. Das war kein Problem. Es gab auf der mittleren Ebene Techniker mit Führungsqualitäten, die diese Produzenten sofort ersetzen konnten. Der Staat hat ihnen das Land, das von den Besitzern verlassen worden war, verpachtet.

Anmerkungen

1) Die führenden Mitglieder der „proletarischen Tendenz" waren Carlos Roberto Huembes, Jaime Wheelock, Luis Carrion und Carlos Nunez. Huembes wurde im November 1976 von der Nationalgarde Somozas umgebracht; Wheelock, Carrion und Nunez sind heute Mitglieder der Nationalen Direktion der FSLN.

2) Am 4. Mai 1927 wurde ein sechs Monate dauernder Bürgerkrieg zwischen der liberalen und der konservativen Oligarchie Nicaraguas beendet. Ein Abkommen, das von dem persönlichen Abgesandten des US-Präsidenten und dem General der liberalen Armee, Jose Maria Moncada, unterzeichnet wurde, versprach Moncada die Präsidentschaft. Die Liberalen, die kurz vor der siegreichen Beendigung des Bürgerkrieges standen, wurden von den USA vor die Alternative gestellt, entweder die Waffen niederzulegen oder den Kampf gegen mehr als 5000 US-Marines aufzunehmen, die das Land besetzt hatten. Von allen Generälen, die auf Seiten der Liberalen kämpften, weigerte sich als Einziger Sandino, die Waffen niederzulegen.

3) Während sich der größte Teil der liberalen Armee aus Bauern rekrutierte, waren in Sandinos Einheit vor allem Arbeiter aus Goldminen, Sandino gewann diese Kämpfer, als er 1926 in einer Goldmine arbeitete.

4) Am 27. Dezember gelingt der FSLN ein spektakulärer Überfall auf ein Weihnachtsbankett zu Ehren des US-Botschafters. Somoza wurde gezwungen, 18 politische Gefangene freizulassen, ein Kommunique der FSLN über die Rundfunkstationen verbreiten zu lassen und zwei Millionen Dollar an die Guerilla zu zahlen.

5) Nicaraguas erste liberale Regierung, das Regime von Jose Santos Zelaya, kam durch einen Bürgerkrieg im Jahre 1883 an die Macht. Einige längst überfällige bürgerlich-demokratische Reformen wurden verwirklicht, die allerdings nicht das Wohlwollen der US-Regierung fanden. Als Zelaya dann auch noch 1909 mit den Japanern und Deutschen über den Bau eines Kanals durch Nicaragua zu verhandeln begann, setzten die Yankees über einen von eigenen Kriegsschiffen unterstützten Militärputsch den Rücktritt Zelayas durch.

6) Am 23.12.1972 wurde Managua von einem schweren Erdbeben verwüstet. Über 20.000 Menschen wurden getötet. Der Somoza-Klan diskreditierte sich selbst in bürgerlichen Kreisen durch seine Unfähigkeit, den Wiederaufbau der Stadt zu organisieren und durch die Schamlosigkeit, mit der er die internationalen Hilfsgelder in die eigenen Taschen wandern ließ.

Sri Lanka:

Menschenjagd im ‚Paradies'

Nach den großen anti-tamilischen Ausschreitungen vor 10 Monaten, in denen über tausend Tamilen getötet, 53 politische Häftlinge in den Gefängnissen massakriert und tausende tamilischer Häuser und Geschäfte zerstört und niedergebrannt wurden, was aber nur an die Öffentlichkeit kam, weil einige Neckermann-Reisende sich im Tropenparadies nicht mehr ungestört fühlen konnten, schien wieder Ruhe eingekehrt, wenn man der Presse hierzulande glauben darf. Die Regierung von Sri Lanka warb wieder mit großformatigen Annoncen in fast allen bundesrepublikanischen Zeitungen für das Land mit der schönsten Landschaft, den schönsten Stränden und den freundlichsten Menschen der Welt, die immer lächeln. Sri Lanka, auf deutsch ‚das strahlend schöne Land'. Kurz: Das Paradies ...

Doch wie so oft ist mensch völlig verlassen, wenn er/sie sich auf die bürgerliche Presse verläßt, speziell auf ,,unsere''. (In England kann man in der dortigen bürgerlichen Presse wesentlich mehr über die wahre Situation auf Sri Lanka erfahren). Im Norden des Landes, der überwiegend von Tamilen bewohnt wird, hatten die Pogrome seit Juli 1983 keinen Tag nachgelassen. Dort werden immer noch täglich Tamilen von den sinhalesischen Besatzungstruppen gefoltert, ermordet, vergewaltigt, ihre Häuser, Hütten, Geschäfte und Hindu-Tempel niedergebrannt. Immer noch bestehen Ausgangssperre und Ausnahmezustand. Leider scheint der überwiegende Teil der sinhalesischen Bevölkerung diese Vorfälle als folgerichtige Antwort auf die Aktionen der im Norden des Landes operierenden Untergrundbewegungen anzusehen. Doch hat es auch Sinhalesen gegeben, die Tamilen bei Gefahr für ihr eigenes Leben versteckt hatten (andere wiederum taten dies gegen beträchtliche Summen). Das folgende Gedicht vom Juli 83 stammt von einem Sinhalesen, der schildert, wie es zum Tode seines tamilischen Freundes kam (aus der Broschüre ,,Sri Lanka, Paradies in Trümmern; Antitamilische Ausschreitungen im Juli/August 83'' des Sri Lanka Coordinations Centrums Kassel).

vom Juli 83 stammt von einem Sinhalesen, der schildert, wie es zum Tode seines tamilischen Freundes kam (aus der

Tamil tigers

Die ,,Tamil tigers'' sind die größte von mehreren Organisationen der Tamilen, die bewaffnet für einen eigenen Staat der Tamilen auf dem nördlichen Territorium von Sri Lanka kämpfen. Daneben gibt es noch die ,,gemäßigtere'' TULF (Tamils United Liberation Front), die das tamilische Anliegen im Parlament vertreten wollte und aufgrund fauler Kompromisse bei den Massen diskreditiert ist, dennoch verboten und ihrer Parlamentsfraktion beraubt wurde. Das folgende Interview (auszugsweise übernommen aus ,,Sunday'' vom 17.3.84) wurde mit V. Pirabhakaran, dem militärischen Kommandeur der ,,Liberation Tiger for Tamil Eelam'' geführt.

Zu welchem Zeitpunkt hast du das Vertrauen in das parlamentarische System verloren?

Zu welchem Zeitpunkt hast du das Vertrauen in das parlamentarische System verloren?

Ich habe die politische Seznerie in den frühen Siebzigern betreten, zu einem Zeitpunkt, an dem die junge Generation bereits ihr Vertrauen in parlamentarische Politik verloren hatte. Ich begann meine politische Tätigkeit als ein bewaffneter Revolutionär.

Wie hast Du die Befreiungsarmee der ,,Tiger'' geformt?

Ich gründete die Bewegung mit einer Gruppe von Jugendlichen, die zutiefst davon überzeugt war, daß der bewaffnete Kampf der einzige Weg zur Befreiung unseres Volkes ist.

Was war der Grund für eure Bezeichnung ,,Tiger''?

Das Emblem des Tigers hat historische Wurzeln in der Geschichte der Tamilen, es symbolisiert den tamilischen Patriotismus sowie die Art und Weise unserer Guerilla-Kriegsführung.

Was war die Reaktion deiner Familienmitglieder und der dir Nahestehenden als Du dich entschieden hast, die ,,Tiger'' zu formieren?

Sobald die Bewegung geboren war ging ich in den Untergrund und verlor den Kontakt zu meiner Familie.

Denkst Du nach 14 jahren des Kampfes, deinem Ziel näher zu sein?

Nach all den Jahren des Kampfes fühle ich, daß wir jetzt unserem Ziel näherrücken. Der Holocaust vom Juli 83 hat alle Teile der tamilischen Massen vereint. Es gibt eine massenhafte Unterstützung für das bewaffnete Befreiungsprogramm unserer Bewegung. Das ist sicher ein Schritt vorwärts zu unserem Ziel.

stützung für das bewaffnete Befreiungsprogramm unserer Bewegung. Das ist sicher ein Schritt vorwärts zu unserem Ziel.

Beunruhigt Dich der Fakt, daß die meisten tamilischen Jugendlichen in Sri Lanka eine schwarze Zukunft erwartet?

Die Jungen kämpfen ihre Schlacht für die Freiheit. Ich sehe eine große Zukunft für sie.

Stimmt es, daß mehr und mehr tamilische Jugendliche am Befreiungskampf teilnehmen?

Ja, immer mehr Jugendliche schließen sich der Revolution unter unserer Führung an, seit sie erkannten, daß der bewaffnete Kampf der einzige Weg zu ihrer und der Gesellschaft Befreiung ist.

Wie würdest Du die Bewegung gegen den Vorwurf verteidigen, ‚separatistisch' und keine Befreiungskämpfer sondern ‚Terroristen' zu sein?

Es ist falsch, unsere Bewegung separatistisch zu nennen. Wir kämpfen um Unabhängigkeit, basierend auf dem Recht nationaler Selbstbestimmung für unser Volk. Unser Kampf geht um Selbstbestimmung, um die Wiederherstellung unserer Souveränität in unserem Heimatland. Wir kämpfen um die Aufrechterhaltung des heiligen Rechts, in Freiheit und Würde leben zu können. In diesem Sinne sind wir Freiheitskämpfer und keine Terroristen.

Siehst Du die Führer der TULF als ,,Verräter'' an?

Die Führer der TULF tun ihr bestes, um das Feuer (des Kampfes, Anm. d. Übers.) zu löschen. In diesem Sinne kann man sie als Verräter bezeichnen.

Tod des Milchmanns

Seit 17 Jahren, ohne Unterbrechung, zog er im Dorf herum, um die Milch einzusammeln.
Seit 17 Jahren begrüßte und behandelte ihn die Dorfbevölkerung als einen der ihren.
Eines Morgens, gegen Ende Juli
begann er seine Runden erneut
und sammelte die Milch ein.
Alle, die er traf an diesem Tag, waren sehr freundlich zu ihm.
Es war ein weiterer Tag in seinem eintönigen Leben. —
Er lud die Milchkannen auf sein Fahrrad und fuhr los,
in Richtung der Stadt.
Wo die Dorfstraße endet und die Hauptstraße beginnt,
traf er einen guten Freund.
,,Malli'', sagte sein Freund, ,,ich wünschte Du würdest heute zu Hause bleiben.''
,,Warum sagst Du das, Aiyah'', fragte der Milchmann.
,,Ich hörte von schlimmen und furcherregenden Ereignissen
gestern nacht'', erwiderte der Freund.
Der Milchmann lachte.
,,Seit meiner Geburt lebe ich hier, wer wollte denn schon was von mir? Ich habe keine Angst.''
Während er dies sagte, fuhr er los.
Er kam nicht weit.
Hinter der großen Kurve, wo der große Baum steht,
warteten drei Personen auf ihn.
Als der Milchmann sie sah, lächelte er glücklich.
,,Was macht ihr denn hier, meine Freunde'', fragte er.
Die drei antworteten nicht, sie lächelten
auch nicht zurück.
Statt dessen beugten sie sich über ihn mit mörderischem Blick
und bevor der Milchmann begreifen konnte, was geschah,
war die schreckliche Tat vollbracht.
Er, der keine Feinde kannte, starb unter der Hand derer, die er kannte.
Milch, das Geschenk Gottes an die Meschheit,
verfärbte sich rot durch die Tat von Menschen.

(Die Bezeichnung ‚Malli' und ‚Aiyah' sind die sinhalesischen Anreden für jüngeren bzw. älteren Bruder, werden aber auch bei der Anrede von guten Freunden verwandt. Der tamilische Milchmann, der in einem sinhalesischen Dorf geboren wurde und gelebt hatte, wurde von ihm gut bekannten Sinhalesen umgebracht.)

Fortsetzung auf Seite 45

Reise auf einen fünfzackigen Stern

Eigentlich wollte ich keinen Reisebericht schreiben. Ich habe mir weder vor noch während der Reise Notizen gemacht. Aber jetzt macht die Woche in Leningrad sich dick und schiebt sich vor alles andere. Ich muß davon sprechen. Weil es das erste Mal ist. Weil es so schwer zu vermitteln ist. Es geht mir um und um im Kopf. Vor der Reise war Leningrad nur ein Fleck auf einer weißen Karte in meinem Gehirn mit undeutlichen, widersprüchlichen Konturen: einerseits der Punkt auf dem Diercke-Schulatlas, zu dem wir in der westdeutschen Provinz der sechziger Jahre für die Befriedigung eines sich selbst als ostvertrieben bezeichnenden Erdkunde- und Geschichtslehrers wie aus der Pistole geschossen aufsagen mußten: Leningrad, ursprünglich Petersburg; künstliche Gründung Peters des Großen, mit der er europäischen Kulturstädten Konkurrenz machen wollte, blutige Bürgerkriegswirren, Sieg des Bolschewismus, danach umbenannt, vorgeschobenster Abschnitt der deutschen Nord-Ost-Front im 2. Weltkrieg, zentralisierte Planwirtschaft, Unmöglichkeit des Kommunismus. Erzählungen meiner Mutter von Vertreibung durch Tschechen und Russen. Iwan. SS 20 ...

In Auflehnung dagegen das andererseits darübergezogene Bild vom Paris des Ostens, der Stadt Dostojewskis, Puschkins, klassischer und revolutionärer Kunst, Kultur und Wissenschaft, Zentrum revolutionärer Initiativen nach 1900, Sturz des Zarismus, Sturm auf das Winterpalais 1917, erste Wirkstätte Lenins, Zielscheibe der weißen Konterrevolution, später des Faschismus. Heute eine der größten Städte des realen Sozialismus, eines der Ziele der Pershing und Cruise missile. Gegenstand begeisterter und nachdenklicher Erzählungen politischer Freunde. Immer wieder verworfenes Traumziel vor mir selbst. Summa summarum eine politische und touristische Herausforderung: endlich meinen vierzig Jahre alten Vorhang mal ein Stückchen beiseiteschieben. Selbst sehen, wie die Menschen dort leben. Vor der Reise hatte mein Kopf seine Bibliothek einigermaßen sortiert: Lenin, KPdSU/B von Stalin, insbesondere bzgl. des Schauplatzes Leningrad, Stalin-Kritik, Entwicklung und Kritik des Revisionismus, ,,Die Welt im Jahr 2000'' von I. Bestushew-Lada, nicht zu vergessen den neuen Polyglott: Moskau/Leningrad — Geschichte und Kultur. Vor der Reise wurde ich gefragt: nach Leningrad? Wie kommst du denn da drauf? Kommt man da so einfach hin? Ich hatte nur meine Neugier.

Nach der Reise beginnt Geschichte widerspenstig zu werden. Die Frontbewegungen des 2. Weltkriegs konkretisieren sich in über 600.000 Toten während der faschistischen Belagerung von Leningrad, das laut Führerbefehl ausgerottet werden sollte. Die Revolution von 1905 und 1917 begegnet mir im Museum unter Glas oder in Gestalt ihrer Kinder, die ihre Errungenschaften als selbstverständlichen Alltag erleben und zugleich sowenig von ihr wissen wollen wie die Jugendlichen hier vom Faschismus und der Nachkriegszeit. DAS ist eben Geschichte. Die Revision der großen historischen Initiative von 1917 zum zweitbesten Kapitalismus mit friedlicher Koexistenz zum Imperialismus begegnet mir in Gestalt liebenswerter, friedenssuchender, nicht sehr politischer Menschen. Die von der west-deutschen Rüstung und ,,Nachrüstung'' Bedrohten sitzen den von den sowjetischen Raketen Bedrohten gegenüber — wissend, ratlos, wortlos am entscheidenden Punkt: was kann man tun? Die im Verlauf einer Flugdauer von nur zwei Stunden erfolgte unvermittelte Fleischwerdung von Geschichtsbüchern, ihre Verwandlung in eine verliebenswerte und darum umso bedrückendere Realität ist nicht zu ertragen. Wahrheiten verschwimmen. Ein Prozeß kommt in Gang. Nicht überschaubare Dynamik. Protest gegen Starrheit von Systemfronten. Nicht akzeptieren, nicht wollen.

Das Programm

Sowjetunion-Reisen, speziell für junge Leute bis 40 Jahre, eine Woche Leningrad,
Flug ab Hamburg, Hotels der Touristenklasse, Vollpension, Besichtigungsprogramm, 1 x Theater,
DM 755,- mit dem Jugendreisedienst Sputnik der UdSSR und Reisedienst CVJM
13.55 Uhr Abflug vom Hamburger Flughafen,
zwei Stunden Flug
Ankunft ca. 17.00 Uhr (zwei Stunden nimmt die Fluggesellschaft Aeroflot in Kommission, werden beim Rückflug wieder zurückerstattet)
Abends: Trockenverpflegung im Hotel

Mo:	8.30 Uhr	Frühstück
	9.00	Stadtrundfahrt, Geldwechseln, Panzerkreuzer Aurora
	13.00	Mittag
	14.00	Museum für Stadtgeschichte, Friedhof der Blockadeopfer
	18.00	Abendbrot Freizeit
Di:	9.30 Uhr	Frühstück
	10.30	Peter-Pauls-Festung
	13.00	Mittag Freizeit
	18.00	Abendbrot
	19.00	Freundschaftstreffen mit Vertretern der technischen Universität
Mi:	9.00 Uhr	Frühstück
	9.30	Besichtigung eines Kunststoffbetriebes
	13.00	Mittag
	14.00	Besichtigung der Eremitage
	18.00	Abendbrot Freizeit
Do:	9.30 Uhr	Frühstück
	10.30	Besichtigung der St. Isaac Kathedrale
	13.00	Mittag Freizeit
	18.00	Abendbrot
	19.00	Theater o.ä. (Ballett)
Fr:	8.30 Uhr	Frühstück
	9.30	Besichtigung einer Schule
	13.00	Mittag
	14.00	Puschkin
	18.00	Abendbrot Freizeit
Sa:	9.30 Uhr	Frühstück
	10.30	Ethnographisches Museum
	13.00	Mittag Freizeit
	18.00	Abendbrot Freizeit
So:	9.30 Uhr	Aufbruch zum Flughafen

Beim Vorbereitungstreffen gab es seltsame Fragen: ob man an der Grenze festgehalten werden könne? Ob man sich in dem Hotel frei bewegen könne? Ob man auf der Straße fotografieren dürfe? Und was mit dem Kaffee sei? Müsse man welchen mitnehmen? Dürfe man das? Müsse man damit rechnen, sich selbst zusätzlich zu verpflegen? Und ob man die Koffer während des Fluges abschließen müsse? Ob man auch bereits benutzte Klamotten mitnehmen könne, um sie dort zu verschenken, oder ob die Sachen unbedingt neuwertig sein müßten? Was denn die am stärksten begehrten Mangelwaren seien? Strumpfhosen? Schminksachen? Moderne westliche Kleidung? Ach, ja? Bei den jungen Leuten seien die Jeans der letzte Schrei? Ob man da mehrere zum Verkaufen mitnehmen solle? Und wie ist es mit dem Geld? Kann man da inoffiziell tauschen oder muß man da gleich mit Repressalien rechnen? Ich hab das mal in Rumänien versucht, sagt einer. Die sind da ganz scharf.

Zugegeben, ich fragte auch, unter anderem, ob es in dem Hotel morgens Milch gebe, weil ich andernfalls meine Absicht, mir auch während dieser Woche mein Müsli-Frühstück zu ermöglichen, gleich aufgeben könnte. Blöde Frage, aber sowas passiert einem manchmal. Von da ab war ich für die Runde der Müslimann, ist ja klar.

Wie dem auch sei: wir konnten uns darauf einigen, anzunehmen, daß niemand an der Grenze verhaftet werden wird, vorausgesetzt

manchmal. Von da ab war ich für die Runde der Müslimann, ist ja klar.
Wie dem auch sei: wir konnten uns darauf einigen, anzunehmen, daß niemand an der Grenze verhaftet werden wird, vorausgesetzt

es werden keine Rauschmittel mitgeführt, und daß weder illegaler Devisentausch noch schwunghafter Handel mit Jeans, Strumpfhosen oder sonstigen westlichen Konsumgütern der Zweck unser Reise sein könne. Glasperlentourismus gegenüber der Sowjetunion, nein danke! Aber ein paar nette Kleinigkeiten als Aufmerksamkeiten für den bevorstehenden Freundschaftsabend oder sonstige Begegnungen dabeizuhaben, sei sicher ganz richtig. Aber bitte, schmunzelte der Reiseführer, bedenkt, daß euer Gepäck nicht mehr als 20 Kilo haben darf.
Damit war zunächst alles gesagt.

***

In der ersten nacht in Leningrad träumte ich:
die 600.000 opfer
der nazi-blockade von 41 - 44
waren nur die avantgarde der apokalypse
die faschisten sind heute besser gerüstet
viereinhalb millionen menschen
no problem
die bombe wird gezündet
vielleicht sogar automatisch
die zeit explodiert
tote werden nicht mehr gezählt

in der letzten nacht in leningrad träumte ich:
in einem kleinen paddelboot
sitz ich allein
zwischen ozeanriesen
links rechts vorne hinten
kein ausweg
eine stimme erhebt sich, ach, meine
oh, show me the way
to Amerika
don't ask me why
don't ask me why
von oben antwortet irgendein lieber matrose
nobody knows, njet, mein kind
ob menschen in Amerika sind
nobody knows, indeed
ob's überhaupt Amerika gibt
you have to find out
just on your own
alone alone alone

***

Das Klo

war das erste was mir auffiel.
Und das mußte nun ausgerechnet mir passieren!
Und das auch gerade noch beim ersten Besuch in der Sowjetunion!
Wo es doch d a s Paradebeispiel jedes beliebigen antikommunistischen Schulbuches in diesem unseren Lande ist. Und wo es doch Millionen andere und ganz normale Klos in Leningrad gibt. Und wo man doch bei jeder x-beliebigen Reise durch West-Europa oder den Süden oder weiß ich wo die beliebten Erlebnisse mit den sanitären Anlagen hat. Trotzdem werde ich es erzählen.

Ich fiel fast drüber, als ich den kleinen Baderaum des Einzelzimmers betrat. Hotel dritter Klasse, o.k., was erwartet man da, egal ob in der UdSSR oder in Spanien. Aber dies Klo stand mit seiner Vorderseite so dicht an der Wand, daß ich mich nicht draufsetzen konnte. Nicht einmal stehen konnte ich davor. Zwischen dem vorderen Brillenrand und der Wand war nur ein Raum von 10 cm freigelassen. Hinter dem Klo bis zur gegenüberliegenden Wand dafür fast ein Meter. Vergleiche mit anderen Klos auf anderen Zimmern des Hotels ergaben, daß beim Einbau meines Klos ein Krümmer, das notwendige geschwungene Verbindungsstück zwischen Klobeckenausgang und Abflußrohr, gefehlt haben muß, sodaß es kur-

fast ein Meter. Vergleiche mit anderen Klos auf anderen Zimmern des Hotels ergaben, daß beim Einbau meines Klos ein Krümmer, das notwendige geschwungene Verbindungsstück zwischen Klobeckenausgang und Abflußrohr, gefehlt haben muß, sodaß es kur-

zerhand durch ein nicht gekrümmtes und offenbar zu langes anderes, gerade vorrätiges Stück ersetzt worden sein muß. Und zwar ohne Rücksicht darauf, wie weit das Becken dabei nach vorne rückte, nämlich beinahe zur Tür raus, und ob noch ein Knie zwischen Klobrille und Tür paßte.

Mein Gott! Bei Marx! Was flimmerte da in meinem abgeklärten linken Gehirn? Unaufhaltsam der ganze Film: sozialistische Mißwirtschaft. Sozialistischer Gang der Dinge. Mangelnde Arbeitsmotivation. Fehlende Konkurrenz, da sieht man es wieder. Der Kapitalismus funktioniert zwar nach Profit und Leistung, zwar ausbeuterisch, aber man kann wenigstens scheißen. Ach Unsinn, sage ich mir, so ein Unsinn! Aber die Vorurteile fallen über mich her. Mir ist zum Heulen. Vor allem über mich selbst. Es treibt mich doch tatsächlich zum Seifenvergleich. Was für Handtücher? Naja. Klopapier ist rationiert, offensichtlich. Was bei den sanitären Anlagen bei uns üblicherweise aus Metall, ist hier Plastik, wirklich: alles Plastik, gelblich, gummiartig aufgeraut. Wo Halter und Haken und dergl. mit Schrauben an der Wand befestigt sein sollten, findet sich bei drei Schraubenlöchern nur eine Schraube, die notdürftig hält, dort zwei Schrauben, dort gar keine. Das Waschbecken liegt lose auf den Haltern.

Verflucht, alles kippt jetzt um. Eng und spießig das Zimmer, viel zu klein, mit häßlichen Möbeln zugestellt. Für einen Moment wird auch der Anflug, den ich vorhin noch so genossen habe, ganz grau. Die vorhin so weiten Vorstädte stereotyp aufgereiht, Gigantomanismus, ameisenhaft, gräßlich. Der Bus am Flughafen abweisend, dieselgiftend. Die Zollkontrolle ekelhaft intim. Zeitungen? Briefe? Was sind das für Adressen? Wühlen. Geschiebe. Gedränge. Langes Warten, weil die Abfertigungsmöglichkeiten für den aus mehreren gleichzeitig landenden Aeroflot-Maschinen herbeiströmenden Andrang viel zu knapp gehalten sind. Bewußt knapp? Schikane? Mei-

dieselgiftend. Die Zollkontrolle ekelhaft intim. Zeitungen? Briefe? Was sind das für Adressen? Wühlen. Geschiebe. Gedränge. Langes Warten, weil die Abfertigungsmöglichkeiten für den aus mehreren gleichzeitig landenden Aeroflot-Maschinen herbeiströmenden Andrang viel zu knapp gehalten sind. Bewußt knapp? Schikane? Mei-

ne früheren Nervereien an den DDR-Grenzübergängen nach West-Berlin fallen mir ein. Uniformen wie im Bilderbuch, sagt einer feindlich. Das Hotel schmucklos, muffig, abgespeckt. Eine Reise in die Provinz, denke ich, und schäme mich für diesen Gedanken. Ich mag nicht mehr. Ich finde mich ätzend mit meinen westdeutschen Gedanken.

Fortsetzung nächste Seite



Das alte Leningrad. Die Stadtplaner wußten um den Charme der Viertel und bewahrten die Fassaden. In einem der Paläste an diesem Kanal wurde Rasputin von Prinz Jussupoff ermordet.
Foto: Henri Cartier-Bresson

Fortsetzung von vorheriger Seite

Realer Sozialismus, denke ich, und schäme mich noch mehr.
Es ist doch bloß ein Hotel. Was habe ich denn anderes erwartet, denke ich.
Ungarn, wo ich letztes Jahr war, war anders.
Aber nein, das stimmt ja nicht.
Und was war in Frankreich?
Pah! Die Konfrontation von Vorurteil und Realität: Schock!
Da helfen keine theoretischen Hintergründe.
Aber vielleicht der Vergleich?
Dies ist ja schließlich nur ein Hotel?
Und es ist außerdem keineswegs das beste Hotel!
Mein Gott, was für grausame Schupen hab ich auf meinen Reisen schon aushalten müssen.

Später fiel mir auf, daß ich einen Teil meiner Reisegruppe ohne Bedenken meine Klo-Lage zeigen konnte. Ihre waren auch etwas eng, aber meins war eindeutig die Spitze. Das Gelächter war wirklich befreiend. Und reichlich Anekdoten aus Italien, Griechenland oder von Hotels in der BRD rückten die Relationen wieder zurecht. Eine erzählte von den Hinterhofanlagen in Altona. Ich erinnerte mich an nachgerade künstlerisch verbaute Etagentoiletten in West-Berlin.

Anderen Teilen der Gruppe allerdings entdeckte ich meine Klo-Lage nicht. Merkwürdig genug, aber wie sich herausstellte mit gutem Grund: sie fanden die Straßen öde, weil ohne protzige Schaufenster-Dekorationen und bar des gewohnten Glimmers. Dies erlebte ich nun umgekehrt zunächst mal als wohltuende Entspannung: Mal unbelästigt durch ständigen Kaufreiz durch die Straßen flanieren können. Befreit auch mal von der allgegenwärtigen Sexualisierung des Konsumangebots. Sie fanden die Architektur verkommen. Ich fand sie eher überprunkvoll und wohl restauriert, was die historischen und die Repräsentationsbauten anbetrifft. Bezüglich Aussehens und Zustands der normalen Wohnhäuser konnte ich sie nur auf Paris, Bologna, West-Berlin oder auch die Hamburger Arbeiterviertel verweisen, die auch nicht gerade in allem das Mekka der Architekten und der Gesundheitsfürsorge sind. Sie fanden die Busse schäbig und dreckig, was sie zweifellos im Vergleich zu unseren blitzblanken HVV-Bussen z.B. in Hamburg sind. Ich machte sie darauf aufmerksam, daß sie für 5 Kopeken (im Realwert 1 x 1 sind das fünf Pfennig) quer durch die ganze Stadt gondeln können.

Schließlich setzte ich mich zum Scheißen quer auf mein Klo: individuelle Lösung eines zentralen Planungsproblems! Improvisation! Wie ich erfahre, ist genau dies offenbar auch die Lösung der Hotelleitung: auf allen Zimmern, denen irgendwas fehlt — sei's daß das Klo auch zu eng ist, sei's daß im Gegensatz zur Allgemeinausstattung kein Telefon da ist oder die Gardine zu schmal, sodaß sie nicht richtig zugezogen werden kann — finden die Gäste als Ausgleich für solche Unbill ein Fernsehgerät. Das ist zwar nicht dasselbe, aber immerhin auch ein Gegenstand des gehobenen Bedarfs.

O.K. erste Lektion: ein zu enges Klo charakterisiert noch keine Reise und erst recht nicht den Sozialismus, ob real oder nicht. Und außerdem muß man mit dem Klo leben, wenn es kein anderes gibt. Es lebe die Improvisation!

Unter diesem Gesichtspunkt erleben die Leningrader übrigens, vor allem die Frauen, als diejenigen, die hauptsächlich die Besorgungen machen, offenbar auch das besonders typische Phänomen der Plan-Bürokratie: die Schlange.
Schlange vor dem Restaurant, vor dem Bäcker, in den Kaufhäusern. Nicht etwa, weil Güter des täglichen Bedarfs Mangelware wären. Oh nein. Sehr wohl aber Güter des gehobenen Bedarfs, von denen es zu wenig gibt und die nach unkalkulierbarem Rhythmus mal hier und mal da für kurze Zeit im Angebot auftauchen. Wer Pech hat, geht trotz häufig langen Wartens in der Schlange leer aus, weil just vor ihr oder ihm die betreffende Sendung ausverkauft ist. Dann heißt es, Abwarten bis zur nächsten Gelegenheit. Häufig bilden sich sogar Schlangen, in denen die letzten gar nicht mehr wissen, wofür konkret sie anstehen — man nimmt eben einfach die Schlange vorsorglich wahr. Das gilt vor allem in den großen Kaufhäusern. Weiterverkaufen kann man ja immer.

Schlangen aber auch einfach aus Interesse, so vor den Museen und vor den Theatern. Wie mir schien, nicht aus Mangel, denn kulturelle Angebote gibt es gerade in Leningrad reichlich.

Und Schlangen schließlich aus mangelnder Flexibilität, einem rigiden Bürokratismus, z.B. wenn Schalter öffentlicher Dienste trotz Andrang nicht besetzt werden, obwohl die Arbeitskräfte sichtbar herumstehn. Stockung als alltäglicher Bestandteil des Systems.



Ermitage. Leningrad 1930 Foto: Boris Ignatowitsch

***

Vera bemerkte
während unseres gemeinsamen einkaufs
ach, schlange
naja, das sind probleme
es ist schon besser geworden
es wird überhaupt immer besser bei uns
doch wann wird es gut

Der Feudel

War das zweite, was mir auffiel.
Das konnte natürlich nur mir passieren.
Und ist sicher ganz und gar nicht repräsentativ.

Vierzig Jahre preußische Museumskultur haben meine Abwehr gegen geordneten Staub eben sehr entwickelt. Ein Urlaub in Ungarn andererseits hat mich mit lebendiger Museumsgestaltung verwöhnt. Bitte sehr, so traf ich auf den Feudel. Er liegt, doppelt gefaltet, akkurat geglättet, offenbar unter ständiger Fürsorge des entsprechenden Wachhabenden, dort, wo am Ende des Laufstegs die Besucherinnen und Besucher mit ihren (evtl.) schmutzigen Füßen das saubergescheuerte Deck des Panzerkreuzers Aurora betreten. Vom Panzerkreuzer Aurora ging 1917 das Signal zur revolutionären Erhebung gegen die provisorische bürgerliche Kerenski-Regierung aus. Heute liegt der Kreuzer am Newa-Ufer gegenüber dem Winterpalast, dem ehemaligen Sitz der zaristischen, später der bürgerlichen Regierung, als Revolutionsmuseum vor Anker. Tausende, Zehntausende Touristen aus den verschiedenen Republiken der UdSSR fahren wöchentlich in Bussen hier vor. Schwatzend, fröhlich, sich in Trauben am Kai entlang wälzend, und in langen Schlangen rauf auf das Schiff. Ebenso die ausländischen Touristen. So wie wir. Dies ist der Ort für Gruppenaufnahmen! Im Hin-

Schlangen rauf auf das Schiff. Ebenso die ausländischen Touristen. So wie wir. Dies ist der Ort für Gruppenaufnahmen! Im Hin-

tergrund Auroras Geschütze. Ganz Verwegene lassen sich einzeln auf dem Bug fotografieren. Mit erhobener Faust, versteht sich. Mein Freund Ben fordert mich grinsend heraus. Aber ich kriege die Faust nicht hoch. Ich komme nicht damit klar, die Revolution als Museum zu erleben.

***

Sonja, 22
sagte später zu mir
die menschen können nicht immer
auf der höhe der revolution
anstrengungen ertragen
nach 20, 30 jahren
wollen sie ruhe
wollen endlich in frieden genießen
was sie erkämpft und geschaffen haben
das ist doch klar

***

Gleich nebenan das nächste Museum: die Peter-Pauls-Festung, Andachts- und Begräbnisstätte der Zaren, zugleich berüchtigtes Gefängnis, in dem die Zaren Revolutionäre und Revolutionärinnen in jahrelanger systematischer Isolationshaft zur Räson zu bringen trachteten. Sinnbild des absolutistischen Despotismus: Herrschaft und Beherrschte, Kirche und Menschenschinderei, Prunk des Hofes, Elend der Häftlinge konzentriert auf engstem Raum. Lenins Bruder, Maxim Gorki, Vera Figner saßen hier, um nur einige zu nennen. Heute sind die Zellen gut geheizt und durchlüftet. Vor jeder Zelle hängen ausführlich kommentierte Fotos ehemaliger Insassen. Lebendige Geschichte der russischen Revolution. Lehrreich. Man sieht es den Besuchern und Besucherinnen an, daß sie ergriffen werden von der Geschichte. Ja, das ist gut, denke ich. Sowas bei uns! Aber bei uns ist die Geschichte eben heute noch in der Interpretationsgewalt der Unterdrücker. Und also auch die Museen. Unsere Gruppe geht schaudernd durch die Zellen. Flüstern. Was müssen die im Kopf gehabt haben, meint eine Frau unserer Reisegruppe, um das hier durchzustehen: keine Arbeit, kein Kontakt, keine Bewegung, nichts zu schreiben, keine Anregung, beim geringsten Mucks ab in die Dunkelzelle. Ich würde das nicht aushalten.

Gespenster machen sich breit: Türkei! Iran! Was Menschen sich antun! Mein Hinweis auf die westdeutschen sog. Hochsicherheits-Trakte als modernste Variante des uralten Isolations-Systems bleibt allerdings ungehört. Die anderen sind bereits weitergegangen. Ich bleibe allein mit meinen Bildern deutscher Geschichte: Nackt unter Wölfen. Todeskammern der GeStaPo. Anschließend der Boden gescheuert. Die Lagerstellen pedantisch geglättet. Zackig. Sauber. — Da hat mich mein Museumshorror schon wieder! Der deutsche Horror. Das Revolutionsmuseum bringt es nur hoch. Ich muß raus!

Im Gang steht eine ältere aufsichtführende Frau. Sie lächelt mich an. Ich lächle zurück, froh sie zu sehen. Sie zeigt auf einen Kugelschreiber in meiner Tasche. Ich bin verwirrt. Ich gebe ihn ihr. Sie lächelt immer noch. Ich auch. Wenig später schüttle ich den Kopf über mich. Ein merkwürdiger Vorgang war das. Für sie war es Alltag. Was war es für mich?

Die Stadt

Wahrhaftig.
Goldene Kuppeln und Türme.
Prunkvolle Fassaden, Barock, Neo-Klassizismus.

Die Weite der Newa-Arme, z.T. kanalisiert, die sich, dem ursprünglichen Flußdelta folgend, zum Finnischen Meerbusen öffnen.

Traumhafte Uferpassagen im blauklaren Wintersonnenlicht, Augenbalsam. Schnurgrade breite kilometerlange Prachtstraßen von einer zur anderen Seite der inneren Stadt.

Was für eine Kulisse haben die Zaren sich da hinstellen lassen!

Aus dem Boden des sumpfigen Newa-Deltas gestampft am Anfang des 17. Jahrhundert als militärisches Bollwerk gegen Schweden und als Demonstration der Macht des Zarentums. Der Blutzoll der ausgepreßten Fronarbeit entspricht dem entfalteteten Prunk. Ästhetik des absoluten Despotismus. Wer es sieht, begreift, warum der Zarismus in Europa als Synonym für Blutsauger gilt. Mit Schaudern daran zu denken!

Jetzt. Entmystifiziert. Der Winterpalast eine der größten und schönsten Kunstgalerien Europas, ja überhaupt auf der Welt. Unter den nach der faschistischen Belagerung renovierten Goldkuppeln Museen, Galerien, öffentliche Gebäude.

schönsten Kunstgalerien Europas, ja überhaupt auf der Welt. Unter den nach der faschistischen Belagerung renovierten Goldkuppeln Museen, Galerien, öffentliche Gebäude.

Dazwischen gemischt, kaum unterscheidbar im Gesamtbild: die Bauten der revolutionären futuristischen Phase aus den Anfängen der UdSSR, daneben die späteren nach-revolutionären Repräsentations-Gigantomanien (wesentlich weniger als in Moskau, sagen unsere Leningrader Freunde).
Bis hin zum schmucklosen Sozialen Realismus
des realen Sozialismus.
Insgesamt eine Mixtur, die sich nur mit Leningrad vergleichen läßt.
Wer mehr als eine Woche Zeit in Leningrad hat,
sollte die Goldkuppeln zählen,
die Brücken, die barocken und die futuristisch gestylten.

Die U-Bahnhöfe lohnen eine Stadtrundfahrt: ein Feuerwerk aus funktionalistischem Futurismus, Neo-Klassizismus und sozialistischem Realismus. Viel Raum. Viel Schmuck. Mancher Kitsch so gigantisch, daß man sich fassungslos ergeben muß. Das sprengt alle ästhetischen Kategorien. Das kann man nur noch als anders begreifen, manches vielleicht auch als heimliche Fortsetzung des russischen Orthodoxismus und Despotismus auf der Grundlage kollektivierter Kulturelemente von Volkskunst aus unterschiedlichsten Teilen der SU …
Aeh, was soll ich es weiter beschreiben. Schaut es euch an!

Faszinierend auch der Stil mancher Schaufenster, wie z.B. der Drogerien, die Inneneinrichtung einiger Steh-Kneipen, in denen Piroggen, eine Art Schmalzgebäck, zu Tee, Saft oder Kaffee verzehrt werden. Die westdeutschen New-Waver und Punkards würden vor Begeisterung die Augen verdrehen, wenn sie sowas hier hätten.

Die Stadt im Kern schwarz von Menschen, abends Schlangen auf den Straßen in beide Richtungen. Die U-Bahn in den Stoßzeiten Zug an Zug. Die Busse werden von außen gestopft. 4,5 Millionen Einwohner muß die Innenstadt umwälzen. Die Vororte sind keine Plätze zum Leben. Nicht anders als hier. Vielleicht schlimmer. Unterscheiden sich in ihrer Tristesse im Kern nicht von der uns bekannter Trabantenstädte. Rom. Paris. Barcelona. West-Berlin, um nur einige zu nennen. Vielleicht trister. Auf jeden Fall enger. Wohnen ist eines der Hauptprobleme in Leningrad. Familien wohnen auf ein, zwei Räumen (zusätzlich Klo, Bad, Küche, versteht sich). Heiraten wird eine Konsequenz aus beengten Wohnverhältnissen. Endlich einmal allein sein. Verständlich.

Ich will darauf nicht weiter eingehen. Das kann man nachlesen. Anzumerken nur, was man seltener nachlesen kann: die Wohnungsnot und die folgende Wohnungszwangsbewirtschaftung ist u.a. ein Ergebnis der von den Faschisten angerichteten Zerstörungen während des 2. Weltkrieges. Damals, während der dreijährigen Belagerung, haben die Menschen Tapeten gefressen. Größte Teile des Wohnraums wurden zerstört. Wer heute, selbst in den Voror-



Im Museum der Roten Armee, Moskau — typisch für Revolutionsmuseen auch in Leningrad. Foto: Henri Cartier-Bresson

Fortsetzung nächste Seite

Filmbesprechung

Indiana Jones und der Tempel des Todes

Seit dem 3. August läuft bundesweit der zweite Film des Regisseurs Steven Spielberg um den Abenteurer/Archäologen Dr. (!) Indiana Jones, der den ersten an Tempo sicher und an Profit höchstwahrscheinlich übertrifft. Mr. Spielberg gilt in Hollywood als „peoples director", und tatsächlich ist seine Popularität immer noch im Steigen begriffen. Zusammen mit seinem Produzenten George Lucas („Star Wars") gehört er zu den ersten Umsatz-Milliardären der Filmgeschichte.

„Cliff-hander" — Wenn die Nacht am tiefsten ...

Die „Jäger des Verlorenen Schatzes", Vorläufer von „Indiana Jones ...", bemühten sich 1936, die mit mythischer Macht versehene Bundeslade, eine biblische Antiquität, vor den ebenfalls danach trachtenden Nazis für die Amerikaner zu sichern. Dieser plot war aber nur der Vorwand für Mr. Spielberg, den wackeren Dr. Jones (gespielt von „Blade Runner" Harrison Ford) in allerlei unerquicklichen Situationen gerade eben mit dem Leben davonkommen zu lassen. Gab es derlei cliffhanger in „Jäger ..." zuhauf, besteht „Indiana Jones ..." ausschließlich daraus.

Über rauhe Wege zum Licht

Die Handlung ist simpel: Dr. Jones gerät auf der Flucht vor üblen Gesellen in ein nepalesisches Dorf, aus dem Anhänger eines finsteren Kultes die Kinder geraubt und verrsklavt haben. Dem Dorf wurde auch ein magischer Stein, einer von ursprünglich fünf, gestohlen, da die Kultisten sich vom Besitz aller fünf Steine die Weltherrschaft versprechen. Dr. Jones und sein jugendlicher Begleiter Short Round tun, wie ihnen die Dorfbewohner geheißen und befreien die Kinder, brechen die Macht der bösen Sekte und bringen auch noch den Stein zurück. Zwischendurch müssen sie allerdings ununterbrochen um ihr Leben kämpfen: Massen von gewehr- und säbelschwingenden Kultisten, flüssige Lava, Gesteins-Mühlen, sympathetische Magie, willenlos machende Drogen, absinkende Decken, ekliges Gewürm, fiese Oberpriester und und und werden aufgefahren, um unseren Helden das Leben schwer zu machen. Im ganzen Film gibt es keine zwanzig Sekunden Ruhe.

Was wollen Sie damit sagen, Spielberg?

Nun kann mensch solch einen Film in durchaus verschiedener Weise interpretieren:
— als Produkt imperialistischer Massenkultur, dazu angetan, reaktionäre, frauenfeindliche Ideologie unters Volk zu bringen;
— als zwei Stunden Flucht aus der Wirklichkeit, Industrie-Magie;
— als mehr oder weniger verzerrtes Spiegelbild derzeit herrschender Strömungen im gesellschaftlichen Bewußtsein.

Zweifellos sind derzeit nur Organisationen der imperialistischen Kulturproduktion fähig, die für einen solchen Film notwendigen Summen aufzubringen. Ebenso zweifellos ist Hollywood nicht gerade ein Tummelplatz revolutionärer Filmemacher; der Beweis reaktionärer Inhalte ist leicht zu erbringen. Betrachten wir nur diesen extrem machistischen Dr. Jones, seine Begleiterin (eine schrill schimpfende, schicke, dabei nur halbwegs attraktive Nachtclubsängerin) und gar die Bewonner der Dritten Welt — allesamt entweder mordlüstern oder unterwürfig-primitiv!

Daß der Film wenig mit der Wirklichkeit zu tun hat, macht bereits der Vorspann mit jeder Menge süßer Varieté-Mädels klar — alles ist nur Schein, auf maximale Wirkung und ebensolchen Gewinn ebendieser gestylt. Wirklich interessant scheint mir aber, daß mit „Indiana Jones ..." einige neuere Tendenzen des Filmbetriebs ihren bislang klarsten Ausdruck erhalten:
— das hemmungslose Plündern der Filmgeschichte
— der Verzicht auf Plausibilität (Wahrscheinlichkeit) und Logik zugunsten der Effekte
— das Fehlen einer Aussage zugunsten einer Scheinwelt.

Emotionsmaschine Kino

Die beiden Indiana Jones-Filme nehmen ihre Ideen und ihre Grundstrukturen aus Abenteuerromanen und Vorfilm-Serien der 30er und 40er Jahre, die sich hauptsächlich an männliche Jugendliche wandten. (Mr. Spielberg sagt von sich, seine geistige Entwicklung sei mit 19 stehengeblieben; sein Freund Richard Dreyfuss „Der weiße Hai" sagt „12".) Die Filme sind eine Kette von Szenen, die mensch schon mal gesehen hat; das Neue ist nur die Perfektion, mit der hier kindliche Wunschvorstellungen umgesetzt werden. Das Publikum lacht oder weint, wenn Mr. Spielberg das will (hartgesottene Politicos ausgenommen), und nur das sei auch der Zweck dieses Films. Und es fällt mir auch schwer, zu glauben, hier solle mir ernsthaft der gute alte Machismo als Mittel, irgendwelche Probleme zu lösen, angedient werden. Dazu ist der Film viel zu überdreht, ist viel zu offensichtlich, daß all das, was sich da auf der Leinwand tut, eben nur Film ist.

Mir scheint, es ist genau das auch der Grund für den enormen Erfolg dieses Stücks Traumkino. Hier hat mensch die Möglichkeit, zwei Stunden den kindlichen, den frauenfeindlichen und machistischen, den absurden Allmachtsvorstellungen zu frönen, ohne irgendwelche moralisierenden Fingerzeige. Einfach unvorstellbar, Dr. Jones könnte sich bei „seiner Beziehung" über den ewigen Zwang zum Herbmännlich-sein ausheulen statt charmant-schräg zu grinsen! (Und das kann er wirklich hervorragend!)

Warum Indy, warum nicht Lenin?

Was bleibt, sind Fragen:
— Was bedeutet es, daß erfolgreiche Filme heutzutage zum größten Teil aus Raubzügen durch die Filmgeschichte bestehen (z.B. „Straßen in Flammen", „Der Mond in der Gosse", „Abwärts" etc)?
— Welche ideologischen Momente transportieren diese Filme wirklich?
— Was könnten fortschrittliche Filmemacher daraus lernen?
— Was läßt sich aus populären Filmen über das gesellschaftliche Bewußtsein entnehmen?

Wäre schön, wenn es zu diesen (und weiteren) Fragen eine Debatte gäbe; vielleicht könnten wir auch etwas über die Gründe für die derzeitige Einflußlosigkeit der Kommunisten im Überbau erfahren.

Phantomias, z.Zt. Köln, 7.8.84

Phantomias. Er ist romantisch, charmant und amüsant.
Er ist heldenhaft, hart und verwegen.
Erleben Sie wieder den unwiderstehlichen **Phantomias.**
Jetzt in seinem größtenAbenteuer:
Phantomias und der Tempel des Todes.

DEMNÄCHST IN UNSEREM THEATER?

Fortsetzung von vorheriger Seite

Reise auf einen fünfzackigen Stern

ten, eine Wohnung für sich bekommt, schätzt sich vor diesem Hintergrund glücklich. Die unterschiedliche Bewertung dieser Tatsachen durch die Alten, die das noch alles erlebt haben, andererseits die Jungen liegt auf der Hand. Ist ein Problem auch für die Sowjetgesellschaft. Das ist ganz offensichtlich.

Das Leningrader Stadtmuseum, uns wie allen Touristen gezeigt, dokumentiert u.a. die dreijährige Belagerung der Stadt durch die faschistische Wehrmacht 1941 - 1944: die ungeheuren Bemühungen, die Kultur- und Kunstschätze der Stadt vor der Zerstörung zu bewahren. Die Goldkuppeln wurden eingetrübt, überdeckt, die Kunstschätze weggeschafft usw. Die Qual des durch die Blockade verursachten Hungers, des unter vierzig Grad Minus sinkenden Winters. Die Unmöglichkeit, die Toten in der harten Erde zu begraben. Brennmaterial gab's so gut wie keins. Über 600.000 Tote, ein Viertel bis ein Drittel der damaligen Bevölkerung. Der Führerbefehl — auf deutsch —, in dem die vollständige Vernichtung Leningrads befohlen wird, wird von der Museumsführerin übergangen. Einer west-deutschen Gruppe mutet man sowas nicht zu. Koexistenz.

Anschließend mit dem Bus zum Friedhof der 600.000: die Massengräber, Mahnmal, Opferfeuer, Kränze. Leningrads Helden, werden sie von der Bevölkerung genannt. Unsere ständige sowjetische Begleiterin, 23 Jahre alt, sondert sich ab mit versteinertem Gesicht, läuft voraus, verkriecht sich im Bus. Ich fühle tiefe Betroffenheit aufkommen. Warschauer Ghetto. Buchenwald. Auschwitz. Weltkrieg. Faschismus. Alles präsent. Aber die aus mehreren weit verteilten Lautsprechern durch das Gelände rieselnde verhaltene Trauermusik irritiert mich. Irritiert mich sogar sehr. Ich fühle mich an meiner Sentimentalität gepackt, wo ich nicht gepackt werden will. Ich will keine Heldenverehrung. Ich kann keine Heldenverehrung! Mein Deutschtum kommt mir schon wieder hoch. Ich sehe Willy Brandt vor dem Warschauer Ghetto-Denkmal in Polen niederknien. Die Heldenverehrung macht sich selbständig. Heldenstadt Leningrad. Helden der Revolution. Helden der Arbeit. Heldenfriedhof. Heldenhain in Melle bei Osnabrück, wo ich der gefallenen Landser der deutschen Wehrmacht gedenken sollte. Aufruhr! Hilflosigkeit! Scham! Ich ermahne mich: die Verehrung der imperialistischen Unterdrücker und ihrer Armee ist nicht dasselbe wie Verehrung der Opfer dieser Unterdrückung. Westdeutsche Heldenverehrung ist Aggressivität und Revanche, diese hier ist stille Trauer und die Hoffnung, daß sich sowas nicht wiederholt.
Ich rette mich in Schweigen.
Später Puschkin.
Ein Muster mühseliger Restauration der Kriegsschäden.

Filigranes Barockschlößchen fünfzehn Kilometer im Süden von Leningrad, das Peter, genannt der Große, seiner Frau Katharina I. schenkte. Weiblich, lichtdurchwirkt, dazu Park, Badehaus, Pavillons. Im Winter ein Paradies der Stille. Im Sommer ein Paradies der Vögel und der Lüste.

Die faschistische Wehrmacht zerstörte das Schloß während der Blockade fast vollständig. Einen militärischen Grund dafür gab es nicht. Vollzug des Führerbefehls, alles zu vernichten, was auf Kultur des „russischen Untermenschen" hinweisen könnte. Was nicht vorher von der Leningrader Bevölkerung in Sicherheit gebracht worden war, wurde von den Nazis weggeschleppt und ist zu großen Teilen bis heute noch nicht wieder zurück.

Nach 1945 Restauration. Heute ist das Schloß bereits zu großen Teilen wieder im ehemaligen Zustand. Innen wurde sogar ein Großteil des Goldes wiederaufgelegt. Die Verwalter der Revolution pflegen ihre Geschichte. Sie lassen sich den Erhalt und Wiederherstellung ihrer feudalistischen und bürgerlichen Kulturdenkmäler Millionen kosten. Ein Raum des Schlosses, sagt die Museumsführerin, wird nach seiner Fertigstellung 4,5 Millionen Rubel gekostet haben. Es sind über 15 Räume. Und die Gesamtanlage! Wieviele solcher Restaurationsarbeiten allein in Leningrad wurden und werden vorgenommen? Wieviele im ganzen Lande? Für Ende 1980 hofft man in Puschkin auf einen vorläufigen Abschluß der Restaurationsarbeiten.

In Puschkin wurde ich müde. Saal auf Saal auf den Spuren des faschistischen Vandalismus. Saal auf Saal auf den Spuren der sowjetischen Restauration. Es werden dort auch Konzerte gegeben. In einem Saal kam alles zusammen: Vorn das Foto, das die durch die Nazis verursachten Zerstörungen dokumentiert, ringsum die genervte west-deutsche Reisegruppe, der die beständigen Hinweise auf die Zerstörung durch die deutsche Wehrmacht lästig zu werden beginnen. Auf der einen Seite des Raums fertiggestellte Restaurationsarbeiten im neuen Goldglanz, auf der gegenüberliegenden Seite Restaurateure bei der Arbeit: junge sowjetische Künstler, die, auf einem Gerüst stehend, die Vergoldung auf die neuhergestellte Wand-Holzschnitzerei legen. Emphatischer Ausruf von jemand aus der Reisegruppe: toll, daß wir das auch noch sehen können! Das ist der berüchtigte Tropfen, der das Faß ...: Mich kotzt auf einmal alles an. Mich kotzt es an, mich deutsch nennen lassen zu müssen. Mich kotzt diese Mühe an, den alten Plunder zu restaurieren, während deutsche Vernichtungswaffen zum drittenmal auf diese Stadt und auch dies mühevoll wiederhergestellte Zarinnenschlößchen gerichtet sind: Ich höre die wiehernden Witze über die kulturlosen Ruskis. Ich frage, obwohl ich schon weiß, daß es sinnlos ist, wo denn die geraubten Kunstgegenstände des Schlosses heute seien. Unauffindbar, vielleicht in Südamerika, antwortet die Museumsführerin höflich. Mir bleibt ihre Höflichkeit im Halse stecken.

Sonja

Mein Freund Ben hat Anja kennengelernt.
Sie sind neugierig aufeinander,
wollen sich irgendwo in Ruhe unterhalten.
Anja lädt ihre Freundin Sonja ein,
mehr Sicherheit zu zweit?
Ben lädt mich dazu ein,
weniger Sicherheit zu zweit?
So lerne ich Sonja kennen,
quicklebendig, spöttisch,
stellt sich als assimilierte Jüdin vor.
Um mit Sonja und Anja zu sprechen,
mußten wir uns zu viert, die beiden Frauen und wir zwei Männer, in ein Lokal begeben, wo es nicht auffällt, wenn sie mit Ausländern zusammensitzen. Heimlichkeiten. Vorsichtsmaßregeln. Wir sollen Einlaß fordern, sodaß es aussieht, als ob wir sie mit- bzw. abgeschleppt haben. Das erste Lokal weist uns ab. Jetzt wird es schwierig. Sie gehen vor. Zwei Meter vor uns. Im nächsten Lokal klappt es glücklicherweise. Ein Tisch in der Ecke. Schmucklos. Eine Band, die 50er-Jahre-Tänze und Schleifen-Jazz auf Bestellung spielt. Es bilden sich sofort zwei Gespräche: Anja und Ben, Sonja und ich. Intensiv, ohne Umwege: was machst du, wer bist du? Obwohl getrennt, ist der Gesprächsverlauf auf beiden Seiten des Tisches offenbar ähnlich. Hin und wieder müssen wir lachen, weil die eine oder die andere Seite mitkriegt, daß gegenüber just dasselbe Thema abläuft wie bei ihr selbst. Anja fordert Ben zum Tanzen auf. Sonja und ich tanzen auch. Sie macht Steh-Fox mit Körperfühlung, Kopf an meiner Brust. Ich will mal drehen, da stolpern wir fast. Sie hatte keine derartige Bewegung erwartet. Diese Deutschen, lacht sie, tanzen so anders als wir.
Sonja ist die erste Russin, die ich kennenlerne.
Gesicht vor Gesicht, leuchtende Augen, es knistert, es sprüht weiter im Gespräch.
Wieso hast du dich als Jüdin vorgestellt? Studium? Selbstbestimmung als Frau?
Jahrelang aufgestaute Fragen endlich in Fleisch und Blut. Ich habe noch
Hoffnung, Antworten zu bekommen.
Sonja sagt, ich bin Leningraderin, nicht Jüdin
ich studiere, weil es mir Spaß macht
ich wohne zuhause in zwei Zimmern
eins zum Lümmeln eins ganz ohne Möbel
(erst später realisierte ich, daß sie damit außerordentlich privilegiert ist)
wenn ich einen Freund habe
mit dem es mir ernst ist
versteht meine Mutter das
mein Vater ist etwas schwierig
ich liebe Leningrad, es ist die schönste Stadt unseres Landes
eine Stadt mit Kultur, verstehst du, Universitätsleben, Kunst
Schwierigkeiten als Frau?
was meinst du damit?
ich finde das Leben in Ordnung
wenn ich meine Freunde haben kann
wenn ich nicht aus Leningrad weg muß
wenn ich mein Studium weitermachen kann
man muß aktiv sein
ich bin eben ein Mensch, sagt sie lächelnd
das ist doch überall nicht anders
fast schäme ich mich für meine Neugier
naja, sagt sie, die Dinge sind jetzt mal so wie sie sind
manches könnte besser werden
muß
aber das ist anders als bei euch
bei euch möchte ich nicht leben
da müssen es immer gleich ganze Häuser sein
bei uns reichen schon ein paar Jeans
siehst du, diese häuser fehlen mir nicht

Wie selbstverständlich bezahlten Ben und ich die drei Flaschen Wein. Ein zweites, verabredetes Treffen zwischen Sonja und mir mußte zu ihrem und zu meinem Bedauern ausfallen, weil sie ein Zimmerangebot über die offizielle studentische Zimmervermittlung in Kolpino bekommen hatte. Vorortsilos. Jede Fahrt rein nach Leningrad anderthalb Stunden auf verschiedenen Bussen. Sie mußte sich ein ärztliches Attest besorgen, um diesem Kelch zu entgehen, denn wenn sie das Angebot unbegründet ausschlägt, bekommt sie in absehbarer Zeit keines wieder. Und immer will sie ja vielleicht nicht bei ihren Eltern wohnen.
Sonjas Alltäglichkeit war meine nächste Lektion.

F., Hamburg

„Kein Theater auf dem Friedhof"

In Frankfurt fand eine Uraufführung von R.W.Fassbinder's neun Jahre altem Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod" nicht statt. In Berlin (West) dagegen sehnte sich die Feuilletonistenwelt nach einem Skandal anläßlich der europäischen Erstaufführung von „Ghetto" — einem Stück des israelischen Schriftstellers Joshua Sobol, inszeniert von Peter Zadek, dem umstrittenen jüdischen Regisseur mit Hang zur chaotischspritzigen Revue. Die Hoffnungen wurden — das vorweg — enttäuscht, der Skandal blieb aus, die Inszenierung wurde begeistert, aber nicht engagiert aufgenommen.



R.W. Fassbinder und Adrian Horen in Daniel Schmid's „Schatten der Engel", Filmversion des umstrittenen Fassbinder Stücks. (Foto „Theater Heute", 8/84)

„Der Müll, die Stadt und der Tod"

Ihre Brisanz beziehen die Stücke von Sobol und Fassbinder aus dem Versuch, die Opfer auch als Täter zu sehen, ihnen nicht nur das Leiden, sondern auch Handlungsmöglichkeiten zuzugestehen.

Fassbinder läßt in seinem Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod" eine Figut auftreten, die er im Personenverzeichnis „Der reiche Jude" nennt. Auf diese Figur und ihren Namen stützt sich der Antisemitismusvorwurf. „Der reiche Jude" ist Spekulant, er trägt seinen Teil dazu bei, daß die Erde so unbewohnbar wird, wie der Mond. „*Ich kaufe alte Häuser in dieser Stadt, reiße sie ab, baue neue, die verkaufe ich gut. Die Stadt schützt mich, das muß sie. Zudem bis ich Jude... Es muß mir egal sein, ob Kinder weinen, ob Alte, Gebrechliche leiden*" (RWF, Der Müll, die Stadt und der Tod, Frankfurt 1981 — im Folgenden: Der Müll —, S. 20). Das ist die eine Seite: sie reproduziert in der Tat das in Deutschland bekannte Wahrnehmungsmuster vom Juden als reichem, herzlosen Blutsauger.

Es gibt aber auch die andere Seite. „*MÜLLER: Er* (gemeint ist d. reiche Jude, F.) *glaubt, ich hätte Schuld am Tod seiner Eltern. ROMA B.: Und? Ist es die Wahrheit? MÜLLER: Ich habe mich um den Einzelnen, den ich tötete nicht gekümmert. Ich war kein Individualist. Ich bin Technokrat. Aber es ist möglich, daß ich der Mörder seiner Eltern bin, und ich wäre es gern. Also bin ichs... Es ist keine Last, der Mörder von Juden zu sein, wenn man die Überzeugungen hat, die ich habe... Der Faschismus wird siegen.*" (Der Müll, S. 42)

Müller ist Romo B.'s Vater, sie arbeitet als Nutte im Bahnhofsviertel und wird vom reichen Juden gesponsert, durch ihn reich und mächtig. Roma B. und ihr Zuhälter Franz B., der im Verlauf des knappen Dramas schwul wird, sind die wirklichen Zentralfiguren.

Das Scheitern ihrer Liebe in einer unwirtlichen Welt — ohnehin ein Fassbinder'sches Lieblingsthema — beherrscht und organisiert das Stück: der reiche Jude erwürgt kurz vor Stückende Roma B., weil sie sterben will. Von der Clique, die den reichen Juden stets umgibt, wird Franz B. hergeschleppt, er soll sich in der Öffentlichkeit schuldig an dem Mord bekennen. So findet das unglückliche Liebespaar, und das ist der herzzerreißendste Moment des Stückes, im Tod zusammen.

Das Melodram von Fassbinder ist dabei kein großer literarischer Wurf: es behauptet Konflikte, ohne sie wirklich zu erzählen; mit seiner stark typisierenden Figurenzeichnung konterkariert er sein eigenes Ziel. Der Skandal, den Fassbinder zeigen möchte, wie nämlich Menschen in unserer entfremdeten, nach Marktgesetzen funktionierenden

sein eigenes Ziel. Der Skandal, den Fassbinder zeigen möchte, wie nämlich Menschen in unserer entfremdeten, nach Marktgesetzen funktionierenden

Welt leben müssen, funktioniert nicht, weil insbesondere die Figuren aus dem Zuhältermilieu sich zu leicht in die Wahrnehmungsklischees einpassen, als daß ihre Situation als von bestimmbaren Verhältnissen verursachte begriffen werden könnte. Skandalös wirkt so für ein bürgerliches Publikum nur, daß das Theaterstück überhaupt im Bordellmilieu spielt.

Kaum anders ist es mit der Figur des reichen Juden. Fassbinder wollte, eigenen Äußerungen zufolge, zeigen, wie ein Opfer des Faschismus die nach dem Faschismus wiederaufgebauten Zustände benutzt, um sich zu rächen. Von Shakespeares Shylock im „Kaufmann von Venedig" unterscheidet ihn dabei einmal, daß er eben nicht die Hauptfigur ist, sondern nur eine, wenn auch wichtige im zweiten Glied. Außerdem vereinfacht Fassbinders Schreibweise durch ihre „Holzschnitttechnik" den komplexen Konflikt zwischen Deutschen und Juden, Täter-Kindern, Opfer-Kindern und Opfern in der Nachkriegszeit.

Das führt zu Mißverständnissen — vor allem dem, daß das Stück eine antisemitische Tendenz habe. Das kann als Unterstellung sicher nicht hingenommen werden, zumal nicht, da Fassbinder selbst nach Erscheinen des Stückes 1976 dazu eindeutig Stellung genommen hat: „*Es gibt in diesem Stück auch Antisemiten; es gibt sie aber nicht nur in diesem Stück, sondern, beispielsweise, auch in Frankfurt*" (zit. n. Theater heute 8/84).

Der Antisemitismus-Vorwurf verliert an Gewicht auch durch die, die ihn erheben und durch ihre genannten Gründe. Die Jüdische Gemeinde Frankfurt ließ durch ihren Kulturreferenten Michel Friedmann verlauten, daß das Stück deshalb antisemitisch wirke, weil es keine „positive Gegenfigur" zum reichen Juden gebe und auch den faschistischen Parolen des Hans von Gluck oder des Herrn Müller niemand in dem Stück widerspreche (vgl. „taz" v. 7.7.84). Diese Sehnsucht nach dem Guten auf der Bühne ist an sich zwar ehrenwert, offenbart aber auch ein beträchtliches Maß an Ignoranz gegenüber dem Theater. Gerade Ausgewogenheit und Pluralismus sind keine dramatischen Tugenden, und die Darstellung eines „bösen Juden" auf einer bundesdeutschen Bühne ist nicht antisemitisch, nur weil es keinen „guten Juden" gibt. Die Frankfurter FDP hielt es vor allem für antisemitisch, weil der reiche Jude sich im Bahnhofsviertelmillieu bewegt — das sagt jedoch eher über die Moralvorstellungen dieser Splitterpartei etwas aus, als über eine reale antisemitische Tendenz in dem Stück. Die CDU, vor zwei Jahren noch völlig unempfindlich gegen Ernst Jüngers rassistische Tiraden, hat sich seit der Goethepreisverleihung an diesen heißen Krieger in dieser Frage selbst disqualifiziert, und die SPD hat wohl eher noch das alte Erbe ihrer Oberbürgermeisterschaft in der Häuserkampfära abzutragen, wenn sie von Fassbinders Stück behaupten, es könne „*Terroristen ermutigen*".

Antisemitismus — so der Eindruck nach den langwierigen und eher kommunalpolitisch bedingten Auseinandersetzungen, auf die näher einzugehen hier nicht versucht werden soll (dazu näheres in der „taz" v. 7.7.84 und „taz" vom 12.7.84) — wird gegen Fassbinders Stück eingewandt, um sich vor der Auseinandersetzung mit ganz anderen Dingen zu drücken. Damit soll nicht bestritten werden, daß die Rollenbezeichnung „Der reiche Jude" einen fatalen Klang hat. Nur: ein „Josef Weizenbaum" oder „Nathan Grünstein" hätte kaum neutraler geklungen, überdies hätte das eine Personalisierung der Figur bewirkt — gerade der wollte Fassbinder aber vorbeugen. Es ging ihm um keinen einzelnen Spekulanten, sondern um das Problem eines zum Täter gewordenen Opfers an sich.

Wieweit ihm dabei wirklich ein akzeptables Stück — und das bezieht sich nicht vorwiegend auf die literarische Qualität — gelungen ist, dazu können derzeit nur Annahmen formuliert werden, denn die Erprobung auf dem Theater steht für diesen Text noch aus.

Nur sie aber kann wirklich darüber Auskunft geben, ob die Befürchtungen, daß durch solch einen Text rassistische Ressentiments befördert und bestätigt werden könnten, ihre Gründe hat; ob die Opferaspekte in der Rolle des reichen Juden, die Gründe für seine Rache so wenig dramtisches Gewicht haben, daß sie von dem Bild des gierigen, herzlosen Spekulanten überlagert werden. Von den Textteilen im Stück her kann das mit gutem Grund bezweifelt werden — allein, die Wahrnehmungsweisen eines Theaterpublikums waren schon immer für eine Überraschung gut.

bezweifelt werden — allein, die Wahrnehmungsweisen eines Theaterpublikums waren schon immer für eine Überraschung gut.



„Ghetto"

Joshua Sobols Stück hat eine ungleich einfachere Ausgangssituation: es ist von einem israelischen, jüdischen Autor geschrieben, hat seine Uraufführung in Israel, im Theater von Haifa erlebt. Gegen den Vorwurf des Antisemitismus ist es von daher, trotz seiner mindestens so heiklen Thematik ziemlich gefeilt. Es geht in seinem Drama zwar nicht, wie der Spiegel verdächtigerweise meint, um die „*Mitschuld der Juden am Holocaust*" („Spiegel" 28/1984), wohl aber erzählt er die Geschichte einer jüdischen Theatergruppe im Wilnaer Ghetto 1942/43 und zeigt verschiedene Formen der Kollaboration und des Widerstand gegen bzw. mit den SS-Schergen.

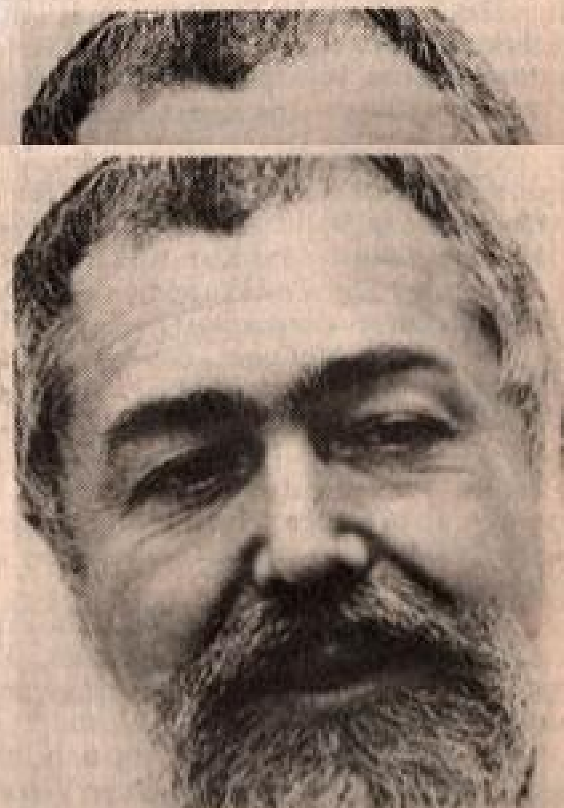
Im Zentrum des Stückes stehen die beiden historischen Figuren Jacob Gens und Herman Kruk. Gens war Kapitän in der litauischen Armee gewesen, Mitglied einer nationalistischen litauischen Partei und gehörte zur zionistischen Kampforganisation Brith Hakayil. Nach der Besetzung des Baltikums durch die Rote Armee ging er in den Untergrund. Als Ende August 1941 — die Deutschen hatten Wilna mittlerweile okkupiert — das Wilnaer Ghetto entstand, wurde Gens Leiter der bis zu 200 Mann starken Ghetto-Polizei, die sich aus den Reihen der Ghettobewohner rekrutierte. Am 11. Juli 1942 wurde er zum Leiter des Ghettos ernannt. Nach der Befreiung Wilnas durch die Rote Armee lebten von den einstmals 76.000 Juden nur noch 800. (nach „Theater heute" 8/84 und Programmheft)

In dem Stück steht Gens für die Kollaborateure: „*Wenn ich überlebe, wird Dreck an meinen Händen kleben, und ich werde sagen, ich habe alles getan, um so viele Juden wie möglich zu retten und in der Freiheit zu führen. Um den Juden zu gestatten, ein reines Gewissen zu behalten, bin ich gezwungen, mich mit Schmutz zu bedecken und gewissenlos zu handeln.*"

Er versucht, indem er sich auf den SS-Offizier Kittel (der bei Sobol ein Jazzliebhaber ist) einläßt, mit ihm verhandelt, die Auswirkungen der ständig stattfindenden Selektionen gering zu halten. Wird von ihm verlangt, im benachbarten Ghetto Oschmany 2.000 Juden zur Vernichtung auszusondern, schlägt er vor, doch „nur' die über achtzigjährigen Arbeitsunfähigen zu selektieren. Der Menschenhandel endet bei 600. SS-Offizier Kittel, nett und jungenhaft lächend: „*Was sind schon hundert Menschen mehr oder weniger für uns beide? 600 — und es ist gebont!*"

Gens' wichtigster Gegenspieler ist Herman Kruk, jüdischer Sozialist und Leiter der Ghettobibliothek, auf dessen erhalten gebliebenen Tagebuchaufzeichnungen auch Sobols Text beruht. Kruk unterstützt die Partisanen außerhalb des Ghettos und wirft Gens vor, sich den Deutschen schon angeglichen zu haben, indem er z.B. eine 1. Mai-Veranstaltun g der Linken im Ghetto verbieten läßt. Zwischen Gens und Krug agiert die Theatergruppe: auch sie hat es tatsächlich gegeben. Weit über hundert Vorstellungen fanden im Ghetto-Theater von Wilna statt; zuletzt, vor der endgültigen Liquidierung, wurde „Tevje, der Milchmann" geprobt. Das Theaterspielen ermöglicht es der Gruppe die zum Überleben notwendigen Arbeitsbescheinigungen zu erhalten. Die Truppe soll nach Gens Vorstellung den Ghettobewohnern das Leben durch gute Unterhaltung erträglicher machen. Die Gegenposition vertritt Kruk: er gibt die Parole aus: „Kein Theater auf dem Friedhof".

Sobols fast dokumentarisches Stück, das den Alltag im Ghetto, den Kampf ums Überleben auch jenseits der „großen Katastrophen" zeigt, wird durch die Revue-Einlagen der Ghettotheatertruppe aufgepeppt. Der Regisseur der Berliner Inszenierung, Peter Zadek, hat für die Chansons und Lieder Ester Ofarim als Sängerin, die kurz vor dem Ende zu den Partisanen überläuft, engagiert. Das garantiert den emotionalen Schmelz, der Sobol als Brecht-Gegner so wichtig zu sein scheint: „*Für mich ist der emotionale Inhalt sehr wichtig. Musik, Lieder, wie ich sie verwende, sollen dazu dienen, Widerstände und Vorurteile beim Publikum zu überwinden. Ich wünsche mir jedenfalls kein Publikum, das dasitzt und nur denkt.*" (in „Theater Heute", 8/84)



Joshua Sobol

Ob die Revue-Elemente, u.a. eine Orgie, in der jüdische Prostituierte wild mit den SS-Männern vögeln, nun wirklich Vorurteile beseitigt haben, sei dahingestellt, sie haben dem Stück jedenfalls die Presse beschert, die hätte bewirken können, daß über die Substanz des Textes diskutiert wird, daß z.B. eine Diskussion um solche Formen der Kollaboration und des passiven Widerstands, um die Rolle der Judenräte in den Ghettos in Gang kommt — nicht unter dem Aspekt, daß die Juden doch schuld am Holocaust sind (wie der „Spiegel" teilweise suggerierte), sondern unter der Fragestellung, wie brutal mit welchen Erfolgen hier Überlebensillusionen geschaffen wurden. Das blieb in den Kritiken und Interviews (je eins in „taz" und „Theater heute") jedoch weitgehend unbehandelt, was sicher nicht zuletzt auch ein Problem der Zadek'schen Inszenierung ist.

Strategien des Überlebens — Taktik der Regie

Eine Szene aus ,,Ghetto'': Insulin für Diabetiker ist knapp, auch auf dem schwarzen Markt ist nichts mehr aufzutreiben. Ein junger Arzt rechnet sich aus: bekommen alle Diabetiker, unabhängig von der Schwere ihrer Krankheit, das zum Überleben notwendige Insulin, reicht die vorhandene Menge gerade noch für drei Wochen. Werden nur noch die leichten Fälle, die jungen und kräftigen Patienten versorgt, haben diese noch eine Überlebenschance von drei Monaten. Er trägt das Problem seinem Chefarzt und dem Rabbiner vor — wie soll man sich entscheiden?

In Zadeks Inszenierung ist ein junger Arzt verzweifelt, er hat sich aber eigentlich schon entschieden: er will nur noch die leichten Fälle mit dem wertvollen Medikament versorgen. Der Chefarzt und der Rabbiner sind zwei hysterische, lächerliche Gestalten, die vor der Entscheidung nicht nur symbolisch flüchten. Zadek läßt seine Schauspieler vor dem jungen Arzt und seinen drängenden Fragen davonlaufen. Ihre Bedenken gegen die Selektionslösung macht er lächerlich — hinter einem Tisch verschanzt hechelt der Rabbiner: *,,Was sind die Kriterien? Was gibt uns das Recht, die einen sterben zu lassen, die anderen am Leben zu erhalten? Wissen wir, was in drei Wochen ist?''* Hysterische Ausflüchte eines Greises — so kommt das im Publikum an. Die Szene selbst ist komisch: wie die beiden Alten versuchen, dem Arzt zu entkommen, wie sie über Tische, Stühle, Medikamentenschachteln stolpern — haha.

Zadek stellt in seiner Inszenierung keine Fragen, er setzt auf theatralische Effekte, zeigt seine Sympathien für die Versuche, um jeden Preis, und das ist hier der Preis der Kollaboration, Leben zu erhalten — wobei ,,erhalten'' ein Euphemismus ist, denn auch Jakob Gens konnte die Liquidierung des Ghettos nicht verhindern. Kruk kommt, obwohl seine Aufzeichnungen immerhin die Grundlage für das Stück waren, kaum zu Wort. Ernst Jacobi spielt ihn zwar als ersten, seriösen Bibliothekar, die Figur bleibt aber blaß, wirkt so, wie viele sich einen intellektuellen Sozialisten vorstellen: schöne Worte, aber keine Handlungsalternative.

Der einzig sichtbare ,,Widerstand'' geht von der Theatergruppe aus. Esther Ofarim als Sängerin Chaja singt mit schwachem Stimmchen Ghettolieder und bricht schließlich zu den Parti-

mit schwachem Stimmchen Ghettolieder und bricht schließlich zu den Parti-

sanen aus — sie ist die Unberührbare, eine schmalzige Heroine, die Gute an sich, ohne Fehl, Tadel und Sex Appeal. Eine Tendenz, die im Stück angelegt ist, von Zadek aber noch befördert wird, u.a. dadurch, daß die anderen Frauen in der Inszenierung alle als ,,leichte Mädchen'' mit neckischer Kleidung gezeigt werden — nicht zufällig hat er sicher auch Zazie de Paris als Chefin der Tanztruppe, die der SS zu Diensten ist, engagiert.

Realistischer ist da schon das Gespann Hermann Lause, als Puppenspieler Skrulik, und Alexander Guini, als dessen Puppe. Die beiden kommentieren im Dialog die verquerten Haltungen der Akteure mit scharfer Zunge und guter Beobachtungsgabe, machen auf die Interessen der Handelnden aufmerksam und wagen auch ein aufmüpfiges Wort gegen die Anweisungen des SS-Offiziers Kittel, der in Zadeks Inszenierung streckenweise witzig und überaus sympathisch wirkt, was den ,,Theater heute''-Redakteur Michael Merschmeier zu peinlichen Interviewpassagen verhalf: *,,SOBOL:... (Gens) will nicht Kittel dienen, sondern Juden retten. MERSCHMEIER: Aber Kittel ist doch zeitweilig wirklich freundlich zu den Ghettobewohnern, obwohl er sich auch betrügt und schließlich tötet. SOBOL: In gewisser Weise ist er freundlich (Schweigen) MERSCHMEIER: Anders herum gefragt: warum das Stück...!''* (,,Theater heute'', 8/84)

Worum es Zadek möglicherweise, Sobol sicher ging — die völlige Abhängigkeit der Juden von den wechselnden Launen des deutschen SS-Offiziers zu zeigen, den schmalen Grat zwischen Fröhlichkeit und Tod zu verdeutlichen — kommt in der Inszenierung nicht heraus. Kittel ist, so wirkt es, bis auf die Schlußszene, in der er die Theatergruppe erschießt, der Überlegene, nicht aufgrund seiner Machtposition sondern aufgrund seiner intellektuellen Fähigkeiten, seines ,,Witzes'' etc.





Bild oben: *Ein Chassid prophezeit Ghetto-Chef Gens eine glorreiche Zukunft;*
Bild Mitte: *Kittel — in Chaja verliebt — streichelt sie, während sie: ,,Parlez-moi d'amour'' singt.*
Bild unten: *Protestplakate der Sozialisten im Ghetto: ,,Auf dem Friedhof spielt man nicht Theater''* (Bilder und Texte aus: ,,Theater Heute'', 8/84)



„Wozu der Aufwand?"

Skeptische nahm Rolf Michaelis in der ,,Zeit'' (20.7.84) das Spektakel auf. *,,Wozu der Aufwand?''* fragt er sich und kritisiert die Prächtigkeit der Produktion, die in allzu krassem Gegensatz zu ihrem Thema stünde. Auch Michaelis meint, wie der ,,Spiegel'', daß Sobols Thema die *,,eigene Schuld''* (der Juden, F.) *,,durch Kollaboration bei der Vernichtung der Juden in Europa''* wäre — eine Auffassung, der Matthias Bröckers in der ,,taz'' (16.7.) heftig widerspricht: *''...auch die anläßlich der Premiere aufgeworfene Frage nach der Mitschuld der Juden am Holocaust (muß) in die Schublade 'deutscher Legitimationsphantasien' zurückgewiesen werden''.* Bröckers zieht sich gleichzeitig von Wertungen aller Art überhaupt zurück: eine Lösung für die Juden im Ghetto habe es nicht gegeben; *,,Gens Situation war die eines klassischen Double-Bind: egal was er tat, es war ein Fehler, und somit war seine Wahl des kleineren Übels die einzig richtige.''* Eine widersprüchliche Wertung, denn sie impliziert, daß die Entscheidung, in den Widerstand zu gehen, eine falsche war, obwohl zugestanden wird, daß es ,,keine Lösung'' gegeben hätte. Auch Kruks Weigerung, den Posten des Ghettoleiters zu übernehmen (der wird ihm gegen Ende des Stückes angeboten), wird damit als falsch apostrophiert. Auf andere historische und politische Situationen übertragen, die auch keine eindeutig richtige Entscheidung ermöglichen, würde Bröckers Diktum eine Verabschiedung aus der politischen Handlungsebene bedeuten.

Am kritischsten geht Peter Iden in der ,,Frankfurter Rundschau'' mit Zadeks Inszenierung und Sobols Stück ins Gericht. Die Revue-Elemente, so konstatiert er, verharmlosen *,,die härtesten Konfrontationen der Juden untereinander und der Juden mit den Deutschen''* — eine Behauptung, die durch die Publikumsreaktionen zumindest in der Vorstellung, die ich gesehen habe, belegt wird: gerührtes bis begeistertes Klatschen (vor allem bei Ofarims Gesängen und nach gelungenen Tanzeinlagen der Theatertruppe), von erschrockener Betroffenheit keine Spur. Das Stück sei *,,mit seinen durchgängig konventionellen Mitteln der Dramaturgie... dem Leiden, der Trauer, nicht angemessen.''*

Fassanbass



Hamburg: Exilveranstaltungen

Anläßlich des 100. Geburtstages des Pioniers der Exilliteraturforschung Walter A. Berendsohn (s. AK 243, S. 42) führt die Heine-Ossietzky-Initiative Hamburg in Zusammenarbeit mit dem Verband deutscher Schriftsteller und dem Literaturzentrum vom September an eine Reihe von Veranstaltungen durch:
— Am 8.9., 20 Uhr, wird im Literaturzentrum, Ferdinandstor 1a, die Ausstellung ,,Verfolgung — Verbannung — KZ in Wort und Bild'' eröffnet.
— Am 10.9. wird die Gedenkausstellung für Walter A. Berendsohn um 17 Uhr in der Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky eröffnet.
— Am 11.9. berichten im Heinrich-Heine-Treff, Schlüterstraße 2, 20 Uhr, Zeitzeugen über Walter Hammer und die Zeitschrift ,,Junge Menschen'', über den demokratischen Widerstand der Jugend in den 20er Jahren.
— Am 13.9. spricht in der Zentralbücherei, Gerhard-Hauptmann-Platz, 19.30 Uhr, Prof. Dr. Walter Fabian, einer der ersten Förderer der Exilliteratur in der BRD, über ,,Literatur im Exil'', über den deutschen PEN-Club, den Schutzverband deutscher Schriftsteller und über Walter A. Berendsohn und sein Werk ,,Die humanistische Front''.

***

Nicht weniger empfehlen als die vorstehend genannten wollen wir die Veranstaltung mit Fritz H. Landshoff, dem Leiter des Amsterdamer Querido-Verlages, der in den Jahren 1933-40 über 100 Werke der im faschistischen Deutschland verbotenen Autoren verlegte. Mit dieser Veranstaltung beginnt die Initiative ,,Verboten, verbrannt — vergessen?'' (Buchhandlung Gegenwind, Buchhandlung Heinrich Heine, Buchladen in der Osterstraße, Internationale Buchhandlung, AG Exil des KB) ihre Reihe zum Thema Exil.

Fritz H. Landshoff spricht über seine Erfahrungen als ,,Verleger im Exil'' am 12.9., 19.30 Uhr, im Ossietzky-Lesesaal der Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky.

AG Exil

Glückliche Hamburger/innen!

Schon seit zwei Monaten und noch bis zum 16.9. konntet und könnt ihr euch des Sommertheaters auf dem Kampnagelgelände (Jarrestraße) erfreuen. Täglich außer montags sind zwei bis vier Programme zum durchaus zivilen Preis von acht bis fünfzehn emm zu besichtigen.

Im September treten u.a. auf das Hamburger Mägädäm-Theater, der Schlicksupp-Theatertrupp, das West-Berliner Lehrlings- und Schülertheater ,,Café Trauma'' (u.a. mit einer Persiflage auf Jerry Cotton), das ebenfalls aus Westberlin stammende Kabarett ,,Die Spätzünder'' (zehn Damen im Gesamtalter von 679 Jahren); das Zelttheater ,,Fliegende Bauten''; in einer der beliebten Late-Shows (freitags bis sonntags ab 22.30 bzw. 23 Uhr) ein polnisches Instrumentaltheater; dann sind noch drei verschiedene Truppen und Produktionen mit Rock-Theater angekündigt; und dann ... und sowieso ... und das Theater-Café sollte auch nicht übersehen werden.

(Kartenvorbestellungen und Informationen im Kartenhaus, Schanzenstraße, Tel. 43 59 46 sowie auf dem Kampnagelgelände selbst.)

K.(ampnagel-Fan), Hamburg

Fortsetzung von Seite 40

Stimmt es, daß die TULF-Führer Angst haben, ihre Heimatstädte aufzusuchen, nicht wegen der Sinhalesen, sondern wegen der ,,Tiger''?

Sie fürchten sich nicht vor den ,,Tigern'', sondern vor dem Zorn all der Leute, die sie wählten und ihnen Macht verschafften aufgrund ihres Versprechens, einen unabhängigen Tamilenstaat herbeizuführen.

Was sollte Indien in einer solchen Situation tun, um den Tamilen zu helfen?

Ich denke, daß die indische Regierung unser Recht auf Selbstbestimmung akzeptieren sollte.

Würdest Du militärische Hilfe vorschlagen?

Wir haben den Mut, die Überzeugung und Bestimmung zu kämpfen und unsere Freiheit zu gewinnen. Wir sollten uns selbst befreien. Aber wir können Indiens Unterstützung und Sympathie gebrauchen.

Was ist deine persönliche Meinung über Präsident Jayewadene?

Wenn er ein treuer Buddhist wäre, bräuchte ich jetzt kein Gewehr zu tragen.

Habt IhrVerbindung zu anderen Befreiungsbewegungen in der Welt? Welches sind die Organisationen, die euch trainieren und bewaffnen helfen?

Wir haben Vebindungen zu anderen Befreiungsbewegungen in der Welt. Den zweiten Teil deiner Frage kann ich nicht beantworten.

Welches Land hat die größte Sympathie für euch bewiesen?

Ich gebe darüber keine Kommentare.

Was ist deine Ideologie?

Revolutionärer Sozialismus.

Stimmt es, daß die Israelis die Sinhalesische Armee in der Taktik des Anti-Guerilla-Kampfes schulen?

Bis jetzt haben wir noch keinen verbürgten Bericht über die Anwesenheit israelischer Militär-Experten in Sri Lanka, aber wir wären nicht überrascht, wenn sich diese Berichte als wahr herausstellen sollten. Sri Lanka verwandelt sich in einen Stützpunkt für den US-Imperialismus und deren Agenten. Wer auch immer deren Trainer sind und was auch immer deren Fach ist, die sinhalesische Armee kann nicht den Willen und die Bestimmung

Fach ist, die sinhalesische Armee kann nicht den Willen und die Bestimmung

der Tiger vernichten.

Was ist eure Reaktion auf die Einführung amerikanischer Waffen und Munition nach Sri Lanka?

Amerikanische Waffen richten sich nicht nur gegen den tamilischen Befreiungskampf, sondern auch gegen die Sicherheit Indiens. Amerikas objektive Absicht ist nicht einfach, der lankanischen Regierung bei der Zerschlagung der ,Tiger' zu helfen. Deren erklärtes Ziel ist es, sich eine Base im Nabel Trincomallee zu sichern. Das würde den indschen Ozean in eine Kriegszone verwandeln und die in dieser Region vorherrschende Spannung vergrößern.

Wenn der ,Eelam'', der Staat der Tamilen erreicht sein wird, welche Art Staat wird es sein?

Tamil Eelam wird ein sozialistischer Staat sein. Mit Sozialismus meine ich eine egalitäre Gesellschaft, wo menschliche Freiheit und individuelle Rechte garantiert sein werden, wo alle Formen von Unterdrückung und Ausbeutung abgeschafft sein werden. Es wird eine freie Gesellschaft sein, wo das Volk maximale Gelegenheit zur Entwicklung seiner Ökonomie und des Voranbringens seiner Kultur haben wird. Es wird ein neutraler Staat sein, freundlich gegenüber Indien und deren regionale Politik respektierend, teilweise, die Politik den indischen Ozean in eine Zone des Friedens zu verwandeln, unterstützen.

Wie lange wird es nach deiner Schätzung dauern, bis dies verwirklicht ist?

Es kann kein Datum oder eine zeitliche Begrenzung für einen Freiheitskampf geschätzt werden. Alles hängt sowohl von der Entwicklung der Situation in unserem Heimatland wie auf der internationalen Szenerie ab.

Einleitung und Übersetzung: Gü., Frankfurt

Sozialistische Studiengruppen(SOST)

Wo bitte geht's zur Revolution?

Ist der Vorschlag für einen Minimalkonsens eine Abkehr von sozialistischer Politik ?

Der folgende Artikel ist eine Replik der Sozialistischen Studiengruppen auf einen Artikel in der vorherigen Ausgabe des ARBEITERKAMPF von Joachim R., der sich mit der Entwicklung der SOST seit 1970 beschäftigte und der in seinen Ausführungen eine Hinwendung der SOST zur Sozialdemokratie konstatierte. Die Red.

Der ARBEITERKAMPF hat sich in der Vergangenheit nie mit alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik beschäftigt und alle konkreten Forderungen, wie denn die bestehenden Verhältnisse umzugestalten sind, mit dem Argument beiseite geschoben, es sei nicht Aufgabe von Sozialisten, sich den Kopf des Kapitals zu zerbrechen. Dies führe nur in den „reformistischen Sumpf". Gerade recht zur Abstützung dieser Einschätzung kommt den Genossen vom KB der in der letzten Nummer des AK veröffentlichte Beitrag des Ex-SoSt-Mitgliedes Joachim R., der den SOZIALISTISCHEN STUDIENGRUPPEN und der von ihnen herausgegebenen Zeitschrift SOZIALISMUS die Abkehr von sozialistischer Politik attestiert. Zwei Punkte fordern insbesondere die Kritik R.'s am politischen Kurs der SOST heraus:

1. Mit der Orientierung auf die Herstellung eines polit-ökonomischen Minimalkonsenses unter Einschluß der Sozialdemokratie seien die SOST von einer sozialistischen Antikrisenpolitik abgerückt, denn dieser politökonomische Minimalkonsens verzichte bewußt auf das Stellen der „Systemfrage". „Als Vertreter einer Politik der ‚klei-
sche Minimalkonsens verzichte bewußt auf das Stellen der „Systemfrage". „Als Vertreter einer Politik der ‚klei-
nen Schritte' plädieren die SOST nun nicht mehr für eine Aufhebung der kapitalistischen Entwicklungslogik ... Die Sorgen der industriellen Kapitalisten sind neuerdings auch die Sorgen der SOST ... Die skizzierte Position stellt im Kern eine Abkehr der SOST von einer sozialistischen Antikrisenpolitik dar."

2. Ein weiteres Kennzeichen der gegenwärtigen SOST-Politik sei die harte Abgrenzungspolitik gegenüber den Grünen. Die Mehrheit der SOST sei „gegenüber grünem Gedankengut nicht anfällig. Zwar mußte sie sich inzwischen mit der Oszillation im politischen Raum abfinden, indessen bemüht sie sich um eine kontinuierliche Denunziation der Partei."

Wir wollen im folgenden auf diese Punkte eingehen, weil sich an der Frage, ob sich die Linke (selbstverständlich unter Einschluß der Grünen) auf eine auf einem minimalen Konsens basierende Antikrisenpolitik verständigen kann, entscheidet, in welche Richtung sich die Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik verschieben werden.

Die Gründe für einen politökonomischen Minimalkonsens

Ein Ende der Überakkumulationskrise ist in der Bundesrepublik, wie in den anderen kapitalistischen Metropolen, nirgends in Sicht. Die gegenwärtige leichte konjunkturelle Erholung markiert nicht — wie die bürgerlichen Kräfte uns gerne weismachen wollen den Beginn erneuter beschleunigter Akkumulation von Kapital, sondern lediglich eine Atempause, die spätestens mit dem nächsten repressiven Einbruch 1985/86 zu Ende sein wird. Vor uns liegt also eine Epoche weiter zunehmender Massenarbeitslosigkeit und scharfer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Wir stehen am Beginn eines Prozesses, der die Gesellschaftsordnung der kapitalistischen Hauptländer bei den Lohnabhängigen und den durch die Krise marginalisierten Schichten grundlegend in Frage stellt. Diese Entwicklung wird zwar die gegenwärtig die Politik bestimmenden konservativen Kräfte diskreditieren, aber keineswegs automatisch zu einer Stärkung der Kräfte der Arbeiterbewegung und der politischen Linken führen.

Eine systemimmanente, kapitalistische Lösung der Krise geht nur über den Weg einer weltweiten, katastrophalen Entwertung produktiven Reichtums und über eine Reduktion des Wertes des Arbeitsvermögens, d.h. eine radikale Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen und Ausgrenzung größerer Teile der Bevölkerung in die Armut.

Die Konservativen können sich also gar nicht mit einer anderen Version der Mängelverwaltung zufrieden geben, sondern werden durch eine „systemkonforme" Bekämpfung der Überakkumulation zu einer offensiven **Systemumgestaltung** gedrängt. Sie betreiben damit eine Politik, die schrittweise auf die Verletzung der sozialen Interessen eigener Wählerschichten hinausläuft. Der Erosionsprozeß der konservativen Hegemonie hat bereits eingesetzt. Darüber hinaus wird sich beim nächsten zyklischen Einbruch der Überakkumulationskrise zeigen, daß die konservative Revitalisierungsstrategie des Kapitalismus offenkundig scheitert.

Die Erosion der konservativen Hegemonie bedeutet jedoch nicht umgekehrt, daß sich dadurch die Kampfbedingungen der Linken verbessern. Wenn die resignativen und enttäuschten, sich auch von den Konservativen abwendenden Teile der Bevölkerung im politischen Raum nur eine geschwächte, programmatisch unglaubwürdige und organisatorisch unzulängliche oppositionelle Bewegung vorfinden, besteht die Gefahr einer erdrutschartigen Verschiebung nach rechts. Es könnte dann zur Umgruppierung im rechten Lager mit der Herausbildung einer rechtspopulistischen Bewegung kommen.

Die Entwicklung eines realitätsbezogenen, der Skepsis und Enttäuschung der Bevölkerung Rechnung tragenden politischen Zukunftsprojektes ist die
genen, der Skepsis und Enttäuschung der Bevölkerung Rechnung tragenden politischen Zukunftsprojektes ist die
einzige Möglichkeit, um gegen die nach rückwärts gewandte, auf vermeintlich bessere und harmonische Zeiten gerichtete Stimmung anzukommen. „Polit-ökonomischer Minimalkonsens" als politische Strategie heißt für uns, ein **positives** Angebot zur Bewältigung der sozialen Probleme anzubieten,

— das sich zuallererst an den schlechter gestellten Teilen der Klasse ausrichtet und zugleich gesellschaftspolitische Perspektiven der Neugestaltung von Lebensverhältnissen eröffnet

— das so angelegt ist, daß auch Kräfte einbezogen werden, die keine dezidiert sozialistischen Positionen vertreten.

Der Essener Parteitag der SPD hat gezeigt, daß die Sozialdemokratie nach neuen Antworten auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik sucht. Wir lassen uns nicht davon abhalten, mit Sozialdemokraten über die konkreten Schritte der Ausgestaltung und Realisierung einer solchen Politik zu streiten, nur weil sie die von ihnen vorgeschlagene Politik der „kleinen Schritte", die noch sehr vorläufig ist, nicht **von vornherein** mit einer weitergehenden Politik der gesellschaftlichen Neugestaltung verknüpfen. Der Verzicht auf den Dialog mit den Sozialdemokraten in einer Phase der Neuorientierung, führt nur dazu, die Entwicklung der Kräfteverhältnisse nicht mitzubeeinflussen, sondern das Terrain den Rechten zu überlassen.

Ohne die Grünen

Die Rückgewinnung der Hegemonie der Linken wird also wesentlich davon abhängen, ob es gelingt auf Basis eines politökonomischen Minimalkonsens einen neuen, breiten Block sozialer Kräfte zusammenzuführen. Für die Bundesrepublik gehören selbstverständlich die grün-alternativen Strömungen zu diesem Block sozialer Kräfte. Von daher ist es völlig absurd zu behaupten, irgendwer wolle diese für die weitere Entwicklung dieses Landes gewichtigen politischen Kräfte ausgrenzen oder denunzieren. Allerdings müssen nach aller Erfahrung Zweifel angemeldet werden, ob die grüne Partei bereit ist, sich auf einen derartigen Minimalkonsens zu beziehen. Die Grünen haben in der Vergangenheit jede Gelegenheit für die Verständigung verstreichen lassen, was die sozialistische Linke zwingt, die Initiative zu übernehmen. Mit „Grüne, Nein Danke!" hat dies nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Diesseits oder jenseits des Systems?

1. Im Unterschied zur SPD gehen wir nicht von einer „Strukturkrise" aus, die durch sektorale Steuerung und selektive Innovationsförderung (Wachstumsindustrie und Umwelt), sowie Ausweitung bzw. Stabilisierung des Exportanteils zu lösen sei:

— Ein Wirtschaftspolitik, die primär auf die Stärkung der Exportfähigkeit des eigenen Landes augerichtet ist, bedeutet bei stagnierendem Weltmarkt, sich auf Kosten anderer Länder zu stabilisieren und das Problem der Arbeitslosigkeit auf andere Länder abzuschieben. Diese Länder werden dadurch zu protektionistischen Maßnahmen gezwungen, die auf das exportierende Land zurückschlagen, so daß doch Maßnahmen im eigenen Land ergriffen werden müssen.

— Diese Politik verschärft zudem die Probleme der Entwicklungs- und Schwellenländer, deren Importfähigkeit bei dem jetzigen System von der Kreditvergabe aus den Industrieländern abhängt. Der stockende Reproduktionsprozeß in den Metropolen, (der eine veränderte Umschlagstruktur des Kapitals ausdrückt) setzt große Geldmengen frei, die nicht produktiv verwandt werden, sondern mit denen spekuliert wird. Die anhaltende Nachfrage nach Krediten hat zu einem Anstieg des Zinsniveaus geführt, das verheerende Auswirkungen für die Länder der Dritten Welt hat, die sich in der Schuldenkrise befinden. In den Metropolen verstärkt das hohe Zinsniveau rückschlagend den Stockungsprozeß des produktiven Kapitals.



— Eine bloße Politik der Technologieförderung führt unter heutigen Bedingungen nur zu einer verschärften Rationalisierung und größerer Arbeitslosigkeit, wenn sie nicht von einer dauerhaften Nachfrage durch den Staat begleitet ist. Diese Funktion kann der Staat aber nur ausüben, wenn er die hierfür nötigen Gelder durch eine entsprechende Steuerpolitik und Ausweitung der Unternehmertätigkeit durch Vergesellschaftung erhält.

2. Modernisierungspolitik und Erhöhung der Export- und Weltmarktanteile sind also keine Alternative zur konservativen Politik der Revitalisierung des Marktes und der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Stattdessen muß der Kampf um einen neuen Kurs in der Wirtschafts- und Finanzpolitik (auch der Sozialdemokratie) geführt werden, der die Verständigung auf folgende Essentials zum Ziel hat:

a. Arbeitszeitverkürzungen; gesetzliche Verkürzung von Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit

b. Aktive Nachfrage- und Beschäftigungspolitik; Sicherung von Mindesteinkommen; Steuerreform zulasten der mittleren und höheren Einkommen

c. Soziale Kontrolle der Produktion, um ökologisch und sozial verträgliche Innovationsprozesse zu gewährleisten

d. Schuldenmoratorium auf dem Weltmarkt, insbesondere für die Länder der 3. Welt und neue Weltwirtschaftsordnung.

3. Dieses Konzept alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die Weiterentwicklung eines von der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung bereits in der 1. Weltwirtschaftskrise (1929 ff.) aufgestellten Forderungskatalogs für eine aktive Wirtschaftspolitik. Längst vor der Keynes'schen Revolution in der Wirtschaftstheorie und -politik wurden Verkürzung der Arbeitszeit, staatliche Arbeitsbeschaffung und Ausweitung der öffentlichen Investitionen als Alternative zur konservativen Austeritätspolitik gefordert. Damals wie heute besteht das Problem der Durchsetzung einer solchen Politik gegen einen Block sozialer Kräfte, der von den Besitzenden und Vermögenden angeführt wird. Dies ist umso schwieriger, als alternative Wirtschaftspolitik mehr sein muß als die aus den 60er Jahren von Schiller bekannte Politik der bloßen Nachfragestärkung. Angesichts der weltweiten Disproportion zwischen Geld- und Realakkumulation ist die von Keynesianern geforderte Politik des billigen Geldes keine ausreichende Alternative.

Nachfragereize und finanzielle Förderung von privaten Investitionen werden zu keiner Erhöhung der Investitionen führen, solange durch Anlage an den nationalen und internationalen Geldmärkten eine wesentlich höhere Rendite erreicht werden kann. Die Diskriminierung aller Formen der spekulativen Geldanlage wird aber nur gegen den massiven Widerstand der Besitzenden durchzusetzen sein. Alternative Wirtschaftspolitik muß so von Beginn an die ‚normalen' Strukturen der Kapitalverwertung angreifen.

4. Die Bekämpfung der kapitalistischen Krise ist für uns kein abstrakter Selbstzweck, sondern immer nur Kehrseite unserer gesellschaftspolitischen Zielsetzung. Wir brauchen eine gewaltige Steigerung der Produktivkräfte, der Entfaltung von Wissenschaft und Technik, also aller „Springquellen des Reichtums", wie Marx sie nennt, wenn wir erreichen wollen

— daß konkrete Maßnahmen durchgeführt werden, die die Emanzipation der Frau ein Stück voranbringen (z.B. eigenständiges Einkommen, gesellschaftliche Regelungen für Kindererziehung und Hausarbeit, Arbeitszeitverkürzung)

— daß die erst in den letzten Jahrzehnten entstandenen eigenständigen Lebensphasen von Jugend und Rentnerdasein ausgestaltbar und lebenswert werden (Einkommen, kommunale Dienste)

— daß wir überhaupt die Chance haben, der Umweltkatastrophen Herr zu werden

— daß die Arbeitsbedingungen, die heute Streß, Invalidität und vorzeitigen Tod bescheren, qualitativ verändert werden

— daß breite demokratische Willensbildung im Betrieb und in der Kommune, die Energie und Zeit kostet, möglich wird.

All diese Ziele soll das von uns vorgeschlagene neue Reformprojekt beinhalten, das allerdings nur dann zu realisieren ist, wenn man sich zugleich den Kopf über eine neue Wirtschaftspolitik zerbricht. Die Verständigung auf einen Minimalkonsens (der Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Mindesteinkommen, öffentliche Investitionen, Ausbau der Rechte der Beschäftigten und Konsumenten, soziale Kontrolle der Produktivkräfte, Förderung der Wissenschaft zur Schaffung einer humanen Arbeits- und Umwelt, Diskriminierung der Geldkapitalanlagen und Bekämpfung der Zinsausbeutung der Dritten Welt, Schuldenmoratorien und Eintreten für eine neue Weltwirtschaftsordnung enthält) kann also nicht nur das Kräfteverhältnis im Prozeß der Durchsetzung nach links verschieben, sondern auch eine grundlegende Reform der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse eröffnen.

5. Angesichts der Tatsache, daß in dieser Republik eine minimale Arbeitszeitverkürzung nur gegen gewaltige Widerstände erkämpft werden konnte, aber nicht einmal eine Nachfragepolitik zugunsten der Marginalisierten und niedrigen Einkommensbeziehern, erscheint uns die Debatte über „systemkonform" oder nicht, ziemlich mystisch. Niemand wartet darauf, wie die Linke beliebt, die Systemfrage zu definieren, diese Frage stellt sich heute praktisch in den sozialen Auseinandersetzungen.

Die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche hat eine breite Diskussion um den Zusammenhang von Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, wachsenden Leistungsdruck in den Betrieben und die soziale und kulturelle Gestaltung des Lebens außerhalb der Arbeit ingang gesetzt. Auch heute gilt, was Karl Marx über die Einführung
staltung des Lebens außerhalb der Arbeit ingang gesetzt. Auch heute gilt, was Karl Marx über die Einführung
des Zehnstundentags schrieb: es geht um den Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals, um die „Streitfrage zwischen der blinden Herrschaft der Gesetze von Nachfrage und Zufuhr, welche die politische Ökonomie der Mittelklasse bildet, und der Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht, welche die politische Ökonomie der Arbeiterklasse bildet" (MEW 16, S. 11).

Für die Logik der Herrschenden ist z.Zt. Lohndrückerei und Sozialabbau „systemkonform", nicht aber eine Politik der Mindesteinkommen und der Erhaltung und Erweiterung des Lebensstandards von Beschäftigten und Unbeschäftigten.

„Systemkonform" ist die Instrumentalisierung von Arbeitslosigkeit zur Disziplinierung und Unterordnung, die Aufkündigung von Schutzrechten und die Einschränkung der Erwerbstätigkeit insbesondere von Frauen, Jugendlichen und Ausländern, die Aufwertung der Hausarbeit, Familie und die Förderung unbezahlter Arbeit. Dagegen richten sich Arbeitsbeschaffungsprogramme, der Ausbau von Schutz- und Kontrollrechten, gesellschaftspolitische Maßnahmen, die Frauen und Jugendlichen eine Perspektive bieten, eine solidarische Ausländerpolitik und der Um- und Ausbau sozialer Dienstleistungen.

Die einen kapitalistischen Ausweg aus der Kreise bejahenden Kräfte setzen auf eine rigorose Privatisierung öffentlicher Unternehmen, wehren sich aber vehement gegen eine — im Minimalkonsens enthaltene — Investitionspolitik, die das Verhältnis vom privaten zum öffentlichen Sektor verschiebt.

Ein Minimalkonsens, der nicht auch qualitative Erweiterung der Mitbestimmung und Vergesellschaftungsforderungen enthält, ist heute überhaupt nicht mehr möglich. Das betrifft Branchen, wo das Kapitalmanagement nicht zu einer Umstrukturierung sondern nur zu einer Einschränkung der Produktion in der Lage ist. Das betrifft Sektoren, wo die Entwicklung der Produktivkräfte nur noch auf gesellschaftlichem Maßstab betrieben werden kann. Nur öffentliche Investitionen und Eingriffe in die private Investitionstätigkeit können die Produktion auf eine neue materiell-technologische Basis heben, wie ökologische Katastrophen das erfordern.

Wir bestreiten, daß der Dissens darin bestehen kann, daß alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik notwendigerweise mit strukturellen Eingriffen in die Verwertungs-, Produktions-, Verteilungs- und Eigentumsverhältnisse einhergehen muß. Der Streit kann nur darum gehen, welche Maßnahmen in welche Richtung, in welchem Umfang, zu welchem Zeitpunkt getroffen werden müssen.

Uwe Klußmann

ausgeMOZt?

Bemerkungen zu den Auseinandersetzungen um die Zeitschrift „Moderne Zeiten" und die Politik der ISP

Der Streit begann für die Leser der MOZ („Moderne Zeiten") überraschend, als im Juni die MOZ 6/84 erschien und MOZ-Redakteur Frieder O. Wolf unter der orakelhaften Überschrift „Afghanistan und die Zukunft der MOZ" mitteilte, der „folgende Text von Michael Stamm" habe „*innerhalb der Redaktion heftige Meinungsverschiedenheiten ausgelöst*"; es sei sogar „*sehr ernsthaft erwogen*" worden, ihn nicht in der MOZ zu veröffentlichen. Der Artikel von Michael Stamm sei, so wurden die MOZ-Leser von Frieder O. Wolf eingestimmt, „*nur schädlich*", zudem „*unvertretbar*" und folglich „*eine ganz schwere Belastung für die notwendigen Diskussionsprozesse in der MOZ*". Der Beitrag von Michael Stamm, der dann folgte, beinhaltete eine scharfe Kritik an der jüngsten Entwicklung der Politik der Grünen, am Beispiel der Verabschiedung der Afghanistan-Resolution im Bundestag im Mai gemeinsam mit den NATO-Raketenparteien. Die Einschätzung in der Bundestags-Resolution, „*daß die fortdauernde Besetzung Afghanistans neben anderen Ursachen auch ein wichtiger Grund für die Spannungen im Ost-West-Verhältnis ist*", könne nur akzeptieren, so Michael Stamm, „*wer den imperialistischen Standpunkt von der Zuständigkeit der NATO für die ganze Welt mit Reagan, Kohl und Schmidt teilt*". Eine gemeinsame Erklärung der Grünen mit den bürgerlichen Parteien zu Afghanistan sei „*von vornherein entweder pure Dummheit, blanker Opportunismus oder die bewußte Übernahme der genannten Zielsetzung*" (also des NATO-Standpunktes — U.K.). Michael Stamm konstatiert bei den Grünen, auch bei linken Grünen eine „*Französisierung*", die er als „*auch subjektive Anpassung der ‚unabhängigen' Linken an den eigenen imperialistischen Staat*" definiert. Er meint, „*daß die grüne Partei diese Anpassungstendenz einerseits ausdrückt, andererseits aber mitverursacht*". (Die Frage, ob der Begriff „Französisierung" zur Kennzeichnung des Prozesses der Anpassung von Teilen der kleinbürgerlichen Schichten an den Kriegskurs der aggressiven Kräfte der Monopolbourgeoisie glücklich gewählt ist — schließlich sind die Genoss/inn/en der KP Frankreichs und der Gewerkschaft CGT auch Franzosen — will ich hier nicht weiter erörtern). Als ein entscheidendes Medium der Französisierung der Linken sieht Michael Stamm die „taz" unter Führung von Mehr, Wolschner, Hartung, Mülder u. Co, was ausführlich mit Zitaten belegt wird. Michael Stamm wirft Thomas Ebermann und Rainer Trampert (beide ISP) in demselben Aufsatz vor, sie würden den Beifall an der grünen Basis für ihre Ablehnung einer Koalition mit der SPD und ihre Befürwortung einer Tolerierungstaktik mit dem „*wirklichen Entwicklungsprozeß*" der Grünen verwechseln. So habe „*nahezu die gesamte GAL die Bedeutung des in der grün-*

wicklungsprozeß" der Grünen verwechseln. So habe „*nahezu die gesamte GAL die Bedeutung des in der grün-*

alternativen Szene verbreiteten Antisowjetismus ... entweder naiv unterschätzt oder aus Gründen der vermeintlichen Vorrangigkeit der parteiinternen Durchsetzung antikapitalistischer und gegen die NATO gerichteter Parolen für ‚vernachlässigbar' erklärt". Michael Stamm kritisiert bei den „Ökosozialisten" (also den Mitstreitern der MOZ-Strömung, wobei er sich selbst in diese Kritik einbezieht), sie habe eine „Parteimentalität" ausgebildet, die sich weitgehend im parteiinternen Kampf in Ausschüssen und Sitzungen erschöpfe. Die Sozialisten bei den Grünen aber müßten sich „*in den Prozeß des Machens der Umwelt einmischen, Partei ergreifen, Streit suchen, gegen den Strom schwimmen etc.*"

In einer kurzen Replik auf diesen Artikel in derselben MOZ zeigte Thomas Ebermann, älteren AK-Lesern auch unter seinem Spitznamen „Langer" bekannt, seinem Redaktionskollegen Michael Stamm unmißverständlich die rote Karte: „**Unsere politischen Wege trennen sich**". Die Charakterisierung politischer Opponenten durch Michael Stamm sei „nicht aushaltbar", da aus einer Zustimmung zur (auch von Langer inhaltlich kritisierten) Afghanistan-Resolution des Bundestages nicht „*ungestüm auch subjektive Motive unterstellt*" werden dürften. Wer so vorgeht, so Langer, „verliert bestimmt".

Kampf der „Französisierung" oder Ringen um die Mehrheit bei den Grünen!

Die Differenzen in der MOZ-Redaktion wurden am 30. Juni und 1. Juli auf einem ISP-Treffen diskutiert, an dem der Autor dieses Beitrages selbst nicht teilgenommen hat. Dem Treffen lagen Papiere von Michael Stamm einerseits und von Thomas Ebermann, Frieder O. Wolf und Rainer Trampert andererseits, sowie Beiträge eines ISP-Zirkulars von ISP-Basisgenossen vor. Michael Stamm erläuterte in einem „Überlegungen über Parteipolitik und die Zukunft der MOZ" betitelten Papier seine Position, indem er Thomas Ebermann den „*bornierten Gesichtspunkt des innerparteilichen vermeintlichen ‚Nutzens' oder ‚Schadens'* " vorwarf. Darüber hinaus arbeitete Michael Stamm das unzureichende Eingreifen der ISP und auch der GAL-Hamburg in die Friedensbewegung angesichts der „immer vorwitziger" auftretenden Anhänger einer „alternativen" Verteidigung des Imperialismus heraus. Thomas Ebermann verstehe unter „Sieg" lediglich eine Mehrheit innerhalb der Grünen gegen die Koalitionsstrategien der Joschka Fischer u. Co. Michael schlägt in seinem Papier vor, die MOZ solle „*eine positive Bezugnahme auf die grüne Partei*" haben und fordert theoretische Auseinandersetzungen über Fragen der „Aufsaugung" der Grünen durch den Staat infolge der Parlamentsarbeit, über den Sinn und Unsinn alternativer gesellschaftlicher Konzeptionen, über den Austritt aus der NATO als Perspektive, über neue Technologien und über die Entwicklung der taz. Thomas Ebermann, Frieder O. Wolf und Rainer Trampert konstatieren in ihrem Papier bei Michael Stamm eine „*grundlegend andere Wahrnehmung der Wirklichkeit*" als bei ihnen. Die grüne Partei und die Tatsache ihrer parlamentarischen Existenz sei „**in erster Linie Ausdruck der Nicht-Versöhnung mit den bestehenden Verhältnissen, der Kritik der bestehenden Verhältnisse, der tendenziellen Herauslösung hunderttausender (Wähler/Mitglieder) aus dem 30-jährigen eisernen ‚Konsens der Demokraten'** ". Ob sich die Richtung um Joschka Fischer, Otto Schily und Karl Kerschgens bei den Grünen durchsetzen werde, sei noch offen. An anderer Stelle des Papiers: „*Der Prozeß der*

Angleichung der Grünen an die Forde-
Kerschgens bei den Grünen durchsetzen werde, sei noch offen. An anderer Stelle des Papiers: „*Der Prozeß der*

Angleichung der Grünen an die Forderungen des ‚außerparlamentarischen Protestes' ist weitgehend geglückt. Die Partei ist heute ungefähr so gut und so schlecht wie die sozialen Bewegungen". Angesichts realpolitischer Erfolge wie der Boehringer-Schließung habe die Linie der Hamburger GAL durchaus Chancen, in der Partei mehrheitsfähig zu sein. Michael Stamms politische Konzeption, so Langer, Wolf und Trampert, laufe auf eine „minoritäre Sammlung der Kräfte" und „Kommentatorentum" hinaus. Das würde „*die positive Bezugnahme auf die grüne Partei als konstitutives Moment der Mitarbeit bei der MOZ/ISP in den Hintergrund drängen oder sogar vernichten*". Die drei Verfasser verweisen darauf, daß bei Beginn des Weges der Z-Genossen in die Grünen anno 1980 rechte Kräfte um Baldur Springmann und Herbert Gruhl als innerparteilich hegemoniefähig galten, während heute „reformistische Linke" wie Cohn-Bendit, Fischer und Otto Schily die hauptsächlichen Widersacher der Marxisten bei den Grünen sind. In Richtung auf den KB und einige mittlerweile mit einem engen Bündnis mit dem KB liebäugelnden ISP-Genossen warnt das Papier davor, „*die Ignoranz gegenüber allen neuen Fragestellungen und das plakative Festhalten am Marxismus/Leninismus zur Tugend ‚sozialistischer Identität'* " zu machen. Langer und seine Mitstreiter sprechen sich für eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Grünen a u ß e r h a l b der ISP aus, die z.B. aus einer primär ökologischen Tradition oder Motivation kommen, aber die praktische Politik der MOZ-ler, vor allem in Hinblick auf die SPD, teilen. Über den Charakter einer solchen engeren Zusammenarbeit schreibt Langer: „**Wir und sie wären Lehrende und Lernende**". Friedenspolitisch müßten derartige Mitstreiter innerhalb der Grünen ihre Kraft auf die bedingungslose einseitige Abrüstung der BRD und der NATO konzentrieren und die NATO als den Kriegstreiber schlechthin erkennen, während Differenzen in der Einschätzung der UdSSR „aushaltbar" seien. „Aushaltbar" scheint überhaupt ein neues zentrales Kriterium Langers zur Bewertung politischer Kräfte zu sein. Eine wesentliche Aufgabe, so Langer, F.O. Wolf und R. Trampert, sei es „*die konzeptionelle Arbeit an überzeugenden positiven Entwürfen öko-sozialistischer Politik zu verstärken*".

Thomas Ebermann blieb auf dem ISP-Treffen gegenüber der von Michael Stamm vertretenen Konzeption deutlich in der Minderheit, obwohl das Papier innerhalb der MOZ-Redaktion auch von „Willi" Klaus Goltermann und Karl Nolle unterstützt wurde. F.O. Wolf, Langer, Nolle und der praktisch schon seit längerer Zeit nicht mehr in der Redaktion tätige Genosse Goltermann kündigten auf dem Treffen an, eventuell die Redaktion zu verlassen. Jürgen Reents, neben Thomas Ebermann und Rainer Trampert das dritte prominente Paradepferd aus dem Stall der ISP, will sich der Ebermann/Trampert-Linie nicht anschließen. Dasselbe gilt auch für einige weitere Redakteure der MOZ. In der MOZ 8/84 (August) teilten F.O. Wolf, Langer, Nolle, Goltermann und der nicht der Redaktion angehörende Rainer Trampert mit, angesichts der „schroffen Differenzen" in der Redaktion wollten sie „*keine falsche mystische Einheit um jeden Preis*". Die Pferde sind also bereits zur Abreise gesattelt. Allerdings schreiben die Genossen gleichzeitig, sie würden ihre Entscheidung über Verbleib oder Ausstieg aus der Redaktion erst am Ende einer weitereen ISP-Beratung im September „begründeter fällen". Trotz gesattelter Pferde lassen sich die Genossen mit ihrem Rückzieher also noch alle Türen für eine weitere Arbeit in der Redaktion offen.

Warum jetzt der Streit in der MOZ?

E i n Hintergrund für die heftigen Auseinandersetzungen im MOZ-Projekt ist die finanzielle Krise der Zeitschrift, die pro Heft rund 3.000 DM Verlust macht, was trotz Erhöhung der ISP-Mitgliedsbeiträge nicht durch Subvention aufgefangen werden kann und die Existenz der Zeitschrift über das Jahr 1984 hinaus akut gefährdet. Insofern ist das Ausbrechen von Streitigkeiten unter den Beteiligten bis zu einem gewissen Grad pleitentypisch. Die langjährigen AK-Leser und insbesondere die Genoss(inn)en des KB werden sich erinnern, daß nicht zufällig 1979 nach dem Verlust von mehreren hundert Mitgliedern und einem Sinken der AK-Auflage um mehr als 50% der Knartsch mit der Z-Fraktion die Gemüter erhitzte und die Polemiker beschäftigte. Die Gründe für die jetzigen Auseinandersetzungen im MOZ-Projekt aber liegen tiefer. Die aus dem KB abgespaltene Gruppe Z hatte sich Ende 1979 mit rund 200 Genoss(inn)en in die Grünen hineinbegeben, mit einer „Fraktionsplattform" im Gepäck, die zwar die stolze Berufung auf Lenin und Mao beinhaltete, für die konkrete Arbeit in der grünen Partei aber kaum etwas hergab. Konkrete, auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD bezogene programmatische Substanz wurde erst in den Grünen und mit ihnen, bei der Arbeit am Saarbrücker Programm (März 1980) und später am Sindelfinger Programm (Januar 1983) entwickelt. **Das ideologische Fettpölsterchen der Gruppe Z, mitgeschleppt aus der Tradition des KB, war nicht von der Art, daß man lange davon hätte zehren können. Die politisch-ideologische Substanz der Gruppe Z war in keiner Weise ausreichend, um den ursprünglichen Anspruch, als marxistisch-leninistische Fraktion bei den Grünen zu arbeiten, in die Praxis umzusetzen.** Hinzu kam, daß das Interesse der Grünen-Mitglieder, auch und gerade der aus den spontanen Bewegungen der siebziger Jahre herkommenden Linken, an einer solchen Fraktion äußerst gering war. Hier flossen Erfahrungen mit dem Politikverständnis und der Praxis neostalinistischer Sekten chinesischer oder albanischer Orientierung und schlichter Antikommunismus aus gutem Hause zu einer zähen Mischung zusammen.

Die Zusammenarbeit mit anderen marxistisch orientierten Linken bei den Grünen führte im Sommer 1981 zur Gründung der Initiative Sozialistische Politik (ISP) und der „Moderne Zeiten". **Die ISP-Plattform (vergl. MOZ 7/81) bot mit den Thesen von der Kritik der Produktivkraftentwicklung und dem Verständnis vom Staat nicht nur als Unterdrückungsapparat, sondern auch als konzentriertem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis die Möglichkeit einer gewissen theoretischen Fundierung der praktischen Mitarbeit bei den Grünen. Die allmähliche Ablösung vom leninistischen Selbstverständnis und der ebenso allmähliche, dafür aber bis zur Konsequenz der totalen Selbstauflösung der Organisationsstrukturen betriebene Abschied vom demokratischen Zentralismus waren ein fördernder Faktor für die t a k t i s c h e n Erfolge der ISP in der grünen Partei. Die MOZ'ler galten anders als noch 1980/81 die Z-ler in der Partei nicht mehr als bolschewistische Buhmänner, sondern eher als locker-undogmatische Sozialisten.** Die Erfolge von Z/ISP-Genossen bei der (Mit)erarbeitung programmatischer Positionen wie des antikapitalistischen, teilweise von marxistischen Positionen geprägten Sindelfinger Programms sowie bei der Wahl in Parteifunktionen, sind vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklung zu sehen.

Auch wenn die Gruppe Z anfangs (vor allem 1980) viel Mühe und Papier darauf verschwendete, die im KB verbliebenen Genoss(inn)en von der Notwendigkeit einer Arbeit innerhalb der Grünen zu überzeugen, war gerade die Tatsache, daß nur das abgespaltene Fünftel des alten KB in die Grünen ging, in gewisser Weise durchaus produktiv. Und dies nicht nur, weil die Z-ler gegenüber den um „kommunistische Unterwanderung" besorgten Grünen darauf verweisen konnten, daß sie doch gerade wegen ihrer Sympathie für die Grünen von den sturen Dogmatikern des KB an die frische Luft gesetzt worden seien. Ein „Einmarsch" aller damals noch rund 1.000 Genoss(inn)en des KB, mit den Freunden deftiger Polemik aus der AK-Redaktion an der Spitze, hätte den damals noch starken rechten Kräften bei den Grünen ihre Spaltungsabsichten unter Umständen erleichtert. Die politische Landschaft in der BRD sähe heute möglicherweise anders, und nicht günstiger aus. **Die alte „K-Gruppen-"Identität bei den Z-lern wurde rasch brüchig; Lenin und Mao wanderten (das noch im günstigsten Falle) in die zweite Reihe des Bücherregals, die „ML"-Identität wurde**

peu à peu durch eine linksgrüne Identi-
Mao wanderten (das noch im günstigsten Falle) in die zweite Reihe des Bücherregals, die „ML"-Identität wurde

peu à peu durch eine linksgrüne Identität, gewachsen und gefestigt in den eindrucksvollen Wahlerfolgen der Grünen, ersetzt.

Die MOZ als Zeitschrift war 1981 mit hochgesteckten Erwartungen und auch nicht ohne eine gewisse angeberische Attitüde, z.B. mit dem gedankenlosen Werbespruch „*eine Zeitschrift jenseits des linken G h e t t o s*" zu sein, gegründet worden. Daß diese Erwartungen enttäuscht wurden, lag zum einen daran, daß erhoffte größere Abspaltungen am linken Rand der SPD trotz Hansen und Coppik ausblieben, nicht zuletzt, weil die SPD ab Oktober 1982 wieder ihre Rolle als oppositionelle Integrationskraft wahrnehmen konnte. Zum anderen zog der Aufstieg der Grünen zu einer relevanten Kraft links von der SPD einen Rückgang des Interesses an spezifisch sozialistischer und kommunistischer Politik nach sich. Diese Entwicklung wurde und wird dadurch begünstigt, daß die mit kommunistischem Anspruch arbeitenden Organisationen allesamt mehr oder minder schwere Defizite in einer für die imperialistischen Metropolen heute so zentralen Frage wie der der Ökologie haben und hatten. In diesem Zusammenhang ist für AK-Leser folgendes Zitat interessant: „**Die Kommunisten haben bisher, gemessen an unseren Aufgaben der kommenden Jahre, Sandkasten-Politik betrieben. In einer Situation, wo man nicht mehr mit ein paar ‚marxistisch-leninistischen' Schlagworten auf einer spontanen Welle schwimmen kann, und wo andererseits sich demokratische Aufgaben von ganz neuen Dimensionen auftun, wird unser Mangel an politischer Q u a l i t ä t deutlich**". Das Zitat stammt aus dem Artikel „Demokratischer Kampf und Bündni-



Zingerl

Fortsetzung nächste Seite

ausgeMOZt?

Fortsetzung von vorheriger Seite

spolitik" in der KB-Zeitschrift „Unser Weg", Nr. 25, vom Januar 1979. Der Autor des damaligen Artikels, den AK-Lesern als „Kt., Hamburg" bekannt, hatte damals u.a. eine „Zunahme des Widerstands" gegen die herrschenden Verhältnisse in der BRD prognostiziert und die Herausbildung einer linkssozialdemokratischen und/oder grünen Partei als „Zwischenstation" auf dem Weg zu einer starken kommunistischen Partei für notwendig gehalten (in Aktualisierung der Überlegungen Lenins in der Schrift „Der linke Radikalismus"). Der AK-Redakteur Kt. hatte mit dieser Einschätzung die bis heute sowohl für den KB als auch für die ISP wirkenden Schwierigkeiten umrissen, ohne daß damit allerdings eine Lösung der Probleme verbunden wäre. Denn beiden Strömungen, sowohl dem KB als auch der ISP fehlt es bis heute an programmatischer Substanz und strategischer Orientierung. Das Problem sozialistischer Arbeit in den Grünen besteht, strategisch gesehen, darin (um es in der Sprache des Zitats zu formulieren), von der Zwischenstation der Grünen noch Anschluß zur nächsten „Station" des Sozialismus zu kriegen, ohne den fahrenden Zug vorzeitig zu verlassen und sich dabei politisch das Genick zu brechen. Daß die bisherigen positiven Reiseeindrücke im grünen Zug bis zur nächsten Station nicht verloren gehen sollten, versteht sich von selbst. Angesichts dessen, daß mit der Z/ISP bei den Grünen entgegen der ursprünglichen Absicht genau das passiert ist, was Rudolf Bahro im Januar 1980 in seinem mittlerweile in Vergessenheit geratenen Offenen Brief an die „KPD" und den KB gefordert hatte: die Selbstauflösung in die Grünen hinein, kann von organisierter sozialistischer Arbeit in den Grünen allerdings heute ohnehin kaum noch gesprochen werden.

Wo ist Wladimir Ilytsch?

Eine Abkehr von Lenins Werk als theoretischem Bezugspunkt ist in der ISP-Plattform von 1981 entgegen anderslautenden Gerüchten noch nicht vollzogen worden. Im Gegenteil. Dort hieß es u.a.: *„Eine entscheidende Leistung Lenins bestand darin, in zwei Jahrzehnten heftiger Klassenkämpfe, von Kriegen und Bürgerkriegen in Europa, den Gesichtspunkt der politischen Souveränität scharf herausgearbeitet zu haben"* (MOZ 7/81). Zwei nicht ganz unmaßgebliche Genossen der ISP jedoch, Thomas Ebermann und „Willi" K. Goltermann, gaben am 10. August 1982 ein Interview in der taz, in dem sie Lenin u.a. eine Unterschätzung der Destruktivkräfte des Kapitalismus bescheinigten und mit oberflächlichen Bemerkungen einige Auffassungen Lenins kritisierten. Diese Kritik an Lenin wurde aber zu keinem Zeitpunkt in der MOZ oder wenigstens im internen ISP-Zirkular ausführlicher begründet. Nun ersetzt die bloße permanente Berufung auf Lenin oder die hohe Schule des Zitierens seiner Werke nicht die Erarbeitung einer sozialistischen Strategie und Taktik für die BRD, wie diverse Sekten in den 70er Jahren anschaulich vor Augen führten. Dennoch bietet z.B. Lenins Imperialismus-Analyse im Hinblick auf die Erkenntnis der Weltlage und die Konsequenzen für die Friedensbewegung weitaus mehr als die bisherige friedenspolitische Programmatik der Grünen, und die Überlegungen Lenins aus „Staat und Revolution" taugen für eine Strategie zur Überwindung dieses Systems mehr als die Essays Joschka Fischers im „Spiegel". Auch die Taktik eines Tolerierungsangebots an die Sozialdemokratie wurde nicht erst von Grünen 1982, sondern von Lenin bereits 1920 entwickelt. So ist es verständlich, wenn ein Genosse im ISP-Zirkular 3/84 schreibt: *„Wo ist Lenin in der MOZ geblieben ...? Auf Lenin ist u.a. deshalb keiner zurückgekommen, weil das im Rahmen grüner Debatten nicht mehr opportun erschien, eher unpopulär ist und sich die MOZ zunehmend ausschließlich an durch die Tagespraxis oktroyierte Problemfelder gebunden fühlte"*. Die allmähliche Trennung der ISP von Lenins Theorie fand durch den mehrjährigen Verzicht auf Beschäftigung mit ihr statt. In der bundesdeutschen Rechtsprechung gibt es bei der Scheidung bürgerlicher Ehen das „Zerrüttungsprinzip": eine Ehe wird bei längerer Trennung geschieden, auch ohne daß intensive Auseinandersetzungen stattgefunden haben müssen. Was im privaten Leben unter Umständen von Vorteil sein kann, erweist sich im politischen Leben als weniger produktiv. Zu welchen Ergebnissen die stille Trennung von der Weiterentwicklung des Marxismus durch Lenin führen kann, zeigte deutlich der Aufsatz des ISP-Genossen Robin Jakobitz, der Mitarbeiter der Grünen im Bundestag ist, in MOZ 6/84. Unter der flapsigen Überschrift *„Kein Bock auf Staat und SPD?"* plädiert der Genosse für *„koalitionsähnliche Formen"* der Zusammenarbeit mit der SPD und schwadroniert über eine *„emanzipatorische Koalition"* zwischen Grünen und SPD und die Schaffung eines *„Übergangsstaates"*. Diese famose Konstruktion eines besonders demokratischen und friedliebenden Zwischendinges zwischen Kapitalismus und Sozialismus soll sich nach Auffassung von R. Jakobitz durch einen *„Abbau der repressiven, überwachenden und sozial kontrollierenden Staatsorgane"*, durch einseitige Abrüstung und Austritt aus der NATO, sowie durch Vergesellschaft/Verstaatlichung bestimmter Industriebranchen auszeichnen. Ein imperialistischer Staat, der freundlicherweise selbst seine Repressionsorgane auflöst, das imperialistische Militärbündnis aufkündigt und sich dann auch noch durch ökonomische Umgestaltungen die Grundlage entzieht, ein friedlicher Spaziergang in den Sozialismus, ganz gewaltfrei und gemütlich. Und das alles womöglich bei einem Wahlergebnis von 45% SPD und 6% Grünen? Solcherlei Revisionismus reinsten Wassers, solche opportunistische Überlegungen freilich sind keineswegs die Position der Mehrheit der ISP-Genossen, zeigen aber einen teilweise erreichten Grad an Konfusion, der durch den Verzicht auf planmäßige theoretische Arbeit und eine Überbewertung parlamentarischer Arbeit bedingt ist.

nismus reinsten Wassers, solche opportunistische Überlegungen freilich sind keineswegs die Position der Mehrheit der ISP-Genossen, zeigen aber einen teilweise erreichten Grad an Konfusion, der durch den Verzicht auf planmäßige theoretische Arbeit und eine Überbewertung parlamentarischer Arbeit bedingt ist.

Und der KB?

Manch KB-Genosse/Genossin und manch AK-Leser mag heute angesichts der schweren Krise der MOZ versucht sein, in einem Anflug von Schadenfreude festzustellen, man habe es ja schon immer gewußt, daß aus der Z/ISP nichts werden würde. Bei einer solche Sichtweise würde aber nicht nur die eigene Krise und anhaltende Schrumpfung der Zahl der noch aktiven Genossen aus dem Blick geraten, es würden damit auch die wesentlichen taktischen Erfolge der ISP übersehen. Zudem würde eine solche Betrachtung nicht berücksichtigen, mit welchen Einschätzungen der KB an die Herausbildung der Grünen herangegangen ist. Wenn ich mich richtig erinnere, war die Forderung, **„den Sog in die Grünen zu stoppen"**, eine zentrale Aussage des 1. Kongresses des KB Anfang Januar 1980 in Hamburg. Ebenfalls im Januar 1980 hieß es im AK über die linken Grünen: *„Sie werden nicht zugeben, daß ihr Konzept (Beeinflussung der Grünen durch massenhaften linken Eintritt) gescheitert ist ..."* (AK 169, 14.1.80). Und ein halbes Jahr später stand im AK in den „Thesen zur Grünen Partei" fett gedruckt: *„Eine grüne Bundespartei als real einheitlich handelnde Organisation (und nicht bloß als leere Hülle des verbliebenen Spektrums) ist ... nach Abschluß der diesjährigen Bundestagswahlkampagne kaum vorstellbar"* (AK 179, 16.6.80). Die weitere Entwicklung aber hat bewiesen, daß die „leere Hülle" der Grünen über erheblich mehr Inhalt und politische Schwungkraft verfügte und verfügt, als der KB annahm. Diese Fehleinschätzung des KB hat bis heute zur Folge, daß er mit seinen mit viel Mühe und Sorgfalt erstellten und vielfach berechtigten Kritiken an einigen Aspekten der Politik der Grünen (z.B. an der grünen Ostpolitik, oder an der Zustimmung Bastians zum Panzerknackerhubschrauber PAH 2) weitgehend an den Grünen vorbei polemisiert.

Häufige Überspitzungen in der Polemik des zwar vielfach brillanten, sich aber in die Bewußtseins- und Stimmungslage der grünen Mitgliedschaft kaum hineinversetzenden Journalismus des AK tun ein übriges.

Zum Stand der Bewegung

Stolz, steif, wie schreitend. Vorgebeugt. Aufrecht und heiter. Lang kriechend. Zurückgelehnt, im Gelächter, die Brust ein Buckel. Gebeugt. Krumm, aber gerad. Sich duckend. Ausweichend, unbeirrt. Des Sohlen küssend. Sich rollend, zerstörend. Sich hebend, den anderen aus dem Nacken. Schon wie zerschlagen. Die Schultern rammen den Wind. Zerschlissen, zerschleißend. Die Schnauze im Dreck, im Himmel. Geht er. Voran. Geht er? Voran?

aus: Manfred Jendryschik: Der feurige Gaukler auf dem Eis, Halle/Leipzig (DDR) 1981, S. 175
In der BRD erschienen bei suhrkamp

Perspektiven

Die Grünen sind heute im Unterschied zur SPD keine durch einen hierarchischen bürokratischen Apparat beherrschte und über diesen Apparat mit dem imperialistischen System verbundene staatstragende Kraft. Die programmatischen Ziele der Grünen im friedenspolitischen, ökologischen und ökonomischen Bereich befinden sich in einem objektiv unversöhnlichen, sprich antagonistischen Gegensatz zu den Interessen der westdeutschen Bourgeoisie und den Ambitionen des BRD-Imperialismus. Statt Petra Kellys „sanfter Republik" stehen in den nächsten Jahrzehnten eher harte Zeiten in westdeutschen Breiten bevor. Die durch den Vormarsch der Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt" und die Stärke des realen Sozialismus erreichte Einschränkung des Spielraums der imperialistischen Staaten wird die zunehmende Aggressivität des Imperialismus nach innen und außen nicht verhindern können. Der Imperialismus wird gegen die Entwicklung des weltrevolutionären Prozesses in den unterentwickelt gehaltenen Ländern mit der verstärkten Anfachung von Rassismus, Chauvinismus, mit altbewährten und neuen Formen der psychologischen Kriegsführung vorgehen, um für seine Interventionskriege in der „Dritten Welt" Ruhe an der Heimatfront zu haben. In dieser globalen Auseinandersetzung stehen die Grünen an der Seite der antiimperialistischen Kräfte, was nicht zuletzt ihre erfreuliche Solidarität mit Nicaragua beweist.

von Rassismus, Chauvinismus, mit altbewährten und neuen Formen der psychologischen Kriegsführung vorgehen, um für seine Interventionskriege in der „Dritten Welt" Ruhe an der Heimatfront zu haben. In dieser globalen Auseinandersetzung stehen die Grünen an der Seite der antiimperialistischen Kräfte, was nicht zuletzt ihre erfreuliche Solidarität mit Nicaragua beweist.

Wer angesichts der zweifellos vorhandenen antikommunistischen Tendenzen bei den Grünen nicht den grundlegenden antiimperialistischen Charakter dieser Bewegung berücksichtigt, muß bei linkssektiererischer Politik landen bzw. stehenbleiben. Von daher erscheint die von Thomas Ebermann, Frieder Wolf und Rainer Trampert vertretene Option der Schaffung einer Mehrheit für die Hamburger Linie der GAL in der grünen Bundespartei als eine sinnvolle und unterstützenswerte politische Konzeption. Angesichts dessen, daß nur eine Minderheit der ISP den Schwerpunkt auf diesen Weg legen will, erscheint die Durchsetzung einer „ökosozialistischen" Politik allerdings alles andere als garantiert. Das Fehlen von organisatorischen Strukturen wirkt sich hier besonders negativ aus. Das **„Prinzip der besonderen Organisierung der Marxisten"**, das Thomas Ebermann noch vor zwei Jahren in dem genannten taz-Interview hervorhob, taucht in seinem jetzigen Papier nicht mehr auf und wird zu Gunsten eines linksgrünen Blockes von Marxisten und Nichtmarxisten aufgegeben.

Die spontane Entwicklung der Grünen wird nicht zu revolutionären marxistischen Positionen führen, sondern bestenfalls bei einem radikalreformistischen Kurs stehenbleiben. Spontane Bewegungen, in denen marxistische Kräfte nicht durch organisierte Überzeugungsarbeit eine vorantreibende Rolle spielen, haben noch nirgends den Sturz des Kapitalismus erreicht. Eine radikalreformistische grüne Partei allerdings ist angesichts dessen, daß eine sozialistische Revolution in der BRD in diesem Jahrtausend kaum noch denkbar erscheint, und angesichts des gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisses nicht gering zu schätzen und eine wichtige Errungenschaft der westdeutschen Linken.

Selbst wenn die Strömung um Thomas Ebermann und Rainer Trampert in der Partei gegenüber den auf eine Koalition mit der SPD orientierenden Kräften in der Minderheit bleiben sollte, würden mit ihrer Taktik in jedem Falle günstige Ausgangspositionen für eine Auseinandersetzung mit einer für 1987 denkbaren SPD-geführten und grün garnierten „Reform"-Regierung geschaffen und damit bereits wichtige Karten für die Klassenauseinandersetzungen der 90er Jahre in der BRD verteilt. Damit könnte möglicherweise eine Situation wie um 1970 verhindert werden, in der dem SPD/FDP-Reformblock nur ein zersplittertes Lager kleiner und zum größten Teil sektiererisch agierender Parteien und Gruppen ohne Verankerung auf Massenebene gegenüberstand. Gesetzt den Fall, eine Regierung aus SPD und grünen Koalitionsstrategen würde 1987 gebildet, was, wenn überhaupt, nur als NATO-loyale Regierung auf bürgerlicher Klassengrundlage denkbar wäre, dann würde ein solches Kabinett angesichts der kapitalistischen „Sachzwänge", nicht zuletzt des Finanzmangels in Folge der Hochrüstung, eher noch schneller abwirtschaften als die Mitterrand-Regierung in Frankreich. Damit aber könnten, ähnlich wie in Frankreich heute, rechte Kräfte erstarken. Die Verhinderung autoritärer oder gar faschistischer „Lösungs"-Versuche könnte damit zu einer der zentralen Aufgaben linker Politik in diesem Land in den 90er Jahren werden, wofür die von den „Ökosozialisten" in der MOZ um Ebermann, Trampert und Wolf vertretene Option eine günstige Möglichkeit bietet, weil sie eine Dimension von Massenpolitik beinhaltet. Problematisch ist allerdings der weitgehende Verzicht dieser Genossen, die notwendige ideologische Auseinandersetzung in der grünen Partei auch an unpopulären, nichtsdestotrotz aber wichtigen Fragen wie denen der grünen Ostpolitik zu führen. Die von Michael Stamm vertretene Strömung wird zweifellos in

tet, weil sie eine Dimension von Massenpolitik beinhaltet. Problematisch ist allerdings der weitgehende Verzicht dieser Genossen, die notwendige ideologische Auseinandersetzung in der grünen Partei auch an unpopulären, nichtsdestotrotz aber wichtigen Fragen wie denen der grünen Ostpolitik zu führen. Die von Michael Stamm vertretene Strömung wird zweifellos in

den Grünen auf längere Sicht minoritär bleiben und dieses Schicksal auf die eine oder andere Weise auch mit den wenigen in der grünen Partei arbeitenden KB-Genossen teilen.

Ein minoritärer Zusammenschluß muß jedoch nicht per se ein Fehler sein und sektiererische Politik bedeuten. Auch die 1915/16 gebildete kommunistische Spartacusgruppe war in der deutschen Arbeiterbewegung anfangs eine kleine Minderheit, ohne daß ich mit diesem Hinweis nun Michael Stamm mit Rosa Luxemburg vergleichen möchte. Die Aufgaben im Kampf gegen den „linken" Antikommunismus und Antisowjetismus jedenfalls, die Michael Stamm benennt, werden in den kommenden Jahren angesichts der zu erwartenden Verschärfung der psychologischen Kriegsvorbereitungen eher noch wachsen.

Auch wenn die September-Tagung der ISP ergeben sollte, daß eine gemeinsame Arbeit beider bislang in der ISP vereinten Richtungen in einer Zeitschrift nicht mehr möglich ist, bleibt doch der solidarische Bezug aufeinander auch bei z.T. getrennten Arbeitszusammenhängen eine unbedingte Notwendigkeit für das politische Überleben beider Strömungen. Absolut schädlich wäre das Anknüpfen an eine unrühmliche Tradition in der Linken, die im rüden „Fertigmachen" des am nächsten stehenden Andersdenkenden besteht. Ob es den beiden Strömungen gelingt, die Polemik gegeneinander auf ein rationales Maß zu reduzieren, hängt von der menschlichen und politischen Reife der Akteure ab. Eine sich auf parlamentarische und innerparteiliche taktische Winkelzüge beschränkende ökosozialistische Linke bei den Grünen und ein Zusammenschluß nur noch kommentierender „Entlarver" am Rande der Grünen wäre ein denkbar kontraproduktives Gegensatzpaar. Thomas Ebermann und Rainer Trampert schreiben in diesem Sommer übrigens an einem Buch, mit „bescheidenen theoretischen Ansprüchen", wie sie in ihrer Eigenschaft als bescheidene Menschen schreiben. Die künftigen Leser dürfen bereits gespannt sein.

Uwe Klußmann ist Mitarbeiter der „Moderne Zeiten", Mitglied der ISP und der Grünen.